HERMANN ONCKEN

DIE RHEINPOLITIK KAISER NAPOLEONS III. VON 1863 BIS 1870 UND DER URSPRUNG DES KRIEGES VON 1870/71

ERSTER BAND

HERMANN ONCKEN

DIE RHEINPOLITIK KAISER NAPOLEONS III. VON 1863 BIS 1870 UND DER URSPRUNG DES KRIEGES VON 1870/71

ERSTER BAND

Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71

Erster Band

Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71

Nach den Staatsakten von Österreich, Preußen
und den süddeutschen Mittelstaaten

Von

Hermann Oncken

ERSTER BAND
(1863 bis Juli 1866)

8154

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART
BERLIN UND LEIPZIG
1926

9(42) ; 9(43)

5316

Biblioteka

Biblioteka Wojsk. Akad. Polit.
43534/2
im. F. Dzierżyńskiego

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1926 by Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

KSIĘGA PRZYBYTKÓW
Biblioteki M.S.Z. Nr. 1053/48

Vorwort

Die Entstehung des tiefen Gegensatzes zwischen Deutschland und Frankreich ist eines der vornehmsten Probleme, das die neuere Geschichtschreibung in der Gegenwart beschäftigt. Zur Klärung dieses Problems lege ich für die entscheidende Periode von 1863 bis 1870 die für mich erreichbaren Akten vor.

Meine Veröffentlichung ist ursprünglich von einem äußeren Anlaß hervorgerufen. In einem Vortrage, den ich im Januar 1922 in einem geschlossenen Kreise in Essen hielt (Die historische Rheinpolitik der Franzosen, Gotha 1922; englische Übersetzung, New York 1923), streifte ich auch die napoleonische Politik des Jahres 1866, und wurde dadurch auf den Gedanken gebracht, die österreichischen Akten über diese Vorgänge in Wien einer Durchsicht zu unterziehen. Schon beim ersten Einblick erkannte ich, welche hervorragende Bedeutung den österreichischen Gesandtschaftsberichten aus Paris für die Politik zukommt, die Frankreich in diesen Jahren in den deutschen Angelegenheiten verfolgte. Bald darauf eröffnete sich mir — dank einer gütigen Anregung des Herrn Gesandten Gerhard von Mutius (jetzt in Kopenhagen) — eine Gelegenheit, auch die Akten des Auswärtigen Amtes in Berlin für diese Periode durchzuarbeiten, und auch hier stellte sich alsbald heraus, daß sie für die Geschichte der französischen Politik noch keineswegs so ausgeschöpft seien, wie sie es verdienten. Einmal auf diesem Wege, ging ich dann dazu über, auch die Aktenbestände der süddeutschen Staaten über ihre Beziehungen zu Frankreich planmäßig zu durchforschen, was mir durch meine Übersiedlung nach München im Sommer 1923 erleichtert wurde.

Indem aus diesen Studien der Entschluß zu einer umfassenden Aktenpublikation reifte, wurde mir gleichzeitig klar, daß deren Eigentümlichkeit, vielleicht auch ihr eigentümlicher Wert in der Kombination der österreichischen, preußischen und süddeutschen Akten bestehen würde.

Der Gegenstand der Publikation ist französische Politik, nicht etwa die Politik Österreichs, Preußens, Bayerns, Württembergs, Badens; so sehr auch diese durch meine Aktensammlung aufgehellt wird, in erster Linie dient die Veröffentlichung der diplomatischen Akten dieser Staaten dem Zwecke, das Material für die französische Politik in möglichst umfassender Weise bereitzustellen. Man wird es in den meisten Fällen nicht wagen dürfen, die auswärtige Politik eines Staates vornehmlich aus den Akten anderer Staaten zu erkennen und gleichsam wiederherzustellen; man könnte in diesem Falle darauf hinweisen, daß die offizielle französische Aktenpublikation der »Origines diplomatiques de la guerre de 1870/71« imstande sein müßte, ein authentischeres Material, gewissermaßen die Quellen erster Hand, darzubieten. In Wirklichkeit liegen die Dinge anders. Die höchstpersönliche und schwerdurchsichtige deutsche Politik Kaiser Napoleons III. spiegelt sich in den diplomatischen Berichten unendlich unmittelbarer und lebendiger als in den Massen der ministeriellen Geschäftsakten, die in der Hauptsache die Bände der »Origines« füllen. Da es sich um die diplomatischen Berichte der entgegengesetzten Parteilager — Österreich, Preußen, die Mittelstaaten — handelt, wird ihre fortlaufende und systematische Kombination etwas leisten können, was auf einem anderen Wege nicht erreicht werden kann; das in sich gegensätzliche Material ermöglicht es, Napoleon ununterbrochen von allen Seiten zu sehen, die sich kreuzenden und ablösenden Einzelaktionen scharf herauszuarbeiten, das Geheimnis auch seiner verborgensten Pläne zu enträtseln, kurzum den wahren Schlüssel zu seiner Politik in die Hand zu nehmen. So glaube ich an wichtigen Stellen dieser Politik die französische amtliche Veröffentlichung (und die von ihr noch zu erwartenden Bände) nicht nur zu ergänzen, sondern auch über sie hinauszukommen.

Gewiß handelt es sich oft um Dinge, von denen manche Einzelheiten bereits bekannt sind. Aber auch in den deutschen Darstellungen und Quellenveröffentlichungen ruht das Schwergewicht in der Regel mehr auf dem eindrucksvollsten Vorgang dieser Jahre, dem Aufbau des Deutschen Reiches, als auf den Motiven und Zielen der französischen Politik, die diesen Aufbau zu stören versuchte. Diese Politik aber in einem einzigen Zusammenhange, unter dem Gesichtspunkte der entscheidenden Fragestellungen, zur Anschauung zu bringen, ist die Aufgabe, die meine Publikation sich gestellt hat. Sie hofft dadurch

zu Erkenntnissen vorzudringen, die in einer isolierenden Betrachtung oder in Einzeluntersuchungen nur undeutlich sichtbar werden, und indem sie die beherrschenden Linien aufzeigt, auch die richtigen großen Akzente in die europäische Staatengeschichte dieser Zeit zu legen.

Während die Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes: »Die große Politik der europäischen Kabinette von 1871 bis 1914« die Art und Weise darlegt, in der das Deutsche Reich nach seiner Begründung seine auswärtigen Geschäfte geführt hat, wird in der vorliegenden Publikation, gleichsam wie in einem Auftakt, klargestellt, unter welchen europäischen Bedingungen dieses Reich zu seiner Einheit aufgestiegen ist, im besonderen, gegen welches Gegenspiel einer feindlichen Politik es den steilen Weg zu seiner Begründung hat zurücklegen müssen. Dieses Gegenspiel, der eigentliche Gegenstand dieser Publikation, ist die Wiederaufnahme der historischen Rheinpolitik und der Interventionspolitik in die deutschen Angelegenheiten durch Kaiser Napoleon III. Daß diese Politik, seit 1863 eingeleitet, scheiternd im Jahre 1866, in immer neuen Ansätzen die nächsten Jahre erfüllend, schließlich in dem Kriege von 1870/71 als ihrem unvermeidlichen Ausgang endet, versucht meine der Aktenpublikation vorausgeschickte Darstellung in großen Zügen zu entwickeln. Es wird aus ihr deutlich werden, daß meine Sammlung nicht bloß in einem äußerlichen, sondern auch — trotz der breiteren Unterlage — in einem inneren Zusammenhange mit der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes steht, indem sie ein Licht wirft auf das Kapitel der europäischen Geschichte, das die eigentliche Vorgeschichte der großen Schuldfrage enthält und mit dem Buche dieser Schuldfrage zusammen gelesen werden muß.

Mit dem von mir vorgelegten Material wird die Frage nach dem Ursprung des Krieges von 1870/71 wohl zu einer endgültigen Entscheidung geführt werden. Die neuere Legende von dem Überfall Frankreichs durch die Deutschen im Jahre 1870 scheint immer noch Gläubige zu finden. Liest man doch noch in den Memoiren Lord Greys: »Die Welt weiß aus den Enthüllungen über die Emser Depesche, daß der Krieg mit Frankreich von den deutschen Militaristen beabsichtigt war; die deutschen Rüstungen waren damals eine Vorbereitung, um Krieg mit Frankreich zu führen, und nicht einfach eine Vorsichtsmaßregel gegen einen französischen Krieg.« Insofern diese Auffassung eine politische Überzeugung ausspricht, die im Zusammen-

hang mit anderen historisch-politischen Werturteilen steht, darf man sie auf sich beruhen lassen. Insofern sie aber eine begründete historische Tatsache festzustellen vermeint, wird sie einer sachlichen Diskussion nicht ausweichen dürfen, sondern sich mit dem Inhalte meiner Aktenpublikation auseinanderzusetzen haben; es sei bemerkt, daß eine solche Auseinandersetzung, wie die aus London nach Berlin gelangten Berichte zeigen (Nr. 570, 576), auch aus englischen Archiven in dankenswerter Weise ergänzt werden könnte. Es handelt sich ja in allen diesen Dingen nicht um die Befriedigung der historischen Neugierde, sondern um etwas Höheres: um die sittlichen Grundlagen der Staatengesellschaft der Gegenwart. Denn das friedliche Zusammenleben der europäischen Völker ist nur möglich, wenn die öffentliche Atmosphäre von denjenigen Legenden gereinigt wird, die aus dem geistigen Gas- und Bombenkampfe des Weltkriegs in manchen Köpfen bis heute zurückgeblieben sind.

Zu allen Zeiten ist es der Fortgang der Quellenerschließung, dem der Siegeslauf der historischen Wahrheit verdankt wird. Indem diese Publikation gleichzeitig die Archive Österreichs, Preußens und der Mittelstaaten zu benutzen in der Lage ist, vereinigt sie in sich die Akten der Gewalten, die damals noch untereinander um die Macht, um die Gestalt des deutschen Staates erbittert rangen und von der französischen Politik in immer neuen Kombinationen gegeneinander ausgespielt werden konnten. Diese Zeit liegt heute weit hinter uns. Sie gehört der Geschichte an und wird nicht wiederkehren. Auch zu wechselseitigen Rekriminationen liegt heute kein Anlaß vor. Vielmehr wird diese österreichisch-preußisch-mittelstaatliche Aktenpublikation über die französische Rheinpolitik von 1863 bis 1870 ein lebendig zeugendes Symbol für die Tatsache sein, daß die deutsche Nation heute die Lebensfragen, die ihrer Gesamtheit angehören, auch historisch als eine Einheit empfindet.

Im einzelnen sei über die zu Rate gezogenen Archive bemerkt:

In dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien ist der ganze Bestand der Berichte aus Paris durchgesehen worden, daneben auch zum Teil die Berichte aus Berlin, Florenz, Brüssel und den deutschen Mittelstaaten. Nach den österreichischen Gepflogenheiten sind die zwischen dem Minister und dem Gesandten gewechselten Privatbriefe in der Regel zu den Akten gelegt worden; sie sind größtenteils erhalten, wenngleich Graf Beust und Graf Vitzthum einen Teil ihrer

Privatkorrespondenz (über die Dreibundverhandlungen von 1869) im November 1871 verbrannt haben. Da das österreichische Gesandtschaftsarchiv in Paris bekanntlich durch den Brand zerstört worden ist, so war von dieser Seite keine Ergänzung möglich. Dafür ist mir, durch die Güte des Herrn Grafen Christoph Vitzthum in Tiefhartmannsdorf, der im Jahre 1894 als Manuskript gedruckte, aber nicht zur Ausgabe gelangte Band der Aufzeichnungen seines Oheims, des Grafen Karl Friedrich Vitzthum, »Denkwürdigkeiten 1866 bis 1873«, zur Verfügung gestellt worden; ich habe aus ihm einige Berichte Vitzthums, die sich in den Wiener Akten nicht erhalten haben, entnehmen und damit gewisse Lücken ausfüllen können.

Eine Ergänzung der diplomatischen Akten lieferte das Kriegsarchiv in Wien. Eine empfindliche Lücke war hier insofern festzustellen, als die Akten über die Sendung des Erzherzogs Albrecht nach Paris im Frühjahr 1870 aus diesen Beständen, anscheinend schon im Laufe der achtziger Jahre, herausgenommen worden und nicht in das Archiv zurückgelangt sind. Meine durch den Chef des Kriegsarchivs, Herrn Oberstleutnant Glaise von Horstenau, in liebenswürdiger Weise unterstützten Bemühungen, den Verbleib dieser Akten in dem jetzt in Ungarn im Besitz des Erzherzogs Friedrich befindlichen Archive des Erzherzogs Albrecht zu ermitteln, sind bis jetzt ergebnislos geblieben.

Auf preußischer Seite sind die Akten des Hauptarchivs des Auswärtigen Amtes in Berlin einer gründlichen Durchsicht unterzogen worden. An mehreren Stellen ist auch das Geheime Staatsarchiv in Berlin, dem heute das Archiv der Pariser Gesandtschaft einverleibt ist, zu Rate gezogen worden. Für einzelne der infolge einer Bestimmung des Versailler Friedens nach Paris zurückgelangten »Papiere von Cerçay« habe ich Photographien benutzen können. Für die entscheidenden Monate vor dem Kriege von 1866 habe ich infolge freundlichen Entgegenkommens des Herrn Dr. Hajo Holborn, des Herausgebers der Denkwürdigkeiten des Botschafters v. Radowitz, auch die Tagebücher des damaligen Legationssekretärs v. Radowitz benutzen dürfen, die eine willkommene Ergänzung der Berichte des Grafen von der Goltz bilden. Von einem Neudruck der soeben in dem Buche von R. H. Lord, The origins of the war of 1870 (Cambridge 1924) veröffentlichten preußischen Akten aus dem Juli 1870 habe ich abgesehen.

Von den Archiven der deutschen Mittelstaaten sind das Geheime Staatsarchiv in München, dieses mit Hilfe seiner Leitung in einer

besonders umfassenden Weise, das Staatsarchiv in Stuttgart und das General-Landesarchiv in Karlsruhe benutzt worden. Es liegt auf der Hand, daß von diesen Beständen schließlich nur ein verhältnismäßig kleiner Teil zum Abdruck ausgewählt werden konnte.

Von einer Durchforschung des Haus- und Staatsarchivs in Darmstadt konnte abgesehen werden, da die Ausgabe der Tagebücher des Freiherrn von Dalwigk-Lichtenfels, nach freundlicher Mitteilung ihres Herausgebers, des Herrn Professors Dr. W. Schüßler in Rostock, alles etwa in Betracht kommende Material enthält. Da das Sächsische Hauptstaatsarchiv in Dresden für die entscheidende Periode, vom März bis November 1866, eine empfindliche Lücke aufweist, so haben aus ihm keine Akten aufgenommen werden können.

Daß sich in allen diesen Archiven für die Fragestellung, die der gegenwärtigen Publikation zugrunde liegt, noch Nachträge finden ließen, soll nicht bestritten werden. In allen entscheidenden Verhandlungen ist, wie man leicht erkennen wird, Vollständigkeit erstrebt und auch wohl erreicht worden. Wenn ich eine Unvollständigkeit meiner Publikation störend empfunden habe, so ist es diejenige, welche zu ändern außerhalb meiner Macht stand. Sie betrifft die italienischen Akten über die Dreibundverhandlung seit dem Dezember 1868. Es würde außerordentlich zu begrüßen sein, wenn italienische Gelehrte sich entschließen könnten, diese zur Zeit wohl sehr sekretierten Akten bekannt zu geben und dadurch das Bild der Verhandlungen noch weiter abzurunden.

Zum Schluß ist es mir Pflicht und Bedürfnis, den Herrn Vorständen und Beamten der genannten Archive meinen aufrichtigen und tiefempfundenen Dank für ihre unermüdliche Unterstützung meiner Wünsche abzustatten.

Bei den Abschriften sind mir behilflich gewesen Frl. Dr. Frieda Braune und Herr Dr. Gerhard Raab; bei den Münchener Akten Frl. Dr. Elisabeth Münnich; bei den Berliner Akten und in wertvoller Mitarbeit Herr Dr. Egmont Zechlin. Die Register sind von Frl. Dr. Olga Rinck-Wagner angefertigt worden. Bei der Durchsicht der Druckkorrektur hat mich Herr Privatdozent Dr. Ludwig Männer in München mit liebenswürdiger Bereitwilligkeit unterstützt.

München, Weihnachten 1925

Hermann Oncken

Inhalt

ERSTER BAND

Vorwort VII
Darstellung ..... *1—121*
Akten
I. Aus der Vorgeschichte: Zur deutschen Politik Napoleons III. in den Jahren 1863—1865 1
II. Die Politik Napoleons III. zur Herbeiführung des Deutschen Krieges. (Die französischen Kriegsziele: Pfalz und die Grenzen von 1814. Der neutrale rheinische Pufferstaat. »Grand Rhin« und »Petit Rhin«. Januar bis Juni 1866) 83
III. Die Intervention Napoleons III. im Deutschen Kriege. Juli 1866 (bis zum Präliminarfrieden von Nikolsburg) 295

ZWEITER BAND

IV. Das erste Stadium der Kompensationsforderungen am Rhein: Grenzen von 1814, Bayrische Pfalz, Rheinhessen mit Mainz, Luxemburg. (Ende Juli bis Mitte August 1866) 1
V. Das zweite Stadium der französischen Kompensationsforderung: französisch-preußisches Bündnisprojekt auf der Grundlage des Erwerbs von Luxemburg u. Belgien. (Mitte August 1866 bis Februar 1867) 77
VI. Die Luxemburger Krise und der erste Antrag eines französisch-österreichischen Eroberungsbündnisses mit dem Kriegsziel des ganzen linken Rheinufers. (Februar bis Mai 1867) 213
VII. Die Zeit der Monarchenbesuche und das zweite Bündnisangebot Napoleons III. an Österreich. (Mai bis Oktober 1867) 393
VIII. Diplomatische Erkundungsversuche und kriegerische Rüstungen. (November 1867 bis Juni 1868) 481

DRITTER BAND

IX. Die dritte französische Bündnisanfrage und der österreichische Gegenvorschlag eines Abrüstungsbündnisses. (Juli bis Oktober 1868) 1

X. Die Dreibundverhandlungen zwischen Frankreich, Österreich und Italien. (November 1868 bis Juli 1869) 65
XI. Der Ausgang der Dreibundverhandlung und die moralische Bindung der Monarchenbriefe. (Juli bis Dezember 1869) 219
XII. Das Ministerium Ollivier-Daru. Die Taktik der diplomatischen Entspannung und der Beginn des militärischen Meinungsaustausches zwischen Frankreich und Österreich. (Januar bis Mai 1870) 281
XIII. Das Ministerium Ollivier-Gramont und der Übergang zur diplomatischen Offensive. (Mai bis Juni 1870) 353
XIV. Die Herbeiführung des Krieges. Die Motive und Ziele der französischen Politik. (Juli bis August 1870) 389
Nachtrag 529
Berichtigungen 531
Personenverzeichnis 533
Sachregister zur französischen Politik in Deutschland 550

Darstellung

Zwischen den Deutschen und Franzosen bestehen seit einem Jahrtausend, solange die beiden Nationen, die sich aus dem Universalreich Karls des Großen herauslösten, sich ihrer staatlichen und geistigen Sonderart bewußt sind, scharfe Grenzen der Siedlung, der Sprache und der Sitte, unverkennbar und unverrückbar, alle Wandlungen einer schicksalsvollen Geschichte überdauernd. Die Kraft des Bestandes, die das Volkstum von beiden Seiten her in der gegenseitigen Berührung behauptete, war nicht zu erschüttern. Trotzdem die Grundtatsachen der Geschichte eine so eindeutige Sprache reden, kann doch an keiner Stelle Europas während der letzten Jahrhunderte ein so andauerndes Übergreifen des einen nationalen Lebenswillens in den Bereich des anderen beobachtet werden, wie es seit den Zeiten Richelieus und Ludwigs XIV. von französischer Seite gegenüber dem Land und Volkstum der Deutschen bewußt erfolgt ist. Um die Bedeutung dieser Tatsache zu würdigen, darf man nicht nur an Land und Leute denken, die unmittelbar von diesen Eingriffen betroffen wurden; schon der eine Umstand, daß das bedrohte Gebiet zugleich die ältesten deutschen Kulturgebiete umfaßte, mußte das Problem für die deutsche Seite bis zur Unerträglichkeit verschärfen; die strategische Bedeutung der Rheinlinie aber wog so schwer, daß sie, wenn einmal von den Franzosen erreicht, jedesmal auch das Schicksal des ganzen rechtsrheinischen Deutschlands in Mitleidenschaft zog.

So war es denn unvermeidlich, daß der auf dieser Stelle aufgerissene Gegensatz im Laufe der Geschichte immer wieder zu schweren politischen und militärischen Verwicklungen der beiden Völker untereinander führte, getrieben von jener unwiderstehlichen Macht der Tradition, die, aus den einmaligen Erlebnissen eines großen Volkes aufsteigend, auch die folgenden Generationen unsichtbar be-

herrscht. Und nicht genug damit, von diesen Zusammenstößen der Deutschen und Franzosen sollte auch das friedliche Zusammenleben der europäischen Völker überhaupt auf das heftigste berührt werden, so daß von dieser einen Grenzlinie her, die die Natur nicht tief genug gezogen, sich immer wieder ein Anreiz zum Kampfe aller gegen alle erhob. Was man einige Jahrzehnte hindurch schon als der Vergangenheit angehörig betrachten mochte, ist seit dem Ausgang des Weltkriegs von neuem lebendig geworden und erscheint mit der Zukunft unseres Erdteils unlöslich und verhängnisvoll verbunden.

Es ist daher ein allgemeines europäisches Interesse, ein historisches ebensowohl wie politisches Interesse ersten Ranges, diejenigen geschichtlichen Umstände einer eindringlichen und quellenmäßigen Nachprüfung zu unterziehen, unter denen der deutsch-französische Gegensatz, der in der Rheinpolitik der Franzosen seine Wurzel hat, sich in den letzten Menschenaltern von neuem entzündete, um jene Lawine von tragischen Weiterwirkungen ins Rollen zu bringen, die heute fast die ganze Menschheit zu tragen hat.

I

Schon die Rheinpolitik der Franzosen im 17. und 18. Jahrhundert, welche diese heute wieder lebendig gewordene politische Tradition recht eigentlich begründet hat, gehört nicht der deutschen und der französischen Geschichte allein, sondern auch der europäischen Geschichte im ganzen an. Denn indem die Franzosen, schon früh staatlich geeint, ausgerüstet mit den reichen Hilfsmitteln und den glücklichen Lebensbedingungen ihres Landes, ihre politische Macht in der Richtung auf den Rhein vorzuschieben versuchten, waren sie sich lebhaft bewußt, daß es sich hier nicht um einen bloßen Landerwerb handele, der als solcher den Lebensdrang der Nation kaum befriedigt hätte, sondern daß vom Rheine aus, wenn es ihnen hier gelang, nichts Geringeres als das Übergewicht auf dem Kontinent zu erringen war. Ihre eigene Größe schien ihnen damit verbunden, am Rhein, und das heißt in einem seit tausend Jahren deutschen Gebiete, eine vorwaltende Stellung zu gewinnen. Da aber diese Stellung nur dann zu behaupten war, wenn der deutsche Staat,

durch innere Auflösung geschwächt, nicht die Kraft besaß, sich eines fremden Einbruchs zu erwehren, so ergab sich eine weitere unausweichliche Konsequenz: es wurde, nach dem Worte von Thiers, »der große Gedanke« ihrer Politik, einen solchen Zustand der Ohnmacht des deutschen Staates durch ein kluge Kunst des «divide et impera» bewußt herbeizuführen oder, wo sich die Gelegenheit von selber darbot, mit allen Mitteln zu begünstigen. Noch kurz vor Beginn des Weltkriegs hat ein französischer Publizist diesen »ewigen« Gedanken gefeiert. Mit jener Naivität, die allem starken staatlichen Egoismus eignet, blieb man überzeugt, daß das Schicksal des deutschen Nachbarstaates von Gott und der Geschichte, von der Natur oder auch der Vernunft vorherbestimmt sei, sich so im Innern einzurichten, wie es dem Lebensdrange der französischen Nation am ehesten entsprach. Neben und miteinander hatten einst die beiden Völker sich aus dem Reiche Karls des Großen zu nationaler Selbständigkeit hinaufentwickelt: fortan aber hatten Wohlfahrt und Macht der einen Seite — so schien es wenigstens den Franzosen — die Uneinigkeit und Unfreiheit der anderen Seite gleichsam zur selbstverständlichen Voraussetzung, und dieselben politischen Denker, die in der französischen Staatslehre seit dem 16. Jahrhundert den Gedanken des souveränen und zentralistischen Staates ausbildeten, pflegten mit Inbrunst zugleich die Theorie, daß der deutsche Nachbar den Beruf und die Pflicht zur höchstmöglichen Dezentralisation habe. So wurde die »Libertät« der deutschen Stände ein französisches Schlagwort. Gerade weil die eigene Hegemoniestellung nur dann gesichert schien, wenn ihr mit den »Schlüsseln des Rheines« auch noch die staatlich einheitliche Ordnung des Nachbarlandes zum Opfer gebracht wurde, nahm man beides zugleich als ein gutes Recht für sich in Anspruch. Das ist die klassische Rheinpolitik der Franzosen, die schon im Zeitalter Ludwigs drei politische Ziele: den erobernden Vormarsch an den Rhein, ein System innerdeutscher Interventionen und den Anspruch auf die kontinentale Führerstellung, zu einer einzigen Idee verschmolzen hat, die alle Bedürfnisse der nationalen Logik ebenso befriedigte, wie sie den nationalen Machtwillen verheißungsvoll beflügelte.

Wohl durchlief die amtliche Rheinpolitik im Laufe der Zeit verschiedene Entwicklungsstufen. Aber es waren doch nur die äußeren

Formen, in denen sich dieser Machtwille äußerte, nur die öffentlichen Rechtfertigungen, in die er sich verkleidete, die sich mit der Zeit, den Umständen sich anpassend, wandelten. Auch hier erwiesen sich die Franzosen, nach dem treffenden Worte von Albert Sorel, als geschickt, »eine Wissenschaft ohne Kritik in den Dienst einer Politik ohne Skrupel zu stellen«. Während unter Ludwig XIV. historische Legenden und juristische Fiktionen in Bewegung gesetzt wurden, um die lange Reihe seiner Rechtsbrüche mit dem Schein einer Begründung zu versehen, suchte die große Revolution, die mit der ganzen Geschichte und allen feudalen Rechten brach, nach neuen Argumenten eigener Prägung. Jetzt tauchte das naturrechtlich-philosophische Motiv der »natürlichen Grenzen« auf, das vor allem die Rheingrenze als eine Forderung der souveränen Vernunft, wenn nicht gar als eine ewige menschliche Wahrheit erweisen wollte. Aber auch die revolutionäre Terminologie der Rheinpolitik wurde wieder entbehrlich, sobald jene Grenze, die Mutter Natur mit segensreicher Hand geschaffen, von den Franzosen erreicht war, und die Tatsachen der reinen Gewalt, die auch diese Grenzen überschritt, eine neue Rechtfertigung erforderten, welche das Empire aus dem unerschöpflichen Borne seiner blinkenden Schlagworte entnahm. Dieser Ablauf der politischen Motive für eine und dieselbe Sache ist auch um deswillen denkwürdig, weil sie bis in die Gegenwart hinein bei den Epigonen derer, die sie prägten, nach Bedarf wieder aufgefrischt werden, und bei dem leichtgläubigen Teile der Menschheit noch immer einen gewissen Kurswert als erprobte Wahrheiten besitzen. Hatten die Franzosen sich im ersten Stadium der Revolution um ihrer »Sicherheit« willen mit Pufferstaaten zu umgeben getrachtet, so entpuppten sich diese raschvergänglichen Bildungen bald als Übergangsstufen zur reinen Annexion. Sobald man sich erst davon überzeugt hatte, daß, wer den Rhein halten wolle, auch den Rhein überschreiten müsse, wurde das Bedürfnis nach »Sicherung« zu einer Jagd nach der Grenze, in der es kein Halten gab, zu einer Eroberungspolitik, die zwar an Festtagen auch von ihrer zivilisatorischen Mission sprach, sonst aber nur die militärischen Motive walten ließ, um mit der Herrschaft über das innerste Deutschland auch die Herrschaft über das Festland an sich zu reißen: an dieser Stelle lag, wie jeder weiß, der Schlüssel zu der Hegemoniepolitik Napoleons, die schärfste Waffe in seinem Riesen-

kampf gegen England. So geschah es, daß in einem Zeitalter, das soeben noch den Traum vom ewigen Frieden geträumt hatte, der Kampf um die angeblich »natürlichen« Grenzen einen ewigen Krieg auszulösen drohte. Dieselbe Generation der Franzosen, die die angeborenen Rechte der Menschen und die Souveränität der Nation als die neuen politischen Errungenschaften der Welt verkündet hatte, trug jetzt kein Bedenken, Millionen von Deutschen, in dem ältesten Kulturgebiet deutschen Bodens, aus dem Körper ihrer Nation herauszureißen und auf den Schlachtfeldern halb Europas zu »künftigen Franzosen« zu erziehen.

Diese Fremdherrschaft ist von dem deutschen Volke und dem verbündeten Europa gemeinsam in einem Kampfe niedergebrochen worden, der die Wiege unseres neueren Nationalbewußtseins und zugleich der preußischen allgemeinen Wehrpflicht war. Die Deutschen nennen diesen Krieg den Freiheitskrieg, weil er für sie um das Ganze ihrer Freiheit ging; insofern ist auch dem französischen Historiker Aulard Recht zu geben, wenn er urteilt, die Deutschen hätten den Kampf mit den wahren Prinzipien der Revolution und mit den Ideen Kants vom ewigen Frieden zugleich geführt. Erst der feindlichen Publizistik des Weltkriegs war es vorbehalten, auch die Feldzüge von 1813 bis 1815 in die Reihe der »Überfälle« französischen Landes durch die Deutschen zu versetzen — und es hat bekanntlich nicht an europäischen Staatsmännern gefehlt, die auch nach dem Friedensschluß ihre geschichtlichen Urteile noch keiner Revision unterzogen.

Für das Europa von 1815 gab es keinen Streit darüber, wer der Eroberer und wer der Befreier gewesen, und nur darauf kam es an, wie man die befreiten deutschen Lande am dauerhaftesten gegen eine Wiederkehr der erlittenen Katastrophe zu sichern vermöge. Obgleich die Sieger sich darauf beschränkten, in den deutsch-französischen Grenzgebieten nur den Zustand des 18. Jahrhunderts wiederherzustellen, und ihn durch die Vorschiebung Preußens in diese Gebiete und die Errichtung des Deutschen Bundes widerstandskräftiger zu organisieren, so sollte es doch den Franzosen an keiner Stelle schwerer fallen, sich in das Ergebnis der großen Kriegsepoche zu finden. Mochten auch einsichtige Historiker ihnen die wahren Ursachen ihres Sturzes enthüllen, gerade die politisch regsamen Geister der Generation, die in die Friedensperiode seit 1815

eintritt, waren nicht gewillt, sich von diesem Stück des napoleonischen Erbes loszusagen.

Unter allen Völkern hat es zu allen Zeiten Einzelne und Gruppen gegeben, welche die Macht des eigenen Staates auf Kosten einer fremden Volksgemeinschaft auszudehnen trachten: edle und unedle Antriebe sieht man sich immer vereinigen, chauvinistische Wallungen emporzutreiben, und es hieße ein sittenrichterliches Amt sich anmaßen, das der Historie nicht zukommt, wenn man eine ganze Nation das Wollen der Einzelnen entgelten lassen wollte. Hier aber handelt es sich nicht um Einzelne, sondern um den Geist der Nation. Gewiß sind ihre Tiefen, die Massen derer, die im täglichen Kampf ums Dasein aufgehen, nicht von Natur kriegerisch, sondern eher friedlich gesinnt, aber der Geist einer Nation ist danach zu beurteilen, welchen Männern sie instinktiv ihre politische Führung anvertraut und welche Gesichtspunkte gerade in den Fragen der Außenpolitik regelmäßig dabei den Ausschlag geben. In Frankreich lagen die Dinge so, daß das alte Königtum und der Konvent, das Direktorium und das Kaisertum ihren Anhängern in gleicher Weise lebendige Traditionen der Rheinpolitik hinterlassen hatten, und es ist für die französische Geschichte des 19. Jahrhunderts eine entscheidende Feststellung, daß die Parteien, die, nach dem ungeheuren Erlebnis der napoleonischen Epoche, im Innern um die Herrschaft ringen, in diesem einen Punkte sich kaum voneinander unterscheiden, sondern sich, wenngleich in einer gewissen Schattierung der Motive, doch auf die eine unwiderstehliche und verpflichtende Tradition berufen können. Das ist es, was alle französischen Parteien doch wieder untereinander verbindet, gleich einer verschwiegenen Eintracht hinter allen Gegensätzen, so daß sie, wenn es darauf ankommt, sich eher im Wettstreit drängen, an diesem Punkte Zeugnis für ihre patriotische Gesinnung, für ihr Anrecht auf die Führung eines großen Volkes, abzulegen.

Es war der Lebenswille der Nation, an diesem schmerzlichsten Teile »die Verträge von 1815« nicht hinzunehmen, sondern sie im günstigen Momente wieder umzustoßen. Man konnte dabei nicht etwa den Vorwand einer äußeren Bedrohung, jenes Motiv der »Sicherheit«, das so häufig für den Nachbarn gefährlich wird, ernsthaft ins Feld führen, denn von diesem Deutschen Bunde, der zu einer aktiven Außenpolitik oder gar zu einer Offensive ganz unfähig war,

ließ sich, wie jeder Franzose wußte, ebensowenig Gefahr besorgen, wie von dem geruhsamen Geiste, der die Deutschen der Biedermeierzeit erfüllte. Aber schon der Deutsche Bund mit seinen rein defensiven Eigenschaften war für das traditionelle politische Denken der Franzosen eine unerwünschte Nachbarschaft, und die neue Stellung Preußens am Rhein, vor allem auf Englands Wunsch herbeigeführt, um die westdeutsche Grenzmark wieder landfest zu machen und dadurch auch der europäischen Gesamtsicherheit zu dienen, galt ihnen vollends als unerträglich. Sie stand im Widerspruch mit allen herkömmlichen Überzeugungen und setzte den hegemonischen Träumen eine feste Schranke entgegen: als Symbol der Niederlage wurde sie empfunden. Darin stimmten schon in den ersten Jahren nach 1815 die Royalisten wie Bonald und Chateaubriand mit den Liberalen wie Béranger und den alten Napoleonisten überein; auch die Männer der Julirevolution wie A. Thiers, selbst die radikalen und sozialistischen Gegner des Bürgerkönigtums wie L. Blanc waren in dieser Frage alle auf einen und denselben Ton gestimmt, der durch die ganze Epoche Napoleons III. fortklingen und selbst über die Niederlage von 1870 hinweg festgehalten werden wird. Hat doch noch Clemenceau, einer der zielbewußtesten Hüter solcher Vermächtnisse, mehr als einmal versichert, daß die in den Zeiten der dritten Republik vorbereitete Revanche nicht nur Sedan, sondern auch Waterloo gegolten habe.

Wenn somit die Ordnung von 1815 im ganzen verworfen wurde, so war es doch vor allem ihr Zentrum, Preußens Wacht am Rhein, dessen Beseitigung der heiße Instinkt der Nation verlangte. Immerhin lehrte die politische Erfahrung, daß der Weg zu diesem Ziele nur in Abschnitten, nur mit indirekten Mitteln, vor allem nur während einer günstigen europäischen Konjunktur, zurückzulegen sein würde. Auch wer den ganzen Rhein für Frankreich forderte, wußte doch, daß er sich zu bescheiden hatte. Man sprach von Belgien, von Teilen Hollands, von Luxemburg, von den Grenzen von 1814 (Saarbrücken, Saarlouis, Landau), von der Entfernung der preußischen Waffen vom Rhein: kurzum, für den Hauptteil des deutschen linken Rheinufers hätte man sich zunächst damit begnügt, seine frühere militärische Wehrlosigkeit wiederherzustellen. Aber wie weit oder eng das Ziel auch gesteckt wurde, das eine mußte sich jede verantwortungsvolle französische Regierung sagen, daß auch ein vor-

sichtiger Gedanke an die Rheingrenze nur gegen den Widerstand des neugeordneten und befriedeten Europa durchgeführt werden könne, daß daher zuvor der Umsturz dieser europäischen Ordnung abgewartet werden oder — das war der nächste Schritt — bei günstiger Gelegenheit auf diesen Umsturz hingearbeitet werden müsse.

Die orientalische Krisis der Jahre 1828/29 bot den ersten Anlaß. Schon im Sommer 1828 fand eine Denkschrift Chateaubriands, des Romantikers, der damals Gesandter in Rom war, für den Außenminister La Ferronays im königlichen Rate große Anerkennung, weil sie entschlossen das aussprach, was damals die französischen Diplomaten ebenso bewegte wie die öffentliche Meinung des Landes: »Wir wollen die Rheinlinie von Straßburg bis nach Köln haben. Das ist unser gerechter Anspruch.« Da Österreich und England niemals die Rheingrenze als Preis eines Bündnisses bewilligen werden, so muß man das russische Bündnis suchen, den Russen Konstantinopel bieten, um für sich selber den Rhein zu gewinnen. »Dorthin muß Frankreich früher oder später seine Grenze verlegen, ebensosehr seiner Ehre halber als um seiner Sicherheit willen.« Man beachte, daß es die Männer der Restauration sind, die von den Waffen der Verbündeten, darunter auch der Preußen, in ihr Vaterland zurückgeführt worden waren und jetzt sich zu den alten Eroberungszielen bekennen, auch wenn sie dabei ein angebliches Sicherheitsmotiv in den Mund nehmen: es ist die Sprache derer, die nichts gelernt und nichts vergessen hatten. Sobald die orientalische Krisis die entfernte Möglichkeit einer europäischen Erschütterung bot, nahm die französische Regierung amtlich diese Pläne, wenn auch in etwas verdeckterer Form, auf. Im Herbst 1829 unterbreitete der Minister Fürst Polignac dem König Karl X. den Plan einer russisch-französischen Allianz, die dem Rheinziel mit Hilfe einer europäischen Umgruppierung nahezukommen suchte. Während man den Russen den Balkan bot, sollte für Frankreich als unmittelbarer Gewinn Belgien und Landau, als mittelbare Belohnung aber die Errichtung eines linksrheinischen Pufferstaates unter einem holländischen Prinzen und eines rechtsrheinischen Pufferstaates unter dem König von Sachsen abfallen — in einem anderen Entwurf war der Sachse als Haupt des linksrheinischen Pufferstaates mit dem Sitz in Aachen vorgesehen. Das war, was den deutschen Rhein anging, ein bescheideneres Pro-

gramm als die reine Annexion, immerhin handelte es sich um ein Niederbrechen der ganzen Sicherheitsbarriere, die Europa zwischen Elsaß und Nordsee errichtet hatte. Die Staatsmänner der Restauration gedachten dabei realpolitisch zu verfahren, indem sie Preußen mit Sachsen und Holland entschädigten; daß man den König der Niederlande auf dem Throne von Konstantinopel unterbringen wollte, ist ein Beweis, zu welchen utopischen Phantastereien man in Paris bereit war, um nur einige Schritte weit auf den Weg der napoleonischen Rheinpolitik zurückzukehren und die alte offene Tür nach Westdeutschland militärisch wiederzugewinnen. Es ist das erste denkwürdige Beispiel einer Politik, die Napoleon III. in den sechziger Jahren zu einem System ausbildete. Wenn die Anträge Polignacs auch in Petersburg zu spät kamen, so wurden sie darum nicht vergessen, und noch im Jahre 1868 haben die alten Royalisten dem zaudernden Kaiser mahnend und drohend vorgehalten, wozu sie selbst, den Traditionen der französischen Gloire getreu, zu ihrer Zeit bereit gewesen wären.

Auch in den Zeiten des Julikönigtums starben diese französischen Hoffnungen nicht aus, sie wurden durch die Losreißung Belgiens von Holland, wodurch die eine der Schutzvorrichtungen des Wiener Kongresses durchbrochen wurde, nur noch stärker belebt. Für die liberale Periode der französischen Politik verstand es sich von selbst, daß die Idee der Befreiung unterdrückter Völker in erster Linie auf diejenigen anzuwenden sei, die angeblich wider ihren Willen von Frankreich getrennt worden seien. Während Talleyrand in der Zeit der belgischen Verwicklung die englische Politik für Tauschpläne einzufangen suchte, die das ganze Rheinland an Frankreich auslieferten, während ein Heißsporn wie Armand Carrel nicht eher Frieden schließen wollte, als bis der letzte preußische Soldat vom linken Rheinufer verschwunden sei, wollten deutschfreundliche Annäherungspolitiker wie der Rechtsphilosoph Lerminier sich mit einem französischen »Protektorat über die deutschen Rheinstädte« begnügen. Die Alternative, volle Annexion oder Autonomie der Rheinlande, wurde auch jetzt noch offen gehalten. Als dann im Jahre 1840 wieder eine ernste orientalische Krise die europäischen Mächte gegeneinander trieb, entlud sich der französische Tatendrang, in heißem Begehren aufflackernd, wiederum nach der Seite des Rheines. Thiers forderte als Minister den Krieg für das euro-

päische Gleichgewicht und erregte die Presse zu dem stürmischen Ausbruch: Frankreich müsse sich für das linke Rheinufer schlagen; bis in die Dichtung fand die Losung der Publizisten begeisterungstrunkenen Widerhall. Nur die friedlicher Gesinnten zerbrachen sich den Kopf, wie man dem hartnäckigen Nachbarn durch irgendwelche Kompensationen den Verzicht schmackhaft mache, und selbst ein an deutschem Denken gebildeter Mann wie der Philosoph E. Quinet bemühte sich den Deutschen nachzuweisen, daß der Rhein ihre Vergangenheit, die Donau aber ihre Zukunft sei.

Es war nicht anders: mochte man über die Methode, von der Gewalt bis zur »Verständigung«, verschiedener Meinung sein, über das Ziel selber war man einig, und jede innere Umwälzung in Frankreich trieb aus diesem gärenden Verlangen dieselben Blasen an die Oberfläche. Demgegenüber blicke man auf das deutsche Volk in diesen Jahrzehnten, ganz mit sich selber beschäftigt, friedlich nicht nur in den Tiefen, sondern auch in der politisch führenden Oberschicht, noch im ersten zaghaften Anlauf, sich seiner Einheit wieder bewußt zu werden und sich selber politisch bestimmen zu wollen: wer war schuld daran, daß dieses erwachende nationale Selbstgefühl sich allmählich an dem Gegensatz zu einer Macht orientierte, die sich mit so anmaßlichen Gelüsten trug und nicht müde wurde, die ältesten deutschen Kulturgebiete, als wenn die Zeiten sich nicht geändert, für sich selber zu verlangen. Selbst in dem stürmischen Jahre, als der revolutionäre Selbstbestimmungsdrang der deutschen Nation Einheit und Freiheit auf sein Banner schrieb, ließen die neuen französischen Machthaber, trotz der schweren Erschütterung des eigenen Staates, ihre lauernden Hoffnungen nicht sinken, und nur der einmütige nationale Enthusiasmus der Deutschen von 1848 hinderte sie, das heiße Eisen anzufassen. Sogar ein Mann wie Alexis de Tocqueville, dessen Name von grobem chauvinistischen Makel frei ist, rechtfertigte als Minister im Juli 1849 die Verhaftung pfälzischer Republikaner in Paris mit dem offenen Geständnis: es handle sich gerade um die Leute und um die Partei, die sich »gegen die Tendenz der französischen Nation, sich bis an den Rhein hin auszudehnen«, mit der größten Energie erhoben hätten. Von dem Liberalen A. Thiers aber ist das verwegene Wort überliefert: wenn man ihn nur hätte im Jahre 1848 gewähren lassen, so würde er die Grenzen Frankreichs bis Mainz ausgedehnt und damit die Schlüssel

Deutschlands in die Hände genommen haben. Der Herold der napoleonischen Legende wird auch als Kritiker der Politik Napoleons III. in seinem Herzen dieses Traumbild niemals aus den Augen verlieren.

II

In diesem Frankreich, in einer solchen geistig-politischen Atmosphäre stieg Louis Napoleon empor, der Erbe eines Namens, der jene Ansprüche auf die Rheinstellung am schrankenlosesten verkörpert hatte, umringt von Parteien, deren Losungsworte sich immer wieder zu günstiger Stunde an dem einen großen Traume zu nähren suchten, von Haus aus darauf angewiesen, über alle Parteien dieses ehrgeizigen und erregbaren Volkes hinwegzuschreiten und sich der Seele der Nation als der wahre und verheißungsvolle Führer zu empfehlen.

Das Erlebnis des ersten Kaiserreichs stand diesem Abenteurer, der nichts als seinen Namen hatte, vor Augen, brannte in seinem Innern, jagte seinen Willen vorwärts, aber dieser um eine einzige Idee kreisende Grübler hatte nicht minder auch den Ursachen des Sturzes des ersten Kaiserreiches nachgesonnen und war sich klar darüber, was er zu vermeiden hatte. Ebenso wie er an seine Sendung glaubte, war er sich auch der inneren Gefahren seiner Aufgabe vollkommen bewußt. Wer sich durch den Namen Napoleon emportragen lassen wollte, mußte sich von den Ausschweifungen dieses Namens fernhalten: vielmehr galt es, im Bunde mit den Ideen einer neuen Zeit, mit Hilfe von Triebkräften, über deren Verkennung der große Napoleon zu Falle gekommen war, sich von neuem zu erheben, einen neuen Bonapartismus, der die Erbschaft des ersten Kaiserreichs antreten sollte, zu begründen. Schon in seinen «Idées napoléoniennes» hatte er eine moderne Ideologie dieses Bonapartismus zu prägen versucht, um die in den Memoiren von St. Helena begonnene Füllung neuen Weines in die alten Schläuche auf seine Weise fortzusetzen. Wer dieses Manifest eines Prätendenten in die Hand nimmt, wird erkennen, wie jede Wendung darin nur um des einen Zieles willen gewählt wird, immer nur als Willensäußerung, nicht als gedankliche Formulierung echt ist. Wenn die nationalen Triebkräfte des Jahrhunderts anerkannt werden, so geschieht das

nicht etwa um ihrer selbst willen, sondern weil mit ihnen die Staatenordnung des Wiener Kongresses, das auf den Trümmern des Kaiserreichs errichtete Werk der Verträge von 1815, wie mit einer Dynamitladung in die Luft gesprengt werden kann: alles steht im Dienste der fixen Idee, in deren Banden der Prätendent lag. Und er wußte zu unterscheiden. Unter jenen nationalen Triebkräften wurde die italienische Bewegung, in deren unterirdischen Minengängen sich Louis Napoleon schon in der Jugend umgetrieben, mit ihrem nationalstaatlichen Endziel vorbehaltlos anerkannt. Wenn er aber von der deutschen Nationalbewegung sprach, drückte er sich sehr viel vorsichtiger aus; er tadelte wohl die Überspannung des ersten Kaiserreiches, die auch hier Unmögliches gewollt habe, aber er tadelte ausdrücklich doch nur eine Überspannung, die bis nach Hamburg und Lübeck ausgegriffen hatte. Dagegen hütete er sich, über Köln und Mainz, über Speyer und Aachen ein gleiches Wort auszuprechen, er erwähnte den Rhein überhaupt nicht. Er war klug genug, keine Hoffnungen zu erwecken, die von vornherein eine neue Koalition der europäischen Mächte gegen den Prätendenten mobilisieren mußten — aber er wollte ebensowenig Hoffnungen zerstören, die mit seinem Namen in Frankreich nun einmal verbunden waren. Darum schwieg er. Wer auf dem Grunde seiner Seele lesen wollte, mochte sich an das vielsagende und zweideutige Wort halten: »Das Frankreich Heinrichs IV., Ludwigs XIV., Colberts und Napoleons habe die Rolle, in alle Verträge seinen Brennusdegen zugunsten der Zivilisation zu legen.« Das war die Sprache des ersten Empire.

Danach richtete Napoleon sich ein, als er zur Macht emporgestiegen war und vor der Aufgabe stand, seinen Gewaltweg durch Taten und Erfolge, durch nationalen Ruhm vergessen zu machen. Nur darüber blieb sich dieser nachdenkliche Beobachter, der so lange die europäische Lage nach Aufstiegsmöglichkeiten belauert hatte, im klaren: gewissermaßen bei hellem Himmel geradenwegs in die alte klassische Rheinpolitik seiner Vorgänger zurückzulenken, das mußte nichts anderes zur Folge haben, als die große Koalition wieder wachzurufen, der sein Oheim erlegen. Ein solcher Weg entsprach weder seiner Natur noch seiner Begabung.

Nur wenn der europäische Horizont sich derart verdunkelte, daß die Glieder der Staatengesellschaft von neuem feindlich gegen-

einander getrieben wurden, nur in einer großen Krisis ließ sich vielleicht hoffen, die französischen Träume oder doch ein Stück davon in wohlerwogenem Spiele zu verwirklichen. Die Politik des Kaisers im Krimkrieg sprengte zum ersten Male den alten Zusammenhalt der Großmächte; der nächste Stoß, der italienische Krieg im Jahre 1859, wurde zur ersten Probe auf das Exempel, im Bunde mit der Nationalitätenpolitik die Machtstellung Frankreichs zu erhöhen und seine Grenzen hinauszuschieben; nach der gelungenen Aktion kam es darauf an, das Spiel mit Cavour auch nach der deutschen Seite hin zu wiederholen, mit geringem Einsatze mäßige Gewinne einzustreichen und die begehrliche Phantasie des Volkes auch an ihrer empfänglichsten Stelle zu versöhnen.

Da die politischen Kundgebungen Napoleons ihre Schlagworte gleichsam als Doktrinen, mit dem Anspruch auf absolute Geltung, pomphaft vor Europa auszurufen liebten, so konnte sich wohl der Glaube festsetzen, als wenn der Kaiser in seinen politischen Entschließungen durch diese Doktrinen als solche angefeuert und geleitet werde. Und da er am Ende seiner abenteuerlichen Laufbahn schließlich gescheitert ist, so ist bei den Franzosen die Überzeugung allgemein geworden, er sei nur deshalb gescheitert, weil er sich einer doktrinären und unfranzösischen Nationalitätenpolitik hingegeben und darüber die großen Traditionen der klassischen Außenpolitik, allen voran der Rheinpolitik, aus den Augen verloren habe. In Wahrheit aber war der Kaiser so weit entfernt, dieses Endziel aufzugeben, daß er allein darüber nachsann, auf welchem neuen Wege, den Zeitumständen entsprechend, er sich ihm am sichersten nähern könne. Zeit seines Lebens brütete er über der europäischen Landkarte, hielt er Ausschau nach der richtigen Methode, wie die für 13
seine Zwecke erforderliche Konjunktur der Weltlage herbeizuführen sei. Diese Konjunktur mußte darin gipfeln, daß Österreich und Preußen sich entzweiten und durch ihren Bruch endgültig das Band zerrissen, welches das unerwünschte Gebilde des Deutschen Bundes zusammenhielt: das war die Vorbedingung alles Erfolges, der erste Schritt auf einem Wege, der naturgemäß im Dunkeln lag und auch der Nachwelt bisher nicht völlig durchsichtig geworden ist.

Um die ruhende Masse Europas in Fluß zu bringen, bot sich — so paradox es klingen mag — kaum eine stärkere Gärungskraft dar als die nationaldeutsche Einheitsbewegung, die nach dem Scheitern

ihres heftigen Vorstoßes von 1848/49 sich gegen den Ausgang der fünfziger Jahre wieder zu rühren begann. Wenn Preußen sich ihrer annahm (so wie Piemont sich der italienischen Bewegung angenommen), mußten die deutschen Mächte von neuem aufeinanderprallen, bis aus ihrer Rivalität die Sprengung des Bundes und das Chaos emporstieg, das dem lauernden Rechner — und hier löst sich die scheinbare Paradoxie — einen mühelosen Beutezug ermöglichte. Es kam also für Napoleon darauf an, sich zunächst bei dem Preußen als ein wohlwollender und uninteressierter Freund, als der Verehrer einer wahrhaft deutschen Politik Preußens in Empfehlung zu bringen. Das ist der Sinn der vertraulichen Unterredung, die er mit dem kommenden Manne Preußens, mit Bismarck, im April 1857 in Paris hatte; man weiß, daß Bismarck sie häufig erzählt und noch in seinen »Gedanken und Erinnerungen« als Eingangstor dieser napoleonischen Aktion bezeichnet hat. Da entwickelte der Kaiser seinen Gedanken einer großzügigen Abrundung Preußens in Norddeutschland, legte aber gleichzeitig den höchsten Wert darauf, auch die eigene Uninteressiertheit zu betonen und etwaige rheinische Eroberungsabsichten zu verschwören, weil sie selbst im Falle vorübergehenden Erfolges nur zur Bildung europäischer Koalitionen führen müßten und daher letzten Endes zum Scheitern verurteilt seien; wenn dabei immerhin ein Wort von bescheidenen Grenzverbesserungen fiel, so war doch alles darauf angelegt, in der Seele des Anderen kein Fünkchen von Mißtrauen aufkommen zu lassen. Das Motiv lag nicht in dem vorgeschobenen Scheingrund der maritimen Verstärkung eines preußischen Norddeutschlands als eines Gegengewichtes gegen England, sondern in dem wohlüberlegten Plane, dem preußischen Ehrgeiz nach einer Zeit des Verzichtes wieder Mut zu machen und die »deutsche Frage« zu einem Element der großen Politik zu erheben.

Erst nach dem Eintritt der neuen Ära, in der Weltlage nach dem italienischen Kriege schien diese Möglichkeit gegeben zu sein. Jetzt begannen in Paris und Berlin leise Andeutungen des Kaisers zu fallen über ein Zusammengehen, das wünschenswert, und eine kleine Grenzverbesserung, die möglich sei. Was auf dem Grunde seiner Seele ruhte, wurde dem Preußen nicht verraten; wohl aber erschloß der Kaiser sich im April 1860 seinem Gesandten in Berlin, dem Marquis Moustier — eine Erzählung des belgischen Gesandten

Barons Beyens hat neuerdings diese Quelle aufgedeckt. Napoleon leitete seinen Gedankengang damit ein, daß der wirtschaftliche Vorsprung Englands vor Frankreich auf seiner gesicherten geographischen Lage beruhe, während Frankreich auf mehreren Seiten Angriffen ausgesetzt und dadurch zu kostspieligen Sicherheitsmaßregeln genötigt sei: Frankreich müsse daher zu einem Grenzsystem kommen, das sich durch sich selber verteidige. Nizza und Savoyen deckten nach der italienischen Seite, die belgische Neutralität schütze gegen einen Angriff von Norden: auf der Linie von Mainz bis Köln aber seien Grenzverbesserungen unerläßlich, mit anderen Worten, er habe die Pfalz und das linke Rheinufer im Auge. »Aber ich träume nicht von Eroberungen, ich will friedlich und allmählich vorgehen, ich will zu meinem Ziel kommen durch freundlichen Meinungsaustausch und durch Ententen.«[1] Wie weit sich damals diese Andeutungen mit ihrer Perspektive einer norddeutschen Abrundung Preußens in Berlin hervorwagen mochten — ein mannhaftes Wort König Wilhelms richtete eine feste Barriere gegen den Versucher auf, und der wachsam gewordene Geist der öffentlichen Meinung paßte dem Manne scharf auf die Finger, der soeben noch in einer Thronrede auch das zweideutige und gefährliche Schlagwort der natürlichen Grenzen Frankreichs hatte fallen lassen.

Das Spiel stand darum noch nicht still, wie auch die Broschüre «Le Rhin et la Vistule» (Oktober 1861) zeigt, eine jener offiziösen Flugschriften, die wie die Meervögel den kommenden Sturm vorausmelden, die verdeckte Politik des Kaisers einleiten, begleiten, zur Diskussion stellen. Und zwar verfolgte sie den doppelten Zweck, die deutsche öffentliche Meinung über die Rheingrenze zu beruhigen, aber zugleich diese Quelle der Beunruhigung durch einen bescheidenen Vorschlag zur Güte zu verstopfen. Ihr Protest galt der Grenze von 1815, »welche dem Feinde unsere Täler von Lothringen und unsere Ebenen von der Champagne systematisch geöffnet hat, welche die Linie unserer Grenze durchbrochen hat, um Frankreich die von uns befestigten Städte, wie Landau, und die von uns gebauten wie Saarlouis zu entreißen«. Also Wiederherstellung der Grenze von

[1] Baron Beyens, Le second Empire, vu par un diplomate belge (Lille-Bruges. Paris 1924). Bd. 1, S. 313: «Mais je ne rêve pas de conquêtes; je veux agir pacifiquement et progressivement; je veux arriver à mon but par un échange d'explications amiables et par des ententes».

Biblioteka Wojsk. Akad. Polit. im. F. Dzierżyńskiej

1814, die Frankreich zu seiner Verteidigung gebrauche. »Ohne den Nationalstolz Deutschlands zu reizen, würde sie unsere eingewurzelte Leidenschaft für den Rhein beruhigen, und zugleich die jüngsten Befürchtungen der germanischen Bevölkerungen. Diese Linie würde definitiv sein, da sie auf gegenseitiger Zustimmung beruht, und der Traum, welcher diesseits des Rheins so vielen Gemütern teuer ist, aber wie ein Alp auf Deutschland und Belgien lastet, würde für immer schwinden.« Mit diesen sentimentalen Gefühlstönen wurde dem verstockten Deutschen beigebracht, daß er die gallischen Träume und Leidenschaften, die auf den «grand Rhin» gerichtet waren, durch die Bewilligung des «petit Rhin» zu besänftigen habe — »für immer«. Der englische Minister Lord Clarendon war durchaus im Rechte, wenn er seine Königin vor der fixen Idee Napoleons warnte, seine Dynastie einzig durch Gebietsvergrößerungen Frankreichs sichern zu können. Jetzt habe allein die Ehrenhaftigkeit König Wilhelms solche Anträge vereitelt, aber jederzeit könne der Kaiser es für nötig erachten, sich das linke Rheinufer anzueignen; alle Bevölkerungsklassen in Frankreich, gleichgültig zu welcher Partei sie gehörten, würden entzückt sein, wenn er es täte. Vom englischen Standpunkt riet der Minister seiner Königin, zu rüsten und den nationalen Geist gegen feindlichen Angriff aufzurufen (20. Oktober 1861). Das war auch die Meinung König Wilhelms. Er ließ sich weder einschüchtern noch zu einer Schiebung bereit finden.

So begannen Napoleons Hoffnungen sich erst dann wieder zu regen, als nach dem Ablauf der neuen Ära derjenige Staatsmann die Leitung der preußischen Politik übernahm, dessen Mut und Skrupellosigkeit er es zutraute, ein preußischer Cavour zu werden und auch vor einem — mäßig zu berechnenden — Maklerlohn nicht allzu sittenstreng zurückzuscheuen. Um so unliebsamer war die Enttäuschung, als der neue Minister, dessen Inneres er noch im Juni 1862 sorgsam abzutasten versucht hatte, doch nicht die Wege einschlug, die dem napoleonischen Rechner erwünscht waren. Denn wenn Bismarck im Innern durch die Verschärfung des Konflikts sich gerade die deutschen Sympathien verscherzte, so schien, statt der von ihm erhofften nationalpolitischen Aktivität, doch nur eine rein borussische Politik alten Stils für ihn übrig zu bleiben; und als er sich in der Außenpolitik während des polnischen Aufstandes, vermöge der Konvention Alvensleben (Februar 1863), eng an Rußland an-

schloß, schien es vollends erwiesen, daß von ihm ein Bruch mit der traditionellen preußischen Politik, eine Empfänglichkeit für die Pariser Lockrufe niemals zu erwarten sein würde. Also warf sich der Kaiser, der seine bisherige Spekulation zunichte gemacht sah, mit einem Schlage auf die Gegenseite hinüber.

Wenn die große Bewegung der Dinge nicht mit Preußen und der deutschen Nationalpolitik herbeizuführen war, so mußte sie von der entgegengesetzten Seite her angefaßt werden. So beschloß Napoleon, sich mit Hilfe Österreichs, im Bunde mit einer polnischen Nationalitätenpolitik, dem unverrückbar ihm vorschwebenden Endziel zu nähern.

Am 21. Februar 1863 bot er, zunächst durch den Mund der Kaiserin Eugenie, die in solchen Fällen als Avantgarde der Verführung verwendet wurde, und am 24. Februar er selbst in persönlicher Verhandlung, dem österreichischen Botschafter ein Bündnis an, das auf eine grundstürzende Umgestaltung der Karte Europas hinauslief[1] — selbst der Plan Polignacs von 1829, der Ähnliches um ähnlicher Ziele willen im Bunde mit Rußland erstrebte, nahm sich harmlos neben dem grandiosen Spiel aus, zu dem jetzt Österreich verführt werden sollte, und der bekannte Plan der Teilung des türkischen Reiches, den Zar Nikolaus im Jahre 1853 dem englischen Botschafter vortrug, wäre, verglichen mit diesem Projekt, für den europäischen Frieden ein ungefährliches Unternehmen gewesen. Denn die Umgestaltung, die Napoleon vorschwebte, bedeutete die Entfesselung des Weltkriegs. Den Ausgangspunkt bildete die Wiederherstellung Polens, gegen Rußland und Preußen gerichtet, so wie vordem die italienische Nationalitätenpolitik gegen Österreich ausgespielt worden war. Den Zielpunkt aber bildete der Gewinn des linken Rheinufers: während alle anderen gleichzeitig zu opfern und zu gewinnen hatten, sollte Frankreich nur gewinnen. Zwar sollte ein System von Schiebungen alle zufriedenstellen, wie denn Österreich für das ihm zugemutete Opfer Galiziens und Venetiens durch Bosnien, Serbien, Schlesien und Süddeutschland entschädigt werden sollte. Aber ließ sich annehmen, daß Rußland durch die Aussicht

[1] Mit den Berichten Metternichs vom Februar 1863 beginnt die vorliegende Aktenpublikation. Für die folgende Darstellung sei auf dieses Aktenmaterial sowie auf die an den entscheidenden Stellen in den Anmerkungen dazu gegebenen kritischen Erläuterungen ein für allemal hingewiesen.

auf die asiatische Türkei zum Verzicht auf Kongreßpolen bewogen werden, Preußen durch das großmütige Angebot einer Abrundung in Norddeutschland für die ihm zugemutete Abtretung von Schlesien, Posen und dem linken Rheinufer sich würde entschädigen lassen? Nur durch ungeheure kriegerische Katastrophen hindurch ließ sich dieses Projekt verwirklichen. Aber das Zukunftsbild: Italien frei bis zur Adria, Polen wiederhergestellt, der Rhein ein französischer Fluß — also erläuterte Eugenie den Sinn dieser Pläne! — bedeutete dafür ein europäisches System, in dem die Vormachtstellung Frankreichs, wie nur je in ihren höchsten Blütezeiten, das bisherige Gleichgewicht der Mächte abgelöst haben würde. Man lese die Berichte Metternichs: die Kaiserin zitternd vor Erregung, fiebernd vor Ungeduld, ganz »Feuer und Flamme«, in ihren Billetts von der Beredsamkeit einer Liebenden, die alles verspricht und alles verlangt, um die nie wiederkehrende Gelegenheit für die »furia francese«, wie sie sich ausdrückt, zu nutzen; und hinter ihr der Kaiser selbst, von politischer Leidenschaft so beherrscht, daß durch seine übliche Verschlossenheit »der ungemessene Ehrgeiz und die unzähmbare Energie« durchbrechen; an seine Sprache vor den großen Epochen des Krimkrieges und des Krieges von 1859 fühlte der Botschafter sich erinnert. Auf dem Gipfelpunkt seiner Macht, noch ungebrochen durch Rückschläge, glaubte Napoleon dieses ruchlose Spiel mit dem Weltfrieden wagen zu dürfen — man vergleiche damit die verantwortungsvolle Friedenspolitik, die Bismarck auf der Höhe der deutschen Weltstellung übte. Niemals lag die Seele des kaiserlichen Abenteurers so nackt und bloß dar, und sein grandiosestes Spiel wäre es allerdings gewesen, wenn es gelang, von der polnischen Seite her seine Nationalitätenpolitik auf Kosten der deutschen Nation im Osten und im Westen zu verwirklichen, und um des Rheines willen die Welt in Flammen zu setzen.

Aber Österreich lehnte ab — noch nach Jahren haben Napoleon und Eugenie dem Fürsten Metternich diese Sünde strafend vorgehalten. Da gleichzeitig England hinter der Polenaktion das Rheingelüst witterte und sich mißtrauisch zurückzog, da der Polenaufstand von den Russen zerdrückt wurde, fiel der ganze Plan unter den Tisch, und Napoleon lenkte eilends in die Bahnen seiner bisherigen Politik zurück. Schon Ende April 1863 hatte sein Minister Drouyn de Lhuys dem preußischen Botschafter amtlich zu erklären,

man habe in Paris seit Beginn der polnischen Krisis keinerlei Hintergedanken gehabt und niemals eine Trübung der Beziehungen zu Preußen beabsichtigt; da er ungefragt diese Erklärung abgebe, so sei ihre Wahrheit verbürgt, insofern er nicht ohne Not eine Lüge aussprechen werde. Tatsächlich hatte Napoleon alle Ursache, ein etwa in Berlin erwachtes Mißtrauen schleunigst zu zerstreuen, denn er gedachte nunmehr, die Maschine, deren Gang er von der polnisch-österreichischen Seite her nicht hatte vorwärtsstoßen können, wieder von der preußisch-deutschen Seite her in Bewegung zu bringen.

Die Reihe der kaiserlichen Konfidenzen kam wieder an den Preußen. Schon am 8. Juni 1863 eröffnete Napoleon dem preußischen Diplomaten Prinzen Reuß, was er selbst für die richtige preußische Politik hielte. Er, der Kaiser, wäre an Stelle König Wilhelms, statt in den Konflikt über die Militärfrage hineinzusteuern, längst vor das Land getreten mit den Worten von Ernst Moritz Arndt: »Mein Vaterland muß größer sein« (welche Worte der treuherzige Kaiser in deutscher Sprache zitierte), und mit dem Programm: »Gebt mir eine starke Armee und ich werde euch ein starkes Vaterland geben« — die Verträge von 1815 ständen zwar im Wege, aber das ließe sich arrangieren. Ein paradoxes Bild: ein Napoleon, mit der Melodie des deutschen Vaterlandsliedes den Hohenzollern an den deutschen Beruf Preußens erinnernd — sollte er wirklich der unverbesserliche Doktrinär gewesen sein, als der er manchen französischen Kritikern erscheint? In Wahrheit hatte er sein Ziel unverrückbar im Auge. Nachdem der polnische Hebel sich als untauglich erwiesen, mußte er den preußischen Ehrgeiz vorwärtszustoßen suchen, zumal in der Epoche des Frankfurter Fürstentags, in der eine Übereinkunft zwischen Österreich und Preußen allen begehrlichen Träumen eine feste Abwehrschranke entgegengesetzt haben würde. Aber Bismarcks nicht zu täuschender Scharfblick war auf dem Posten. Seine Randbemerkung zu der Anspielung Napoleons: dies wäre schon zu arrangieren gewesen, enthielt nur die kühle Gegenfrage: »durch die Abtretung des Rheinlands?« Damit traf er ins Schwarze.

Auch diese Episode bleibt, wie die früheren, Episode. Sprunghaft lösen sie einander ab, aber sie lassen darum nicht auf einen Politiker schließen, der nicht weiß, was er will. Im Gegenteil, dieser Wille ist sich über nichts so klar wie über sein Endziel, und die Aneinanderreihung dieser einzelnen Vorspiele ist gerade um deswillen so lehr-

reich, weil sie das Gleichbleiben des Endziels im Wechsel der politischen Methoden Napoleons veranschaulicht. Von hier aus allein läßt sich seine Politik in den nächsten Jahren verstehen.

Denn die europäische Krise, die er künstlich bald von der einen, bald von der anderen Seite her ins Leben zu rufen suchte, bot sich ihm noch in demselben Jahre durch den Tod König Friedrichs VII. von Dänemark (November 1863) und die Wiedereröffnung der schleswig-holsteinischen Frage von selber dar. Das Schicksal warf ihm die Chance, nach der er lechzte, in den Schoß — vorausgesetzt, daß sich von dieser Seite das Programm einer Vergrößerung Preußens in Norddeutschland, sein Einlenken in eine ausgreifende deutsche Nationalpolitik in die Wege leiten ließ.

Freilich war an der Politik, die Bismarck in der schleswig-holsteinischen Frage einschlug, vom französischen Standpunkt mancherlei auszusetzen. Zunächst, daß sie mit Österreich zusammenging, was den Bruch, auf den für Paris alles ankam, in weite Ferne hinausschob; sodann aber, daß sie sich überhaupt auf die »kleine«, die »elende« schleswig-holsteinische Frage beschränkte, statt entschlossen sogleich die »große« Frage anzupacken und ein deutsches Aktionsprogramm zu verkünden, womit der Bruch gegeben gewesen wäre. Um so mehr mußte Napoleon, solange der Krieg noch nicht ausgebrochen war, vorsichtig an sich halten. Als Bismarck Ende Dezember 1863 aus dem Abgesandten des Kaisers, General Fleury, das Stichwort der Rheinlande herausgelockt hatte und dieser nach Paris meldete, das Wort sei gefallen, winkte ein Telegramm Napoleons ängstlich ab: sprechen Sie nicht vom Rhein. Um keinen Preis durfte, da er vor kurzem noch Österreich gegenüber so weit aus sich herausgegangen war, der Berliner Politik vorzeitig Mißtrauen eingeflößt werden; zumal solange die Aktion noch nicht eröffnet war, mußte er zwar seine Allianz von weitem sehen lassen, die eigene Kompensationsrechnung aber still im Busen bewahren. Erst dann, als der Ausbruch des Krieges eine endgültige Situation geschaffen, als England zu einer Hilfe für Dänemark geneigt schien und das französische Wohlwollen auch für Berlin im Preise zu steigen begann, wagte man in Paris deutlicher mit der Sprache herauszurücken. Sobald die preußisch-österreichischen Truppen die jütische Grenze überschritten hatten, hielt der französische Außenminister es für angezeigt, in einem Gespräche mit dem preußischen Bot-

schafter, auf der einen Seite zur Annexion von Schleswig-Holstein »und einigen in der Nähe liegenden Ländern« zu ermutigen, auf der anderen Seite auch die Richtung des eigenen Appetits in bestimmterer Form anzudeuten: die Grenzen von 1814 und ein autonomer Rheinstaat, nach dem Muster Belgiens. Zum erstenmal war amtlich, wenn auch unverbindlich, die Rede von einer Gegenrechnung; einer Mindestforderung, die sich, da sie nicht eigentlich auf Annexion ausging, zur Not mit dem Nationalitätsprinzip Napoleons in Einklang bringen ließ; es war nur fraglich, ob der Preuße das Spiel, das Napoleon in Plombières mit Cavour gespielt, unter solchen Bedingungen erneuern würde. Als der preußische Botschafter sich taub stellte und vollends aus Berlin nicht der geringste Widerhall zu spüren war, meinte man in Paris, zumal da die öffentliche Meinung über den Einmarsch in Jütland immer unwilliger wurde, schon mit leiser Drohung den preußischen Entschlüssen nachhelfen zu sollen; indem erneut auf das größere deutsche Kampffeld hingedeutet wurde, ließ man schon die Alternative durchblicken: Allianz auf der Basis eines für Preußen annehmbaren Systems von Annexionen und Kompensationen, oder aber Krieg. Aber die Drohung verfehlte ihren Zweck, ebenso wie die Lockung. Napoleon mußte sich also sagen, daß er, wenn er noch dringlicher würde, Bismarck nur um so fester an Österreich binden und zur äußersten Mäßigung in der schleswig-holsteinischen Frage nötigen würde. Es blieb ihm nichts übrig, als abzuwarten, wenn er nicht durch vorzeitige Aufdeckung seiner Karten das ganze Spiel verderben und seinen nervenstarken Gegner, der alle seine Trümpfe fest in der Hand hielt, vollends in das Gegenlager hinübertreiben wollte. Seine Hoffnung blieb, daß aus dem Verlauf der schleswig-holsteinischen Angelegenheit eines Tages doch ohne sein Zutun eine ernste Spannung zwischen Preußen und Österreich sich ergeben mußte, die dann unvermeidlich auch ihm den ersehnten Ansatz für die eigene politische Aktion darbieten würde.

Diese Möglichkeit rückte zum ersten Male näher, als im Sommer 1865 der offene Ausbruch des Konfliktes zwischen den beiden deutschen Großmächten nicht mehr aufzuhalten zu sein schien. Dieses Mal hütete Napoleon sich wohl, durch unzeitige Kompensationsandeutungen die preußische Seite zu beunruhigen und dadurch die Aussicht auf eine kriegerische Explosion zu verringern. Mochte der

italienische Ministerpräsident La Marmora auch auf Bismarcks Bündnissondierung zu verstehen geben, Preußen würde durch ein Opfer in der Rheinprovinz den Kriegsausgang sicherstellen: in Paris selber übte man Entsagung. Die Kaiserin Eugenie antwortete dem preußischen Botschafter auf seine Frage, »Frankreich bedürfe nichts und verlange nur in Frieden zu bleiben« (11. August 1865), und Drouyn de Lhuys wollte sich sogar verpflichten, für den Fall einer Verständigung mit Preußen »keine Rektifikation der preußischen Grenze« — was eine solche an der deutschen Grenze allerdings noch nicht ausgeschlossen haben würde — in Anspruch zu nehmen (20. August 1865).

Um so peinlicher war Napoleon überrascht, als trotz dieser wohlüberlegten entsagungsvollen Zurückhaltung noch einmal in Berlin der Friedenswille über alle Kriegspläne siegte. Daß sich in der Gasteiner Konvention (14. August 1865) Österreich und Preußen wieder miteinander vertrugen, empfand man in Paris als eine persönliche Kränkung; die französische öffentliche Meinung tobte, weil ihr die Hoffnung auf einen deutschen Bürgerkrieg, der schon so nahe vor der Tür gestanden, unter den Händen zerronnen war, und Drouyn de Lhuys verdammte in einer amtlichen Kundgebung die Konvention, im Namen des Völkergewissens, in Grund und Boden. Bismarck war sich nicht im unklaren, wo die Wurzel dieses heftigen Stimmungsumschwunges zu suchen war: »Ich hätte die Rheingrenze gewinnen können, wenn nicht die beiden Großmächte die Unwürdigkeit begangen hätten, sich einstweilen wieder zu verständigen.«

Da aber Napoleon alsbald diese groben Eindrücke wieder zu verwischen strebte und von neuem dem Botschafter Grafen Goltz ins Ohr zu flüstern begann, Preußen müsse sich an die Spitze Deutschlands stellen, so hielt der preußische Ministerpräsident die Stunde für gekommen, durch eine persönliche Besprechung mit dem Kaiser dessen letzte Absichten zu ergründen. Seine Reise nach Biarritz (Oktober 1865), schon früh von interessierter Seite in ein falsches Licht gesetzt, wurde bald von üppigen Legenden umrankt, die nicht nur von Anerbietungen Bismarcks, sondern selbst von Abmachungen zu erzählen wußten. In Wahrheit sollten die Sondierungen von beiden Seiten nicht über das Anfangsstadium hinausgehen. Bismarck war allerdings mit der Sorge gekommen, man möchte ihm bestimmte Vor-

schläge machen (die er dann bei seinem Könige gar nicht hätte vertreten können); da aber schon in Paris Drouyn de Lhuys jede Begehrlichkeit nach preußisch-deutschem Gebietserwerb nachdrücklich in Abrede stellte, so ließ auch er sich kein Angebot entlocken, sondern erklärte, man müsse die Entwicklung abwarten. Diese Wendung griff auch Napoleon in Biarritz auf: die Dinge nicht machen wollen, sondern reifen lassen; und wenn Bismarck ihm auch die eine Hoffnung nicht vorenthielt, daß Schleswig-Holstein nur die erste Stufe in einer aktiven deutschen Politik Preußens sein würde, so hütete sich der Kaiser nach seinen bisherigen Erfahrungen auf das äußerste, mit irgendwelchen Wünschen hervorzutreten. War er doch überzeugt, der andere werde ihm seinerseits eines Tages kommen müssen, bis dahin sei Schweigen die beste Politik. Wenn die französische Publizistik sich hernach den Anschein gab, als hätte man sich auf alle möglichen Anerbietungen Bismarcks sehr zugeknöpft verhalten, so geschah das lediglich zu dem Zwecke, den Österreichern in ihrer Auseinandersetzung mit Preußen den Rücken zu stärken und die unangenehme Möglichkeit eines nochmaligen Kompromisses zwischen den deutschen Mächten zu beseitigen.

In Wahrheit lag man auf der Lauer, schweigend und undurchsichtig, um die Entwicklung der Dinge im Sinne des Krieges nicht zu stören.

III

Seitdem im Februar 1866 die Wahrscheinlichkeit eines Bruches zwischen Österreich und Preußen außer Frage stand, schlug für Napoleon die ersehnte Stunde. Seine Träume begannen sich zu verdichten, denn das Stadium der praktischen Politik war endlich erreicht. Aber noch bedurfte es eines verschlagenen und geduldigen Spieles, um den Bruch der deutschen Mächte zum Kriege zu steigern. Da Österreich wie Preußen in gleicher Weise für ihre letzte Entschließung nach Paris blickten, stand Napoleon vor der Aufgabe, beiden Mächten, und zwar jeder mit anderen Mitteln, den Kriegsentschluß dadurch zu erleichtern, daß er sie über sein Verhalten oder über die Bedingungen seines Wohlwollens beruhigte, und gleichzeitig — ohne die Kriegschance dadurch zu beeinträchtigen! — auch den ihm vorschwebenden Gewinn aus deutschem Lande,

womöglich durch Verschreibung von der einen wie der anderen Seite, sicherzustellen.

Der Charakter einer solchen Politik, die auf verschiedenen Instrumenten verschiedene Melodien spielt, kann nicht anders als undurchsichtig sein, und nur dann, wenn man imstande ist, alle ihre Äußerungen und Schritte miteinander zu kombinieren, sie fortlaufend und systematisch wechselseitig zu beleuchten, wird man ein deutlicheres Bild von ihr und ihren innersten Motiven gewinnen. Es wäre eine vergebliche Mühe, dem verwickelten Gefüge einer Politik, deren letzte Fäden der Kaiser allein und ganz persönlich in der Hand hielt, mit den ministeriellen Aktenstücken der »Origines diplomatiques de la guerre de 1870/71« auf den Grund kommen zu wollen: eine solche Analyse würde allzusehr in den Vordergründen der diplomatischen Hergänge stecken bleiben. Vielmehr muß man vor allem Napoleon selbst hören, wie er zu dem österreichischen, wie er zu dem preußischen Botschafter, wie er zu den Vertretern der Mittelstaaten spricht, um aus der Kombination seiner Methoden, seines Andeutens und Zurücknehmens, seines Ermutigens und Bremsens, aus dem ganzen Gewirr seiner Zweideutigkeiten, das damals schon den Zuschauern unauflösliche Rätsel aufgab, den folgerichtigen Gang seiner Politik herauszuarbeiten.

Stets führte er, wie es einem mächtigen Monarchen zukommt, Friedensworte und Friedensgesinnung im Munde, und lebte doch nur in dem einen Gedanken, daß ihm dieses Mal der Krieg nicht entschlüpfen dürfe; stets bekannte er sich zu strenger Neutralität, damit keine der Parteien an ihm irre würde und lieber den Kriegsgedanken aufgäbe, aber unablässig war diese gerechte Unparteilichkeit damit beschäftigt, bald in die eine, bald in die andere Wagschale gerade so viel Gewicht fallen zu lassen, daß seine kunstgerechte Verteilung jedesmal zugunsten der Unentrinnbarkeit des Krieges ausschlug; am feinsten aber mußte die Kunst geübt werden, die Mitteilung der Wünsche, die er für Frankreichs Vergrößerung heimlich im Busen hegte, einem erfahrenen Arzte gleich, vorsichtig zu dosieren. Daß dabei derjenige Teil, bei dem der stärkere Aktionswille lag, in dem ersten Stadium nicht durch vorzeitige Kompensationsforderung kopfscheu gemacht werden durfte, hatte die Erfahrung der letzten Jahre gelehrt; vielmehr mußte er zunächst, damit er entschlossen vorwärts ging, durch freundlich anspornende

Worte ermutigt werden. Vor allem wurde, da das für Berlin die Vorbedingung jeder Aktion war, das Bündnis mit Italien (8. April 1866), wenn auch nicht formell erleichtert, so doch bewußt zugelassen — womit denn Napoleon allerdings eine wichtige Karte aus der Hand gab. Um aber auch im entgegengesetzten Lager einen zuversichtlichen Kriegswillen zu befestigen, wurde den Mittelstaaten deutlich gemacht, daß sie, statt schwächliche Neutralität zu üben, unbedingt Partei, das hieß aber Partei für Österreich, ergreifen müßten: lag doch nur ein allgemeiner deutscher Bürgerkrieg, nicht ein lokalisiertes Duell der beiden Großmächte, im Interesse einer französischen Politik, die entscheidend in die Geburtswehen des neuen deutschen Staates eingreifen wollte. Sobald dann aber Österreich durch die Gerüchte vom Abschluß eines preußisch-italienischen Bündnisses sich stärker beunruhigt fühlte, wurde es reif für den von Paris aus nunmehr leise einsetzenden Druck: es wurde ihm zu verstehen gegeben, daß als erste und unumgängliche Vorbedingung die Abtretung Venetiens an Italien erfolgen müsse, natürlich gegen angemessene Kompensation, und da eine solche im Orient von der Wiener Diplomatie entrüstet abgelehnt wurde, so vielleicht auf deutschem Boden: in Schlesien. Damit wurde auch dem österreichischen Kriegswillen ein lohnendes Kriegsziel gezeigt, und eine wohlberechnete Kette von Kompensationen in Bewegung gesetzt, deren Endglieder eben da lagen, wo das uns längst vertraute Urmotiv der napoleonischen Politik versteckt war: am Rhein.

Dem entfernteren Beobachter, der nur einzelne Teile dieses hinterhaltigen Spieles begriff, mochte es manchmal scheinen, als wenn die eine Hand nicht wußte, was die andere tat: in Wahrheit waren beide von dem leidenschaftlichen Willen gelenkt, den Krieg überhaupt herbeizuführen, um während des Krieges auf Beute auszugehen. Dieses Spiel wurde dem Kaiser dadurch erleichtert, gelegentlich aber auch wieder erschwert, daß am Hofe, in der Regierung, in der öffentlichen Meinung die entgegengesetzten Tendenzen durcheinanderwogten. Die Kaiserin Eugenie, der Außenminister Drouyn de Lhuys, im Lager der Opposition A. Thiers, der schon in den Jahren 1840 und 1848 vom Vormarsch an den Rhein geträumt hatte, lebten vor allem in den Gedankengängen der klassischen Rheinpolitik und neigten daher zur österreichischen Seite; auf der Höhe der Krisis, am 3. Mai, verfocht Thiers in einer glänzenden

Rede im gesetzgebenden Körper, voll tiefen Mißtrauens gegen jede deutsche Nationalbewegung, die herkömmlichen Methoden der französischen Außenpolitik, das Programm eines aus unabhängigen Staaten zusammengesetzten Deutschlands, das seit dem Westfälischen Frieden französisches Axiom und zugleich europäisches Gesetz sei. Auf der anderen Seite traten der Prinz Napoleon, die Italienfreunde, die Republikaner unbedingt für Italien und damit mittelbar auch für Preußen ein, und wie sie der Idee der Nationalitäten grundsätzlich freundlicher gegenüberstanden, so wußten sie zugleich, daß ohne ihre Förderung die Dinge in Deutschland überhaupt nicht in Bewegung zu bringen waren — von der sie letzten Endes für Frankreich nicht weniger erhofften als ihre Gegner. Der Kaiser aber, der allein das ganze Spiel übersah, ließ beide Parteien innerhalb gewisser Grenzen gewähren, nutzte sie nach Bedarf und verband sie im Grunde in einer höheren und überlegenen Einheit.

Drouyn de Lhuys hat einige Jahre später offen eingestanden, der Grundgedanke der kaiserlichen Politik sei gewesen, vor dem Ausbruch des Krieges gleichartige Verträge, wie mit Österreich so mit Preußen, abzuschließen, in denen Frankreich, als Preis seiner Neutralität, der Rhein verschrieben worden wäre. Damit ist der Kern getroffen, aber noch nicht die Schwierigkeit bezeichnet, beide Verträge, die im einzelnen einen verschiedenen Inhalt haben mußten, gleichzeitig zustande zu bringen, ohne durch diese Verhandlungen die Grundvoraussetzung, den Ausbruch des Krieges selber, zu gefährden.

Wir wissen, daß in dem Programm Napoleons mehrere praktische Möglichkeiten nebeneinander lagen, die als Stufen zu einem und demselben Endziel verwendbar waren. Im Vordergrunde stand der Gedanke eines rheinischen Pufferstaates. Er war schon in den Zeiten der Restauration und des Bürgerkönigtums erwogen worden, und war jetzt wie damals eine Mindestforderung. Aber er empfahl sich, weil er die volle Annexion und eine allzu heftige Herausforderung des deutschen Nationalgefühls vermied und zur Not mit der Ideologie der kaiserlichen Nationalitätenpolitik in Einklang gebracht werden konnte. Immerhin schwebte dabei die volle Herauslösung eines solchen Pufferstaates (état tampon) aus dem Deutschen Bunde vor, ein autonomer und neutraler deutscher Rheinstaat — mochte auch gelegentlich, in undeutlichen Wendungen, die Möglichkeit eines nur von Preußen abzulösenden, aber doch im Deutschen Bunde ver-

bleibenden Mittelstaates zugegeben werden. In allen diesen Zweideutigkeiten handelte es sich letzten Endes um die künstliche Schaffung eines zweiten Belgiens, um einen neuen Schritt der Politik, den Körper Frankreichs auf der Ostfront mit einem Gürtel abhängiger Gebilde zu umgeben, die alle Bedürfnisse nach »Sicherheit« ebenso befriedigten, wie sie die Hoffnung auf zukünftige »Durchdringung« belebten.

Denn in diesen Aussichten lagen Sinn und Zweck des autonomen Rheinstaates. In der Sitzung des Ministerrats und Staatsrats vom 18. Mai 1866 verfocht der alte Vertraute des Kaisers, dessen Stimme noch immer gehört wurde, der Herzog von Persigny, ein Programm, das im Rahmen des aus der großen Revolution bekannten Systems der Gürtelstaaten und der »natürlichen Grenzen«, vor allem die diesem Rheinstaate obliegende Funktion phantasievoll ausmalte. Man könne die Eisenbahnen, die Zolltarife und die Handelsbeziehungen geschickt benutzen, um eine Interessengemeinschaft mit den französischen Nordostdepartements einzuleiten; man könne durch den französischen hohen Klerus auf die katholische Bevölkerung der Rheinlande einwirken; man könne die alten geschichtlichen Erinnerungen wieder erwecken, um einen gallischen Staatenbund zu begründen, der Holland, Belgien, Luxemburg, die Rheinstaaten und Frankreich umfasse und das erste Kaiserreich in seinem ganzen Glanze wiederherstelle, mit dem einzigen Unterschied, daß man Fürsten an Stelle von Präfekten in Brüssel, im Haag, in Mainz und Koblenz haben würde. Wie es um die weitere Ausmalung stehen mag, nach der Erzählung des Herzogs hat der Kaiser ihn anderntags vertraulich zu seiner Lösung beglückwünscht: es sei der natürliche und vielleicht einzige Weg, um in Zukunft die Rheingrenze »zurückzunehmen«.

Nun lag es auf der Hand, daß solche Ziele verhältnismäßig leichter bei den Österreichern als bei den Preußen zur Annahme zu bringen waren. Schon am 29. April hatte Drouyn de Lhuys dem österreichischen Botschafter die harmlos klingende Formel unterbreitet: Frankreich wünsche, wenn der Krieg zu einer Offensivverstärkung Deutschlands unter österreichischer oder preußischer Leitung führen sollte, eine »Neutralisierung« der Rheinlande unter einer neutralen, wenngleich deutschen Dynastie, dergestalt, daß es Frankreich wie Deutschland in gleicher Weise untersagt sein würde, an diese

Neutralität zu rühren. Diese Formel, gegen die von österreichischer Seite kein Widerspruch erhoben wurde, wird stillschweigend den Verhandlungen, bis zum Vertragsabschluß am 12. Juni, zugrunde liegen. Schwieriger war es natürlich, sich über ein solches Projekt mit Preußen zu verständigen, das nicht nur in seinem Territorialbestande unmittelbar betroffen, sondern vor allem, wenn es sich dazu herbeiließ, im Geiste seiner Nationalpolitik unheilbar kompromittiert worden wäre. Da man auch auf die vorsichtigsten auf Umwegen ausgestreckten Fühler keine Antwort erhielt, so wagte man, in der Furcht, Preußen durch offene Forderungen ganz kopfscheu zu machen, schließlich kaum noch, von dem «grand Rhin» zu sprechen. Aber man gab darum das Ziel nicht auf, sondern rechnete damit, daß Preußen in letzter Stunde, gegen ein weitgreifendes System von Abrundungen und Annexionen in Norddeutschland, doch noch zu dem schmerzlichen Opfer sich bereitfinden werde.

Eher ließ sich mit Preußen vielleicht über den «petit Rhin» reden, worunter im Mindestfall die Grenzen von 1814 (Saarbrücken, Landau) verstanden wurden, auf die Napoleon seit seinen ersten Annäherungen zu Anfang der sechziger Jahre immer wieder hingedeutet hatte. Für die französische Phantasie nahm sich jedoch diese Grenzverbesserung so geringfügig aus, daß sie einer Ergänzung bedurfte, die in der bayerischen Pfalz und weiter anschließenden Landschaften sich ungezwungen darbot. Das war nun wieder eine Forderung, die, je weiter sie griff, um so häßlicher nach Annexion schmeckte und den Mittelstaaten nicht zu Ohren kommen durfte, und als man bei dem Preußen mit einer etwaigen Erwerbung nichtpreußischen Gebiets anklopfte, wich Bismarck mit dem geschickten Hinweis aus, daß seine Politik, gerade Bayern in dem großen Konflikt möglichst auf die preußische Seite zu ziehen, sich mit dieser Verpflichtung unmöglich belasten könne — woraus sich für die Franzosen um so mehr die Notwendigkeit ergab, Bayern um jeden Preis auf die österreichische Seite hinüberzudrücken. Also standen einer Erweiterung des Programms des «petit Rhin» zunächst noch innere Schwierigkeiten entgegen; ließ es sich aber in erweiterter Form, etwa bis zur Moselgrenze hin, durchführen, dann sicherte dieses Programm den Franzosen einen realen Gewinn, der ebenso schwer wog wie die unbestimmteren Formen des «grand Rhin», und, wenn mit ihnen kombiniert, die kühnsten Erwartungen befriedigen mußte.

Es lag in der Natur der Dinge, daß, sobald die diplomatische Aktion Napoleons begann, sie ihre verschiedenen Methoden ganz unabhängig voneinander üben mußte. Gleichzeitig mit den ersten Eröffnungen nach der österreichischen Seite, die von Venetien, einem neutralen Rheinstaat und einer schlesischen Kompensation sprachen, gab der Kaiser auch den Preußen zu verstehen, daß Wohlwollen reichlich vorhanden sei, daß aber Österreich ihm bereits ganz präzise Anerbietungen mache und daß die Augen des ganzen Volkes nach dem Rheine hin gerichtet seien, oder wie er es einige Tage später ausdrückte: alle Welt verlange für den Fall einer Vergrößerung Preußens «quelque chose du côté du Rhin, vers la Moselle et du côté de la Bavière rhénane». Das Ausspielen der einen Seite gegen die andere hatte begonnen, und mit ungeheurer Spannung sahen Paris und Frankreich, ohne ganz auf den Grund zu blicken, dem Schauspiel zu, in dem der Kaiser der Franzosen das Zünglein der Wage in der Hand hielt und durch seine (von der Sachlage gegebene) Undurchdringlichkeit nur dazu beitrug, den begehrlichen Erregungszustand der öffentlichen Meinung immer weiter zu erhitzen.

Nun sollte allerdings der erste Anlauf noch nicht zu einem Ergebnis führen. Zwar war schon am 5. Mai der österreichische Botschafter ermächtigt, in die Abtretung Venetiens, unter stillschweigender Preisgabe der Rheinlande, zu willigen, wenn damit die Neutralität von Frankreich und Italien erkauft werden könne; aber der Versuch Napoleons, diese Garantie auch von Italien zu erwirken und somit den Italiener seinem Verbündeten, dem er soeben erst zugeführt worden war, wieder abspenstig zu machen, schlug fehl; Österreich zog sich wieder zurück und die Verhandlung kam ins Stocken. Da sich daraus die Gefahr ergeben konnte, daß man in Wien notgedrungen mit den Preußen sich zu vertragen vorzog, die ohnehin soeben die französischen Rheinwünsche aus der Versenkung hatten aufsteigen sehen, hielt es der Kaiser für angezeigt, schon am 7. Mai dem preußischen Botschafter gegenüber alle diese Wünsche feierlich wieder zurückzunehmen — er verlange absolut nichts — und mit dieser plötzlichen Enthaltsamkeit die sonst vielleicht nachlassende preußische Aktionslust wieder zu versteifen.

Dafür bereitete er ein neues diplomatisches Druckmittel vor, um die Krisis, die sonst zu versanden drohte, in Bewegung zu erhalten. Er ließ den Gedanken eines europäischen Kongresses, der die

venetianische, die schleswig-holsteinische und die deutsche Frage lösen solle, gleich einer weißen Friedenstaube aufsteigen, wohl wissend, daß damit auf der einen Seite an Österreich die kaum erträgliche Zumutung gestellt wurde, einen europäischen Areopag über die Zugehörigkeit einer Provinz entscheiden zu lassen, die es völkerrechtlich einwandfrei besaß, während auf der anderen Seite Preußen vor der Aussicht stand, auf alle seine ehrgeizigen Pläne verzichten zu müssen und während des Kongresses auch noch die Frist des italienischen Bündnisses ablaufen zu sehen. Um so mehr glaubte Napoleon, fortan auf beiden Seiten mit erhöhter Verhandlungsbereitschaft rechnen zu dürfen.

Aber auch jetzt sollte sich die Hoffnung, Bismarck vermittelst des Kongreßplans aus seiner Zurückhaltung herauszulocken, nicht erfüllen. Alle Versuche, unter italienischer Vermittlung auf außeramtlichen Wegen, hinter dem Rücken von Bismarck und Goltz, sich dem König Wilhelm zu nähern oder die eigenen Wünsche in die mildeste Form, die Bildung neuer deutscher Bundesstaaten aus der Rheinprovinz, einzukleiden, blieben ohne Ergebnis; mochte auch König Viktor Emanuel selbst, mehr als alle daran interessiert, den Krieg nur unter den günstigsten Erfolgschancen zu führen, sich zum Anwalt der absoluten Notwendigkeit machen, den Appetit des Kaisers zu besänftigen. Trotz aller Anspielungen ließ Bismarck sich nicht zu freiwilligen Erbietungen herbei, wie man sie in Paris wünschte, sondern blieb dabei, dem Kaiser der Franzosen die Formulierung seiner Forderungen zuzuschieben; dieser aber wagte hinwiederum nicht, sie amtlich von sich aus zu stellen, weil er fürchtete, daß alsdann Bismarck und vollends der König einen Kompromiß mit Österreich dem Kriege vorziehen würden — wie denn Bismarck auch alsbald, durch die Mission Gablentz, sich noch einmal den Weg der Versöhnung nach Wien zu eröffnen suchte.

Daran änderte sich auch dann nichts, als Napoleon — nach erfolgter Einigung mit Rußland und England — tatsächlich am 24. Mai die Einladungen zum Kongreß, im Interesse des europäischen Friedens, ergehen lassen konnte. Mochte dieser Kongreß auch sein souveränes Spiel noch so empfindlich durchkreuzen, Bismarck ließ sich auch jetzt nicht von seiner Linie abdrängen. Er fuhr wohl fort, vor Benedetti und dem italienischen General Govone, der ihn anflehte, dem Kaiser einige Worte ins Ohr zu flüstern, verwegene Reden

über die Vorurteilslosigkeit, mit der er persönlich solche Dinge ansehe, zu führen, hütete sich aber streng, irgend etwas Verbindliches von sich zu geben, außer daß er von dem deutschen Sprachgebiet auf das französische Sprachgebiet hinüberdeutete, und behielt sich vor allem die Rückzugslinie auf die Person des Königs vor. Einstweilen nahm er den Kongreß an und behielt die Nerven, da er die Zwangslage seines durchtriebenen Gegners kühl durchschaute, dessen Undurchdringlichkeit ein ebenbürtiges Maß von Unbestimmtheit entgegenzusetzen.

In dieser Situation unternahm die italienische Partei in Paris, besorgt über ein etwaiges endgültiges Abschwenken des Kaisers nach der österreichischen Seite, einen letzten Versuch, auf den hartnäckigen preußischen Gegenspieler einzuwirken — es war in den Tagen, wo auch die Privatpolitik sich in das Spiel der Großen geschäftig eindrängte, Schieberpläne in aller Munde waren und von dem Herzog von Persigny beinahe auf der Straße vor jedem, der sie hören wollte, kolportiert wurden. Im Auftrage des Prinzen Napoleon, der manchmal, ähnlich wie die Kaiserin, nur nach der anderen Seite hin, als Avantgarde benutzt wurde, begab sich am 30. Mai der ungarische Emigrant Oberst Kiß mit ganz neuartigen Vorschlägen nach Berlin. Statt der französischen Neutralität wurde jetzt das französische Bündnis geboten, für das Bündnis aber, das militärisch den Krieg wohl eindeutig entschieden haben würde, eine ebenso eindeutige Kostenforderung in Anschlag gebracht. Der Bündnisentwurf sah die Grenzen von 1814, Rheinpfalz und Rheinhessen, die angrenzenden preußischen Bezirke mit ihren Enklaven, kurzum die Mosellinie, wenn auch unter Ausschluß von Mainz und Koblenz, als französische Kompensation vor. Es wäre eine Nachbildung des Bundes zwischen Napoleon und Cavour gewesen, nur daß das deutsche Äquivalent für Nizza und Savoyen ein Gebiet von nicht weniger als 1,3 Millionen rein deutscher Bevölkerung umfaßt haben würde — wohlgemerkt, es waren die »Preußenfreunde« in Paris, die in letzter Stunde unter billiger Berechnung und sorgsamer Schonung deutscher Empfindlichkeiten die Hand zum Bunde reichten. Aber Bismarck lehnte ab, mit dem Könige über diesen außeramtlichen Fühler überhaupt zu sprechen. Er fuhr fort, mit unbestimmten Wendungen der anderen Seite nicht den letzten Glauben zu nehmen, aber blieb entschlossen, ohne jede vertragliche Bindung Frankreich gegenüber

auf seinem Wege voranzugehen. Er war überzeugt, daß ein deutscher Cavour, der in diesem Umfang zum Verräter deutschen Landes geworden, für alle Zeiten unmöglich sein würde.

Also ging der enttäuschte Kaiser, unmittelbar nachdem der letzte offiziöse Unterhändler mit leeren Händen zurückgekommen war, dazu über, sich mit Österreich zu verständigen, das über Napoleons wirkliche Absichten in immer peinigenderer Ungewißheit, jetzt endlich zu größeren Opfern bereit war, um dem Kongreß zu entgehen und den Krieg um die deutsche Führung — man hatte soeben die Angebote der Mission Gablentz abgelehnt — entschlossen aufzunehmen. So wurde die Ablehnung Österreichs, sich auf dem Kongreß zu stellen, für Napoleon, wie er wohl von vornherein in Rechnung gezogen, zur Brücke, auf der die mit machiavellistischer Kunst betriebene Aktion ihren Abschluß fand. In einer denkwürdigen Unterredung am 3. Juni öffnete er dem Fürsten Metternich seine Seele, um dem endlich mürbe gewordenen Partner die Hand zu reichen. Freimütig gestand er ein, ein wenig mit Preußen angebandelt zu haben (j'ai eu des coquetteries pour la Prusse), dem König mit einem gewissen Wohlwollen begegnet und seinen Ehrgeizeleien (petites ambitions) nicht hinderlich gewesen zu sein. »Aber das ist nicht alles, ich habe vor allem das Vorgehen Preußens zugelassen, weil ich mir sagte, daß, wenn der Augenblick käme, sich mit mir zu verständigen, man mir eine goldene Brücke bauen würde. Die Rheinprovinzen in weiter Aussicht (en perspective lointaine) haben mich lange im Zweifel gelassen, meine Wahl zu treffen. Heute habe ich Ideen dieser Art aufgegeben, und nachdem ich dieses Opfer gebracht habe, sage ich mir heute, daß ich allein durch eine Verständigung mit Österreich zu gewinnen habe.« Daß sich das Opfer nur auf den Abschluß mit Preußen bezog, nicht aber auf das, was er mit diesem Abkommen hatte gewinnen wollen, lehrte der Abschluß mit Österreich, der am 12. Juni, und zwar auf der Basis der schon am 29. April bezeichneten Kompensation, zustande kam. Die Verpflichtungen Österreichs in Italien waren eindeutiger Natur: es versprach, im Falle eines Sieges in Deutschland Venetien abzutreten, aber auch im Falle eines Sieges in Italien die neue Ordnung in Italien nicht anzutasten. Dagegen waren die deutschen Umgestaltungen in dem Vertrage selbst etwas unbestimmter gelassen: sie sollten von beiden Mächten gemeinsam geordnet werden, wobei sich Frankreich ver-

pflichtete, alle österreichischen Gebietsvergrößerungen anzuerkennen, vorausgesetzt, daß sie nicht durch Errichtung einer ganz Deutschland umspannenden Hegemonie das europäische Gleichgewicht störten. Der verborgene Sinn dieser Abmachung erhellte daraus, daß beim Vertragsabschluß die österreichischen Minister die mündliche Erklärung abgaben, sie würden keinen Widerspruch gegen eine Territorialveränderung erheben, die — unter Vergrößerung von Sachsen, Württemberg und selbst Bayern — »aus den Rheinprovinzen einen neuen deutschen unabhängigen Staat machen würde«. Österreich zahlte somit den schweren Preis, für den es Anfang Mai auch die italienische Neutralität hatte mit erkaufen wollen, jetzt für die französische Neutralität allein. Wenige Tage, bevor Preußen formell durch seinen Austritt den Deutschen Bund sprengte, hatte die erste Vormacht des Bundes, allerdings durch das raffinierte Intrigenspiel Napoleons immer weiter in die Enge getrieben, den Rhein grundsätzlich preisgegeben und ihren deutschen Beruf in der Stunde der Entscheidung verwirkt, auch wenn sie diesen Verzicht nur schamhaft in mündlicher und verhüllender Form aussprach.

Wenn Napoleon somit nur auf der einen Seite seine Spekulation vertraglich sicherstellte, von der anderen Seite aber eine gleichwertige Verabredung nicht heimzubringen vermochte, so tröstete ihn die Erwägung, daß Preußen durch den vermutlichen Verlauf des Krieges selber seinen Wünschen gefügiger gemacht werden würde. Und obendrein hatte der Kaiser noch eine Karte im Spiele, die zunächst noch nicht viel bedeuten mochte, aber im Laufe der Partie ein wertvoller Trumpf in seinen Händen werden konnte: das waren die Mittelstaaten. Seit Monaten war die Politik des Kaisers bemüht, sie über die französische Selbstlosigkeit zu beruhigen und gleichzeitig um jeden Preis in die große Krisis zu verflechten. Am lehrreichsten erscheint die Methode, nach der Bayern behandelt wurde, das nach Lage und Größe unter seinen Genossen die freieste Hand zu haben schien und dementsprechend auch zu besonderen Aspirationen neigte, tatsächlich aber durch seinen Besitz der Pfalz den Franzosen gegenüber anfälliger und in seiner Gesamtpolitik auch wieder beengter war. Hier waren somit Lockung und Drohung gleichmäßig am Platze. So bekam denn der bayerische Gesandte in Paris, von der ersten Hälfte des Mai bis in den Juli hinein, immer

5316

Ministerstwo Spraw Zagranicznych BIBLIOTEKA

wieder merkwürdige Anspielungen zu hören, man beunruhige sich in Frankreich über die Rüstungen in der Pfalz — als wenn die dort stehenden 5000 Mann dem Kaiserreich ernstlichen Grund zur Sorge hätten geben können. Der Zweck dieser Schritte war nicht allein, zur Verringerung des militärischen Grenzschutzes in einer Provinz zu drängen, die, wie wir wissen, auf dem französischen Zukunftsprogramm stand, sondern ebensosehr, den führenden Mittelstaat, der seine deutsche Gesinnung laut vor sich hertrug, einen leisen Druck spüren zu lassen, der ihn beizeiten in gemessener Form zur Fügsamkeit gegenüber dem mächtigen Nachbarn mahnte. Aber der Nachbar hatte auch zu bieten. Sobald die Einmarschgefechte des böhmischen Feldzuges den Preußen Erfolg über Erfolg brachten, schlug man in Paris einen ganz anderen Ton an. Am 30. Juni eröffnete Drouyn de Lhuys dem bayerischen Gesandten im vertraulichen Gespräch seine persönliche Meinung: das Beste wäre, wenn »diejenigen Mittel- und Kleinstaaten, welche eigentlich das Herz Deutschlands bildeten«, Bayern an der Spitze, einen Bund bilden würden, mit Ausschluß von Preußen und Österreich, welche beide seit dem Bestehen des bisherigen Bundes denselben zu egoistischen Zwecken benützt und ihre Genossen mißhandelt hätten: diese Gruppe, die den bisherigen Bestand des Bundes nicht wünschen könne, habe die französischen Sympathien. Hinter dem hier österreichischen, dort preußischen Doppelspiel der Pariser Politik erklang noch eine wohlbekannte dritte Melodie: das alte Lockwort von einem dritten Deutschland, dessen Leitung Frankreich nach der Auflösung des Bundes in edler Unparteilichkeit zu übernehmen bereit war. Die Umrisse jenes rheinbündischen Programms wurden sichtbar, in dem die alten französischen Theorien von der Libertät der deutschen Stände einst ihren Gipfelpunkt gefunden hatten.

Also waren die Karten gemischt zu einem Spiele, das, so undurchsichtig es schien, tatsächlich alle Traditionen der französischen Geschichte nebeneinander in seinen Dienst stellte, um sie nach Bedarf zu nutzen. Ein Ausdruck aller dieser Zweideutigkeiten war der öffentliche Brief des Kaisers an Drouyn de Lhuys vom 11. Juni, vor Ausbruch des Krieges, in dem er sein deutsches Programm formulierte: intimere Verbindung der Mittelstaaten, Verstärkung und Abrundung Preußens in Norddeutschland, Aufrechterhaltung der großen Stellung Österreichs in Deutschland. Was Frankreich selber

bei einer so befriedigenden (und in Wahrheit unmöglichen) Lösung der Quadratur des Zirkels für sich selbst verlangte, war in dem dunkeln Satze angedeutet, daß es keine territoriale Vergrößerung wünsche — außer wenn das europäische Gleichgewicht gestört werden und die benachbarten Provinzen, durch freiwillige Stimmen, ihre Annexion an Frankreich wünschen sollten. Mochten die Fäden des Spiels auch noch so verwirrt durcheinander laufen — es lag in der Natur der Dinge, daß in der Durchführung auch Napoleons Hand manchmal zitterte und zögerte —, alle Schwäche mußte sich in Stärke verwandeln, sobald im Kriege die Stunde für einen Schiedsrichter schlug, der mit den Waffen in der Hand jene dunklen Sätze erläuterte.

So erscheint auch der dritte Napoleon als ein wahrer Repräsentant jener traditionellen Politik, die seit dem 17. Jahrhundert zu einem unwandelbaren Grundelement des nationalen Machtwillens geworden war, und die Triebkraft der klassischen Ausdehnungspolitik, «la marche ininterrompue vers les limites de l'ancienne Gaule», lenkt unsichtbar jeden seiner Schritte — nur daß er statt der allzu gewaltsamen und allzu gewagten Methoden, die Europa gegen ihn aufrufen und seinen Thron aufs Spiel setzen möchten, die moderne diplomatische Technik des Spekulanten bevorzugt, der ohne Risiko gewinnen will und dunkle Geschäfte mit einem pomphaften Firmenschild deckt. Wie innerlich verwandt im Grunde die kaiserliche Phantasie allen jenen Wallungen war, die die französischen Instinkte der letzten Menschenalter beherrschten, haben wir gesehen. Indem Napoleon selbst, wenngleich in ablauernder Haltung, die Führung übernahm, peitschte er von neuem in der Nation Begehrlichkeiten empor, die von dem Führer ihre Sättigung erwarteten. Seine Saat fiel auf einen nur allzu empfänglichen Boden, aus dem eines Tages die geharnischten Männer emporsteigen mußten.

Schon das, was der Kaiser im ersten Akte des Dramas erreicht hatte, wog schwer genug: es war die Auflösung des Deutschen Bundes, des Kernstückes der Verträge von 1815, das die Unverletzbarkeit deutschen Bodens bisher gesichert hatte; es war der Krieg, auf den er seit 1863 unermüdlich hingearbeitet, eine europäische Situation, wie sie für die französischen Hoffnungen seit 1740 nicht dagewesen war — mit einem Wort das Chaos, das des Gestalters harrte. Für den zweiten Akt rechnete der Kaiser, wie fast alle Fran-

zosen, mit dem Siege Österreichs als des vermeintlich Stärkeren — und eben diesen hatte er vertraglich vorweg gebunden. Von Preußen aber, dem vermeintlich Schwächeren, der schon bei Kriegsausbruch die Rheinprovinz von Truppen hatte entblößen müssen, ließ sich erwarten, daß es durch den Zwang der Situation schon bald genötigt sein würde, die rettende Hand des Kaisers zu ergreifen und seine Forderungen zu erfüllen. Aber auch wenn Österreich und Preußen sich auf den Schlachtfeldern Böhmens allmählich matt rangen, wenn der Kampf sich, was nach menschlichem Ermessen vielleicht am nächsten lag, unentschieden hinzog, dann war Napoleon, mit seiner frischen Macht in der Hinterhand, vollends der Herr der Lage, der den Großen den Frieden diktierte und die Kleinen unter den Fittichen des französischen Adlers versammelte. Nur eine Möglichkeit war, als ganz unwahrscheinlich, gar nicht in Rechnung gezogen: daß Preußen siegreich aus dem Kampfe hervorgehen würde. In diesem Falle stand der Kaiser allerdings militärisch ohne Vorbereitung und vertraglich mit leeren Händen da.

IV

Es war von weltgeschichtlicher Bedeutung, daß dieser Fall eintrat. Mit dem Schlachttage von Königgrätz war wie mit einem Schlage die militärische Entscheidung des Krieges dergestalt herbeigeführt, daß sein endgültiges Ergebnis, bei gleichen Bedingungen, nicht mehr aufzuhalten schien. Für die französischen Hoffnungen bedeutete das, daß der Vertrag mit Österreich nur noch ein Blatt Papier war, und daß die rheinbündischen Träume, mit denen man soeben noch geliebäugelt hatte, zerflatterten, bevor sie noch Gestalt gewonnen. Das war der Donnerschlag von Sadowa. Es handelte sich nicht in erster Linie um die Störung des europäischen Gleichgewichts, und die aufsteigende Sorge vor dem Nachbarn, auch nicht allein um die verletzte Eigenliebe einer Nation und eines Heeres, die seit einem Jahrzehnt als die ersten in Europa gegolten — der erste brennende und niederschmetternde Eindruck war, daß das Eroberungsspiel des Kaisers, an dem die ganze Nation mit heimlichen Erwartungen teilgenommen, mit allen seinen weitausschauenden Plänen zerrissen sei; daß die große Gunst der weltgeschichtlichen

Lage ungenutzt für die Rheinpolitik vorbeigegangen und nunmehr mit einem Sieger, dem schon vor dem Kriege keine Zusage zu entlocken gewesen, wie Macht mit Macht werde verhandelt werden müssen, ja noch mehr, daß die deutsche Nationalbewegung, die man als eine Kraft der Zwietracht, gleich einer bloßen Karte, hatte nutzen wollen, nunmehr als eine unwiderstehliche Kraft der Einheit an den Grenzen Frankreichs, allen Traditionen französischer Nationalpolitik zuwider, sich erhob. »Wir haben Venedig für andere gewonnen, und den Rhein für uns selber verloren,« gestand Napoleon einem Vertrauten am Abend des 4. Juli. Oder ließ sich das Spiel noch wieder aufnehmen?

Österreich hatte sich schon am Tage vor Königgrätz an den Kaiser gewendet und, gegen Abtretung Venetiens an Frankreich, seine Vermittlung in Deutschland und Italien auf der Grundlage des Schreibens vom 11. Juni erbeten; die Absicht war, während eines herbeizuführenden Waffenstillstandes das durch ein Ausscheiden Italiens freigewordene Südheer nach Böhmen zu werfen und den Kampf wiederherzustellen, womöglich den französischen Vermittler selbst in den Krieg hineinzuziehen. In der Stunde, wo die preußische Garde die Höhen von Chlum erstürmte und den Schlachttag entschied, hatte Napoleon grundsätzlich die Vermittlung bereits übernommen: als sie ins Leben treten sollte, geschah es angesichts der Entscheidung, die bei Königgrätz gefallen. Wenn er jetzt die Intervention in die Hand nahm, mußte er sich sagen, daß der äußerliche Triumph, den Kämpfenden Halt zu gebieten, nicht viel bedeutete, wenn er es nicht verstand, auch die Ziele der französischen Politik, ein Programm der Gebietserwerbung, irgendwie damit zu verbinden.

So beschloß denn der Ministerrat, der unter Vorsitz des Kaisers am 5. Juli, am Tage der patriotischen Beklemmungen, tagte, die Kammern zur Bewilligung von Kriegskrediten einzuberufen und ein Beobachtungskorps von 80000 Mann an die Grenze zu werfen. Dieser erste Schritt, der die Anwendung von Gewalt vorsah, hätte, zumal wenn Preußen die Vermittlung nicht annahm, alle weiteren nach sich gezogen: sein Sinn wäre gewesen, die Intervention zur Erzwingung großer Kompensationen am Rhein auszunutzen, trotz Königgrätz. Der Kaiser verfügte eine Note, die die Berufung der Kammern im »Moniteur« anzeigen sollte, verschob aber, wohl schon in innerem Zaudern, die Unterzeichnung des Mobilisationsdekrets

auf den anderen Morgen. Da gelang es, noch am Abend des 5. Juli, den Ministern Rouher und La Valette, beide Beschlüsse wieder rückgängig zu machen und statt des sofortigen Übergangs zur offensiven Rheinpolitik einen dem Geiste der Vermittlung gemäßeren Weg einzuschlagen.

Wo war das Motiv für dieses Zurückweichen zu suchen? Napoleon scheute den ersten Schritt zu einem Kriege, der die Ideologie seiner Nationalitätenpolitik schwer kompromittieren und möglicherweise zu einem deutschen Nationalkrieg von unberechenbaren Ausmaßen werden konnte; ein Schiedsrichter mit so kriegerischer Gebärde würde von vornherein das Odium des reinen Eroberungskrieges haben auf sich nehmen müssen, gleichzeitig die von jeher wohl gewürdigte Gefahr eines europäischen Koalitionskrieges und die Gegnerschaft aller nationalrevolutionären Elemente gegen sich heraufbeschworen haben. Zu einem Kriege dieses Charakters aber, der im Widerspruch mit seiner bisherigen Haltung und dem Grunde seiner Natur stand, war Napoleon — und das gab den Ausschlag und kennzeichnet die Überraschung von Sadowa — militärisch in dieser Stunde nicht bereit. Wenn er sich somit entschloß, die Vermittlung ohne gleichzeitige militärische Drohung zu übernehmen, so hoffte er, Spieler der er war und auch in diesem Momente nicht aufhörte zu sein, Nationalkrieg und Koalitionsgefahr vermeiden und trotzdem die fortdauernde Gunst der Lage nutzen zu können, um der gutwilligen Nachgiebigkeit der Preußen ohne allzu großes Risiko ein etwas bescheideneres Maß von Kompensationen doch noch abzunötigen.

Die inneren Schwierigkeiten dieses Weges waren nicht gering. Gleichzeitig die Rolle eines Vermittlers zu spielen und in erster Linie an seine eigenen Erwerbspläne zu denken; gleichzeitig Österreich möglichst allen Rückhalt und Beistand zuzuwenden und dem siegreichen Preußen ein solches Maß von Forderungen zuzugestehen, daß sich hernach ein entsprechendes Maß französischer Kompensationsforderungen darauf gründen ließ; die Vermittlung gegen Preußen und Italien übernehmen zu müssen, ohne sie mit dem gleichen Maße messen zu können; auf der einen Seite möglichst viele Mittelstaaten (in Norddeutschland) der preußischen Annexion preiszugeben und sich auf der anderen Seite einer zweiten Gruppe von Mittelstaaten als Retter in der Not zu empfehlen — und das alles an-

gesichts des unaufhaltsamen Vormarsches der Preußen und des ebenso zielbewußten wie elastischen Gegenspiels Bismarcks, dem Anprall innerer Kritik und äußerer Gegenwirkungen gleichmäßig ausgesetzt — dieses Wirrsals vermochte er, wenn er nicht in die soeben vermiedene Kriegsgefahr zurücklenken wollte, nicht Herr zu werden. Er sah sich bald in dem Netze, das er zu fein gesponnen, gefangen, und schon am 7. Juli urteilte der tief enttäuschte österreichische Botschafter, er habe den Kaiser noch nie in einem so vollkommenen Zusammenbruch gesehen.

Die Krisis erreichte ihren Höhepunkt, als erst die preußischen Friedensbedingungen vorlagen: die Annexionen, die man ohne weiteres zu bewilligen bereit war, ja aus bekannten Gründen sogar wünschen mußte, und das Bundesreformprojekt Bismarcks, mit dessen Zustandekommen man niemals ernsthaft gerechnet hatte: erschreckend traten die Umrisse einer deutschen Zukunft ins Bewußtsein. Sollte man sie ohne eigene Erleichterung hinnehmen? Die Kaiserin selbst trug dem preußischen Abgesandten ihre Sorgen vor: ich werde als Französin zu Bett gehen und werde als Preußin aufwachen, und griff zu einem Atlas, um auf der Karte nach einer Abhilfe zu suchen; es war wieder der alte Gedanke, »daß man zwischen Frankreich und Deutschland gern eine neutrale Unmacht einschieben möchte«. Auch Drouyn de Lhuys gestand dem Preußen, er riete dringend, womöglich dem Kaiser die Bildung eines unabhängigen, nur aus einem kleinen Teil der Rheinprovinz und Rheinbayern bestehenden, aber zum Deutschen Bunde gehörigen Staates anzubieten. Aber selbst diese ein wenig bescheidener gewordenen Wünsche wagte Napoleon doch nicht, zur vorgängigen Bedingung seines Einverständnisses mit den preußischen Friedensforderungen zu machen; denn wenn sie abgelehnt wurde, stand er wieder vor der Frage, ob er imstande war, sie kriegerisch zu erzwingen. Nachdem er einmal darauf verzichtet hatte, sich mit dem Schwerte dazwischenzuwerfen, hatte er nur noch das einzige Bedürfnis, möglichst rasch der Kriegführung ein Ziel zu setzen, und die Schiedsrichterrolle, die bei dem Vormarsch der Preußen auf Wien dem allgemeinen Spotte verfallen wäre, mit einigem Anstand zu Ende zu führen; vorher aber die Kompensationsfrage gar nicht anzurühren, vielmehr durch ein bereitwilliges Entgegenkommen sich den Weg zu einer späteren Verhandlung, in der ruhigeren Temperatur nach dem Vorfrieden offen zu halten. Also

gab er, von Unruhe gepeitscht und doch von heimlichen Hoffnungen keineswegs verlassen, den furchtbar enttäuschten Österreichern den dringenden Rat, die Forderungen anzunehmen, die ihr Ausscheiden aus dem Deutschen Bunde und die preußische Führung in Norddeutschland besiegelten.

Wie sehr den französischen Machthabern die Not des Entschlusses auf der Seele brannte, geht aus den Billetts hervor, mit denen die Kaiserin Eugenie, auch jetzt Vorkämpferin der Aktion, das leidenschaftliche Beschwören des Fürsten Metternich beantwortete: Tränen, Verzweiflungen, Hoffnungen, Vertröstungen, was alles die gebrochene Liebende dem verlassenen Liebhaber zu sagen hat. »Was soll ich tun,« schrieb sie am 11. Juli, als die Entscheidung gefallen war, »alles, was menschenmöglich ist, habe ich getan, man antwortet mir mit der ungeheuren Verantwortlichkeit, die auf dem, der entscheiden muß, lastet, man ist nicht bereit und man will sich nicht in Abenteuer stürzen, da man nicht die Mittel hat, einen öffentlichen Schritt darauf zu stützen; meine Stimme hat kein Gewicht mehr, ich stehe beinahe allein mit meiner Meinung; man übertreibt die Gefahr von heute, um sich die Gefahr von morgen besser zu verbergen, wer weiß, die Partie ist verschoben, auf später. Nur das eine kann ich sagen: daß ich traurig bin, aber ich vermag nichts, weiß nicht einmal mehr, was vorgeht, und alles, was ich Ihnen antworten kann, ist, daß der Kaiser sein mögliches tut, um Euch den bestmöglichen Frieden zu verschaffen; ich bin trostlos und kann nicht länger schreiben. Ach, wenn Ihr sie doch noch ordentlich verhauen könntet.«

Nur die eine Möglichkeit blieb für den Kaiser übrig, wenn er — neben seinen eigenen Hoffnungen — dem preußischen Siegeslauf doch noch eine Grenze setzen und das Schreckbild der deutschen Einheit vermeiden wollte: wenigstens die Süddeutschen von der preußischen Machtsphäre abzusperren, sie in einer besonderen Organisation zusammenzufassen, die in günstigerer Stunde vielleicht zu einem Bezirk des französischen Einflusses werden konnte. Aber war es möglich, Norddeutschland und Süddeutschland dauernd auseinanderzuhalten, zwei Parlamente, wie Napoleon träumte, statt eines einzigen einzurichten? Schon anderntags drängte der Kaiser, nur um den Abschluß, um den momentanen Erfolg vor der öffentlichen Meinung besorgt, den preußischen Bevollmächtigten: »der

point capital sei, daß in der neuen Bundesorganisation Süddeutschland womöglich, wenn auch nur scheinbar, vom Norden getrennt sei.« Er konnte nicht verhindern, daß in dem Präliminarvertrage die Verbindung zwischen dem Norden und Süden einem freien gegenseitigen Übereinkommen überlassen wurde; eilends begann er, seine Gunst den Südstaaten zuzuwenden, die hilfeflehend in Paris erschienen und doch nicht mit ganz reinem Gewissen aufgenommen werden konnten, da sie zum Teil auf der vorbehaltenen französischen Kompensationsliste standen.

In dem Präliminarfrieden von Nikolsburg (26. Juli 1866), den das verlassene Österreich unter der Empfehlung Napoleons annahm, war seine eigene Niederlage beschlossen. Es liegt nicht nur so, daß ein verschlagener Spieler, der er doch gewiß war, seinen Meister in einem noch verschlageneren Spieler gefunden hatte, als der Bismarck, weil er siegte, wohl erscheinen konnte: nur eine oberflächlich die Vordergründe abgrasende Geschmacksrichtung der Geschichtschreibung wird hier ein Duell gleichwertiger Diplomatien erkennen. Im tieferen Kern enthüllt sich hinter den diplomatischen Methoden auch ein sehr verschiedenes Ethos, dessen Unvergleichbarkeit wir heute vollends empfinden. Die Politik Bismarcks war, bei aller ihrer preußischen Sonderfarbe, doch eng verbunden mit dem Drang einer Nation, sich nach innen und außen neu zu gestalten und alles dieser neuen Lebensform Widerstreitende abzulösen und zu überwinden: sie war sittlich, weil sie eine geschichtliche Notwendigkeit vollstreckte, aber sie hatte den Weg zum Ziele mit den Mitteln zurückzulegen, wie die europäische Umwelt, so wie sie war, wie vor allem die französische Nachbarschaft sie erforderte. Die Künste Napoleons dagegen, triefend von schönen Schlagworten und im Kerne von tiefer Verlogenheit, dienten allein dem Zwecke, in den Lebensprozeß einer anderen Nation mit gewissenlosem Spiele einzugreifen. Gewiß wird der eingeborene staatliche Egoismus zu allen Zeiten, sobald er in ein Verhältnis zu anderen Staaten tritt, in diesen nur Mittel zu seinen eigenen Zwecken zu erblicken geneigt sein; aber das zweideutige Spiel, in dem hier die Geschicke einer großen Nation der nachbarlichen Begehrlichkeit und letztlich der dynastischen Berechnung eines Abenteurers geopfert werden sollten, wird immer das ungeschriebene Sittengesetz verletzen, das das Leben der Staaten und Völker regiert.

Es war die Persönlichkeit, es war das innerste Wesen Napoleons, das eine Niederlage erlitt. Das empfand er in tiefer Erschütterung. Zwar gestand er in den Tagen vor Nikolsburg dem Grafen Goltz, er erkenne dankbar an, daß König Wilhelm ihn durch gemäßigte Forderungen vor einem zu schroffen und daher demütigenden Widerspruch mit der am 4. Juli eingeschlagenen Richtung und zugleich vor einer Politik bewahrt habe, welche nur unheilvoll für ihn und sein Haus habe enden können — denn er würde gleichzeitig die Koalition und die Revolution gegen sich heraufbeschworen haben. Aber er erschien jetzt als ein gebrochener Mann. Schonungslos enthüllte die Kaiserin Eugenie dem österreichischen Botschafter, wie sie über seinen körperlichen und moralischen Verfall denke; sie war am 23. Juli auf dem Punkte gewesen, ihm vorzuschlagen, abzudanken und ihr die Regentschaft anzuvertrauen, und hielt es für das Beste, daß er eine Zeitlang verschwinde.

Das war der Mann, der noch vor wenigen Wochen selbstherrlich über seinem Spiel mit dem Völkerschicksal brütete und nun, mit innerer Unsicherheit und halbem Widerstreben, die Konsequenzen seines eigenen Tuns zu ziehen gezwungen war: von dem siegreichen Preußen mit gütlichem Zureden wenigstens ein Teil dessen zu erhalten, was er ihm vor dem Kriege nicht hatte ablisten können und während des Krieges mit dem Schwerte abzunötigen nicht gewagt hatte.

V

Die in den letzten Wochen mühsam auf den vermeintlich günstigen Moment aufgesparte Aktion in der Frage der »Kompensationen« setzte am Tage des Abschlusses des Präliminarfriedens ein. Noch in Nikolsburg, am 26. Juli, meldete Benedetti die Grenzen von 1814 (Saarbrücken, Landau) und das Großherzogtum Luxemburg, wenngleich noch nicht in förmlicher Weise, als französische Wünsche an; und da an Stelle von Luxemburg auch ein Äquivalent für den König der Niederlande durch Preußen zu beschaffen sein sollte, so erschien jetzt zum ersten Male Ostfriesland auf der Liste der deutschen Abtretungen. Am Tage darauf brachte auch Napoleon dem preußischen Botschafter gegenüber das Gespräch auf denselben Gegenstand, unter der beruhigenden Motivierung, daß es sich für

ihn bei den Grenzen von 1814 und bei Luxemburg nur um einen Gewinn der strategisch-defensiven Linien handeln könne.

Dieses sanfte Vorspiel ging unmittelbar darauf in eine lebhaftere Tonart über. Benedetti hatte über die erste Besprechung mit Bismarck in offenbarem Mißverständnis so ungenau und optimistisch an Drouyn de Lhuys berichtet, daß der Minister, der die letzten Wochen in unwilliger Ungeduld durchlebt hatte, die Stunde gekommen sah, um nach der anscheinend erfolgversprechenden Erkundung des Vorgeländes die amtliche Verhandlung förmlich zu eröffnen — mit einem über alle Maßen plumpen Vorstoß. Während der leidende Kaiser in Vichy weilte, nötigte er dem tieferschütterten Manne, anscheinend unter Überrumpelung, eine Kompensationsforderung ab, wie sie nach Bismarcks treffendem Urteil nur »die Folge eines verlorenen Krieges« hätte sein können; sein Tatendrang zögerte keinen Augenblick, sie sogleich in Gestalt eines formulierten Vertragsentwurfes in Berlin vorzulegen. Die geforderten Abtretungen umfaßten nunmehr die Grenzen von 1814, Luxemburg, die bayerische Pfalz und Rheinhessen, einschließlich Mainz: wie man sieht, hatte sich das Gewitter jetzt von der preußischen Rheinprovinz vor allem auf die Gebiete der Mittelstaaten — die man im Vertrage vom 12. Juni so freigebig hatte vergrößern wollen — bedrohlich verzogen. Und wie weit griff man jetzt über jenen ersten Fühler hinaus! Anstatt einer bescheidenen Grenzverbesserung handelte es sich mit einem Male um große deutsche Landschaften, und anstatt der Beschränkung auf eine angebliche Defensivlinie streckte Frankreich die Hände nach Mainz aus, nach jenen »Schlüsseln von Deutschland«, nach denen auch Thiers im Jahre 1848 sehnsüchtig ausgeschaut hatte: das war auch militärisch eine unzweideutige Offensivstellung. Selbst wer nach historischen Parallelen suchte, mußte doch zugeben, daß das Geforderte außer jedem Verhältnis zu dem Preise stand, den Cavour für die aktive kriegerische Unterstützung des Jahres 1859 hatte zahlen müssen, und selbst wenn man zum Vergleiche die Bedingungen heranzieht, unter denen Prinz Napoleon am 30. Mai ein Kriegsbündnis angeboten hatte, so wurde jetzt eher mehr als weniger verlangt, denn wenn auch nicht die ganze Mosellinie gefordert wurde, so wurde doch jetzt Mainz in die Forderung eingeschlossen. Und das alles ohne jede Gegenleistung, das alles nach einem Kriege, in dem Frankreich, statt

einer Mitwirkung, die einen Lohn hätte fordern dürfen, gerade mit der anderen Seite heimlich verbunden gewesen, ja nur um Haaresbreite an einer gegen Preußen feindlich auftretenden Intervention vorbeigekommen war.

In um so schrofferem Widerspruch stand der Umfang der Forderung zu der Haltung, die Napoleon bisher im amtlichen wie im vertraulichen Verkehr mit der preußischen Regierung beobachtet hatte. Sie ließ sich mit der Ideologie seines Nationalitätsprinzips ebensowenig vereinen, wie mit seinem realistischen Sinne, der die europäischen Gefahren einer großen Offensivpolitik am Rheine zu würdigen wußte und daher auch von Bismarck stets in Rechnung gestellt worden war. Wie geschah es, daß er trotzdem glaubte, in der entscheidenden Stunde des deutschen Aufstiegs die Eroberungspolitik Ludwigs XIV. am Oberrhein wieder aufnehmen und sich mitten im Frieden den Mittelrhein aneignen zu können? Den Mittelrhein, der die Narben des weltgeschichtlichen Gegensatzes zwischen Frankreich und Deutschland am sichtbarsten an sich trug? Als Voltaire im Jahre 1753 durch diese Landschaften reiste, meinte er betroffen, sich als Italiener ausgeben zu müssen: »Wie wäre es möglich, daß unsere Nation in diesem Lande beliebt sein könnte! Müssen ja doch diese Ruinen unablässig den Haß der Bewohner gegen alles, was französisch heißt, heraufbeschwören!« Jetzt aber nährten strebsame benachbarte Präfekten von neuem die törichte Illusion, daß in diesen Landschaften, in denen schon vor 1848 ein radikaler deutscher Einheitsgedanke durchgebrochen war, ein Plebiszit vier Fünftel der Stimmen für Frankreich ergeben würde — genau so wie in den Jahren 1923/24 sich die Begierde denselben Wahnwitz vorzuspiegeln liebte.

Wo aber lag die psychologische Erklärung dafür, daß der Kaiser und sein Minister dem Geiste des 5. Juli so widerstandslos nachgegeben hatten? Während Napoleon bisher, als freier Herr der Lage, mit den Geschicken der Völker zur Verherrlichung seines Thrones gespielt hatte, war er jetzt verurteilt, zur Erhaltung seines Thrones das Spiel fortzusetzen, als ein Knecht der Geister, die er gerufen hatte und nicht los ward. Drouyn de Lhuys trug keine Scheu, dem preußischen Botschafter zu gestehen, ohne »reelle« Kompensationen bestehe eine Gefahr für Thron und Dynastie. So drängte sich neben dem vor dem Kriege gar nicht angeschlagenen »Sicher-

heitsmotiv« auch ein rein dynastisches Angstmotiv, der sachlichen und verantwortlichen Politik einer Großmacht kaum würdig, immer stärker hervor, mit der Einbildung, seine Nöte allein durch den Erwerb deutschen Landes heilen zu können.

Von hier aus begreift sich die innere Überlegenheit Bismarcks, als Benedetti ihm am 5. August in Berlin den Vertragsentwurf vorlegte, zwar ohne ihn mit kriegerischer Drohung zu begleiten, wohl aber dauernde Verstimmung der französischen Regierung in Aussicht stellend, falls ihren Wünschen nicht stattgegeben werde. Bismarck bezeichnete die Forderung sofort als unannehmbar, als unmöglich, in der Gewißheit, daß hinter seinem Widerspruch die Sache einer Nation stand, die, unmittelbar aus dem Bürgerkrieg aufsteigend, nach außen hin eins sein wollte, und allen dynastischen nachbarlichen Begehrlichkeiten die Selbstbestimmung ihrer Geschicke und die Unantastbarkeit ihres Bodens als einen höheren sittlichen Anspruch entgegenzuwerfen bereit war. Selbst wenn er persönlich um des Friedens willen einen kleinen Teil der überspannten Maximalforderung hätte bewilligen wollen, die preußische Ehre und das Selbstbewußtsein der Nation verboten es ihm in gleicher Weise; er wußte, daß König Wilhelm, aus dem siegreichen Kriege heimgekehrt, nur noch unbedingter zu seinem Worte von 1860 stehen würde, er werde sich niemals zur Preisgabe auch nur eines deutschen Dorfes herbeilassen. Also antwortete er sofort: jedes Eingehen auf die französische Forderung würde eine ungeheure Erregung in Deutschland hervorrufen und Preußens deutsche Stellung tödlich treffen. Er ließ seinen Botschafter wissen: wenn Napoleon die Forderung durch die Rücksicht auf sein Land und die öffentliche Meinung motiviert, so stellen wir dem die Rücksicht auf unser Land und die Stimmung unseres Volkes entgegen. Schon blitzte auf dem Grunde seiner Seele der Gedanke auf, im äußersten Falle die Tiefen der Nation selber aufzurufen und, wie er später dem Deutschamerikaner Carl Schurz gestand, mit der Frankfurter Reichsverfassung von 1849 den Nationalkrieg zu entfesseln, vor dem Napoleon so graute. Sofort aber nutzte er den Moment, um die von Frankreich zunächst bedrohten süddeutschen Staaten, unter erheblichen Konzessionen, zum raschen Friedensschluß und zum Abschluß von Schutz- und Trutzbündnissen willig zu machen. Vor die Notwendigkeit gestellt, die Zukunft der Beziehungen zu Frankreich einer Nach-

prüfung zu unterziehen, wurde der preußische Staatsmann sich des innersten nationalen Kerns seines Handelns bewußt, er trat vollends auf den deutschen Boden hinüber, rascher vielleicht, als ihm ursprünglich vorgeschwebt hatte. Wenn die Gegner ihm später den Vorwurf machten, er habe damit den Geist und Buchstaben der Nikolsburger Präliminarien während schwebender Friedensverhandlung bereits übertreten, so vergaßen sie, daß sie selber ihn mit ihren Ansprüchen gedrängt hatten, diesen Akt der Notwehr zu vollziehen. Napoleon aber, der soeben sich noch als Beschützer der deutschen Mittelstaaten ausgegeben, verspielte in diesem Augenblick auch seine deutsche Politik, und erwies sich, vom Standpunkte der deutschen Nation gesehen, als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Die Krisis dauerte nur wenige Tage, denn vor der Unbedingtheit des in Berlin erkennbaren Widerstandes wich Napoleon, ohnehin von seiner Gemahlin und seinem Minister weiter vorwärts gestoßen, als er im Grunde gewollt hatte, alsbald zurück. Aber schon bevor er einlenkte, war Drouyn de Lhuys selbst, der eigentliche Urheber der ganzen Aktion, auf einen anderen Ausweg verfallen, der zwar eine ganz flüchtige Episode bleiben sollte, aber, als für das politische Denken dieser Kreise bezeichnend, nicht übergangen werden darf. Eine Denkschrift des Ministers führte mit jener unwiderleglichen formalen Logik, mit der der gallische Geist auch seine Wunschbilder als Diktate der Vernunft zu erweisen liebt, den Gedanken aus: man habe nicht den Ehrgeiz, Bevölkerungen fremder Nationalität unter die eigene Herrschaft zu bringen; einzig das Motiv der Sicherheit, der nationalen Verteidigung dränge auf eine Grenzveränderung. Die Bildung eines neutralen Staates, der das ganze linke Rheinufer (preußische, bayerische und hessische Gebiete) umfasse, von den Nachbarmächten garantiert, »politisch von dem neuen Deutschland getrennt, das Preußen schaffen wolle, aber in geistiger Verbindung mit diesem großen Lande bleibend«, würde dieser Forderung genügen, und wenn man den neuen Thron dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen übertrage, so würde diese Lösung auch für König Wilhelm dynastisch annehmbar und ehrenvoll für beide Teile sein. Andernfalls würde der Selbsterhaltungstrieb der französischen Nation mit unwiderstehlicher Kraft gegen die preußische Macht, die zu einer beständigen Drohung geworden

sei, reagieren, und die Weisheit der Regierungen würde ohnmächtig sein, die Leidenschaften zu mäßigen, welche die beiden Nationen gegeneinander trieben. Dagegen würde die Schaffung eines neutralen Zwischenstaates Frankreich die Sicherheit gegen jeden Angriff — und die entsprechende Sicherheit natürlich auch Deutschland — geben können.

Ob dieser Vorschlag, der den alten Lieblingsgedanken Napoleons wieder aufnahm, in diesem Augenblick die Billigung des Kaisers fand, steht nicht sicher fest; jedenfalls gelangte er nur auf außeramtlichem Wege nach Berlin, um hier schon im Vorzimmer Bismarcks abgewiesen zu werden. Die Episode kennzeichnet aber die unveränderte geistige Verfassung der französischen Diplomatie gegenüber der deutschen Entwicklung, die Unverbesserlichkeit einer Politik, die selbst im Rückzuge von dem Territorialerwerb des «petit Rhin» wieder zu der Neutralisierung des «grand Rhin» zurückzuspringen sucht und, plötzlich in dynastisch-hohenzollernscher Verkleidung erscheinend, gleichsam wie in einer weltgeschichtlichen Ironie auf den Erbprinzen Leopold als Garanten der Völkerversöhnung verfällt. Wie in den letzten Jahrhunderten die Argumente wechseln und die Ziele die gleichen bleiben, so ist das alte Vergrößerungsmotiv, das sich bisher der Formel der Kompensation bedient hatte, nunmehr endgültig in die menschlich verständliche Sorge um die Sicherheit gekleidet.

Aber inzwischen hatte der Kaiser sich entschlossen, unter dem Einflusse vor allem des Ministers Rouher, sich überhaupt von Drouyn de Lhuys zu trennen und statt der deutschen Kompensationspolitik einen ganz anderen Weg einzuschlagen. Der Umschwung war so plötzlich, daß die Kaiserin Eugenie, auch diesmal die Verbündete des Ministers, das erneute Zurückweichen vor dem Fürsten Metternich eingehend zu rechtfertigen suchte. »Der Moment ist schlecht gewählt für den Krieg,« schrieb sie ihm am 13. August, »Ihr müßt zunächst Eure Wunden heilen, und wir müssen bereit sein, man muß entweder nichts unternehmen oder alle erdenklichen Erfolgschancen haben. Heißt das, Euch den Mut nehmen? Vielmehr im Gegenteil, der Augenblick wird kommen und dann, wer weiß — inzwischen glaube ich, liegt es in Eurem Interesse wie in unserem, kein Mißtrauen in Preußen aufkommen zu lassen und nicht Umstände zu beeilen oder hervorzubringen, die schlimm für uns alle

sein könnten. Wenn Frankreich einmal an die Idee des Rheines rührt, dann wird es, glauben Sie mir, diese Idee ebenso sicher verfolgen wie Ihr eine andere . . .« Indem man zurückwich, um das nächste Mal besser zu springen, bekannte man sich vom Throne her noch einmal zu der »Idee«, die die ganze Politik dieser Jahre beherrscht hatte, wenn es auch nur geschah, um dem am Boden liegenden Österreich einen Trost für später zu verabreichen.

Die neue Idee aber, die das bisherige Programm ablöste, bestand darin, die Kompensation nicht so sehr auf deutschem Boden, sondern vor allem in Belgien zu suchen. Eine schon am 15. August von Rouher für den Kaiser entworfene Denkschrift setzte mit den vielsagenden Worten ein: »Wenn Frankreich sich kühn auf den Boden der Nationalitäten stellt, so ist es wichtig, nunmehr den Grundsatz aufzustellen, daß es eine belgische Nationalität nicht gibt, und diesen entscheidenden Punkt mit Preußen gemeinsam zu formulieren.« Man habe den Preußen zu beweisen, daß der Kaiser anderswo als am Rheine die erforderliche Ausdehnung suche, und ein auf dieser Grundlage geschlossener Vertrag würde den doppelten Vorteil haben, Preußen zu kompromittieren und ihm ein Pfand für die ehrliche Politik des Kaisers zu geben. Diesen Vorschlag eignete sich Napoleon ohne Zögern an — er schien die einzige Brücke, die über die erlittene Niederlage hinwegführte. Schon am folgenden Tage ergingen die Anweisungen an Benedetti, wie er vorzugehen habe: freundschaftlich und ohne Drohung, in tiefstem Vertrauen, in folgenden Stufen: zunächst die Grenzen von 1814 und Luxemburg und — in einem Geheimvertrage — Belgien zu fordern, bei etwaigem Widerstande aber auf Saarbrücken, Saarlouis und selbst auf »das alte Nest Landau« zu verzichten, deren Erwerb doch nur das deutsche Volk aufbringen würde, und sich mit dem Programm: öffentlicher Vertrag über das Großherzogtum Luxemburg und Geheimvertrag über Belgien (äußerstenfalls unter Ausschaltung Antwerpens als Freihafen) zu begnügen. Schon am 19. August legte Benedetti dem preußischen Ministerpräsidenten einen von ihm auf Grund dieser Anweisung formulierten und eigenhändig niedergeschriebenen Vertrag vor, der die Abtretung von Luxemburg, das Abkommen über Belgien und das Einverständnis Frankreichs mit einer nationalen Verbindung zwischen Norddeutschland und Süddeutschland nebeneinanderstellte. Mit ungeduldigem Drängen, von einem

Tage zum andern — als wenn es sich um eine diplomatische Nichtigkeit und nicht um einen Entschluß von unvergleichlicher Verantwortlichkeit gehandelt hätte — suchte er die Zustimmung Bismarcks und seines Königs im Handumdrehen herbeizuführen.

So hatte sich die französische Politik allerdings bereit erklärt, sich in die deutsche Einigung als eine vollendete Tatsache zu schicken, und mit dem Verzicht auf rheinische Kompensationen (abgesehen von Luxemburg) auch seine mittelstaatlichen Schützlinge nebst allen rheinbündlerischen Erinnerungen preiszugeben. Aber sie wollte das nur unter der Bedingung, daß sie an einer anderen Stelle ungestraft den Frieden und Tatbestand der europäischen Staatengesellschaft stören dürfe, und unter der weiteren Bedingung, daß Preußen sich vorweg vertraglich zum Mitschuldigen und Verteidiger dieser Friedensstörung mache. Es ist der alte Geist, der notgedrungen eine andere Entladung, auf dem Wege vermeintlich geringeren Widerstands sucht: wenn er statt des Rheinlandes die Annexion Belgiens in Aussicht nahm, so stellte er nur das andere Stück seines alten Programms voran, dessen Rückwirkung auf die Sicherheit des deutschen linken Rheinufers, im Falle des Gelingens, außer Frage stand. Jetzt ging es um die nördliche Hälfte des im Jahre 1815 von den Mächten aufgerichteten Bollwerks, das seit 1830 nur noch in der Form der Neutralisierung Belgiens aufrechterhalten wurde. Von französischer Seite ist später eingewandt worden, der diabolische Bismarck sei der eigentliche Urheber des Belgienmotivs; er habe es zur Verführung französischer Ehrbarkeit mißbraucht und der unvorsichtige Benedetti habe den vielberufenen Vertragsentwurf gewissermaßen auf Diktat des Versuchers niedergeschrieben. In Wahrheit war die politische Phantasie der Franzosen seit den dreißiger Jahren damit beschäftigt, gegebenenfalls zur Einverleibung des neutralisierten Belgiens fortzuschreiten und damit das belgische Bollwerk vollends niederzubrechen: daß Napoleon auch diesen Plan unter seine Zukunftsträume aufgenommen hatte, haben wir bereits gesehen. Wenn Bismarck also, angesichts der nachbarlichen Begehrlichkeiten nach deutschem Lande, in der Zwangslage des Sommers 1866 auf eine Befriedigung aus französischem Sprachgebiet verwiesen hatte, so handelte er vom Standpunkt seines eigenen Staates nur pflichtgemäß; notgedrungen nutzte er diese auf französischer Seite nun einmal vorhandenen belgischen Aspirationen gleich einer willkommenen

Ablenkung, damit ihm der Blitz nicht in das eigene Haus fahre. Als aber die Sache auf einmal infolge der französischen Initiative so ernst wurde, war er sich der Tragweite des Antrags und der deutschen und europäischen Verantwortlichkeit, die ihm damit zugeschoben wurde, sofort bewußt.

Schon die Instruktion, mit der der Botschafter Graf Goltz am 7. September nach Paris zurückkehrte, zog, bei aller Verbindlichkeit der Form, sachlich eine bestimmte Grenze. Wohl wurde in freundlichen Worten die Bereitwilligkeit erklärt, das Einverständnis der Mächte zu pflegen und insbesondere — vorausgesetzt, daß Napoleon ein entsprechendes Verhalten gegenüber der von Preußen verfolgten Aufgabe der nationalen Entwicklung Deutschlands übe — eine wohlwollende Neutralität gegenüber einer Machterweiterung Frankreichs auf dem Boden der französischen Nationalität zu beobachten. Aber die Initiative, alle Maßregeln, die diese Frage »der Reife« entgegenführen könnten, wurden dem Kaiser Napoleon zugeschoben; wenn sich dann im weiteren Verlaufe Hindernisse und Gefahren ergeben sollten, würde Preußen gern zu Verabredungen bereit sein. Indem eine vertragsmäßige Bindung vorläufig hinausgeschoben wurde, war alles das, worauf es den Franzosen ankam, die preußische Mitverantwortlichkeit, die Beteiligung an dem Risiko, so gut wie abgelehnt. Kein Wunder, daß man in Paris enttäuscht war; besonders Rouher, der geistige Urheber des neuen Kurses, sprach nicht nur von den Bedürfnissen der Sicherheit und Innenpolitik, sondern meinte besorgt, im Falle der Ablehnung würde dem Kaiser nichts anderes übrig bleiben, als zu der Politik Drouyns de Lhuys zurückzukehren, ja er sah voraus, daß sonst Leidenschaft und Nationalhaß zu einem Kriege von unabsehbaren Folgen, zu einer ganzen Ära von Kriegen sogar führen könnten — er malte den Weltkrieg an die Wand, wenn Frankreich nicht den Vertrag und damit Belgien und Luxemburg erhalte. Man versteht, daß König Wilhelm in seiner gewissenhaften und geraden Art unter den Bericht des Botschafters die Worte schrieb: »Es ist also immer dieselbe Tendenz: Preußen soll Napoleon sozusagen retten und deshalb einen geheimen Vertrag schließen, um gegen ein unschuldiges befreundetes Land zu konspirieren ... Wenn Deutschland je erführe, daß ich eine französische Allianz zur Vernichtung Belgiens geschlossen habe, um dadurch Herr in Deutschland zu werden, so würden die deutschen

Sympathien sehr schwinden.« Hier war eine unübersteigbare Schranke aufgerichtet, die Bismarck, selbst wenn er gewollt hätte, auch ein halbes Eingehen auf den Plan Napoleons unmöglich machte.

In Paris aber drängte man um so ungeduldiger auf sofortige Entscheidung über den Vertragsentwurf, weil man zur Beruhigung der öffentlichen Meinung eine Kundgebung plante, welche die neue französische Außenpolitik, zumal die Stellung zu der deutschen Neugestaltung mit einigen bedeutungsvollen Fingerzeigen in die Zukunft erläutern sollte: den Zirkularerlaß La Valettes vom 16. September. Da die diplomatische Taktik Bismarcks einen unmittelbaren Bruch vermeiden wollte, so kam sie zwischen dem Andringen der Franzosen und der ganz eindeutigen Haltung des Königs fast ins Gedränge; was ihr übrigblieb, war nur ein dilatorisches Verfahren, und da kam dem Minister Mitte September eine Unpäßlichkeit, die sich seit Anfang Oktober zu einer ernsteren Erkrankung, wohl im Rückschlag gegen die übermenschliche Nervenanspannung des letzten Jahres, steigern sollte, höchst gelegen. Jedenfalls führte sie zunächst auf mehrere Monate hinaus zu einer Unterbrechung der Verhandlungen.

Sie wurden wieder aufgenommen, als Bismarck Anfang Dezember von Rügen nach Berlin zurückkehrte und an die Verfassung des Norddeutschen Bundes ging. Der neue Außenminister Marquis Moustier in Paris, Benedetti in Berlin begannen jetzt mit wachsendem Nachdruck auf die Entscheidung zu drängen; seit Anfang Januar 1867 gesellten sich der Kaiser und Rouher in der ernstesten Form zu ihren Bemühungen. Schon griff Moustier gegenüber dem erneuten Ausweichen Bismarcks gesprächsweise zu deutlicheren Argumenten; eine Allianz verdiene doch den Vorzug vor den Wechselfällen eines Krieges, in dem, wenn Preußen geschlagen würde, der Verlust des linken Rheinufers die Folge sein würde; solange als möglich werde er die «alliance bâtarde» mit Österreich und Süddeutschland vermeiden; die preußischen Erfolge hätten in der französischen Armee die Neigung erweckt, sich mit dem preußischen Heere zu messen. «Nous sommes des coqs,» gestand der Minister offenherzig. Es war begreiflich, daß Bismarck, der in den Tagen der Grundlegung des neuen deutschen Staates zugleich vor der Entscheidung über den Kurs der deutschen Außenpolitik stand, gegen das Wesen dieses Bundesgenossen immer mißtrauischer wurde.

»Möge man doch in Paris nicht vergessen,« mahnte ein Erlaß an Goltz vom 20. Dezember, »daß eine Allianz, wie wir sie verstehen, nur zwischen gleichberechtigten und als solche sich achtenden und schonenden Staaten bestehen kann, daß an ein Erkaufen der Allianz von unserer Seite nicht gedacht wird, und daß, wenn man unter der Drohung, andere Bundesgenossen zu suchen, einen Preis dafür setzt, den wir jetzt nicht zahlen können, man unsere Politik anderen Bahnen zudrängt, welche einzuschlagen wir nicht nur in der Lage sind, sondern versucht werden.« So arbeitete er fortan immer mehr darauf hin, dem Bündnisplan statt eines offensiven einen defensiven Charakter zu geben.

Demgegenüber läßt sich seit dem Januar 1867 eine Kursänderung in der französischen Politik beobachten. In der Stille begann Napoleon sich Österreich wieder zu nähern und ließ schon Anfang Februar das vielsagende Wort fallen, er hege den Wunsch, daß Österreich seine deutsche Stellung wiedergewinne. Auf der anderen Seite begann man in der Verhandlung mit Preußen auf Bündnis und Belgien immer geringeren Wert zu legen (auch wenn die Bündnisverhandlung formell noch länger fortgesetzt wurde), und drängte dafür um so mehr auf die schleunige Erledigung der »Luxemburger Frage«, welche die öffentliche Meinung beunruhige; die Abtretung der bisherigen Bundesfestung, in der noch die preußische Garnison lag, rückte allmählich in den Mittelpunkt, aber immer weniger als Glied eines neuen Bündnissystems, sondern als eine mehr und mehr isoliert betrachtete Kompensation, gleichsam als letzter Überrest der Forderungen vom August 1866. Obwohl Bismarck in der Vergangenheit keinen Anlaß zu weitgehenden Verpflichtungen anerkannte, so legte er nicht einen unbedingten Wert auf die Festhaltung Luxemburgs, und sah auch das preußische Garnisonsrecht seit der Auflösung des Bundes als diskutabel an. Um so mehr hielt er es für angezeigt, vor Überstürzung in einer so delikaten Angelegenheit zu warnen, da die Aufgabe der Festung nur unter der Voraussetzung erfolgen könne, daß sie Preußens Stellung in Deutschland nicht kompromittiere, und das geringfügige Objekt nicht dazu führe, daß der Kaiser alle Sympathien in Deutschland verscherze; aus diesem Grunde lehnte er auch jeden ersten Schritt ab und deutete an, daß etwaige Luxemburger Kundgebungen, die eine Entfestigung verlangten, und eine entsprechende Initiative vom Haag ein erstes und

nicht zu überspringendes Stadium sein würden. Aber obgleich die Franzosen bisher das rein defensive Moment für diese Erwerbung in den Vordergrund geschoben hatten, so wollten sie von einer Schleifung von vornherein nichts wissen: sie wollten die Festung selbst. Bismarck formulierte die Frage so: nur wenn wir das Vertrauen gewinnen, daß Frankreich die Politik des Zirkularerlasses vom 16. September, d. h. einer vorbehaltlosen Anerkennung der nationalen Entwicklung Deutschlands, fortsetzt, können wir unsere Beziehungen so gestalten, daß wir auf eine Festung wie Luxemburg verzichten. Moustier gab wohl eine feierliche Erklärung ab, daß Napoleon keine Rheingelüste hege, ließ aber doch fallen, daß eine völlige Befriedigung Frankreichs durch das schon als »terre française« bezeichnete Luxemburg natürlich nicht zu erwarten sei, daß es aber geeignet sei, den Frieden auf mehrere Jahre zu sichern. Da war es unvermeidlich, daß man sich auf der anderen Seite die Frage vorlegte, ob die Abtretung Luxemburgs nicht doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein sein würde.

Wie man die Sache auch ansah, sie hing mit der allgemeineren Frage der künftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zusammen: diese aber ruhte nicht mehr in den Händen Napoleons allein, sondern wurde von der öffentlichen Meinung entschieden, die seine Politik der Fehlschläge immer schärfer kritisierte. Fürst Metternich brachte von einer Reise im südlichen Frankreich Anfang März 1867 den Eindruck mit, »daß man im ganzen Lande nur ein Gefühl hegt, und das ist der Preußenhaß. Überall fühlt man tief die begangenen Fehler, die auf ewig verloren gegangene Gelegenheit, und hegt die Sehnsucht nach einer revanche éclatante«. Diese Stimmung verschärfte sich nur noch, als seit dem 8. März die Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Preußen und den Südstaaten bekannt wurden und statt der abkühlenden Wirkung, die Bismarck von der Bekanntgebung erwartet hatte, einen erschütternden Eindruck hervorriefen. Die Franzosen sahen in den Bündnissen, die allein von ihrem eigenen ungemessenen Verlangen nach deutschem Lande ausgelöst worden waren, ein Symbol der im Grunde vertragswidrigen deutschen Einigung, sie erfaßten die Problematik der von Napoleons Politik geschaffenen Mainlinie, die — wie Bismarck in jenen Tagen sich ausdrückte — »nicht eine wirkliche Mauer, sondern eine ideale Grenze, gewissermaßen ein Gitter ist, durch welches der nationale Strom, dessen

Unaufhaltsamkeit man in dem Vorbehalt der ‚liens nationaux' anerkennen mußte, seinen Weg findet«. Konnte man ihn wieder zum Stehen bringen? Als im Corps législatif Interpellationen angekündigt wurden, die sich ungeduldig nach dem Stand der Luxemburger Frage erkundigten, meinte Bismarck, um der augenblicklichen Wirkung auf eine gesetzgebende Versammlung willen könne man eine Festung wie Luxemburg nicht abtreten; der Preis sei für diesen Zweck zu hoch, zur Umstimmung der kriegerischen Tendenzen in Volk und Armee aber nicht ausreichend.

Unter diesen Umständen kam die Krisis zum Ausbruch. Die Kaiserliche Regierung hatte sich seit Ende Februar den Anschein gegeben, als wenn sie nach den Rezepten Bismarcks verfahren wolle, sich in Wirklichkeit aber über seine elastischen Andeutungen und Vorbehalte durch ein hastiges und illoyales Vorgehen hinweggesetzt. Sie meinte die preußische Regierung vor eine vollendete Tatsache stellen zu müssen, und hatte, während noch die preußische Garnison in Luxemburg stand, einen Vertrag über die Abtretung mit dem König der Niederlande abgeschlossen. Als dieser am 26. März König Wilhelm davon in Kenntnis setzte, war die Krisis eröffnet: das unüberlegte Spiel der Franzosen hatte eine Situation geschaffen, die den vorsichtigen Fingerzeigen Bismarcks völlig zuwiderlief. In diesen Wochen, wo sich der erste norddeutsche Reichstag zur Beratung der Bundesverfassung versammelt hatte, war ein lauter Zuruf der nationalen Erregung in Deutschland unvermeidlich vorauszusehen, sobald die Preisgabe einer Bundesfestung ernstlich drohte. So entschloß sich Bismarck, die Frage gleichzeitig Europa und der deutschen Nation zu unterbreiten; seine Antwort, daß er die Vertragsmächte von 1839, die deutschen Regierungen und den Norddeutschen Reichstag anrufen werde, mußte in Paris einer Ablehnung gleich geachtet werden.

Hier trieben die Wellen der Leidenschaft und Enttäuschung in die Höhe. Im ersten Augenblick erklärte man, nicht mehr zurückzukönnen, auch als die Reichstagsverhandlung vom 2. April den Vorhang von der drohenden Gefahr hinweggezogen. Selbst von amtlichen Stellen hieß es, man sei in eine Falle Bismarcks gelockt und werde den Krieg nicht scheuen, um in den Besitz von Luxemburg zu gelangen. Aber zumal nach dem Rücktritt des Königs der Niederlande von dem Handel war die diplomatische Situation Frankreichs

sehr ungünstig geworden; nicht nur Gortschakoff fand es einer Großmacht unwürdig, einen Vorwand wie Luxemburg zum Kriege zu suchen, sondern auch Beust und Metternich verurteilten das Vorgehen der französischen Diplomatie auf das schärfste. Da man ohnehin nicht zu kriegerischem Vorgehen bereit war, entschloß Napoleon sich, einen Kompromiß dem Bruche vorzuziehen und den letzten Rest der Kompensationsforderung vorläufig zu begraben. Nach einigen Wochen atemloser Spannung wurde auf beiden Seiten die von den Mächten angebotene Vermittlung ergriffen; gegen das auf die Entscheidung drängende Votum Moltkes erklärte Bismarck: »Man darf nicht Krieg führen, wenn es mit Ehren zu vermeiden ist; die Chance günstigen Erfolges ist keine gerechte Ursache, einen großen Krieg anzufangen.« So klang die Krisis in der dritten Aprilwoche ab; die Konferenz der Mächte in London fand dann am 11. Mai die Lösung, nach der zwar Luxemburg aus dem deutschen Bundesverhältnis herausgelöst, dem preußischen Garnisonsrecht ein Ende gemacht, aber dafür die Festung geschleift und das Gebiet als neutralisierter Staat in seiner dynastischen Verbindung mit den Niederlanden belassen wurde. Das war das Ende dieses französischen Kompensationsanspruchs.

Indem die französische Staatskunst auf Luxemburg verzichtete, kehrte sie ebenso sprunghaft wie bei den früheren Umschwüngen in der Stille zu der alten Rheinpolitik zurück. Schon in dem Augenblick, wo Napoleon die Vermittlungsvorschläge annahm, deutete er dem österreichischen Botschafter an, daß die prinzipielle Bereitschaft zu einem Kompromiß nicht einen sofortigen oder späteren Übergang zu einer kriegerischen Offensive ausschließe. Aus den Eröffnungen, die der Kaiser und die Kaiserin am 16. April dem Fürsten Metternich machten, entnahm dieser, daß der nach Paris berufene Herzog von Gramont mit einem Haufen höchst indiskreter und charakteristischer Fragen nach Wien zurückkehren werde. Wieder suchte Eugenie, wie gewöhnlich die Avantgarde der Verführung, nach der berühmten geographischen Karte, die man so oft in die Hand genommen und so oft beiseite gelegt (der abergläubische Metternich meinte, daß zum Glück ihr das alte Exemplar gestohlen sei), und verlangte von dem Botschafter, der es ablehnte, noch einmal mit ihr eine Luftschlösserreise anzutreten, nur das eine zu wissen: was Österreich im Kriegsfalle durch ein Bündnis mit Frank-

reich gewinnen könne. Sie konnte sich in ihren Entwürfen nicht genugtun, um den künftigen Partner zufriedenzustellen.

Am 23. April trug Gramont dem Baron Beust in zwei langen Besprechungen das Ergebnis der neuen französischen Spekulationen vor; zunächst nur beauftragt, das Terrain zu sondieren, rückte er weisungsgemäß auf das freimütigste mit der Sprache heraus. Er bot nichts Geringeres als ein Offensiv- und Defensivbündnis mit weitgreifenden Kriegszielen. Österreich und Frankreich sollten sich gegenseitig verpflichten, die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis sie gewisse Kriegsziele erreicht hätten. Sie umfaßten für Napoleon das linke Rheinufer, »das er zu erwerben beabsichtige«, namentlich die bayerische Pfalz, [Rheinhessen] und den linksrheinischen Teil der Rheinprovinz. Dagegen würde Österreich Schlesien erhalten und könne sich in Süddeutschland einrichten, wie es wolle, einen Bund unter seinem Vorsitz begründen oder aber die ihm zusagenden Annexionen vornehmen, unter dem alleinigen Vorbehalt, daß Frankreich sich für das Schicksal des Großherzogtums Baden interessiere. Auf dem Kamme des Schwarzwaldes sollten sich, wie man sieht, in diesem Zukunftsbilde die französische und die österreichische Einflußsphäre begegnen.

Der französische Antrag blieb in den ersten Anfängen stecken, weil Beust den »etwas abenteuerlichen Plan« sofort ablehnte, und bei seiner Ablehnung blieb, auch als Gramont zu verstehen gab, daß Frankreich sich dann mit Rußland oder gar mit Preußen — das hieß auf Kosten Österreichs — verständigen könne. Beust wies jedoch auf die inneren Schwierigkeiten der Monarchie, besonders auch auf die Abneigung der Deutschösterreicher hin, an einem Kriege teilzunehmen, der »den eingestandenen Zweck habe«, einen Teil Deutschlands unter fremde Herrschaft zu bringen; von einem Bündnis auf so ungünstiger Basis und mit so unverhüllten Offensivzielen wollte er nichts wissen.

Das französische Angebot ist, unbeschadet der Ablehnung, die es erfuhr, ein Dokument von bleibender historischer Bedeutung. In der Erbitterung über den Rückzug in der Luxemburger Frage und in der Begierde, einen anderen Bundesgenossen zu gewinnen, hatte man in Paris alle diplomatischen Verkleidungen zu Boden fallen lassen, und auch von der napoleonischen Ideologie der Nationalitäten war die letzte Spur verschwunden. Was in den Verhandlungen

vor dem Kriege und nachher in der Kompensationsforderung nur zaghaft und stückweis bezeichnet worden war, das erschien nunmehr in großem Zuge offenherzig zusammengefaßt, nicht mehr in der lästigen und langwierigen Verhüllung des Pufferstaates, sondern hüllenlos, zur nackten Eroberung sich bekennend; selbst die Rheingrenze genügte nicht mehr, sondern wurde da, wo man sie — am Oberrhein — schon besaß, ohne Bedenken überschritten. So schnell war die tröstliche Voraussage der Kaiserin Eugenie vom 13. August 1866: »wenn Frankreich einmal an die Idee des Rheines rührt«, zur Wahrheit geworden: das Frankreich der traditionellen Eroberungspolitik erschien wieder auf dem Plan. Es waren die Tage, in denen das Werk der norddeutschen Bundesverfassung, der Grundlage der deutschen Reichsverfassung, abgeschlossen wurde. Aber während die Nation in tiefer Bewegung zur Einheit voranschritt, galten ihr Körper und ihre Seele, wie in vergangenen Zeiten, noch immer als Objekt für das Spiel dynastischen Ehrgeizes und fremder Begehrlichkeit.

In richtiger Erkenntnis urteilte Bismarck in eben diesen Tagen: »Die Gefahr für den Frieden liegt nicht in dem Werte Luxemburgs für Frankreich oder für den Kaiser, sondern in der Nachgiebigkeit des letzteren gegen die begehrlichen Leidenschaften der französischen Nation und in seinem Bedürfnis, die inneren Schwierigkeiten durch äußere Erfolge zu überwinden.« War doch dem nächsten militärischen Vertrauten des Kaisers, dem General Fleury, beim Beginn der Luxemburger Krisis das Geständnis entfahren: »Wenn nur die Preußen nicht nachgeben. Denn für uns ist der Krieg der einzig mögliche Ausgang aus diesem allgemeinen Chaos. Er wird die völlige Desorganisation Frankreichs und den Sturz der Dynastie durch feindliche Parteien verhindern.« Wohl mochte Eugenie zum Fürsten Metternich am 11. April sagen, weder sie noch der Kaiser klebten am Throne, außer um eine Schlacht gegen die Preußen zu gewinnen und dann die Zügel des Staates in die Hände irgendeines Nachfolgers zu legen, ohne der Ehre und dem Ruhme Frankreichs etwas vergeben zu haben — in Wahrheit wollten sie doch den Thron für sich und ihren Sohn behaupten. Und eben diese Sorge treibt den Kaiser, seine früheren nüchternen Überzeugungen, die seinen ruhelosen Drang immer wieder gedämpft hatten, jetzt völlig zu verleugnen: sie steht an der Wiege des neuen Kurses seiner Politik und

wird ihn bis zum Juli 1870, trotz inneren Widerstrebens, vorwärtstreiben. Es ist nicht anders: die innere Unsicherheit des aus Staatsstreich und Verbrechen emporgestiegenen zweiten Kaiserreichs ist zu einem Moment der Bedrohung des europäischen Friedens geworden.

Selbst wenn man einräumen wollte, das französische Bündnisangebot sei nur eine großartige Geste gewesen, um vor Österreich den angetretenen Rückzug zu maskieren, und Napoleon habe in diesem Augenblick weder mit einem Bruche, noch mit einer österreichischen Annahme ernsthaft gerechnet, so ändert das wenig an der symptomatischen Bedeutung seines Schrittes. Die Pariser Politik hatte sich mit vollem Vorbedacht vor den Österreichern geöffnet und wenn nicht für den Moment, so doch für alle Zukunft gezeigt, mit welchen ausgreifenden Endzielen ein Partner, der eines Tages die Hand herüberstrecken wolle, zu rechnen habe: gegenüber dem werdenden deutschen Staate hatte sie sich von neuem zu einer Politik der offensiven Intervention bekannt.

Ein Erlaß Bismarcks vom 18. April hatte ein anderes Bekenntnis abgelegt: »Deutschland hat keine erobernden Tendenzen, es hat sich nicht vergrößert und verlangt nichts von Frankreich, es hat sich nur durch innere Kämpfe eine neue und bessere Organisation erworben und durch das Ausscheiden Österreichs sogar eine Verminderung seiner Macht erfahren. Aber es ist bereit, sich gegen jede unberufene Einmischung zu sichern.« Frankreich hatte eben diese Einmischung auf sein Programm gesetzt. Gleichzeitig mit jener Hinwendung zu Österreich ließ man den größten deutschen Mittelstaat einen strafenden Druck empfinden, weil er unter der Führung des Fürsten Hohenlohe zu einer engeren Fühlungnahme mit dem Norddeutschen Bunde geneigt schien. Der bayerischen Regierung, die während der Krisis durch die Mission Tauffkirchen eine Brücke gleichzeitig nach Berlin und nach Wien zu schlagen versucht hatte, wurde von Paris bedeutet, daß, wenn sie in einer solchen Haltung beharre, im Kriegsfall der Endfriede ganz einfach auf ihrem Rücken (sur le dos de la Bavière) geschlossen werden würde — es ist, als wenn man die alte herrische Sprache des ersten Kaiserreichs zu seinen Vasallen hörte. Die deutschen Mittelstaaten waren der Pariser Politik immer nur Mittel zum Zweck: je nachdem der Wind stand oder umschlug, Objekte ihres Kompensationshungers oder

zärtlich behandelte Protektionskinder, bald der preußischen Führung überlassen, bald dem österreichischen Ehrgeize angeboten — es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch das französische Bündnisangebot an Österreich in erster Linie als Gegenschlag gegen die Mission Tauffkirchen gemeint war.

Wie vor dem Kriege von 1866, so nach dem Kriege — die französische Politik bewegt sich, ohne irgendeinen höheren europäischen Gesichtspunkt, in den Bahnen der Rheinpolitik verflossener Jahrhunderte, während schon ein neues deutsches Geschlecht aufsteigt, das von der Einheit des nationalen Staates auch die Sicherheit nach außen erwartet. Die Deutschen wollten nichts als Selbstbestimmung, die Franzosen vermochten die nationale Tendenz der Intervention in Deutschland und die historische Rheinpolitik nicht zu überwinden. Das ist die Signatur der folgenden Jahre.

VI

Seit der Luxemburger Krisis hatte die Politik Napoleons keine Wahl mehr. Statt des früheren Spiels mit verschiedenen Möglichkeiten kannte sie fortan nur ein einziges Ziel, und aus der freien Hand, die einst willkürlich an das Gefüge der europäischen Staatengesellschaft gerührt hatte, war eine bittere Notwendigkeit geworden, eine bestimmte Stelle dieser Ordnung, es koste, was es wolle, wieder umzustoßen. Dieses Endziel bestimmte die auswärtige Politik, insbesondere die Bündnispolitik der nächsten Jahre: mochte das Tempo ihrer Anläufe, bald hastig, bald zögernd, mehrfach wechseln, ein einziger Impuls gab ihr fortan das Gesetz des Handelns.

Zunächst folgten auf die tiefe Erregung des Frühjahrs im Sommer 1867 einige ruhigere Monate. Es war die Zeit der Pariser Weltausstellung, dieses Riesenjahrmarkts mit seiner echt pariserischen Mischung von Kunst und Schaustellung, von Frauen und Lebensgenuß, von Musik und Paraden, in deren Mitte die große und die halbe Welt den letzten heiteren Tagen des zweiten Kaiserreichs einen berauschenden Hintergrund schuf und die Besuche der europäischen Monarchen den Hof Napoleons noch einmal in der bengalischen Beleuchtung seines alten Glanzes erstrahlen ließen. Aber nur vorübergehend erfuhr die Politik, die auch in die Festtage hinein-

spielte, eine leichte Entspannung. Zwar war Fürst Gortschakoff, der den Zaren Alexander begleitete, eifrig bemüht, sich für die künftige Zurückhaltung der deutschen Politik Bismarcks zu verbürgen; und auch König Wilhelm und Bismarck gaben ihrerseits die Versicherung ab, daß sie von sich aus die Süddeutschen nicht weiter drängen würden. Aber Napoleon gestand dem Russen, er sei während der letzten Krisis über die Heftigkeit erstaunt gewesen, mit der man von allen Seiten den Krieg gegen Preußen gefordert habe; wenn etwa Preußen jetzt daran denken sollte, Garnisonen in die ehemaligen Bundesfestungen Rastatt und Ulm zu legen, so würde das den Krieg bedeuten. Und obgleich die Preußen äußerlich mit respektvoller Neugierde empfangen wurden, so sahen sie sich immer wieder von versteckten Aspirationen umwittert, die nicht zur Ruhe kommen wollten. Als Bismarck mit Marschall Canrobert über Nationalitätenpolitik sprach, dachte dieser, nach seiner Erzählung, nur daran, »daß wir auf dem linken Rheinufer ebenfalls eine Provinz kennen, die ihrem Denken nach, wenn auch nicht ihrer Sprache nach französisch sei, und schwieg stille;« aufdringlicher machte sich der ewige Projektenmacher Herzog von Persigny an Bismarck heran, indem er ihm empfahl, den gefährdeten Völkerfrieden dadurch zu retten, daß Preußen weitere norddeutsche Annexionen, zumal von Sachsen, vornehme und dafür den König von Sachsen an die Spitze eines neutralen Rheinstaates stelle. Der Minister Moustier begnügte sich mit einem halben Versuch, den Austritt Luxemburgs aus dem deutschen Zollverein anzuregen.

Und eben auf diesem Gebiete wuchs der schleichenden Spannung neuer Zündstoff zu. Bismarck hatte unmittelbar vor der Pariser Reise die Verhandlung mit den Südstaaten über die Erneuerung der Zollvereinsverträge und ihre Ergänzung durch ein Zollparlament zum Abschluß gebracht und damit die durch den Krieg gestörte deutsche Wirtschaftseinheit von neuem befestigt. Kaum aber hatten König Wilhelm und sein Minister Paris verlassen, so brach die auch während ihres Besuches nur mühsam gedämpfte Erregung der Pariser Presse leidenschaftlich durch, als wenn die preußische Politik wiederum alle Schranken der Verträge und des Friedens überschreite. Moustier selbst, der jetzt seiner Empfindlichkeit nach allen Seiten freien Lauf ließ, warf den Zollvereinsverträgen vor, daß sie, ebenso wie die Schutz- und Trutzbündnisverträge vom August 1866, dem

Wortlaut und Geist des Prager Friedens widersprächen: statt dessen hätte man sich, wie er offen aussprach, mit einem Norddeutschen Zollverein begnügen sollen, der dann ja mit einem zu gründenden Süddeutschen Zollverein ebenso wie mit anderen Mächten hätte Handelsverträge abschließen können. Insbesondere tadelte er das Zollparlament als eine Institution von politischer Bedeutung; warum man den Sitz dieses Zollparlaments, wenn man schon einer solchen Einrichtung bedurft hätte, nicht statt nach Berlin an einen anderen Ort — als welchen er dem bayerischen Gesandten Würzburg oder Bamberg empfahl! — verlegt und, statt eines Eintritts der süddeutschen Abgeordneten in den Norddeutschen Reichstag, nicht völlige Neuwahlen indirekter Art oder noch bescheidener Wahlen seitens der Handelskammern angeordnet hätte? Ebenso schulmeisterlich schalt er auf die Süddeutschen, die jetzt zu Vasallen Preußens geworden seien, auf die Schwäche Bayerns, das in seinem anfänglichen Widerstand gegen das Zollparlament nicht beharrt habe, und auf den Verrat Württembergs, das sich lieber mit Baden und Hessen dem bayerischen Vorgehen hätte anschließen sollen.

Zusammengenommen sind alle diese Klagen und Vorwürfe doch ein denkwürdiges Dokument für den fortdauernden Interventionsanspruch der Franzosen. Während sie auf der Pariser Weltausstellung viel von der völkerverbindenden Macht der Wirtschaft und Technik zu sagen wußten, maßten sie sich gleichzeitig an, bei ihrem nächsten Nachbarn in die elementaren Voraussetzungen seiner wirtschaftlichen Selbstbestimmung ungescheut hineinzureden. Mochte immerhin die Wirtschaftseinheit des außerösterreichischen Deutschlands im Zollverein seit Jahrzehnten eine anerkannte Tatsache sein, jetzt stellte man sich in Paris, als wenn die Mainlinie, angeblich in konsequenter Ausführung des Prager Friedens, sinngemäß auch auf die wirtschaftliche Sphäre übertragen werden müßte; wenn aber die Deutschen, statt der Preisgabe aller Errungenschaften seit 1834, an ihrer Zolleinheit festhalten wollten, könne diese nur in denjenigen Formen zugelassen werden, die für die französische Empfindlichkeit erträglich seien. Die tiefe Arroganz dieser Stimmungsausbrüche führte zwar noch nicht zu amtlichen Schritten, um so mehr verriet sie das immer wieder durchbrechende ohnmächtige Ressentiment wegen des mißlungenen Spiels von 1866, und die verzweifelte Neigung, aus dem Prager Frieden ein rechtliches Instrument des Einspruchs zu machen,

um die Entwicklung des deutschen Nationalstaats von außen her zum Stehen zu bringen. Wie hochfahrend man an Stellen zu sprechen wagte, wo man sich zu nachbarlichem Drucke besonders berufen wähnte, lehrt das Auftreten des französischen Gesandten in Karlsruhe, der seinen Warnungen einen besonderen Nachdruck durch die Wendung gab: »Wir, die wir das Großherzogtum Baden geschaffen haben« — als wenn die Zeiten des Rheinbundes in der deutschen Gegenwart sich noch wieder beleben ließen, und nicht vielmehr die bloße Erinnerung daran das Selbstgefühl einer einheitsreifen Nation hätte herausfordern müssen.

Die französische Politik, deren Symptome zunächst nur in solchen Ausbrüchen erkennbar wurden, aber auch in einer gleichzeitigen schärferen Erinnerung an Nordschleswig zum Ausdruck kamen, war darauf angelegt, angesichts des in Paris erwarteten Besuches des Kaisers Franz Joseph den Gegenstand der Beratung und womöglich den Ausgangspunkt einer gemeinsamen Aktion vorzubereiten. Da dieser Besuch aber infolge der Tragödie Kaiser Maximilians in Mexiko nicht zustande kam, verschob Napoleon sein Vorgehen bis zu dem Kondolenzbesuche, den er vom 18. bis 22. August dem Habsburger in Salzburg abstattete. Die Zusammenkunft von Salzburg war von vornherein dazu bestimmt, den fast tumultuarischen Annäherungsversuch des April 1867 wieder aufzunehmen und die Sache in persönlicher Aussprache der Monarchen und ihrer Ratgeber zu fördern. So rechnete denn auch Beust im voraus mit dem Angebot einer Allianz: »Ich gehe dabei von der ziemlich zweifellosen Voraussetzung aus, daß solchen Falles die Erwerbung deutschen Gebietes für Frankreich als ausgesprochener Zweck mit in das Bündnis ausdrücklich aufzunehmen beabsichtigt sein solle.« Aber er war mit Rücksicht auf die innere Lage Österreichs fest entschlossen, sich so weitgehenden Zumutungen ebenso wie vier Monate zuvor zu entziehen.

Über Zusammenkünften von Monarchen und ihren persönlichen Besprechungen pflegt in der Regel ein Dunkel zu liegen, das durch beglaubigte Quellenaussagen nicht immer ausreichend erhellt wird: so auch hier. Wenn das tatsächliche Ergebnis von Salzburg auch, der Haltung Beusts entsprechend, sich in bescheidenen Grenzen hielt, so ist es doch in diesem Zusammenhange nicht nur entscheidend, was die Franzosen erreicht haben, sondern auch was sie, wenn es nach ihnen gegangen wäre, von den Österreichern zu erreichen versucht

haben. Beust selbst hat seinem Gesinnungsgenossen, dem Darmstädter Freiherrn v. Dalwigk, später vertraulich gestanden, Napoleon habe ihm in Salzburg Süddeutschland angeboten, wenn man ihm dafür das linke Rheinufer überlassen wolle. Und allerdings hat sich ein Aktenstück von diesem Charakter erhalten, dessen Authentizität außer Zweifel steht, auch wenn seine Urheberschaft — man hat auf Grund von Beusts Memoiren das Recht, an den in Salzburg anwesenden Herzog von Gramont zu denken — und seine Rolle in den Besprechungen nicht ganz klargestellt ist. In diesem Entwurfe wurde ein aktives Bündnis zwischen Frankreich und Österreich zu dem Zwecke vorgeschlagen, die strikte Ausführung des Prager Friedens von Preußen zu erzwingen. Was man unter strikter Ausführung verstand, war nicht wenig: Aufhebung der Schutz- und Trutzbündnisse; Bildung eines Südbundes unter dem gemeinschaftlichen Protektorat von Österreich und Frankreich, mit dem Sitz des Bundesparlamentes in Wien und denselben Rechten für den Kaiser von Österreich, wie Preußen sie im Nordbunde besaß; Räumung der Festung Mainz durch die Preußen und Austritt Oberhessens aus dem Nordbunde; schließlich Errichtung eines österreichisch-süddeutschen Zollvereins. Falls Preußen die Annahme dieses Programms verweigere, solle ihm von Frankreich und Österreich gemeinsam der Krieg erklärt werden, dessen Kriegsziele für Frankreich nur in den Grenzen von 1814 und für Österreich in Oberschlesien bestehen würden; auch sollten hernach die 1866 von Preußen annektierten Gebiete durch Volksabstimmung über ihre Staatsform sowie über ihre Zugehörigkeit zum Nordbunde entscheiden; schließlich sollte die Durchführung des Art. 5 des Prager Friedens gemeinsam von beiden Mächten vorgenommen werden. Man gab vor, für die Unabhängigkeit der Südstaaten im Sinne des Prager Friedens einzutreten — würden freilich die Südstaaten den ihnen vorgeschlagenen Bund zu schließen verweigern, so sollten sie durch Ultimatum oder kriegerischen Zwang dazu genötigt werden und gegebenenfalls durch Gebietsabtretungen dafür büßen.

Es ist das zweite Anklopfen einer Kriegspolitik, die nur einen Genossen braucht, um loszuschlagen. Das Programm dieser Intervention, deren enger Zusammenhang mit dem Aprilangebot und den Streitfragen des Sommers auf der Hand liegt, atmet den alten französischen Geist, der von jeher das Schicksal der deutschen Nation

als Objekt seines Machtwillens behandelt hatte. Auch wenn der eigene Gebietsgewinn sich auf die Grenzen von 1814 beschränkte, so geschah es nur darum, weil von Wien eine vorgängige vertragliche Zusicherung französischer Annexionen nicht zu erreichen war. Aber auch ohnehin war der Entwurf für die noch friedensbedürftige und nichts weniger als aktionsfähige österreichisch-ungarische Monarchie unannehmbar. Beust war unter keinen Umständen gewillt, den Helfershelfer bei einer so unzweideutigen Auslandsintervention in die deutsche Frage zu spielen. Er lehnte die Anträge ab und setzte eine Übereinkunft durch, die in erster Linie eine gemeinsame Orientpolitik zur Grundlage eines näheren Einverständnisses machte, sodann aber in der gemeinsamen deutschen Politik die kriegerische Intervention durch eine diplomatische Methode ersetzte: in vorsichtiger Zurückhaltung der Nationalpartei jeden Vorwand zu nehmen, den Mittelstaaten den Rücken zu stärken, einen neuen moralischen Einfluß zu gewinnen und mit verschlagener Taktik die Politik Bismarcks wirksam zu durchkreuzen. Wenn Napoleon in Salzburg zugunsten dieses friedlichen Programms seine weitergehenden Ziele fallen ließ, so geschah es nur notgedrungen und in der Erwartung, daß Österreich, sobald es die Folgen des Krieges von 1866 innerlich überwunden haben würde, durch den Fortgang der Dinge schließlich doch aus seiner Zurückhaltung herausmanövriert werden könne.

So blieb auch Salzburg eine Episode gleich dem Aprilantrag, immerhin eine Episode, die als erste Vorstufe ein intimeres Einverständnis der beiden Großmächte einleitete und bei einem Gegenbesuche Franz Josephs in Paris im November eine neue Bekräftigung, wenn auch noch keine Erweiterung fand. Wenngleich die Befürchtungen, die sich nicht ohne Grund in Süddeutschland an die Zusammenkunft geknüpft hatten, zunächst sich nicht verwirklichen sollten — die Idee des Südbundes krankte nun einmal an der Unüberwindlichkeit der inneren Schwierigkeiten —, so stand doch das eine Ergebnis außer Frage. Zum erstenmal seit dem Sommer 1866 war auf die süddeutschen Staaten ein kombinierter leiser Druck von Paris und von Wien her ausgeübt worden, und indem er sich zu verdichten begann, verfehlte er nicht seine Wirkung. In München wie in Stuttgart suchte man, angesichts dieser Bewölkung des Himmels, einen vorsichtigeren Kurs zu steuern — es war, als ob mit den Zollvereinsverträgen vom Juni 1867 die äußerste Grenze erreicht worden

wäre. Diejenigen partikularistischen Elemente aber, die aus Eigensucht und Verbissenheit der Einigung überhaupt widerstrebten, begannen nach deutscher Unsitte den ihnen günstigen Wind von außen in ihre Segel einzufangen.

Die nächste Aufgabe Napoleons bestand darin, zwar der Taktik Beusts, deren Wirksamkeit ihm nicht entging, sich zunächst anzubequemen, gleichzeitig aber alles daran zu setzen, die österreichische Politik allmählich aus ihrer Zurückhaltung herauszuholen und zu dem aktiveren Vorgehen Frankreichs herüberzuziehen. So wich die französische Regierung auch dem Versuche aus, den das Wiener Kabinett zu Anfang des Jahres 1868 machte: nämlich eine drohende orientalische Krisis dazu zu benutzen, um in einem Dreibund Österreich-Frankreich-Großbritannien gewissermaßen die Situation des Krimkrieges zu erneuern. Nicht der Orient, allein Deutschland konnte fortan für Paris der Ausgangspunkt einer großen Politik sein, und gerade der Fluß, in dem sich die deutsche Entwicklung noch befand, schien dazu angetan, das ganze Gewicht des gemeinsamen Einflusses in die Wagschale zu werfen.

Unter diesem Gesichtspunkt allein trat die neue Armeereorganisation Marschall Niels ins Leben, die im Frühjahr 1868 in den Kammern beraten wurde und die öffentliche Meinung mit Säbelgerassel erfüllte. Damit traten die führenden Männer der Armee an die Spitze der Bewegung, welche den Kaiser voranzutreiben suchte. Als gegen Ende Januar 1868 Fürst Metternich an den Besprechungen des Kaisers und seiner Generale in Compiègne teilnahm, meinte er einem »geheimen Kriegsrat« beizuwohnen. Ohne Umschweife versicherten ihm die Fleury, Ney, Niel, »daß der Kaiser seine Maßnahmen sowohl gegen innere als äußere Feinde hinter dem Rücken seiner Friedensminister und so sehr im Geheimen treffe, daß Frankreich und Europa erstaunt sein würden, wie sehr der Kaiser in kürzester Frist zu allem bereit sein würde«. Wer die Memoiren Ducrots liest und in die Briefe Bazaines und Bourbakis hineinblickt, sieht die ganze französische Generalität von einem einzigen Gedanken beseelt. Zumal Ducrot gehörte zu denen, die am leidenschaftlichsten vom Kaiser die Aktion, die Wiederaufnahme der Rheinpolitik verlangten; von Straßburg aus unternahm er mit seinen Offizieren Generalstabsreisen im badischen Lande, und wenn er von seinen heimlichen Beobachtungen in Mainz nach Darmstadt herüberkam, war er am Hofe des Großherzogs ein will-

kommener Gast. Nicht anders erklang die Tonart im Lager der Opposition: man lernt sie aus dem Buche von Charles Muller »Nos frontières sur le Rhin« (April 1868) kennen, das in großen Zügen, vor allem die Verdienste der Bourbonen feiernd, die Geschichte der französischen Rheingelüste seit 1815 darstellte und mit dem drohenden Appell an Napoleon schloß, der Vollstrecker des Willens der Nation zu werden und Frankreich zum Herrn des Rheines von Straßburg bis Köln zu machen. Sie gipfelte in einem Hymnus auf den Krieg als den Schöpfer aller Dinge und obersten Führer zum menschlichen Fortschritt. Darin lag eben die Unausweichlichkeit der Entschließungen, vor die der Kaiser sich fortan gestellt sah: dort die antinapoleonischen Parteien, Legitimisten, Orleanisten, Republikaner, die die Fehlschläge seiner Politik vernichtend kritisierten und eine neue Legitimierung des Kaiserreichs vor der Nation verlangten, hier im Lager derer, die mit der Sache des Kaiserreichs durch Herkunft und Interessen verbunden waren, auch nur Stimmen, die immer lauter zur Tat drängten, um ihrer selbst willen, um der Dynastie und um Frankreichs willen. Auch wenn Napoleon den Krieg nicht wollte — und vor dem Abschluß einer wirksamen Allianz konnte er ihn kaum wollen —, mußte er dem Gedanken des Krieges vor seiner Umgebung und in seinem Innersten in steigendem Maße Raum geben. Schon begannen seine nächsten Vertrauten das rätselhafte Schweigen des Kaisers immer mehr nach der kriegerischen Seite hin auszulegen. Der englische Botschafter berichtete Ende März der Königin Viktoria in einem vertraulichen Privatschreiben (das auch seinen Weg nach Berlin fand): zwar sei die Sprache der französischen Minister äußerst friedlich, aber vertraute Kenner des Charakters Napoleons versicherten, aus gewissen Symptomen zu schließen, daß der Gedanke einer plötzlichen Kriegserklärung gegen Preußen ihn gegenwärtig beschäftige; er sei zwar noch zu keinem endgültigen Entschlusse gekommen, aber er lenke die Dinge, ohne seine Pläne irgend jemandem anzuvertrauen, doch in aller Stille so, daß er im geeigneten Moment Preußen durch Überrumpelung nehmen und eine fortreißende Wirkung auf die öffentliche Meinung in Frankreich ausüben werde.

Die Hochspannung, deren wachsende Symptome allmählich ganz Europa beunruhigten, stand im engsten Zusammenhang mit den deutschen Verhältnissen. Gegen Ende März 1868 hatten die Wahlen zum Zollparlament in Süddeutschland stattgefunden; am 27. April sollte

das Zollparlament in Berlin zusammentreten. Eine Wendung schien vor der Tür zu stehen. Prinz Napoleon war von einer Rekognoszierungsreise nach Berlin, die halb der Warnung dienen, halb nach Konzessionen Ausschau halten sollte, mit der Überzeugung zurückgekommen, die deutsche Einheit lasse sich nicht mehr aufhalten; auch er hielt in vertrauten Kreisen mit kriegerischer Sprache nicht mehr zurück. War nicht damit zu rechnen, daß seitens der preußischen Regierung oder aus der Mitte des Zollparlaments selber ein Vorstoß zur Kompetenzerweiterung in der Richtung auf ein nationales Parlament gemacht werden würde? Oder war es noch möglich, die partikularistischen Elemente, die sich zur Freude der Franzosen bei den Wahlen erfolgreich gerührt hatten, durch eine weitere Rückenstärkung von Paris her zu ermutigen?

In diesem Augenblick hielt es Kaiser Napoleon für angezeigt, die Politik von Salzburg wieder aufzunehmen und einen neuen Versuch zu machen, Österreich zu einer aktiven Politik an der Seite Frankreichs zu gewinnen. Er begann damit, daß er am 7. April 1868 dem Fürsten Metternich die Frage vorlegte, was man in Wien zu tun gedenke für den Fall sowohl, daß die Süddeutschen sich freiwillig in Preußens Arme werfen würden, als auch für den Fall, daß Preußen Gewalt anwende, um unter Bruch des Prager Friedens die Süddeutschen zu sich herüber zu zwingen. Wie immer sprach sich der Herzog von Gramont in Wien nur noch heftiger aus: Frankreich werde in einem Überschreiten der Mainlinie einen Kriegsfall sehen, früher sei es nicht gerüstet gewesen, jetzt sei es gerüstet — wessen habe man sich von Österreich zu gewärtigen? Als Beust zögernd auswich und von Neutralität sprach, entgegnete der hochfahrende Franzose: »Dann werden wir Sie mit uns fortreißen« — so rühmte er sich wenigstens, mit gutem Vorbedacht, dem bayerischen Gesandten gegenüber, gesprochen zu haben, indem er ihm gleichzeitig zu verstehen gab, daß man dann auch Bayern vor die Entscheidung: Freund oder Feind stellen werde. Von Tag zu Tag nahm der von Paris ausgehende Pulvergeruch in der europäischen Atmosphäre zu; kriegerische Äußerungen Niels und anderer Minister waren in aller Munde, militärische Maßnahmen wurden sichtbar vorgenommen, man bemerkte die Ankunft des dänischen Kriegsministers in Paris, und schon begann man allgemein von Juli oder August als Beginn des Krieges zu sprechen. Geschäftige Agenten eilten zwischen Paris und Wien hin und her,

um unterwegs in Darmstadt sich über Kriegsplan und Kriegstermin höchst offenherzig auszusprechen. Völlig läßt sich zwar der Schleier von diesen dunklen Dingen nicht lüften, die auch in den amtlichen Akten nur vereinzelte Spuren hinterließen, aber soviel steht fest, daß dem erneuten heftigen Andringen der Franzosen wiederum eine vorsichtige Zurückhaltung der Österreicher begegnete.

Daß Napoleon wirklich in diesem Momente den Krieg gewollt habe, ist darum noch nicht erwiesen, vielleicht nicht einmal wahrscheinlich. Wohl aber diente ihm das Kriegsgeschrei dazu, das Zollparlament und die süddeutschen Regierungen unter einen Einschüchterungsdruck zu setzen und in diesem heftigen Spannungszustande auch die österreichische Politik wieder ein Stück näher an sich heranzuholen. Tatsächlich gelang es ihm, Beust zu einer Note nach Berlin zu veranlassen, die in ernsterem Tone wissen ließ, daß ein Überschreiten der Kompetenzen des Zollparlaments die österreichische Regierung mit gerechter Sorge erfüllen und nicht als gleichgültigen Zuschauer finden würde. Die maßvolle Haltung des Zollparlaments und die friedliche Politik Bismarcks brachten die Krisis alsbald zum Stehen. Bismarck hatte realistischen Sinn und Verantwortungsgefühl genug, um den Gang der Dinge nicht zu überstürzen. Mit einer Besonnenheit, die ihrer Zukunft gewiß war und mit dem nervösen Säbelrasseln der Franzosen wundervoll kontrastiert, erklärte er am 11. Mai dem württembergischen Generalstabschef: »Erreicht Deutschland sein nationales Ziel noch im 19. Jahrhundert, so erscheint mir das als etwas Großes, und wäre es in zehn oder gar fünf Jahren, so wäre das etwas Außerordentliches, ein unerhofftes Gnadengeschenk von Gott.«

Immerhin war jetzt von Paris und Wien her, wenn auch in verschiedener Weise, bereits ein stärkerer und kombinierter Druck, von Säbelrasseln und Kriegsgerüchten begleitet, auf die deutsche Nationalbewegung ausgeübt worden; nur in dem wenig nachtragenden deutschen Volke ist es längst vergessen worden, in welcher gespannten europäischen Situation jene begeisterten Reden, die sich im Zollparlament zur deutschen Einheit bekannten, einst gehalten worden sind. Wohl mochte Napoleon die innere Opposition mit der heftigen Aufreizung der Gemüter für einen Augenblick beschäftigt haben, aber solche Mittel werden niemals ungestraft angewandt, und wer wußte, ob der Kaiser die Geister, die er gerufen, eines Tages

wieder loswerden könne. Jedenfalls mochte ihm die gelungene Probe des April 1868 ausreichend erscheinen, um einige Monate später, nach den verschiedenen halben Anläufen, endlich zu einer ernsthaften Bündnisverhandlung mit Österreich überzugehen.

Zu Beginn des Juli 1868 sprach Napoleon dem Fürsten Metternich sein Bedauern aus, daß er noch immer nicht zu einem Einverständnis mit bestimmt formuliertem Endziel, d. h. zu einem Vertrage über eine gemeinsame Aktionspolitik gekommen sei. Als der Botschafter den guten Willen Österreichs, aber mit deutlichen friedlichen Vorbehalten, beteuerte, ging der Kaiser noch einen Schritt weiter und legte ihm am 20. Juli zwei präzise Fragen vor: ob eine französisch-österreichische Entente «dans un but commun et déterminé», also eine aktive Allianz möglich sein würde; wenn nicht, wünsche er eine Entente mit dem Zielpunkt eines europäischen Kongresses zur feierlichen Bekräftigung des gegenwärtigen Status quo von Europa, also eine »passive Allianz«. Mit diesem Alternativantrag leitete Napoleon die Verhandlungen ein, die, mit kurzen Unterbrechungen fast anderthalb Jahre dauernd, vermöge ihres zwar nicht formalen, aber doch moralisch verbindlichen Endergebnisses unmittelbar in die Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 hineinreichen. Es ist eine Aktion, in der von Anfang bis zu Ende die diplomatische Zurückhaltung auf der österreichischen Seite geübt wird, während die treibenden Kräfte, die Unbedingtheit der Impulse und Endziele im französischen Lager zu suchen sind.

Mit Recht legte Beust den Vorschlag einer »aktiven Allianz« aus als »eine kriegerische Aktion, wenigstens als ein gemeinsames, den Krieg im Gefolge habendes Auftreten«, auch wenn Frankreich a priori keine Gebietsvergrößerung verlange, sondern die Wiederherstellung der österreichischen Macht in Deutschland als befriedigendes Ziel bezeichne; er wußte zur Genüge, daß die Entscheidungen von 1866 nur durch einen Krieg rückgängig gemacht werden könnten, und nicht minder, welche französischen Pläne für den Fall eines Krieges um die Mainlinie im Hintergrunde lauerten. Eben darum lehnte er, ebenso wie im April und im August 1867, den Vorschlag unbedingt ab, da ein derartiges Interventionsbündnis mit einer außerdeutschen Macht zu solchen Zwecken nur dazu führen werde, die Deutschen der österreichischen Politik für immer zu entfremden und unter Preußens Führung einheitlich zusammenzuschweißen.

Auf den zweiten Vorschlag wollte er nur unter einer verblüffenden Umbiegung der politischen Aktionsmethode eingehen: nicht ein Kongreß zur Aufrechterhaltung des Status quo, sondern eine Proklamation mit dem Aufruf zur allgemeinen Abrüstung, das sei die großartige Karte, die keiner besser als Kaiser Napoleon würde ausspielen können: öffentlich vor Europa möge er die Initiative ergreifen, um den auf Frankreich und Europa lastenden Rüstungsdruck zu erleichtern und, unter Berufung auf seine Macht und Mäßigung zugleich, die Hand zu einer nicht nur materiellen, sondern auch moralischen, politischen und diplomatischen Entwaffnung ausstrecken. Wahrlich eine verführerische Aussicht: der Kaiser der Franzosen als Vollstrecker aller Friedenssehnsucht und zugleich als kluger Anwalt französischer Machtinteressen, als Führer einer populären Aktion, um das Umsichgreifen Preußens in Deutschland von innen her lahmzulegen. Denn in diesem Sinne legte am 19. August Fürst Metternich dem Kaiser dar, daß der Vorschlag Beusts den Vorzug verdiene vor dem Kongreßvorschlag, der den Deutschen nur im Lichte einer unerträglichen Einmischung erscheinen würde. Dagegen werde der Entwaffnungsgedanke die öffentliche Meinung elektrisieren; er zeige den Norddeutschen ein Mittel, sich der drückenden Lasten zu entledigen, und liefere den Süddeutschen die Möglichkeit, sich der ihnen drohenden allgemeinen Wehrpflicht nach preußischem Muster zu entziehen; dem Führer auf diesem Wege würden die Massen zujauchzen, wer aber die Folge verweigere, würde den Widerstand der öffentlichen Meinung gegen sich heraufbeschwören. Man sieht, Beust, der den deutschen Krieg an der Seite Napoleons ablehnte, suchte dasselbe Ziel auf unblutigem, diplomatischem Wege zu erreichen, durch eine Intervention von innen und unten her, die statt der fortschreitenden politisch-militärischen Umgestaltung Deutschlands den Zustand seiner Unfertigkeit in jedem Sinne verewigen sollte — eines der ersten Beispiele für die indirekten Methoden der diplomatischen Offensive, mit denen die Mächte dieser Welt seitdem gelernt haben, auch den Pazifismus als Mittel für ihre eigensüchtigen Zwecke zu verwenden.

Trotz seiner Enttäuschung über die erneute Absage an seine weitergehenden Pläne war Napoleon ein zu kluger Rechner, um das Verlockende des Gegenvorschlags zu verkennen, auch wenn er das Bedenken nicht unterdrückte, die Entwaffnung könne möglicher-

weise Preußen gegenüber zur Falle für ihn werden und ihn vor seinem eigenen Volke kompromittieren. Bezeichnenderweise schlug der Kaiser, der soeben eine gewaltige Heeresverstärkung durchgeführt hatte, seinem zukünftigen Partner vor, zunächst die für November erwartete Verabschiedung des österreichischen Wehrgesetzes — die übrigens auch für den Pazifismus Beusts eine selbstverständliche Voraussetzung war — abzuwarten, inzwischen aber den Plan einer gründlichen Prüfung durch den Staatsminister Rouher, zur Klärung des ganzen Problems, unter möglichster Geheimhaltung zu unterziehen. Schon glaubte der optimistische Botschafter nach seiner ersten Verhandlung mit Rouher seinem Chef die telegraphische Meldung machen zu können: »Sie triumphieren auf der ganzen Linie.« Aber die Dinge nahmen doch einen stockenderen Verlauf.

Als der Kaiser am 14. September aus Châlons zu einer Besprechung mit Metternich zurückkehrte, erwies sich sofort, daß seine Bedenken in der militärischen Atmosphäre des Feldlagers sich eher versteift als gemildert hatten. Und zwar gipfelte seine Sorge, er möge mit der Entwaffnungsaktion »un métier de dupe« spielen, in einer doppelten Erwägung. Auf der einen Seite befürchtete er, daß bei der Verschiedenheit der Wehrverfassung in Frankreich und Preußen eine gleichmäßige Herabsetzung der Friedensstärke allein den eigentlichen Zweck verfehlen würde; es gelte daher ein Mittel ausfindig zu machen, um die preußische Wehrverfassung in ihrem Kern zu verändern. Auf der anderen Seite hatte er die unangenehme Empfindung, er möchte, einmal mit dem Entwaffnungsvorschlag hervorgetreten, von der Opposition, von der Presse und den Pazifisten allzusehr beim Worte genommen werden und schließlich in eine Mausefalle geraten. So klangen seine Äußerungen noch ein Stück dilatorischer als zuvor, um so dringlicher aber seine Mahnung, daß das österreichische Wehrgesetz vorher zustande gekommen sein müsse: »Bevor man an Abrüstung denken kann, muß man gerüstet sein, und Ihr seid es nicht.« Vor allem betonte er, daß nur eine positive Abrüstung in Frage komme, deren Bedingungen Rouher gründlich und in Muße durchprüfen solle. Der Botschafter verbarg seine Enttäuschung um so weniger, als er zugleich heraushörte, daß der Kaiser auf die von ihm vorgeschlagene Vertragsbasis des Status quo zurückzukommen suche, wie denn auch Rouher deutlich den Wunsch durchblicken ließ, Österreich möge, nach schleuniger Vollendung

seiner Rüstung, »sei es auf dem Wege des Friedens oder dem des Krieges« seine große Stellung im europäischen Gleichgewicht zurückgewinnen.

Beust aber gab seine Hoffnung nicht auf, den Kaiser auf seinem Wege hinter sich herzuziehen, und suchte ihm das schwungvolle Manifest, in dem die Entwaffnungsidee den Völkern Europas verkündet werden solle, in strahlender Beleuchtung vorzuführen. Mit einer solchen Sprache würde Napoleon nicht nur eine günstige Atmosphäre für die heimischen Wahlen schaffen, sondern auch jenseits der französischen Grenzen einen lauten Widerhall finden, die öffentliche Meinung des liberalen Europas mit sich fortreißen, vor allem aber Preußen vor ein peinliches Dilemma stellen. Entweder sage Preußen nein, dann habe Napoleon seinen Gegner in das stärkste Unrecht versetzt, während er selber Herr der Lage bleibe und die Wahl zwischen Krieg und Frieden habe; die Verantwortung für den Krieg aber, oder auch für die Fortdauer des bewaffneten Friedens falle dann auf König Wilhelm, der vor Europa als Angreifer dastehe und von seinen eigenen Untertanen der Verhinderung des Friedens beschuldigt werden würde. Sage aber Preußen ja, verpflichte es sich, den Prager Frieden nicht weiter zu durchlöchern, so sei es nicht mehr zu fürchten, sein Prestige bei der deutschen Nationalpartei sei zerstört und Süddeutschland werde nicht zögern, sich selbständig zu organisieren. Somit könne Frankreich in stolzer Ruhe abwarten, mit der eigenen Entwaffnung erst dann beginnend, wenn die unumgänglichen Garantien gegeben, es habe also in diesem Spiel »alles zu gewinnen und nichts zu verlieren«. »Wenn es den Krieg machen muß, wird es die öffentliche Meinung für sich haben, und wenn der Friede erhalten bleibt, so wird Frankreich, ohne Opfer gebracht zu haben, das Hauptverdienst daran haben.« Soweit hatte der österreichische Staatsmann sich von seinem friedlichen Ausgangspunkt bereits abdrängen lassen, daß er manchmal schon die Sprache seines kriegerischen Partners zu sprechen schien und immer wieder Möglichkeiten durchblicken ließ, von denen Napoleon nach Belieben Gebrauch machen könne, um Preußen in Deutschland moralisch und politisch zu demütigen oder aber unter dem Beifall der öffentlichen Meinung zu bekriegen. Schon meinte sein sanguinischer Gehilfe, Graf Vitzthum, den wahrscheinlichen Ablauf der Aktion vorauszusehen: zunächst noch ein paar Monate Pause, zur Verabschiedung des österreichischen Wehrgesetzes,

dann im Dezember Eröffnung des diplomatischen Vorgehens, und schließlich, wenn es der Diplomatie nicht gelinge, den Sturm zu beschwören, »Beginn der militärischen Handlung im Februar oder März 1869«.

Und allerdings konnte der von Rouher am 24. September vorgelegte Entwurf einer »wirksamen und ernstlichen Abrüstung« nur als Einleitung einer Aktion gedeutet werden, die nach einem ersten Anlauf friedlicher Worte in kurzer Frist in den Krieg hineintreiben mußte. Der französische Vorschlag sah eine Abrüstung nicht für immer, sondern — scheinbar zweckmäßig — nur auf Zeit, auf eine Frist von zehn Jahren vor. Für die Zeit dieses Waffenstillstandes sollten Preußen und Frankreich sich verpflichten, ihre Friedenspräsenzstärken auf je 250000 Mann herabzusetzen, unter der Bedingung, daß Preußen sich gleichzeitig verpflichte, »seine Reserven nach Hause zu schicken und von aller militärischen Dienstleistung zu entbinden«, d. h. seine ganze Wehrverfassung aufzuheben, und zwar dergestalt, daß es dem Norddeutschen Reichstage einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht vorlege. Wenn Preußen außer diesem Schritt, von dem man sich besonders eine beglückende Rückwirkung auf die Bevölkerung der annektierten Gebiete versprach, auch seine Landwehr aufhebe (die durch das Erlöschen des Instituts der Reserve in absehbarer Zeit zum Vertrocknen verurteilt gewesen wäre), würde Frankreich als Gegengabe auf die weitere Ausbildung der nationalen Mobilgarde verzichten können. Aber auch damit waren die französischen Wünsche noch nicht zu Ende, vielmehr müsse Preußen gleichzeitig mit jenen militärischen Abmachungen die Verpflichtung übernehmen, für die Dauer des zehnjährigen Stillstandes den durch den Prager Frieden geschaffenen Status quo in Deutschland nicht zu verändern, und ein wirklicher Status quo könne nur in einem »befreienden Sinne für Süddeutschland« (d. h. unter Aufhebung der Bündnisverträge zwischen dem Nordbund und den Südstaaten) ausgelegt werden. Entweder lasse Preußen sich dazu herbei; das sei nicht unmöglich, da König Wilhelm alt werde und vielleicht ein Ausruhen auf seinen Lorbeeren, unter zehnjähriger Friedensgarantie, der Gefahr vorziehen werde, nicht nur Frankreich sondern ganz Europa gegen sich aufzurufen. Oder aber es werde seine Zustimmung verweigern — was dann? Für diesen viel wahrscheinlicheren Fall würde Napoleon, wie Rouher

dem Grafen Vitzthum zu verstehen gab, als praktischer Politiker, bevor er einen Antrag von solcher Tragweite an Preußen richte, voraussichtlich den Österreichern die Frage vorlegen, was sie gegenüber einer preußischen Weigerung zu tun gedächten: »Seid ihr bereit, mich im Notfall mit bewaffneter Hand zu unterstützen?«

Selten wird man der geheimen Maschinerie der Motive in einer scheinpazifistischen Angriffspolitik so tief auf den Grund blicken wie in diesem Falle. Der französische Vorschlag hatte den wahrlich nicht harmlosen Plan Beusts völlig im Sinne der von ihm verworfenen »aktiven Allianz« umgebogen. Lief doch die Schlußfrage auf nichts Geringeres hinaus, als die kriegerische Mitwirkung Österreichs vorgängig und vertragsmäßig für die Zumutungen festzulegen, die von Preußen gleichzeitig die gesetzliche Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht und den Verzicht auf seinen nationalen Beruf forderten und nach menschlichem Ermessen abgelehnt werden mußten, abgelehnt werden sollten. Eine Aktion, die auf die zuerst militärische, dann auch politische Selbstentmannung der deutschen Vormacht abzielte, wäre trotz ihrer friedliebenden Gebärden nichts als ein Durchgangsstadium zur kriegerischen Offensive gewesen. Schon der Plan Beusts hatte die pazifistische Strömung nur als Vorspann benutzen wollen, um die moralische Stellung Preußens in der Nation zu ruinieren. Wenn die Franzosen aber jetzt den Bund mit Österreich anstrebten, um Arm in Arm mit ihm die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht in Preußen, die einst aus der Abwehr der französischen Fremdherrschaft geboren war, im Namen des Friedens und auf die Gefahr des Krieges zu erzwingen, so setzten sie der politischen Heuchelei die Krone auf. Mit dem Ölzweig der allgemeinen Abrüstung in der Hand gedachten sie Preußen und die deutsche Nation vor die Alternative zu stellen: Verzicht auf die Einheit oder den Krieg.

Aber die Österreicher sind anscheinend gar nicht in die Lage versetzt worden, auf die auch ihnen unbequeme Gewissensfrage eine eindeutige Antwort zu geben. Unmittelbar nach der Rückkehr des Kaisers aus Biarritz wurde der ganze Plan zu Grabe getragen. Am 12. Oktober 1868 traf nämlich Lord Clarendon in Paris ein, der künftige Außenminister der Liberalen, die unmittelbar vor der Übernahme der Regierung standen; er stand, wie seine ganze Partei, dem Abrüstungsgedanken freundlich gegenüber, war auch dem Gedanken

einer europäischen Garantie des Status quo nicht abgeneigt und brachte aus Berlin aus persönlichen Eindrücken beruhigende Versicherungen über die friedlichen Gesinnungen König Wilhelms mit. Als Napoleon aber den ihm seit langem vertrauten Lord über seinen eigenen Abrüstungsplan, vermutlich ohne ihm die tieferen Hintergründe zu zeigen, zu sondieren suchte, erfuhr er eine lebhafte und unbedingte Absage. Der Engländer sah, bei aller Vorliebe für pazifistische Gedankengänge, in diesem Falle scharf genug, um sofort zu erwidern: der Vorschlag würde nur dazu dienen, den Krieg unvermeidlich zu machen. Allem Anschein nach hat auch das Sicherheitsmotiv, mit dem Napoleon die Aktion des »bedrohten« Frankreich zu rechtfertigen suchte, auf Lord Clarendon keinen Eindruck gemacht. Als einige Wochen später, nach der Bildung des liberalen Ministeriums in England, der neue Premierminister Gladstone den norddeutschen Botschafter Grafen Bernstorff empfing, tadelte er scharf »die schlechte traditionelle Politik der Franzosen, welche von jeher gewollt habe, daß Frankreich nur von schwachen Staaten umgeben sei«; mit dieser Politik setzten die Franzosen nur sich selber herab, »weil sie vermöge ihrer glänzenden geographischen Lage, der Homogenität ihrer Bevölkerung, des Reichtums ihres Bodens und des militärischen Geistes ihres Volkes sehr wohl imstande wären, sich gegen jeden Angriff von außen zu verteidigen und infolgedessen niemanden zu fürchten hätten«.

Der Einspruch Clarendons, der als englischer Außenminister in dem ganzen Spiel zu einer wichtigen Figur hätte werden müssen, war für Napoleon ein nicht unwillkommener Anlaß, von dem Plane weit abzurücken; er hatte wohl niemals das innere Widerstreben gegen eine Taktik ganz aufgegeben, die seit dem Eintritt der — von Bismarck sofort als Zugpflaster zugunsten des Friedens bezeichneten — spanischen Revolution noch weniger zeitgemäß als vordem erscheinen mochte; selbst das Wort Abrüstung durfte fortan, wie Metternich alsbald erkannte, in Paris nicht mehr ausgesprochen werden. Um so dringlicher war es für Napoleon, den Faden der Verhandlung mit Österreich darum nicht fallen zu lassen, sondern ohne Verzug nur noch fester anzuziehen. Der wahre Charakter der scheinpazifistischen Episode erhellt aus der Tatsache, daß sie nicht etwa in die friedlichen Garantiepläne der Engländer ausmündet, sondern unmittelbar nach ihrem Scheitern im tiefsten Geheimnis in eine

Bündnisverhandlung übergeht, in der nicht mehr von Abrüstung und öffentlicher Meinung die Rede ist, sondern Rüstung und Machtpolitik mit bestimmten Kriegszielen, unverhüllt von scheinheiligen Phrasen, wieder das beherrschende Wort sprechen.

VII

In dem Moment, wo der Abrüstungsplan zu Boden fiel, faßte Napoleon einen anderen Weg ins Auge: er ergriff die Idee eines Dreibundes Frankreich-Österreich-Italien. Allein durch den Zutritt Italiens konnte für Österreich die Deckung nach Süden und damit erst die volle Möglichkeit einer großen Politik — in dem Sinne, wie sie Napoleon vorschwebte — gewährt werden. Die neue Kombination war allerdings gebunden an die Befriedigung italienischer Trentino-Hoffnungen seitens Österreichs; aber schon den ersten Fühlern jener delikaten Taktik, die dem Kaiser von jeher geläufig gewesen war, wurde in Wien keine unbedingte Ablehnung entgegengesetzt. Als der österreichische Botschafter, unter Hinweis auf die nunmehr erfolgte Verabschiedung des österreichischen Wehrgesetzes, dem Kaiser eine Denkschrift privaten Charakters über die Möglichkeiten eines engeren Verständnisses vorlegte, stimmte Napoleon ihm darin zu: die Zeit sei jetzt gekommen, die Bande zwischen den beiden Mächten fester zu schließen.

Auf der neuen Grundlage setzten am 1. Dezember die geheimen Vorbesprechungen ein, die Metternich, in laufender Fühlung mit Beust, zunächst als Privatperson und nicht in seiner Eigenschaft als Botschafter, über alle grundsätzlichen Fragen einer Allianz mit dem Kaiser führte. Nachdem hier ein Einverständnis erzielt war, wurden seit dem 1. März 1869 die amtlichen Dreibundverhandlungen zwischen Paris, Wien und Florenz eröffnet, die nach einem außerordentlichen Aufwand von Mühen zu einem vom 10. Mai 1869 datierten endgültigen Vertragsentwurf führten. Damit begann die napoleonische Politik aus dem Stadium der Anläufe, in dem sie sich seit dem April 1867 bewegt hatte, in das Stadium der Vollendunn hinüberzutreten.

Auch nach dem Abschluß der formell privaten Vorbesprechungen wurden die Verhandlungen mit einem ungewöhnlichen Maß von

Geheimhaltung geführt. So waren auf französischer Seite neben dem Kaiser nur Rouher und der neue Außenminister La Valette — die Männer der Verständigung mit Preußen von 1866 waren nunmehr in die Front der offensiven Einkreisungspolitik gegen Preußen eingerückt! — an der Verhandlung beteiligt, während sogar der Herzog von Gramont, früher der Träger vertrauter Bündniserbietungen, während seiner ganzen Wiener Botschafterzeit nicht eingeweiht wurde. Da der Sitz der Verhandlungen in Paris war, so liegt es, zumal bei der ganz persönlichen Art der Geschäftsbehandlung durch Napoleon, auf der Hand, daß die Berichterstattung Metternichs und Vitzthums für diese Dinge die entscheidende Quelle ist, während man von den amtlichen Akten des französischen Ministeriums viel bescheidenere Aufklärung zu erwarten haben wird — hat man sich doch bei wichtigen Vorgängen gelegentlich in Paris berühmt, daß sie keine Spuren in den Akten hinterlassen würden. Die »Geheimnisse von Paris« ruhen nunmehr vollends in Wien, und das österreichische Aktenmaterial ist, wenn auch nicht vollständig, immerhin soweit erhalten,[1] daß es möglich ist, den Schleier nicht nur von dem Vordergrund der diplomatischen Verhandlung zu lüften, sondern auch die tieferen Hintergründe der Impulse und der Ziele aufzuhellen, die für die Beurteilung des Charakters der napoleonischen Politik entscheidend sind.

Denn Napoleon war es, wie Beust noch in einem späteren Stadium mit aller Schärfe feststellte, der von vornherein Initiative und Führung in der Hand hatte. Die österreichischen und italienischen Unterhändler ließen sich immer wieder leichter in seine Pläne und Denkweise hineinziehen, als es hernach in den Kabinetten von Wien und Florenz für wünschenswert erachtet wurde; mehr als einmal sieht man Metternich unter der Einwirkung des Kaisers die ihm von Beust vorgeschriebene Verhandlungslinie überschreiten, so daß

[1] Allerdings haben Beust und Vitzthum im November 1871 einen Teil ihrer vertraulichen Korrespondenz verbrannt, und da das österreichische Botschaftsarchiv in Paris durch den späteren Brand bekanntlich vernichtet ist, so lassen sich die Lücken von hier aus nicht ergänzen. Immerhin ist ein guter Teil der Privatkorrespondenz von Metternich und Vitzthum bei den Staatsakten verblieben. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis die Fortsetzung der »Origines diplomatiques de la guerre de 1870/71« bis zu diesen Verhandlungen kommen wird; eine viel wesentlichere Ergänzung aber, als von ihnen zu erwarten ist, würde durch eine Veröffentlichung der italienischen Geheimakten gegeben werden können. Hoffentlich regt die vorliegende Publikation dazu an!

schon am 9. Dezember 1868 Kaiser Franz Joseph die Erwartung aussprach, »Beusts Weisungen würden den Botschafter hoffentlich von seinen gefährlichen Irrwegen und seiner zu großen Nachgiebigkeit gegenüber napoleonischen Tendenzen in die richtige Bahn zurückführen«. Es ist für die letzten Absichten Napoleons bezeichnend, daß er schon in einer seiner ersten Besprechungen mit Metternich seinen Erbietungen die wohlüberlegte Bemerkung hinzufügte: wenn Frankreich und Österreich jemals eine militärische Aktion gemeinsam zu kombinieren haben sollten, in wie ferner Zeit auch immer, so würde es sehr wichtig sein, sich über das militärische Terrain zu verständigen, d. h. man müßte beizeiten auch über die strategische Frage Verabredungen treffen und sich nicht erst im Ernstfalle einem unvorsichtigen Herumtappen überlassen. Sobald man in Paris wahrnahm, daß in Wien Bedenken über die Gefährlichkeit des Spieles auftauchten, suchte man der österreichischen Politik mit allen Mitteln den Rücken zu steifen. Als zum Beispiel trotz vorsichtiger Geheimhaltung doch einige Gerüchte durchsickerten, als Bismarck in parlamentarischen Reden auf die Kriegsverschwörung anzuspielen begann und mit Preßangriffen gegen die Politik Beusts vorging, nach seiner Methode mit scharfen Schüssen gegen eine verdeckte Pulverladung operierend, nahm Napoleon am 14. Januar 1869 diese Angriffe zum Anlaß, um in Wien die förmliche Erklärung, fast in der Miene eines Schutzherrn, abzugeben: Frankreich würde nicht erlauben, daß Preußen zu Tathandlungen gegen Österreich vorschreite. Die Unbedingtheit dieses Offensivwillens stand somit für Wien jederzeit außer Frage.

Aber dieser Offensivwille mußte, wenn er sein Ziel erreichen wollte, im Laufe der Verhandlungen — deren Analyse im einzelnen nicht den Gegenstand dieses Überblicks bilden kann — in der Form dem Standpunkt der anderen Seite weit entgegenkommen. Man fand sich zunächst in Paris darin, daß Beust grundsätzlich als Ausgangspunkt nicht die dafür ungeeignete Deutsche Frage, sondern das günstigere Terrain der Orientalischen Frage betrachtet wissen wollte, auf dem man allmählich von einer passiven zu einer aktiven Allianz übergehen könne; nicht minder eignete man sich die Auffassung Beusts an, daß eine gemeinsame Politik in der Deutschen Frage, statt durch ein verfrühtes Eingreifen die nationalen Empfindlichkeiten zu reizen, nur auf dem Wege der Zurückhaltung zu Er-

folgen gelangen werde. Um so mehr liefen die diplomatischen Bemühungen der Franzosen darauf hinaus, nach solchen grundsätzlichen Konzessionen wenigstens die praktischen Verpflichtungen Österreichs für einen etwaigen Kriegsfall enger zu ziehen; immer von neuem bemühte man sich, die von Österreich für den Fall eines isolierten französisch-preußischen Krieges ausbedungene Neutralität aus dem Vertrage zu entfernen, und setzte alles daran, für diesen Fall wenigstens den Beginn österreichischer Rüstungen, wie die Aufstellung eines Beobachtungskorps in Böhmen vertraglich sicherzustellen. Aber in allen wesentlichen Streitfragen setzte die kluge und finassierende Politik Beusts sich durch, der es viel weniger au die unmittelbare Vorbereitung einer Aktion, als auf eine dauernde weltpolitische Sicherstellung Österreichs ankam.

So war es ein mühsamer Weg, den die Unterhändler der dreif Lager bis zur Einigung über einen Vertragsentwurf, der das Datum des 10. Mai trug, zurückzulegen hatten, wahrlich eine Penelope-Arbeit, indem die heute festgestellte Formulierung über Nacht zugunsten einer neuen wieder aufgelöst werden mußte; wenn Vitzthum sich gelegentlich an den Schiffer der Fabel erinnert fühlte, der die Ziege und den Kohlkopf über den Fluß zu bringen hatte, so wird die bekannte Erzählung von dem Wolf, der Ziege und dem Kohlkopf noch treffender die Situation spiegeln. Denn die Schwierigkeiten beschränkten sich nicht auf die materiellen Forderungen, die miteinander ausgeglichen werden mußten, sie setzten sich bis in die äußeren Formen des Abschlusses (ob ein gleichlautender Vertrag oder mehrere Verträge) fort und enthüllten immer wieder, daß trotz aller Gemeinsamkeit der Interessen die außenpolitischen wie die innenpolitischen Positionen der Vertragschließenden doch auch wieder auf sehr verschiedenen Voraussetzungen ruhten.

Der Hauptvertrag setzte nur die großen Grundsätze fest: gemeinsame Politik der drei Mächte in Europa; wechselseitige Garantie ihrer Gebiete; im Kriegsfall Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses, dessen Bedingungen einer Spezialkonvention vorbehalten blieben; nach dem Krieg gemeinsame Regelung aller Kompensationen und Umgestaltungsfragen. Ein gleichzeitig vereinbartes Protokoll enthielt eine Übereinkunft über die geeigneten gemeinsamen Maßregeln im Kriegsfall. Die Italiener übernahmen gegen Zusicherung der im einzelnen aufgeführten Konzessionen die Auf-

stellung eines Heeres von 200000 Mann, sobald einer der Verbündeten angegriffen sei. Der entscheidende Artikel lautete: »Wenn Österreich sich unvorhergesehen durch Preußen angegriffen sähe, oder wenn aus irgendeinem anderen Grunde der Krieg zwischen Österreich und Preußen ausbrechen sollte, so übernehmen Frankreich und Italien die Verpflichtung, unverzüglich in den Krieg einzutreten und Österreich mit dem ganzen Aufgebot ihrer Waffen zu unterstützen, zum Zweck der Erhaltung seiner Unversehrtheit.«

Worin die gemeinsam zu regelnden Kompensationen und Umgestaltungen zu bestehen haben würden, war in dem Vertrage selber nicht gesagt; in diplomatischen Aktenstücken wird in der Regel am wenigsten von dem gesprochen, was für den Vertragschließenden Motiv und Ziel seiner Aktion ist. Immerhin ist das deutsche Programm Napoleons, das als Kriegsziel in den Falten dieser Dreibundspolitik steckt, aus den Verhandlungen mit einwandsfreier Bestimmtheit zu enträtseln.

Den einen Bestandteil dieses Programms wußte Graf Vitzthum schon am 19. Februar anzugeben: beide Mächte versprechen, im Kriegsfall die Waffen nicht eher niederzulegen, als bis in Deutschland ein neuer, aus möglichst gleich mächtigen Staaten zu bildender Bund geschaffen und sonach der Zweck des Krieges erreicht ist. Entsprechende Formeln kehren in den einzelnen Entwürfen wieder, um zuletzt noch in den Kriegszielen wieder aufzutauchen, die man von Paris aus im August 1870 einer dritten Macht vertraulich mitteilte. Was unter der harmlosen Formel dieses deutschen Zukunftsbildes zu verstehen war, stand außer Frage: die Zerschlagung Preußens und seine Herabdrückung auf den Machtumfang Bayerns und Sachsens, somit die Begründung einer Machtgruppierung in Deutschland, die sich wechselseitig neutralisierte und weder Zusammenfassung noch Führung zuließ. Während Napoleon früher im Zeichen der Nationalitätenpolitik die Vereinheitlichung Norddeutschlands unter Preußen betrieben hatte, war er jetzt, in seinen Erwartungen auf die Maklergebühr bitter enttäuscht, zu dem alten Lieblingstraum seines Volkes zurückgekehrt, zu jenem Bilde des Deutschlands des Westfälischen Friedens von 1648, das noch die Franzosen von 1919 als das eigentliche Ideal unschädlicher nachbarlicher Organisationsform entzücken sollte.

Jedenfalls sicherte eine derartige Gestaltung Deutschlands den Franzosen das zweite und eigentliche Kriegsziel: den Rhein. Freilich war der Rhein schon in den ersten Vertragsentwürfen nicht ausdrücklich genannt, weil Beust auch jetzt an dem Grundsatz festhielt, sich nicht ausdrücklich und im voraus nach dieser Seite hin vertraglich zu binden, und seinen Botschafter unermüdlich anwies, im Bündnistext alles zu vermeiden, was die Empfindlichkeit der Ungarn und die »Sentimentalität« der Deutschösterreicher verletzen könnte. So meldete Fürst Metternich schon am 1. März 1869 mit unverhüllter Ironie: »Die Germanen ihrerseits werden im Text den Rhein nicht erwähnt finden, was ich nur mit einer gewissen Mühe habe durchsetzen können; sie werden kein Geschrei erheben können über eine gemeinsame Kriegsunternehmung von uns und dem Ausland gegen ‚die deutschen Brüder'.« Die Franzosen hatten anscheinend, wie bei ihren früheren offenherzigen Angeboten, ihr wahres Ziel auch mit Namen im Vertrage genannt wissen wollen, aber sie mußten sich fügen: man darf es nicht vor keuschen Ohren nennen, was keusche Herzen nicht entbehren können. Bis in den Kriegsausbruch von 1870 hinein hat Beust immer wieder dem hitzigen Partner predigen müssen, daß er um keinen Preis ein Begehren deutschen Landes nach außen hin durchblicken lasse und unnötig die nationale Empfindlichkeit aufrege.

Aber dafür bricht an anderen Stellen der im Texte so sorgfältig verborgene Offensivwille dieses Bündnisses durch. Er redet vernehmlich aus den Bedingungen, die Frankreich und Österreich dem Dritten im Bunde bewilligen mußten, da diese Subsidiärmacht für die 200000 Mann, die sie am Rheine zu stellen hatte, einen unersättlichen Wunschzettel aufzustellen wußte. Die Bedingungen umfaßten: Südtirol und in einem äußersten Stadium auch noch die Isonzolinie; Nizza; Tunis, eine erste Anmeldung für die Zukunft; für den Fall, daß die Schweiz ihre Neutralität nicht aufrechterhalten würde, der Tessin, ein Zukunftswechsel für spätere Zeiten; Vorstreckung und Ersatz der Kriegskosten; gemeinsame Konzilspolitik und gemeinsames Vorgehen bei der Papstwahl; Herstellung eines modus vivendi mit dem Kirchenstaate — alles das sollte noch nicht einmal das letzte Wort der Italiener sein! Man begreift, daß in den Tagen der Einigung der gewandte Unterhändler Italiens, Graf Vimercati, dem Grafen Vitzthum lächelnd gestand: »La Valette

sagt, daß dieser Vertrag der Friede ist ... Nun, der Krieg steht nicht vor der Tür, aber niemals würde Kaiser Napoleon uns einen gleichen Vertrag vorgeschlagen haben, wenn er nicht die feste Idee hätte, sich seiner Armee zu bedienen.« Ja noch mehr, die Freigebigkeit, mit der die Franzosen den Appetit einer an den Kriegszielen der anderen nicht unmittelbar interessierten Macht befriedigten, erlaubt einen Rückschluß auf den Kriegspreis, den sie — neben der geplanten Balkanisierung Innerdeutschlands — für sich selber heimzubringen gedachten und nur auf Andringen ihres österreichischen Partners im Vertragstext verschwiegen.

Faßt man den innersten Sinn der Bündnisverhandlung zusammen, so besteht ihre Bedeutung darin, daß die französische Politik zur Verhinderung der deutschen Einheit — nicht bloß die bisherige passive Politik der Mainlinie, sondern im Ernstfalle auch der ganze Komplex weitergreifender positiver Eingriffe — von nun an durch ein europäisches Bündnissystem gedeckt und verstärkt werden soll. Allerdings, wenn die Durchführung gelang, eine neue Ordnung der Dinge, ein fundamentales Ereignis, an dem alle anderen Tatsachen der europäischen Politik zu messen waren. Insofern urteilte der österreichische Unterhändler Graf Vitzthum mit Recht, man müsse bis zur Heiligen Allianz zurückgehen, um eine Konzeption von einigermaßen ähnlicher Allgemeinbedeutung zu finden; zum ersten Male sei wieder ein neues politisches System in Europa begründet, und der Dreibund der drei Monarchen, der 100 Millionen regiere und über beinahe 3 Millionen Bajonette verfüge, werde den einstigen Bund der Ostmächte ablösen; vermöge der Identität des Glaubens, der Identität der inneren Gefahren und der gemeinsamen Interessen im Orient wie im Okzident verbürge er die Dauer dieser politischen und geographischen Dreieinigkeit und sei der besten Traditionen eines Kaunitz würdig. Dieses Pathos entsprang dem österreichischen Standpunkt, der immerhin den defensiven Grundgedanken und die Verwendung des Bündnisses vor allem im Orient betonte. Der französische Standpunkt, für den die Orientinteressen längst in die zweite Linie gerückt waren, erblickte in dieser neuen Gruppierung in allererster Linie das offensive Instrument einer Interventionspolitik, das man zu geeigneter Stunde in Bewegung zu setzen hoffte, um das seit Jahren in immer neuen Entwürfen erstrebte Ziel endlich zu erreichen.

Angesichts dieser Einkreisung von 1869, mit ihren unendlichen Gefahren für den unfertigen Übergangszustand, in dem sich die deutsche Staatsentwicklung damals noch befand, erscheint die Politik Bismarcks erst in ihrem wahren Lichte. Man hat zu ihrer Charakterisierung gern das Wort der »Blut- und Eisen«-Politik verwendet, obgleich es niemals einer Machtauseinandersetzung mit außerdeutschen Mächten, immer nur allein einer Machtauseinandersetzung im Innern des Deutschen Bundes galt: also einer Kraftprobe, die um der Errichtung eines deutschen Nationalstaats willen ebenso unvermeidlich war, wie die Anrufung des Schwertes in dem gleichzeitigen Konflikte des Nordens und Südens in den Vereinigten Staaten für die Erhaltung der amerikanischen nationalen Einheit. Man hat dabei, zumal von gegnerischer Seite, übersehen, daß diese Politik, nachdem die Entscheidung von Königgrätz einmal gefallen war, von einem tiefen Verantwortlichkeitsgefühl für den Frieden Europas erfüllt, vor allem defensiv sich verhielt, wie sie denn seit dem Sommer 1867 auch von der Gegenseite immer stärker in die Defensive hineingedrängt wurde. Auch die historische Betrachtungsweise der Deutschen hat sich manchmal zu der Annahme verführen lassen, daß diese Politik, weil sie schließlich durch den Ausgang des Krieges von 1870/71 von Erfolg gekrönt wurde, von vornherein bewußt und mit machiavellistischer Überlegenheit auf ein solches Ziel losgesteuert habe, wobei gegenüber dem leuchtenden Wege des Siegers die Gefahren, die er durchschritt, viel zu sehr im Dunkel gesehen werden, statt als wahrhafte Realitäten in das hellste Licht gerückt zu werden. Darum erscheint nichts absurder, als Bismarck als den neuen Machiavell mit diabolischen Künsten in eine Umgebung harmloser und allem »Blut und Eisen« abgeneigter Biedermänner zu versetzen, während er von Napoleon, Beust und Viktor Emanuel umringt war. Machtpolitik ist allen Staaten gemeinsam. Der Unterschied lag nur darin, daß Napoleon eine Machtpolitik verwerflichen Stils trieb, die zu jedem Eingriff in eine fremde nationale Machtsphäre bereit war, während die Machtpolitik Bismarcks, ohne fremdnationale Lebensbereiche im geringsten anzutasten, sich fortan darauf beschränkte, dem Drange der deutschen Nation zu staatlichem Zusammenschluß, ohne ernste Gefährdung des Friedens, allmählich Raum zu verschaffen. Wenn er gegenüber einer Einkreisungspolitik, die eines Tages das Netz über der deutschen Zukunft zu-

sammenziehen konnte, nach Gegengewichten in Europa suchte und mit ungarischen Elementen Fühlung nahm, die von sich aus einer aktivistischen deutschen Politik des Wiener Kabinetts widerstrebten, so war das angesichts seiner tatsächlichen Gefährdung nur sein gutes Recht; und wenn er schließlich auch die Bewerbungen der Spanier um den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern in seine Rechnungen einbezog, so übte er auch hier nur Pflicht und Recht der Selbstverteidigung. Gewiß, diese Thronkandidatur sollte ein Gegengewicht werden, das kann niemand bestreiten; ebenso unbestreitbar ist, daß es im Vergleich zu der schweren und ernsten Wirklichkeit des Dreibundes federleicht in die Wagschale fiel, in der entscheidenden Stunde eher eine Illusion, deren realer Inhalt einer Seifenblase gleich zerflattern sollte. Darum ist es auch unberechtigt, wenn man immer wieder, und noch jüngst von amerikanischer Seite, gerade dieses Vorgehen Bismarcks deshalb tadelt, weil es notwendigerweise Frankreich hätte »kränken« müssen — als wenn die Vereinigten Staaten kurz vorher Bedenken getragen hätten, die Abenteurerpolitik Napoleons in Mexiko zu kränken und ihr nicht vielmehr eine Niederlage beizubringen, die weltpolitisch von derselben Tragweite war wie der Donnerschlag von Sadowa im europäisch-kontinentalen Bereiche. Und welche Rücksichten hatte Bismarck denn gegenüber dieser Kriegsverschwörung unter Führung Napoleons zu nehmen, die, wenn sie gelang, Deutschland in die dunkelsten Zeiten innerer Auflockerung und äußerer Abhängigkeit hätte zurückschleudern müssen?

Gewiß, den vollen Umfang der Gefahr konnte auch er damals noch nicht übersehen, aber den Möglichkeiten, die sein politischer Instinkt witterte, zu begegnen, war seine einzige und oberste Aufgabe. Er erfüllte sie ohne Herausforderung, Gewehr bei Fuß, ohne über die Linie des friedlichen Abwartens hinauszutreten, die er in den Zeiten des Zollparlaments im Mai 1868 eingenommen hatte. Während die Wolken sich schon dunkler ballten und die Kriegsgerüchte sich verdichteten, erklärte am 19. Februar 1869 ein Erlaß Bismarcks an den norddeutschen Vertreter in Paris, daß man den Krieg nicht fürchte und diese drohenden Stimmungsbilder aus Paris seit dem Sommer 1866 in endlosem Wechsel immer von neuem erlebt habe: »Wir können ihnen gegenüber nichts anderes tun, als im Bewußtsein unserer Stärke die vollste Ruhe bewahren, um auch

jenseits des Rheines den Eindruck immer fester wurzeln zu lassen, daß man uns nicht einschüchtern kann.« Gegen Ende März ließ er der italienischen Regierung Vorstellungen machen, daß sie den Dreibundsgerüchten nicht amtlich widerspreche. Der italienische Gesandte las ihm darauf ein Privatschreiben des Ministerpräsidenten General Menabrea vor, in dem Frankreich als eine vollgeladene elektrische Flasche bezeichnet wurde, die bei der geringsten Berührung sich entladen müsse; es komme daher vor allem darauf an, daß Preußen sorgsam jede solche Berührung vermeide, vielmehr dem Konflikt aus dem Wege gehe und alles tue, um Frankreich zufriedenzustellen und zu desinteressieren. Mit Recht antwortete Bismarck den zweideutigen Ratschlägen, daß ihm für Mahnungen zur Versöhnlichkeit im Interesse des Friedens die richtige Adresse eher Paris als Berlin zu sein scheine; einen Angreifer zu desinteressieren, sei die schlagfertige Abwehrstärke Deutschlands das einzige Mittel. Was Bismarck so sicher machte, war nicht nur die niemals aufgegebene Rechnung auf die Unvereinbarkeit der Interessen, die auf der Gegenseite einem letzten Zusammenschluß im Wege stand, sondern die tiefe Überzeugung, die Sache der Zukunft, der Einheit einer großen Nation, die über alle Intrigen und Wechselfälle hinausreicht, zu vertreten.

Schon erging von Wien an den Fürsten Metternich die Vollmacht, der Fassung des Vertrages vom 10. Mai förmlich im Namen des Kaisers beizutreten — nur die Frage der formalen Geschäftsbehandlung — ob Unterzeichnung durch die Bevollmächtigten, oder durch die Souveräne unter Gegenzeichnung der Minister — stand noch aus. Schon erklärte Beust, daß er Napoleon nunmehr als moralisch gebunden erachte, wie er seinerseits auch Österreich schon als Verbündeten Frankreichs ansehe. Da setzten Schwierigkeiten ein, die das Stadium der formalen Erledigung in die Länge zogen, so daß am Ende Napoleon nur einen Teil seiner Ernte, nicht aber die äußere Form und den vollen Umfang seiner Verträge, in die Scheuern zu bringen vermochte.

Auf der einen Seite suchten die Italiener im letzten Augenblicke noch den Preis zu steigern. Nicht allein, daß sie von Österreich zuguter Letzt noch die Isonzolinie verlangten; schwerer wog, daß die Söhne Machiavellis sich des Instrumentes parlamentarischer Schwierigkeiten bedienten, um zum ersten Male auch die Frage der

Räumung Roms in die Debatte zu werfen. Ein zweites Moment der Verzögerung ergab sich aus den innerfranzösischen Verhältnissen, die seit den Wahlen vom 23. Mai ein verändertes Gesicht bekamen. Zwar hatte Rouher, auch angesichts des schlechten Ausfalls der Pariser Wahlen, optimistisch und kaltblütig wie immer, dem Österreicher erklärt: der Kaiser bleibe fest, den Tag, wo er den Krieg machen wolle, werde Frankreich, und selbst Paris, mit ihm gehen. Aber die Straßenunruhen, die vom 8. bis 13. Juni in Paris stattfanden, schienen schon ein handgreiflicher Beweis, daß der Thron Napoleons nicht mehr ganz so fest stehe; auch die Zusammensetzung der neuen Kammern ließ kaum einen Zweifel darüber, daß das persönliche, absolutistische Regiment einen schweren Stoß erlitten habe; urteilte doch der österreichische Militärattaché damals, es sei fraglich, ob es dem Kaiser gelingen werde, selbst wenn er wollte, das Land durch einen Krieg zu unterhalten.

Napoleon war nicht gewillt, sich auf seinem Wege aufhalten zu lassen. Er erklärte am 25. Juni dem Fürsten Metternich, als dieser infolge der eingetretenen Schwierigkeiten zur persönlichen Berichterstattung bei seinem Kaiser nach Ischl reiste: Ich werde diesen Vertrag als bereits unterzeichnet betrachten. Das Ganze seiner persönlichen Autorität warf er in die Vertragsfrage hinein, im Moment, als sie in seinem Staate schon nicht mehr unangefochten dastand, sondern dem ersten Vorstoß der neuen Kammern begegnen mußte. Auf der anderen Seite hielten die Italiener den Moment für gegeben, um die innerfranzösische Krisis vollends in ihrem Sinne auszubeuten und Anfang Juli in aller Form die Räumung Roms und die Nichtintervention in der Römischen Frage als Bedingung des Vertragsabschlusses zu fordern; wenn sie außerdem noch ein Versprechen verlangten, daß man nichts gegen die Einheit Deutschlands unternehmen werde, so war das allem Anschein nach nur ein plumper Erpressungsversuch, um ihrer eigentlichen Forderung dadurch zum Siege zu verhelfen.

Das war die Sachlage, die Metternich bei seiner Rückkehr nach Paris am 14. Juli vorfand: die Vertragsverhandlung in Stillstand geraten, Rouher und La Valette vor den Angriffen der Kammern zurückgetreten, neue leitende Männer und damit Anlaß zu neuer Verzögerung. Es war eine entscheidende Krisis, wie sie das Kaiserreich noch nicht zuvor erlebt hatte. Sie stieg auf ihren Höhepunkt,

als Napoleon, vielleicht unter der Nachwirkung dieser Erschütterung, gegen den 20. August unter einer scharfen Attacke seines Blasenleidens erkrankte und wochenlang, ähnlich wie in der Krisis vom Ende Juli 1866, wie ausgelöscht in einem Staate war, der auf seinen Namen und seinen alleinigen Willen zugeschnitten war — es geschah nach diesem Erlebnis, unter dem Eindruck übertriebener Gerüchte, daß sich in der öffentlichen Meinung Frankreichs die Überzeugung befestigte: das persönliche Regiment, durch eine Kette von Niederlagen nach außen und innen geschwächt, gehe tatsächlich seinem Ende entgegen. Um so weniger hörten die Italiener auf, diesen kritischen Zustand für ihre römischen Ziele auszunutzen. Sie schlugen den Weg über Wien ein, um von hier aus auf Paris zu drücken, und waren an Indiskretionen über die Dreibundsverhandlung augenscheinlich nicht unschuldig, von denen sie sich vielleicht eine Wirkung auf die Entschließungen des mürbe gewordenen Kaisers versprachen. Aber eben diese Indiskretionen hatten eine unerwartete Folge, indem sie eine englische Intervention in Paris hervorriefen, die in gewisser Weise derjenigen im Herbst 1868 zu vergleichen war. Lord Clarendon war über diese Gerüchte um so mehr bestürzt, als er damals seinem Lieblingsplan einer allgemeinen Abrüstung zur Garantie des Friedens näher trat. Er erschien am 18. September vor dem mühsam wiederhergestellten Kaiser der Franzosen, um ihm im Rahmen seiner Abrüstungspläne die ernste Frage vorzulegen: was es denn mit dem Dreibund auf sich habe. Napoleon leugnete kaltblütig alles ab: »Ich habe ihm nichts gestanden,« erklärte er seinen vertrauten Beratern; er beteuerte, die Entente hätte nichts Kriegerisches, nichts Verborgenes oder geheim Verabredetes in sich geschlossen, übrigens habe es nur Pourparlers gegeben, die ins Wasser gefallen seien.

Immerhin war der Kaiser fortan nach dieser Seite hin zur höchsten Vorsicht genötigt. Und so entschloß er sich denn, aus der schwebenden Bündnisverhandlung wenigstens alles das in Sicherheit zu bringen, was ohne Nachgiebigkeit gegen Italien und ohne grobe Kompromittierung gegen England zu erreichen war. Das hieß: auf den förmlichen Abschluß der Verträge vorläufig zu verzichten, aber gleichzeitig einen Ersatz dafür durch einen Austausch von Monarchenbriefen zu beschaffen, die mehr als alle anderen Surrogate, die man damals in Wien und Florenz erwog,

eine moralische Bindung von politisch gleichwertiger Haltbarkeit herstellen sollten.

In seinem Schreiben an Kaiser Franz Joseph vom 24. September erklärte Napoleon demgemäß: wenn Österreich durch irgendeinen Angriff bedroht sein sollte, so werde er ohne Zögern mit allen Kräften Frankreichs ihm zur Seite stehen; er versprach weiter, keine Verhandlung mit irgendeiner Macht einzuleiten, ohne sich vorher mit Österreich verständigt zu haben; zu einer schriftlichen Bestätigung der Entente mit Italien sei er, trotz der Bedenken wegen der Gefahr italienischer Indiskretionen, bereit, wenn Franz Joseph darauf bestehe. Von der Antwort Franz Josephs ist nur bekannt, daß sie gleichfalls das Versprechen abgab, ohne vorherige Benachrichtigung Napoleons keine Bündnisverhandlung zu beginnen, dagegen der freiwillig übernommenen französischen Hilfeverpflichtung keine entsprechende Zusage gegenüberstellte; was die Beziehung zu Italien anging, so überließ sie alle weiteren Schritte dem Ermessen Napoleons. Ein Schreiben Viktor Emanuels an Napoleon enthielt zwar ein warmes Bekenntnis zu den Zielen des Dreibundes, aber betonte von neuem die Notwendigkeit der Räumung Roms. Die Bedeutung der Monarchenbriefe bestand in dem Eingehen einer moralischen Verbindlichkeit im Sinne des formell unvollzogenen Vertragsentwurfes: das ist von allen Beteiligten, von den Italienern mit dem römischen Vorbehalt, wiederholt anerkannt worden. Insbesondere Napoleon hat die durch die Monarchenbriefe geschaffene Lage seinem Vertrauten Rouher gegenüber Anfang Oktober mit den Worten bezeichnet: »Ich betrachte unsere Verträge als moralisch unterzeichnet. Das Bündnis mit Österreich ist der Angelpunkt meiner Politik.« Die Karte Österreich glaubte er jetzt fest in der Hand zu halten — diese Auffassung, mochte sie auch mit gewissen Illusionen verknüpft sein, spielt noch in den Entschließungen des Juli 1870 die entscheidende Rolle. Die Karte Italien hoffte er nach Belieben, sobald er den Preis zu zahlen sich entschloß, und vielleicht auch ohne diesen Preis, zu ihrer Zeit ausspielen zu können.

So meinte der Kaiser den Kern seiner Außenpolitik sichergestellt zu haben gegen alle Wechselfälle des parlamentarischen Regierungssystems, das aus der Krisis der letzten Monate als die neue Staatsform Frankreichs emporstieg. Noch während dieser Übergang sich anbahnte, unter höchster allgemeiner Spannung, ließ er die Öster-

reicher wissen, er werde, was auch kommen würde, sein eigener Kriegsminister und sein eigener Minister des Äußeren bleiben. Und allerdings, noch während Napoleon auf verborgenen Schleichwegen mit Emile Ollivier, dem Manne des Volkes und des Friedens, über seinen Eintritt in das Ministerium zu verhandeln begann, traf er ebenso heimlich Fürsorge, ein anderes Eisen in das Feuer zu legen. Im Laufe des November ließ er den General Lebrun kommen, um ihm von der Notwendigkeit der Aufstellung eines Feldzugsplans zu sprechen. Als der General erklärte, das werde nur möglich sein, wenn man die Verbündeten kenne, antwortete der Kaiser: »Es ist erlaubt, das Bündnis mit Italien als gewiß, und das Bündnis mit Österreich als moralisch, wenn nicht tatsächlich gesichert anzunehmen.« Es ist, als ob das Stichwort gefallen wäre, denn es geschah wohl nicht zufällig, daß schon vor Weihnachten — mag die Anregung von der einen oder der anderen Seite gekommen sein — eine Reise des Erzherzogs Albrecht nach Frankreich in Aussicht genommen wurde, die das einleiten sollte, was Napoleon schon bei Beginn der Bündnisverhandlungen als unerläßlich bezeichnet hatte: eine Verständigung über strategische Fragen für den Kriegsfall.

Das Kaiserreich trat in eine neue Epoche seiner Regierungsformen. Der kaiserliche Spieler aber spann in der Stille, hinter den erregten Vordergründen des parlamentarischen Experiments, die Fäden weiter, die das Schicksal seiner Dynastie und die Größe Frankreichs in einem dauerhaften Gewebe verflechten sollten. Es entsprach seiner grüblerischen Spekulantennatur, wenn er das letzte Wort nicht sprach, sondern für sich behielt. Er war nicht ein Mann, der geradeswegs und unbeirrbar auf sein Ziel ging — etwas von dem Schillerschen Wallenstein war unzertrennbar von dem Grunde seines Wesens: »Beschlossne Sache war es nie . . . In dem Gedanken bloß gefiel ich mir, Die Freiheit reizte mich und das Vermögen.« Also fuhr er fort an der Konjunktur zu arbeiten, die ihn zum Ziel seiner Träume führen sollte, aber die Frage war, ob er, wenn sie anderen reif schien, selbst noch die Freiheit besaß, die letzte Entscheidung zu treffen.

VIII

Sobald das parlamentarische Regime in Frankreich begann (Januar 1870), wird die historische Betrachtung noch mehr als bisher genötigt werden, zwischen den Vordergründen und den Hintergründen des politischen Lebens zu unterscheiden. Von jetzt an bis zu dem Plebiszit des 8. Mai 1870, das die parlamentarische Episode im engeren Sinne wieder abschließt, sieht man in der französischen Außenpolitik mehrere Linien, scheinbar unverbunden und doch von schlauer Rechnung zusammengehalten, nebeneinander herlaufen.

Die Ära des Parlamentarismus wurde mit Friedensworten und mit einer Entwaffnungsgeste eröffnet. Zu ihrer Beurteilung muß man sich vor allem anderen die bedeutungsvolle Tatsache vergegenwärtigen, daß weder der Ministerpräsident Ollivier, der immerhin eine pazifistische Vergangenheit hatte, noch der neue Außenminister Graf Daru, der nach allgemeiner Auffassung unter dem vorwaltenden Einfluß von Thiers stand, durch Napoleon in die Bündnisverhandlungen des Jahres 1869 und in ihr Ergebnis eingeweiht wurden. Während der Kaiser die moralischen Ententen zu vertiefen strebte, schritten die Minister, ohne Kenntnis der wahren Außenpolitik Frankreichs, auf ihrem Wege voran, um im Vollgefühl ihrer parlamentarischen Stellung die Sprache der Friedensbeteuerungen und der liberalen Reformen zu sprechen. Immerhin war auch darin eine neue Note vernehmbar, wenn Daru, gleich seinen Vorgängern, betonte, die durch den Prager Frieden geschaffene Lage anzuerkennen, aber auch keine Überschreitung der Friedensbestimmungen dulden zu wollen; bei der geringsten Verletzung dieser Bestimmungen, erklärte der reizbare und eigensinnige Mann nach allen Seiten, werde er in die Kammern gehen und die Tribüne besteigen; bei dem leisesten Ritz nur auf seiner Haut werde Frankreich auffahren aus seinem Schlafe. Dieser jugendliche Parlamentarismus hatte eben, im Hinblick auf seine außenpolitischen Methoden, von vornherein einen doppelten Boden. Auf der einen Seite wurde er, im Gegensatz zu dem früheren persönlichen Regiment und seinen Unberechenbarkeiten, als eine neue und zuverlässige Friedensgarantie gepriesen und als solche der deutschen öffentlichen Meinung zur Nacheiferung empfohlen. Auf der anderen Seite gab er sich als Instrument jener

Strömungen, die seit dem Sommer 1866 immer lauter in einer einzigen Richtung drängten, und der Minister war in seinem parlamentarischen Selbstgefühl entschlossen, sich dieses Mittels kräftig zu bedienen, um seiner Sprache gleichsam einen durch den Volkswillen erhöhten Nachdruck zu geben. Es war die Frage, ob dadurch nicht dem Chauvinismus ein viel unberechenbareres Organ ausgeliefert wurde, das in seinem lange unterdrückten Betätigungsdrange dem Frieden noch gefährlicher werden konnte als die in der einsamen Seele des Kaisers brütenden Spekulationen.

Und nicht anders steht es, wenn man den wirklichen Zusammenhängen auf den Grund geht, um die Bedeutung jener Entwaffnungsaktion, für die es dem Kaiser Napoleon gelang, den Tatendrang Lord Clarendons vorzuspannen. Dieser, bisher ein unparteiischer Vorkämpfer des europäischen Friedens, geriet jetzt in die Lage, der auch ein ehrlicher Vermittler nur allzuleicht verfallen kann: daß er im guten Glauben an die Reinheit der Absichten bei dem Einen — und die neuen parlamentarischen Umgangsformen des Ministeriums Ollivier schienen dem Engländer eine unübertrefflich sichere Bürgschaft des Friedens und der Freiheit — sich zu einer Einwirkung auf den Anderen herbeiläßt, bei der er unbewußt als Agent der ihm selber fremden Hintergedanken jenes Einen handelt. In den Anregungen, die er seit Januar 1870, scheinbar aus eigenem Antrieb und angeblich in tiefstem Geheimnis, in persönlicher und privater Form in Berlin gab, wurde er in Wahrheit, in einer unbestreitbaren Fühlung mit Paris, an französischen Fäden gezogen. Man hatte in Frankreich das Rekrutenkontingent für 1870, als sichtbaren Beweis der Friedensliebe und Symbol einer neuen Ära, um 10000 Mann herabgesetzt; eine Maßregel, die Metternich im Vertrauen als lächerlich bezeichnete und die in Wirklichkeit, weil die volle Quote niemals auch nur annähernd bei der Aushebung erreicht worden war, völlig bedeutungslos war; sie war nur dazu bestimmt, der Aktion Clarendons — der den Zusammenhang nicht durchschaute — als Hintergrund zu dienen, um in Berlin den guten Willen Frankreichs zu erweisen und den König von Preußen, im Falle seiner Absage, in den Augen des Vermittlers mit einem häßlichen Odium zu belasten.

Gleichzeitig wurde die Frage der Abrüstung vorsichtig in die öffentliche Meinung geworfen. Da eine von England ausgehende

Friedensbewegung auch in den deutschen einzelstaatlichen Kammern einen gewissen Widerhall fand, so ließ sich fortan eine antipreußische Opposition, ganz wie Beust es schon im Herbst 1868 angeregt hatte, auch noch mit wohlklingenden pazifistischen Argumenten füttern, ohne daß diese ungeübten deutschen Politiker ahnten, wer bei diesen zur Durchkreuzung der Politik Bismarcks bestimmten Prozeduren die Drähte zog, an denen ihre Puppen tanzten. Von hier aus war dann der nächste Schritt, die Schutz- und Trutzbündnisse, die den Norden und Süden Deutschlands vereinten, in aller Heimlichkeit zu unterminieren; die Vorstöße der partikularistischen Opposition in Bayern gegen das Ministerium Hohenlohe, bei denen die Frage des casus foederis im Mittelpunkte des Gefechts stand, wurden von der französischen Politik als ein erstes und verheißungsvolles Vorspiel begrüßt. So begann ein neuerwachter Partikularismus, der seine Existenz im Grunde der europäischen Lage verdankte, an einzelnen Stellen bewußt, an den weitaus meisten Stellen dagegen in vollendeter Ahnungslosigkeit, in die französischen Karten zu spielen. Was für Unkraut sich auf einem solchen Acker säen ließ, verrät ein Artikel des »Bayerischen Vaterland« vom 9. Februar 1870, der während der Hohenlohe-Krisis sich die patriotische Wendung entschlüpfen ließ, man werde die Bündnisverträge von 1866 so lange halten, wie man könne, z. B. bis die Franzosen in Schwabing und die Österreicher in Sendling ständen. Verblendet zerrte man an der einzig wirksamen Sicherung Gesamtdeutschlands nach außen, während Napoleon bereits daran ging, ohne sich durch die scheinpazifistischen Gesten seiner Minister stören zu lassen, die moralisch bindende Entente mit Österreich durch militärische Besprechungen zu ergänzen.

Die Haltung der parlamentarischen Minister gegenüber der deutschen Einheit äußerte sich, allen Friedensworten zum Trotz, fast noch hochfahrender als früher. Als im Norddeutschen Reichstage sehr zur Unzeit ein nationalliberaler Antrag (Lasker) auf Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund gestellt wurde, bekämpfte Bismarck in einer staatsmännischen Rede aus innerdeutschen wie aus außenpolitischen Gründen den Antrag; wie immer lehnte er jede Pression auf die Süddeutschen ab, wenngleich er einfließen ließ, daß er die Einigung Deutschlands, wenn die süddeutschen Staaten freiwillig kommen sollten, für ein unbestreitbares Recht der Nation

halte. Graf Daru aber billigte dem norddeutschen Botschafter gegenüber zwar die Erklärung Bismarcks, soweit sie sich auf die Gegenwart bezog, gab aber gleichzeitig für die Zukunft in schulmeisterlichem Tone den Rat, die Frage der deutschen Einigung ad calendas graecas zu vertagen. An dieser Stelle lag, was den deutschen Pazifisten noch heute verborgen geblieben zu sein scheint, das Kernmotiv der französischen Politik und ihrer Abrüstungsgesten. Man begreift somit, daß Metternich Anfang März voll Befriedigung feststellte, kein Minister der früheren Zeit habe eine so feste Stellung gegen Preußen genommen wie Daru.

Um so lehrreicher ist es, in den Berichten des österreichischen Botschafters die wahre Stimmung des Hofes und der leitenden Männer Frankreichs in dieser neuen Ära sich spiegeln zu sehen. Es wird nicht überraschen, daß Rouher, zwar aus der Macht gedrängt, aber in vertrauter Fühlung mit Napoleon, auch jetzt sich beeiferte, dem Botschafter zu versichern, daß am Tage, wo die Österreicher marschieren wollten, auch der Kaiser marschieren werde; daß der Kaiser nicht weit von dem Gedanken entfernt sei, ein guter Auslandskrieg werde zu gegebener Stunde ihm den besten Dienst erweisen; von dem Hintergedanken eines großen Schlages, wie einer Kriegserklärung an Preußen, schien er dem Österreicher erfüllt zu sein. Bedeutsamer noch war es in diesem Augenblick, daß auch Thiers, der als der eigentliche Berater Darus galt und eben aus diesem Grunde von dem Botschafter aufgesucht wurde, seine innerste Auffassung der Lage auf einen ganz verwandten Ton stimmte. Metternich meinte aus seinen Besprechungen den Schluß ziehen zu dürfen, daß Rouher wie Thiers beide, wenn sie zur Macht kämen, daran denken würden, Krieg zu machen und den Rhein zu nehmen; der eine zur Wiederherstellung der autoritären Regierung des 2. Dezember, der andere zugunsten seines eigenen Ruhms und seiner Figur in der Geschichte. Der Eindruck, den die Haltung von Thiers auf Metternich machte, war so stark, daß er sich zu dem Kaiser begab und ihm (womit Thiers von Anfang an gerechnet hatte) Bericht erstattete. Die Antwort Napoleons lautete: »Wenn wirklich Herr Thiers für den Krieg ist, unter gewissen Bedingungen, so würde ich ihn weniger verabscheuen.« Es ist, als wenn er den Schleier von seinem Innersten ein wenig lüftete. Einen nicht anderen Anblick gewährte die republikanische Opposition: neben den friedlichen Ge-

sinnungen, die hier unzweifelhaft zu Hause waren, auch sehr kriegerische Klänge. Schon im Vorjahre hatte Vitzthum einmal über die Friedenspredigten der Opposition geurteilt, daß sie von einem Siege Napoleons nur eine Stärkung des kaiserlichen Prestige befürchte und darum die Karte des Krieges für die Republik wünsche, die Aussicht auf Bestand doch nur dann haben würde, wenn sie der Armee eine Gelegenheit zur Revanche für Sadowa gegeben habe. Jetzt gestand der republikanische Deputierte Bethmont im März 1870 dem österreichischen Botschafter, ihn verlange nach dem Beweise dafür, was ein freies Frankreich zu leisten imstande sei, wenn es jemals das Glück haben sollte, zusammen mit Österreich zu marschieren. So faßte denn Metternich zusammen: »Das ist der Republikaner, der wie Rouher, der Absolutist, und Thiers, der Parlamentarier, mit Wohlgefallen an einen Krieg an unserer Seite denkt. Ich weiß wohl, der Rhein ist der große Zauberer, der die Anziehung auf die Nation ausübt — unsere schönen Augen spielen wenig dabei mit. Ein weiterer Grund, um unsere Ziele unlöslich mit den ihren zu verbinden, wenn eines Tages die Kriegstrompete erschallen sollte.« Soweit Deutschland und der Rhein in Frage kam, waren nun einmal alle Parteien, wie schon in den dreißiger und vierziger Jahren, von den gleichen Triebkräften gelenkt und auf verwandte Ziele gerichtet. Ihr Machtkampf untereinander nötigte sie nur noch mehr, in dieser einen Frage das gleiche Bekenntnis abzulegen, eher sich zu überbieten, als hintereinander zurückzubleiben.

Diese unsichtbare Macht hinter dem Throne wußte der Kaiser mit sich im Bunde, ja er fühlte sich als ihr Vollstrecker, wenn er jetzt in tiefem Geheimnis daran ging, den moralischen Bündnisbindungen von 1869 einen ehernen Kern einzufügen. Gegen Ende Februar traf auf seiner seit längerer Zeit vorbereiteten Reise Erzherzog Albrecht in Paris ein, um mit dem Kaiser vertrauliche Besprechungen über die Feststellung eines gemeinsamen Kriegsplanes einzuleiten. Worin die Grundzüge dieses Planes bestanden, ist seit langem bis in das einzelne bekannt: Eröffnung des Krieges durch einen gleichzeitigen Angriff von je 100000 Mann der drei verbündeten Mächte auf Süddeutschland (der Italiener auf München), Konzentrierung der gesamten Streitkräfte in der Richtung auf die Linie Würzburg—Nürnberg—Amberg, Vormarsch nach den Plänen Napoleons von 1806 und Entscheidungsschlacht bei Leipzig, so wie es

schon der Strategie von Thiers im Jahre 1866 vorgeschwebt hatte, und schließlich Erzwingung des Friedens in Berlin. Eine Kriegführung, die allerdings, wenn sie gelang, in großem Stile alles das in die Tat umgesetzt haben würde, was die Diplomaten in den Verhandlungen des Vorjahres als Ziel einer künftigen Umgestaltung Europas sich erträumten. Zwar fanden die Besprechungen unter vier Augen statt, aber bei den Veranstaltungen zu Ehren des Siegers von Custozza atmete die Stimmung der französischen Generale, noch viel unbedingter als unter den Politikern, die Unvermeidlichkeit des Krieges.

Gewiß ist zuzugeben, daß die militärischen Besprechungen zwischen Napoleon und Erzherzog Albrecht zunächst einen akademischen Charakter trugen; insbesondere muß darauf hingewiesen werden, daß den militärischen Plänen eindeutige politische Verpflichtungen von österreichischer Seite nicht zugrunde lagen und daß ihrer Durchführung wesentliche innere Schwierigkeiten, schon infolge der Unmöglichkeit für die Verbündeten, im gleichen Tempo zu mobilisieren, entgegenstanden. Welche praktischen Konsequenzen sich aus der ersten Anknüpfung ergeben haben, ist eine Frage für sich. In diesem Zusammenhange entscheidet die Tatsache, daß Napoleon hinter den Kulissen der parlamentarisch-pazifistischen Ära, ohne Wissen der in seine Bündnispolitik gar nicht eingeweihten Minister Ollivier und Daru, dazu überging, die politischen Bindungen, was er von vornherein als ihre notwendige Ergänzung bezeichnet hatte, nach der militärischen Seite hin zu vertiefen — ähnlich wie in einer späteren Zeit der Briefwechsel Grey-Cambon vom November 1912 seine Ergänzung in einem Meinungsaustausch der Generalstäbe fand. Während Lord Clarendon in friedeatmenden Briefen seine guten Ratschläge nach Berlin gelangen ließ, während die französische Diplomatie sich auf unterirdischen Wegen um die Durchlöcherung des casus foederis aus den Bündnisverträgen von 1866 bemühte, begannen die militärischen Phantasien Napoleons, ausgreifend im Stile seines Oheims, auf die Zermalmung Preußens gerichtet, zum ersten Male festere Gestalt zu gewinnen.

Die Besprechungen mit Erzherzog Albrecht waren nur ein erster Schritt. Die Verhandlungen sollten, nachdem im Laufe des April die Zustimmung des Kaisers Franz Joseph erfolgt war, in Wien fortgesetzt werden. Aber bevor diese weiteren Schritte getan wurden,

faßte Napoleon bezeichnenderweise den Entschluß, seine persönliche Stellung im parlamentarischen System wieder zu befestigen und vor allem, unter Beseitigung des ihm lästigen und selbstgefälligen Daru, die Leitung der auswärtigen Politik unmittelbarer in die Hand zu nehmen. Der Gedanke eines Plebiszits hatte ohne Frage seine innenpolitischen Motive; aber auf den Entschluß des Kaisers haben auch die äußere Politik, die Erfahrungen, die er in diesen Monaten gemacht hatte, sowie die Spekulationen, die er der Zukunft vorbehielt, in erkennbarem Umfange eingewirkt, wie das Plebiszit denn auch in eingeweihten Kreisen mit einer entscheidenden Wendung in der inneren und äußeren Politik des Kaiserreichs in Verbindung gebracht wurde. Auch Ollivier, der im Laufe dieser Monate dem bestrickenden Einflusse seines Monarchen immer widerstandsloser unterlag, war für die Wendung gewonnen; das Bild des Mannes des Volkes und Friedens wurde von Metternich schon mit dem Gemälde eines Anfängers verglichen, in dem die Korrekturen und die kräftigen Striche einer Meisterhand immer sichtbarer hervortreten.

Das Plebiszit vom 8. Mai, Vertrauensvotum im Innern und Gegenschlag gegen das rein parlamentarische System, fällt fast bis auf die Stunde zusammen mit der Übertragung des auswärtigen Ministeriums an einen Mann, der zwar nicht durch seine Fähigkeiten ausgezeichnet war, aber dafür als unbedingter Anhänger einer scharfen Aktionspolitik erprobt war. Es war der Botschafter in Wien, Herzog von Gramont. Auch dieser Wechsel läßt den episodenhaften Charakter des parlamentarischen Zwischenspiels, in dem die sanften Friedensschalmeien so eigentümlich mit dem Grollen der Kriegstrompeten kontrastieren, in hellem Lichte hervortreten.

IX

Der neue Kurs des Kaiserreichs seit dem Plebiszit wird durch zwei in der Stille sich abspielende gleichzeitige Vorgänge schlagend gekennzeichnet: an demselben Tage (18. Mai), an dem Beust die persönliche Einweihung des neuen Außenministers Gramont in die Bündnisverhandlung von 1869 beantragte, trat in Paris ein militärischer Kronrat unter Vorsitz des Kaisers zusammen, um die Fortsetzung der durch Erzherzog Albrecht eingeleiteten militäri-

schen Besprechungen zu beschließen. Es sind zwei Linien des historischen Zusammenhangs, in denen fortan die Dinge weiter verlaufen, äußerlich voneinander getrennt, nur in der Hand des Kaisers zusammengehalten.

Der Herzog von Gramont war der sechste der Außenminister, die seit dem Beginn der deutschen Krisis die Geschäfte Frankreichs leiteten und sich in einer verwandelten Welt zu behaupten versuchten; er verband die scharf antipreußische Parteigesinnung von Drouyn de Lhuys mit dem reizbaren Ungeschick des Marquis de Moustier; seine persönliche Note, die ihn von allen seinen Vorgängern unterschied, war eine Mischung von hochfahrendem Leichtsinn, Unsachlichkeit des Urteils und Mangel an Selbstkontrolle, die gefährlichste Veranlagung für einen leitenden Mann in schwierigen Situationen. Selbst das parlamentarische Selbstgefühl seines Amtsvorgängers Daru war er bereit sich anzueignen, denn als Beust, nach endlich erlangter Erlaubnis Napoleons, den Nichtsahnenden am 27. Mai in die Vertragsentwürfe und die Monarchenbriefe von 1869 einweihte, stellte er sich, nicht ohne Empfindlichkeit, als ob der Wille des Souveräns allein jetzt nicht mehr genügen könne; die Engagements würden bedeutungslos sein, wenn er sie nicht übernähme, aber er übernehme sie. Daß der französische Außenminister (während der leitende Minister Ollivier auch jetzt noch außerhalb des Geheimnisses blieb!) in dieser Weise, fünf Wochen vor Kriegsbeginn, in die seit dem Vorjahr bestehende Lage, die die Grundlage der Politik Napoleons bildete, von einem ausländischen, wenngleich »moralisch verbündeten« Minister eingeweiht wurde, ist an sich schon eine einzigartige Tatsache. Für eine Natur seines Schlages mußte es verhängnisvoll werden, daß er nach der Mitteilung der Ergebnisse von 1869 nicht mehr die Zeit fand, sich in das ganze System der Vorbehalte einzuleben, mit denen Beust innerlich diese Ergebnisse umgeben hatte, sondern daß er unter dem erregenden Eindruck, nunmehr alles das in der Hand zu halten, was er selbst in den Jahren 1867/68 vergeblich zu erreichen sich bemüht hatte, gleichsam mit einem überreizten Tatendrang nach Paris fuhr, um die Leitung der auswärtigen Geschäfte Frankreichs zu übernehmen.

In denselben Tagen begab sich General Lebrun im Auftrage Kaiser Napoleons nach Wien. Der Kriegsrat (Lebœuf, Frossard, Lebrun, Jarras) vom 19. Mai, dem Napoleon die strategischen Pläne

des Erzherzogs Albrecht über das Zusammenwirken von Frankreich, Österreich, Italien und Dänemark vorlegte, hatte das Projekt nur dann für ausführbar erklärt, wenn seitens der drei Mächte Kriegserklärung, Beginn der Mobilisierung und Beginn der Operationen auf einen und denselben Tag fielen, da nur in diesem Falle eines gleichzeitigen Zusammenwirkens an Rhein und Saar, von Böhmen aus, über den Brenner hinweg, in der Nord- und Ostsee, der Gegner zur Teilung seiner Streitkräfte genötigt und an der Entfaltung überlegener Streitkräfte an der Saar und am Rhein verhindert werden würde. Da aber Österreich nach Aussage des Erzherzogs sechs Wochen für seine Mobilisierung gebrauche und weder Italien noch Dänemark eine größere Schnelligkeit würden entwickeln können, so erscheine das österreichische Projekt nicht annehmbar, es könne vielmehr zu grausamer Selbsttäuschung Anlaß geben. Der einzige Mann im Kriegsrat, der von dieser mißtrauischen Kritik nichts hören und keine machiavellistische Berechnung »seitens seiner Verbündeten und insonderheit Österreichs« zulassen wollte, war der Kaiser selber. Er hielt, wie er es gern tat, mit seiner letzten Meinung zurück und erklärte nur, Lebrun zu einer weiteren Verhandlung mit dem Erzherzog nach Wien zu entsenden. Lebrun verließ Paris am 27. Mai und traf, nachdem er unterwegs in der Stille das deutsche Militär in Köln, Berlin und Dresden beobachtet hatte, am 7. Juni in Wien ein. Seine Besprechungen mit dem Erzherzog vermochten allerdings nicht die militärische Seite des Problems wesentlich zu ändern; auch konnte er sich nicht dagegen verschließen, daß die authentischen politischen Äußerungen in Wien auf denselben Ton gestimmt blieben. Denn Kaiser Franz Joseph, dem der General am 14. Juni im Schlosse Laxenburg durch den Erzherzog zugeführt wurde, gab ihm, nach einleitender Beteuerung seines Friedensbedürfnisses, die vielsagende Erklärung: »Wenn ich den Krieg mache, so muß ich dazu gezwungen sein,« und erläuterte sie des näheren: »Wenn Napoleon mit seinem Heere in Süddeutschland steht, nicht als Feind, sondern als Befreier, dann werde ich meinerseits gezwungen sein zu erklären, daß ich gemeinsame Sache mit ihm mache.« Es war von neuem ein Bekenntnis zu der moralischen Bündnisbindung und zur Gemeinsamkeit der Interessen, aber ebenso bestimmt der Vorbehalt, daß Österreich mit dem eigenen militäri-

schen Eintritt in die Aktion werde in der Hinterhand bleiben, d. h. den entscheidenden französischen Sieg abwarten müssen. Aber es scheint, als wenn Napoleon weniger die Vorbehalte als den Ton der Waffenbrüderschaft hören wollte. So erhob er keine Einwendungen, als Lebrun bei seiner Berichterstattung in der letzten Woche des Juni ihn darauf aufmerksam machte, daß schon die ersten militärischen Demonstrationen Österreichs, wenngleich unter dem Schein der Neutralität, eine starke moralische Wirkung in Berlin ausüben und zu Deckungen an den Grenzen Sachsens und Schlesiens nötigen müßten, ja daß man schließlich noch weitere Abänderungen in dem Plane des Erzherzogs werde vornehmen können. Um diese Möglichkeiten sieht man wenige Tage vor dem Platzen der spanischen Bombe die ruhelosen Gedanken des Kaisers kreisen.

Währenddessen schritt auf seinem Wege der selbstbewußte Tatendrang des Herzogs von Gramont voran. Von den Fäden, die er in der europäischen Politik anzuknüpfen suchte, läßt sich nur hier und da der Schleier lüften, aber es ist doch bemerkenswert, daß er auch in der Deutschen Frage, obgleich gar kein besonderer Streitpunkt zur Diskussion stand, eine lebhaftere Hand zu zeigen versuchte. Schon die Art, wie er am 20. Juni in der Kammer die Interpellation über die St. Gotthardbahn beantwortete, verriet den diplomatischen Beobachtern, wie sehr der chauvinistische Zündstoff unter der Asche glimme. Am 25. Juni teilte Gramont dem norddeutschen Botschafter mit, es stände ihm eine Interpellation in der Kammer über angebliche Befestigungsveränderungen (es handelte sich tatsächlich um belanglose städtische Geländebedürfnisse) in der Festung Mainz bevor. Wenn man sich die Rolle vergegenwärtigt, die Mainz in den früheren Krisen, von 1848 an, wo Thiers die Schlüssel Deutschlands für Frankreich erwerben wollte, bis zu den Kompensationsforderungen von 1866 und den unterirdischen Plänen der letzten Jahre spielte, so wird der (in einer späteren Aktennotiz von Bismarck als »sehr unverschämt« gekennzeichnete) Schritt Gramonts in der richtigen Beleuchtung erscheinen. Es schien sogar System darin zu liegen, denn der Minister, zwar noch Neuling auf dem Instrument des parlamentarischen Betriebes, ließ schon am 1. Juli dem ersten Schritt einen zweiten folgen, indem er dem Botschafter ankündigte, daß die Opposition bei der Budgetberatung deutsche

Fragen erörtern würde, womit er eine nachdrückliche Erinnerung an den Prager Frieden verband. Er schien geneigt, den Wind der parlamentarischen Stimmungen in seine Segel aufzunehmen, obgleich er wußte, daß die Zeichen schon auf Sturm deuteten. Als an demselben Tage im Gesetzgebenden Körper die Debatte über den Militäretat und die Herabsetzung des Rekrutenkontingents um 10000 Mann stattfand, ließ sich der bonapartistische Hitzkopf Granier de Cassagnac zu dem Ausruf hinreißen: »Nehmen wir den Rhein, dann können wir die Armee um 100000 Mann verringern. Das ist das Mittel, das Kriegsbudget herabzusetzen; es gibt kein anderes.« Es war die Stimme des alten Frankreichs, des Frankreichs Ludwigs XIV. und Napoleons I., die sich in dieser gellenden Herausforderung Luft machte: wenn die Diplomatie Napoleons III. auch gelernt hatte, mit geschlossenem Munde vorwärtszugehen, ihre Parteigänger in der öffentlichen Meinung setzten sich lärmend über alle Rücksichten hinweg.

Die politische Atmosphäre war von Elektrizität geladen, und wenn ein äußerer Anlaß die tastend fortschreitenden Spekulationen des Kaisers, den plumpen Tatendrang Gramonts und das reizbare parlamentarische Aktionsbedürfnis zu gemeinsamem Handeln zusammenführte, war die Wirkung so wenig aufzuhalten wie das blinde Walten eines Schicksals, das unsichtbar die Schritte der Menschen lenkt.

X

Wenige Tage nach den soeben geschilderten Ereignissen wurde die Nachricht, daß die spanische Regierung dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen die Königskrone angeboten habe, in Paris bekannt. Die Kandidatur des Prinzen erzeugte unter den Männern, die das Schicksal des Staates in Händen hielten, innerhalb weniger Stunden einen Kriegswillen, der den Gedanken, mit dem man so lange gespielt, in die Tat umsetzen sollte.

In der Geschichte des Ursprungs des Krieges von 1870/71 hat man in der Regel den Fehler begangen, die Hergänge des Juli 1870 allzu scharf abzulösen von der französischen Politik der Jahre 1863 bis 1870, und damit ein Problem, das allein in seinem großen Weltzusammenhange gelöst werden kann, künstlich zu isolieren und auf

die Ereignisse einer winzigen Zeitspanne zusammenzudrücken. Gerade eine exakte philologische Methode, die in den diplomatischen Akten die Tage, Stunden und Minuten der letzten Spannung schärfster Prüfung unterwirft, gerät allzu leicht in Gefahr, darüber die wirklichen Motive, aus denen heraus die Menschen in diesen Tagen so und nicht anders handeln, aus den Augen zu verlieren: es ist ein eitler Glaube, man könne den gewaltigen Flügelschlag der Geschichte erfassen, wenn man nur die Federn aufliest, die den Boden dicht bedecken. Je mehr die Mächte dieser Welt die Kunst üben, ihre Motive schon in der Gestaltung der Anlässe, die zu einer allgemeinen Krisis führen, zu verdecken, je bewußter ihre diplomatische Technik darauf ausgeht, in dem erregenden Spiel der letzten Stunden sich vor der Öffentlichkeit und der Nachwelt nur keine Blöße zu geben, um so dringlicher wird die Pflicht der historischen Erkenntnis, aus den Vordergründen des äußeren Geschehens in die tieferen Hintergründe der Erklärung vorzudringen und den wahren Zusammenhang der Motive aus seiner künstlichen Verdunkelung wiederherzustellen. Nur auf diese Weise können die eigentlichen geschichtlichen Verantwortlichkeiten in einer großen Krisis festgestellt werden.

Will man den politischen Willen der Franzosen im Juli 1870 und seinen Anteil an dem Ursprung des Krieges enträtseln, so ist es einmal geboten, seine historische Linie, wie es in diesem Überblick auf Grund der Akten geschehen ist, rückwärts durch die Periode der verflossenen sieben Jahre zu verlängern: von der sich gleichbleibenden Substanz, die im Kern der Dinge ruht, sind alle ihre Äußerungen im kritischen Moment zu beurteilen. Sodann wird für die entscheidenden Tage der Krisis diejenige Quelle zu befragen sein, in deren Spiegel sich am ehesten das enthüllte Bild einer Politik zeigt, die fast nach allen Seiten hin ihre Schritte mit einem undurchsichtigen Schleier verdecken muß: das sind auch jetzt die Berichte des Fürsten Metternich, der in die geheimen Triebkräfte der napoleonischen Politik seit sieben Jahren am tiefsten eingeweiht war und so oft einen leidenschaftlichen Eifer daran gesetzt hatte, sich mit ihren Zielen zu identifizieren. Diesem bewährten Vertrauten der französischen Politik haben der Kaiser und seine Leute in den nächsten Wochen einen Einblick in das Innere ihres Wollens schon um deswillen gewährt, weil sie ihn um jeden Preis auf ihrem Wege mit sich fortzureißen trachteten. So wird gerade der österreichische

Botschafter Entscheidenderes auszusagen haben, als man sonst aus dem reichen amtlichen Material, auch aus den neuerdings veröffentlichten preußischen Akten, entnehmen kann; denn nicht auf den technisch-diplomatischen Betrieb des Vordergrundes, auf die so oft bis in jede Einzelheit nacherzählten äußeren Vorgänge kommt es an, sondern auf die innere Dynamik ihres Zusammenhanges; und auch das mit so angespanntem Spüreifer durchforschte Gegenspiel Bismarcks tritt doch in die zweite Linie hinter dem französischen Hauptspiel, das vom ersten Moment an atemlos im Tempo und eindeutig im Endziel angelegt wird.

Es ist zunächst von Bedeutung, festzustellen, wie ein Beobachter, der sonst immer gewöhnt war, durch die französische Brille zu sehen, wie Fürst Metternich überhaupt im ersten Augenblicke die durch die spanische Thronfrage hervorgerufene Krisis beurteilte: er dachte so wenig an die Möglichkeit, eine angebliche Kränkung Frankreichs zum Ausgangspunkt einer großen Aktion zu machen, daß er sowohl dem Kaiser wie Gramont die wohlmeinende Ansicht vortrug, Bismarck werde in dieser Frage den Franzosen wohl einen diplomatischen Erfolg bewilligen können, wenn er dafür als Kompensation auf ein freundschaftliches Entgegenkommen in anderen ihn unmittelbarer interessierenden Fragen, d. h. in der deutschen Frage rechnen könne. Der Kaiser und seine Minister faßten von vornherein den umgekehrten Entschluß: die Thronfrage mit allen Mitteln zu einer großen Krisis, gegebenenfalls bis zum Kriege zu steigern, um auf diese Weise endlich in die »Deutsche Frage« wirksam eingreifen zu können.

Die im Ministerrat unter Vorsitz Napoleons festgestellten Erklärungen, die Gramont und Ollivier am 6. Juli im Gesetzgebenden Körper (im Wortlaut noch ein Stück aufreizender als der nachher veröffentlichte amtliche Text) abgaben, waren von vornherein als eine Maßnahme geplant, die, wider allen diplomatischen Gebrauch, mit der Eröffnung der Aussprache zugleich alle Brücken abbrechen sollte, um Preußen allein die Wahl zwischen einer unerhörten Demütigung und dem Kriege zu lassen. Metternich hat nachträglich diese leidenschaftliche Sprache dadurch als notwendig zu rechtfertigen gesucht, daß man den französischen Patriotismus, der nur durch Insolenzen in die Höhe gehe, habe erwecken wollen, auch sei sie eine strategische Maßnahme gewesen, die eine unverhohlene

Rüstung erlaubt hätte. Die entscheidende Frage ist natürlich, was nachweislich der Wille der französischen Staatsmänner mit dieser Einleitung der Aktion beabsichtigt hat — und auch dafür sind die Berichte Metternichs aus diesen Tagen eine Quelle allerersten Ranges, denn er weilte während der Kammersitzung erst bei dem Kaiser, dann bei der Kaiserin, er sprach Ollivier unmittelbar nach der Sitzung, und ein jeder von ihnen ließ den Vertreter Österreichs in diesem Moment auf den Grund seiner Seele blicken.

Metternich fand das Kaiserpaar in der gleichen Stimmung, Napoleon mit einem entzückten, ja freudig erregten Gesicht, Eugenie so zugunsten des Krieges gestimmt, daß er (der noch nicht an den Ernst glauben wollte) sie ein wenig aufziehen zu müssen meinte; sie erschien ihm »um zehn Jahre verjüngt bei dem Gedanken an einen politischen Triumph oder den Krieg«. Bei beiden lag die Frage nach den Folgen des Vorstoßes am nächsten. Sobald der Botschafter auch nur die Wahrscheinlichkeit eines Zurückweichens Preußens erwähnte, fiel ihm Napoleon lebhaft in das Wort: »Glauben Sie wirklich, daß angesichts unseres höchst energischen Rufes zur Ordnung man unmittelbar in Berlin zurückweichen kann?«, um dann sofort zu betonen: »Auf alle Fälle müssen wir bereit sein, auf die Schnelligkeit kommt es an,« und mit der Gewissensfrage zu schließen: »Können wir auf Österreich rechnen?« In demselben Gedankengang bewegte sich die Kaiserin: »Weicht Bismarck zurück, so ist das gegenüber unserer drohenden Haltung eine Demütigung, von der er sich schwer erholen wird« — auch sie dachte nur an den anderen Ausgang. Noch hemmungsloser als das Kaiserpaar sprach sich gleich darauf Ollivier, noch strahlend von seinem Redeerfolg in der Kammer, zu dem Botschafter aus: »Es sind nicht mehr die Rouher und La Valette, die Frankreichs Politik zu leiten haben. Ich bin es, ein Minister des Volkes, hervorgegangen aus dem Volke, fühlend mit dem Volke, ich, ein der Nation verantwortlicher Minister, der diese Sache mit der patriotischen Entschlossenheit, die Sie an mir kennen, geführt hat. Wir haben einmütig den Entschluß gefaßt, daß man marschieren muß, wir haben die Kammer fortgerissen, wir werden die Nation fortreißen. In vierzehn Tagen haben wir 400000 Mann an der Saar, und wir werden den Krieg machen wie 1793, wir werden das Volk bewaffnen, das zu den Grenzen strömen wird.«

Also sprach beim Beginn der Aktion der »Mann des Friedens«, der einst als Preußenfreund gegolten, der Minister, der in die eigentlichen Geheimnisse der Napoleonischen Politik nicht einmal eingeweiht war — ein Beweis, wie stark in diesem Frankreich die Macht der Tradition war und wie richtig Napoleon auf die wahre Natur dieses Pazifisten gerechnet hatte, der beim ersten Anstoß zum Bramarbas wurde. Er hatte sich schon in der Kammer übernommen: »Jedesmal, die Geschichte zeigt es, wo Frankreich sich fest gezeigt, hat Europa sich vor dem Willen Frankreichs gebeugt;« im vertraulichen Gespräch trieben ihn Eitelkeit und Temperament noch weiter, wie immer diejenigen, die eine neue Sprache zu sprechen haben, in dem Ungewohnten ganz ohne Maß zu werden pflegen. Der Historiker Ollivier hat sich später ein Menschenalter lang um den Nachweis gemüht, daß er selber nicht den geringsten Anteil an der Herbeiführung des Krieges gehabt, daß vielmehr Bismarck die spanische Thronkandidatur mit Vorbedacht ausgeheckt habe, um den Krieg daran zu entzünden — er weiß von den Worten nichts, die der Minister Ollivier am Nachmittag des 6. Juli zu dem österreichischen Botschafter gesprochen hat. Aber eben diese Worte, die nur den einen Drang atmen, seinerseits an dem heißblütig ergriffenen Vorwand den Krieg zu entzünden, liefern den unwiderleglichen Beweis, daß Ollivier schon von der ersten Stunde der Krisis an der Mann »des leichten Herzens« gewesen ist, als den ihn die Geschichte kennt.

Der Vorwand war es, der Napoleon und seine Leute fortriß. Metternich, der in diesen ersten Tagen viel kritischer und skeptischer urteilte, als er sonst zu tun pflegte, sagte dem Herzog von Gramont am 8. Juli auf den Kopf zu: »Ihr seid einfach blindlings in die Gelegenheit hineingesprungen, nach dem Sprichwort, eine gute Gelegenheit kommt nicht wieder, und habt gedacht, sie bei den Haaren ergreifen zu müssen, um entweder einen diplomatischen Erfolg davonzutragen oder den Krieg auf einem Terrain zu führen, das nicht den deutschen Geist gegen euch in Bewegung setzt.« — »Das ist ausgezeichnet gesagt,« antwortete Gramont mit geschmeicheltem Selbstgefühl, »weiht nur den Reichskanzler in das Geheimnis des Würfelspiels ein. Herr von Beust wird zufrieden mit mir sein, er mußte auf einen Wurf von meiner Art gefaßt sein.«

Damit war der entscheidende Zusammenhang berührt, in dem Napoleon und seine Leute von Anfang an handelten. Die erste Frage

Napoleons war gewesen, ob er auf Österreich rechnen dürfe; sie erging in den nächsten Tagen auch nach Italien. Aber bevor die sehr zurückhaltende Antwort aus Wien eintraf, hatte Gramont leichtsinnigerweise im Ministerrat auf eine Frage des Kriegsministers erklärt: Österreich würde im Kriegsfall ein Beobachtungskorps an der Grenze aufstellen und auf diese Weise einen Teil der preußischen Streitkräfte binden. »Nicht wahr, das ist doch das mindeste,« äußerte er wohlgemut zu dem bestürzten Österreicher, »aber ich hoffe, ihr bleibt dort nicht stehen.« Napoleon glaubte fest daran, daß die moralische Bindung der Monarchenbriefe vom September 1869, vereint mit dem unwiderstehlichen Zwang der Situation, die österreichisch-ungarische Monarchie — trotz aller Vorbehalte — auf seine Seite führen würde. Gramont, nur unvollkommen in die Verhandlungen eingeweiht, nahm sogar eine positive Verpflichtung des Partners an, obgleich diese von Beust eben nicht eingegangen worden. Diese Rechnung war es, die den Kaiser und seinen Minister so bedingungslos vorantrieb, und wenn ihr Vorgehen hernach einzelne Momente vorsichtigeren Zögerns aufwies, so geschah es jedesmal in erster Linie aus dem Motiv, durch die eigene Taktik auch dem Bundesgenossen das Mitgehen möglich zu machen.

War es noch nötig, wie Ollivier prahlte, »die Nation mit sich fortzureißen«? Schon am Tage vor der Kammersitzung, am 5. Juli, hatte Granier de Cassagnac in seinem «Pays» einen Artikel «Le Rhin français» veröffentlicht, in dem in lärmendem Tone dem Kaiser die Forderungen entgegenschallten, die so lange das Geheimnis seiner Politik gebildet hatten. »Der Besitz des linken Rheinufers,« so hieß es hier, »ist für Frankreich nicht nur ein Anfall von Ehrgeiz, der strafbar, nicht eine Herausforderung an die deutsche Nation, die lächerlich sein würde, sondern ein Gedanke der Sicherheit, der vertretbar und legitim ist. Es gibt heute zwischen Preußen und uns nicht mehr Pufferstaaten und einen Bund, die unser Schutz nach dieser Seite waren; an der Stelle dieser verschwundenen Sicherheit brauchen wir eine andere. Der erste Kanonenschuß wird sie uns wiedergeben.«

Das war das Ziel, das von jeher dem Kaiser vorgeschwebt hatte: um seinetwillen hatte er den Krieg von 1866 herbeiführen helfen und die verunglückte Kompensationspolitik nach dem Kriege betrieben; die ganze Bündnispolitik seit dem Frühjahr 1867 war

darauf abgestellt gewesen, den ihm damals entgangenen Preis doch noch zu erraffen. Jetzt erhob sich in der ersten Stunde der Krisis der Ruf, um alsbald in allen Lagern Widerhall zu finden — durch die Kundgebung des 6. Juli wurde er so unwiderstehlich, daß für den Inhaber des Kaiserthrones nichts übrig blieb als die Unterwerfung. Die Instinkte, denen er um seines Thrones willen von Anbeginn geschmeichelt hatte, verlangten gebieterisch ihre Befriedigung, und die Nation, die man fortzureißen wähnte, riß ihrerseits die Männer, die sie führten, so stürmisch mit sich fort, daß sie, nachdem einmal der erste Schritt getan, nur unter Verlust ihrer Führerstellung auf dem abschüssigen Wege hätten einhalten können.

Es lag in der Natur der Dinge, daß der erste Schritt einen zweiten nach sich zog, daß die verborgenen tieferen Ursachen der Krisis durch den äußeren Anlaß des Momentes alsbald hindurchzubrechen suchten. Am 13. Juli urteilte der österreichische Militärattaché: »Seit sechs Tagen hat man sich hier nicht mehr auf das Terrain der Kandidatur des Prinzen Hohenzollern gestellt, sondern ausschließlich auf jenes der allgemeinen Notwendigkeit, den Krieg mit Preußen herbeizuführen und endlich auszutragen.« Schon nach wenigen Tagen war mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Mahnungen der Großmächte in Berlin von Erfolg begleitet sein würden, und daß der Kriegsanlaß durch den Rücktritt des Thronkandidaten ohne besondere Demütigung Preußens wieder in der Versenkung verschwand — sollte man sich, nach dem überstürzten Anlauf, mit einem solchen Ausgang begnügen oder nicht die Gelegenheit benutzen, sich Garantien für die Zukunft geben zu lassen und einen Vorstoß in der Deutschen Frage selber, wiederum auf die Gefahr eines Krieges hin, daran zu knüpfen? Eine Politik, die eingestandenermaßen auf das Ziel: Demütigung Preußens oder Krieg, lossteuerte, und die zweite Alternative so wenig scheute, war fast genötigt, auf die erste Offensive, sobald sie ihr formales Ziel erreichte, eine zweite folgen zu lassen. So brachte denn Emile de Girardin am 9. Juli in der «Liberté» einen Artikel, der die Alternative Kongreß oder Krieg formulierte, aber Kongreß mit der Tagesordnung einer Schleifung deutscher Festungen (Mainz, Köln, Landau) — wenn die Preußen nicht wollen, gut, dann werden wir sie mit Kolbenstößen in den Rücken zwingen, über den Rhein zurückzugehen und das linke Ufer zu räumen. Schon am anderen Tage nahm der amtliche

«Moniteur» in einem ministeriell gebilligten Leitartikel diese Tonart auf. Als Mindestmaß der Genugtuung, zu der Frankreich berechtigt sei, und der Forderung, die es jetzt stellen müsse, bezeichnete er die restlose Ausführung des Prager Friedens nach Wortlaut und Sinn: als solche Ausführung wurden namentlich genannt die Freiheit der Südstaaten (d. h. Aufhebung der Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Norden), die Räumung von Mainz, der Verzicht Preußens auf jeden Einfluß südlich des Mains, die Regelung der nordschleswigschen Frage: wenn diese Forderungen nicht erfüllt würden, könnten die Ansprüche Frankreichs sich nur noch weiter steigern. Durch den dünnen spanisch-dynastischen Vorhang beginnen gewaltsam die Fragen durchzubrechen, die die französische Politik in den letzten Jahren, wie in dem Salzburger Memorandum, immer wieder zum Ausgangspunkt einer Aktionspolitik an der Seite Österreichs zu machen versucht hatte. Schon am nächsten Tage pflanzte sich die Forderung der Presse in die Kammer fort, die, ihrer jungen parlamentarischen Rechte sich erinnernd, nunmehr die Rolle des Drängers übernahm.

In der Sitzung des Corps législatif am Nachmittag des 11. Juli war von der äußersten Linken die Frage an die Minister gerichtet worden, ob man beabsichtige, »andere Fragen« in den Konflikt mit Preußen hereinzuziehen; die Rechte hatte einen Anlauf Gramonts, die Frage negativ zu beantworten, in stürmischer Bewegung nicht zu Worte kommen lassen. Ollivier aber war geneigt, diesem Drucke nachzugeben. Denn Metternich meldete am 11. Juli kurz vor 6 Uhr: »Gramont sei etwas in Widerspruch mit Ollivier, der ‚andere Fragen' der hohenzollernschen hinzufügen möchte, um den Krieg unvermeidlich zu machen, während Gramont den Frieden wolle, wenn der König von Preußen nachgebe.« Der Historiker Ollivier ist wiederum so sehr mit dem Nachweis seiner friedlichen Gesinnung beschäftigt, daß er völlig vergessen hat, daß der Politiker Ollivier in diesem Augenblick sogar eine kriegerischere Haltung als der sonst so hitzige Außenminister einnahm. Es liegt ein Brief Olliviers an Napoleon aus derselben Stunde (6 Uhr) vor, in dem er die Vorgänge der Kammersitzung schildert. Die Rechte erkläre laut, man dürfe nicht stehen bleiben, sondern müsse andere Fragen aufwerfen, den Prager Frieden zur Diskussion bringen und entschlossen Preußen vor die Wahl zwischen Annahme eines Kongresses (mit dem Pro-

gramm der Deutschen Frage) oder des Krieges stellen; auch auf der Linken erhöben sich dieselben Stimmen (Gambetta hatte sich schon die Forderung der Schleifung deutscher Festungen angeeignet!); von beiden Seiten drohe man mit einem Angriff auf das Kabinett, wenn es nach Erledigung der Kandidatur Hohenzollern stehen bleibe, während Thiers davon abrate. Es geschah unter dem Eindruck dieser Meldung, daß Kaiser Napoleon am 11. Juli abends, kurz vor Mitternacht, auch dem Fürsten Metternich die Gewissensfrage vorlegte: »Glauben Sie nicht, daß es nötig ist, die Frage zu komplizieren?« Der Botschafter riet, getreu der von Beust seit drei Jahren verfolgten Politik, in dringlicher Weise davon ab, und trug dazu bei, daß man diesen Plan fallen ließ. Er fügte aber seiner Meldung nach Wien den inhaltschweren Satz hinzu: »Kaiser Napoleon wird es mit einem neuen Mittel versuchen. Er wird morgen, Dienstag, die Mobilmachung ersten Grades anordnen, ohne den Stand der Frage zu verändern, und glaubt, daß das den Krieg unvermeidlich machen werde.« Augenscheinlich war für Napoleon und seine Ratgeber in diesem Moment die einzige Sorge, wie man den Krieg festhalte und sich nicht entgleiten lasse. Die Österreicher wenigstens hatten den Eindruck, als wenn es sich nur noch darum handle, wie man den Krieg zweckmäßig und wirksam inszeniere. Auch der österreichische Militärbevollmächtigte urteilte am Schluß eines in der Nacht vom 11. zum 12. Juli nach Wien gerichteten Telegramms: »Ich berechne den Vorsprung Frankreichs an Zeit auf acht bis zehn Tage. Man will hier absolut den Krieg, Aufregung sehr groß, der Anlaß populär, das Abwickeln gefährlich; Kaiserreich würde allerdings nie wieder solche Vorteile vereinigen und einen solchen Zeitvorsprung gewinnen können. Graf Bismarck hat nur mehr die Wahl zwischen Krieg und einem zweiten Olmütz.«

Am Mittag des 12. Juli wurde in Paris die Nachricht von der Entsagung des Prinzen Leopold bekannt. Ollivier brachte sie, augenscheinlich erleichtert, selbst nach der Kammer. »Und der Prager Friede?« rief man ihm entgegen. Der Abgeordnete Clément Duvernois brachte eine Interpellation ein, welche Garantien das Kabinett erwirkt habe oder zu erwirken gedenke, um die Wiederkehr von Verwicklungen mit Preußen zu vermeiden. In tobendem Ausbruch war die Mehrheit für den Krieg — die Stunde war gekommen, wo die Geister, die man gerufen, die Oberhand gewannen.

Freilich Österreich hatte abgeraten, eine Garantie in einer Komplizierung des Streitfalls mit deutschen Fragen zu suchen; eine Depesche Beusts vom Mittag des 12. Juli (die im Laufe des Nachmittags in Paris eingetroffen und durch Metternich zur Kenntnis gebracht sein muß) hatte ausdrücklich sich im Sinne des Botschafters ausgesprochen — dieser Weg mußte also verlassen und ein anderer eingeschlagen werden.

Gramont hatte ihn bereits betreten. In eben diesen Stunden des 12. Juli (nachmittags 3 Uhr) unterbreitete er dem Botschafter des Norddeutschen Bundes die Anregung, König Wilhelm möge durch einen zu veröffentlichenden Brief an Napoleon die Sache für alle Zukunft aus der Welt schaffen und dadurch »zur Beschwichtigung der allgemeinen Volksstimmung beitragen«. Währenddessen hatte Napoleon auf die erste Nachricht von dem Rücktritt des Hohenzollern sich friedlich geäußert. Aber schon der leidenschaftliche kriegerische Zuruf der Menge auf der Fahrt von Saint-Cloud nach den Tuilerien machte ihm einen tiefen Eindruck. In Saint-Cloud empfing ihn eine bis zur Weißglut erhitzte Stimmung; das Kaiserreich ist verloren, heißt es von allen Seiten; welche Schande, ruft die Kaiserin ihrem Gemahl entgegen; der General Bourbaki wirft theatralisch seinen Degen auf den Tisch, weil er ihn nicht mehr tragen wolle. Die Meldung von der Interpellation Duvernois' vollendet die Wirkung auf den erschütterten Kaiser. Als in diesem Augenblick Gramont mit seinem Vorschlage erschien, willigte er in die Depesche an Benedetti (7 Uhr abends), die die bekannte Forderung an König Wilhelm amtlich formulierte.

Der Sinn dieses Vorgehens erhellt aus dem Vorspiel der letzten Tage: man verlegte das Olmütz, das man dem Preußen bereiten wollte, nur auf ein anderes Gebiet. Wenn man es in der Deutschen Frage herbeizuführen suchte, war zu befürchten (und darum riet man in Wien ab), daß man im Kriegsfall die Deutschen zu einmütiger Abwehr zusammenschweißte. Also kehrte man auf die ursprüngliche Aktionslinie zurück und begnügte sich gewissermaßen mit einem ins Dynastische übersetzten Olmütz; nur diplomatische Vorsicht, so paradox es klingt, nur die Rücksicht auf Österreich und die Süddeutschen, hatte diese formelle Einschränkung der Garantieforderung hervorgebracht, die mit dem Verlangen des königlichen Entschuldigungsbriefes allerdings noch ein Stück näher an den Rand des

Krieges herantrieb. Der Historiker Ollivier möchte die Peripetie in die Einwirkung Gramonts auf den Kaiser am Spätnachmittag des 12. Juli verlegen, aber geht es nicht aus den Berichten Metternichs hervor, daß im Laufe des 11. Juli sowohl Ollivier wie der Kaiser auch Maßnahmen erwogen, die den Krieg unvermeidlich machen sollten? Wenn sie wirklich anderntags eine friedliche Stimmung erlebten, so waren sie darum noch nicht die Männer, sich einem kriegerischen Strome entgegenzuwerfen, den sie selber entfesselt hatten. Die Leidenschaften, die sie umringten, trieben sie auf dem Wege der Politik des 5. Juli unaufhaltsam weiter.

Immerhin hatten Napoleon und Gramont nicht die Absicht, mit der Forderung des Entschuldigungsbriefes den sofortigen Kriegsausbruch auszulösen. Vielmehr gedachten sie durch die Einführung dieser Garantieforderung die Verhandlungen noch etwas hinzuziehen, um ihren Vorsprung in den Rüstungen, der seit der ersten Anspielung Napoleons vom 6. Juli ein entscheidendes Motiv in ihrem ganzen Vorgehen bildet, inzwischen noch weiter zu steigern. Wer sich der Verhandlungen zwischen dem Erzherzog Albrecht und General Lebrun erinnert, kann nicht im Zweifel darüber sein, was gerade dieses Motiv für die Ermutigung und für die militärische Mitwirkung der Österreicher bedeutete: bei jeder Gelegenheit gab man dem Fürsten Metternich zu verstehen, wie es um den Vorsprung stehe.

An dieser Stelle steckt der Kern des von der geschichtlichen Forschung und der politischen Leidenschaft mit gleicher Intensität behandelten Problems vom Ursprung des Krieges, und ein erst neuerdings bekannt gewordenes Aktenstück leuchtet wie ein Scheinwerfer in diese verborgensten Motive der französischen Staatsmänner hinein. Hören wir daher den Kronzeugen, dessen Geständnis den Schleier von dem Geheimnis lüftet. Der Herzog von Gramont erklärte am Nachmittag des 18. Juli dem dänischen Gesandten Grafen Moltke-Hvitfeldt und dem dänischen General Raaslöff, die er durch das Angebot Schleswigs mit in den Krieg an der Seite des Dreibundes hineinzureißen suchte: »Wir haben zehn oder elf Tage Vorsprung vor den Preußen hinsichtlich der militärischen Vorbereitungen; wir würden noch mehr gehabt haben, wenn wir, so wie wir es wünschten, die Dauer der Verhandlungen noch hätten hinziehen können; unglücklicherweise ist es zu einer

Insulte seitens des Königs von Preußen gekommen und diese Tatsache hat zur Folge gehabt, auf der Stelle alle Verhandlungen abzubrechen.«

Was Gramont im Auge hat, ist die Emser Depesche; daß in Ems selbst keine Insulte erfolgte, ist bekannt und war noch tags zuvor von Gramont dem bayerischen Gesandten gegenüber eingeräumt worden. Die geschichtliche Rolle der Emser Depesche besteht also, nach dem Eingeständnis des französischen Außenministers, nicht darin, daß sie eine friedliche Verhandlung durch einen den Krieg unvermeidlich machenden Offensivvorstoß zerriß, sondern vielmehr darin, daß sie das auf den Krieg berechnete Intrigenspiel der Franzosen, das Hinziehen der Verhandlung um des Rüstungsvorsprungs willen, störend durchkreuzte. Erkennt man das an, so kann die Depesche nur als eine defensive Handlung Bismarcks bewertet werden, die mit sicherem Instinkt den Schleier von den Zweideutigkeiten riß, die dem Kriegswillen der Franzosen die günstigste Chance für den Losbruch sichern sollten — war es Bismarcks Aufgabe, schweigend den Termin abzuwarten, der den anderen bequem war? Nach den Herausforderungen der letzten acht Tage konnte es ihm nicht mehr zweifelhaft sein, worauf die Franzosen hinauswollten, und was die Form angeht, die seine Redaktion der Emser Depesche gab, so ist sie an der Sprache zu messen, die seit acht Tagen die amtlichen Organe der französischen Regierung führten; wenn sie als eine Fanfare bezeichnet wurde, so war sie nur eine gemessene Antwort auf den kriegerischen Geist, der den französischen Staatsmännern längst jede Besinnung geraubt hatte. Für die Schuldfrage rückt also die Emser Depesche — es ist wohl kein Zufall, daß man sie in der diplomatischen Berichterstattung der Österreicher kaum erwähnt findet — in die zweite Reihe der historisch bedeutsamen Ereignisse, und jene französische Auffassung, die sich an die Depesche als die entscheidende Wendung klammert — man kann noch in den Memoiren Lord Greys das Fortleben der Legende beobachten —, sucht einen künstlich isolierten diplomatischen Teilvorgang zum Schlüssel der Katastrophe zu machen, statt ihn in seinem großen sachlichen Zusammenhange zu sehen. Die Bombe platzte nur zu früh — oder vielmehr: die Franzosen glaubten jetzt die Zündschnur doch noch früher ziehen zu müssen, als in ihrem Plane gelegen hatte.

Auch die am 14./15. Juli auftauchende Kongreßmöglichkeit ist nur eine Episode in der diplomatischen Vordergrundshandlung. Allerdings wollte Napoleon am Abend des 14. Juli einen Kongreß vorschlagen, der alle Streitfragen entscheiden sollte, und regte anderntags die Mitwirkung Österreichs und Italiens zu diesem Zwecke an; aber der Kongreßplan, der überhaupt weniger auf Frieden, als auf Intervention hinauslief, war ihm nur ein Mittel, die beiden Mächte unter der Hand in die Aktion an seiner Seite hineinzuziehen und inzwischen den Rüstungsvorsprung zu verbessern. Seine wahren Hintergedanken erhellen aus seinen fatalistischen Äußerungen zu dem Grafen Vitzthum am Morgen des 15. Juli; er mahnte die Österreicher gleichzeitig, ein Beobachtungskorps in Böhmen aufzustellen, und setzte vieldeutig hinzu: der Kongreß darf uns nicht hindern, uns zu schlagen. Aber schon dieses Nebenspiel, wie der kaiserliche Zauderer es liebte, erregte das Mißtrauen Gramonts, so daß er am Abend des 15. Juli dem Grafen Vitzthum in maßloser Erregung zurief, er würde dem Kaiser sein Portefeuille vor die Füße werfen, wenn er ihm wieder davon spräche: »Jetzt noch von Kongreß zu sprechen! Wir haben unsere Reserven berufen und der Marschall Lebœuf hat uns gestern erklärt, daß wir erzbereit sind.« Metternich aber sagte Vitzthum nach dieser Szene: »Es ist mir lieb, daß Sie ihn gesehen, denn nun können Sie mir in Wien bezeugen, daß es verlorene Mühe wäre, einem Menschen Vernunft zu predigen, der offenbar den Kopf verloren und nicht zurechnungsfähig ist.« Die Kriegsleidenschaft überschrie bereits einen überlegteren Kriegswillen, der bis zur letzten Stunde möglichst viele diplomatische Erfolgschancen mitnehmen wollte.

Die Art, wie die Vorgänge dieser Wochen sich bei dem Vertreter der Macht spiegeln, mit der die Franzosen sich als moralisch verbündet ansahen, ist um so beachtenswerter, als Metternich nicht etwa zu einem Gegner der französischen Politik geworden war, sondern trotz aller Kritik an ihrer Durchführung, sobald die Kriegsfrage ernstlich gestellt war, leidenschaftlich zum Mitgehen entschlossen war. Auch Beust hatte zwar von vornherein das französische Vorgehen scharf getadelt und wiederholt, zuletzt noch am 13. Juli, zum Einlenken gemahnt; obgleich der Kriegswille der anderen über sein von sehr viel Vorbehalten umgebenes Revanchebedürfnis weit hinausging, so neigte er doch persönlich dazu, die

einleitenden militärischen Schritte zu tun, die Napoleon von der österreichischen Politik erwartete.

Jedenfalls glaubte Gramont die Österreicher, nachdem der Kriegsentschluß durchgesetzt war, in demselben Tempo mitreißen zu können, in dem er selbst in das verhängnisvolle Abenteuer hineinstürzte. Am 17. Juli, in den Stunden, wo ein französischer General mit der Kriegserklärung nach Berlin abging, schrieb er an Beust: »Wenn ich die Stunde der Aktion hätte wählen können, so würde ich natürlich nicht verfehlt haben, unsere Verträge fertig zu machen, und eine Übereinkunft, ganz nach unserer Bequemlichkeit, herbeizuführen, die ich Sie nun bitte in der Eile abzuschließen.« Er bat um die Erlaubnis, 70000—80000 Italiener durch Tirol nach Bayern marschieren zu lassen, um die Aufstellung von 150000 Österreichern in Böhmen und um weitere Aufstellung von 200000 bis 300000 Mann, um in Berlin den Frieden zu diktieren. Angesichts dieses Zukunftsbildes, das in seinen Entschlüssen die entscheidende Rolle gespielt hatte, mochte der Minister allerdings ausrufen: »Niemals wird sich eine gleiche Gelegenheit von neuem bieten, niemals werdet Ihr eine so wirksame Hilfe finden, niemals wird Frankreich so stark sein wie heute, niemals besser bewaffnet und ausgerüstet, von höherem Enthusiasmus erfüllt ... Im Moment, wo ich schreibe, fühle ich, daß der Geist, der mich beseelt, der Geist ganz Frankreichs, der Geist des Kaisers und der Armee ist ... in wenigen Stunden können Sie die Präliminarien aufgesetzt haben, die hinreichen, uns zu binden, und die wir während des Vormarsches der Truppen förmlich in Ordnung bringen werden.«

Die innerpolitischen und außerpolitischen Gründe, die in dem Wiener Kriegsrat vom 18. Juli sich dem Beginn der österreichischen Rüstung entgegensetzten, sind bekannt: der Widerspruch Andrassys und der warnende Druck Rußlands wirkten zusammen. Da eine unmittelbare Verpflichtung nicht vorlag, so blieb das heftige Andringen Erzherzog Albrechts und des Kriegsministers Kuhn für den Eintritt Österreichs in die Aktion ebenso ohne Erfolg wie die etwas diplomatischere Empfehlung seitens des Reichskanzlers. Die Pariser Versuche, gleichzeitig die Fäden einer österreichisch-italienischen Vermittlung (auf der Grundlage eines Status quo, der die Aufhebung der süddeutschen Bündnisverträge einschloß), weiterzuspinnen, sind für die Frage Krieg oder Frieden von ganz untergeordneter Bedeutung und

dienen nur dem Zweck, die im Jahr 1869 aufgestellte Maschine des Dreibundes auf dem Umwege über eine Scheinvermittlung für die Aktion in Bewegung zu bringen. Die unmittelbar darauf unternommenen Versuche, den Dreibund selbst auf einer neuen Vertragsbasis zustande zu bringen, sind allein durch den Schlachttag von Wörth jäh und endgültig zerrissen worden.

Gewiß wird für Napoleon das Maß seiner persönlichen Verantwortlichkeit in diesen letzten Tagen, wo er von Zögern und Winkelzügen nicht frei ist, nicht ganz so eindeutig, nicht so ungeteilt zu bestimmen sein, wie etwa in den Jahren 1863 bis 1866, wo er souverän mit den Geschicken der Völker spielte. Damit aber wird seine höhere geschichtliche Verantwortlichkeit für einen Krieg, von dem er selber am 2. März 1871 einer Vertrauten gestand: »Ich erkenne an, daß wir die Angreifer gewesen sind,«[1] in keiner Weise entlastet.

Wohl aber ist es für das geschichtliche Urteil von hoher Bedeutung, festzustellen, mit welchen politischen Zielen Napoleon und seine Leute in den Krieg hineingingen. Der Kriegswille eines Staates in der Stunde des Ausbruchs eines Krieges wird nicht zuletzt, neben allen anderen Momenten, nach den positiven Kriegszielen zu bewerten sein, die er sich selbst nachweislich gestellt hat oder gar Dritten gegenüber amtlich vertritt. Indem wir noch dieses Motiv, soweit es aktenmäßig erkennbar ist, aufzudecken suchen und damit ein in den bisherigen Untersuchungen zu kurz gekommenes Problem berühren, schließt sich der Ring der Napoleonischen Politik, die unsere Darstellung zu enträtseln unternommen hat.

XI

Mit militärischer Offenheit hat der französische Militärbevollmächtigte in Berlin, Oberst Stoffel, sich beim Ausbruch des Krieges über seine wahre Ursache dahin ausgesprochen: daß der Krieg die Folge der Übermacht Preußens seit 1866 sei und daß gegen diese Übermacht Frankreich Sicherheit seiner Grenzen hätte haben müssen, die ausschließlich der Besitz des deutschen Gebietes bis zum Rheine sei; der Besitz des Rheins könne allein den Frieden zwischen

[1] Briefe Kaiser Napoleons III. an die Gräfin Luise de Mercy-Argenteau. Velhagen & Klasings Monatshefte, September 1906.

beiden Nationen sichern. Das entspricht dem Gedankengange dieser aktenmäßigen Darstellung, nur daß wir auch den Nachweis erbringen konnten, daß Napoleon schon in die Vorgeschichte des Krieges von 1866 mit einem Rheinprogramm hineingegangen ist und durch ein verfehltes Intrigenspiel selbst die Ordnung hat schaffen helfen, die er hernach allein durch die Eroberung des Rheines umwerfen zu können glaubte. Es entspricht dieser Tatsache, daß Fürst Metternich, der tiefer als jeder andere der Napoleonischen Politik von 1863 bis 1870 auf den Grund hatte sehen können, noch am 6. Juli, am Tage der Schlacht bei Wörth, den Rhein kurzweg als das Ziel des Krieges bezeichnete. Diese heute in Frankreich in der Regel verdunkelte Tatsache ist es, die der französische Sozialist J. Longuet in einer Kammerrede vom 18. September 1919 mit den Worten anerkannte, man dürfe nicht vergessen, daß die Sehnsucht nach dem linken Rheinufer den Krieg von 1870 hervorgerufen habe.

Im Juli 1870 freilich hatte die französische Diplomatie nach außen hin eine andere, sogar entgegengesetzte Sprache zu führen; je lauter in den Straßen von Paris das Kriegsgeschrei: an den Rhein, erscholl, um so vorsichtiger mußte die Absicht eines Eroberungskrieges vor der Welt abgeleugnet werden. So wenig ernsthafte Hoffnung man auch auf die Süddeutschen setzte, so legte die französische Regierung bei ihren Erklärungen, zumal solange in Süddeutschland die Entscheidung noch nicht gefallen war, den höchsten Wert auf die Feststellung, daß sie keinen Zoll breit deutschen Bodens erobern und allein das stetige Weitergreifen Preußens aufhalten wolle. Gramont ging sogar soweit, dem bayerischen Gesandten gegenüber die Rheinforderungen der Pariser Presse ausdrücklich zu desavouieren, und trug alle Sorge dafür, diese edle Enthaltsamkeit namentlich in der Wiener Presse in lauten Tönen verkünden zu lassen, um die öffentliche Meinung in Deutsch-Österreich nicht vor den Kopf zu stoßen, sondern für den gemeinsamen Krieg vorzubereiten.

War aber mit diesen formellen Erklärungen, die in dem Kriegsmanifest Napoleons vom 23. Juli gipfelten, die ganze Wahrheit enthalten, oder ließen sie für Umgehungen und Zweideutigkeiten genügenden Raum? Daß den Dänen für ihr Mitgehen ganz Schleswig, und zwar als Minimum ihres Territorialgewinns, angeboten wurde, daß an dieser Stelle eine seit einer Generation heiß umstrittene deutsche Landschaft preisgegeben werden sollte, ist schon erwähnt.

Und wieviel die Franzosen einer Vergrößerung Österreichs, falls es mitging, zu bieten bereit waren, geht aus den Verhandlungen seit dem Jahre 1866 zur Genüge hervor; es unterliegt keinem Zweifel, daß es im Falle des Sieges nicht bei Schlesien geblieben wäre, sondern auch wohl die alten österreichischen Neigungen für bayerisches Gebiet wieder erwacht wären. Wie aber steht es mit den spezifisch französischen Kriegszielen?

Indem man in Paris öffentlich allen Nachdruck auf das Nichterobern und Nichtannektieren legte, griff man wieder zu dem Surrogat für die reine Annexion zurück, das man seit Jahren als eine für das deutsche Nationalgefühl erträgliche Lösung ausgegeben und gleichzeitig mit so vielen heimlichen Hoffnungen verziert hatte. Der autonome Rheinstaat als französisches Kriegsziel taucht in der Entscheidungsstunde wieder auf. Wenigstens der französische Gesandte in Stuttgart ließ sich die etwas dunkle Wendung entschlüpfen, »es sei nach den in Paris in den letzten Jahren gemachten Plänen die Absicht, im Falle des Sieges längs des Rheines zwischen Frankreich und Preußen einen Staat von ungefähr fünf Millionen, etwa für den König von Hannover, zu errichten«. Auch Gramont sprach dem bayerischen Gesandten von einer Wiederherstellung und Vergrößerung Hannovers, um die preußische Vormachtstellung dadurch zu brechen; wenngleich er es hier für klüger hielt, den Rheinstaat selbst nicht ausdrücklich zu erwähnen, so lüftete er dafür an einer anderen Stelle den Schleier, indem er die geplante Beseitigung (annuler) Badens als einer preußischen Filiale andeutete; man erinnert sich dabei, daß es auch Gramont war, der schon im April 1867 den Österreichern Süddeutschland bis zum Schwarzwald angeboten und nur für Baden ein besonderes französisches Interesse angemeldet hatte. Wie es um die französische Enthaltsamkeit gegenüber dem deutschen Boden bestellt war, läßt sich schon aus diesen wenigen Andeutungen erkennen. Wenn man in Paris wieder den neutralen Rheinstaat als eine allenfalls Europa gegenüber zu vertretende Form der Rheinpolitik auf das Programm setzte, so war man sich natürlich darüber klar, daß man, wenn wirklich der Friede in Berlin diktiert werden konnte, bei dieser Zwischenform, die zu allen Zeiten nur als Mindestprogramm gegolten hatte, nicht stehen zu bleiben brauchte.

Aber die Franzosen haben nicht nur hier und da einzelne Teilstücke ihres Kriegsprogramms durchblicken lassen, sondern an einer

Stelle sogar das ganze Programm im Zusammenhange, wenngleich in zurückhaltender Formulierung, entwickelt. Es handelt sich um die Erklärung, die Gramont Anfang August so unüberlegt war, dem russischen Geschäftsträger in amtlicher Form zu unterbreiten, indem er sie ausdrücklich als ein Minimum der französischen Forderungen bezeichnete. Auf dieser Liste erscheint auch eine reine Annexion. Indem die Abtretung des Saarkohlenbeckens verlangt wurde, setzte man sich in scharfen Widerspruch mit dem feierlichen Gelöbnis, kein Stück deutschen Bodens zu beanspruchen; was die Grenzen von 1814 anging, die seit 1860 fast ununterbrochen als bescheidenste Stillung französischer Notdurft galten, so war die französische Diplomatie daran gewöhnt, sie gleichsam als einen ihr zustehenden alten Rechtstitel zu betrachten. Entscheidend aber ist das Gesamtbild der deutschen Umgestaltungen, das man ohne Scheu der mit Preußen befreundeten Macht eingestand: Reduktion Preußens auf die Grenzen von 1866 und Wiederherstellung der Depossedierten; Vergrößerung der Mittelstaaten durch altpreußisches Gebiet und »Konstituierung von Staatengruppen in Deutschland, welche die preußische Suprematie dauernd brechen würden«. In dieser Formel ist das wohlbekannte Ziel der Zerlegung Deutschlands in möglichst gleichgroße Staaten wiederzuerkennen, das wir als Basis der französisch-österreichischen Bündnisverhandlungen des Jahres 1869 kennen; und daß unter diesen Staatengruppen auch der neutralisierte Rheinstaat in ansehnlichem Umfange vorgesehen war, daß er gewissermaßen das sichtbarste Symbol dieser föderalistischen Zertrümmerung Deutschlands geworden wäre, bedarf keines näheren Nachweises.

An einer Stelle enthalten die Kriegsziele, zu denen sich Gramont den Russen gegenüber bekannte, noch eine überraschende Ergänzung, um derentwillen die ganze Mitteilung erfolgte. Der französische Minister legte zum Schluß der russischen Regierung die offizielle Frage vor, was sie zu tun gedächte, wenn die französische Armee in Berlin stände, und ihr für ihre Neutralität Danzig geboten würde. Mit dieser Verfügung über deutschen Boden, mit der die Pläne einer gründlichen Zerstörung auch auf die deutsche Ostgrenze übergreifen, halten wir die letzte amtliche Äußerung der Franzosen über ihre Kriegsziele, unmittelbar vor dem ersten Gefecht bei Weißenburg, in Händen.

Angesichts aller dieser französischen Pläne, die, wohlgemerkt, sämtlich als Mindestforderung verstanden sein wollen, wird man die tiefe Verlogenheit des Kriegsmanifests ermessen, in dem Napoleon der Welt seinen Wunsch verkündete, daß »die Völker, welche die große germanische Nation bilden, frei über ihr Geschick verfügen«. Auf derselben Linie steht die Ankündigung des Manifests, man gedenke in Deutschland einen Stand der Dinge zu begründen, »welcher unsere Sicherheit gewährleistet und für die Zukunft verbürgt« — jahrhundertelanger Gebrauch gab dem Stil dieser Phrasen kein ehrwürdigeres Ansehen. Das Bild des Deutschlands des Westfälischen Friedens, auf allen Grenzen dem Einfall und der Zerreißung preisgegeben und im Innern bis zur völligen Wehrlosigkeit aufgelockert, schwebte als ein historisches Ideal der Vergangenheit über dem Wollen der Gegenwart — es war »der große Gedanke der französischen Politik« (nach dem Worte von Thiers), eine so weitgreifende Desorganisation des deutschen Staates herbeizuführen, daß dem französischen Nachbarn Sicherheit und beliebige Ausdehnung als Geschenk des Schicksals in den Schoß fiel.

Gegen diese Gefahr, die schon im Jahre 1866 mit genauer Not abgewendet worden war, hatten die Deutschen im Jahre 1870 ihre Einheit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Im Jahre 1870 war es der letzte Ausklang jener napoleonischen Spekulationen, denen wir seit sieben Jahren als der verborgenen Triebkraft des Kaiserreichs begegneten — daß der Rhythmus der französischen Geschichte noch immer nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten, weiterschwingt, daß dieses Volk, hingerissen von der Macht der Tradition, sich selber nicht zu entfliehen vermag, haben wir in den letzten sieben Jahren seit dem Ausgang des Weltkriegs erfahren.

Die Politik Napoleons und der Franzosen, die sich dem nationalen Selbstbestimmungsrecht der Deutschen entgegenwarf, führte zum Kriege von 1870 — durfte sie sich für ihren verhängnisvollen Gang auf die »Sicherheit« ihres Staates als auf eine höhere Rechtfertigung vor der Geschichte berufen? Wir haben gesehen, wie das Motiv der Sicherheit ganz allmählich seit 1866 das vordem ganz eindeutige Motiv der Vergrößerung, der veränderten Situation sich anpassend, ablöst, nur ein neuer Name für eine alte Sache: für die natürlichen Grenzen, für die gallisch-römischen Erinnerungen, für die pseudohistorischen Rechtstitel des Feudalismus, für alle anderen Ver-

suche, der groben Wirklichkeit das Gewand einer Idee zu leihen. Zwei Menschenalter vorher galt die Erreichung der natürlichen Grenzen als eine heilige Überlieferung: »Es ist die Lehre der Gelehrten,« so sagt Sorel, »der Glaube der Dichter, der Ehrgeiz der Führer des Volkes, der Könige, Minister, Generäle, Versammlungen und Komitees, es ist eine Interessenfrage für den Volkswirtschaftler, eine Forderung der Staatsräson für den Politiker, ein nationaler Traum« — alle diese Lebenskreise, alle diese Antriebe bemächtigen sich fortan des Sicherheitsmotivs, in dem die große historische Tradition gleichsam mit defensiven Vorzeichen wieder auflebt, aber doch nur dem offensiven Zweck dient, die nationale Einigung des Nachbarstaates zu stören oder zu verkürzen. Man glaubt die eigene Sicherheit, Einheit und Ruhe allein in der Unsicherheit, Uneinigkeit, Unruhe des anderen zu finden und überschreitet die Grenzen, die dem Egoismus des Staatsinteresses durch das ungeschriebene Sittengesetz des Völkerlebens gesetzt sind.

Die Kämpfe der Vergangenheit spielen für das geschichtliche Bewußtsein der europäischen Völker nur dann eine Rolle, wenn ihre Triebkräfte und Motive auch in der Gegenwart lebendig und schicksalbestimmend fortleben. Die Linie, die von Ludwig XIV. bis zu Napoleon III. in gerader Geschlossenheit führt, mündet als entscheidende Triebkraft in der inneren Verursachung des Krieges von 1870/71. Diese Tatsache blieb der Welt, die diesen Krieg erlebte, nicht verborgen. Zu den häufig angeführten Urteilen anderer Völker mag noch die Ansicht gestellt werden, die der amerikanische Gesandte Bancroft, der bekannte Historiker, am 12. Oktober 1870 im Auswärtigen Amte zu Berlin vertraulich äußerte, »daß die leitenden Staatsmänner und die öffentliche Meinung in Amerika den jetzigen Krieg wesentlich als einen Akt der Notwehr von deutscher Seite ansehen, wobei es hauptsächlich darauf ankomme, Deutschland vor neuen Angriffskriegen seiner westlichen Nachbarn, wie deren die Geschichte der drei letzten Jahrhunderte eine so große Anzahl aufweist, durch eine bessere Abgrenzung dauernd zu schützen«.[1]

[1] Unterstaatssekretär v. Thile an den Gesandten in Washington, Frhr. v. Gerolt. Ganz vertraulich, 13. Oktober 1870. (A. A. Berlin.)

Der tatsächliche Zusammenhang begann erst verdunkelt zu werden, als mit der Bildung des großen Weltgegensatzes gegen Deutschland die französische Auffassung unter den ihr politisch verbundenen Völkern wieder um sich griff. Seit dem Weltkriege ist auch die Frage der Ursache des Krieges von 1870 aus politischen Gründen zugunsten einer Legende verfälscht worden, die die Verursachung des Krieges von 1870 gleichsam als Auftakt zu der Verursachung des Weltkrieges zu behandeln und in einer einzigen Schuldfrage zusammenzufassen suchte, dergestalt, daß wer in Frankreich und den von ihm geistig abhängigen Ländern an die Alleinschuld oder Hauptschuld Deutschlands am Weltkriege glaubte, daraus die Folgerung zog, auch das Märchen vom Überfall Frankreichs durch die Deutschen im Jahre 1870 gläubig hinzunehmen. Aber indem die Franzosen die Vergangenheit unter dem neuen Gesichtspunkt des französischen Lamms und des deutschen Wolfes umzufärben unternahmen, begegnete es ihnen, daß der neu erwachte Geist der historischen Rheinpolitik, von einer frischen Gloriole umgeben und von keiner diplomatischen Vorsicht behindert, in den Jahren seit 1919 immer lauter und vernichtender gegen sie Zeugnis ablegte. Was wir seit 1815 als die verschwiegene Triebkraft der französischen Politik, und seit 1863 als die zur Katastrophe führende Spekulation Napoleons erkannt haben, erhob sich jetzt hemmungsloser als im ganzen Verlauf der Geschichte. Fast alle Parteien, nur mit geringen Ausnahmen, bekannten sich nunmehr zu der Forderung des Rheines, auf der ganzen Linie setzte sich die Wissenschaft in jenem Geiste, den einst Albert Sorel gegeißelt, für das historische Recht dieser Forderung ein, verband sich Interesse und Leidenschaft zu einem Spiele, das nur in der Durchführung die verschiedensten Nuancen aufwies: von der reinen Eroberung bis zu jenen mannigfachen Formen der Durchdringung eines neutralen oder mindestens von Preußen abgelösten Rheinstaats, der von jeher die erste Vorstufe der Aneignung gebildet hatte und in der Verwirrung der Gemüter seit 1919 auch in Deutschland Toren und Verräter als Anhänger gewann, die nicht begriffen, zu wessen Nutz und Frommen jede Änderung der staatsrechtlichen Ordnung am Rhein unternommen wird.

Wenn man einen Zusammenhang zwischen den Ursachen des Krieges von 1870 und den tieferen Ursachen des Weltkrieges be-

hauptet: wohlan, er soll nicht geleugnet werden, er besteht allerdings vor der Geschichte. Nur in einem anderen Sinne, als die deutschfeindliche Parteiauffassung der Schuldfrage es sich vorstellt und die Menschheit glauben machen möchte. Die nationale Tradition, die Napoleon III. in den Krieg getrieben und den verhängnisvollen Zusammenstoß zwischen der historischen Rheinpolitik der Franzosen und dem Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation herbeigeführt hat, ist die Wiege des Revanchegeistes, der an der Herbeiführung der zum Weltkrieg führenden Weltspannung einen zentralen Anteil hat. Derselbe Geist, der in diesem Volke die innersten Kräfte der Seele mächtig beflügelte, hat es dafür auch mit einer tiefen Verantwortlichkeit vor der Menschheit belastet. Indem dieser Geist sich nach der großen Katastrophe von neuem einer dauernden Befriedung der beiden Völker unversöhnlich in den Weg stellt, bleibt er das schwerste Hindernis für alle Hoffnungen auf ein künftiges friedliches Gemeinschaftsleben unter den Völkern Europas.

Akten

I.

Aus der Vorgeschichte: Zur deutschen Politik Napoleons III. in den Jahren 1863 bis 1865

1.

Fürst Metternich an Graf Rechberg[1]

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 22 février 1863

J'ai eu hier une conversation de trois heures avec l'Impératrice au sujet de la Pologne et je me félicite d'avoir eu cette occasion de devancer en quelque sorte, ce qui forme l'objet de Votre télégramme de ce matin.

L'Impératrice m'a annoncé que vu la tournure que prenaient les choses, l'Empereur n'était plus préoccupé que de l'entente entre l'Autriche, la France et Angleterre, entente qui peut amener la solution de toutes les affaires, la consolidation de sa dynastie et le bonheur du monde. Il se réserve, me dit-Elle, de me parler franchement de tout cela lorsque le moment serait venu. Elle voulait, disait-Elle, jeter Son bonnet par-dessus les moulins et me dire tout ce qu'Elle pensait. Je la prendrais pour une folle si je voulais, mais comme elle était sûre que d'Elle à moi, cela ne porterait pas à conséquence, Elle voulait devancer l'Empereur et aller de suite beaucoup plus loin que Lui. — Je Lui dis que j'étais prêt à l'écouter puisque je n'étais destiné qu'à entendre des rêveries politiques sans conséquence comme toutes les pérégrinations auxquelles Elle m'avait déjà fait assister.

L'Impératrice me répondit: Je sais que Votre Empereur Vous écoute et Vous aime, faites Lui connaître le fond de notre sac. Il en fera ce qu'Il voudra, mais du moins Il rendra justice à la franchise d'une femme qui est naturelle-

[1] Das französische Bündniserbieten vom Februar/März 1863 ist auf Grund der Wiener Akten (Nr. 1—5) zuerst von Alfred Stern, Geschichte Europas seit den Verträgen 1815, Bd. 9 (Stuttgart u. Berlin 1923), S. 163 ff., behandelt worden. Vgl. auch seine Abhandlung «L'insurrection polonaise de 1863 et l'impératrice Eugénie», Revue historique 137, p. 66—74 (1921), wo Nr. 1 und 3 bereits mitgeteilt worden sind. Sterns Aktenbenutzung ist jedoch unzulänglich (ich sehe davon ab, daß in seiner Darstellung S. 165 ff. mehrfach ungenaue Daten für die benutzten Aktenstücke verwendet werden; Nr. 1 ist vom 23. statt 22. Februar datiert, Nr. 2 vom 2. März statt 26. Februar; ein Bericht Metternichs vom 27. Februar liegt nicht vor). Das französische Motiv, von dem die Umgestaltung der Karte Europas ausgeht: der Erwerb des linken Rheinufers, wird gar nicht als das zentrale Motiv erkannt, von dem die ganze Aktion überhaupt im historisch-politischen Urteil zu bewerten ist, es erscheint vielmehr eher abgeschwächt.

ment plus fantasque que les hommes, mais qui a trop à cœur l'intérêt de Son pays adoptif, de Son époux et de Son fils pour se risquer de mentir en parlant de l'avenir.

Je me suis permis d'observer à Sa Majesté que je ne méritais pas les assurances flatteuses qu'Elle me donnait, mais que dans tous les cas je croyais pouvoir répéter tout ce qu'Elle me dirait sans crainte de mécontenter mon Souverain Maître. «Vous savez du reste, Madame,» ajoutai-je, «que si réellement Vous trahissez tous Vos secrets, c'est là un fait d'une importance telle que Vos plans fussent-ils le renversement du monde, leur révélation aura un prix inestimable pour ceux auxquels Vous voudrez bien les confier, car au moins serons nous avertis.»

L'Impératrice me dit en souriant: «Pour vous faire comprendre ce que je voudrais, l'idéal de ma politique, il faut que nous prenions la carte!»

J'avoue que ma curiosité fut piquée au plus haut degré de la perspective de voyager avec l'Impératrice à travers une carte bien souvent parcourue par le couple Impérial.

Sa Majesté prit l'atlas de Le Sage et m'expliqua pendant plus d'une heure le plan utopique, mais très curieux qui l'enthousiasme.

Je ne saurais suivre dans tous ses détails la pérégrination à *vol d'oiseau* (quel *vol* et quel *oiseau*!) de l'Impératrice et j'en arrive de suite à ce qui m'a paru être le but positif, l'arrangement décisif auquel on s'arrêterait une fois lancé dans *les remaniements*. Je procède par la désignation des puissances.

Russie

Refoulée en Orient et maigrement rétribuée de la perte de la Pologne et des provinces qui en faisaient partie par une compensation dans la Turquie d'Asie.

Pologne

Réconstituée avec un Archiduc comme Roi, si nous voulons, mais encore mieux avec le Roi de Saxe reprenant ses droits dynastiques en compensation de la cession de son royaume à la Prusse.

Prusse

Céderait la Posnanie à la Pologne, la Silésie à l'Autriche et la rive gauche du Rhin à la France, mais obtiendrait la Saxe, le Hanovre et les duchés au Nord du «Mein».[1]

Autriche

Céderait la Vénétie au Piémont, une partie de la Galicie (Lemberg et Cracovie) à la Pologne, prendrait une longue ligne de nouvelles frontières à travers la Servie le long de l'Adriatique, la Silésie et tout ce qu'elle voudrait au Sud du «Mein».

[1] Das Motiv der preußischen Ausdehnung in Norddeutschland, mit dem Napoleon seit 1857 den preußischen Ehrgeiz in Bewegung zu bringen suchte (S. 22 Anm.), wird hier — da das ganze Spiel nicht mit Preußen, sondern gegen Preußen und mit Österreich gemacht werden soll — zwar nicht fallen gelassen, aber kombiniert mit großen Opfern Preußens im Osten an Österreich und Polen, im Westen an Frankreich.

France

ne céderait rien! mais prendrait la rive gauche du Rhin[1] respectant la Belgique à cause de l'Angleterre à moins que cette puissance ne lui laisse Bruxelles et Ostende etc. etc. pour prendre Anvers.

Italie

Le Piémont aurait la Lombardie, la Vénétie, la Toscane, Parme, Plaisance, Bologne et Ferrarre; mais restituerait les deux Siciles au Roi de Naples qui arrondirait le Pape.

Turquie

Supprimée pour cause d'utilité publique et de moralité chrétienne se laisserait partager en cédant ses possessions d'Asie à la Russie, la ligne de l'Adriatique à l'Autriche, la Thessalie, l'Albanie et Constantinople à *la Grèce*, les Principautés comme une enclave indépendante à un Prince du pays. — Les Rois et les Princes dépossédés en Europe iraient civiliser et monarchiser les belles républiques américaines qui toutes suivraient l'exemple du Mexique.

Voilà le plan de l'Impératrice et je Vous prie, Mr. le Comte, de vouloir bien ne pas le considérer comme une plaisanterie, je crois l'Impératrice et même l'Empereur très convaincus de la possibilité et de *la nécessité* de la réaliser une fois.

Mettons de côté ces phantasmagories napoléoniennes et permettez-moi d'examiner sérieusement la situation au point de vue de nos intérêts réels. Mon instinct me dit qu'en usant de la sagesse et de l'habileté qui a présidé depuis trois ans à notre politique nous pourrions profiter de nos avantages, ne fût-ce que pour amener l'Empereur à s'engager envers nous dans la question d'Orient. Pour y arriver il n'y aurait, je pense, qu'à laisser venir les événements et les avances que nous fera l'Empereur — là où nous pourrons faire cause commune, nous pouvons demander un engagement.

Je suis curieux de savoir si l'Angleterre entrera dans les idées de l'Empereur Napoléon?

Il est possible et désirable même que nous trouvions dans le Cabinet de Londres un auxiliaire précieux pour modérer la marche des manifestations diplomatiques à notre guise. Je suis charmé que nous ne soyons pas en tête-à-tête pour le moment, et j'encourage de tous mes efforts l'idée de *l'entente à trois*, parceque je prévois que la politique anglaise pourra nous être d'un grand secours.

Les dangers sont grands et les difficultés que nous aurons à surmonter sont immenses, mais je ne sais ce qui me dit que nous réussirons à mener au port notre barque si tourmentée par les orages depuis quelques années. La personnalité qui dirige la politique française aujourd'hui me paraît constituer une garantie réelle dans ces circonstances.

[1] Das französische Kernmotiv für die ganze weitgreifende Umgestaltung der europäischen Landkarte! Während Napoleon Preußen in eine norddeutsche Aktionspolitik dadurch hatte vorantreiben wollen, daß er seine rheinische Enthaltsamkeit bekannte und höchstens geringfügige Kompensationen sich vorbehielt, suchte er die Konjunktur, die durch den polnischen Aufstand und die antipolnische Politik Bismarcks gegeben war, sogleich in der Richtung auf das »große Rheinprogramm« auszunutzen.

Mr. Drouyn de Lhuys est, en fait de principe, aussi correct que possible, son désir de s'allier avec nous ne date pas d'hier. La copie ci-jointe d'un rapport de M. Lightenvelt de l'année 1855 qui emprunte aux circonstances présentes un caractère d'actualité remarquable, en fait foi. —

Si nous voulons commencer à obtenir dès aujourd'hui quelque avantage en Orient, il faudrait, je crois tâcher dès-à-présent à demander, que l'influence française à Belgrade et à Bukareste se mette un peu à notre service, il faudrait que Mr. Drouyn de Lhuys fasse comprendre aux Princes Couze et Michel que nous sommes appelés à les prendre en tutelle, comme étant le voisin le plus interessé et tâcher d'éloigner les éléments révolutionnaires.

2.

Fürst Metternich an Graf Rechberg

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 26 février 1863

L'Empereur m'a parlé avant-hier et très longuement de la question du jour. J'étais préparé depuis quelque temps aux ouvertures que devait me faire Sa Majesté; mais j'avoue que l'élan de sa franchise a dépassé mon attente. Son langage rappelle les grandes époques de son règne, époques qui ont précédé les guerres d'Orient et d'Italie. Ses paroles respirent la passion politique et font un effet d'autant plus grand qu'elles contrastent absolument avec son attitude habituelle. Dans ces moments on voit percer l'ambition démesurée et l'energie indomptable de cet homme extraordinaire.

L'Empereur a commencé par les notes faibles et ne s'est monté au grand diapason que peu à peu. Il m'a dit que notre politique avait été on ne peut plus habile depuis trois ans, que cette politique contrastait de telle façon avec les maladresses commises autour de nous, que nous devions en recueillir nécessairement de grands bénéfices; que pour sa part il ne demandait pas mieux que de nous prouver la vérité de ce qu'il m'avait répété si souvent, à savoir que les circonstances seules et la sauvegarde des intérêts réciproques pouvaient amener les alliances fructueuses.

«Le jour est arrivé», ajouta Sa Majesté, «où l'Autriche peut regagner en un tour de main beaucoup plus qu'elle n'a perdu. Les sacrifices qu'elle voudra faire seront largement compensés, et quant à moi je suis prêt à m'engager envers Votre Empereur corps et âme.»

L'Empereur entra alors dans des détails très circonstanciés sur ce qu'il attendait de nous et il le fit avec une grande habileté en recouvrant toute son argumentation d'un voile de conservatisme. Les idées dynastiques et antirévolutionnaires furent débitées par Sa Majesté avec beaucoup de force et d'énergie, et j'avoue que s'il est un peu gênant pour nous d'être bousculés de la sorte, nous ne pouvons que nous applaudir de voir le grand maître de la révolution briguer la faveur de notre alliance avec des attitudes d'homme d'état correct et imbu de bons principes.

L'Empereur comprend qu'un tête-à-tête de prime-saut avec Lui doit nous gêner — il avoue que nous avons le droit de nous rappeler diverses circonstances de nature à ne pas nous inspirer une confiance absolue. C'est pour cela qu'il a voulu, dit-il, placer un peu l'Angleterre entre nous. *Le mariage-de-raison* qui lie les deux Puissances occidentales dans toutes les grandes questions qui se présentent n'empêche pas, selon lui, une liaison étroite et passionnée entre les deux plus grands Etats du continent.

J'ai répondu à l'Empereur qu'il savait mieux que personne combien nous avions toujours désiré une entente franche et loyale avec la France. Le malheur veut, ajoutai-je, que ce qui lui paraît, à lui qui n'a rien à y perdre, tout simple, ne nous paraît pas aussi facile, à nous dès qu'on nous place au premier plan la perspective d'opérations chirurgicales et de mutilations désagréables et inadmissibles en principe. L'horizon splendide qu'il veut bien nous montrer dans le lointain ressemble trop aux mirages du désert et ne peut nous faire oublier la pénible réalité du plan plus rapproché. Je lui ai dit encore que je ne comprenais pas pourquoi on devait toujours lorsqu'il s'agissait d'alliance, devancer les événements et prévoir des nécessités d'amputation qui ne se présenteront peut-être pas. «Entendons-nous tranquillement, je Vous en conjure, Sire», ai-je fini par dire, «sans faire de la tragédie lorsque nous ne savons pas, si la toile ne se baissera pas avant le deuxième acte.» — L'Empereur avoua que la position était très différente en ce sens que la France n'avait qu'à gagner à notre alliance et que nous aurions peut-être de grands sacrifices à faire. «Mais,» ajouta-t-il, «ne vaut-il pas mieux ne pas faire de l'hypocrisie et Vous dire le fond de ma pensée? Les avantages sont énormes pour moi si je parviens à régler les questions de Pologne et d'Italie. J'ai essayé de m'entendre avec la Russie et l'Angleterre, et je n'ai pas réussi. Je le dis franchement, j'appartiendrai à la Puissance qui m'y aidera et je ne Vous cache pas que c'est avec l'Autriche que j'aimerais le mieux m'entendre, parceque nos intérêts sont identiques.»

L'Empereur ne m'a pas parlé du Rhin, et je n'ai naturellement pas touché à cette corde, la plus sensible de toutes.[1] Je me suis borné à conseiller à l'Empereur la plus grande prudence, le plus grand respect des principes dont nous ne nous départirions jamais. Enfin j'ai voulu lui faire comprendre que si les circonstances seules pouvaient, selon lui, amener les alliances, il fallait encore avoir la patience de les laisser se produire.

[1] Wenn Alfred Stern, a. a. O., S. 165, meint: »Der Kaiser hütete sich allerdings in seiner Unterhaltung mit Metternich, seiner Phantasie soweit die Zügel schießen zu lassen, wie seine Gemahlin, « und diese Auffassung durch das (unvollständige) Zitat stützt. » Der Kaiser hat mit mir nicht vom Rhein gesprochen, und ich habe mich gehütet, diese Saite zu berühren «, so wird dabei übersehen, daß Metternich in seinen Berichten Kaiser und Kaiserin, als einheitlich operierend, ihren Plan zur Umgestaltung Europas als ein organisches Ganzes nimmt, und die besondere Leidenschaftlichkeit und Ungeduld Napoleons betont. Vor allem geht aus dem Bericht Metternichs hervor, daß auch Napoleon Frankreich als den nur gewinnenden Teil (eben am Rhein gewinnenden Teil) im Unterschied von dem zugleich Opfer bringenden Österreich bezeichnet, und daß er nur das Wort Rhein, das Metternich als die empfindlichste Saite von allen bezeichnet, vorsichtig zu vermeiden gewußt hat. An dieser Stelle aber — «Le Rhin devenu fleuve français» nennt sie der Botschafter in seinem zweiten Gespräch mit der Kaiserin — liegt die Wurzel und der Kern des ganzen Plans.

Mais l'Empereur est, je le vois, si impatient, qu'Il n'attend pas et déjà le calme de Drouyn de Lhuys n'a pu l'emporter sur sa fougue. Un fait assez caractéristique cependant s'est présenté, lorsque Drouyn de Lhuys soumit à l'Empereur son projet de note. Sa Majesté supprima plusieurs passages qui dans sa pensée pouvaient nous effrayer et ordonna à Son Ministre de s'en tenir mot à mot pour ce qui nous concernait à la teneur de la dépêche que Votre Excellence m'a adressée le 11ct. sur les affaires de Pologne. L'attente de l'Empereur au sujet de notre réponse ressemble à de l'anxiété. Il m'a demandé au moins trois fois mon opinion sur l'accueil que recevrait la démarche de Mr. de Gramont. Je lui ai dit, que je ne savais qu'une chose, c'est que rien ne m'indiquait que le Cabinet Impérial voulut dépasser les limites de l'attitude observée jusqu'ici et exposée dans la dépêche susmentionnée; que je connaissais cependant trop les sentiments qui animaient mon Gouvernement pour ne pas insister auprès de Lui afin qu'il ne soit proposé à Vienne rien de contraire aux principes connus, aux vues généreuses et désintéressées de mon Auguste Maître.

Lord Cowley vient de me dire qu'il avait reçu un avis qui lui faisait croire que l'Angleterre cédant à nos conseils mettrait une sourdine à l'impétuosité qui se manifeste ici. Il espère cependant que notre refus commun ne sera pas donné sous une forme blessante parcequ'il craint qu'alors l'Empereur ne se jette dans les bras de la Russie et n'obtienne de cette Puissance des concessions en Pologne compensées en Orient. Mr. de Budberg a dit dernièrement à l'Empereur que la Russie ferait dans la mesure du possible tout ce que l'Empereur lui demanderait *seul*, mais qu'une action diplomatique de la part des trois Puissances rencontrerait à St. Pétersbourg une résistance à outrance.

Le tourbillon dans lequel je me trouve, est si fort que j'ose à peine fixer des conclusions des suites de ce qui se passe. Je me contente de rapporter les faits qui se présentent. L'agitation prend tous les jours des proportions plus grandes et nous sommes arrivés de plain-pied dans la situation de l'allié par excellence.

Tout ce que fait l'Autriche est admirable et l'alliance avec nous est regardée comme la panacée universelle.

3.

Kaiserin Eugenie an Fürst Metternich

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, Palais des Tuileries, le 2 mars 1863

Mon cher Prince, notre conversation a été si décousue et si peu précise, qu'il m'en est resté à peine quelques phrases à *répéter*; une autre fois nous commencerons si vous le voulez bien, par les *faits divers*, afin de conserver la mémoire toute fraîche pour les choses qui peuvent avoir de l'importance.

En somme, je ne vois rien d'encourageant, et je crains bien que la montagne n'accouche d'une souris *morte et voilà tout.*

Je conçois fort bien que vous trouviez la furia francese en dehors de vos habitudes, qu'elle vous effraie, et même que vous aimiez mieux l'abstention

qu'une décision rapide. Mais plus j'y pense, plus je me demande par quel bout on relèvera le fil si on le laisse choir. Si l'ordre est rétabli en Pologne, si l'insurrection épuisée et abandonnée à ses propres forces est comprimée, comment ferez-vous pour remettre la question sur le tapis? On vous répondra avec raison: «nous sommes assez forts chez nous pour remettre l'ordre et assez maîtres pour ne recevoir de conseils de personne.» Les circonstances ont sûrement fait surgir cette question dans un moment où chacun avait besoin de repos et on s'était tacitement promis d'écarter toute question propre à susciter des embarras. Mais elle existe aujourd'hui. La renvoyer à une autre époque n'est-ce pas courir le risque de perdre *l'occasion*, enfin, si vous vous abstenez de toute action commune, *où* se trouvera le point de contact qui doit cimenter notre union? — Voilà ce que je me demande depuis votre départ et j'avoue qu'il m'est impossible de *me répondre*. Voyages autour du monde — rêves et chimères, voilà ce qu'il restera: un train de plaisir *parti trop tôt* et un autre parti *trop tard* sans station intermédiaire et sans point de jonction. Et pourtant quand on pense à tout ce qu'il y a de grand — de pratique même, à ce rêve éveillé que nous avons fait ensemble, il me prend envie de pleurer et de me casser la tête contre le mur. Être incapable de faire passer la conviction qu'on a et qu'on s'explique si bien à soi-même, dans la tête d'un autre, c'est bien triste; vous me répondez que c'est une affaire de tempérament, mais comment y changer quelque chose? — Si les événements pouvaient participer de *votre nature*, je serais bien tranquille, on aurait le temps de tout mener de front; mais hélas ils vont même, plus vite que moi et c'est tout dire. Nous disions l'autre jour que votre pays avait un bonheur à toute épreuve. Fautes entassées sur fautes ont souvent et je dirai *toujours* été réparées par une providence qui veille sur vous. Le bonheur vient en *dormant*, dit le proverbe, mais un autre dit: aide-toi et le ciel l'aidera. Quel avenir de grandeur se présente à vos yeux et dire que vous n'étendrez pas la main pour le prendre ou que vous le ferez trop tard. . . . Pour ceux qui rèvent comme moi une alliance *sincère et durable* avec vous, où chacun mettra de sa part: une part dans les sacrifices comme *dans les avantages*, j'avoue qu'il en coûte d'y renoncer. Une autre chose ressort de ce que vous me dites: vous dites que si on veut vous *séduire* il faut un appât plus puissant. D'abord n'en est-ce *pas un* immense que d'être complètement identifié avec nous dans la question allemande, sauf quelques détails dont nous voudrions au moins la discussion; et si on vous demande des sacrifices n'est-ce pas toujours avec des compensations? Comme une maison de banque vous pourrez faire votre livre en partie double des sorties et des rentrées. Vous me dites trop impatiente et c'est vrai, mais c'est qu'une entente avec vous a toujours été ce que j'ai *le plus désirée*. Le mariage d'inclination c'est *vous*, ne nous faites pas faire un mariage de *raison*. Mais si vous me disiez de préciser, je ne saurais trop le dire ce que j'ai peur de perdre — c'est l'occasion. Vous êtes plus près des événements et vous pouvez même juger du développement qu'ils prendront. Mais surtout p r é c i s o n s c'est ce qui est le plus pratique. Au fond j'ai relu ma lettre et je ne sais pas si elle a une raison d'être, je crois que c'est par habitude que je reparle de l'affaire, mais surtout gardez-

la pour vous, je ne veux pas décidément faire partie *d'un conte de fée ou des mille et une nuits*. — Nous avons de bonnes nouvelles du Mexique à cette heure, ils doivent être devant Puebla. Le chemin de fer avance et avant la terrible époque pourra nous faire franchir les terres chaudes. Je suis donc d'une humeur charmante. À ce soir. Mes amitiés à la Princesse et surtout gardez ma lettre pour vous, j'ai peur de vos *principes*, elle a un parfum révolutionnaire qui me perdrait aux yeux de Vienne, tandis que mon *Sr. Benito Espagnol* me donne une bien mauvaise note ici. Je ne suis ni l'un ni l'autre. Mais si c'est un rêve, *rêvons*, il n'y a pas de mal.

4.

Fürst Metternich an Graf Rechberg

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Très Secrète

Paris, le 5 mars 1863

L'expédition que Vous m'avez adressée le 27 février contenait une dépêche officielle renvoyant l'entente avec la France à un autre moment, des dépêches confidentielles et une lettre particulière témoignant du désir de ne pas laisser échapper l'occasion. J'ai dû me demander si vis-à-vis de l'élan rigoureux avec lequel on se portait au devant de nous ici, je devais faire prédominer nos intentions passives ou actives et je me suis décidé à porter mon fardeau officiel au Ministre des affaires étrangères et mes petits mystères aux Tuileries chez l'Impératrice. Le Ministre a naturellement paru vexé — la Souveraine a pris le mors aux dents et j'ai passé trois jours à courir des Tuileries au Ministère et du Ministère aux Tuileries pour rétablir l'équilibre et je me repose un peu aujourd'hui pensant avoir réussi. Je ne veux pas Vous ennuyer des détails, des répétitions de mes entretiens je me résume en Vous affirmant: 1°) que j'ai fidèlement réservé pour nous la liberté la plus complète de décision, — 2°) que j'ai acquis la conviction que nous tournons réciproquement dans un cercle vicieux.

Je ne sais ce qui ressortira de tout ceci. Parviendrons nous à une entente sérieuse et complète? Le voulons nous d'abord? Ce n'est pas moi qui répondrai ces questions, ce ne seront que les deux Souverains qui pourront placer l'entente sur une base solide, durable, et ce seront les événements qui trancheront les difficultés. Aujourd'hui voici la situation: L'Empereur Napoléon voudrait je ne disai pas *amener brusquement* la solution de la question italienne et polonaise *avec nous*, mais *se lier*, *s'engager* avec l'Autriche pour les résoudre, si elles se présentaient d'une façon qui permit de les entâmer. Le cercle vicieux, le voici: Nous ne voulons pas nous engager à des sacrifices peut-être inutiles, mais nous désirons être certains des compensations si les sacrifices devenaient nécessaires. Ici on dit: «pour vous assurer les compensations, il faut préparer le terrain, charger de fond en comble notre politique en Allemagne et en Orient, nous montrer Votre allié partout où Vous le voudrez — il nous faut

donner des gages certains sans que Vous nous engagiez à rien.» Trouver la formule qui réalise le «donnant, donnant», c'est là la difficulté, c'est la pierre d'achoppement, c'est ce à quoi je me creuse la tête *sans trouver*. J'ai, en la combattant à outrance, et je dois dire avec un *succès d'estime*, obtenu de l'Empereur sa formule *à Lui*. Le voici:

Dans le cas où les événements de Pologne Vous forceraient à évacuer la Galicie, je Vous offre la prépondérance exclusive en Orient et la compensation matérielle que Vous m'y désignerez. Je me lie à Votre politique orientale dès aujourd'hui si Vous voulez me promettre de joindre la Galicie à la Pologne dans le cas où celle-ci se constituerait. Si la réglementation définitive de la question italienne (Roi de Naples, Pape et Piémont) exigeait l'abandon de la Vénétie, je me mets au service de Votre prépondérance en Allemagne et m'engage dès aujourd'hui à Vous soutenir envers et contre tous et de Vous faire obtenir la compensation matérielle que Vous voudriez de ce côté. «Il est clair,» ajouta l'Empereur, «que si je me brouille de tous les côtés pour m'allier franchement à Vous, je désire être bien sûr que Vous ne me direz pas, le moment venu: je veux que la Pologne et l'Italie se constituent sans sacrifier deux de mes plus beaux Royaumes.» J'ai répondu très vivement à l'Empereur que son argumentation pêchait par la base, que nous ne demandions ni agrandissement en Allemagne ni des provinces en Orient parceque nous n'avons pas comme lui, le désir immodéré de reconstituer la Pologne et l'Italie. «Pourquoi mêler les deux questions?» lui dis-je, «pourquoi vouloir nous forcer à nous engager d'avance lorsque nous ne sommes pas sûrs que les sacrifices qu'il veut nous arracher seront nécessaires? Pourquoi ne pas retourner la question ce qui serait bien plus simple, et *Vous* engager, Vous, à nous aider à des compensations, si la nécessité s'en presentait? Pourquoi nous crier aux oreilles que Vous voulez nous arracher des lambeaux, que c'est là votre but et nous faire craindre, qu'après amputation nous ne voyons pas bien sûrs de Votre concours? Si, lorsque nous aurons proclamé que nous sommes prêts à sacrifier nos provinces, Vous nous disiez ‚je suis au désespoir de ne pouvoir Vous venir en aide — mes soldats sont au Mexique, mon argent est en Italie', quelle figure ferions-nous, que diraient nos populations?»

A cela l'Empereur répond que les événements peuvent nous forcer à nous déposséder soit au nord, soit au midi avant qu'Il n'ait eu le temps de savoir et de préparer ce qui nous conviendrait. Qu'il faut un but déterminé à une alliance intime etc. etc.

J'ai lutté de toutes mes forces et j'ai surtout tâché de gagner l'Impératrice à une cause. La lettre curieuse, ci-jointe en copie,[1] qu'Elle m'a adressée le lendemain d'une longue conversation que j'ai eue avec Elle Vous prouvera, mieux que je ne saurais le dire, que je n'ai rien exagéré.

Arrivons à un résultat. L'Empereur m'a «de proprio-motu» promis: qu'Il ne ferait rien, n'accepterait aucune proposition sans nous prévenir, qu'il ne mêlerait pas les deux questions, que Ses dispositions en notre faveur ne changeraient pas si nous voulions continuer à lui faciliter l'attitude qu'il a prise vis-à-

[1] Nr. 3.

vis de la Russie et de la Prusse et enfin que si nous précisions un peu plus nos vœux, il les prendrait en grande considération en y répondant d'ailleurs par une franchise, une loyauté égale. S'il ne nous cache pas ce qu'Il désire ardemment, il désire que nous faisions de même fût-ce une fin de non-recevoir. «Vous dicterez les conditions,» ajouta Sa Majesté, «si Vous me montrez assez de confiance et d'abandon pour me promettre, ne fut-ce qu'une peine en considération éventuelle de mes vœux.»

L'Impératrice par contre est tout feu et flamme. — Elle ne comprend pas que nous ne fassions tous les sacrifices possibles pour amener l'alliance qu'Elle aimerait tout voir conclue. Vous comprenez, Mr. le Comte, qu'au milieu de ces agitations, je n'aie pu conserver tout mon calme. Je ne me repens pas de quelques vivacités qui me sont échappées aux Tuileries. Ainsi, j'ai dit, une fois que les impatiences de l'Impératrice me mettaient hors de moi: ce que Vous voulez avant tout, c'est pouvoir faire une proclamation aux Français dans laquelle Vous annonceriez que ce que Vos armes n'ont pas amener, Votre habileté l'a obtenu. L'Italie libre jusqu'à l'Adriatique — plus de quadrilatère désagréable qui arrête l'armée la plus puissante du monde, la Pologne reconstituée aux dépens des traités de 1815, le Rhin devenu fleuve français[1] — voilà ce que Vous voulez. Que l'Autriche après cela existe encore, peu importe! —

L'Impératrice se fâcha mais Elle convint à peu près que c'était là le but définitif qu'elle rêvait. Cependant elle me dit avec un accent si convaincu que j'en fus touché: «si l'Autriche nous aide à remplir la plus petite partie de ce programme, elle verra une fois dans son histoire ce que peut la reconnaissance d'une nation comme la nôtre et d'un homme comme l'Empereur.»

Je ne suis pas assez dans mon assiette ordinaire pour pouvoir Vous transmettre le moindre plan. Vous êtes entièrement libre de faire ce que Vous voudrez car on Vous sera réconnaissant *de peu* et l'alliance est faite si Vous le voulez. L'Empereur avait envie d'envoyer Bourqueney à Vienne pensant qu'il pourrait s'entendre avec Vous, mieux que Gramont. J'ai pensé qu'il voulait mieux l'en dissuader, car Vous avez besoin de repos et de calme que l'arrivée d'un envoyé confidentiel ne pourrait que troubler.

Les dépêches de Gramont sont très bien rédigées et je dois lui rendre la justice qu'il n'a rien exagéré. Il a fait beaucoup de bien ici en relevant avec beaucoup d'habileté les difficultés de notre position. Il est vrai aussi qu'il a laissé entrevoir qu'une entente avec nous serait réalisable si on nous laisse un peu de marge. Drouyn de Lhuys est furieux contre l'Angleterre, mais il est très fidèle à ses sympathies pour nous. Je me trompe fort ou ses prochaines insinuations seront habiles et présentées dans un jour acceptable.

Si Vous voulez bien répondre par une lettre particulière, à moi adressée, à celle

[1] Die Elemente napoleonischer Staatskunst: ein befreites Italien unter französischer Führung, die Wiederherstellung Polens und der Rhein ein französischer Fluß! In der Kombination dieser drei Ziele — von denen die beiden ersten indirekte, das dritte ein direkter Bestandteil einer französischen Herrschaftsstellung auf dem Kontinent sind — wird der tiefe innere Zusammenhang zwischen der polnischen Wiederherstellung und dem Gewinn der Rheingrenze sichtbar.

de l'Impératrice (ce qui serait bon, je crois, si elle respire la franchise et la loyauté que Vous avez montrées à Gramont) Veuillez ne pas parler de «lettre», mais dire que Vous avez reçu le *résumé* d'une conversation dont l'Impératrice m'a honoré.

Je suis curieux d'apprendre ce qu'on proposera de Pétersbourg!

On n'a pas voulu se joindre à l'Angleterre pour les représentations identiques à faire à la Russie, pour punir Lord John de s'être tenu à l'écart vis-à-vis de la Prusse.[1]

Sur le terrain volcanique où je me trouve, je n'ai pas pu obtenir ce que j'eusse désiré et ce qui se résume par la phrase suivante: nous voulons nous entendre sur toutes les questions et nous tâcherons de tirer profit chacun de son côté des événements à mesure qu'ils se présenteront. Ce qui m'a réussi et ce à quoi je vais travailler encore et toujours jusqu'à nouvelle enseigne, c'est à nous donner du temps sans qu'un jour ou l'autre toute la machine ne retourne contre nous les effets de sa puissante locomotion. Ce n'a pas été sans peine que j'ai empêché que le déchaînement qui va emporter la presse contre l'Angleterre ne nous mêle dans les invectives. Je maintiens que l'occasion est propice pour nous faire tirer des avantages énormes de l'alliance française, car jamais le terrain n'a été et ne sera peut-être mieux préparé. La difficulté de trouver la *formule* est immense — c'est peut-être l'œuf de Christophe Colomb,— mais je ne le vois pas. Une manifestation directe, franche, cordiale et précise de notre Auguste Maître serait peut-être le meilleur moyen de captiver l'Empereur et de lui faire prendre patience. La situation est avantageuse sous certains points de vue, très dangereuse sous d'autres. Je mentirais à mes devoirs si je ne Vous avertissais de la bascule qui peut s'opérer tout-à-coup. Nous avons encore des ennemis irréconciliables ici. Morny, Fould et Persigny, tous les italianissimes m'évacuaient avec plaisir au diable s'ils pouvaient.

Je crois qu'il arrivera un moment où il faudra *préciser* la question de revoir si l'entente est possible. En retournant la question on y arriverait peut-être.

Je ne sais si ma lettre a le sens commun; j'ai la tête si remplie que je suis obligé de compter encore et toujours sur toute Votre indulgence.

5.

Kaiserin Eugenie an Fürst Metternich

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 8 mars 1863

Mon cher Prince, je Vous rend le papier que Vous m'avez confié. Vous y trouverez quelques mots changés, mais le sens est le même, peut-être l'idée de préciser a seule fait la modification.

[1] Die französische Regierung hatte England und Österreich aufgefordert, in Form identischer Noten gegen die zwischen Preußen und Rußland abgeschlossene »Konvention Alvensleben« vom 8. Februar 1863 zu protestieren. Da Lord Palmerston in diesem Vorschlag eine »Falle« sah und argwöhnte, Napoleon möchte nur einen Vorwand suchen, um einem widerspenstigen Preußen gegenüber zur Besetzung der Rheinlande zu schreiten, so hatte Lord John Russell eine Beteiligung an der Aktion gegen Preußen abgelehnt, vgl. Nr. 7, Anm. 1; ferner A. Stern 9, 162, und E. Ollivier 6, 119.

Gramont nous fait dire que Vous êtes appelé à Vienne, est-ce vrai? Dieu le veuille. — Croyez à tous mes sentiments Eugénie.

Bien entendu que si la modification ne Vous convient pas, Vous êtes libre de faire ce que Vous trouverez le mieux, et ne l'envoyez pas.

Projet d'entente secrète:

Également pénétrés de l'importance qu'ont déjà pris les événements de Pologne, du trouble qu'ils peuvent amener dans les situations relatives des puissances européennes, des conséquences extrêmes qu'elles sont de nature à entraîner, mais en même temps par le désir sincère de résoudre les difficultés présentes et à venir au profit de la paix, si elle peut être maintenue, et des intérêts reciproques des deux pays, si la paix venait à être compromise, les Gouvernements de France et d'Autriche comprennent dès aujourd'hui la nécessité d'entrer dans les plus confiantes communications sur la combinaison de leurs efforts dans le double but qu'elles se proposent, se réservant s'il y a lieu, de donner à leur action commune la garantie d'une alliance offensive et défensive dont les stipulations seraient arrêtées d'un commun accord.

6.

Fürst Metternich an Graf Rechberg

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 9 mars 1863

J'ai entretenu avec les Tuileries et le Ministère mes rapports confidentiels presque journaliers. J'y ai trouvé à côté du désagrément de devoir défendre pouce à pouce le terrain sur lequel Vous m'avez placé, un avantage masqué. J'ai pu me convaincre en âme et conscience que ce que je Vous écrivais le 5 mars dernier était vrai en tous points. Le cercle vicieux dont je Vous ai parlé, existe dans le fond et la question de savoir si *pour la forme* on ne parviendrait pas à faire un pas de plus, admettant que Vous voulussiez le faire, serait impossible, a dû me préoccuper que n'ayant rien reçu de Vous qui me fasse présumer le moins du monde que Votre résolution d'attendre les événements sans Vous engager de quelque côté que ce soit, ait changé, je n'ai pu essayer de placer sur le *terrain pratique* le premier pas d'une entente intime entre les deux Puissances (les trois Puissances si je savais ce qu'on veut à Londres) qu'avec la réserve la plus rigoureuse et la plus entière de mon ignorance quant à Vos projets, et de mon indépendance personnelle et *sans conséquence aucune* en matières de politique fantaisiste.

J'ai de plus voulu, et je l'ai dit en toute franchise ici, essayer d'entourer les velléités d'entente réciproque d'un manteau diplomatique et voir jusqu'à quel point on consentirait à ne pas mêler aux questions du jour des questions étrangères à la situation.

La formule que je Vous soumets ci-joint n'a pas eu d'autre but que de sonder les dispositions qu'aurait l'Empereur de quitter momentanément le terrain de

l'alliance avec nous visant directement à la reconstitution de la Pologne et l'abandon de la Vénétie pour reprendre celui d'une entente commune en face des événements de Pologne, des complications qu'ils peuvent amener et des conséquences qu'elles peuvent avoir, conséquences pouvant entraîner la nécessité d'une alliance.

Le projet d'entente secrète, que je Vous soumets comme une espèce de continuation des voyages dans l'avenir que j'ai déjà entrepris si souvent aux Tuileries, a été approuvé par l'Empereur dans son sens réel, c'est à dire, qu'il m'a affirmé que si nous nous prêtions à une *déclaration réciproque* de la nature indiquée par mon projet, il l'accepterait de son côté. Ni plus, ni moins, et il a été bien entendu que malgré les discussions détaillées que nous avons eues à ce sujet, malgré le vœu exprimé par lui que nous acceptassions l'idée d'une entente pareille, je serais libre dans le cas où je le jugerais inopportun de ne pas Vous en faire part. Le billet ci-joint en copie en fait foi.[1]

Le Comte Chotek Vous apportera jeudi matin des explications plus détaillées sur ce qu'il y aurait de nébuleux dans cette affaire. Dans ce que je Vous écris aujourd'hui par Debrautz, il n'y a rien que je n'aie hautement déclaré ici.

Un télégramme de Gramont affirme que je serai appelé à Vienne sous peu.[2] On le désire vivement ici, et je ne demanderais pas mieux de le faire si je ne craignais un peu le bruit qui pourra en résulter. J'attends Vos ordres et me mettrai en route immédiatement si Vous le Vous sentez bien, Mr. le Comte, qu'en Vous soumettant un projet d'entente plus pratique que ne le serait une discussion éternelle sur la manière de sortir du cercle vicieux autour duquel nous tournons, je n'entends pas Vous dire que le fond de la pensée de l'Empereur ait le moins du monde changé. Je Lui suis reconnaissant de la franchise, et je pense que Vous en appréciez les avantages. Le *double but* de l'Empereur, Vous le connaissez. Nous ne savons pas bien si La Majesté veut y travailler dès aujourd'hui avec toute l'énergie dont il est capable. J'éspère que non, car les difficultés matérielles à vaincre pour y arriver sont immenses.

Si les sacrifices qu'on nous demande paraissent irréalisables en face des obligations que nous imposent les institutions constitutionelles, admettant même par impossible que nous voulussions entrer dans un pareil ordre d'idées, les conséquences extrêmes auxquelles leur réalisation entraînerait nécessairement l'action de la France me paraissent former pour le moment du moins un obstacle presqu'égal. On ne soulève pas des montagnes sans crainte de les voir retomber sur soi-même et on ne fait pas sauter une mine sans craindre les éclats.

Le Sénat entrera très prochainement en discussion sur les événements en Pologne. J'ai obtenu les assurances les plus tranquillisantes sur la teneur des

[1] Nr. 5.

[2] Fürst Metternich weilte vom 12. bis 23. März zur Berichterstattung in Wien. Das Ergebnis war, daß Graf Rechberg es ablehnte, sich in ein Unternehmen einzulassen, bei dem das Risiko gewiß und die Vorteile problematisch seien, vgl. Alfred Stern a. a. O. 9, 167. Damit war diese kurze Episode französischer Europa- und Rheinpolitik schon im ersten Ansatze erledigt. Napoleon wird daher nach kürzester Frist zu seinem alten Motiv zurückkehren, von der preußisch-deutschen Nationalpolitik her die deutschen Dinge und damit seine geheimsten Wünsche in Bewegung zu bringen.

explications que donnera le Gouvernement. Si je suis touché de la confiance qu'on me témoigne, confiance qui m'entraîne à une parfaite réciprocité en ce qui me concerne personnellement, je suis plus touché encore du tact parfait avec lequel on se conduit envers nous dans toutes les occasions pouvant entraîner des bruits fâcheux et intempestifs.

Mes efforts sont parfaitement secondés en cela par Leurs Majestés et par l'homme d'état éminent qui préside à la direction du Ministère des Affaires étrangères.

Si je suis bien informé, les ouvertures de la Russie ne contiennent qu'une promesse de maintenir les concessions faites aux Polonais avant les événements, à condition qu'on laisserait aux autorités Impériales le temps de réprimer le mouvement. Ces propositions n'ont aucune chance d'être acceptées. —

7.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 10. März 1863

... Ich kann mich hiernach des Verdachtes nicht erwehren, daß dieser Monarch (Napoleon), indem er Sympathien für eine nationale Politik Preußens zu erkennen gab, das von ihm eventuell zu reklamierende Kompensationsobjekt im Auge hatte und daß er, seitdem er sich überzeugt, daß Euerer Majestät Regierung auf Vergrößerung nicht ausgehe und außerdem mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen habe, welche ihre Widerstandskraft zu schwächen geeignet sind, bestrebt gewesen ist, sich jenes Objekt auf anderem Wege zu sichern.[1]

[1] Man war bereits in Berlin darüber unterrichtet, daß die Pariser Verstimmung über die Konvention Alvensleben die übliche Entladung in einer diplomatischen Offensive mit dem Ziel des Rheines gefunden hatte; auch wenn man den Inhalt der Verhandlungen mit Wien nicht kannte, so war doch die Richtung des französischen Begehrens nicht ganz verborgen geblieben. Anfang März 1863 ließ König Leopold von Belgien den König Wilhelm wissen, er habe, ebenso wie die Königin Viktoria, dazu beigetragen, bis jetzt große Gefahren von Preußen abzuwenden: »Das linke Rheinufer sei Napoleons Ziel, wohin er leicht 150000 Mann werfen könne ... Die Kaiserin Eugenie sympathisiert für die ‚guten Rheinländer'. Napoléon a mordu dans cette question« (König Wilhelm an Bismarck, 5. März 1863, Anhg.-Bd. zu den Ged. u. Erinn. I, 57f.).

Erst als die Absage auf das französische Bündnisanerbieten aus Wien eingetroffen und die Spannung in der polnischen Frage sich allmählich wieder zu legen begann, hat die französische Politik sich eifrig bemüht, das von ihr erweckte Mißtrauen in Berlin möglichst wieder zu verwischen. Ein Immediatbericht des Grafen Goltz vom 30. April 1863 berichtet über eine Erklärung des Ministers Drouyn de Lhuys: «On me dit qu'à Berlin on est très monté contre nous, qu'on y croit que nous aurions voulu exploiter la question de Pologne pour nous emparer du Rhin, ce qui serait le véritable objet de notre politique. Or, je puis Vous assurer que dès le début de cette question nous n'avons eu aucune arrière-pensée, et qu'il n'y a aucun parti pris de notre part de troubler nos rapports avec la Prusse. Je Vous dis cela spontanément et sans avoir été mis en demeure de Vous donner des explications. Vous pouvez donc être bien sûr que je Vous dis la vérité, car il serait impossible de supposer que j'eusse la nécessité de Vous dire des mensonges.» (A.A. Berlin.) Über die Beweiskraft dieses letzten Satzes ist nach dem Vorangegangenen nichts weiteres zu bemerken.

8.

Aufzeichnung des Legationsrats Prinzen Heinrich VII. Reuß über eine Unterredung mit Kaiser Napoleon III.

Kopie. A. A. Berlin

Fontainebleau, den 8. Juni 1863

Nach Tisch kam der Kaiser an mich heran und ließ sich mit mir in eine längere Unterhaltung ein. Nachdem er sich sehr angelegentlich nach Seiner Majestät dem Könige erkundigt hatte, fragte er mich, ob ich wieder ganz nach Paris zurückgekehrt wäre und wie lange ich bleiben würde. Darauf brachte er unsere inneren Zustände zur Sprache und sagte, was ihn besonders frappiert habe, sei die Adresse des Berliner Magistrats, welche wahrscheinlich in den anderen großen Städten wiederholt werden würde. Er kannte den Inhalt derselben ganz genau, und als ich ihm erwiderte, alle diese Demonstrationen hätten nicht diejenige Bedeutung, welche man ihnen in der demokratischen Presse des In- und Auslandes beilegte, erwiderte er mir, er glaube wohl, daß daraus der Regierung keine Gefahr erwachsen werde, indessen sei der Eindruck, den diese Demonstrationen auf das Ausland machten, bedenklich und würde dadurch der Einfluß Preußens nach Außen leiden, indem man allgemein glauben müsse, daß durch den Konflikt der Krone mit dem Lande Preußens Kraft geschwächt sei. Es sei ganz wie hier mit den Wahlen in Paris; diese seien ihm für das Innere vollkommen gleichgültig (er sagte dies in einem Tone, der eine große Verachtung des Vorgefallenen verriet), indessen hätten sie ihre Bedeutung wegen des Eindrucks, den sie auf das Ausland machen müssen.

Denn wenn seine Regierung in Paris allein ca. 150 000 Stimmen gegen sich gehabt habe, so müsse man im Auslande glauben, daß sie an Popularität und Kraft verloren haben müsse, und das tue dem französischen Einfluß Schaden.

Der Kaiser fuhr fort, Preußens Einfluß und Bedeutung hätte größtenteils darin bestanden, daß es in Europa als Träger und Repräsentant der deutschen Nationalität und der liberalen Ideen dagestanden habe. Dies hätte ihm seine Superiorität[1*] in Deutschland selbst gegeben, und auch außerhalb der deutschen Grenzen hätte man gewußt, daß Preußen die ganze Nation[2*] hinter sich habe, und darin habe der Einfluß gelegen. Diese Stellung sei außerdem sehr bequem für Preußen gewesen, da es gar nicht nötig gehabt, viel zu tun, sondern nur diesen Eindruck zu erhalten und zu pflegen. Er bedauere diese Wendung, die notgedrungen durch die neue Richtung eintreten müsse, er bedauere es, weil er sich immer für Preußen interessiert, und namentlich des Königs wegen (pour le Roi que j'aime beaucoup).

Ich suchte dem Kaiser auseinanderzusetzen, daß, wenn er glaube, die innere Kraft Preußens sei geschwächt worden durch die Vorgänge der letzten Monate, so sei dies ein gefährlicher Irrtum; ich suchte ihm den blühenden Stand der materiellen Verhältnisse an Börse, Handel, Unternehmungen usw. auseinanderzusetzen, beschrieb ihm die Art und Weise, wie die Deputierten empfangen worden wären, in Vergleich mit früher, das alles deute nicht darauf

hin, daß die Sachen wirklich so verzweifelt ständen, wie man hier wohl zu glauben scheine, und daß die Nation mehr Vertrauen zu einer kräftig handelnden Regierung als zu einer aufregenden Vertretung und Presse habe. Ich bemerkte dabei, daß sich die Deputierten namentlich durch ihre Parteinahme für Polen und ihre hierauf bezüglichen hochverräterischen Reden den Hals gebrochen hätten. Die große Masse des Volkes beschäftige sich nicht viel mit auswärtiger Politik und seien ihr nur einige Fragen sehr klar, u. a. die polnische, und hier sei eine Antipathie gegen die Polen durchaus vorherrschend; daher habe die Haltung der Deputierten sehr mißfallen. Was die Regierung getan habe, sei durch die Umstände geboten gewesen, und habe man dies im Interesse der Ordnung und aller monarchischen Staaten getan. Ich machte den Kaiser selbst zum Richter, ob man hätte anders handeln können.

Der Kaiser hatte mir, namentlich als ich von der Haltung der Kammern in der polnischen Frage sprach, aufmerksam zugehört; er erwiderte mir auf meine letzte Bemerkung, er sehe wohl ein, daß die Regierung hätte etwas tun müssen, indessen wenn er an der Stelle des Königs gewesen wäre, so wäre er im vorigen Jahr, als der Konflikt über die Militärverfassung ins Leben getreten war, vor das Land getreten und hätte sich zum Motto die Worte Arndts gewählt: »Das Vaterland muß größer sein« (das sagte er auf Deutsch), gebt mir eine starke Armee und ich werde euch ein starkes Vaterland geben![3*] Dann wäre er vorwärts gegangen und hätte sicher auf die Unterstützung des Landes und der ganzen liberalen und nationalen Partei[4*] in Deutschland rechnen können. Freilich wäre es schwierig gewesen, diesen Weg mit den Verträgen in Einklang zu bringen, indessen wäre dies schon zu arrangieren gewesen.[5*] Und dann, wenn man zu Resultaten gelangt wäre, hätte man sich des Instruments, nämlich der Demokratie, wieder entledigen[6*] können. Statt dessen aber schwankte die preußische Politik und hätte kein rechtes Ziel, wonach sie strebte; j'ai dit cela à Mr. de Bismarck l'année dernière, qu'en politique on n'effectuerait rien si on n'avait pas un but précis où l'on voulait en arriver.[1]

Der Kaiser sagte mir hierauf: Les affaires de Pologne sont très désagréables et je ne sais pas du tout comment cela finira. Ich erwiderte ihm, wenn er mir erlauben wollte, ganz freimütig zu reden, so müsse ich ihm sagen, daß ich nicht begriffe, wie er um den Preis, sich mit seinen Freunden zu brouillieren, so entschiedene Partei für die polnische Sache genommen habe, welche doch für Frankreich gar kein praktisches Interesse habe[7*] und ihm nichts einbringen könnte. Außerdem sei die Leidenschaft für Polen in Frankreich gar nicht so groß, wie man dies hätte glauben machen wollen, dies bewiesen ja die letzten Wahlproklamationen, worin fast nichts von Polen, sondern immer nur vom Frieden die Rede gewesen sei.

Der Kaiser erwiderte mir, ich hätte vollkommen recht und das mache eben die Sache so unangenehm, er habe nur sehr ungern die Intimität mit Rußland

[1] Über diese Unterredung vgl. Bismarcks Berichte an Graf Bernstorff vom 28. Juni 1862 (Bismarcks Jahrbuch 6, 150 ff., 152 ff.). Napoleon »hatte die unzüchtigsten Bündnisvorschläge auf der Zunge« und erwies sich als »eifriger Verfechter deutscher Einheitspläne, d. h. kleindeutscher, nur kein Österreich darin«.

aufgeben müssen; den Grund seiner Politik in bezug auf Polen wolle er mir aber in wenig Worten auseinandersetzen.

Die Regierung Louis Philippe's sei seiner Ansicht nach die schlechteste gewesen, die Frankreich je gehabt habe, dessen Ansehen und Interesse dabei vollständig ruiniert worden sei. Er habe sich daher von Anfang seiner Regierung an zur Aufgabe gestellt, nicht so zu handeln wie sein Vorgänger auf dem Throne Frankreichs. Louis Philippe habe nur in der polnischen Frage immer die größte Sympathie geheuchelt, ohne je irgend etwas für Polen zu tun, das berüchtigte Wort Sebastianis: «L'ordre règne à Varsovie», sei einer der größten Fehler der Regierung gewesen. Dies Verhalten habe die Folge gehabt, daß die Polen Sympathien in Frankreich genährt und die Hoffnung in Polen auf Frankreich immer wachgehalten worden sei. Besser wäre es gewesen, damals gleich zu erklären, man könne sich nicht mit Polen befassen, dann sei die Sache ein für allemal tot gewesen, und das würde ihm heute das liebste sein. Dies sei nun aber nicht der Fall. Die Polensympathie hätte er vorgefunden und wäre es ihm des Inlandes wegen unmöglich gewesen, sie ganz zu ignorieren. Um daher nicht in die Fußtapfen Louis Philippes zu treten, hätte er Partei ergreifen müssen, und das wäre selbstredend auf Kosten seiner russischen Freundschaft geschehen. Er hätte dies vorausgesehen, und um dies zu vermeiden, hätte er dem Kaiser Alexander in Stuttgart gesagt, die einzige Frage, die möglicherweise imstande sein könnte, ihre guten Beziehungen zu stören, sei die polnische. Er bäte ihn daher dringend, dort etwas zu tun, was die öffentliche Meinung in Europa befriedigen würde und was ihn (den Kaiser Napoleon) in die Lage setzte, sich nicht mehr um Polen kümmern zu brauchen. Damals hätte der Kaiser Alexander dies sehr gut tun können, da das Wort Polen nicht ausgesprochen worden sei und er (Napoleon) auf das sorgfältigste vermieden habe, es auszusprechen. Also alles, was Rußland damals getan hätte, wäre ganz freiwillig, ganz ohne jegliche Pression geschehen. Der Kaiser Alexander habe wohl in gewisser Weise seinen Rat befolgt und viel für Polen getan, aber nicht in geschickter Weise: «S'il avait pris alors une feuille de papier, s'il y avait inscrit un manifeste dans lequel il n'y aurait eu que ce qu'il a donné après, savoir: la lieutenance à son frère, le Conseil d'État, les employés polonais, la liberté des Cultes etc. etc., cela aurait produit un effet énorme et l'Europe entière aurait applaudi. Cela aurait eu un autre côté très important, c'est que si les Polonais (ce qui serait probablement arrivé) se seraient montrés mécontents et auraient exigé d'avantage, personne ne leur aurait donné raison. Car en politique il y a une maxime qui est de la plus haute importance de suivre, c'est qu'il ne faut pas seulement être, mais *paraître*. Vous comprenez que si l'Empereur Alexandre avait agi dans ce genre alors, où je venais de faire la paix avec lui, je n'aurais pas songé à recommencer, même si les Polonais auraient été aussi mécontents que possible.»

Was die Sympathien in Frankreich anbetreffe, so wisse er sehr wohl, daß jedermann die Unabhängigkeit Polens wolle, aber niemand deshalb gesonnen sei, einen Krieg zu führen.

Ich warf ein, dies sei eine wohlfeile Sympathie, und darauf könne er doch

unmöglich viel geben, fragte ihn darauf, was er nun eigentlich wolle, daß Rußland tun solle.

Er erwiderte, es gäbe nur eine Lösung der Frage, das sei, Polen unabhängig zu erklären. Er sage immer den Russen, sie möchten sich dies arrangieren, so wie es ihnen am besten passe, da es ihnen doch lieber sein müsse, eine Unabhängigkeit, auch wenn sie nur scheinbar wäre, zu geben, als einen fortwährenden Herd der Revolution und Anarchie an ihren Grenzen zu haben. Daß der Kaiser Freiheiten gäbe, könne gar nichts helfen. Es sei dies analog mit Venetien, solange diese Provinz noch bestimmt sei, zu Österreich zu gehören, dort habe der Kaiser und Schmerling immer Freiheit geben wollen. Wozu dies? Dort wie in Polen würde die Nation die Freiheit nur dazu benutzen, sich ganz loszureißen. Deshalb müsse man es so einrichten, daß die Länder unabhängig erklärt würden, aber ohne Freiheit. Auf meine Frage, wie er sich die Ausführung seiner Pläne für Polen denke, erwiderte er mir: Man müsse durch feierlichen Akt erklären, Polen sei ein unabhängiges Königreich in seinen jetzigen Grenzen, Großfürst Konstantin König unter dem Schutze Rußlands, mit einer Verfassung, die alle möglichen Freiheiten gäbe, aber der Volksvertretung sehr enge Grenzen ziehe, um alle Übergriffe zu vermeiden. Bis zur Herstellung einer polnischen Armee bleibe die russische im Lande. Die polnische Armee wird durch russische Offiziere gebildet, welche ihr verblieben usw. Auf diese Weise behalte Rußland stets einen überwiegenden Einfluß auf Polen. Alle Welt würde zufrieden sein, «excepté les Polonais,» warf ich ein; «qu'est-ce que cela fait, on leur donnera tort,» antwortete der Kaiser; «et on n'aurait plus à s'en occuper». Ich bemerkte, ob er sich der Illusion hingäbe, daß die Polen in dem engen Kongreßpolen ohne Häfen nicht ein stetes Drängen nach Vergrößerung haben und dadurch stets den Frieden bedrohen würden? Er erwiderte, man müsse dann die Flügel so beschneiden, daß sie nicht drängen könnten.

Er setzte hinzu, daß wenn er den Russen diese Ratschläge gäbe, sie ihm allerdings mit Recht antworteten, sie wollten alles tun, müßten aber nur erst Herr des Aufstandes sein. Dies sei ein russischer Standpunkt, der seine Berechtigung habe, auf den er, der sich nur um seinen Standpunkt als Frankreich zu kümmern habe, aber nicht gut Rücksicht nehmen könne.

Er sprach darauf noch über die jetzigen Zustände in Polen, die unglaubliche Lässigkeit der Russen, die Gewalt der Nationalregierung, die dem Großfürsten ein sauf-conduit gegeben habe, avec lequel il se promène depuis des mois etc.

Ich erzählte ihm von den Greueln der polnischen Regierung, welche durch ihre politischen Morde den Schrecken im Lande verbreite, ihre Todesurteile sogar ins Ausland, u. a. an Herrn v. Bismarck schicke und sich nicht scheue, in barbarischer Weise alle Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen zu treten. Die Geschichte des abgeschnittenen Ohrs eines geheimen Agenten der russischen Regierung, welches seitens der Nationalregierung an Wielopolski geschickt worden ist, kannte der Kaiser nicht und machte sie ihm einen peinlichen Eindruck.

Von der diplomatischen Lage der Frage sprach der Kaiser gar nicht, erwähnte

auch mit keinem Worte der Stellung Preußens zu den polnischen Angelegenheiten, wiewohl ich ihm durch meine Bemerkungen hierzu Gelegenheit gegeben hatte.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* Preußens Einfluß beruht auf seiner Armee, und nicht auf seinem Liberalismus. Baden ist viel liberaler und doch ohne Einfluß.

2* aber nicht die Regierungen und ihre Truppen; auch nicht die ganze Nation, sondern nur die unruhigen Bruchteile derselben.

3* und Frankreich?

4* Diese Partei hält keine Truppen! Schwächung der Regierungsgewalt, Phrasen auf Tribünen und in Zeitungen sind alles, was sie uns bietet.

5* Durch Abtretung der Rheinlande?

6* Doch nicht so leicht, wie Italien beweist, welches größer, aber von Frankreich abhängig geworden.

7* Im Gegenteil, ein sehr praktisches, besonders solange man hoffen konnte, Polen im Einverständnis mit Rußland herzustellen.

9.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 13. Juni 1863

[Übersendet die Aufzeichnung des Prinzen Reuß vom 8. Juni 1863.]

. . . Aber es läßt sich nicht verkennen, daß die Neigung des Kaisers Napoleon, die Hand nach dem Rhein auszustrecken, nicht ausschließlich in der Stellung, welche die Regierung Eurer Majestät zur polnischen Frage eingenommen hat, ihre Nahrung findet. Wenn dieser Souverän bis vor kurzem nicht allein Anstand genommen hatte, an Preußen wie zuvor an Rußland und Österreich für die Niederlage seines Oheims Rache zu nehmen, sondern sogar bestrebt war, freundschaftliche Beziehungen zu uns zu unterhalten, so war er dabei von der Scheu geleitet,[1*] mit nationalen Ideen in Konflikt zu treten und einen Staat zu bekämpfen, der liberaler war als Frankreich, wie er es konstituiert hatte. Er nimmt jetzt an, daß diese beiden Bedenken nicht mehr obwalten. Er hat mir ähnliches schon vor vier Monaten angedeutet und es jetzt dem Prinzen Reuß gegenüber wiederholt indirekt eingestanden. Derselbe wird die Ehre haben, Eurer Majestät unmittelbar darüber Bericht zu erstatten, wie der Kaiser Napoleon ihm auseinandergesetzt hat, daß Preußen nur dadurch in Europa etwas gelten könne, daß es die Nationalitätsidee und den Fortschritt in Deutschland repräsentiere.[2*] Diese Auffassung und der darin liegende Reiz, Frankreich auf Kosten Preußens zu vergrößern, hat durch die jüngst von Eurer Majestät Regierung ergriffenen inneren Maßregeln eine verstärkte Nahrung erhalten, zumal da die letzteren gleichzeitig die Hoffnung genährt haben, daß England einem solchen Kampfe müßig zusehen würde.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* ?

2* d. h. sich mit den deutschen Regierungen verfeinde, und seine Anlehnung nur in Paris finde.

10.

Bismarck an Graf Bernstorff

Konzept. A. A. Berlin

Geheim

Berlin, den 22. Juni 1863

Ew. wird noch aus einem früheren Zeitabschnitt erinnerlich sein, daß Kaiser L. Napoleon seine Ansicht darüber, welche politische Rolle Preußen in Deutschland zu spielen habe, bisweilen in sehr bemerkenswerter Weise hat durchblicken lassen.[1] In jüngster Zeit hat derselbe sich wiederholt in der offensten Weise darüber geäußert, Preußens Einfluß und Bedeutung sei wesentlich darauf begründet gewesen, daß es in Europa als Träger und Repräsentant der deutschen Nationalität und der liberalen Idee dagestanden habe. Diese Stellung hätte man während der inneren Schwierigkeiten ausnützen müssen. In der Frage über die Militärreorganisation hätte Seine Majestät der König mit dem Motto vor das Land hintreten sollen: »das Vaterland muß größer sein« — deshalb sei eine starke Armee notwendig. Auf diesem Wege wäre Preußen die Unterstützung des eigenen Landes und der ganzen liberalen und nationalen Partei in Deutschland gesichert gewesen. Im Einklang mit den Verträgen hätte die Verfolgung dieses Weges allerdings nicht gestanden, allein die Sache wäre schon zu »arrangieren gewesen«.

Der Sinn dieser Kundgebungen des Kaisers der Franzosen ist sehr verständlich. Ebenso wie es ein längst bekannter Erfahrungssatz ist, daß eine größere Konsolidierung Deutschlands durch Preußen auf nationaler Grundlage weder von seiten Englands noch weit weniger von seiten Frankreichs einen uneigennützigen Förderer zu erwarten hat.

In Beziehung auf Frankreich kann ein Bund mit den jetzigen deutsch-natio-

[1] Von diesen Anspielungen Napoleons auf die künftige Rolle Preußens in Deutschland ist am bekanntesten seine Unterredung mit Bismarck im März 1857. Dieser hat auf die Unterredung, über die er amtlich damals nicht berichtete, so viel Wert gelegt, daß er sie in den »Gedanken und Erinnerungen« ausführlich wiedergegeben hat (frühere Fassungen in einem Gespräch mit Leop. v. Gerlach am 27. Juli 1857, in einem Brief an Schleinitz vom 9. Februar 1860, in dem Erlaß an Bernstorff vom 4. August 1870 und in dem Buche von Koeppen, vgl. darüber die genaueren Nachweise in der Dissertation von Fr. Frahm, Bismarcks Stellung zu Frankreich (Kiel 1911).

Im Vordergrunde dieser Anspielungen und Erbietungen Napoleons steht einmal sein Wunsch, daß Preußen sich in Norddeutschland ausdehnen und dadurch auch seine maritime Stellung erweitern möge, und daneben die Abweisung des Gedankens, Rheinpolitik im großen Stile, in den Traditionen seines Oheims aufzunehmen, da eine solche unvermeidlich eine Koalition der europäischen Großmächte hervorrufen würde, gegen die eine Erwerbung am Rhein doch nicht auf die Dauer gehalten werden könne. Das eigentlich treibende napoleonische Motiv ist nur versteckt im Hintergrunde dieser einerseits ermunternden, andererseits beruhigenden Andeutungen zu erkennen: er will mit der Anstachelung von Preußens norddeutschem Ehrgeiz vor allem die deutsche Frage eröffnen, den Deutschen Bund und die Verbindung der deutschen Großmächte sprengen (was ihm wichtiger war als alle maritimen Velleitäten) und läßt zugleich, für etwa kommende Möglichkeiten, in aller Bescheidenheit immerhin ein sogleich halb wieder zurückgenommenes Wort über «petites rectifications des frontières» fallen. Die praktische Politik der nächsten Jahre wird die Entwicklung dieser verborgenen Keimzelle zeigen.

nalen, d. h. revolutionären Parteien, Preußen nur schwächen. Er treibt die widerstandsfähigen Regierungen in Österreichs Arme, und die widerstandslosen, der Volksagitation preisgegebenen kleinen Staaten erschweren nur Preußens Aktion. Im Kampfe gegen Österreich und dessen deutsche Bundesgenossen bliebe Frankreich der notgedrungene Alliierte Preußens und letzteres in ohnmächtiger Abhängigkeit von demselben gerade wegen der Schwierigkeiten, welche von den revolutionären Elementen in dem mit Preußen unierten Teile Deutschlands dauernd geschaffen würden.

In dieser Richtung liegen die handgreiflichen Ziele der französischen Politik. Eine Einigkeit der deutschen Regierungen, namentlich Preußens und Österreichs, wünscht sie nicht. Daß die Bundesgenossenschaft der deutschen Regierungen und ihrer Armeen schwerer wiegt als die Agitationen der Fortschrittspartei in den Kammern, auf Schützenfesten und in der Presse, entgeht ihr ebensowenig als der Umstand, daß für Preußen beide Bundesgenossenschaften zugleich nicht zu erlangen sind.

Hierin scheint die politische Einsicht in England der französischen nicht gleichzukommen.

Allerdings waltete im englischen Kabinett der Wunsch vor, Preußen und Österreich einig und ganz Deutschland vor Frankreich auf der Hut zu sehen; aber sowohl in der polnischen Frage als auch in den inneren Fragen macht man englischerseits an uns mit der seltsamsten Unbefangenheit Anforderungen, die geradezu selbstmörderischer Natur sind. 87

Man übersieht die einfache Tatsache, daß die sogenannten liberalen Parteien im Lande, welche sich in der überwiegenden Majorität zu der deutschen Fortschrittspartei bekennen, die Widerstandskraft des Staates Preußen nach innen wie nach außen zu brechen bemüht sind. In der Militärreorganisation bekämpfen diese Parteien vorzüglich das Element, welches die staatliche Besonderheit Preußens in Deutschland am stärksten aufrechterhält und die preußische Nationalität am besten repräsentiert. Neben der Untergrabung der Stellung der preußischen Armee aber sind fast alle spezifisch preußischen Schöpfungen Gegenstand der Angriffe der deutschen Fortschrittsparteien in der Presse und dem Vereinswesen.

Nichts kennzeichnet dieses Parteitreiben deutlicher als die offene Verleugnung jedes patriotischen Gefühles für das preußische Vaterland dem Auslande gegenüber. In eminenter Weise ist dies in der polnischen Frage hervorgetreten. Andererseits tragen alle konservativen Parteirichtungen, wie sie im Lande hinter der gegenwärtigen Regierung stehen, im Gegensatz zu jenen sogenannten liberal-deutschen Parteiungen die vaterländische preußische Färbung, welche jene verleugnen. Die konservative Parteirichtung im preußisch-gouvernementalen Sinne ist aber auch zugleich die einzig mögliche in Beziehung auf die Konservierung des Friedens in Deutschland, während die liberalen Parteien nicht bloß auf eine Zersetzung Preußens, sondern auch auf die Zersetzung oder Spaltung Deutschlands hinarbeiten.

Indem Österreich und einige deutsche Regierungen jetzt den liberalen Schein in antipreußischer Richtung für sich aufrechtzuerhalten und auszubeuten

suchen und durch ihre Presse sogar im nationalvereinlichen Sinne wirken lassen, schwächen sie allerdings in Preußen die gouvernementale Kraft augenblicklich, sie laufen aber auch Gefahr, sich selbst dabei empfindlich zu schädigen. Denn sie halten dadurch im Sinne des französischen Kabinetts die Spaltung Deutschlands offen, welche das englische Kabinett im richtigen Bestreben zu schlichten bemüht gewesen ist.

Käme in Preußen die konservative gouvernementale Richtung hierdurch zum Sturz — so wäre der Frieden Deutschlands gebrochen. Denn kein liberales, fortschrittliches Ministerium in Preußen würde mehr außerhalb der Bahnen des Nationalvereines bleiben können. Auf diesen Bahnen aber käme es zunächst unzweifelhaft zu neuem Wettlauf zwischen Österreich und Preußen nach Paris hin, und so eben vielleicht zu einem Auseinandersetzungskriege in Mitteleuropa, wobei Frankreich die definitive Entscheidungsrolle zufallen würde.

Ein konservatives Ministerium in Preußen im gegenwärtigen Augenblick stützt ganz von selbst die Widerstandskraft der kleineren Staaten Deutschlands im Innern und nach außen und stärkt das Bundesvehikel für den augenblicklichen gefährlichen Stand der Dinge im Westen. Ein liberales kann den Fluten der fortschrittlichen oder nationalvereinlichen Agitation, wie sie eine zügellose Presse und die Oppositionen in den Kammern und in den zahllosen Vereinen in Deutschland sofort erzeugen würden, keinen Damm entgegensetzen. Dasselbe würde vielmehr in der gefährlichsten Zeit in einem ohnmächtigen Kampfe mit anarchischen Zuständen in verschiedenen Teilen Deutschlands zu kämpfen haben und nach außen kaum widerstandsfähig sein.

Vielleicht empfiehlt es sich, solche Betrachtungen und die daraus sich ergebenden Folgerungen den englischen Staatsmännern gegenüber gelegentlich zur Sprache zu bringen. Ich habe deshalb nicht unterlassen wollen, sie in Erinnerung zu rufen, indem ich Eurer Exzellenz vollen Einsicht und Erfahrung auf diesem Gebiete überlassen darf, in welcher Weise dies am wirksamsten geschehen könnte.

11.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 14. Januar 1864

. . . Herr Drouyn de Lhuys suchte im weiteren Verlaufe seiner Betrachtungen nachzuweisen, daß Preußen, welches, die Gründung des Zollvereins abgerechnet, seit recht langer Zeit keinen großen Erfolg aufzuweisen habe, eine selbständig eingreifende Aktion unternehmen müsse, um seine Stellung zu behaupten. Hieran knüpfte er den wiederholten Ausdruck des mir schon so häufig angedeuteten Wunsches einer Allianz mit Frankreich, wobei er äußerte, daß diese Macht keine Eroberungen zu machen wünsche, wenn sich aber jedermann vergrößerte, natürlich nicht ruhig würde zusehen können.

Die Bemerkungen des französischen Ministers machten mir den Eindruck, daß er den europäischen Krieg für unvermeidlich halte und Eurer Majestät Regie-

rung die Wahl zwischen einem Bündnis mit Frankreich und einem Kriege gegen diese Macht lasse.

Ich habe ihm erwidert, daß ich es nicht für den richtigen, noch weniger für den zweckmäßigen Weg halte, ohne einen speziellen Anlaß ein Allianzsystem ins Leben zu rufen. Wenn der Kongreß zustande gekommen wäre, so hätten wir vielleicht dahin gelangen können; wie die Dinge aber jetzt lägen, würden wir, falls wir ein Bündnis mit Frankreich abschlössen, uns sowohl wie diese Macht ungerechten Verdächtigungen aussetzen. Man würde namentlich in Deutschland nicht verfehlen, zu behaupten, daß wir uns auf Kosten unserer deutschen Bundesgenossen vergrößern und dagegen Frankreich das linke Rheinufer überlassen wollten. Ich würde es hiernach für das richtigere halten, eine vorliegende, für die preußischen und die deutschen Interessen hochwichtige Frage wie die schleswig-holsteinische nach Maßgabe dieser Interessen mit großer Entschiedenheit zu verfolgen und bei dieser Gelegenheit festzustellen, wer unsere wahren Freunde, wer unsere eigentlichen Feinde seien. Wenn diese Politik alsdann zum Bündnis mit Frankreich führe, so würde dieses in Deutschland sehr populär sein und niemand uns deshalb des Verrats an den deutschen Interessen beschuldigen, was gleichwohl geeignete Gegendienste unsererseits an Frankreich nicht ausschließen würde.

Der Minister schenkte diesem Gedankengange vollen Beifall, ohne daraus weitere Folgerungen zu ziehen.[1]

Das vorstehende Gespräch, welches ich mit der größten Genauigkeit wiederzugeben versucht habe, scheint nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten von neuem zu beweisen, daß der unbestimmte Charakter, welchen die Beziehungen zwischen der Regierung Eurer Majestät und derjenigen des Kaisers Napoleon seit Jahren tragen und welcher vermöge einer fast wunderbaren Fügung selbst die Differenzen über die polnische Frage überdauert hat, sich nicht länger aufrechterhalten lassen, vielmehr angesichts der sich vorbereitenden Weltereignisse entweder einem sich bis zum Kriege steigernden Gegensatz oder einer festen Bundesgenossenschaft Platz machen wird.

Die letztere halte ich für Eurer Majestät Regierung nur für möglich, wenn sie neben vollständiger Wahrung der Integrität Preußens und Deutschlands die Sicherstellung eines wertvollen Zieles preußischer und deutscher Politik zum Gegenstande hat oder wenigstens nicht ausschließt. Wäre dagegen selbst um einen solchen Preis die Allianz des Kaisers Napoleon nach dem weisen Ermessen Eurer Königlichen Majestät zu teuer erkauft, so würde es im Interesse der Sicherheit Allerhöchstdero Staaten um so notwendiger sein, jeden Zwiespalt zwischen Eurer Majestät Regierung und der Mehrzahl der deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu vermeiden.

[1] Die Zurückhaltung wurde zum ersten Male vierzehn Tage später mit leichter Anspielung aufgegeben. Am 1. Februar 1864 berichtete Goltz eine Äußerung Drouyn de Lhuys: »Wie Sie sehen, sind wir bis jetzt ruhig und versöhnlich; demnächst werden wir ohne Zweifel europäischen Verwicklungen entgegenwirken; treten solche dennoch ein, so werden wir sehen, ob wir mit Preußen etwas machen können.« Vgl. E. Brandenburg, Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung, S. 416, Anm.

12.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 9. Februar 1864

Die glänzenden Erfolge, welche Eurer Königlichen Majestät Truppen, in Verbindung mit denjenigen Seiner Majestät des Kaisers von Österreich unter der Führung des Generalfeldmarschalls Eurer Majestät davongetragen, haben hier in allen Kreisen einen bedeutenden und tiefen Eindruck hervorgebracht. Die Einnahme des Danewerks und der Schleilinie innerhalb sechs Tagen nach Überschreitung der Eider hat um so mehr überrascht, als man sich hier jene Hindernisse als unüberwindlich vorgestellt hatte und teils Unwissenheit, teils böser Wille und Entstellung die ersten Waffentaten der verbündeten Truppen in ein diesen ungünstiges Licht gesetzt hatten. Unter anderem war der hiesige dänische Gesandte so unvorsichtig gewesen, in einer zahlreich versammelten Gesellschaft Telegramme mitzuteilen, welche die vollständige Vernichtung preußischer und österreichischer Regimenter meldeten; ja er hatte das Mißgeschick, ungefähr in derselben Stunde, wo das Korps Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Karl über die Schlei ging und die Dänen die zentrale Stellung im Danewerk räumten, öffentlich zu versichern, daß kein einziger preußischer Soldat mehr auf schleswigschem Boden sei.

Das Telegramm des Ministeriums Eurer Majestät vom 6. d. M., welches mir die Nachricht von der Räumung Schleswigs und dem mutmaßlichen Übergang über die Schlei brachte, erhielt ich in dem Augenblick, wo ich Gäste zu einem großen Diner empfing. Gleichzeitig erhielt Fürst Metternich die erstere Nachricht aus Wien. Die französische Regierung hatte sie bereits aus Kopenhagen mit dem Zusatze erhalten, daß dort eine bedenkliche, den Thron Christians IX. bedrohende Aufregung herrsche. Auf einem Balle, welcher an demselben Abend bei dem Staatsminister Rouher stattfand, konnte ich daher den Eindruck feststellen, welchen die bereits weitverbreitete Tatsache machte, wobei ich in meinen Gesprächen die sich aus der letzteren ergebende Schlußfolgerung zog, daß die kaum begonnene schleswigsche Kampagne als so gut wie beendigt zu betrachten sei, indem die binnen wenigen Tagen zu vollendende Okkupation des Herzogtums Schleswig nicht mehr in Frage stehe, sondern es sich nur noch um den größeren oder geringeren Schaden handle, welcher der auf der Flucht befindlichen dänischen Armee zuzufügen sei.

Eurer Königlichen Majestät darf ich nicht verschweigen, daß ich bei dieser Gelegenheit sowohl, wie in den folgenden Tagen, zwar manche höfliche Phrasen zu hören bekommen, aber aufrichtige Sympathie nur selten wahrzunehmen gehabt habe, und daß mein österreichischer Kollege dieselben Eindrücke empfangen hat. Die größte Erbitterung scheint in russischen und englischen Kreisen zu herrschen, wobei ich jedoch den englischen Botschafter ausnehmen muß, welcher in der überaus schnellen und glorreichen Beendigung der den alliierten Truppen gestellten Aufgabe ein Mittel erblickt, den europäischen Frieden zu sichern. In den französischen militärischen Kreisen wird nicht allein der Tapfer-

keit der preußisch-österreichischen Truppen, sondern auch der überaus geschickten Leitung der Operationen und der bewunderungswürdigen Geschwindigkeit, mit welcher die beiderseitigen Truppen auf den Kriegsschauplatz befördert, konzentriert worden und zum Angriff geschritten sind, ungeteilte Anerkennung gezollt. Aber vom politischen Standpunkt aus scheinen die Ereignisse weder von der französischen Regierung noch vom Publikum als erfreuliche angesehen zu werden.

Ich war vorgestern bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, um seine Auffassung, sowie die etwaigen Absichten des Kaisers Napoleon festzustellen. Herr Drouyn de Lhuys, dessen Haus in Vorbereitungen zu einem kostümierten Ball begriffen war, empfing mich mit den Worten: »Vous me trouvez entouré de fleurs et Vous êtes couvert de lanciers.« Hierauf bemerkte er, daß er diesen Krieg nach wie vor bedaure, weil das zu erreichende Objekt mit den Opfern in keinem Verhältnisse stehe und das Blutvergießen nicht rechtfertige. Ich erwiderte, daß ja noch gar nicht feststehe, welches Objekt erreicht werden solle. Mit der Besetzung Schleswigs sei in der Tat nur die Nötigung des Königs von Dänemark, die Verpflichtungen von 1851/52 zu erfüllen, beabsichtigt gewesen, und die beiden deutschen Großmächte würden sich ohne Zweifel mit diesem Objekt begnügt haben, wenn Dänemark die Provinz ohne Widerstand geräumt hätte. Aber schon in der nach London geschickten Depesche vom 31. Januar[1] sei auf die Eventualität hingewiesen worden, daß der Widerstand der dänischen Regierung oder die Intervention einer anderen Macht Eurer Majestät Regierung die Notwendigkeit auferlegte, auf anderweitige Kombinationen Bedacht zu nehmen. Inwieweit Eurer Majestät Regierung diese Notwendigkeit bereits jetzt als eingetreten ansehe, darüber sei ich nicht in der Lage, mich auszusprechen. Die letztere sei sicherlich nicht so gebieterisch vorhanden, als wenn die verbündeten Truppen Wochen oder Monate lang vor dem Danewerk hätten liegen müssen und schwere Verluste und Niederlagen erlitten hätten. Immerhin aber sei ein kostbares Blut geflossen, und es frage sich, ob dasselbe nur der Preis für eine Verfassung sein solle, welche Dänemark möglicherweise in einiger Zeit wieder über den Haufen würfe.

Ich bemerke bei dieser Gelegenheit ehrfurchtsvoll, daß ich im Einverständnis mit meinem österreichischen Kollegen von der mir durch die Depesche des Ministerpräsidenten Eurer Majestät vom 4. d. M. Nr. 41 erteilten Ermächtigung, die erwähnte Depesche vom 31. Januar Herrn Drouyn de Lhuys mitzuteilen, keinen Gebrauch gemacht habe, teils weil Fürst Metternich zur Mitteilung nicht ermächtigt war, teils weil mir die Übergabe nach den neuesten militärischen Ereignissen zu einer falschen Interpretation der vor denselben geschriebenen Depesche zu führen geeignet erschien, teils endlich, weil Herr Drouyn de Lhuys dieses Aktenstück bereits aus den Zeitungen und durch Herrn Talleyrand kannte.

Der Minister beschwerte sich im Scherz darüber, daß die Königliche Regierung nur dem englischen, nicht aber dem französischen Kabinett Mitteilungen mache.

[1] H. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches 3, 223 f.

Ich erwiderte, die Depesche vom 31. Januar sei durch eine Anfrage des englischen Kabinetts veranlaßt worden; zu meiner Freude sei ich nicht in die Notwendigkeit versetzt, eine Anfrage des französischen Kabinetts zu beantworten. Herr Drouyn de Lhuys fragte mich darauf, ob in der Depesche vom 31. Januar die Verständigung mit den Unterzeichnern des Londoner Vertrages oder mit den »europäischen Mächten« zugesagt sei? Ich erwiderte, daß ersteres geschehen sei, und erlaube mir, alleruntertänigst darauf aufmerksam zu machen, daß der Minister mit seiner Frage anscheinend auf die Kongreßwünsche Frankreichs hindeuten wollte.

Der Minister ging im Laufe der Unterredung zur Idee der Skandinavischen Union über, sprach die Ansicht aus, daß dieselbe auf eine innige Verbindung mit Preußen und Norddeutschland angewiesen sein und uns in die Lage setzen würde, mit jenem Länderkomplex vereint eine achtunggebietende Seemacht zu werden, was den Tendenzen der französischen Politik vollkommen entspreche. Über das Gespräch, welches sich hieran in betreff der Bedingungen und Zielpunkte einer preußisch-französischen Allianz knüpfte, behalte ich mir ehrerbietigst vor, Eurer Königlichen Majestät anderweitig Bericht zu erstatten.

Den Kaiser und die Kaiserin habe ich in den letzten Tagen nur auf kostümierten Bällen, wo sie maskiert waren, zu sehen Gelegenheit gehabt. Ihre Majestäten haben es dabei vermieden, mich und, soviel ich weiß, auch den Fürsten Metternich anzureden, wie ich vermute, um weder zu gratulieren noch eine Gratulation zu unterlassen, wo die Gelegenheit dazu gegeben war. In der Regierungspresse bemerke ich den Übergang zu einem feindseligen Ton gegen die beiden deutschen Großmächte.

Lord Cowley, mit dem ich gestern eine längere Unterredung hatte, findet gleichfalls, daß die französische Regierung die glänzenden Erfolge der preußisch-österreichischen Waffen lebhaft bedauert. Es ist ihr dadurch, wie der englische Botschafter glaubt, ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Der Kaiser Napoleon habe gehofft, daß der Widerstand Dänemarks hartnäckiger sein, der Kampf länger dauern, hierdurch ein Bruch zwischen England und Deutschland eintreten und Frankreich in die Lage werde versetzt werden, mit der Skandinavischen Idee aufzutreten. Indem Lord Cowley die letztere erörterte, gab er zu, daß England eigentlich kein überwiegendes Interesse habe, ihre Realisierung zu verhindern. Indessen argwöhnte er dabei Kompensationsansprüche Frankreichs, namentlich für den Fall, daß Preußen sich die Herzogtümer aneignen sollte. Er bestritt bei dieser Gelegenheit entschieden, daß die englische Regierung jemals die Absicht gehabt habe, 2000 Mann nach Kopenhagen zu schicken, ein Gerücht, welches hier eifrig und immer wieder von neuem verbreitet worden sei, um Zwiespalt zwischen Deutschland und England zu säen.

Ich wage noch hierzu zu bemerken, daß die von Preußen und Österreich bewiesene Schlagfertigkeit und die große Manövrierfähigkeit ihrer Truppen dem Kaiser Napoleon gleichfalls zu denken geben möchten.

Die vorstehenden Andeutungen dürften die in allen meinen bisherigen alleruntertänigsten Berichten vorgetragene Auffassung bestätigen, daß Eurer Königlichen Majestät Regierung sich über die gänzliche oder teilweise Trennung

der Herzogtümer von der Krone Dänemark mit Frankreich würde verständigen können, während diese Macht bei Verhandlungen, welche die Ausführung der Vereinbarungen von 1851/52 oder eine Personalunion zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark zum Gegenstande hätten, wahrscheinlich plötzlich zugunsten der Interessen der letztgenannten Macht noch viel entschiedener als England auftreten würde. Was insbesondere den Gedanken der Personalunion anbetrifft, so habe ich Herrn Drouyn de Lhuys demselben nicht günstig gefunden, wie sich denn auch in der Tat nicht verkennen lassen dürfte, daß ein solches Verhältnis, wenn dadurch die Herzogtümer vor dänischer Vergewaltigung wirksam sichergestellt werden sollen, nur auf Kosten des monarchischen Prinzipes geregelt werden kann . . .

13.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 9. Februar 1864

Vor acht Tagen machte mir der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten während eines Diners, auf dem ich neben ihm saß, halb in scherzender Form, vertrauliche Eröffnungen, welche ich mit anderweitigen Äußerungen in Verbindung bringen und deshalb Eurer Königlichen Majestät alleruntertänigst anzeigen zu müssen glaube.

Er sagte mir, wir sollten Schleswig-Holstein und einige andere in der Nähe liegende Länder annexieren.[1] Frankreich würde uns gern dazu behilflich sein und sich mehr mit einer zur äußerlichen Genugtuung der französischen Nation gereichenden, als wirklich wertvollen und ein Äquivalent für jene preußische Machterweiterung darstellenden Kompensation begnügen. Als ich ihm bemerklich machte, daß wir keine solche Kompensation zu bieten hätten, äußerte er, für Frankreich würde eine geringe Rektifikation der Grenze genügen; da gebe es z. B. Landau, welches, soviel er wisse, 1814 Frankreich hätte verbleiben sollen. Er erörterte demnächst die Idee, aus der preußischen Rheinprovinz einen unabhängigen, neutralen Staat nach dem Muster Belgiens zu bilden — ein Gedanke, welcher bereits öfters vom Kaiser Napoleon geäußert worden ist. Meine Frage, ob denn dieser Staat zum Deutschen Bunde gehören sollte, beantwortete er verneinend.[2]

[1] Der Nachdruck dieser Bemerkung liegt in: »und einige in der Nähe liegende Länder«. Mit dieser halblauten Anreizung wird die Brücke gefunden, um auch die Frage französischer »Kompensationen« vorsichtig zur Sprache zu bringen.

[2] Dies ist, bei aller Unverbindlichkeit der Form, die erste amtliche Sondierung der französischen Regierung, ob sie in Berlin in einer konkreten politischen Situation auf Erfüllung ihrer Rheinwünsche würde zu rechnen haben; und zwar erscheinen diese Rheinwünsche — Grenzen von 1814 und Neutralisierung der Rheinlande — in einem Umfange, der uns bis zum Jahre 1870 häufig wieder begegnen wird. Sie sind das Endziel, um dessenwillen Napoleon in die dänische Krisis eintritt, indem er die preußische Regierung von der beschränkten schleswig-holsteinischen Aktion (an der Seite Österreichs) auf das größere deutsche Kampffeld (mit der Spitze gegen Österreich)

Ich beschränkte mich darauf, dem Herrn Drouyn de Lhuys die Verhältnisse der Rheinprovinz auseinanderzusetzen. Ich sagte ihm, daß dieselbe bis zum Jahre 1848 manche, wenn nicht französisch gesinnte, doch von den sogenannten Prinzipien von 1789 ergriffene Elemente enthalten habe, daß ferner bis dahin noch manche Personen am Leben gewesen wären, welche dem ersten Kaiserreich gedient hätten, daß aber in jenem Jahre durch die deutsche Bewegung,

zu drängen sucht. Diesem Zwecke diente im Dezember 1863 die Mission des Generals Fleury, die den dänischen Konflikt durch einen Kongreßvorschlag begleichen und in Berlin auf ein französisch-preußisches Bündnis hinarbeiten sollte. Bismarck aber lehnte in der Unterredung mit Fleury den allgemeinen Kongreß, der im Anschluß an Napoleons Politik im Frühjahr 1863 auch die polnische Frage würde behandelt haben, sofort als indiskutabel ab. Wenn er sich dabei, scheinbar unvorsichtig, in Wahrheit wohlüberlegt, zu dem Ausruf hinreißen ließ: « Plutôt mourir que de laisser discuter nos possessions de Posen. J'aimerai mieux céder nos provinces rhénanes», so diente das Stichwort (dessen Fassung immerhin in Fleurys Bericht noch verschärft wiedergegeben sein mag) offenbar nicht allein dazu, die Negation so scharf wie möglich zu unterstreichen, sondern vor allem zu dem Zwecke, aus dem Boten Napoleons herauszuholen, welche Ansprüche etwa dieser für den Fall eines allgemeinen Zusammengehens zu stellen gedenke. Wie berechtigt sein Argwohn war, geht daraus hervor, daß Fleury sofort anbeißen wollte und nach Paris telegraphierte: «Quant aux frontières du Rhin, le mot a été prononcé. Faut-il accentuer?» Allerdings, das Stichwort, das man in Paris bisher noch im Busen verwahrte, war gefallen, das Geheimnis der Napoleonischen Politik war berührt. Aber der Kaiser konnte sich nicht verhehlen, daß in diesem Momente eine ernstere rheinische Andeutung allein dazu dienen würde, den preußisch-österreichischen Bund fester zu schmieden und in Berlin jede Neigung zu einer Aktionspolitik, mit der Front gegen Österreich und an der Seite Frankreichs, zu ersticken. Er winkte daher zunächst vorsichtig ab: «Ne parlez pas du Rhin et tranquillisez sur Posen.»

Die amtliche französische Aktenpublikation der «Origines diplomatiques de la guerre de 1870/71» wird mit diesen Hergängen vom 24. Dezember 1863 eröffnet, um mit einem wirkungsvollen Eingang Bismarck als den ungefragt Anbietenden erscheinen zu lassen, der von sich aus die Rheinlande zum erstenmal auf das Tapet gebracht habe. In Wahrheit liegt die Sache umgekehrt: Bismarck wollte den von ihm längst und mit Recht gearg-wöhnten rheinischen Hintergedanken der französischen Politik nur zum Sprechen bringen. Daß er in jedem Augenblick mit diesem Hintergedanken zu rechnen haben werde, hatte der Verlauf der polnischen Krisis (über den die «Origines diplomatiques» allerdings keine Nachweise bringen) ihn von neuem gelehrt (vgl. Nr. 7 Anm.). Das Vorhandensein dieser Wünsche war für ihn so notorisch, daß er nur hoffen konnte, sie abzulenken, nicht aber sie zu ersticken. Daß seine Rechnung ihn nicht trog, sollte sich schon nach einem Monat erweisen. Wenn Napoleon es vor dem Beginn des dänischen Krieges für klüger gehalten hatte, seine Rheinwünsche zu unterdrücken, so glaubte er immerhin den Moment dazu gekommen, sobald nach Eintritt Preußens und Österreichs in den Krieg eine europäische Situation geschaffen war, in der das Wohlwollen Frankreichs auch für Berlin schon ein Stück schwerer wog und daher auf ein zu Opfern am Rhein bereites Entgegenkommen rechnen konnte.

Dieser Erkundungsversuch ist es, der in der obigen Sondierung Drouyns de Lhuys im Anfang Februar 1864 vorliegt — von der allerdings in der amtlichen Aktenpublikation der «Origines» nichts zu finden ist. Er enthielt gleichsam die Antwort auf jenen Fühler Bismarcks vom 24. Dezember 1863 — der Fuchs war zum ersten Male aus dem Loche! Die Anmeldung der rheinischen Forderung erhielt einen besonderen Nachdruck dadurch, daß die französische Politik in den nächsten Wochen (vgl. Nr. 14, 15) die preußische Harthörigkeit durch unfreundlichere Haltung zu erweichen suchte. Beide Methoden aber konnten für Bismarck nur die eine Wirkung haben, an der Allianz mit Österreich vorläufig festzuhalten.

ja eigentlich schon seit 1840 die deutsche und hiermit die preußische Gesinnung zum entschiedenen Durchbruch und allgemeinen Bewußtsein gelangt sei; daß es endlich jetzt zwar dort manche oppositionelle Elemente gäbe, welche aber in ultramontane und demokratische zerfielen, während französische Sympathien nirgends vorhanden seien. Ich begriffe daher nicht, wie wir auf den Gedanken kommen sollten, so blühende Provinzen vermöge eines gehässigen Völkeraustausches aufzugeben, ebensowenig aber, welches Interesse Frankreich haben könne, zwischen Preußen, welchem es doch keine Eroberungsgelüste gegen diese Macht zuschreiben könnte, und der letzteren eine Barriere zu errichten? Der Ort schien mir nicht geeignet, in weitere Erörterungen einzugehen.

An demselben Abend erfuhr ich, daß nach einem Berichte Sir A. Buchanans der General Fleury in Berlin die Annexion von Schleswig-Holstein, Sachsen und Hannover angeboten haben sollte.[1]

Bei meiner vorgestrigen Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys machte mir dieser Minister abermals Andeutungen der vorbezeichneten Art. Er äußerte, wir würden doch eventuell nicht einen neuen deutschen Kleinstaat im Norden gründen wollen, sondern lieber Schleswig-Holstein für uns behalten und uns gleichzeitig weiter arrondieren. Frankreich würde sich dafür mit einer Rektifikation der Grenze nach Maßgabe des Friedensschlusses von 1814 begnügen. Der Minister schien mir dabei über die Differenz zwischen 1814 und 1815 nicht ganz mit sich im klaren zu sein. Er sprach von Landau, von einem häßlichen Winkel, den die preußisch-französische Grenze mache, wobei er das Interesse an den qualitativ mangelhaften Saarbrücker Kohlen bestritt, endlich von der Inkorporation des niederländischen Teils von Limburg in dieses Königreich und Abtretung eines Teils von Luxemburg an Frankreich. Jedenfalls, sagte er, würde diese Macht viel weniger für sich verlangen, als wir erwerben sollten.

Ich habe diesen Anlaß wahrnehmen zu müssen geglaubt, um Illusionen zu bekämpfen, welche, nach meiner Überzeugung, niemals hätten genährt werden sollen und deren Fortdauer nur die Gefahr einer bitteren Enttäuschung und ihrer bedenklichen Folgen herbeiführen könnte. Ich sagte dem Minister, indem ich ihn leise an seine vorerwähnten Äußerungen erinnerte, daß eine Annexionspolitik weder den Grundsätzen Eurer Königlichen Majestät, noch den wohlverstandenen Interessen Preußens entspräche. In betreff Schleswig-Holsteins, welches bei den nicht ganz unzweifelhaften Ansprüchen des Prinzen von Augustenburg eventuell allenfalls in die Lage eines herrenlosen Landes gelangen könnte, seien in jener Beziehung verschiedene Ansichten zulässig. Die Aneignung anderer deutscher Staaten würde aber die Regierungen der übrigen in einen so entschiedenen und unversöhnlichen Gegensatz zu Preußen versetzen, daß es sehr fraglich erscheine, ob die Nachteile nicht die Vorteile überwögen. Die preußische Politik müsse auf Befestigung des Kittes gerichtet sein, welcher diese Großmacht mit den übrigen deutschen Staaten verbinde. Sie müsse daher das Ziel verfolgen, die Kräfte des übrigen Deutschlands soviel als möglich unter seiner Leitung zu vereinigen. Bei der Präponderanz Frankreichs und dem rein defensiven Charakter, welchen eine solche Vereinigung haben würde, sehe ich nun

[1] Siehe die vorige Anmerkung.

nicht ein, inwiefern jene Macht einer Kompensation bedürfen könnte. Überdies würde dieselbe mit ihrer Nationalitätspolitik in den schreiendsten Widerspruch treten, wenn sie deutsche Länder erwerben wollte. Ich hielte es für erreichbarer und weiser, die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich auf einer anderen Basis zu regeln. »Ist es denn,« so fragte ich den Minister, »von gar keiner Bedeutung für Frankreich, daß Preußen keinen Anlaß hat, die Bildung einer Koalition zu befördern, eine solche vielmehr durch seine Weigerung unmöglich machen würde? Wir haben uns, die vorjährige polnische Politik abgerechnet, seit der Thronbesteigung des Kaisers Napoleon über sein Verhalten gegen Preußen nicht zu beschweren gehabt. Es scheint mir sehr wichtig für Frankreich, uns durch die Fortsetzung einer solchen Politik an der Aufrechterhaltung seiner Stellung zu interessieren. Hieraus kann sich vieles andere entwickeln, ohne daß man darum die ganze Karte von Europa verändert. Wir können die Kongreßideen des Kaisers unterstützen; wir brauchen nichts dagegen einzuwenden, daß solche Kongresse in Paris stattfinden; wir können endlich auf denselben Frankreich in vielen Fragen nützlich sein.«

Herr Drouyn de Lhuys gab zu, daß alles dies sehr wertvoll sein würde, verhehlte aber doch nicht, daß es weniger sei, als der Kaiser wünschen würde.

14.

Graf Goltz an König Wilhelm I.[1]

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 21. Februar 1864

Bereits in meinem alleruntertänigsten Berichte vom 9. d. M. Nr. 52[2] habe ich Eurer Königlichen Majestät ehrfurchtsvoll die Symptome von Übelwollen zu melden, welche ich in den hiesigen entscheidenden Kreisen wahrzunehmen Gelegenheit hatte. Diese ungünstige Stimmung ist seitdem immer deutlicher hervorgetreten und gestattet bereits seit einigen Tagen kaum mehr einen Zweifel über einen bevorstehenden, vorzugsweise gegen die Regierung Eurer Majestät gerichteten Umschwung der französischen Politik.

Die Presse, welche bis vor kurzem die von Preußen und Österreich in der dänischen Frage befolgte Politik eher wohlwollend beurteilt hatte, stimmte einen Ton an, welcher mich an die schlimmsten Zeiten der polnischen Frage erinnerte, und zwar so gleichzeitig und so einstimmig, daß daraus auf Regierungsinstruktionen zu schließen war. Das angebliche Dunkel über den eigentlichen Zweck des Krieges, die Besetzung einiger Punkte des Herzogtums Holstein durch preußische Truppen, die nach Zeitungsberichten vorgenommene Besichtigung des Hafens und der Umgebungen von Kiel, behufs fortifikato-

[1] Am 21. Februar 7^{10} nachmittags telegraphierte Graf Goltz an Bismarck: «La France est en voie d'opérer un revirement de sa politique dans un sens hostile envers nous. L'entrée de nos troupes dans la Jutlande sert de prétexte. On prétend que le but de la guerre serait obscur. L'Empereur s'efforce personellement de détacher l'Autriche de la Prusse. On est disposé à s'entendre avec l'Angleterre et la Suède. Rapport part demain soir.»

[2] Nr. 12.

rischer Arbeiten, die Mobilmachung des 8. Armeekorps als Demonstration gegen Sachsen aufgefaßt — alle diese Umstände wurden von den Journalen aller Farben ausgebeutet, um Eurer Majestät Regierung ehrgeizige Absichten zuzuschreiben. Zugleich wurde die Haltung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten als eine nationale gerühmt, Österreich von den der Regierung nahestehenden Blättern geschont, der heldenmütige Kampf Dänemarks gegen die Übermacht zweier Großstaaten verherrlicht, endlich in den radikalen Blättern an die Politik Heinrichs IV., Ludwigs XIII. und Ludwigs XVI., sowie daran erinnert, daß Frankreich stets der Hort der Freiheit Deutschlands, welche jetzt wiederum durch Österreich und Preußen bedroht werde, gewesen sei.[1]

Herr Drouyn de Lhuys selbst sagte mir wiederholt, daß niemals ein Krieg geführt worden sei, dessen ausgesprochener Zweck in so argem Mißverhältnisse mit den an Menschenblut und Gelde aufgewendeten Opfern stehe.

Der Kaiser und die Kaiserin haben während dieser Zeit Unterredungen mit mir vermieden. Eine Zeitlang beobachteten sie ein ähnliches Verhalten auch dem österreichischen Botschafter gegenüber. Seit einigen Tagen nähern sie sich dagegen dem letzteren wieder in einer ihm selbst auffallenden Weise. Er wird mit der größten Auszeichnung behandelt, und der Kaiser hat ihn unter anderem gefragt, ob denn Österreich Preußens sicher zu sein glaube? Das Bestreben, jene Macht von der Aktion mit Eurer Majestät Regierung zu trennen, ist unverkennbar.

Notabilitäten der orleanistischen und legitimistischen Partei, wie Thiers und Berryer, haben mich schon vor einigen Tagen vor der Eventualität eines Umschlags der Kaiserlichen Politik gewarnt. Sie sagten mir, daß, je mehr sich der Kampf in Schleswig verlängere, je hartnäckigeren Widerstand die Dänen den preußisch-österreichischen Truppen entgegensetzten, desto lebhafter die öffentliche Meinung in Europa, und insbesondere in Frankreich, für die ersteren Partei nehmen, und der Kaiser Napoleon sich hierauf stützen würde, um seine Zwecke durchzusetzen.

Der Chef des hiesigen Hauses Rothschild sprach mir endlich gestern seine lebhaften Besorgnisse vor einer Störung des Weltfriedens aus. Er sagte mir, daß er die beunruhigendsten Nachrichten aus London habe, daß sich der englischen Staatsmänner eine Aufregung bemächtigt hätte, vermöge deren sie fähig sein würden, die Mitwirkung Frankreichs behufs Rettung der dänischen Monarchie selbst mit der Abtretung des linken Rheinufers an jene Macht zu erkaufen.

Der gestern auf telegraphischem Wege gemeldete Eintritt der verbündeten Truppen in Jütland droht dem Kaiser Napoleon einen willkommenen Vorwand zu bieten, um aus seiner bisherigen Zurückhaltung hervorzutreten und eine feindselige Politik gegen die beiden deutschen Großmächte, insbesondere gegen Preußen, einzuschlagen.

[1] Es ist bemerkenswert, daß schon in diesem Stadium der Schleswig-Holsteinischen Frage — also bevor irgendeine für Frankreich »bedrohliche« Neuordnung der deutschen Dinge in Frage steht — die französische öffentliche Meinung, charakteristischerweise in der radikalen Opposition, sich zu den Traditionen der französischen Politik der Eroberung und Intervention in Deutschland zu bekennen beginnt.

Schon gestern abend bei einem Diner bei dem englischen Botschafter war ich in der Lage, den Eindruck wahrzunehmen, welchen diese Nachricht gemacht hatte. Vom Staatsminister Rouher darüber befragt, vermochte ich die letztere weder zu bestätigen, noch zu bestreiten. Ich setzte ihm indessen auseinander, daß, falls sie wahr wäre, meines Erachtens weder die politische Lage, noch der Charakter des Krieges dadurch verändert werden würden, und ich die entgegengesetzte, von Lord Palmerston im Parlament ausgesprochene Auffassung nicht zu teilen vermöchte. Denn man könne sich nicht verhehlen, daß wir im Kriege mit Dänemark seien. So fasse es auch diese Macht auf, welche unsere Schiffe in ihren Häfen mit Embargo belege, die auf hoher See befindlichen kapere, ja sogar durch dergleichen Kriegsakte den Deutschen Bund, der mit ihr bisher nicht im Kriege gewesen, zu letzterem zwinge, endlich unsere Häfen mit einer glücklicherweise unmöglichen Blockade, unsere Küsten mit Angriffen bedrohe. Unter diesen Umständen könne uns unmöglich zugemutet werden, unsere Kriegsoperationen auf das Herzogtum Schleswig zu beschränken und hierdurch die Dänen in die Lage zu versetzen, alle ihre Kräfte, behufs Behauptung ihrer Flankenstellung von Alsen zu konzentrieren. Vielmehr dürfte es die Aufgabe der verbündeten Truppen sein, dem Feinde auch ihrerseits soviel Schaden als möglich zuzufügen und ihn hierdurch möglichst schnell zu einem annehmbaren Frieden zu zwingen.

Heute früh erhielt ich das Telegramm des Ministerpräsidenten Eurer Majestät, Nr. 63, welches mir die vom General von Moltke überbrachten Nachrichten über die Veranlassung der Überschreitung der jütischen Grenze, sowie die Ansicht desselben über die Notwendigkeit der Behauptung von Kolding mitteilte. Ich suchte alsbald eine Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys nach, welche heute nachmittag stattfand. Ich sagte ihm, daß ich mit Befremden wahrgenommen hätte, wie die gestern von den Zeitungen gemeldete telegraphische Nachricht hierselbst in Regierungskreisen einige Aufregung hervorgerufen habe und als eine Tatsache betrachtet werde, welche die Haltung Frankreichs zu verändern geeignet sei. Ich hätte keinen Auftrag, dem Minister Explikationen zu geben; aber ich hielte es für nützlich, beizeiten zur Verhütung von Mißverständnissen der angedeuteten Art nach Maßgabe der mir zugegangenen Nachrichten beizutragen. Aus den letzteren gehe hervor, daß das Überschreiten der Grenze von Jütland nicht durch Befehle der beiden Regierungen veranlaßt, sondern eine Folge von militärischen Ereignissen gewesen sei, welche sich auf dem Kriegsschauplatze zugetragen haben. Jetzt gingen militärische Ansichten dahin, daß die dicht an der Grenze gelegene Stadt Kolding im Interesse der Sicherheit der verbündeten Truppen von den letzteren behauptet werden müsse, solange die Dänen noch Schleswig wiedererobern wollten. Neben diesen militärischen Rücksichten wurden nun ohne Zweifel politische Erwägungsgründe in Betracht gezogen und danach von den verbündeten Regierungen ein gemeinsamer Beschluß gefaßt. Bis dies geschehe, liege hiernach kein Novum vor, welches auf die fernere Haltung der auswärtigen Mächte bestimmend einwirken könnte. Selbst wenn aber auch der Beschluß dahin ausfiele, im Besitz von Kolding zu bleiben, oder sogar in Jütland weiter vorzurücken, vermöchte ich darin keinen

Grund zu einer veränderten Haltung jener Mächte zu erkennen. Ich wiederholte ihm demnächst dieselbe Auseinandersetzung, welche ich dem Staatsminister gemacht hatte.

Herr Drouyn de Lhuys erwiderte mir, daß wir in der Tat so schnell vorgingen, daß sich die Kaiserliche Regierung die Frage vorlegen müsse, ob sie denn länger ruhig zusehen könne? Er könne sich hierüber natürlich nicht äußern, ohne die Befehle des Kaisers eingeholt zu haben, mit welchem er seit der Einnahme des Danewerks die Lage nicht besprochen habe. Er könne mir aber nicht verhehlen, daß eine Veränderung in der hiesigen Auffassung vor sich gehe, eine Veränderung, welche aus dem natürlichen Gefühle jedes Einzelnen hervorginge und zu der auch er persönlich sich bekennen müsse. Dieselbe sei hervorgebracht aus der Wahrnehmung, daß zwei Großmächte, auf 40 Millionen gestützt, ein tapferes Völkchen von 1 800 000 Seelen bekämpften und in diesem Kampfe, welchem das letztere sich selbst überlassen, schließlich unterliegen müsse, von einem Stadium zum anderen die Zielpunkte erweiterten bzw. ein Dunkel über diese bestehen ließen. Zuerst hätten wir unter dem Titel einer Bundesexekution Holstein besetzt, dann wären wir, obgleich dieses Pfand auch für Schleswig hätte genügen können, unter dem Titel einer Pfandnahme in dieses Herzogtum eingerückt; wir hätten dabei, obwohl in wenig klaren Ausdrücken, erklärt, hiermit nur die Erfüllung der Stipulationen von 1851/52 erzwingen zu wollen; jetzt rückten wir in Jütland ein und gingen damit zur »Extermination« der Dänen über; denn was könnten wir anderes bezwecken, indem wir Dänemark finanziell ruinierten, ihm eine Provinz nach der anderen nähmen, und so schließlich bis nach Kopenhagen gelangten? Der Minister erinnerte mich daran, daß er mir schon beim Einrücken der verbündeten Truppen in Schleswig diesen Weg als denjenigen bezeichnet habe, auf den wir uns zu begeben schienen.

Ich entgegnete, daß er mir in der Tat schon mehrmals ganz dasselbe Räsonnement gemacht, ich ihm aber auch jedesmal hierauf geantwortet hätte, und ich erlaubte mir, ihm meine Erwiderungen zu wiederholen. Dank der gemäßigten Einwirkung der deutschen Großmächte habe der Bund, welcher schon damals zugunsten des Herzogs Friedrich, im Widerspruch mit dem Londoner Traktat, eine Besetzung habe vornehmen wollen, die Bundesexekution im Bundeslande Holstein beschlossen und vollstreckt. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Londoner Traktates hätten darauf die Großmächte die Pfandnahme des Herzogtums Schleswig, behufs Erfüllung der Voraussetzungen jenes Traktates, angekündigt und vollzogen. Beide Maßregeln seien daher hinsichtlich derjenigen, welche sie bewirkt, des Objekts und des Zwecks völlig verschieden voneinander. Die Erklärung, welche dem Einmarsch in Schleswig vorangegangen, besage, daß ein kriegerischer Widerstand Dänemarks zu einem Hinausgehen über die Stipulationen von 1851/52 führen könnte; zugleich aber auch, daß, falls infolgedessen das Prinzip der Integrität der dänischen Monarchie in Frage käme, hierüber eine Verständigung mit den Mitunterzeichnern des Londoner Vertrages herbeigeführt werden solle. Über die letztere Grenze hinausgehen zu wollen, hätten die beiden Mächte auch jetzt noch nicht erklärt. Die erstgedachte Eventualität sei durch den kriegerischen Widerstand Dänemarks herbeigeführt worden. Wie

weit man über jene Stipulationen hinausgehe, welche Kombinationen man in dieser Richtung anstreben wolle, lasse sich im voraus nicht erklären, ohne Dänemark zum fortgesetzten Widerstande zu ermutigen und Dinge zu versprechen, die sich vielleicht nachher nach schweren Opfern der öffentlichen Meinung gegenüber nicht aufrechterhalten ließen. Daß ein Staat klein sei, dürfte ihm nicht die Straflosigkeit sichern, lege ihm vielmehr die doppelte Verpflichtung auf, die größeren Nachbarn gegebenen Versprechungen zu halten. England habe nie Anstand genommen, schwächere Staaten zur Erfüllung ihrer Pflichten zu zwingen. Frankreich selbst habe 20 Jahre lang Krieg gegen die Araber geführt, sich in seinen späteren Kriegen mit anderen mächtigen Staaten verbündet, endlich zuletzt noch mit England und Spanien vereint Krieg gegen Mexiko führen wollen und sei, selbst vereinzelt, noch der Mächtigere gewesen. Dessenungeachtet hätten wir seine letzten Siege mit unseren Sympathien begleitet. Auch in Schleswig sei, in Anbetracht der starken Stellungen der Dänen, ein Mißverhältnis der Streitkräfte nicht vorhanden. Die Dänen exterminieren wolle niemand und nach Kopenhagen könnten wir leider nicht schwimmen. Solange aber Dänemark weder seine Pflichten erfülle, noch Schleswig als Pfand völlig einräume, vielmehr noch den deutschen Handel zu vernichten suche, würden wir vollkommen berechtigt sein, den Krieg in Jütland fortzuführen. Der Fall liege indessen noch nicht vor.

Herr Drouyn de Lhuys erwiderte: Solange es sich um Holstein gehandelt, habe Frankreich sich in einen als eine innere deutsche Angelegenheit bezeichneten Streit nicht einmischen wollen. Die Pfandnahme Schleswigs habe schon einen internationalen Charakter gehabt; dennoch sei Frankreich müßiger Zuschauer geblieben. Wenn wir aber gar nach Jütland übergriffen, so müsse die Kaiserliche Regierung in Erwägung ziehen, welche Haltung sie einem solchen Akte gegenüber, der in London und Stockholm große Sensation gemacht habe, einnehmen, was sie diesen beiden Kabinetten, welche sich deshalb mit dem französischen in Verbindung gesetzt, erwidern solle? Die beiden deutschen Mächte erklärten, für die deutschen Interessen einzutreten; der Bundestag aber, der doch gewiß deutsch sei, mißbillige ihr Auftreten. Es sei außerdem kaum glaublich, daß ein solcher Krieg unternommen würde, um 30 oder 50 dänische Schulmeister durch deutsche zu ersetzen.

Im Verlaufe seiner Bemerkungen warf er die Frage hin, ob es nicht preußische Truppen wären, welche die jütische Grenze überschritten hätten? Aus meiner ausführlichen Erwiderung wage ich nur ehrfurchtsvoll hervorzuheben, daß ich dem Minister das Sophistische seiner Behauptung, daß wir nicht deutsche Interessen verfolgten, da der Bundestag mit unserem Einrücken in Schleswig nicht einverstanden sei, nachwies. Bekanntlich sei der Bundestag dem Antrage der Großmächte nicht beigetreten, weil er mehr wollte, als diese dadurch sicherzustellen wünschten, und weil er den Londoner Vertrag zu beseitigen beabsichtigte, während er in der an den König von Dänemark gerichteten Aufforderung eine Anerkennung jenes Vertrages erblickte. Er möge ferner nicht vergessen, daß die Opposition der Mittelstaaten aus zwei Elementen zusammengesetzt sei, aus ihrer Auffassung der dänischen Frage und aus ihrem

Wunsche, sich eine größere politische Geltung zu verschaffen. Die zuletzt erwähnten Bemerkungen des Ministers beantwortete ich mit der Gegenfrage, ob er denn glaube, daß wir die Herzogtümer erobern wollten? Wenn, was ich nicht wüßte, preußische Truppen in Jütland eingerückt wären, so sei dies eine natürliche Folge des Umstandes, daß dieselben jetzt die Avantgarde bildeten. Es liege aber auf der Hand, daß für die militärischen Operationen der alliierten Truppen beide Regierungen gleich verantwortlich wären, und daß, wenn jene Truppen in Jütland bleiben sollten, dies nur mit dem Einverständnis beider Regierungen geschehen könnte. Ich erinnerte hierbei den Minister daran, daß er mir in verschiedenen vertraulichen Gesprächen den Gedanken angedeutet hätte, die Herzogtümer für Preußen zu erwerben, daß dies aber von mir stets als eine zu gefährliche Politik entschieden zurückgewiesen worden sei. Diese meine Äußerungen hätte ich Eurer Königlichen Majestät Ministerpräsidenten vertraulich angezeigt und infolgedessen niemals die leiseste Andeutung erhalten, daß meine Auffassung nicht geteilt würde. Hiernach scheine mir französischerseits der erwähnte Verdacht am allerwenigsten gehegt werden zu können.

Der Minister sagte, der Verdacht beruhe lediglich auf der Unklarheit unserer Politik und dem Mißverhältnis zwischen dem ausgesprochenen Zweck und den aufgewendeten Mitteln. Übrigens wiederholte er, daß er hier nur als Akademiker spräche, indem er die Ansicht des Kaisers noch nicht kenne.

Ich konstatierte auch meinerseits den rein akademischen Charakter unseres Gespräches, indem ich bemerkte, daß, wenn die alliierten Truppen Jütland wieder verließen, dieses Gespräch jede praktische Bedeutung verlieren und für die Kaiserliche Regierung jeder Grund fortfallen würde, ihre bisherige Haltung zu verändern. Der Minister entgegnete indessen, es bliebe dann noch immer die, in der öffentlichen Meinung, durch die Fortsetzung des ungleichen Kampfes und das gegen unsere Absichten abwartende Mißtrauen gesteigerte Aufregung übrig, der die Kaiserliche Regierung Rechnung tragen müsse. Ich fragte hierauf Herrn Drouyn de Lhuys, was er der Königlichen Regierung raten würde zu tun, um die nach seiner Meinung drohenden Komplikationen abzuwenden. Zu Konferenzen hätten wir uns jederzeit bereit erklärt. Daß wir in einem Augenblicke, wo Eurer Majestät Truppen vor den Düppeler Schanzen lägen, die Initiative zu einem Waffenstillstand ergriffen, auf den überdies die dänische Regierung nur im Falle der Räumung Schleswigs eingehen wolle, könne er uns doch unmöglich zumuten.

Herr Drouyn de Lhuys erwiderte, es sei allerdings schwer Rat zu erteilen, nachdem wir bereits so weit gegangen wären. Er könne nur empfehlen: Falls wir uns auf die »kleine Frage« beschränken wollten, unsere Absichten sobald als möglich klar auszusprechen und in möglichst gemäßigten Grenzen zu halten. Wenn wir dagegen auf eine Lösung der »großen Frage« ausgingen, so seien drei Fälle möglich: die von uns erstrebte Lösung sei Frankreich entweder schädlich oder gleichgültig oder vorteilhaft. Im ersteren Falle würde Frankreich dieselbe entschieden bekämpfen, im zweiten in seiner bisherigen passiven Haltung beharren; im dritten würde er wünschen, davon unterrichtet zu sein, um sie unterstützen zu können. Jedenfalls könne es aber Frankreich nicht gleichgültig mit-

ansehen, wenn neue Kombinationen im Norden einseitig und ohne seine Mitwirkung ins Leben geführt würden.[1]

Ton und Haltung des Ministers während des ersten Teils des Gespräches erinnerten mich abermals an die polnische Krise. Am Schlusse fiel er in den freundschaftlichen und vertraulichen Ton zurück, welchen er während der letzten Monate in unseren Unteredungen angenommen hatte.

15.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 22. Februar 1864

In meinem alleruntertänigsten Bericht vom gestrigen Tage Nr. 67[2] habe ich Eurer Königlichen Majestät über die in der französischen Politik vor sich gehende Wandlung Vortrag zu halten die Ehre gehabt.

Heute wage ich, Eurer Königlichen Majestät die Gründe ehrfurchtsvoll darzulegen, welche den Kaiser Napoleon zur Aufgebung seiner bisherigen abwartenden, aber für die deutschen Großmächte eher wohlwollenden Haltung in der dänischen Frage veranlaßt haben dürften. Ich nehme in dieser Beziehung keinen Anstand, das Einrücken der alliierten Truppen in Jütland als einen bloßen Vorwand zu bezeichnen. Einen ähnlichen Charakter haben die angeblichen Gefühle der Großmut zugunsten des schwächeren Teils, sowie die Rücksichten auf die öffentliche Meinung. Was die letztere anbetrifft, so läßt sich nicht leugnen, daß sie den Dänen überwiegend günstig ist. Diese Stimmung ist aber nicht so lebhaft, daß sie nicht durch die gewöhnliche Einwirkung der Kaiserlichen Regierung auf die Presse hätte überwunden werden können, wie dies in der Tat bis vor kurzem mit vollständigem Erfolg gelungen war. Seit etwa acht Tagen ist aber gerade eine Einwirkung in entgegengesetztem Sinne unverkennbar.

Die Ursachen, welche den Kaiser Napoleon jetzt zu bestimmen scheinen, früher als er anfangs beabsichtigt haben mag, und zwar zugunsten Dänemarks, aus seiner bisherigen Passivität herauszutreten, sind nach meiner Überzeugung: Das Zusammengehen Preußens mit Österreich, die anscheinende Beschränkung des Objekts des Kampfes auf die innere Konstituierung des Königreichs Dänemark einschließlich der Herzogtümer, und die sich hieraus ergebende Beseitigung der von ihm gepflegten Skandinavischen Idee, endlich auch wohl eine gewisse Gereiztheit über die von Eurer Majestät Regierung ihm gegenüber beobachtete Zurückhaltung.

Hinsichtlich der beiden ersten Punkte habe ich meine diesfällige Ansicht in zahlreichen Berichten so vollständig und freimütig vorzutragen gewagt, daß ich darauf ehrerbietigst Bezug nehmen zu dürfen glaube. Die Beziehungen zu

[1] Die französische Taktik läuft darauf hinaus, in der »kleinen Frage« (Schleswig-Holstein) auf Berlin zu drücken und statt dessen zu der »großen Frage« (norddeutsches Annexionsprogramm) anzureizen. In der »kleinen Frage« hatte man es mit Preußen und Österreich zu tun. Die »große Frage« aber trieb Preußen gegen Österreich und brachte Frankreich mit seinen Kompensationsforderungen in die Hinterhand.

[2] Nr. 14.

Frankreich liefen von Anfang an größere Gefahr durch ein Festhalten an dem Londoner Vertrage als durch ein Aufgeben des letzteren, und die gemeinsame Aktion mit Österreich konnte nach der Gesamtpolitik des Kaisers Napoleon diesen Souverän für das Objekt jener Aktion nicht günstig stimmen. Was dagegen den dritten, ehrfurchtsvoll angedeuteten Punkt anbetrifft, von welchem ich nicht verkenne, daß derselbe die logische und unvermeidliche Folge des hinsichtlich der beiden ersten von Eurer Majestät Regierung eingeschlagenen Ganges war, so wage ich daran zu erinnern, daß ich schon vor mehreren Wochen aus Äußerungen des Kaiserlichen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten den Eindruck empfing, als ob der Kaiser Napoleon Eurer Königlichen Majestät die Wahl zwischen dem Kriege und einer Allianz mit ihm ließe, und daß dieser Souverän sich demnächst täglich mehr davon überzeugen mußte, daß die Allianz wenigstens auf der ihm vorschwebenden Basis eines für Eure Majestät durchaus annehmbaren Systems von Annexionen und Kompensationen sich nicht werde zuwege bringen lassen. Gleichwohl hätten sich unsere Beziehungen zu Frankreich durch einen Ideenaustausch[1]* und vertrauliche Verhandlungen vielleicht noch längere Zeit in der Schwebe halten und die Entscheidung bis zur Gewinnung eines wichtigeren Abschnitts auf dem Kriegsschauplatze hinausschieben lassen. Der Kaiser Napoleon scheint indessen vielmehr im Gegenteil den Verdacht gefaßt zu haben, daß Eurer Majestät Regierung eher geneigt sei, sich in ihrer allgemeinen Politik einem System anzuschließen, zu welchem er im Gegensatze steht. Es wird in dieser Richtung an Insinuationen von Seiten, welche man für befreundet zu halten berechtigt sein würde, nicht gefehlt haben. Außerdem ist es mir aber auch nach meiner Kenntnis des Terrains von Konstantinopel nicht zweifelhaft, daß von dort aus dem französischen Kabinett Mitteilungen zugegangen sind, welche das letztere auf eine Veränderung der in den orientalischen Fragen während einer Reihe von Jahren von Preußen beobachteten Haltung haben schließen lassen.

Eurer Königlichen Majestät habe ich gewagt, in Vorstehendem die Motive darzulegen, welche nach meinen Wahrnehmungen das gegenwärtige Übelwollen der französischen Regierung eingegeben haben, weil nur in der Erkenntnis jener Motive die Möglichkeit gegeben ist, sowohl den Umfang der etwa drohenden Gefahr zu übersehen als auch die zur Abwendung der letzteren geeigneten Mittel ausfindig zu machen.

Es ist mir nicht zweifelhaft, daß der Kaiser Napoleon jetzt sehr geneigt ist, sich einer von England vorzuschlagenden kräftigen Pression gegen die deutschen Großmächte anzuschließen. Auch dürften sich Schweden und sogar Rußland[2]* einer solchen nicht entziehen. Nur das ist mir wahrscheinlich, daß der Kaiser vorher von England ein bestimmtes Versprechen, eventuell von Worten zu Taten zu schreiten, verlangen werde. Hierdurch kann noch eine kurze Frist zu Verhandlungen gewonnen werden. Erlangt der Kaiser ein solches Versprechen, so muß ich bezweifeln, daß Österreich einem von den beiden Westmächten gestellten, von Rußland unterstützten Ultimatum widerstehen würde. Ich brauche die Lage nicht auseinanderzusetzen, in welche Eurer Majestät Regierung, von den übrigen deutschen Regierungen getrennt und außerdem

im Innern durch mannigfache Hemmnisse behindert, ohne deren Überwindung sich ein großer europäischer Krieg nicht führen läßt, durch die bezeichnete Eventualität versetzt werden würde. Solchen Gefahren die Stirn zu bieten, würde sich nur durch einen sehr großen, zum Bewußtsein der Nation zu bringenden Zweck rechtfertigen lassen.

Hiernach scheint mir Eurer Majestät Regierung die Wahl zwischen zwei Wegen offen zu stehen, welche von dem bisher innegehaltenen Gange in zwei entgegengesetzten Richtungen abweichen. Entweder ist behufs Abwendung der bezeichneten Gefahren das Ziel des in den Herzogtümern geführten Kampfes auf die möglichst bescheidensten Grenzen zurückzuführen, dergestalt, daß England desinteressiert wird, mit Hilfe dieser Macht ein schleuniger Frieden zustande kommt und dem Kaiser Napoleon jeder Anlaß zum Einschreiten entzogen wird. Dies kann durch eine deutliche Erklärung über die zu stellenden, von den Stipulationen von 1851/52 nicht wesentlich abweichenden Forderungen, durch schleunige Berufung der Konferenz, endlich durch eine möglichst weitgehende Geneigtheit zur Einstellung von Feindseligkeiten geschehen. Eurer Königlichen Majestät bleibt alsdann die Mitwirkung Österreichs gesichert; von England und Rußland ist ein Druck auf Dänemark, jedenfalls keine Feindseligkeit gegen die deutschen Großmächte mehr zu erwarten, und Frankreich wäre genötigt, eine günstige Gelegenheit abzuwarten, um seinem unfehlbar zurückbleibenden Gefühle bitterer Enttäuschung Befriedigung zu verschaffen. Andererseits werden alsdann die Verfassungswirren, sowie die immer höchst bedenklich bleibenden Zerwürfnisse mit dem größeren Teile der deutschen Bundesstaaten fortdauern und Eurer Königlichen Majestät Armee wird aus dem mit so schweren Anstrengungen geführten Kampfe nicht das Gefühl voller Genugtuung zurückbringen, auf welches sie in ihrer Opferfreudigkeit rechnen konnte.

Der andere Weg würde dahin gehen, das Objekt des Kampfes zu den zu besorgenden Gefahren in ein richtiges Verhältnis zu setzen. Eine schleunige Verständigung mit dem deutschen Bundestage, eine offene Erklärung über den mit dem Kampfe zu erstrebenden nationalen Zweck, eine sofortige Berufung des Holsteinischen Landtags und einer für Schleswig ins Leben zu rufenden Landesvertretung würden die Vorbedingungen von Verhandlungen mit Frankreich sein, deren Erfolg jetzt nicht mehr außer allem Zweifel ist, bei denen aber doch der Kaiser Napoleon seinem Wunsche, die Skandinavische Union zu realisieren, gefährlichere Gelüste unterordnen könnte. Daß dieser Weg ernste Gefahren mit sich bringt, daß derselbe zu einer Trennung von Österreich[3*] und Rußland führen dürfte, ist unmöglich zu verkennen. Dagegen glaube ich, daß weder Frankreich noch England[4*] einem Votum der betreffenden Landesvertretungen gewaltsam entgegentreten würden, und daß Eurer Majestät Regierung selbst aus einem ernsten Kampfe um den bezeichneten Zweck neugestärkt im Innern und in Deutschland hervorgehen würde.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* ? 2* ?

3* Eingeschaltet: England.

4* »noch England« eingeklammert.

16.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 24. Februar 1864

Eurer Königlichen Majestät bin ich heute in der Lage, eine vielleicht nur momentane, aber wesentliche Besserung in der hiesigen Stimmung allerunterthänigst zu melden.[1]

Seit vorgestern konnte ich schon an persönlichen Aufmerksamkeiten der Kaiserin Eugenie und an der Wiederaufnahme des intimeren Verkehrs, mit welchem Ihre Majestät mich während der letzten Monate beehrt hatte und dessen Unterbrechung vor etwa 14 Tagen oder 3 Wochen die Möglichkeit eines bevorstehenden Umschwungs andeutete, wahrnehmen, daß die während einiger Tage eingenommene und infolge der Nachricht von dem Einrücken der alliierten Truppen in Jütland deutlich ausgesprochene feindselige Haltung gegen Preußen sich nicht behaupten werde. Die Sprache der Abendblätter bestätigte diese Auffassung, wie ich denn auch seitdem in der Tat gehört habe, daß die Tagespresse die Instruktionen erhalten, wieder einen wohlwollenden Ton anzustimmen. Lord Cowley sagte mir gestern abend, als ich ihm meine Wahrnehmung einer hier eingetretenen Beruhigung mitteilte: in der Tat scheine die französische Regierung sich wieder zurückzuziehen. Der Kaiser endlich knüpfte, was er seit längerer Zeit nicht getan, gestern abend auf dem Hofkonzert eine Unterredung über die gegenwärtige Lage mit mir an. Er fragte mich, ob wir in Jütland bleiben würden, was er nach dem gestrigen Telegramm des Ministerpräsidenten Eurer Majestät, Nr. 68, schon durch Baron Talleyrand wissen mußte. Ich erwiderte: Die Besetzung von Kolding müsse allerdings nach den mir zugegangenen Nachrichten aus militärischen Rücksichten aufrechterhalten bleiben; indem sonst die Vorposten der alliierten Truppen beständig von den Dänen behelligt und gefährdet werden würden, ohne sie über die Grenze verfolgen zu können. Der Kaiser bemerkte hierzu nichts, gab aber auch nicht das geringste Zeichen des Mißfallens zu erkennen. Ich äußerte dann, es wäre gewiß ein Beweis großer Mäßigung, wenn die verbündeten Truppen auf ein weiteres Vorgehen in Jütland verzichteten. Denn die Dänen beschränkten ihre Kriegsakte durchaus nicht auf Schleswig; sie nähmen unter anderen unsere Schiffe weg. — »Auf der hohen See, welche jedermann gehört,« erwiderte der Kaiser. Ich fügte hinzu, daß sie auch unsere Küsten bedrohten. Der Kaiser bemerkte, es wäre gewiß ratsam, daß dem Kriege keine weitere Ausdehnung gegeben würde. Er fragte mich dann, ob ich glaubte, daß die Einnahme der Düppeler Schanzen lange Zeit in Anspruch nehmen würde? Ich erwiderte, dieselbe dürfte nicht so schnell beendigt werden können; der Frost werde die Erdarbeiten erschweren, meine Hoffnung beruhe auf der Überlegenheit der preußischen Geschütze. Ich knüpfte hieran eine Erzählung des Gefechts zwischen der preu-

[1] Telegramm des Grafen Goltz an Bismarck, 24. Februar 1864: » On s'est beaucoup calmé ici depuis trois jours et l'entente entre l'Angleterre et la France n'a pas été établie pour le moment. Rapport part demain soir.« (A. A. Berlin.)

ßischen Küstenbatterie und dem dänischen Panzerschiff »Rolf Krake«. Der Kaiser war in hohem Grade erstaunt über die Leistungen der preußischen 12-Pfünder und erklärte dieselben, insbesondere auf die bezeichnete Entfernung, nach den in Vincennes noch ganz vor kurzem gemachten Erfahrungen für durchaus unmöglich, wenn das Schiff nicht sehr schlecht gepanzert gewesen wäre. Seine Majestät wird inzwischen heute aus einer Kopenhagener Depesche entnommen haben, daß der dänische Bericht die bisher veröffentlichten Nachrichten im wesentlichen bestätigt.

Ich glaube, die aus den vorstehenden alleruntertänigsten Mitteilungen sich ergebende wohlwollendere Stimmung nur zum geringsten Teile auf Rechnung meiner letzten Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys schreiben zu dürfen, wiewohl die letztere namentlich zur Modifikation der Instruktionen an [die] Presse beigetragen zu haben scheint. Dagegen vermute ich, daß der Kaiser Napoleon die englische Regierung nicht bereitgefunden hat, auf die Bedingungen einzugehen, von denen er ein Heraustreten aus seiner bisherigen passiven Haltung zugunsten Dänemarks abhängig machen dürfte, und welche mindestens in der Zusage, im Falle der Erfolglosigkeit der diplomatischen Aktion zu kriegerischen Maßregeln überzugehen, vielleicht auch in der Aussicht, eine Grenzrektifikation vornehmen zu dürfen, bestehen.[1] Wenn diese Vermutung richtig ist, so kann auf eine Dauer jener günstigeren Stimmung nicht mit Zuverlässigkeit gerechnet werden, da dieselbe alsdann von denjenigen Anerbietungen abhängt, mit denen England die Mitwirkung Frankreichs zu erkaufen geneigt sein könnte, und welche sich naturgemäß steigern werden, je mehr die Fortsetzung des Kampfes die Existenz der dänischen Monarchie bedroht. Solange ferner der Kaiser Napoleon eine baldige Beendigung dieses Kampfes nicht erwarten zu können glaubt, wird er sich nicht allzusehr beeilen, ein bindendes Abkommen mit England einzugehen.

17.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 15. April 1865

Eurer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage das Blatt des gestrigen «Moniteur universel» zu überreichen, welches die Rede Thiers[2] über die italienische resp. römische Frage, sowie die Entgegnung Emile Olliviers enthält.

Was Thiers über den eigentlichen Gegenstand seiner Rede, über die Konvention vom 15. September sagt, interessiert uns wenig. Er ist ein systematischer Oppositionsmann und tadelt als solcher alles, was der Kaiser Napoleon tut, eben weil es der Kaiser Napoleon tut. Aber eben deswegen ist für uns ein Teil der Argumente von besonderem Interesse, mit welchem der Redner seinen

[1] Über die französisch-englischen Verhandlungen vgl. Origines diplomatiques de la guerre de 1870/71 Bd. 1.

[2] Über die Rede von A. Thiers im Corps législatif am 13. April 1865: Émile Ollivier, L'Empire libéral 7, 349—356.

Tadel der italienischen Politik des Kaisers motiviert. Auf diesen Teil seiner Rede erlaube ich mir Eurer Exzellenz geneigte Aufmerksamkeit zu lenken.

Thiers bezeichnet drei Gefahren, welche Europa bedrohen: den preußischen Ehrgeiz, die orientalische Frage und die Tendenz der Wiederherstellung der nordischen Allianz. In ersterer Beziehung namentlich warnt er Frankreich eindringlich vor den Gefahren eines Preußens, welches, an der Spitze von 40 Millionen Deutschen, im Besitz sämtlicher Häfen der Nord- und Ostsee, England die Hand reichte.

Gegen alle diese Gefahren sucht er für Frankreich den besten Schutz in einer Allianz mit Österreich, Allianz, welche den Ehrgeiz Preußens im Zaume halten, die orientalische Frage möglichst lange im Zustande der Unbeweglichkeit erhalten und die Vereinigung der drei großen Kontinentalmächte verhindern soll. Letzteres Resultat ist nach seiner Ansicht wegen der Unauflöslichkeit der Allianz zwischen Preußen und Rußland auf keinem anderen Wege zu erreichen.

Aus diesen Gründen verurteilt er die italienische Politik des Kaisers, teils weil sie Frankreich in Antagonismus zu Österreich versetzt, teils weil die italienische Einheit ein Vorläufer der von Preußen erstrebten Einheit Deutschlands sei, welche 40 Millionen Deutsche zu natürlichen Bundesgenossen von 20 Millionen Italienern machen würde.

Es ist für uns längst bekannt, daß die Ideen des Kaisers Napoleon den Ansichten des Herrn Thiers in allen vorgedachten Punkten diametral entgegengesetzt sind: daß der Kaiser in einem stärkeren Preußen, insbesondere in einer preußischen Seemacht zweiten Ranges keinen Gegner, sondern einen natürlichen Bundesgenossen Frankreichs erblicken würde; daß die französische Politik gerade in der orientalischen Frage einen wesentlichen Vereinigungspunkt zwischen Preußen und Frankreich erkennt, weil beide Mächte an einer etwaigen Naturalteilung der Türkei nicht würden teilnehmen können; daß endlich die weise Politik des Kaisers in der dänischen Frage Preußen sozusagen von der nordischen Koalition desinteressiert hat.

Den europäischen Kabinetten und der öffentlichen Meinung in Preußen und Deutschland gegenüber ist es eben von großer Wichtigkeit, daß Thiers, indem er als systematischer Oppositionsmann diese Ansichten bekämpfte, dieselben als einen wesentlichen Bestandteil des Programms der kaiserlichen Politik laut anerkannt und bestätigt hat.

Berryer bedrohte mich schon vor mehreren Wochen mit einem Angriff gegen die preußische Politik. Ich bemerkte, daß er dadurch der kaiserlichen Regierung einen Dienst leisten würde. Er bat mich, ihm dies zu erläutern, indem solches keineswegs seine Absicht sei. Ich entgegnete, daß die vom Kaiser in der dänischen Frage befolgte Politik bei uns bereits die bis dahin nur sehr vereinzelte Ansicht verbreitet habe, daß sich in Frankreich keine den nationalen Bestrebungen Preußens und Deutschlands günstigere Regierung denken lasse als diejenige des Kaisers Napoleon. Durch Angriffe gegen die von Preußen in der dänischen Frage befolgte Politik und gegen die wohlwollende Neutralität, welche Frankreich demgegenüber beobachtet habe, werde er jene Auffassung

wesentlich stärken und allgemeiner machen. Herr Berryer, der leidend ist, hat nicht gesprochen; Herr Thiers aber hat dem Kaiser Napoleon und uns den Dienst geleistet, vor dem ich seinen Kollegen gewarnt hatte. ...

18.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich

Paris, den 18. April 1865

In meinem Bericht vom 15. d. M. Nr. 120 habe ich mir vorbehalten, auf die Thiers'sche Rede zurückzukommen, um einen Gesichtspunkt hervorzuheben, dessen Darlegung ich nicht der Post anzuvertrauen wünschte.

Es ist nämlich meines Erachtens die Rückwirkung nicht ganz außer Auge zu lassen, welche der von einem Manne wie Thiers zugunsten der Allianz mit Österreich und in betreffs der Notwendigkeit einer Abwehr preußischer Vergrößerung eingenommene Standpunkt möglicherweise früher oder später auf die Politik des Kaisers Napoleon äußern könnte.

An und für sich dürften zwar von Thiers ausgesprochene Ansichten den Kaiser in seiner entgegengesetzten Richtung eher zu bestärken geeignet sein. Auch sind die Organe der Regierung und diejenigen der liberalen Opposition gleichmäßig über die Rede des Herrn Thiers hergefallen, durch die sich derselbe von seinen bisherigen Freunden und Bundesgenossen getrennt hat, ohne dadurch neue Freunde zu gewinnen. Es ist aber bemerkenswert, daß sowohl der Staatsminister Rouher und der Regierungspolitik ergebene Redner wie Ollivier, als auch die offiziösen Zeitungen bei ihren heftigen Angriffen gegen das Thiers'sche Programm sich sorgfältig gehütet haben, demjenigen Teile desselben entgegenzutreten, welcher die Vergrößerung Preußens als eine Gefahr für Frankreich bezeichnet.

Schon bisher konnte es nicht zweifelhaft sein, daß nicht allein die legitimistischen und ultramontanen Kreise naturgemäß mit Österreich sympathisierten und zur preußischen Politik im Gegensatz standen, sondern daß auch die radikale Partei, insbesondere das Organ des Palais royal, die Opinion nationale, eine jede Machtvermehrung Preußens für unzulässig erklärten. Hierzu trat noch in der letzten Zeit die seltsame Auffassung, daß Österreich im Innern liberaler sei als Preußen, was alle liberalen Nuancen in ihrem Gegensatze zu dieser Macht bestärkte. Thiers hat jetzt dieser antipreußischen Richtung der öffentlichen Meinung Frankreichs einen lauten Ausdruck gegeben.

Diese Erscheinung dürfte beachtenswert sein, weil der Kaiser Napoleon, wie sehr er auch abgeneigt ist, der öffentlichen Meinung einen regelmäßigen Ausdruck (durch die Presse, Vereinigungsrecht und freie Wahlen) zu gestatten, doch eifrig bemüht ist, ihre Richtung zu erforschen und sich die letztere, wenn er sie erkannt zu haben glaubt, stets anzueignen pflegt.

Wenn die Animosität gegen Preußen hier und in anderen europäischen Ländern zunehmen sollte, so könnte der Kaiser Napoleon sich in einem Moment,

wo ihm dies aus anderen Gründen konvenieren möchte, veranlaßt sehen, unter allgemeinem Beifall als Wahrer des Rechts und des europäischen Gleichgewichts, wie die Phrase lauten würde, an der Spitze anderer Kabinette, zunächst diplomatisch, gegen Preußen aufzutreten.

Die Wendung, welche die französische Politik in der römischen Frage zu nehmen droht, kann dies vorbereiten. Wie ich oben anzudeuten die Ehre hatte, hat Thiers durch seine Haltung persönlich verloren; aber man ist hier allgemein der Ansicht, daß er der Sache, welcher er so sehr im Gegensatz zu seiner ganzen Vergangenheit, seine Beredsamkeit geliehen, zum Siege verholfen hat. Herr Rouher hat in seinen Erklärungen zugunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes weitergehen zu müssen geglaubt, als je Herr Drouyn de Lhuys in seinen Depeschen gegangen war, und zwar aus dem Grunde, weil er die Majorität dem von Thiers eingeleiteten Zersetzungsprozeß weichen sah. Dessen ungeachtet hat das von ihm als ein Mißtrauensvotum bezeichnete Amendement 83 Stimmen vereinigt und von der gegenüberstehenden Majorität muß man nicht allein die radikale Opposition, sondern auch die Stimmen derjenigen abziehen, welche auf Grund der Rouherschen Zugeständnisse der Regierung ihr erschüttertes Vertrauen wieder zuwenden zu können glaubten. Die Majorität des gesetzgebenden Körpers kann daher als ultramontan gelten. Man sieht auf Grund dieser Wahrnehmung die Stellung des Herrn Drouyn de Lhuys wieder als befestigt und ein Einlenken des französischen Kabinetts in eine dem Heiligen Stuhl günstigere Politik als bevorstehend an.

Andererseits kann Frankreich ohne Bruch der mit Italien abgeschlossenen Konvention die Räumung Roms in anderthalb Jahren nicht unterlassen, sofern dieses nicht bis dahin von Italien angegriffen wird, was sicherlich nicht zu erwarten steht. Wie kann Frankreich sich dieser Notwendigkeit anders entziehen, als indem es einen Zwiespalt mit der italienischen Regierung vorbereitet, der ihm einen Vorwand gewähren kann, von der Konvention abzugehen? Ein solches Bestreben aber müßte Frankreich naturgemäß Österreich nähern.

Eurer Exzellenz habe ich die vorstehenden Betrachtungen unterbreiten zu müssen geglaubt, weil sie mir die Dringlichkeit darzutun scheinen, in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit einen Weg einzuschlagen, welcher uns entweder (sofern der richtige Moment hierzu nicht etwa bereits versäumt sein sollte) Frankreichs diplomatische Mitwirkung oder wohlwollende Passivität sichert oder für uns beides, auch in Zukunft, entbehrlich macht.

19.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 14. Juni 1865

Eurer Exzellenz Erlaß vom 1. d. M. Nr. 169, mittels dessen mir der auf den angeblichen Plan einer Teilung Belgiens zwischen Frankreich und Holland be-

zügliche Bericht des Königlichen Geschäftsträgers zu St. Petersburg[1] mitgeteilt worden ist, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Bereits der Inhalt des mir mittels Erlasses vom 14. Mai, Nr. 149, zugefertigten Berichtes des Königlichen Botschafters zu London[2] machte mir den

[1] Dieser (vertrauliche) Bericht des Freiherrn v. Magnus vom 24. Mai 1865 bemerkte zu dem ihm mitgeteilten Bericht des Grafen Bernstorff vom 9. Mai 1865 (s. Anm. 2), »daß mir in den hiesigen offiziellen Kreisen neuerdings ebenfalls die Ansicht ausgesprochen worden ist, daß der Kaiser der Franzosen sich anschicke, bei dem, wie es scheint, nahe bevorstehenden Ableben des Königs Leopold die belgische Erbschaft ganz oder teilweise in Besitz zu nehmen.

Hier glaubt man, daß diese französischen Projekte mit der künftigen Lösung der Schleswig-Holsteinschen Frage im Zusammenhang stehen und deutet an, daß Belgien der Preis sei, für welchen Frankreich die Annexion der Elbherzogtümer an Preußen geschehen lassen werde.

Von einer Persönlichkeit, in deren politischer Argumentation sich in der Regel die Ansichten des Fürsten Gortschakoff widerspiegeln, ist mir diese Auffassung zu Ohren gekommen. Doch habe ich nicht ermitteln können, ob derselben etwaige diplomatische Berichterstattungen zugrunde liegen.

Wenn auch Eurer Exzellenz voraussichtlich von kompetenter Stelle über die dem König Leopold in dieser Hinsicht zugeschriebene Ansicht unterrichtet sein werden, so halte ich mich doch für verpflichtet, Hochdenselben ganz gehorsamst anzuzeigen, daß mir bereits vor einiger Zeit aus einer sehr kompetenten belgischen Quelle, aber in streng konfidentieller und privater Weise, Mitteilungen zugegangen sind, Inhalts deren der Königlich belgische Hof die Überzeugung hegt, daß die Idee einer Vergrößerung Frankreichs auf Kosten Belgiens, als Äquivalent für den zu bewirkenden definitiven Anschluß der Elbherzogtümer an Preußen, bereits im Herbste vorigen Jahres, bei Eurer Exzellenz damaliger Anwesenheit in Paris, in den Kreis der Besprechungen gezogen worden sei und daß Hochdieselben sich bei dieser Gelegenheit jenen französischen Plänen nicht abgeneigt gezeigt hätten.«

[2] Der Bericht des Grafen Bernstorff an König Wilhelm vom 9. Mai (réservé) lautete: «Dans mon très-humble rapport No. 79 du 6 du mois courant, je me suis permis de toucher les projets qu'on prête à l'Empereur des Français sur quelques parties de la Belgique. Depuis j'ai vu l'Ambassadeur d'Autriche, après son retour de Paris où il a passé une douzaine de jours pour son plaisir, il m'a dit qu'à Paris on croyait que la France s'était entendue avec la Hollande, pour partager la Belgique lorsque le Roi Léopold viendrait à mourir, et que la Hollande aurait l'Escaut et Anvers, tandis que la France prendrait la partie Wallone du Royaume. Lorsque j'ai fait observer au Comte Apponyi que le bruit d'une pareille entente entre les Cours de Paris et de la Haye avait déjà couru, il y a une couple d'années, et que si je m'en souvenais bien, une feuille de Francfort avait donné des détails assez curieux en dévoilant ce secret, il m'a répondu qu'il n'en avait pas entendu parler auparavant, mais qu'à Paris on considérait le plan comme nouveau. Il a cependant ajouté qu'il ne voyait guère comment un pareil projet pourrait être exécuté, sans amener une guerre générale, une fois que le Duc de Brabant qui est maintenant de retour à Bruxelles, serait monté sur le trône et aurait été reconnu par les autres Puissances.

Ceux qui croient à ces velléités de la part de l'Empereur Napoléon, pensent au reste que ce ne serait pas par une déclaration soudaine ou une prise de possession sans autre prétexte, que la chose se ferait, mais que, la main sage et ferme qui a gouverné jusqu'ici la Belgique, faisant un jour défaut, on y fomenterait des troubles et organiserait à Bruxelles un foyer de mécontents et de révolutionnaires qui finiraient par demander l'annexion à la France. On prétend que ces gens n'y manquent pas, et que ce n'est que l'attachement plein de respect que le pays en général porte à la personne du Roi Léopold qui les contienne encore et les empêche de risquer des tentatives révolutionnaires durant la vie de Sa Majesté.»

Eindruck, daß von seiten der österreichischen Diplomatie ein altes Gerücht in der Absicht hervorgeholt und in Umlauf gesetzt worden sei, um die Königliche Regierung auf die Gefahren einer Trennung von Österreich aufmerksam zu machen. Es fiel mir auf, daß Fürst Metternich mir von dem angeblichen Gegenstand des hiesigen Tagesgesprächs nicht gesprochen, dagegen Graf Apponyi denselben nach London mitgebracht hatte, und es schien mir daher, daß man es für bedenklich hielt, mir an Ort und Stelle Anlaß zu näheren Nachforschungen zu geben, deren negatives Ergebnis mich vielleicht abgehalten haben würde, über die Angelegenheit zu berichten.

Bei der delikaten Natur des Gegenstandes habe ich mich aller Erkundigungen, insbesondere auch bei dem Fürsten Metternich, enthalten und mich darauf beschränkt, scherzweise dem niederländischen Gesandten zu äußern, man erzähle sich, daß Frankreich und Holland Belgien unter sich teilen wollten. Herr Lightenvelt bemerkte, die Holländer seien froh, mit den Belgiern nichts mehr gemein zu haben, äußerte aber allerdings im Laufe des Gesprächs, daß die im nördlichen Belgien vorherrschende flam(l)ändische Sprache mit der holländischen fast identisch wäre. Ich hatte von den Äußerungen des holländischen Gesandten den Eindruck, daß ein Gedanke der angedeuteten Art vor Jahren, vielleicht während des hiesigen Besuchs der Königin von Holland ausgesprochen worden sei, daß sogar Herr Lightenvelt selbst die fragliche Kombination für naturgemäß halten würde, daß aber das Projekt in der letzten Zeit kein Gegenstand diplomatischer Verhandlungen gewesen, am allerwenigsten die letzteren zu einem Übereinkommen geführt haben dürften.

Wenn nun jetzt nach dem Bericht des Herrn v. Magnus jenes Projekt mit der Eventualität einer Annexion der Elbherzogtümer an Preußen in Verbindung gebracht wird, so überzeugt mich dies um so mehr von der Richtigkeit meiner früheren Vermutung über den Ursprung und die Tendenz des Gerüchts.

Wie Eure Exzellenz Sich geneigtest erinnern, hat man mir hier schon seit längerer Zeit wiederholt versichert, daß Frankreich für eine Erwerbung der Elbherzogtümer durch Preußen, sofern dieselbe unter gewissen Bedingungen erfolgen sollte, keinerlei Kompensation fordern würde, und selbst wenn man im Hinblick auf etwaige ausgedehntere Erwerbungen Preußens von Kompensationen sprach, so wurde dabei auf Rhein-Bayern, auf Saarbrück, auf einen Teil Luxemburgs, auf den Austritt des holländischen Teils von Limburg aus dem Deutschen Bunde hingedeutet, der Name Belgien aber niemals ausgesprochen.

Dies schließt nicht aus, daß man hier die Eventualität einer inneren Bewegung in Belgien und eines infolge derselben stattfindenden freiwilligen Anschlusses der Bevölkerung eines Teils dieses Landes willkommen heißen würde und daß man vielleicht die Annexion der Elbherzogtümer an Preußen für geeignet hält, ein solches Resultat zu erleichtern. Ich bin aber überzeugt, daß ein diesfälliges Abkommen mit Holland nicht besteht, und glaube auch, daß jene Eventualität ferner gerückt ist, seitdem die Französische Regierung die Sympathien der klerikalen Parteien, welche ihr die Annexion Savoyens so wesentlich erleichtert haben, nicht mehr in demselben Maße besitzt wie früher.

20.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich

Paris, den 4. August 1865

Wie ich Eurer Exzellenz telegraphisch zu melden die Ehre hatte, bin ich am 1. d. M. morgens von meiner Urlaubsreise hier wieder eingetroffen.

Der Kaiser Napoleon ist in Plombières, die Kaiserin in Fontainebleau, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Burgund, von wo er zu den in der letztgenannten Residenz sich versammelnden Ministerkonseils zu kommen pflegt.

Bei der Kaiserin habe ich mich melden lassen, Ihre Majestät hat mich aber nicht zu empfangen geruht.

Unter diesen Umständen bin ich nicht in der Lage, Eurer Exzellenz über die gegenwärtige Auffassung der Kaiserlichen Regierung hinsichtlich des zwischen den deutschen Großmächten drohenden Konflikts authentische Mitteilungen zu machen. Dessenungeachtet will ich eine sichere Gelegenheit benutzen, um einzelne Symptome zu Eurer Exzellenz Kenntnis zu bringen und daran diejenigen Betrachtungen zu knüpfen, zu denen mich eine sorgfältige Erwägung der hiesigen Verhältnisse geführt hat.

Fürst Metternich wollte am 1. d. M. seine dreimonatliche Urlaubsreise antreten und hatte sich deshalb bereits bei der Kaiserin in Fontainebleau verabschiedet. Als er indessen von dort zurückkehrte, fand er die Weisung vor, bis auf weiteres auf seinem Posten zu bleiben.[1]

Dieser Umstand in Verbindung mit meiner Rückkehr ist natürlich geeignet, das hiesige Publikum auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Dessenungeachtet und obgleich die Differenz mit allen ihren anscheinend kaum über-

[1] Der österreichische Ministerpräsident Graf Mensdorff telegraphierte am 29. Juli 3^{10} p. m. an Metternich: »Aus ganz sicherer Quelle vernehmen wir, daß Preußen, Kriegseventualitäten voraussehend, mit der italienischen Regierung eine Verständigung anzuknüpfen sucht. Veuillez avoir l'œil ouvert sur des tentatives de ce genre qui pourraient être faites en France et renseignez-nous sur les mouvements du Comte de Goltz. Cherchez à maintenir le Gouvernement français dans de bonnes dispositions pour nous et tâchez qu'il donne au Cabinet de Florence le conseil de ne pas encourager les velléités belliqueuses de Mr. de Bismarck. Je désire, daß Sie Ihre Abreise um einige Tage verschieben, um das Resultat der Mission des Grafen Blome abzuwarten. Im Falle des Mißlingens hätten wir vielleicht wichtige Eröffnungen an die französische Regierung zu richten.« (H. H. u. St. Arch. Wien.) Metternich antwortete am 31. Juli 8^{10} p. m.: »J'attends vos instructions. Ich halte jeden Versuch Preußens, eine französische Allianz zu begründen, für ungefährlich. Gewünscht wird hier der Bruch zwischen uns und Preußen — man wird sich neutral verhalten — un appui moral dépendra de la nature de nos propositions. En attendant je crois que l'Empereur donnera des conseils de prudence à l'Italie. Unser Kaiser sollte den König nicht abreisen lassen, ohne einen letzten persönlichen und versöhnlichen Versuch gemacht zu haben. Herr v. Bismarck will den Krieg, täuscht sich aber über die Konstellation.« (H. H. u. St. Arch. Wien.) Am 4. August forderte Mensdorff noch weiteres Verbleiben Metternichs in Paris.

Die österreichische Regierung war übrigens im Besitz der zwischen Berlin und der Gesandtschaft in Florenz verwendeten Chiffre und daher laufend über die dortigen geheimen Sondierungen Bismarcks unterrichtet.

windlichen Schwierigkeiten in den Zeitungsnachrichten offen vorliegt, scheint hier niemand an den Krieg zu glauben. Insbesondere bleibt die Pariser Börse, trotz der Nachrichten über eine in Wien und selbst in Berlin eingetretene Panik und trotz der zahlreichen Unternehmungen und Geldangelegenheiten, mit denen hiesige Kapitalisten und Industrielle in Deutschland beteiligt sind, bis jetzt unerschüttert.

Die hiesige ministerielle Presse beobachtet eine große Zurückhaltung. Nur hier und da ist zwischen ihren Zeilen eine leise Mißbilligung, nicht sowohl der Zielpunkte der preußischen Politik als vielmehr des Auftretens Preußens in den Herzogtümern zu lesen. Festgehalten wird dabei, wie Eure Exzellenz aus der anliegenden Stelle des letzten politischen Wochenbulletins des Abend-»Moniteurs« ersehen wollen, die von der Kaiserlichen Regierung befürwortete Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung.

Ich erlaube mir diesen Gesichtspunkt um so mehr hervorzuheben, als nach den von Eurer Exzellenz mir mündlich gemachten Äußerungen Herr Benedetti denselben in seinen Gesprächen seit einiger Zeit mit Stillschweigen übergangen und die gleichsam als eine Formalität zu betrachtende Rückzession einiger Dörfer an Dänemark als einen ausreichenden Preis für die wohlwollende Neutralität Frankreichs bezeichnet zu haben scheint. Im Gegensatz hierzu glaube ich wiederholt konstatieren zu müssen, daß mir Herr Drouyn de Lhuys stets unwandelbar gesagt hat: Frankreich sei für den Grundsatz der Nationalitäten und der Selbstbestimmung der Völker; diejenige Lösung, welche diese beiden Prinzipien am vollständigsten zur Geltung bringe, würde daher der offen auszusprechenden Sympathie der Kaiserlichen Regierung sicher sein; für ihre wohlwollende Neutralität verlange sie in diesem Falle nichts; wollten wir mehr als eine solche, so würde sie bereit sein, darüber mit uns zu verhandeln.[1]

Ich bin augenblicklich außerstande zu beurteilen, ob Herr Benedetti zu seiner günstigeren Sprache vom Kaiser ohne Wissen des Herrn Drouyn de Lhuys unmittelbar ermächtigt worden ist, oder ob er sich von seinem Wunsche, die beiden deutschen Großmächte voneinander zu trennen, weiter hat führen lassen, als es seine Instruktionen gestatteten? Wäre aber die erstere Frage zu verneinen, so würden wir auf die bezeichnete Haltung Frankreichs in dem Falle nicht mit Bestimmtheit rechnen können, daß die Veranlassung zu dem Ausbruche des Konflikts einen anscheinenden Gegensatz zwischen uns und der in den Herzogtümern zutage tretenden öffentlichen Meinung bekundete.

Hiermit will ich keineswegs behaupten, daß in diesem Falle Frankreich eine feindliche Haltung gegen Preußen einnehmen würde. Die Sympathien des Kaisers, insbesondere seine persönliche Hochachtung für Seine Majestät den

[1] Ob Bismarck damals Grund hatte, auf Grund der Sprache Benedettis an eine günstige Haltung Frankreichs zu glauben, steht nicht sicher fest. In seinem Erlaß an Goltz vom 4. August (aus Gastein) schreibt er: »Benedetti hat mir noch in Berlin gesagt: ‚La neutralité bienveillante de l'Empereur vous en acquise sans compensation aucune.' Er erhielt ein Telegramm aus Paris, welches er mir vorlas und in welchem die Bereitwilligkeit Frankreichs ausgesprochen war, mit uns ein Bündnis zu schließen und unseren Vorschlägen dahin entgegenzusehen.« (A. A. Berlin.) Die Herausgeber der «Orig. diplom.» betonen, daß in den ministeriellen Akten eine solche Weisung an Benedetti nicht vorliege.

König, über welche mir noch ganz vor kurzem die unzweideutigsten Äußerungen zu Ohren gekommen sind, würden einem solchen Entschluß längere Zeit entgegenstehen. Andererseits pflegt sich aber der Kaiser Napoleon auf die Dauer nicht im Gegensatz zu der öffentlichen Meinung seines Landes zu stellen, und es läßt sich nicht verkennen, daß diese uns schon seit längerer Zeit ungünstig war, diese Richtung durch die neuerdings von dem königlichen Kommissarius in den Herzogtümern ergriffenen polizeilichen Maßregeln verstärkt worden ist, und sich im Falle einer gewaltsamen Aufhebung des Erbprinzen von Augustenburg noch deutlicher manifestieren würde. Es darf ferner nicht außer acht gelassen werden, daß der förmliche Ausbruch des Krieges dem Kaiser Napoleon eine Rolle gestatten würde, auf welche er schwerlich im voraus durch ein Versprechen unbedingter Neutralität verzichten dürfte. Er kann entweder für die von ihm einzunehmende Haltung von dem einen oder anderen Teile Konzessionen fordern oder als Hüter des europäischen Friedens auftreten, beiden Teilen den Frieden diktieren und die Sanktionierung des letzteren auf einem Pariser Kongreß fordern. Ich glaube, daß die von ihm vorzuschlagende Lösung den Interessen Preußens mehr entsprechen würde als denen Österreichs; immerhin aber erscheint es mir nicht unbedenklich, ihn als Schiedsrichter zwischen den deutschen Mächten und in Europa zu machen.

Fürst Metternich sieht die Lage mit großer Besorgnis an, obgleich er anzunehmen vorgibt, daß Österreich trotz Italiens und seiner inneren, insbesondere finanziellen Schwierigkeiten den Krieg immerhin noch weniger zu fürchten habe als Preußen, welches sich über die Konstellation täusche.[1] Er behauptet, daß im Falle eines Krieges Ungarn fest zur österreichischen Regierung stehen und diese aus dem Reiche und dem Auslande hinlängliche Geldmittel erhalten würde. Vom Kaiser Napoleon meint er bald, daß derselbe sich nicht in den Streit mischen werde; bald bezeichnet er denselben als auf den Bruch zwischen den deutschen Mächten »lauernd«, um diesen demnächst zu seinem Vorteil auszubeuten. Gleichwohl hält er den Krieg für unvermeidlich, wenn Preußen einseitig gegen den Erbprinzen von Augustenburg einschreitet. Er würde hierin eine Beschimpfung der österreichischen Armee erblicken, welche sich seine Regierung nicht gefallen lassen könne. Er wünscht daher, daß man Mittel finde, den Erbprinzen, sei es durch Bewachung durch österreichische Soldaten, sei es durch Übersiedlung desselben in dasjenige Gebiet, welches von kaiserlichen Truppen besetzt ist, dergestalt unter den Schutz der letzteren zu stellen, daß die fragliche Maßregel nur durch einen förmlichen Kriegsakt Preußens möglich gemacht werden könnte. Er hält bei der gegenwärtigen Lage eine Verständigung nur dann für erreichbar, wenn dieselbe, wie er sich ausdrückte, über den Kopf Eurer Exzellenz hinweg zwischen den beiden Souveränen versucht würde. Er hat daher dringend und wiederholt zu dem Besuch des Kaisers bei Seiner Majestät dem Könige in Gastein geraten.

Anknüpfend an Zeitungsartikel, welche den Versuch Österreichs ankündigten, sich mit Preußen über eine anderweitige Regelung der gemeinschaftlichen Regierung in den Herzogtümern zu einigen, habe ich meinen österreichischen

[1] Vgl. das Telegramm des Fürsten Metternich vom 31. Juli 1865, S. 48, Anm. 1.

Kollegen gefragt, ob eine solche neue Vereinbarung es nicht seiner Regierung gestatten würde, auf Grund der veränderten Verhältnisse der Entfernung des Erbprinzen zuzustimmen? Er hat dies nicht ausdrücklich verneint. Ich brauche übrigens nicht zu bemerken, daß ich ein solches Abkommen für sehr nachteilig für unsere Interessen halten würde, da dasselbe den Ausbruch der Krise nur hinausschieben, wir inzwischen aber hier und in den Herzogtümern täglich mehr Terrain verlieren dürften. Das Kondominat scheint mir an und für sich, da das Wesen einer Regierung in ihrer Tätigkeit besteht und letztere doch durch den Widerspruch jedes Mitglieds gehindert werden kann, ein unhaltbarer Zustand zu sein, dasselbe ist aber für Preußen nachteiliger als für Österreich, weil sich diese Macht, um ihre Interessen sicherzustellen, nur negierend zu verhalten braucht, während die unserigen eine entschiedene Initiative verlangen, und das Odium der mangelhaften Regierung lediglich auf uns fallen würde.

Fürst Metternich äußerte die Hoffnung, daß eventuell Frankreich mindestens durch conseils de prudence Italien abhalten würde, sich an einer kriegerischen Aktion gegen Österreich zu beteiligen, schien mir aber von dem Erfolge dieser Ratschläge nicht viel zu erwarten. Es ist mir in der Tat nicht unwahrscheinlich, daß er gegenwärtig durch Vermittelung der Kaiserin den Kaiser darüber sondieren läßt, ob Österreich im Fall der Anerkennung des Königreichs Italien auf eine Mitwirkung in dem bezeichneten Sinne rechnen könnte? Allerdings kann der Kaiser die Neutralität Italiens wünschen, weil er die Rückwirkung einer Aktion gegen Venezien auf die römische Frage fürchten muß. Ich zweifle aber, daß er an den Erfolg seiner etwaigen Einwirkung in diesem Sinne glaubt.

Vielleicht ist die diesfällige Korrespondenz die Ursache, weshalb die Kaiserin bisher in ungewöhnlicher Weise gezögert hat, mich zu empfangen. Vielleicht wünscht Ihre Majestät auch, vorher die Instruktionen des Kaisers über die etwa mir gegenüber zu haltende Sprache abzuwarten.

21.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich

Paris, den 11. August 1865

Eurer Exzellenz habe ich gestern früh auf telegraphischem Wege das wesentlichste der Eindrücke übermittelt, welche ich am vorhergehenden Tage in Fontainebleau empfangen hatte ...

Ich hatte meiner Unterredung mit der Kaiserin mit einiger Unruhe entgegengesehen. Dieselbe hatte sich infolge verschiedener Mißverständnisse, vermöge deren meine Briefe erst auf weiten Umwegen nach Fontainebleau gelangten, ungewöhnlich verzögert. Inzwischen erzählte man hier, die Abwesenheit des Kaisers und seines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten habe hauptsächlich den Zweck, den Interpellationen von mir und dem Fürsten Metternich aus dem Wege zu gehen. Der letztere verbreitete, sogar in diplo-

matischen Kreisen, er sei von seiner Unterredung mit der Kaiserin sehr befriedigt. Er gab zu verstehen, daß Ihre Majestät auf seinen Wunsch eine die Einwirkung Frankreichs auf die italienische Regierung (die conseils de prudence) betreffende Anfrage an den Kaiser gerichtet und eine befriedigende Antwort erhalten habe. Auf Grund dieser und ähnlicher Äußerungen warnte man auch von befreundeter Seite vor den vertraulichen Verhandlungen zwischen der Kaiserin und dem österreichischen Botschafter. Selbst der italienische Gesandte wollte wahrgenommen haben, daß die alten österreichischen Sympathien Ihrer Majestät mit besonderer Lebhaftigkeit wieder hervorträten.

Nach diesen Besorgnissen habe ich von meinem Besuche doppelt befriedigt sein müssen. Die Kaiserin empfing mich nicht allein mit gewohnter Herzlichkeit und unterhielt sich mit mir in der vertrauensvollsten Weise, sie bekundete nicht allein durch zahlreiche Äußerungen ihr warmes Interesse für Seine Majestät den König, sondern Ihre Majestät sprach sich auch über die vorliegende politische Frage und die eventuelle Haltung des Kaisers für den Fall des Krieges zwischen Preußen und Österreich so aus, wie ich es zu erwarten berechtigt war.

Ich konnte meinem System treu bleiben, niemals der Kaiserin gegenüber die Initiative zu einem politischen Gespräche zu ergreifen; denn Ihre Majestät begann das letztere sehr bald, indem sie mich mit großem Eifer nach der Lage unserer Differenz mit Österreich fragte und demnächst mit gespannter Aufmerksamkeit alles anhörte, was ich ihr sowohl über die beiderseitigen Zielpunkte, als auch über die gegenwärtige Durchgangsphase mitzuteilen in der Lage war. Ich bemerkte schließlich, daß natürlich unsere mehr oder minder akzentuierte Haltung von der vom Kaiser Napoleon einzunehmenden Stellung abhängen werde, daß wir aber auf Grund wiederholter Zusagen und der ganzen Richtung der französischen Politik mit Zuversicht auf eine wohlwollende Neutralität Seiner Majestät rechnen zu können glaubten.

Die Kaiserin erwiderte mit großer Bestimmtheit, daß der Kaiser in den Streit sich in keiner Weise einmischen und, die Berücksichtigung der beiden von ihm von vornherein aufgestellten Prinzipien vorausgesetzt, eine für Preußen wohlwollende Neutralität beobachten werde, indem Seine Majestät unter jener doppelten Voraussetzung die Annexion an Preußen als eine bessere Lösung ansähe, wie die Gründung eines neuen kleinen deutschen Staats. Ihren Gefühlen entsprechend sprach Ihre Majestät sich mit Besorgnis über die unberechenbaren Folgen eines Konfliktes aus, welcher ohne Zweifel die bedeutendsten Dimensionen annehmen werde. Es erschien Ihr als eine Illusion zu glauben, daß alle übrigen deutschen Staaten, oder auch nur die meisten derselben sich würden passiv verhalten können, vielmehr würde es, wenn auch sicherlich nicht der Zeitdauer, doch den politischen Folgen nach ein anderer Dreißigjähriger Krieg sein. Vielleicht aber würde derselbe Preußen diejenige Machtstellung geben, welche es sonst erst in 50 Jahren erreichen würde. Die Kaiserin warf indessen die Frage auf: ob wir in der Tat jetzt, besonders vermöge unserer inneren Zustände und der Stellung zur öffentlichen Meinung in

Deutschland zu einem solchen Kampfe vorbereitet wären? Sie warnte vor allen Maßregeln, welche die öffentliche Meinung, auch in anderen Ländern, gegen die Königliche Regierung aufbringen könnten. Sie meinte, es müsse ein Ausweg zur Verständigung mit der Landesvertretung sich finden lassen, und riet mir, darüber mit dem Staatsminister Rouher zu sprechen, welcher an expédients unerschöpflich sei. Sie bestätigte, daß die italienische Regierung die Gelegenheit würde benutzen wollen, um Venetien zu erobern. Der Kaiser würde sie, dem unwiderstehlichen Andrange der öffentlichen Meinung gegenüber, davon nicht abhalten können, selbst wenn er wollte, was nach seinen früheren Erklärungen unmöglich sei. Er könne und werde ihr nur im voraus erklären, daß sie den Krieg à ses risques et périls unternehmen würde. Sie würde sich auch nicht leichtsinnig und voreilig in denselben stürzen können, keine vorgängige Verpflichtung gegen uns übernehmen, vielmehr abwarten, bis wir ernstlich engagiert wären, der Kampf größere Dimensionen angenommen hätte und ein Separatfrieden auf Kosten Italiens nicht zu befürchten wäre. Denn sie werde sich vorsehen müssen, nicht um des neuen Erwerbes willen das Gewonnene aufs Spiel zu setzen. Eine Wiedereroberung der Lombardei durch Österreich würde Frankreich zwar nicht gestatten können, aber der Krieg könnte leicht bourbonische Erhebungen in Neapel und anderweitig Bewegungen hervorrufen und das neue Königreich einer inneren Zerrüttung aussetzen.

Zur Bekämpfung der Argumente, welche Fürst Metternich gebraucht haben möchte, um die Kaiserin für die österreichischen Interessen zu gewinnen, warf ich hin, daß die Aussicht auf die Erwerbung von Venetien vielleicht das geeignetste Mittel sei, um die italienische Regierung von einem Angriffe gegen die weltliche Herrschaft des Papstes abzuhalten. Die Kaiserin schenkte dieser Andeutung eine besondere Aufmerksamkeit und kam beim Abschiede noch einmal darauf zurück. Sie fragte mich, ob wir eventuell im Interesse der Sicherstellung des Papstes mitwirken würden, wozu wir ja bei der großen Anzahl unserer katholischen Untertanen (worüber ich Ihre Majestät erst aufklären mußte) ein besonderes Motiv hätten? Ich erwiderte, daß wir hierzu vielleicht weniger in der Lage sein würden wie Frankreich; es liege aber auf der Hand, daß wir ein besonderes Interesse hätten und uns von dem lebhaften Wunsche leiten lassen müßten, alles zu vermeiden, was Frankreich in einen Gegensatz zu Italien versetzen könne.

Ich erlaube mir hieran die Bemerkung zu knüpfen, daß Graf Sartiges aus Rom die Überzeugung gebracht hat, daß Italien sich mit dem Papste auf Grundlage der weltlichen Unabhängigkeit des letzteren aussöhnen, dieses Resultat aber erst nach dem, seiner Ansicht nach, schon allmählich vorzubereitenden und sukzessiv durchzuführenden Abzuge der französischen Truppen eintreten werde.

Die Kaiserin fragte mich nach der Stellung, welche Rußland, dem drohenden Konflikte zwischen den beiden deutschen Mächten gegenüber, einnehme? Ich erwiderte, daß mir zwar Näheres darüber nicht bekannt sei, ich indessen vermutete, daß es den Konflikt durch mäßigende Ratschläge in Berlin und Wien

zu verhindern suche. Bräche derselbe gleichwohl aus, so würde Rußland wahrscheinlich neutral bleiben, wiewohl eine für uns sympathische Haltung beobachten. Ihre Majestät fragte mich sodann, ob ich nicht eine Intervention Englands besorgte? Auf meine lediglich durch die in England nach den letzten traurigen Erfahrungen hervorgerufene Abneigung gegen jede Einmischung in die kontinentale Politik motivierte verneinende Antwort machte mich die Kaiserin auf einen ziemlich rätselhaften Artikel aufmerksam, welcher vor einiger Zeit in der »Times« gestanden habe und in dem an das neue Parlament die Anforderung von Erfolgen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik gestellt worden sei. Ich erwähne diese Äußerung nur behufs Widerlegung der in verschiedenen Zeitungen enthaltenen Nachricht von Verhandlungen zwischen den beiden Westmächten zur Erzielung einer übereinstimmenden Haltung im Falle des Ausbruchs des deutschen Konflikts. Zu solchen Verhandlungen fehlt es schon seit Wochen an allen Organen. Nicht allein der Kaiser und Herr Drouyn de Lhuys sind abwesend, sondern Lord Cowley ist in Trouville. Fürst Latour d'Auvergne in Vichy, die englischen Minister auf ihren Landsitzen.

Ebenso haben mir die Äußerungen der Kaiserin den bestimmten Eindruck gemacht, daß zwischen Frankreich und Italien über die vorliegende Eventualität bis jetzt keinerlei Verhandlungen gepflogen worden sind, ja nicht einmal von Ihrer Majestät die vom Fürsten Metternich angedeutete Anfrage nach Plombières gerichtet worden, am wenigsten eine für Österreich befriedigende Antwort eingegangen ist.[1] Die Kaiserin sagte mir, als Metternich in Fontainebleau gewesen sei, habe er vorausgesetzt, daß er am folgenden Tage seinen Urlaub antreten werde. Sie hätten daher kaum von Politik gesprochen. Demnächst habe er ihr geschrieben, daß er den Befehl erhalten habe, hier zu bleiben. Sie habe ihn dann nur wenige Minuten gesehen, als sie in Paris war, um die Großherzogin von Baden zu besuchen.

Auf meine bloße Andeutung, ob der Kaiser sich förmlich zur Neutralität verpflichten würde, erwiderte die Kaiserin, daß sie dies bezweifeln müsse, da er hierzu keine Notwendigkeit finden würde, über seine Politik ja auch nach seinen wiederholten Erklärungen kein Zweifel obwalten könne. Als ich weiter fragte, ob nicht im Verlaufe des etwaigen Kampfes die öffentliche Meinung den Kaiser drängen könnte, die Frankreich sich darbietende Gelegenheit zu

[1] Damit vergleiche man das Telegramm Metternichs an Mensdorff vom 5. August, 10^{15} p. m.: »Der Kaiser hat an die Kaiserin geschrieben, die mir den Brief gezeigt hat: ‚Dites au Prince Metternich que mes intentions ne sont nullement hostiles à son Gouvernement et quoiqu'il arrive je garderai la plus stricte neutralité. A Berlin on doit savoir que l'Italie ne bougera qu'à ses risques et périls et *n'aurait rien à attendre*.'«

Noch weiter ging die Kaiserin eine Woche später aus sich heraus, vgl. Telegramm Metternichs an Mensdorff vom 12. August, 10^{45} p. m.: «L'Impératrice m'assure, rien ne fera sortir la France d'une stricte neutralité à moins que des graves événements. Elle appuie sur les sympathies assez générales en France dans le public et l'armée pour l'Autriche en cas de brouillerie avec la Prusse. Elle a des raisons, pour croire qu'il sera *impossible*, d'empêcher l'Italie de profiter des chances que pourront lui offrir les événements, comme on n'a pu l'arrêter avant Castelfidardo, seulement l'Italie ferait la guerre à ses risques et périls. Elle sait que la Prusse intrigue à Florence, où elle obtiendra *des promesses qu'elle cherchait en vain à obtenir ici*.» (H. H. u. St. Arch. Wien.)

benutzen, entgegnete die Kaiserin, daß sie dies nicht erwartete; Frankreich bedürfe nichts und verlange nur im Frieden zu bleiben.

Beim Abschied fragte mich die Kaiserin, ob sie etwa an den Kaiser, zu dem sie am 14. zu reisen hoffe, irgendeine Frage in meinem Namen richten solle? Ich dankte Ihrer Majestät für dieses gnädige Anerbieten mit dem Bemerken, daß ich für jetzt keinen besonderen Wunsch zu formulieren hätte, der Kaiserin aber anheimstellte, Ihrem Gemahl meine Mitteilungen zu erzählen.

Herr Drouyn de Lhuys wurde gestern im Ministerium erwartet. Ich hoffe ihn also morgen zu sprechen.

Mit dem italienischen Gesandten habe ich am Dienstag eine längere Unterredung gehabt, über welche ich aber nicht ausführlich Bericht zu erstatten brauche, da ich zu diesem Zwecke den mir von Eurer Exzellenz mitgeteilten Bericht des Grafen Usedom vom 25. v. M. einfach abzuschreiben haben würde. Die Kaiserin warnte mich vor den allzu ermutigenden Mitteilungen Nigras. Ich kann aber nicht finden, daß er mir etwas anderes gesagt hat als Ihre Majestät selbst. Denn auch er sagte, daß ein ernster Krieg ausgebrochen sein müsse, ehe Italien zum Angriff schritte. Alsdann sei aber ein Vertrag, den er also nicht zu wünschen schien, nicht nötig. Er bemerkte selbst, daß General La Marmora sich seiner Stellung entsprechend zurückhaltender gegen Graf Usedom geäußert habe als er (Nigra).[1] Er versicherte mir, daß zwischen Österreich und Italien, so wenig wie zwischen Frankreich und einer dieser Mächte, irgendwelche, wenn auch noch so vertrauliche Verhandlungen stattgefunden hätten, sprach die Überzeugung aus, daß seine Regierung für die Anerkennung durch Österreich nicht die geringste Konzession mache, und zweifelte sogar, ob sie diese Anerkennung ohne weitere Bedingungen akzeptieren würde?

[1] Die Stellung, die der Ministerpräsident La Marmora gegenüber den durch Graf Usedom Ende Juli übermittelten Sondierungen der preußischen Regierung einnahm, ist aus dem bei L. Chiala, Ancora un po'più di luce, S. 8 ff., mitgeteilten Schreiben La Marmoras an Nigra vom 4. August 1865 bekannt. La Marmora hatte die Haltung Italiens von derjenigen Frankreichs abhängig gemacht; wenn er Usedom andeutete, «*e se la Prussia*, soggiunsi, *sapesse faro qualche sacrifizio nelle sue Provincie Renane, l'esito della guerra* non sarebbe più dubbio, e la Prussia troverebbe larghi compensi nello Schleswig non solo, ma nell' annessione di qualche Stato secondario, che sparir dovrebbe dalla carta troppo complicata della Germania», so sprach er damit nur offen aus, was in Paris auf dem Untergrunde aller politischen Berechnungen versteckt lag, aber bisher in der Regel noch — abgesehen von gelegentlicher und vorsichtiger Lüftung des Schleiers — dem Preußen gegenüber verschwiegen wurde. Denn das Endziel der Napoleonischen Politik stand für La Marmora, wie er Nigra vertraulich eingestand, unerschütterlich fest: «Jo sono persuaso, come elle me ne assicurava, che *l'Imperatore dei Francesi desidera la pace*; ma se l'occasione propizia gli se presenta di allargare la sua frontiera sul Reno, la potrà egli rigettare? Non è possibile. Nulla, a mio avviso, può meglio consolidare la dinastia napoleonica, che un ingrandimento della Francia sul Reno. Lo stesso Thiers, il più grande oppositore del presente Impero, mi dichiarava un giorno che, se l'Imperatore riesciva in un modo o nell'altro a strappare per la Francia la sua naturale frontiera sul Reno, egli si sarebbe *rallié*.»

22.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich

Paris, den 15. August 1865

... Mein heutiges Telegramm ist so ausführlich, daß ich, was das Tatsächliche anbetrifft, wenig hinzuzufügen habe.

Nachrichten von Johannisberge, welche Personen, die mit Graf Blome zusammen gereist waren, dorthin gebracht hatten, in Verbindung mit einer Äußerung des Baron Aldenburg, daß er in den nächsten Tagen dem Fürsten Metternich die Ermächtigung zum Antritt seines Urlaubes zu expedieren hoffe und selbst am 16. d. M. von Wien abzureisen gedenke, hatten schon vor drei bis vier Tagen die Überzeugung in österreichischen Kreisen hervorgerufen, und aus diesen weiter verbreitet, daß eine Einigung zwischen den beiden deutschen Großmächten unmittelbar bevorstehe. Ich hatte den vorgestrigen Nachmittag bei dem Grafen Walewski in St. Germain zugebracht. Am Abende erschien dort der österreichische Botschafter. Er flüsterte mir zu, daß er am Morgen eine Kuriersendung erhalten habe. Die bevorstehende Einigung sei zweifellos. Man schreite zu einer Naturalteilung der Herzogtümer unter die beiden Mächte. Er las mir sodann im Garten bei Lampenschein ein Bruchstück eines an ihn gerichteten, französischen Schreibens vor, welches die in meinem Telegramme enthaltenen Einzelheiten mit dem Bemerken mitteilte, daß, sobald Preußen diese Vorschläge angenommen, die letzteren in einen Traktat umgewandelt werden sollten, und daß man, nach erhaltenen Andeutungen, der Annahme von seiten Preußens sicher sei. Wahrscheinlich werde der Botschafter beim Eingange dieser Depesche die Nachricht von der erfolgten Annahme bereits telegraphisch erhalten haben; dessenungeachtet wolle man ihn, für alle Fälle, au courant halten und sende ihm daher die Vorschläge schriftlich.

Fürst Metternich war mit der vorgeschlagenen Lösung unzufrieden, weil sie einen Sturm der Entrüstung in der hiesigen Presse gegen beide Mächte hervorrufen würde. Er hoffe wenigstens, daß Österreich das Herzogtum Holstein nicht behalten, sondern sofort an den Erbprinzen von Augustenburg abtreten werde; denn er wisse nicht, was Österreich mit einer so entfernt liegenden Provinz machen solle. Vielleicht, setzte er scherzhaft hinzu, habe Graf Blome, der in Holstein Güter habe, diese Lösung vorgeschlagen, um dadurch Österreicher zu werden.

Ich fragte den Fürsten, ob denn diese Lösung eine definitive sein solle und es sich nicht vielmehr bloß um eine anderweitige provisorische Regelung des Kondominium handele? Er erwiderte, daß offenbar ein Definitivum ins Auge gefaßt sei.

In der Tat deutete hierauf auch der Vorbehalt einer Verständigung über die an Österreich zu gewährende Kompensation für das Preußen zu überlassende Herzogtum Lauenburg.

Was meinen Kollegen, bei dem im ganzen doch die Freude über die Siche-

rung des Friedens die Oberhand gewann, einigermaßen beunruhigte, war nur der Umstand, daß er das in Aussicht gestellte Telegramm nicht erhalten hatte.

Dieses Telegramm traf gestern ein, als Fürst Metternich im Begriffe stand, sich in die behufs Austausches der Ratifikationen des Telegraphenvertrages im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten anberaumte Konferenz zu begeben. Er hatte nur Zeit gehabt, die Entzifferung des ersten Teiles abzuwarten, und teilte mir als Resultat derselben die Annahme und Unterzeichnung des auf Grundlage der österreichischen Vorschläge formulierten Übereinkommens mit. Im Laufe der Konferenz erhielt er den Schluß des Telegramms und teilte er mir demnächst mit, die Einzelheiten der Übereinkunft sollten noch verschwiegen werden. Daß eine Einigung erfolgt sei, hatte er Herrn Drouyn de Lhuys bereits gesagt. Als hauptsächliche Genugtuung, welche ihm dieser Abschluß gewährte, bezeichnete er den Ärger, den man hier darüber empfinden würde — ein Beweis, daß er von der Haltung Frankreichs nichts für Österreich erwartete.

Da es mir vorgekommen war, als ob der französische Minister die Unterredung mit mir absichtlich hinausgeschoben habe, so sagte ich dem letzteren scherzweise, daß mir die dem Fürsten Metternich zugegangenen Nachrichten die Mühe ersparen könnten, ihm einen ausführlicheren Vortrag über die Schleswig-Holsteinsche Angelegenheit zu halten, daß er mir aber vielleicht, wenn ich ihn früher gesehen, Mitteilungen gemacht haben würde, welche unsere Versöhnlichkeit gegen Österreich herabgestimmt hätten.

Herr Drouyn de Lhuys erwiderte mir, seine verlängerte Abwesenheit sei eine zufällige gewesen; in der Tat hätte er aber in der Lage der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit keinen Anlaß gefunden, seine Rückkehr zu beschleunigen. Denn was hätte er mir oder Metternich sagen sollen? Welche Lösung der Kaiser wünsche und unter welchen Voraussetzungen, habe er häufig genug ausgesprochen. Frankreich habe ferner kein hinlängliches Interesse an jener Frage gefunden, um sich diplomatisch einzumischen; es sei also klar gewesen, daß es sich um so weniger militärisch einmischen würde. Auch würde der Kaiser sich nicht dem Verdachte haben aussetzen wollen, die eine oder die andere der deutschen Großmächte zum Kriege zu ermutigen; faktisch würde aber jede dem einen oder anderen Vertreter gemachte günstige Äußerung eine solche Ermutigung gewesen sein. Wenn im weiteren Fortgange des Krieges das Objekt desselben sich nicht mehr auf die Elbherzogtümer beschränkt, sondern erweitert hätte, so würde eine vorzeitig abgegebene, bindende Erklärung der französischen Regierung die letztere ohne Not in der Freiheit ihrer Aktion gehemmt haben.

Diese Äußerung scheint mir zu beweisen, daß Frankreich eine förmliche Neutralitätsverpflichtung höchstens nur für den Fall, daß Preußen sich auf die Erwerbung der Elbherzogtümer beschränke, eingegangen sein würde.

Herr Drouyn de Lhuys war von der Unterredung unterrichtet, welche ich mit der Kaiserin gehabt hatte. Ihre Majestät hatte geruht, die Loyalität warm anzuerkennen, welche ich ihr gegenüber bewiesen hätte.

Ich habe dem Minister natürlich keine Mitteilung von den dem Fürsten Metternich zugegangenen Nachrichten gemacht. Trotz der Andeutungen des letzteren konnte er sich nicht denken, daß es sich um etwas anderes als eine provisorische Regelung des Kondominates handle, und selbst nachdem ihm der österreichische Botschafter zu verstehen gegeben hatte, daß eine definitive Lösung erfolgt sei, blieb ihm der Gedanke an eine Naturalteilung fremd.

Nach dem Diner, welches heute abend zur Feier des Napoleonstages bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten stattfand, habe ich Gelegenheit gehabt, mit diesem noch einige Worte auszuwechseln. Ich habe ihm dabei gesagt, daß es sich, nach den mir von Eurer Exzellenz nunmehr zugegangenen telegraphischen, ganz kurzen Andeutungen, nur um ein Provisorium handle, wenn das letztere vielleicht auch anders geregelt werden sollte, als er es sich gedacht hätte.

Meinem österreichischen Kollegen habe ich heute gesagt, daß ich am Sonnabend oder Sonntag ausführliche, schriftliche Mitteilungen erwartete. Inzwischen hätten Eure Exzellenz mir nur telegraphiert, daß eine Einigung über ein anderweitiges Provisorium wahrscheinlich sei. Er war hierdurch in zweifacher Hinsicht überrascht: einmal, weil danach das Abkommen nicht unterzeichnet sei, andererseits weil durch dasselbe nur ein neues Provisorium festgesetzt sein solle. In letzterer Beziehung gab er die Möglichkeit zu, daß er sich durch den Mangel an jeder Andeutung des bloß provisorischen Charakters, sowie durch den auf Lauenburg bezüglichen Passus habe täuschen lassen. Vielleicht sei letztere Provinz definitiv abgetreten und die Administration der beiden anderen provisorisch reguliert. Hinsichtlich des ersten Punktes äußerte ich die Vermutung, daß in Gastein eine Einigung erfolgt, indessen noch wegen Modifikation einzelner Vorschläge die unzweifelhafte Sanktion des Kaisers Franz Joseph formell erforderlich sei.

Ich erlaube mir hierzu noch die Bemerkung, daß, wenn die Wiener Depesche nicht allein dem Fürsten Metternich, sondern der mir vorgelesene Teil derselben auch mir den Eindruck machte, als ob die von Graf Blome überbrachten Vorschläge eine definitive Lösung bezweckten, dies wohl damals in der Absicht des österreichischen Kabinetts gelegen, oder das letztere wenigstens gehofft haben dürfte, es seinerseits in der Hand zu behalten, daß das Provisorium auf unbestimmte Zeit fortdauere und dadurch in ein Definitivum übergehe oder nur einer Lösung Platz mache, wie sie bisher von Österreich erstrebt worden. Nach dem geehrten Telegramme Eurer Exzellenz Nr. 4 ist diese Gefahr beseitigt, und behält vielmehr die Königliche Regierung die Wahl des Zeitpunktes, wann sie dem Provisorium ein Ende machen resp. zum Bruche schreiten wolle, in der Hand.

Hierdurch erledigen sich diejenigen Bemerkungen, welche ich in meinem Telegramme über die hier zu erwartende Mißstimmung gemacht habe, von selbst. Denn eine provisorische Teilung der Administration gibt natürlich nicht zu denselben Bedenken Anlaß, welche eine definitive Teilung der Herzogtümer unter die beiden Großmächte hervorgerufen haben würde. Sie wäre für die Länder selbst ein entschiedener Fortschritt gegen die bisherige gemein-

schaftliche Regierung, welche bei den entgegengesetzten Zielpunkten der beiden Teilnehmer zu einem anarchischen Zustande führen mußte.

Wenn ich Eure Exzellenz gleichwohl um die Erlaubnis bitte, jene Bemerkungen näher zu erläutern, so tue ich dieses nicht allein zur Rechtfertigung der letzteren, sondern auch um, von meinem hiesigen Standpunkte aus, die Gefahren hervorzuheben, welche eine nicht hinlänglich begrenzte Dauer eines Provisoriums auf der Grundlage der Blomeschen Vorschläge, d. h. der Naturalteilung, herbeiführen würde. Diese Gefahren würden zutage treten, sobald man vermuten zu dürfen glaubte, daß das Provisorium ein Versuch sein solle, bestimmt, wenn er gelänge, in ein Definitivum verwandelt zu werden.

Man würde alsdann hier den beiden deutschen Mächten vorwerfen, den Charakter des gegen Dänemark unternommenen Krieges nach errungenem Siege verändert und nicht sowohl einen Befreiungskampf geführt als vielmehr einen schwächeren Gegner dreier Provinzen beraubt und die Beute unter sich geteilt zu haben. Ähnliche Auffassungen habe ich während des ganzen Verlaufes des dänischen Streites hier oft genug hören müssen, wo sie sich viel weniger motivieren ließen; sie würden jetzt wiederholt hervortreten. Man würde die Mächte anklagen, nicht allein die alten Rechtstitel, auf welche sich die preußische Politik in der Schleswig-Holsteinschen Frage seit beinahe 20 Jahren stützte, nämlich das früher behauptete agnatische Erbfolgerecht in den Herzogtümern, und das von diesen als verbrieft in Anspruch genommene Recht auf Unteilbarkeit, aufgegeben, sondern auch die vom Kaiser Napoleon aufgestellten und zum Teil von der Königlichen Regierung selbst adoptierten Grundsätze der Trennung der Nationalitäten und der Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung beiseite gesetzt zu haben. Was insbesondere die letzteren anbetrifft, so dürfte es kaum einem Zweifel unterliegen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der schleswigschen Bevölkerung bei Dänemark zu bleiben wünschte, ein noch beträchtlicherer Teil großen Wert auf seine Gemeinschaft mit Holstein legt. Unter solchen Umständen würde selbst eine mangelhafte Regierung in Holstein eine größere Anziehungskraft auf die schleswigsche Bevölkerung ausüben als die tüchtigste preußische Verwaltung in Schleswig. Diese Preußen gleichmäßig feindseligen Tendenzen würden sich in zahlreichen Manifestationen, nach entgegengesetzten Richtungen hin, äußern, welche sich wiederum nur durch ein strenges Regiment niederhalten lassen möchten. Daneben würden Österreich, oder sein Cessionarius, in dem zum Deutschen Bunde gehörigen Holstein ohne Gefahr eine populäre Regierung führen können. Eine solche Lage würde aber unsere Beziehungen zu Frankreich allmählich dergestalt alterieren, daß wir um so mehr würden Bedenken tragen müssen, uns durch Aufhebung des Provisoriums und Wiederaufnahme des Februarprogrammes oder einer auf die Gesamtheit der Herzogtümer gerichteten Annexionspolitik von Österreich zu trennen.

Die von Eurer Exzellenz in Aussicht gestellten Depeschen werden mich ohne Zweifel über diese Besorgnisse beruhigen und in den Stand setzen, sowohl etwaige vertrauliche Bemerkungen der französischen Regierung zu beantworten, als auch die von einem Teile der hiesigen Presse unfehlbar zu er-

wartenden Angriffe zu widerlegen. Gleichwohl habe ich den Kurier nicht abreisen lassen zu dürfen geglaubt, ohne die sich mir hier aufdrängenden Betrachtungen, welche zunächst zur Beseitigung etwaiger Mißverständnisse meiner notgedrungen kurzen, telegraphischen Andeutungen dienen sollen, vielleicht aber auch in ferneren Phasen zur Beurteilung der Situation von Nutzen sein können, Eurer Exzellenz gehorsamst zu unterbreiten.

23.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich

Paris, den 20. August 1865

Der Königliche Feldjäger hat mir gestern nachmittag vor meiner heute telegraphisch gemeldeten Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys Eurer Exzellenz sehr geehrte Depeschen vom 11. und 16. d. M., Nr. 3, 6, 7, 8 und 9 überbracht.

Aus meinen nach dieser Expedition in Gastein resp. Salzburg eingetroffenen Berichten werden Eure Exzellenz entnommen haben, daß ich mich streng innerhalb der mir erteilten Instruktionen gehalten habe. Die letzteren waren zwiefache: Die mir mündlich in Regensburg erteilten und die in dem geehrten Erlasse vom 4. August Nr. 1 enthaltenen:

In Regensburg hatten Eure Exzellenz die Eventualität eines Krieges gegen Österreich näher ins Auge gefaßt als nach der ersten Mission des Grafen Blome. Eure Exzellenz erwarteten damals die Entscheidung über die Kriegs- oder Friedensfrage während des Aufenthalts Seiner Majestät des Königs in Gastein. Eure Exzellenz sagten mir in Gegenwart des Herrn Kriegsministers, daß der Krieg mit Österreich eine bloße Zeitfrage[1*] sei und hielten den gegenwärtigen Moment aus Gründen, welche ich hier nicht zu wiederholen brauche, für den günstigsten. Österreich sollte nach dem mir von Eurer Exzellenz auseinandergesetzten Programm in die Lage gebracht werden, sich eine tiefe Demütigung gefallen zu lassen oder den Fehdehandschuh aufzunehmen. Zu diesem Zwecke sollte der kommandierende General[2*] in den Herzogtümern die Zivilkommissarien auffordern, den Erbprinzen von Augustenburg aus denselben zu entfernen und, wenn dieser Aufforderung infolge des Widerspruchs des österreichischen Kommissarius nicht Folge geleistet würde, so sollte er den Prinzen ergreifen und an Bord eines preußischen Kriegsschiffes nach Pillau schaffen lassen. Der diesfällige Befehl an den kommandierenden General sollte nach Euer Exzellenz Berechnung etwa acht Tage vor der Abreise Seiner Majestät des Königs von Gastein, also ungefähr am 7. oder 8. August, von dort abgehen,[3*] damit die Ausführung der Maßregel eintrete, sobald Seine Majestät den österreichischen Boden verlassen hätte. Diesem Plane entsprachen die mir mündlich erteilten Instruktionen. Ich sollte zunächst vertraulich den eventuellen Abschluß eines Neutralitätsvertrages mit dem Kaiser Napoleon, eventuell weitergehendere gegenseitige Verpflichtungen vorbereiten, sowie die Geneigt-

heit dieses Monarchen zu einer etwaigen persönlichen Annäherung zu ermitteln suchen.

Unter diesen Umständen war wenig Zeit zu verlieren. Obgleich ohne Aussicht auf sofortige persönliche Begegnung mit dem Kaiser Napoleon, wollte ich doch im Moment der Krise auf meinem Posten sein. Ich reiste daher mit Abkürzung meiner Kur und meines Urlaubs nach Paris, wo ich am 1. August eintraf.

Eure Exzellenz wissen, daß ich hier weder den Kaiser noch seinen Minister traf, auch längere Zeit auf die nachgesuchte Unterredung mit der Kaiserin warten mußte und daher nicht in der Lage war, der Ausführung jener Instruktionen näher zu treten. Inzwischen rückte der für den Bruch in Aussicht genommene Termin heran. Von der vollen Verantwortlichkeit durchdrungen, welche Eure Exzellenz am Schlusse des geehrten Erlasses Nr. 6 vom 16. d. M. so treffend mit den Worten bezeichnen, daß die gefahrvolle Phase, welcher die preußische Politik nähertreten solle, das gemeinsame Vaterland unter dem Einsatze seines gegenwärtigen Bestandes einer größeren und gesicherteren Zukunft entgegenführen könne, erlaubte ich mir in meinem Berichte vom 4. d. M. vor der Annahme zu warnen, als ob der Kaiser Napoleon, gleichviel welches der Anlaß zum Kriege und der Zielpunkt des letzteren sei, Preußen gegenüber die unter ganz bestimmten Voraussetzungen in Aussicht gestellte wohlwollende Neutralität beobachten werde. Als einen im Hinblick auf die öffentliche Meinung nicht unbedenklichen Anlaß bezeichnete ich die gewaltsame Aufhebung des Erbprinzen von Augustenburg. Ich machte zugleich auf die verschiedenen Wege aufmerksam, zwischen welchen dem Kaiser im Falle des Ausbruchs des Krieges die Wahl offen stehen und auf welche er schwerlich im voraus durch ein Versprechen unbedingter Neutralität verzichten würde. Gleichwohl glaubte ich die mutmaßliche Haltung des Kaisers Napoleon als eine für Preußen freundschaftliche bezeichnen zu können.

Durch diese pflichtmäßige Auslassung, welche im großen und ganzen die in meinen bisherigen Berichten wiederholt vorgetragene Auffassung lediglich bestätigte, glaube ich dem Allerhöchsten Vertrauen Seiner Majestät des Königs, welches mich auf diesen Posten berief, entsprechen und die Einheit der Aktion, auf welche Eure Exzellenz in dem Schlusse des erwähnten Erlasses hinweisen, nicht gefährdet zu haben. Ich glaube Eurer Exzellenz Zustimmung sicher zu sein, indem ich annehme, daß diese Einheit der Aktion sich nur auf das Auftreten der Organe der preußischen Politik nach außen beziehen kann, die Gewissenhaftigkeit der Berichterstattung aber nicht beeinträchtigen darf. Denn anderenfalls würden die Vertreter Seiner Majestät im Auslande dem derzeitigen Ministerium, nicht aber ihrem Könige und Herrn dienen.

Am 7. August erhielt ich Eurer Exzellenz schriftliche Instruktion vom 4. d. M. Nach derselben war die Kriegsgefahr viel ferner gerückt, das Ergebnis der Blomeschen Mission dahin zusammengefaßt, daß die Aussicht auf Verständigung mit Österreich nicht abgeschnitten sei. Bestimmtere, meinerseits dem Kaiserlichen Kabinett zu machende Eröffnungen, um uns der Stellung Frankreichs durch zweiseitige Erklärungen zu versichern, sollten

daher der in kurzer Zeit bevorstehenden Entscheidung unseres Verhältnisses zu Österreich vorbehalten, entscheidendere Schritte in der bezeichneten Richtung von mir erst nach der Abreise Seiner Majestät des Königs aus Österreich und Ablehnung unserer Forderungen durch diese Macht getan werden. Dessenungeachtet sollte ich schon jetzt auf dem Wege vertraulichen persönlichen Verkehrs vorläufig sondieren, ob die Dispositionen des Kaisers Napoleon noch die von Herrn Benedetti in Aussicht gestellten (wohlwollende Neutralität ohne Kompensation und Bereitwilligkeit zu einem Bündnisse)[1] wären und uns daher die nötige Sicherheit gewährten, um dem Bruche mit Österreich näher zu treten?

Eure Exzellenz werden geneigtest anerkennen, daß eine Sondierung über die Haltung des Kaisers Napoleon für den Fall eines Bruchs zwischen Preußen und Österreich nicht möglich ist, ohne die Eventualität dieses Bruches als wenigstens nicht außerhalb des Bereichs der Wahrscheinlichkeit zu bezeichnen, und daß, je vertraulicher die Unterredung ist, desto mehr Vertrauen gezeigt werden muß, um eine vertrauliche Erwiderung herbeizuführen.

Von dieser Betrachtung habe ich mich in meiner Unterredung mit der Kaiserin, über welche ich Eurer Exzellenz unterm 11. d. M. Bericht zu erstatten die Ehre hatte,[2] leiten lassen müssen. Dessenungeachtet habe ich die Vorsicht beobachtet, die Nähe der Kriegsgefahr eher schwächer zu betonen, als es die mir von Eurer Exzellenz mitgeteilten Absichten gestattet haben würden, und auf jeden Wunsch einer Äußerung des Kaisers Napoleon zu verzichten.

Aber die Fortsetzung selbst dieser vorsichtigen Sprache würde mich um allen Kredit gebracht und hierdurch auch die Stellung der Königlichen Regierung zu Frankreich kompromittiert haben, wenn sich die mir vom Fürsten Metternich mitgeteilten Nachrichten über eine in Gastein zustande gekommene definitive Einigung in ihrem vollen Umfange bestätigt hätten. Deshalb hielt ich es trotz des streng vertraulichen Charakters jener Mitteilung im Interesse der Einheit unserer Aktion für notwendig, Eurer Exzellenz davon telegraphische Meldung zu machen und anzufragen, ob die Instruktion vom 4. August noch maßgebend sei.[4*]

Ich kann meinem österreichischen Kollegen für seine loyale und vertrauliche Mitteilung nur sehr dankbar sein; denn ohne dieselbe würde ich in meiner Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys am Montage schwerlich den richtigen Ton haben treffen können, und ich würde die Königliche Regierung dem Verdacht ausgesetzt haben, mit Frankreich ein für diese Macht verletzendes[5*] Spiel zu treiben. Wenn auch nach Eurer Exzellenz geehrten Mitteilungen das getroffene Abkommen die Kriegsgefahr nicht definitiv beseitigt, so hat es die letztere doch in weitere Ferne gerückt, und dies zu wissen war mir nötig, um eine der Situation entsprechende Sprache zu führen. Auch glaube ich nicht, daß das österreichische Kabinett durch die vertrauliche Mitteilung an ihren Botschafter — wie dies der geehrte Erlaß Nr. 9 annimmt — eine gegenseitige Zusage gebrochen hat.[6*] Denn die letztere war schwerlich bereits erteilt, als Graf Mensdorff dem Fürsten Metternich die dem Grafen Blome mitgegebenen

[1] Vgl. S. 49 Anm. 1.
[2] No. 21.

Vorschläge gleichzeitig mit der Abreise des letzteren kundgab. Da er ihm zugleich ein Telegramm über die mit Zuversicht erwartete Annahme in Aussicht gestellt hatte, so würde der Fürst völlig irregeführt worden sein, wenn dieses ausgeblieben wäre. In dem Telegramm wurde ihm Verschwiegenheit auferlegt, welche er demnächst, soweit es noch möglich war, beobachtete. Gleichzeitig gingen übrigens der französischen Regierung mehr oder weniger genaue Nachrichten über das Gasteiner Abkommen von mehreren Seiten zu.

Aus Eurer Exzellenz Erlaß Nr. 9 habe ich übrigens ersehen, daß die österreichischen Mitteilungen sehr unvollständig waren und das Abkommen für Preußen günstiger ist, als es nach jenen den Anschein hatte. Die Bedeutung läßt sich aber ohne die vollständige Kenntnis des Wortlauts, namentlich ohne Beantwortung der Frage, ob jeder Teil nach Belieben von dem Provisorium zurückzutreten berechtigt ist, nicht beurteilen. Ich habe mir daher heute telegraphisch die Bitte erlaubt, mich möglichst bald in den Stand zu setzen, dem Kaiser auf Befragen diejenigen Aufklärungen zu geben, deren Vorenthaltung ihn nicht allein verletzen, sondern auch jeden Versuch, seine Intentionen zu erforschen, zu einem völlig unfruchtbaren machen würde.

Herr Drouyn de Lhuys hat mir gestern eingestanden, daß es die Kaiserliche Regierung befremdet habe, von den im Gange befindlichen Verständigungsverhandlungen zu hören, ohne irgendeine Mitteilung darüber von uns zu erhalten. Ich habe ihm erwidert, daß er mir dazu keine Gelegenheit gegeben habe. Ich habe hinzugefügt, daß das (übrigens dem wesentlichen Inhalte nach bereits in vielen Zeitungen enthüllte) Abkommen die Sanktion der Souveräne noch nicht erhalten habe und einstweilen geheimgehalten werden solle. Ich könne ihm daher nur soviel darüber sagen, daß dasselbe nur ein anderweitiges Provisorium zum Gegenstande habe und die bisherigen Nachrichten unvollständig seien.

Im übrigen werden Eure Exzellenz aus meinem heutigen Telegramm ersehen haben, daß die Äußerungen des französischen Ministers befriedigender waren als alle diejenigen, welche ich früher aus seinem Munde vernommen hatte. Was die Herzogtümerfrage anbetrifft, so hat er sich diejenige Sprache angeeignet, welche schon bisher Herr Benedetti geführt hatte. Er hat nämlich die wohlwollende Neutralität Frankreichs nicht mehr von den Wünschen der Bevölkerung, sondern nur noch und zwar auch nur dem Grade nach von der Berücksichtigung des Nationalitätsprinzips abhängig gemacht. Dies sind, wie ich mir mit Bezug auf den geehrten Erlaß Nr. 7 zu bemerken erlaube, zwei wohl zu unterscheidende, bisher von der französischen Regierung gleichmäßig festgehaltene Voraussetzungen, von denen die eine auf die jetzigen Verhältnisse sehr wohl noch Anwendung finden könnte. Eure Exzellenz werden sich erinnern, daß Frankreich schon während der Londoner Konferenzen vorgeschlagen hat, die Bevölkerung der von Dänemark zu trennenden Provinzen nicht bloß über die Frage: ob deutsch? ob dänisch?, sondern auch über ihre künftige Konstituierung zu vernehmen. Diese Bedingung hat Herr Drouyn de Lhuys gestern zum erstenmal mir gegenüber mit Stillschweigen übergangen. Überdies hat er, was den anderen Punkt anbetrifft, mir ausdrücklich gesagt,

daß uns die Neutralität Frankreichs gesichert sei und nur der wohlwollende Charakter der letzteren mehr oder weniger akzentuiert werden würde, je nachdem wir in Nordschleswig dem Nationalitätsprinzip mehr oder weniger Genüge leisteten.

Diese Zusage der Neutralität, fügte er hinzu, könne Frankreich jedoch nur insoweit geben, als das Objekt des eventuellen Krieges sich auf die Elbherzogtümer beschränke, deren Annexion an Preußen die französischen Interessen nicht verletze. Da sich indessen nicht übersehen lasse, ob der Krieg nicht in seiner weiteren Entwicklung französische Interessen berühren würde, so könne eine vertragsmäßige Neutralitätsverpflichtung nicht übernommen werden. Eine solche würde nicht geheim bleiben, und wie würde es die französische Regierung ihrer Landesvertretung gegenüber verantworten können, ohne alle Gegenleistung auf die Freiheit ihrer Aktion verzichtet und für alle Fälle, ohne Rücksicht auf die Ausdehnung der preußischen Eroberungen, auf die Teilnahme anderer Mächte, auf die Hineinziehung anderer Fragen, z. B. der orientalischen, endlich auf die eventuelle Bedrohung französischer Interessen, ihre Neutralität vertragsmäßig zugesichert zu haben! Wir würden wohl tun, dergleichen nicht zu fordern, da es nicht gewährt werden könne und die Ablehnung einen störenden Mißton in unser Verhältnis bringen könnte. Auch bedürften wir in der Tat nicht solcher Sicherheit. Es könnte uns unmöglich unbekannt sein, daß der Kaiser mehr zu Preußen als zu Österreich neige. Diese Sympathien fielen mit seinen Interessen zusammen. Mit Österreich sei eine Verständigung für Frankreich kaum möglich. Er (Herr Drouyn de Lhuys) sehe sich vergebens nach dem Objekt einer von Österreich zu gewährenden Konzession um. Höchstens könnte es Venetien an Italien abtreten. Dafür könnte aber doch Frankreich nicht für Österreich »Krieg führen«. Mit Preußen sei dagegen eine Verständigung sehr wohl denkbar; es gebe da »Nachbarländer«, welche den Gegenstand von Kombinationen bilden könnten, welche die Interessen keiner der beiden Mächte beeinträchtigen würden.

Ich machte dem Minister bemerklich, daß ich seine Ansicht teilte. Preußische Gebietsabtretungen müßten allerdings völlig außer Frage bleiben; kein König von Preußen könne dazu seine Zustimmung geben. Allerdings ließen sich aber andere Kombinationen denken, welche indessen vor der Zeit selbst in der vertraulichsten Unterredung nicht ausgesprochen werden dürften.

Der Minister trat diesen Auffassungen ausdrücklich bei und bestätigte hiermit wiederholt, daß Frankreich keine Rektifikation der preußischen Grenze in Anspruch nehmen werde.

Ich würde hiernach nur raten können, eventuell von dem Verlangen zweiseitiger Erklärungen abzustehen. Solche sind meines Erachtens in der Tat dem Kaiser Napoleon unmöglich; andererseits fehlt dazu aber auch für ihn jede Nötigung. Eure Exzellenz führen zwar in dem geehrten Erlasse Nr. 7 das Interesse aus, welches der Kaiser Napoleon an einer Trennung Preußens von den beiden anderen östlichen Mächten und an der Befähigung jenes Landes zu einer wahrhaft selbständigen Großmachtsstellung hat. Auch glaube ich, daß er selbst davon vollständig durchdrungen ist und sich sehr wundern

würde, wenn man ihn erst darüber belehren wollte. Diese Auffassung hat seit Jahren mit einer kurzen Unterbrechung seine Politik gegen Preußen geleitet; er ist dazu vollständig zurückgekehrt und sie bürgt eben für seine Haltung, sobald wir ihm solche nur nicht unmöglich machen. Er wird aber nicht das Bedürfnis empfinden, außer dieser freiwilligen Haltung für jene Trennung noch den Preis eines bindenden, seiner Würde und seinem Verhältnis zum Lande kaum entsprechenden Vertrages zu bezahlen. Denn er dürfte die Trennung zwischen den beiden deutschen Großmächten materiell als bereits vollbracht, die Entfremdung nach dem unbefriedigenden Ergebnis ihrer vorübergehenden Allianz als dauernd ansehen und der Ansicht sein, daß der formelle Bruch eine bloße Zeitfrage sei und nur durch völlig unwahrscheinliche Eventualitäten, nämlich durch eine Demütigung der einen der beiden Mächte vor der anderen oder eine Ohnmachtserklärung beider, vor Europa, abgewendet werden könnte.

Wenn sich daher der Kaiser Napoleon, wie ich es vermute, mir gegenüber in derselben befriedigenden Weise ausspricht, wie es sein Minister der auswärtigen Angelegenheiten nach obigem getan hat, so glaube ich über seine Intentionen alle diejenigen Aufklärungen geliefert zu haben, welche einerseits die mündlichen Versicherungen eines Souveräns und seines Ministers, andererseits die von mir wiederholt versuchte objektive Erörterung der ganzen Richtung seiner Politik und seiner dynastischen sowohl als der französischen Interessen zu gewähren vermögen.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* ist auch jetzt noch richtig, aber ich sprach eventuell von Jahren, sogar vom Jahrhundert.

2* eventuell, falls keine Verständigung einträte.

3* ?

4* warum denn nicht?

5* durch Anfrage über eventuelle Haltung?

6* doch.

24.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, le 29 août 1865

J'ai eu l'honneur de dîner hier à Fontainebleau chez l'Empereur Napoléon. Sa Majesté m'a fait un accueil très gracieux; Elle S'est empressée de me demander des nouvelles de Votre Majesté et de Sa Majesté la Reine; Elle m'a raconté les détails de Son voyage en Suisse dont l'Empereur serait très satisfait sans le triste accident qui l'a terminé. L'Impératrice est toujours à Neufchâtel occupée à soigner les blessés; Elle avait refusé de faire venir une autre dame du Palais, de sorte qu'Elle y est toute seule avec les malades. L'Empereur m'a dit qu'Elle était très fatiguée de toutes les émotions éprouvées et qu'Elle ne pourrait retourner avec les personnes blessées que jeudi prochain; par conséquent le départ pour Biarritz serait probablement remis au 7 septembre.

L'Empereur espérait cependant que l'Impératrice pourrait encore recevoir ici Leurs Altesses Royales le Grand-Duc et la Grande-Duchesse de Bade qu'il attend vendredi prochain.

J'étais arrivé à Fontainebleau à 5 heures et demie et je suis parti à 9 heures. Pendant tout ce temps, avant, pendant et après le dîner, l'Empereur a daigné S'entretenir avec moi et le principal objet de la conversation a été la situation politique créée par la convention de Gastein.

L'Empereur a abordé ce sujet en me disant: « La question des Duchés a été toujours difficile à comprendre, mais maintenant je n'y comprends plus rien, rien. » J'ai insisté sur le caractère purement provisoire du nouvel arrangement en démontrant la nécessité qu'il y avait dans l'intérêt des populations de mettre fin à la confusion à laquelle avait abouti l'administration commune et d'y substituer un gouvernement régulier et indépendant pour chacune des deux provinces. Les imperfections mêmes de la nouvelle organisation m'ont paru indiquer clairement qu'elle n'était pas destinée à rester longtemps en vigueur. J'ai ajouté que Votre Majesté avait préféré de consentir à faire cette nouvelle expérience avant d'entrer dans un conflit dont les dimensions seraient incalculables. J'ai dit à ce sujet que le Gouvernement de Votre Majesté, avant d'avoir recours à l'ultima ratio, avait dû peser toutes les circonstances et surtout se rendre compte de la situation européenne et des dispositions des autres grandes Puissances. Pour ce qui concerne celle de la France, j'ai résumé ce que j'avais été à même de mander au Président du Conseil de Votre Majesté savoir: que la neutralité bienveillante de la France nous serait acquise pour l'annexion des Duchés de l'Elbe. Mais j'ai ajouté que les communications de Mr. Drouyn de Lhuys ne m'avaient pas autorisé à donner la même assurance pour toute la durée de la lutte et pour les conséquences ultérieures qu'elle pourrait amener.

L'Empereur y a répondu: « Je crois que Vous avez rendu un grand service à Votre pays en ne pas nourrissant des illusions à cet égard. En effet, comment voulez-vous que je m'engage d'avance à ne pas bouger et à ne rien demander quoiqu'il arrive, quelles que soient les dimensions que prenne la lutte, quels que soient les changements que pourrait en éprouver l'équilibre européen? Vous connaissez mes sentiments à l'égard de la Prusse; Vous savez combien je désire et je trouve même nécessaire qu'elle s'arrondisse et qu'elle soit en état de suivre une politique réellement indépendante et de s'émanciper de toute influence étrangère. Cette tendance de ma politique devrait vous suffire pour juger de l'opportunité de la grande lutte allemande. Et, il me paraît que vous mêmes ne seriez pas en état de traiter sur une autre question que celle des Duchés; car on ne peut pas vendre la peau de l'ours avant de l'avoir pris. J'ai fait sous ce rapport une expérience qui doit me servir de règle dans l'avenir. C'était un grand secret autrefois, mais je crois vous en pouvoir parler aujourd'hui. Avant la guerre d'Italie j'étais convenu avec le Roi Victor-Emmanuel de la marche à suivre. Je lui avais imposé l'engagement de ne pas attaquer le Pape; je lui avais dit que s'il attaquait l'Autriche, je ne l'aiderais pas; mais je lui avais promis mon alliance pour le cas où il serait attaqué, et pour cette

éventualité je lui avais offert mon concours jusqu'à l'agrandissement de son royaume au chiffre de 12 ou de 13 millions d'habitants. Lorsque, ensuite, j'ai fait la paix de Villafranca, le Roi m'a dit qu'il n'y avait pas 12 millions d'habitants, et il avait raison; cela m'a beaucoup embarrassé. Depuis je me suis proposé d'être plus prudent et de ne jamais faire aucune promesse que je n'aurais pas la certitude de remplir.»

J'ai dit à l'Empereur que dans notre dernière conversation Mr. Drouyn de Lhuys m'avait cependant fait espérer que même dans le cas où la lutte prendrait de plus grandes proportions la France s'entendrait facilement avec la Prusse, tandis qu'il ne voyait aucune possibilité de s'entendre avec l'Autriche. J'ai demandé si Sa Majesté approuvait cette manière de voir? Parfaitement, a répondu l'Empereur sans aucune hésitation.

Avant d'entrer dans la salle à manger, l'Empereur a encore exprimé la pénible surprise que lui avait causé la convention de Gastein: «Lorsque,» m'a-t-il dit, «vous avez commencé la guerre, vous avez déclaré vouloir affranchir de la domination danoise des populations allemandes appartenant à l'Allemagne. C'était là un but qu'on pouvait approuver. Vous avez dit que les deux Duchés avaient un droit à être réunis. Vous avez déclaré vouloir consulter les populations sur leur sort futur. Et maintenant vous faites une convention qui vous donne au moins l'apparence, je dis l'apparence, de les diviser, de les partager entre vous, en donnant à l'Autriche une province, dont elle ne sait que faire et en prenant pour vous une province de nationalités mixtes, tandis que vous avez fait espérer de rendre les Danois au Danemark. Cela rappelle le partage de la Pologne. Cela n'en a peut-être que l'apparence, je le répète; mais il faut ménager l'opinion publique, et vous devez déjà avoir remarqué comme elle s'est tournée contre vous.»[1]

[1] Diese Kritik der Gasteiner Konvention wurde noch leidenschaftlicher und herausfordernder am 29. August 1865 in dem Rundschreiben von Drouyn de Lhuys an die französischen Gesandtschaften (Orig. dipl. 6, 453) wiederholt, das vom Standpunkt der Verträge von 1815 und des fürstlichen Erbrechts, des deutschen nationalen Interesses und dem der Herzogtümer selbst, der Nationalitätentrennung und des Volkswillens den Vertrag in Grund und Boden verdammte und in den pomphaften Worten gipfelte: «La violence et la conquête pervertissent la notion du droit et la conscience des peuples.» Als das Rundschreiben bald darauf in die Presse gelangte, ebenso wie ein ähnliches englisches Zirkular, diktierte Bismarck am 21. September 1865 folgende in der Presse zu verwertende Betrachtungen, aus denen die das französische Motiv der sittlichen Entrüstung enthüllenden Sätze hier wiederholt werden mögen: »Über Frankreichs teutonische Begeisterung und Frankreichs Schutz deutscher Freiheit, deutscher möglichst kleiner Nationalitäten, braucht man kein Wort zu verlieren. Frankreich hat offenbar gerechnet auf einen inneren Krieg Deutschlands. Das Mißvergnügen darüber, daß dieser innere Krieg, wenn nicht ganz beseitigt, so doch ins Unbestimmte vertagt ist, tritt zu plötzlich und zu leidenschaftlich in die Öffentlichkeit, als daß nicht jeder Deutsche über die wiedergefundene Einigkeit der beiden großen Militärmächte sich beglückwünschen sollte. Die Leidenschaftlichkeit, mit der das französische Zirkular die Gasteiner Konvention verdammt, ins Deutsche übersetzt, heißt: ich hätte die Rheingrenze gewinnen können, ohne einer Koalition gegenüberzustehen, wenn die beiden deutschen Großmächte nicht die Unwürdigkeit begangen hätten, sich einstweilen wieder zu verständigen. Wenn es irgendeine Form ernster und durchsichtiger Mahnung an die Deutschen gab, einig zu sein, so liegt sie in diesen fast identischen Zirkulardepeschen Englands und Frankreichs, deren Sprache zu stark ist, um sie einer Regierung,

Pendant le dîner, l'Empereur m'a raconté que l'Autriche Lui avait proposé de soumettre l'affaire des Duchés à un Congrès, mais qu'il avait refusé net en déclarant qu'il ne voulait pas S'en mêler. Puis, il m'a demandé quelle avait été l'attitude de la Russie? J'ai répondu que je n'en savais rien en répétant les suppositions exprimées à l'Impératrice. Il m'a paru que l'Empereur soupçonnait le cabinet de Russie d'avoir eu la main dans l'arrangement de Gastein. Il m'a ensuite demandé quelle avait été l'attitude de Mr. de Pfordten? J'ai répondu que ce Ministre m'avait paru se tenir dans une prudente réserve. L'Empereur m'a paru croire à une abstention complète de l'Angleterre.

Sa Majesté avait évidemment reçu des rapports sur les dispositions de la Cour de Vienne. Car Elle m'a dit spontanément que l'entente de Gastein et de Salzbourg ne semblait pas avoir effacé le souvenir des différends antérieurs; qu'on se sentait profondément humilié en Autriche et que l'irritation contre la Prusse était grande, non-seulement dans l'opinion publique et dans les sphères ministérielles, mais aussi chez l'Empereur François Joseph personnellement. J'ai cru devoir faire mention de ces communications, parce qu'il en résulte que ce n'est pas le rétablissement de l'entente entre les deux Puissances allemandes qui mécontente l'Empereur des Français.

Après le dîner, l'Empereur a causé en fumant avec le maréchal Randon et moi. Il m'a demandé quel aurait été le chiffre de notre armée en cas d'une guerre contre l'Autriche? Puis Il a exprimé Sa profonde admiration pour une organisation militaire qui permettait à une Puissance ayant la moitié de la population de la France de mettre sur le pied une armée presque aussi nombreuse. En discutant avec un vif intérêt notre organisation militaire, Il a dit au Ministre de la Guerre que les Français avaient certainement l'esprit militaire en temps de guerre, mais qu'en temps de paix celui-ci était beaucoup plus développé chez les Prussiens. Il a surtout exprimé Son admiration pour l'esprit régnant dans le corps d'officiers prussiens.

Plus tard, l'Empereur m'a invité à L'accompagner dans le jardin. Il a alors pris de nouveau l'initiative d'une conversation politique, en me disant: « Si Vous écrivez à Mr. de Bismarck, dites-lui que, si la guerre avait éclaté entre la Prusse et l'Autriche, j'aurais gardé une neutralité bienveillante pour la Prusse, mais que je suis surpris, très-surpris de ce qui vient de sa passer. »

J'ai dit à Sa Majesté que, bien que la crise ne fût qu'ajournée, le lendemain de la signature d'un nouvel arrangement n'était peut-être pas bien choisi pour parler des éventualités belliqueuses de l'avenir et que, par conséquent, le fait que j'en parlais néanmoins à l'Empereur Lui prouvait l'entière confiance que nous inspirent Ses intentions, mais que, si après trois mois ou six mois ou plus tard la crise se reproduisait avec les mêmes circonstances qui avaient

die sich selbst achtet, mitteilen zu können . . . Die französische Regierung hätte den deutschen Regierungen kaum einen größeren Dienst erweisen können, als durch diese drohende Sprache. Sie braucht sie nur fortzusetzen, um sehr schnell alle Regierungen und alle Parteien in Deutschland zu einigen, die preußische Regierung nach Umständen fortschrittlich, die süddeutschen absolutistisch zu machen, falls es zur Verteidigung des gemeinsamen Vaterlandes gegen die Rheingelüste notwendig ist.« (R. v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 225 ff.)

précédé la signature de la Convention du 14 août, je croyais pouvoir compter sur les mêmes dispositions de l'Empereur.

« Certainement, » a répondu Sa Majesté, « Vous retrouverez chez moi toujours les mêmes dispositions envers la Prusse. »

C'est dans ce même esprit que l'Empereur a continué la conversation. « Je regrette tant de voir, » m'a-t-Il dit, « que la Prusse abandonne de jour en jour davantage sa vocation traditionnelle d'être à la tête du mouvement national de l'Allemagne. » J'ai fait observer à Sa Majesté, que le conflit intérieur, suite déplorable de l'aveuglement des partis et des tendances d'omnipotence parlementaire, rendrait momentanément stériles les efforts faits dans ce sens par Votre Majesté! « Je ne suis pas du tout de cet avis, » a répliqué l'Empereur. « Que le Roi pose un programme vraiment libéral pour l'organisation de l'Allemagne, qu'Il Se place à la tête du mouvement[1] — Sa Majesté n'a pas besoin de faire la guerre pour cela — et tous les libéraux y applaudiront et on oubliera ces mesquines querelles parlementaires et cette triste affaire des Duchés! »

J'avais oublié de dire que dans la première partie de la conversation l'Empereur a exprimé la conviction que personne n'aurait pu empêcher l'Italie de prendre part à la guerre contre l'Autriche, à moins que celle-ci ne lui ait cédé la Vénétie.

25.

Graf Bismarck an König Wilhelm I.[2]

Ausfertigung. A. A. Berlin[3]

Biarritz, den 11. Oktober 1865

Nachdem sich mir bisher eine andere Gelegenheit als die Post nicht geboten hat, benutze ich die Abreise des Grafen Goltz, um Eurer Majestät über meine politischen Wahrnehmungen in Paris und hier ehrfurchtsvoll Bericht zu erstatten.

[1] In dem Moment, wo die deutschen Mächte in der Gasteiner Konvention von neuem sich vereinigt hatten, hielt es Napoleon III. abermals für geboten, den preußischen Ehrgeiz von der »traurigen« Schleswig-Holsteinschen Frage auf ein höheres Ziel, auf den deutschen Beruf Preußens — ähnlich wie in seinen Äußerungen zu dem Prinzen Reuß vom 8. Juni 1863 (Nr. 8) und zu Bismarck am 5. Juni 1862 — hinzulenken. Diesem Zwecke der Ermunterung diente auch der Schlußsatz über die zu erwartende Politik Italiens.

[2] Der Immediatbericht Bismarcks ist im wesentlichen schon von H. v. Sybel, Begründung des Reichs 4, 215—224, zum Abdruck gebracht worden, jedoch mit einer Reihe von Ungenauigkeiten, die an einzelnen Stellen auch eine leichte formale Nuancierung bedeuten. Wenn schon aus diesem Grunde, bei der Tragweite der Besprechungen, ein ganz korrekter Abdruck erwünscht ist, so wird er in dieser Publikation besonders am Platze sein, um in jedem Augenblick einen Vergleich der Besprechung von Biarritz mit den im Laufe des Jahres 1866 hervortretenden Kompensationssondierungen und Kompensationsforderungen Napoleons zu ermöglichen.

[3] Der Bericht trägt den Aktenvermerk: »Am 17. Oktober 1865 in Münster direkt an Seine Majestät den König gelangt und von Allerhöchstdemselben am 18. Oktober morgens mir zugesandt.« Th(ile.) König Wilhelm antwortete Bismarck telegraphisch, Münster, 18. Oktober 9[5] nachm.: »Ich habe Ihren Bericht, durch Graf von der Goltz abgesandt, hier empfangen. Inhalt erfreulich. Ich bin durchaus mit Ihren Äußerungen einverstanden. Hier heute alles vortrefflich und erfreulich.«

Ich habe in Paris zunächst den Staatsminister Rouher besucht und bei demselben eine unseren Interessen durchaus günstige Stimmung vorgefunden, auf welche ich nun deshalb einen besonderen Wert legen darf, weil Herr Rouher das persönliche Vertrauen des Kaisers in höherem Maße zu besitzen scheint als Drouyn de Lhuys, und jedenfalls aufrichtiger ist als der letztere. Er hatte gehört, daß es zweifelhaft sei, ob ich bei meiner Anwesenheit von nur einem Tage in Paris dem auswärtigen Minister meinen Besuch machen würde. Er redete mir lebhaft zu, es zu tun, damit die Beseitigung der durch das Zirkular vom 29. August[1] geschaffenen Verstimmung nicht durch persönliche Verletzung des Herrn Drouyn de Lhuys erschwert werde. Ohnehin entschlossen, den fraglichen Besuch zu machen, ließ ich Herrn Rouher, der ein persönlicher und politischer Gegner von Drouyn de Lhuys ist, das Verdienst, mich dazu überredet zu haben. Es schien mir um so notwendiger, den Vorgang vom 29. August der Vergessenheit zu übergeben, nachdem ich von Herrn Rouher mit Bestimmtheit erfahren hatte, daß der Kaiser selbst jenes Zirkular vor dem Abgang in seinem Wortlaute gesehen und gebilligt hat.

Die Zuvorkommenheit, mit der Herr Drouyn de Lhuys mich demnächst empfing, war darauf berechnet, jede Empfindlichkeit über das Zirkular zu beseitigen. Der kaiserliche Minister erklärte den Ursprung dieser feindseligen Kundgebung aus der Befürchtung, daß Preußen sich, ohne Frankreich Dank dafür zu schulden, der Herzogtümer bemächtigen und, verstärkt durch die Mittel dieser neuen Erwerbung, sich demnächst einer antifranzösischen Politik wieder zuwenden werde. Er sagte, daß Preußen aus der wohlwollenden Haltung Frankreichs baren Gewinn zöge, während die Vorteile, welche Frankreich aus guten Beziehungen zu Preußen erwachsen könnten, von einer ungewissen Zukunft abhingen. Auf meinen Wunsch deutete er die Vorteile, welche Frankreich erhoffen könne, in demselben Sinne näher an, wie dies in den kurz vor der Abreise von Berlin Eurer Majestät von mir gemeldeten Äußerungen des Geschäftsträgers Lefebvre geschehen war.[2] Jede Begehrlichkeit nach preußischen oder deutschen Landesteilen stellte er mit Bestimmtheit in Abrede.[3]

[1] S. 67, Anm. 1.

[2] Diese Meldung scheint mündlich erfolgt zu sein, ein Bericht fehlt in den Akten, so daß wir allein auf die Berichte Lefebvres (Orig. dipl. 7, 82 ff.) angewiesen sind

[3] Aus diesem Verhalten Drouyns, ebenso wie aus dem entsprechenden Verhalten Napoleons geht hervor, daß die französische Politik in diesem Stadium vor der Anmeldung von Kompensationsansprüchen zurückscheute. Bismarck hatte, in »akademischem« Gedankenaustausch mit dem Geschäftsträger Lefèbvre, sich bemüht, den deutschen Appetit Napoleons auf französisch sprechende Gebiete abzulenken. Wenn Napoleon sich jetzt nicht geneigt zeigte, über Kompensationen aus französischem Sprachgebiet mit Bismarck (falls dieser sie hätte zur Sprache bringen wollen) zu verhandeln, so konnte aus seiner Reserve indirekt gefolgert werden, daß er sich nicht ablenken lassen wollte, sondern im stillen an deutschen Hoffnungen festhielt: diese aber mußte er vorsichtig unterdrücken, um nicht ein vorzeitiges Mißtrauen bei dem preußischen Staatsmann hervorzurufen.

Insofern allein läßt sich von dem Berichte Bismarcks sagen, er sei gedämpft. Wenn die neuere Forschung darüber hinaus annehmen möchte, der Bericht sage dem Könige nicht die ganze Wahrheit, so scheint mir das zu weit zu gehen. Selbst die Wendung Friedjungs, 1, 151, Bismarck habe, »ohne etwas bestimmt zu versprechen, die schönsten Aussichten eröffnet, mit dem Vorsatze, es höchstens bei etwas mehr als nichts bewenden zu lassen«,

Ich erwiderte ihm, daß wir der Geschichte der Zukunft ihren Lauf nicht vorzeichnen und sie nicht nach Willkür erfinden, sondern nur ihre Entwicklung abwarten und benutzen könnten; wir unsererseits hofften und wünschten, daß dies in einer Weise geschehen werde, vermöge deren die natürlichen guten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich erhalten und gefördert werden würden.

Trotz der geflissentlichen, ich könnte sagen übertriebenen Freundlichkeit, mit welcher der Minister den üblen Eindruck seiner Depesche zu verwischen suchte, habe ich doch keine volle Überzeugung von der Aufrichtigkeit seines Wohlwollens für uns gewonnen, sondern halte die Kundgebungen des letzteren nur für den Ausfluß bestimmter kaiserlicher Weisungen.

Am Tage nach meiner Ankunft in Biarritz wurde ich vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Ich habe Eurer Majestät die Hauptsache der kaiserlichen Äußerungen schon durch den Telegraphen alleruntertänigst gemeldet. Es war ersichtlich, daß der Kaiser selbst lebhaft gewünscht hätte, das Zirkular vom 29. August ungeschehen machen zu können. Er schien nicht zu wissen, daß ich von seiner vorgängigen Billigung derselben Kenntnis hatte; denn er hob hervor, daß er die auswärtigen Geschäfte zwar in Situationen von Bedeutung unmittelbar in die Hand nähme, sich aber um die Einzelheiten des gewöhnlichen Geschäftsganges, solange die Wichtigkeit desselben sich ihm nicht erkennbar gemacht habe, wenig kümmern könne. Er tadelte wiederholt die Veröffentlichung des Aktenstückes und die Übereilung, mit welcher es, ohne vorgängigen Gedankenaustausch mit Eurer Majestät Vertreter, abgefaßt worden sei. Auf diese Weise habe man in Paris die Tragweite des Gasteiner Abkommens für die Gesamtpolitik Preußens überschätzt, zumal man nicht hätte glauben können, daß ein für Preußen so günstiges Resultat durch keine geheime Zugeständnisse an Österreich erkauft worden sei. Der Kaiser ließ durchblicken, was Drouyn de Lhuys mir mit voller Bestimmtheit angedeutet hatte, daß die österreichischen Mitteilungen, welche durch ganz vertrauliche Kanäle (anscheinend durch Ihre Majestät die Kaiserin) an ihn gelangt seien, der Voraussetzung einer geheimen, gegen Frankreich gerichteten koalitionistischen Verständigung der deutschen Mächte Vorschub geleistet hätten. Seine Majestät legte mir nochmals mit einiger Feierlichkeit die Gewissensfrage vor, ob wir Österreich keine Garantie wegen Venetien geleistet hätten. Ich verneinte es mit der Versicherung, daß der Kaiser meiner Aufrichtigkeit um so gewisser sein könne, als solche Verabredungen, wenn sie getroffen würden,

läßt sich nicht belegen. Die folgenden Aktenstücke beweisen vielmehr, wie man gerade auf französischer Seite schon bald nach Biarritz aus naheliegender Berechnung die Legende von Bismarcks »Anerbietungen« zu verbreiten suchte.

Diese Legendenbildung gehörte bald zum eisernen Bestande der preußenfeindlichen Diplomatie. In den späteren Depeschen Vitzthums wird häufig von dem in Biarritz erfolgten »Angebot Belgiens« wie von einer Tatsache gesprochen, während die Königin Olga von Württemberg im April 1866 dem Grafen Revertera erzählte, Bismarck habe Napoleon zu Biarritz eine Allianz und als Preis dafür die bayrische Pfalz, Bayern hingegen eine Gebietserweiterung nach anderen Seiten angeboten, was Herr v. d. Pfordten nicht unbedingt zurückgewiesen habe. (Erinnerungen Reverteras, Deutsche Revue 29, 130).

doch nicht lange geheim blieben, und ich das Bedürfnis hätte, mir bei ihm den Glauben an die Zuverlässigkeit meiner Versicherungen zu erhalten; außerdem hielte ich auch für die Zukunft ein Abkommen unmöglich, vermöge dessen wir Österreich in die Lage setzten, nach Belieben einen Krieg herbeizuführen, welchen Preußen ohne eigenen Vorteil zu dem seinigen zu machen alsdann gezwungen sein würde. Der Kaiser versicherte demnächst, daß er keine Pläne anzuregen beabsichtige, durch welche der europäische Friede gestört werden könne, und daß Herr Lefebvre, dessen Berichte über unsere Unterredungen er erhalten habe, in seinen Eröffnungen weiter als in seinen Instruktionen gegangen sei. Fast in denselben Worten, mit welchen ich den ähnlichen Gedanken gegen den Minister Drouyn de Lhuys ausgesprochen und welche dieser ohne Zweifel inzwischen gemeldet hatte, sagte er: man müsse die Ereignisse nicht machen wollen, sondern sie reifen lassen; dieselben würden nicht ausbleiben und alsdann den Beweis liefern, daß Preußen und Frankreich diejenigen beiden Staaten in Europa wären, deren Interessen sie am meisten aufeinander anwiesen, und daß er dann jederzeit bereit sein werde, die Freundschaft und die Sympathie zu betätigen, von denen er für Preußen beseelt sei. — Der Kaiser knüpfte hieran die Frage, auf welchem Wege wir glaubten, uns mit Österreich über Holstein auseinanderzusetzen. Ich erwiderte offen, daß wir hofften, Holstein durch Geldentschädigung zu erwerben und zu behalten. Seine Majestät machte hierzu keine Einwendung und erklärte ausdrücklich sein Einverständnis zu den Motiven, mit welchen ich die Besorgnis des Ministers Drouyn de Lhuys wegen des Wachsens der preußischen Macht ohne Äquivalent für Frankreich widerlegte, indem ich hervorhob, daß der Erwerb der Elbherzogtümer an sich noch keine Machtverstärkung Preußens sei, sondern im Gegenteil die Kräfte unseres Vaterlandes nach mehr als einer Richtung, behufs Entwicklung unserer Marine und unserer Defensivstellung gegen Norden hin, in einem Maße festlege, welches durch den Zuwachs von einer Million Einwohner nicht aufgewogen werde. Der Erwerb der Herzogtümer sei nur ein Angeld (arrhes) für die Erfüllung der Aufgabe, welche die Geschichte dem preußischen Staate gestellt habe, und bei deren weiterer Verfolgung wir fortdauernd freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich bedürften. Es scheine mir im Interesse der französischen Politik zu liegen, den Ehrgeiz Preußens in Erfüllung nationaler Aufgaben zu ermuntern; denn ein strebsames Preußen würde stets hohen Wert auf Frankreichs Freundschaft zu legen haben, während ein entmutigtes seinen Schutz in defensiven Bündnissen gegen Frankreich suchen würde. Diese Argumentation bezeichnete der Kaiser als eine ihm vollständig einleuchtende und sympathische.

Dieser wesentliche Inhalt der Unterredung mit Seiner Majestät wiederholte sich in verschiedenen Wendungen während der ersten Audienz und während noch längerer Gespräche, die ich später nach einem Dejeuner mit dem Kaiser hatte. Bei letzterer Gelegenheit erkundigte er sich mit lebhaftem Interesse nach der Richtung, welche Eurer Majestät Regierung angesichts der Wirren in den Donaufürstentümern einhalten würde. Die Aussicht, daß diese Länder dermaleinst dazu dienen könnten, Österreich für Venetien zu entschädigen,

ließ sich besonders im Hinblick auf bestimmtere Andeutungen, die der Geschäftsträger Lefebvre mir früher gegeben, im Hintergrunde erkennen. Ich entgegnete, daß unser direktes Interesse an dem Schicksale der Donaufürstentümer bisher nicht über die Sicherstellung des deutschen Verkehrs in denselben hinausgehe, und daß unsere Mitwirkung zu etwaiger Neugestaltung der Zukunft jener Länder durch die Notwendigkeit bedingt sei, mit Rußland über eine für uns verhältnismäßig weniger wichtige Frage nicht in Verwicklungen zu geraten. Die Zuverlässigkeit unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland und die Bedeutsamkeit unserer nachbarlichen Verhältnisse machten es uns zur Pflicht, das seit lange zwischen beiden Höfen bestehende Vertrauen nicht zu untergraben. Der Kaiser schien der Wahrheit dieser Bemerkung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Er entwickelte ferner, wie Eure Majestät es seitdem in den Zeitungen gelesen haben werden, das Interesse, welches Europa daran habe, die Quelle ansteckender Krankheiten zu verstopfen, welche, wie gegenwärtig bei der Cholera, ihren Ursprung aus den Wallfahrten nach Mekka entnähmen, und sich durch die heimkehrenden Pilger dem Westen mitteilen. — Seine Majestät glaubte, daß durch gemeinsame Schritte der europäischen Mächte Gefahren dieser Art erheblich vermindert werden könnten, und sprach die Hoffnung aus, daß Preußen geneigt sein werde, hierzu mitzuwirken. Obschon sich die Gefahr nicht verkennen läßt, daß durch Eingriffe in die Wallfahrtsangelegenheiten der Fanatismus der Mohammedaner erregt und der Orient absichtlich oder unabsichtlich in Aufruhr versetzt werden kann, so glaubte ich doch in allgemeinen Worten die Überzeugung aussprechen zu sollen, daß Eure Majestät sich bei jedem Werke der Zivilisation in jener Richtung bereitwillig beteiligen würden, soweit Preußen in der Lage sei, einen Einfluß in diesen entfernten Gegenden zu üben. Ich vermute, daß hierüber eine amtliche Eröffnung Frankreichs an die übrigen Regierungen ergehen wird.

Nach meinen allgemeinen Wahrnehmungen darf ich die gegenwärtige Stimmung des hiesigen Hofes als eine uns äußerst günstige bezeichnen. Graf Goltz und Herr v. Radowitz, welche morgen ihre Rückreise nach Paris antreten, erfreuen sich der besonderen Gnade der Kaiserin, und sind die einzigen Fremden, welche täglich zu den engeren Kreisen des kaiserlichen Hofes zugezogen werden. Die Gesundheit des Kaisers und des kaiserlichen Prinzen läßt nichts zu wünschen übrig, wenn man von der bekannten Schwierigkeit absieht, mit der der Kaiser sich zu Fuß bewegt.

26.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 15. Oktober 1865

Die erste Unterredung, welche ich heute seit meiner hiesigen Rückkehr mit dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gehabt habe, hatte hauptsächlich einen retrospektiven Charakter.

Das Zirkular vom 29. August konnte dabei natürlich nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Herr Drouyn de Lhuys bestätigte mir, daß er das Zirkular vom 23. September, welches er nur der Beschleunigung wegen auf telegraphischem Wege nach Berlin gesandt, vor Empfang der weitergehenden und leider demnächst nicht mehr ausführbaren Instruktionen des Kaisers expediert hatte.

Er rekapitulierte mir ferner das Gespräch, welches er hier mit dem Grafen Bismarck gehabt, und sprach mir seine Genugtuung über die Reise des letzteren aus, einmal weil dieselbe unsere guten Beziehungen konstatiert habe, dann aber auch, weil Graf Bismarck alles, was ich über die Stimmung und die Absichten der kaiserlichen Regierung zu melden in der Lage gewesen wäre, nicht mehr, aber auch nicht weniger, bestätigt gefunden haben müsse. Er bemerkte in dieser Beziehung, daß ihm der Kaiser nicht mehr als er (Herr Drouyn de Lhuys), und auch nichts anderes als mir gesagt haben dürfte. Wir könnten in der Angelegenheit der Elbherzogtümer auf die wohlwollende Haltung Frankreichs rechnen; aber auf Stipulationen über fernliegende Eventualitäten werde der Kaiser sich nicht einlassen. Er (der Minister) habe dem Grafen Bismarck gesagt, die Gesichtspunkte Preußens und Frankreichs seien insofern verschieden, als dieses die Ereignisse an sich herantreten lassen und Eventualitäten, von denen es Nutzen ziehen könnte, welche es aber herbeizuführen außerstande sei, abwarten müsse, während die jenes interessierenden Fragen teils bereits vorlägen (wie die der Elbherzogtümer), teils jeden Augenblick von Preußen selbst, welches soviel Berührungs- und Streitpunkte mit seinen deutschen Nachbarstaaten habe, hervorgerufen werden könnten. Wir verlangten daher von Frankreich bares Geld, während wir diesem nur Wechsel mit einer völlig unbestimmten Verfallzeit böten. Dies würde für die Kaiserliche Regierung um so mißlicher sein, als dieselbe jenes Papiergeld nicht einmal würde vorzeigen können, mit anderen Worten außerstande sein würde, ihrem Lande gegenüber die Passivität oder wohlwollende Neutralität, welche sie hinsichtlich einer Machterweiterung Preußens beobachte, durch Darlegung der dafür Frankreich in Aussicht gestellten Vorteile zu rechtfertigen. Insbesondere wären ermutigende förmliche Erklärungen von seiten Frankreichs unstatthaft, weil dieses dadurch gerade unseren eventuellen Gegnern gegenüber die Neutralität verletzen würde.

27.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Reserviert

Paris, den 23. Oktober 1865

Zur Beurteilung der Tendenz der französischen Politik oder wenigstens der speziellen Richtung, welche der kaiserliche Minister der auswärtigen Angelegenheiten verfolgt, ist es von Interesse, in welcher Weise der letztere die

Unterredung, welche er hier mit Eurer Königlichen Majestät Ministerpräsidenten hatte, darstellt und nach außen zu verwerten sucht.[1]

Nach vertraulichen Äußerungen des Finanzministers Fould an befreundete Personen[1*] hätte Herr Drouyn de Lhuys dem Kaiser nach Biarritz berichtet, Graf Bismarck habe ihm «alles» angeboten, er sich auf nichts eingelassen.

Ganz in derselben Richtung äußert sich eine Person,[2*] welche gleichzeitig mit dem französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und der österreichischen Botschaft in häufigem Verkehr steht. Dieselbe schreibt dem Grafen Bismarck Versuche zu, welche vollständig mißlungen seien.[3*] Graf Bismarck habe Herrn Drouyn de Lhuys die Notwendigkeit von bedeutenden Gebietserweiterungen Preußens[4*] in Deutschland auseinandergesetzt und dafür eine wohlwollende Neutralität Frankreichs beantragt, gleichzeitig auch dieser Macht eventuelle Kompensationen in Aussicht gestellt. Der französische Minister habe ihn vollständig ausreden lassen und dann erwidert, er könne eigentlich amtlich auf diese Konversation gar nicht eingehen, da er nicht dazu ermächtigt sei; da Graf Bismarck aber nach Biarritz reise, so würde er ja Gelegenheit haben, dem Kaiser persönlich seine Vorschläge zu machen. In Biarritz habe Graf Bismarck zwar die Vergrößerung Preußens befürwortet,[5*] aber von Kompensationen für Frankreich nicht mehr gesprochen. Der Kaiser habe ihn an seinen Minister zurückverwiesen.[6*]

Da diese Darstellung, insbesondere was die Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys anbetrifft, der letzteren geradezu den entgegengesetzten Charakter von demjenigen gibt, welchen sie nach den mir von Eurer Majestät Ministerpräsidenten gemachten Mitteilungen gehabt hat, so ist mir nicht zweifelhaft, daß dieselbe zur Kenntnis des Wiener Kabinetts gebracht zu werden bezweckt ist und das letztere zum Widerstande gegen die preußischen Forderungen ermutigen soll, um uns eine wohlwollende Haltung Frankreichs weniger entbehrlich erscheinen zu lassen.

Viel korrekter ist die Sprache, welche der kaiserliche Minister den Mitgliedern des diplomatischen Korps gegenüber führt. Er rühmt denselben die persönliche Liebenswürdigkeit des Grafen Bismarck, fügt aber hinzu, daß derselbe politisch außerordentlich boutonniert gewesen sei.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* wer?

2* wer?

3* ganz beliebig erfunden und gelogen. Er bot an, ich erwiderte, man könne die Geschichte nicht machen, sondern nur Entwicklung abwarten.

4* im Gegenteil!

5* kein Wort

6* nicht wahr

[1] Schon am 18. Oktober hatte Graf Goltz in der Haltung der ministeriellen Presse, zumal der von Drouyn de Lhuys stark beeinflußten «France», eine sich mehr von Preußen ab- und Österreich zuwendende Schwenkung beobachtet; es schien ihm eine Rückwirkung auf Berliner Zeitungsartikel, die hinsichtlich der Aufnahme Bismarcks in Biarritz und der Bedeutung seiner Zusammenkunft mit Napoleon die Farben zu stark aufgetragen und den Verdacht erweckt hätten, als solle dadurch eine Pression auf Österreich ausgeübt werden.

28.

Graf Goltz an Bismarck

Telegramm. Entzifferung. A. A. Berlin

Paris, le 8 novembre 1865, 2^{35} p. m.; arr. 4 p. m.

Dans un entrefilet qui me paraît venir du Ministère, le journal «La France» dit par rapport à l'accueil distingué que Votre Excellence a reçu ici: «Les égards dûs à un homme tel que Mr. de Bismarck, qui d'ailleurs paye si bien de sa personne par la vivacité de sa parole et par ses allures franches et décidées, ne sauraient être considérés comme des engagements diplomatiques et si l'illustre visiteur avait jamais pensé que la France pourrait s'associer à une politique d'agitation en Europe, nous croyons qu'il s'en serait retourné complètement édifié sur l'attitude nettement pacifique et nettement conciliante de notre pays.» [1]

29.

Graf Goltz an Bismarck

Vertraulich! Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 13. November 1865

... Wie ich in meinem chiffrierten Bericht Nr. 304 [2] bemerkte, hat Herr Drouyn de Lhuys in einer Unterredung, welche ich am Mittwoch mit ihm hatte, den am Schluß des Artikels des «Mémorial» angeführten Ausspruch des heiligen Vincenz de Paola zitiert,[1*] um bei Gelegenheit eines, übrigens nur beiläufigen, Rückblicks auf den Besuch Eurer Exzellenz den Gedanken zu begründen, daß die Politik nicht eine Weltlage schaffen könne, sondern umgekehrt von dieser abhängig sei. Allerdings kann Herr Drouyn de Lhuys, ohne die Absicht der Veröffentlichung, denselben Ausspruch in mehreren Konversationen getan und ein Journalist den letzteren zufällig gehört und für die Presse benutzt haben. Es ist aber auffallend, daß der Artikel von Valfrey, dem gegenwärtigen Hauptredakteur des «Mémorial diplomatique» und eigentlichen Vertrauensmanne des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten für die Preßangelegenheiten, unterzeichnet ist, demselben Manne, welcher auch die in meinem Bericht vom 23. Oktober, Nr. 292, erwähnten Nachrichten von einer entschiedenen

[1] Der badische Gesandte Baron Schweitzer schloß aus dem »etwas ironischen« Artikel der «France» und aus anderen Organen, Bismarck habe die Haltung Frankreichs für gewisse Eventualitäten erkunden wollen: «Pour obtenir un semblable résultat Mr. de Bismarck aurait dû se trouver en mesure de pouvoir présenter au Gouvernement Impérial les bases d'une entente sérieuse, capable de donner satisfaction à des aspirations réciproques. Tout porte à croire qu'il n'en a rien été, et que par conséquent tout s'est borné pour le présent entre le ministre prussien et le Gouvernement Impérial à des conversations à la suite desquelles ... on a reconnu à Mr. de Bismarck un esprit de résolution prise comme étant une chose rare de nos jours». (Baron Schweitzer an Baron Edelsheim, 8. November 1865; G. L. Arch. Karlsruhe.)

[2] Telegramm vom 11. November: »Das Zitat aus Schluß des längeren Artikels des „Mémorial diplomatique" habe ich vor drei Tagen aus dem Munde des Herrn Drouyn de Lhuys gehört. Auch andere Sätze hat er öfters geäußert, ohne daß er darum den Artikel diktiert zu haben braucht.«

Zurückweisung der von Eurer Exzellenz der französischen Regierung gemachten Vorschläge verbreitet hatte.

Hieraus läßt sich ein Schluß auf die wahrscheinlich noch viel beruhigenderen Mitteilungen ziehen, welche Herr Drouyn de Lhuys der österreichischen Diplomatie unmittelbar machen dürfte und die geeignet sein würden, Österreich zum Widerstande gegen die Forderungen Preußens in der Angelegenheit der Elbherzogtümer zu ermutigen. Zugleich muß sich danach aber auch das französische Kabinett jenes Widerstandes ziemlich vergewissert halten, da es sonst durch dergleichen Kundgebungen die Gefahr herbeiführen würde, uns völlig in die Arme Österreichs zu treiben.

Ob und inwieweit diesen Symptomen ein bedenklicher Umschwung der französischen Politik zum Grunde liegt, darüber werde ich mir erst nach einer nächsten Unterredung mit dem Kaiser Napoleon, den ich seit 14 Tagen nicht gesehen habe und voraussichtlich auch nicht vor dem 29. ds. Mts. (dem Tage, wo mein achttägiger Aufenthalt in Compiègne beginnen wird) werde sehen können, ein Urteil zu bilden in der Lage sein.

Abgesehen hiervon, glaube ich das Motiv zu den in Rede stehenden Artikeln in der Besorgnis des hiesigen Kabinetts suchen zu müssen, daß die Königliche Regierung für die Annexion der Elbherzogtümer den guten Willen Frankreichs für entbehrlich halten und die günstigen Gesinnungen des Kaisers Napoleon lediglich dazu ausbeuten möchte, um auf Österreich einen Druck behufs Erreichung dieses Resultats auszuüben.[1]

Randbemerkung Bismarcks:

1* Derselbe rührt von mir her. Ich sagte es am 2. Oktober zu Dr. de Lh(uys), der Kaiser wiederholte ihn mir in Biarritz.

30.

Bismarck an Graf Goltz

Konzept. A. A. Berlin.

Vertraulich

Berlin, den 26. November 1865

Ew. pp. haben in den gef. beiden Depeschen Nr. 306 vom 13. und Nr. 314 vom 16. ds. Mts. die in der französischen Presse neuerdings hervorgetretenen

[1] Am 16. November 1865 berichtete Goltz über eine Unterredung mit Drouyn de Lhuys, in der er ihn auf den üblen Eindruck der Presseartikel aufmerksam machte. Der Minister erklärte, den Artikeln fernzustehen, den in der »France« habe er gemißbilligt; der Artikel im «Mémorial diplomatique» entspräche in seinem wesentlichen Gedankengange seiner Auffassung, welche er häufig geäußert und die daher in journalistische Kreise habe dringen können. Entschieden desavouieren müsse er indessen die darin angedeutete Interpretation der preußischen Politik, sowie die daran geknüpften französischen Kompensationsansprüche. Trotz einer gewissen Planmäßigkeit in den Artikeln glaubte Goltz noch nicht auf eine wirklich eingetretene Veränderung in der französischen Haltung schließen zu sollen: »Insbesondere habe ich bis jetzt keinen Grund, anzunehmen, daß sich gegenwärtig Frankreich der Annexion der Elbherzogtümer an Preußen gegenüber anders verhalten würde, als damals, ebensowenig aber auch, daß es mehr als damals geneigt sein würde, eine weitgehende Vergrößerung Preußens zuzulassen, oder gar zu fördern, ohne eine Kompensation in Anspruch zu nehmen.« (A. A. Berlin.)

Erscheinungen und das Verhältnis des Ministers Drouyn de Lhuys zu denselben, sowie die Frage erörtert, ob diese, anscheinend inspirierte, Haltung der Presse auf eine Wandelung in der französischen Politik schließen lasse. Im Zusammenhang damit stehen die, in Ihrem Immediatbericht Nr. 292 vom 23. ds. Mts. — von welchem ich erst nach meiner Rückkehr aus Biarritz habe Kenntnis nehmen können — angeführten Tatsachen, wonach namentlich durch den Minister Fould von meiner Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys eine wahrheitswidrige Darstellung verbreitet werde, eine Darstellung, welche sich in französischen Journalen und Korrespondenzen, namentlich in dem von Ihnen mehrfach erwähnten Artikel der « France » reproduziert findet.

Herr Drouyn de Lhuys hat Ihnen gegenüber jeden Zusammenhang mit diesen Presseerzeugnissen in Abrede gestellt und den Artikel der « France » gemißbilligt. Nichtsdestoweniger deuten eine Reihe von Umständen, welche Euer Exzellenz anführen, auf einen solchen Zusammenhang hin.

Ich habe aus dem Inhalt Ihrer Depeschen Veranlassung genommen, diese Verhältnisse mit dem kaiserlich französischen Botschafter zu besprechen. Herr Benedetti behauptet auf das entschiedenste, daß diese Erscheinungen in der Presse in keiner Weise auf Inspirationen des Gouvernements zurückgeführt werden dürften, und keine Schlüsse auf die Haltung desselben rechtfertigten. Namentlich versichert er, daß die « France » in keinem Verhältnis zur Regierung stehe. Die Haltung dieses Blattes sei bedingt durch die politische Lage, in welcher dasselbe bald nach dem Italienischen Kriege gegründet worden, als eine Annäherung an Österreich versucht wurde; die Anhänger jener Politik, zum Teil auch einflußreich, versorgten das Blatt mit Nachrichten; so sei der österreichische Einfluß darin vorwiegend geblieben, und die « France » sei auch in Paris als österreichisches Organ hinreichend bekannt. Sie sei aber völlig gewichtlos, und er wundere sich über die Reproduktionen und die Beachtung ihrer Artikel in der deutschen Presse. Bei dem Zusammenhange der Preßagenten untereinander aber und den dem Fürsten Metternich zu Gebote stehenden Geldmitteln sei es natürlich, daß teils auch auf wirklich offiziöse französische Preßorgane von Zeit zu Zeit in österreichischem Sinne eingewirkt und diese zur Aufnahme von Artikeln verleitet werden, die durch ihren Abdruck darin einen falschen Schein offiziöser Inspiration gewännen, teils aber auch direkte Mitteilungen von Fürst Metternich mit der nach Deutschland telegraphierten Behauptung, sie seien offiziös, in die Presse gelangten. Herr Benedetti bemerkte, wir möchten nicht vergessen, daß in Paris eine permanente Konspiration sämtlicher deutscher Gesandtschaften gegen uns bestehe, die ihrerseits alle ihre kleinen Presseeinflüsse in antipreußischem Sinne verwertete, und ihr Zentrum bei dem österreichischen Botschafter und seinen Preßkräften hätte. Graf Mülinen sei der geschäftliche Leiter, der täglich in den Bureaus selbst der geringeren Preßorgane zu sehen sei und die deutsche Presse demgemäß versorge. Herr Benedetti erklärte gewiß zu sein und sich dafür verbürgen zu können, daß alle persönlichen Ausfälle und Verdächtigungen gegen mich unbedingt nicht aus französischer offiziöser Quelle stammten. Für die augenblicklich Österreich zugewandte Haltung der Pariser Presse suchte

er außerdem in dem Umstand eine Erklärung, daß französische Notabilitäten, durch die günstigen Bedingungen der neuen österreichischen Anleihe verlockt, sich bei letzterer beteiligt hätten, und nur im Bedürfnis einer Hausse ihren Einfluß auf die Presse verwendeten, um die Verhältnisse zwischen Österreich und Frankreich möglichst günstig darzustellen.

Ich habe diese Äußerungen des französischen Botschafters über die Presse in Paris vollständig wiedergegeben, um Eure Exzellenz in den Stand zu setzen, dieselben bei Ihrer eigenen Beurteilung der Sachlage zu berücksichtigen. Ich will auch nicht unerwähnt lassen, daß er daneben Andeutungen über die Verwunderung, welche preußische Einwirkungen auf die französische Presse von Zeit zu Zeit hervorriefen, einfließen ließ, über welche er nähere Auskunft ablehnte, welche mich aber, wie ich im Vorbeigehen bemerke, in der Befürchtung verstärkten, daß der bekannteste unserer Preßagenten, Dr. Bamberg, gelegentlich mehr Österreich als uns diene.

Ich selbst kann den Phrasen der Pariser Zeitungspolemik an sich die Wichtigkeit nicht beilegen, welche sie durch die Benutzung in der deutschen Presse anscheinend gewinnt, besonders zu einer Zeit, wo, wie erwähnt, eine Zahl einflußreicher Franzosen bei einer Hausse des österreichischen Geldmarktes interessiert ist. Eure Exzellenz kennen einen Teil der verkommenen Menschenklasse, deren Handwerk in jener Presse liegt, und wissen, wie selbst anscheinend höherstehende Organe für mäßige Geldsummen bereit sind, im Sinne des Zahlenden zu schreiben; und wir haben das Beispiel gehabt, daß unsere Unterstützung einiger unter ihnen die anderen zu verstärkter Bösartigkeit, behufs der Erpressung gleicher Wohltaten, veranlaßt hat. Die Wahrnehmung, daß sie für wichtig gehalten werden, erhöht die Begehrlichkeit und Dreistigkeit.

Wenn diese Erwägungen und die Äußerungen des Herrn Benedetti uns dazu führen können, der gegenwärtigen Haltung der französischen Presse kein allzugroßes Gewicht beizulegen, so können sie uns doch nicht veranlassen, dieselbe unbeachtet vorübergehen zu lassen. Namentlich gilt dies von den lügenhaften Darstellungen, welche von meinem Auftreten in Paris und meiner Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys gegeben worden sind. Der letztere hat den wahrscheinlich aus österreichischer Quelle stammenden Artikel der « France » Ihnen gegenüber gemißbilligt; aber er hat denselben nirgends widersprechen lassen, und es ist schwer, die nach Ihrem eingangs erwähnten Immediatbericht von Herrn Fould geflissentlich verbreitete, mit jenem Artikel übereinstimmende Version nicht wenigstens indirekt auf den Minister der auswärtigen Angelegenheiten selbst zurückzuführen, oder seine Konnivenz dafür vorauszusetzen.

Wie vollständig diese Version gerade das Gegenteil von dem wirklich Vorgefallenen, das ist Eurer Exzellenz hinreichend bekannt. Eure Exzellenz wissen, daß ich, als ich auf meiner Hinreise nach Biarritz nach Paris kam, mit Rücksicht auf seine Unzuverlässigkeit und seine für Preußen bisher wenig günstigen Gesinnungen, zweifelhaft war, ob ich Herrn Drouyn de Lhuys überhaupt besuchen sollte, und daß ich es nur aus Höflichkeit tat, mit dem Entschlusse, ihm nichts zu sagen, was er nicht jedermann wieder sagen könne. Weit entfernt davon, selbst mit Plänen für die Zukunft hervorzutreten, war

meine Sorge vielmehr, es könnten mir in Paris oder Biarritz Vorschläge gemacht werden, die ich anzunehmen nicht autorisiert war, deren Ablehnung aber erkältend gewirkt haben würde, abgesehen davon, daß zu Anerbietungen meinerseits mir jede Ermächtigung Seiner Majestät des Königs fehlte, ich also Gefahr gelaufen hätte, beim Worte gehalten zu werden, ohne nachträglich die Einwilligung Seiner Majestät des Königs beschaffen zu können. Ungeachtet meines Vertrauens in die Mäßigung und Weisheit des Kaisers Napoleon wurde ich doch von dieser Sorge auch nach Biarritz und in das Kabinett des Kaisers begleitet; und ich war sehr angenehm davon berührt, in meiner Audienz bei demselben keinerlei Anforderungen zu begegnen. Der Gedanke, welchen Herr Drouyn de Lhuys später in ein Zitat aus dem heiligen Vincenz de Paula gekleidet hat, ist ihm selbst zuerst von mir ausgesprochen worden, als er seinerseits das Gebiet zukünftiger gemeinsamer Interessenpolitik betrat, und ich darauf erwiderte, daß es gefährlich, wenn nicht unmöglich sei, die Ereignisse machen zu wollen, wir sie vielmehr abwarten und hoffen müßten, sie gemeinsam nutzen zu können. Diese meine Äußerung hatte Herr Drouyn de Lhuys offenbar nach Biarritz geschrieben, da der Kaiser sie mir wörtlich wiederholte. Wahrscheinlich hat der Minister dieses Wort, welches Eurer Exzellenz als Kennzeichen des offiziösen Charakters gewisser Artikel gedient hat, in Konversationen mehrfach wiederholt, wie auch Eure Exzellenz selbst bemerken, und es hat so seinen Weg in die Presse gefunden.

Herr Drouyn de Lhuys hat also vollständig recht gehabt, wenn er, wie Eure Exzellenz erwähnen, fremden Diplomaten gesagt hat, ich sei in politischer Beziehung sehr «boutonniert» gewesen.

Es ist also schwer, damit die, mindestens gesagt, Konnivenz gegen die lügenhaften Artikel und die Unterlassung jeder Berichtigung von Erfindungen in Übereinstimmung zu bringen, welche, mit diesem offiziösen Anschein vorgetragen, politische Tragweite gewinnen, jedenfalls aber, wenn sie wahr wären, auf die Diskretion und den Takt des französischen Ministers in betreff vertraulicher Verhandlungen ein bedenkliches Licht werfen müßten.

Herr Benedetti versichert mir, daß, wenn Herr Drouyn de Lhuys früher österreichisch gesinnt gewesen, er jetzt davon geheilt sei. Wäre diese Ansicht des Botschafters richtig, so würde dies nur die Übereinstimmung des Ministers mit dem Kaiser bekunden, welcher, wie ich Eurer Exzellenz schon mündlich mitteilte, mir in St. Cloud unaufgefordert die Versicherung gab, daß er eine Annäherung an Österreich weder erstrebe noch für möglich halte.

Herr Benedetti selbst gab übrigens offen zu, daß es in Frankreichs Interesse liege, die Verhältnisse zwischen Preußen und Österreich nicht intim werden zu lassen.

Von diesem Standpunkt aus kann es begreiflich scheinen, daß man in Paris die Absicht hätte, Österreich an die Möglichkeit einer Annäherung glauben zu machen, um es von Preußen abzuziehen, und daß man durch eine zur Schau getragene Ablehnung erfundener preußischer Anerbietungen nur auf das Wiener Kabinett ermutigend einwirken wollte, um dasselbe von einer zu großen Nachgiebigkeit gegen Preußen abzuhalten, auf diese Weise zwischen

den beiden deutschen Mächten eine Spannung hervorzurufen oder zu verstärken, und Österreich bei einer nächsten Gelegenheit zu stärkerem Widerstande und zu dem wirklich ausbrechenden Konflikt mit Preußen zu verlocken, den man vielleicht schon vor der Gasteiner Konvention erwartet hatte, und auf den die hiesigen Repräsentanten des Hofes der Tuilerien so oft hingewiesen hatten, indem sie für einen solchen Fall ein Bündnis zwischen Preußen und Frankreich in Aussicht stellten.

Aber Herr Benedetti fügte hinzu, daß — diese geheime Absicht vorausgesetzt — die Art und Weise, wie dieselbe ins Werk gesetzt wäre, wenn die fraglichen Erscheinungen in der Presse offiziöse wären, unglaublich ungeschickt und gefährlich sein würde und leicht in das Gegenteil von der beabsichtigten Wirkung umschlagen könnte, indem sie Preußens Vertrauen in die Gesinnungen der Leiter der französischen Politik zerstörte. Wie sehr unsere ganze Haltung gegenüber dem Wiener Kabinett durch dieses Vertrauen bedingt wird, das entging auch Herrn Benedetti nicht, und ich brauchte kaum hervorzuheben, daß wir, wenn wir dieses Vertrauen nicht mehr in vollem Maße hegten, es vorziehen müßten, auf höhere Forderungen zu verzichten und uns mit Österreich über ein Geringeres zu verständigen, welches wir jeden Augenblick ohne Opfer erreichen könnten.

Eure Exzellenz werden selbst ermessen, daß wir durch die Verbreitung oder Zulassung unwahrer und entstellter Darstellungen und gehässiger, persönlicher oder politischer Angriffe schließlich in die Lage kommen müßten, solchen Artikeln, deren Berichtigung in Frankreich selbst verschmäht wird, ein offiziöses und unzweideutiges Dementi entgegenzusetzen, die Sachlage offen bekannt zu machen und damit die Natur der Quellen, auf welche jener Artikel mit Recht oder Unrecht zurückgeführt werde, bloßzulegen. Die Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten würden aber dadurch nicht gefördert werden.

Was Eurer Exzellenz Haltung in Compiègne betrifft, so wünsche ich nicht, daß Sie der ganzen Preßangelegenheit ein entscheidendes Gewicht beilegen, wohl aber, daß Sie bei vertraulichen Unterredungen mit dem Kaiser auf den Übelstand aufmerksam machen, welcher darin liegt, daß österreichische Preßintrigen sich in die Maske französischer Offiziösität hüllen, um so in Deutschland Propaganda zu machen und dadurch das Vertrauen Preußens zu Frankreich zu untergraben. Sie werden zugleich daran erinnern, daß die lügenhaftigen und gehässigen Darstellungen meines Auftretens in Paris, welche in Deutschland jedermann geneigt sein muß, auf Äußerungen des französischen Ministers zurückzuführen, wenn sie nicht in Paris widerlegt werden, mich zwingen, diese Widerlegung in unzweideutiger Weise selbst zu übernehmen.

Ich hege die Zuversicht, daß der Kaiser diesen Erwägungen nicht unzugänglich sein, und daß es Ihnen, wie Sie selber die Hoffnung ausdrücken, durch diese Unterhaltungen zugleich möglich sein werde, sich über die eigenen Intentionen und bestimmenden Anschauungen des Kaisers und die Fortdauer seiner Intentionen und Gesinnungen für Preußen ein begründetes Urteil zu bilden.

II.

Die Politik Napoleons III. zur Herbeiführung des deutschen Krieges

Die französischen Kriegsziele: Pfalz und die Grenzen von 1814. Der neutrale rheinische Pufferstaat. «Grand Rhin» und «Petit Rhin». (Januar bis Juni 1866)

31.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 14 janvier 1866

J'ai eu plusieurs conversations, soit avec l'Empereur, soit avec Son Ministre, sur la question des Duchés de l'Elbe et crois pouvoir certifier qu'il résulte de mes investigations au sujet de la manière de voir du Souverain de la France et de Son Cabinet que notre attitude actuelle dans cette question aussi délicate que complexe a bien plus les sympathies de la France que la ligne de conduite adoptée et poursuivie à Berlin.

On ne m'a pas caché les vœux secrets que l'on formait à l'égard de la solution définitive de cette question. L'Empereur et Son Ministre se sont énoncés envers moi avec trop de franchise pour que je me permette de révoquer en doute leur sincérité. Voici d'abord ce qu'on attend de nous: on pense que nous nous trouvons bien de la part provisoire que le traité de Gastein nous a conferée. On se dit que nous n'avons aucun intérêt à précipiter les choses et à amener une solution qui ne serait peut-être pas de notre intérêt et l'on croit que nous améliorerons encore de beaucoup notre position dans le Holstein, grâce aux sages mesures que le Général de Gablenz est et sera encore mis en demeure de prendre, soit en simplifiant le rouage administratif et en lui donnant un cachet de plus en plus libéral, soit en nous assurant tôt ou tard le concours des États de Holstein.

Voici maintenant ce qu'on m'a dit confidentiellement désirer en vue d'une solution définitive.

C'est naturellement une solution entièrement nationale que l'on préférerait. L'Empereur et Son ministre m'ont dit très franchement en termes à peu près identiques: «Le jour où Vous émettrez hautement la résolution d'arriver à placer les Duchés sous la souveraineté d'un prince allemand[1] qui se sera assuré du concours et des sympathies des populations slesvico-holsteinoises et que Vous annoncerez l'intention de Vous prêter à une petite rectification de frontière du côté du Danemarc, comme preuve de Votre esprit d'équité et de con-

[1] Kaiser Napoleon gibt sich dem Österreicher gegenüber augustenburgisch, während er dem Preußen gegenüber sein Einverständnis mit der preußischen Annexion von Schleswig-Holstein zu betonen pflegt.

ciliation, Vous aurez l'approbation de toute l'Europe et Vous pourrez Vous tenir convaincu de Notre appui.»

Il s'entend bien que ces conseils ne nous sont pas officiellement donnés, car l'Empereur reste fidèle aux idées qu'il a exprimées souvent et que j'ai tenu à lui faire constater encore, selon lesquelles il croit devoir se tenir entièrement à l'écart dans cette question purement allemande.

Les rapports que le Consul français à Kiel transmet à son Gouvernement sont empreints d'une vive admiration pour l'habileté de notre attitude dans les Duchés et constatent que les sentiments des populations sympathisent de plus en plus avec nous.

Je me suis permis, ce matin, de représenter à Mr. Drouyn de Lhuys qu'il lui était facile de m'exprimer ses désirs et de nous donner des conseils, mais quand même ses idées concorderaient avec les nôtres, ce qui pour le moment me paraissait peu probable, vû certaines différences de principe, je ne voyais pas bien comment on persuaderait à la Prusse de nous céder un triomphe d'autant plus facile qu'il impliquait notre désintéressement.

Mr. Drouyn de Lhuys me répondit: «Attendez, ne Vous pressez pas, laissez la question ouverte, qui sait ce qui peut arriver en Europe, qui sait ce qui peut arriver à Berlin.»

32.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 17 février 1866

Les préoccupations très naturelles que les petites et grandes mesures, les manifestations hostiles de Mr. de Bismarck et notamment sa dépêche du 26 janvier doivent faire renaître à Vienne, m'imposent le devoir de revenir, quitte à formuler des redites, sur la question des relations de la France avec la Prusse ainsi que sur l'attitude qui répond le mieux aux intentions de l'Empereur Napoléon et que son Gouvernement conservera pendant la durée de notre conflit dans le nord de l'Allemagne.[1]

[1] Der Erlaß Bismarcks an Werther vom 26. Januar 1866, der die preußischen Beschwerden über die österreichische Politik in Holstein zusammenfaßte und Österreich in feierlicher Form vor die Wahl zwischen der augustenburgischen und der preußischen Freundschaft stellte, und die Antwortdepesche des Grafen Mensdorff vom 7. Februar 1866, die jede Einmischung in die Verwaltung Holsteins nachdrücklich zurückwies, bedeuten das Ende des österreichisch-preußischen Bündnisses. Nicht nur die schleswig-holsteinische Frage trat wieder in ein kritisches Stadium, sondern auch der Kampf um die deutsche Führung und die deutsche Zukunft zog herauf, und damit rückte die Stellungnahme Napoleons zu Österreich auf der einen und Preußen auf der anderen Seite in den Vordergrund. Die französische Politik sah endlich eine Situation sich entwickeln, auf die sie schon lange vergeblich hingearbeitet hatte. Will man ihren verschlungenen Wegen auf den Grund kommen, so darf man sich nicht mit der Wiedergabe der ministeriellen Akten begnügen, sondern man muß fortlaufend, wie es im folgenden geschehen wird, die vertraulichen Äußerungen von Napoleon und Drouyn de Lhuys zu Österreich, zu Preußen, zu den Mittelstaaten miteinanderkombinieren und wechselseitig durcheinander beleuchten.

J'ai eu avec l'Empereur et Son Ministre[1] des conversations qui n'ont d'autre intérêt que de confirmer en tout point ce que j'ai eu l'honneur d'écrire à ce sujet tant avant qu'après la convention de Gastein.

Cette attitude est et restera conforme à la plus simple logique comme tout ce que fait l'Empereur, lorsque la passion ne l'égare pas.

La force des choses et la logique veulent que la France assiste dans une attitude de parfaite neutralité à la querelle qui s'est engagée entre les deux grandes puissances Allemandes. Répressif au dedans et libéral au dehors, le gouvernement français doit nécessairement approuver toute mesure et toute solution, provenant de quelque côté que ce soit, qui en tenant compte du principe des nationalités seront les plus conformes aux vœux des populations. Il est tout simple qu'à cet égard les plumes officieuses louent plus nos procédés dans le Holstein que les rigueurs prussiennes dans le Slesvig. Cela n'empêche pas que si la Prusse parvient à nous faire reculer, les mêmes journalistes gouvernementaux ne donnent, en fin de compte, raison à Mr. de Bismarck, car la logique veut que l'on courtise le succès.

L'Empereur et Son Ministre n'ont pas donné à Mr. de Bismarck des gages quelque peu solides de leurs sympathies. Ils se sont bornés à constater leur parfait désintéressement dans la question et à faire nous entendre que si les convoitises de la Prusse s'arrêtaient à l'absorption des Duchés on ne bougerait pas. Cependant je tiens pour certain que l'on n'a pris ici aucun engagement sérieux. Mr. de Goltz part ce soir pour Berlin sans emporter d'autres gages qu'une promesse provisoire de neutralité et d'indifférence dans la question spéciale des Duchés. Il pourra dire cependant que si l'on peut nous forcer à reculer ou si on se décide à reparler de la cession de deux ou trois villages danois, si des manifestations sympathiques à la Prusse, pareilles à celle de l'ordre équestre, se propageaient plus généralement dans le pays, on ne se montrerait pas hostile à la théorie de l'union personelle. Il pourra raconter, pourvu qu'il ne se fasse pas trop d'illusions, que les procédés personnels de l'Empereur et de l'Impératrice continuent à être sympathiques pour tout ce qui tient de près ou de loin à la maison Royale de Prusse. Voilà tout! et s'il est véridique, s'il a bien étudié son terrain, il dira à Berlin que si la guerre éclatait, l'Empereur Napoléon réservera ses faveurs à celui des deux partis qui Lui répondra le plus du succès et qui fera miroiter à ses yeux le marché le plus avantageux.

Ayant dit ce qui se rapporte à l'attitude actuelle de la France envers la

[1] Vgl. einen zweiten Bericht Metternichs vom 17. Februar 1866: «Le Ministre partage personnellement notre manière de voir et regrette seulement que nous ne puissions pas nous mettre entièrement en règle avec les habitants de Holstein en convoquant les états par mesure simplement administrative et financière. L'état passif de la Diète germanique lui semble trahir, de la part des États moyens, la peur de voir la Prusse faire un coup de tête ainsi que celle de ne pas pouvoir compter entièrement sur une résistance énergique de notre part.» Dieselbe ermutigende Haltung von Drouyn de Lhuys betont ein Bericht Metternichs vom 22. Februar 1866: «Le Ministre m'a dit que malgré ces symptômes il ne croyait pas que l'on osait dépasser à Berlin certaines limites, il m'a assuré que Mr. de Goltz ne pouvait se faire aucune illusion, quoique assez belliqueux en partant, il a dû constater la parfaite réserve de l'Empereur et du Gouvernement Impérial en ce qui concerne l'attitude éventuelle de la France.»

Prusse, j'ai à ajouter quelques mots sur celle que l'Empereur Napoléon nous réserve.

Je dirai d'abord ce que j'en pense, ce que je crois être la vérité, mais en faisant naturellement les réserves que me dictent la prudence et une méfiance réelle concernant l'infaillibilité de mon jugement. Je dirai plus tard ce qui je sais, ce qui m'a été dit et répété, ce qui par conséquent me paraît *certain*.

Je crois que l'Empereur Napoléon voit d'un œil favorable les efforts que nous tentons pour consolider notre puissance à l'intérieur, qu'il approuve la détention de nos rapports avec l'Italie, notre politique libérale dans le Holstein, et enfin je crois qu'Il se réserve toujours la faculté de se placer résolument à nos côtés, lorsque les événements nous forceraient à trancher certaines difficultés avec l'épée. Il n'a pas grande idée de notre courage moral et ne se fait pas d'illusions sur notre confiance en Lui, c'est pour cela qu'Il n'entrera dans des relations plus étroites avec nous que pas à pas, selon les événements et surtout qu'après avoir *acquis la conviction que nous ne reculerons plus*. Il faut Lui rendre la justice, d'un autre côté, qu'il ne nous excite pas comme au temps des complications polonaises[1] et qu'Il ne cherche pas à nous faire avancer par des menaces ou des promesses.

Je crois que si malheureusement la lutte s'engageait en Allemagne, l'Empereur attendrait les résultats des premiers coups avant de s'ouvrir d'un côté ou de l'autre et de prendre une résolution définitive.

J'en arrive maintenant à un point capital que j'ai tenu à élucider le plus possible et sur lequel il m'est donné de fixer l'attention de Votre Excellence en pleine connaissance de cause.

En examinant les positions respectives de l'Autriche et de la Prusse, en vue d'une éventualité pouvant amener un conflit belliqueux, je me suis toujours dit que nous avions plus d'avantages à nous assurer du concours, tout au moins moral, de la France, que ne l'aurait la Prusse. Celle-ci peut être un peu trop confiante dans le progrès de ses armes, ne pense qu'à s'assurer d'une neutralité de la France, bienveillante en ce sens seulement qu'elle ne se traduise pas en petits services d'amitiés à nous rendre, elle n'a pas peur de la Russie, se préoccupe peu de l'Angleterre et compte sur une coopération éventuelle de l'Italie.

Nous avons par contre un double intérêt à nous concilier l'Empereur Napoléon. Nous avons tout aussi besoin que la Prusse de sa neutralité bienveillante, mais nous devons en même temps nous assurer le plus possible de la neutralité Italienne. C'est à ce point de vue qu'un concours très actif de la part de France me paraît une condition essentielle de nos chances de succès.

Je me suis fort heureusement assuré de ce concours dans la mesure du possible et j'ai reçu tout dernièrement et encore ce matin la promesse *très sérieusement formulée* que l'Empereur Napoléon ne se départirait *en aucun cas* de la réponse affirmative que j'avais provoquée de sa part au mois d'août dernier.[2] Il répétera très haut *quand nous le voudrons* que l'Italie nous attaquerait à ses risques et

[1] Vgl. Nr. 1—6.
[2] Nr. 20, Anm. 1.

périls et Il nous assure qu'Il fera usage de tous les moyens *moraux* à sa disposition pour la faire rester tranquille.

Je crois que dans les circonstances actuelles *c'est tout ce que nous pouvons demander* et j'ajouterai: *c'est tout ce que nous pouvons obtenir pour le moment.*

33.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich

Paris, den 17. Februar 1866

Vor meiner Abreise nach Berlin habe ich die Haltung, welche Frankreich im Falle eines Konflikts zwischen den beiden Deutschen Großmächten einnehmen würde, wiederholt feststellen zu müssen geglaubt.

Das Resultat meiner vertraulichen Erforschungen ist durchaus befriedigend.

Schon vorgestern sagte Herr Drouyn de Lhuys mir, die Auffassung der Kaiserlichen Regierung habe sich seit dem Monat August nicht geändert. Frankreich würde in dem angedeuteten Falle neutral bleiben. Es sei einer Einverleibung der Herzogtümer in die Preußische Monarchie nicht entgegen. Könne hierbei gleichzeitig dem, was er « nos principes philosophiques » nannte, mehr oder weniger Rechnung getragen werden, so werde die Französische Regierung ihre sympathische Haltung um so deutlicher kundgeben. In der Frage der Elbherzogtümer seien die französischen Interessen nicht direkt beteiligt. Sollte der Kampf größere Dimensionen annehmen und ein Objekt erhalten, welches jene Interessen berührte, so würde der Kaiser stets bereit sein, sich mit uns zu verständigen. »Wir würden«, sagte der Minister, »Ihre vertraulichen Eröffnungen entgegennehmen und mit der strengsten Diskretion behandeln; wir würden sie erwidern und auf eine gleiche Diskretion Ihrerseits zählen; und ich zweifle nicht, daß wir uns einigen würden.«

Anlangend die Beziehungen Frankreichs zu Österreich, so bemerkte der Minister, daß dieselben zwar in der letzten Zeit ganz befriedigend gewesen wären und beide Regierungen in vielen Fragen hätten zusammengehen können, die erstere auch der letzteren in Beziehung auf die Anleihe und in anderen Angelegenheiten gefällig gewesen wäre, daß aber der Boden und die Elemente zu einem allgemeinen Einverständnis und zu einer gemeinsamen Politik vollständig fehlten.

Auf meine ausdrückliche Frage erklärte auch noch Herr Drouyn de Lhuys, daß auch in den sonst schwebenden Fragen, der Mexikanisch-Amerikanischen, der Römischen usw. kein Grund für Frankreich vorhanden sei, die Angelegenheit der Elbherzogtümer, sowie die Eventualität eines Bruchs zwischen den deutschen Großmächten anders anzusehen als vor sechs Monaten, oder dieser Eventualität gegenüber eine andere Haltung zu beobachten als die oben beschriebene.

Noch unumwundener war die Sprache des Kaisers, welcher mich gestern

mittag empfing. Nachdem ich Seiner Majestät in wenigen Worten die Lage der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit geschildert hatte, wobei ich die Adresse der Ritterschaft, den Mangel an Aussicht auf Verständigung zwischen Österreich und Ungarn, sowie den Zustand der österreichischen Finanzen hervorhob, und nachdem der Kaiser der in meinem gestrigen Bericht erwähnten Kombination wegen Austausches von Venetien gegen die Donaufürstentümer im Vorübergehen und mit dem Bemerken erwähnt hatte, daß dieselbe Rußland nicht zusagen könne, formulierte Er Seine Aufträge für Seine Majestät den König folgendermaßen:

« Je Vous prie de dire au Roi, qu'Il peut toujours compter sur mon amitié. Dans le cas d'un conflit entre la Prusse et l'Autriche je garderai la neutralité la plus absolue. Mais je n'ai pas besoin de dire de quel côté pencheront mes sympathies. Je désire la réunion des Duchés à la Prusse.[1] C'est, selon moi, conforme aux tendances du temps où nous vivons et il est toujours utile que les mouvements militaires soient appuyés par l'esprit public. Si par cette solution vous pouviez, en même temps, tenir compte de certains principes, j'y applaudirais doublement. Lors-même que la lutte prendrait des dimensions qu'on ne saurait prévoir aujourd'hui, je suis persuadé que je pourrais toujours m'entendre avec la Prusse dont les intérêts sont dans une foule de questions identiques avec ceux de la France, tandis que je ne vois aucun terrain sur lequel je pourrais jamais me rencontrer avec l'Autriche. Si vous lisez dans quelques journaux même ministériels des projets d'entente austro-française, n'y faites pas attention. On ne peut pas empêcher ces gens de parler politique. Lors-même que tel ou tel de mes Ministres s'exprimerait dans ce sens, cela ne signifierait rien. Il n'y a que moi qui sais quel sera la politique extérieure de la France, — moi, et naturellement mon Ministre des affaires étrangères. »

Ich habe dem Kaiser versichern zu können geglaubt, daß über seine Gesinnungen bei der Königlichen Regierung nicht der geringste Zweifel obwalte und sich dieselbe durch die notorisch von den Interessenten der österreichischen Anleihe eingegebenen Kundgebungen ministerieller Zeitungen nicht habe irreführen lassen. Wir könnten bei Ratgebern des Kaisers, selbst bei solchen, welche auf dem Gebiet der auswärtigen Politik Rat zu erteilen berufen wären, österreichische Sympathien vermuten; wir wüßten aber, daß der Kaiser allein schließlich die Entscheidung treffe.

Anknüpfend an die frühere Bemerkung des Kaisers, versuchte ich darauf die Haltung zu ermitteln, welche er dem oben erwähnten Austauschprojekt gegenüber einnehmen würde, und zu erfahren, ob dies nicht seine Stellung zu Österreich einerseits und Preußen andererseits eintretendenfalls modifizieren könnte? Der Kaiser erwiderte: Diese Kombination sei noch zu vage, als daß er darüber bis jetzt einen Entschluß hätte fassen können. Er wünsche allerdings die Vereinigung Venetiens mit Italien; andererseits habe sich aber doch auch in den Donaufürstentümern eine Nationalität gebildet, von der er nicht wisse, ob sie ihre Unabhängigkeit zugunsten Österreichs würde aufopfern wollen. Jedenfalls würde damit für die französischen Interessen nichts ge-

[1] Vgl. Nr. 31 Anm.

wonnen sein und daher Österreich auf diesem Wege nicht die französische Allianz erkaufen können.

Ich bemerke schließlich, daß der Kaiser mir nie mit größerer Bestimmtheit und Rückhaltlosigkeit seine der Preußischen Politik günstige Haltung zugesichert hat, als in dieser Audienz, welche kaum zehn Minuten dauerte, da Seine Majestät mich noch zum Diner eingeladen hatte und erst bei dieser Gelegenheit von mir Abschied nahm.

34.

Baron Wendland an Freiherr von der Pfordten[1]

Ausfertigung, eigenhändig. Geh. St. Arch. München

Paris, den 25. Februar 1866

Ich habe Eurer Exzellenz in meinem jüngsten Schreiben[2] den Empfang der hohen Ministerialdepesche Nr. 43 anzuzeigen mich beehrt. Da ich tags darauf Herrn Drouyn de Lhuys sah und mit ihm eine längere Unterredung über die Lage der Dinge in Deutschland hatte, möchte ich den Inhalt derselben so genau als möglich zu Ihrer Kenntnis bringen. Der Minister sagte: Der ganze Streit in Deutschland gehe Frankreich nichts an, und es sei entschlossen, dabei neutral zu bleiben. Diese Versicherung der Neutralität scheint auch dem Grafen Goltz vor seiner Abreise nach Berlin hier gemacht worden zu sein, und Graf Bismarck kann, wenn er will, diese Erklärung immerhin zu seinen Gunsten auslegen, insofern er nicht zu fürchten hätte, daß Frankreich Österreich zu Hilfe kommen werde.

Wie ich früher bereits bemerkt, sind solche Erklärungen nur für den Augenblick von Wert, durch den ersten Kanonenschuß ändert sich in der Regel die ganze Lage der Dinge. Herr Drouyn de Lhuys spricht sich allen meinen Kollegen gegenüber in derselben Weise aus, und will ich annehmen, daß er für Frankreich keine neuen Komplikationen wünscht und es so meint, wie er sagt. — Als ich im weitern Gespräch die verschiedenen Chancen erwog, die bei einem Kriege in Deutschland eintreten könnten, und namentlich der schwierigen Lage, in welcher sich Bayern befinde, erwähnte, bemerkte Herr Drouyn de Lhuys, daß

[1] Dieser Bericht ist schon gedruckt von M. Doeberl, Bayern und Deutschland im 19. Jahrhundert. (München 1917.) S. 114 ff., jedoch nach dem Konzept, das manche stilistische und auch einzelne sachliche Abweichungen aufweist.

Die anscheinend ganz neutrale Haltung des französischen Ministers wird durch seine Bemerkung zu Metternich (Nr. 39) erläutert, er habe dem bayrischen Gesandten eingeheizt (chauffé), «pour l'engager à conseiller à son Gouvernement de se prononcer plus franchement en notre faveur.» Diese Tendenz schimmert auch durch den Bericht Wendlands, sowohl in den lockenden Perspektiven als in den Beruhigungen, erkennbar durch; sie fiel dem Minister um so leichter, als der Gesandte selbst für »eine energische Parteiergreifung für Österreich« war (Bericht aus den Tagen zuvor, bei Doeberl 113 f.). Für die französische Politik wird eine Einwirkung in dieser Richtung um so dringlicher werden, als Bismarck im März dem französischen Begehren nach rheinpfälzischen Gebieten mit dem Projekt begegnet, die Neugestaltung Deutschlands Hand in Hand mit Bayern unternehmen zu wollen (Nr. 37). Von diesem Augenblick an mußte Napoleon alles daran liegen, daß Bayern in das Lager der Gegner Preußens trete, und zwar in aktiver Weise, damit man in Berlin in Sachen der Rheinpfalz, wenn eines Tages diese Kompensationsfrage zur Sprache kam, eher mit sich reden lasse.

[2] Gedruckt: M. Doeberl, a. a. O., S. 113 f.

er, wenn ich es verlange, nicht als Minister, wohl aber als Freund seine persönliche Ansicht aussprechen wolle. Diese gehe dahin: Bayern möge sich auf die Seite stellen, wo sein Vorteil es rufe, aber entschieden, denn seine günstige finanzielle und politische Lage geben ihm hierzu das Recht. Mit der Neutralität komme man nirgends weit und verliere Konsideration und Einfluß zugleich. Hiervon habe die Geschichte so manche Zeugnisse aufzuweisen. Wenn Bayern seinen Vorteil darin sehe, daß Preußen seine Zwecke erreiche, so möge es dies offen aussprechen und durch sein Wort wie durch seine Macht der Sache ein Ende zu machen suchen. Sei dies nicht der Fall, so möge es Österreich unterstützen, um die preußischen Absichten zu vereiteln, aber nicht halb, sondern in ganz entschiedener Weise, und dem Wiener Kabinett erklären, daß dasselbe im Falle eines Bruches mit Preußen auf die volle Unterstützung mit der ganzen bayerischen Armee rechnen könne. Um die Mittel- und Kleinstaaten möge sich Bayern nicht viel kümmern, wer nicht mitgehen wolle, den solle man entweder zwingen oder nach Beendigung des Krieges sich mit dessen Ländern entschädigen, wenn sie zur Hand lägen und konvenieren könnten.

Als ich dagegen bemerkte, daß Italien bei solchem Konflikte zu fürchten sei, welches wahrscheinlicherweise Österreich im Rücken angreifen würde, sagte Herr Drouyn de Lhuys: diese Gefahr halte er nicht für so groß, denn Frankreich habe Italien erklärt, daß jeder Angriff auf Venetien auf seine eigene Gefahr sei, daß Frankreich ihm auch dann nicht zu Hilfe kommen werde, wenn es infolge eines solchen Angriffs von Österreich geschlagen werde. Nur wenn Italien von Österreich angegriffen werden sollte, würde Frankreich ihm zu Hilfe kommen. Sollte aber Italien dennoch tollkühn genug sein, loszuschlagen, so glaube er, das Festungsviereck einerseits, die günstigere Stimmung in Ungarn andererseits und dazu noch die bayerische Hilfe befähigten Österreich vollkommen, nach beiden Seiten hin mit Erfolg die Spitze zu bieten. Der Minister sagte mir dann beim Schluß, daß ich diese Konversation nicht als eine offizielle, sondern als die zweier alten Freunde betrachten möge, die gegenseitig ihre Privatansichten austauschten. Ich versprach, von dieser Unterredung auch keinen offiziellen Gebrauch zu machen, da ich dieselbe aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen für sehr wichtig halte, indem sie die persönliche Ansicht des kaiserlichen Ministers des Äußern ausdrückt, so eile ich, sie zu Euer Exzellenz Kenntnis zu bringen mit der ergebensten Bitte, die desfallsige Diskretion nicht aus dem Auge verlieren zu wollen, ich würde, wenn nur irgend etwas hiervon an Herrn Drouyn de Lhuys zurückgelangte, sein Vertrauen für die Zukunft verloren haben.

35.

König Wilhelm I. an Kaiser Napoleon III.

Konzept (von der Hand Bismarcks). A. A. Berlin

Berlin, den 3. März 1866

Lorsque l'année dernière mon ministre des affaires étrangères a eu l'honneur d'être reçu par Votre Majesté à Biarrits et à St. Cloud,[1] Elle a bien voulu le

[1] Vgl. Nr. 25.

charger de me dire, qu'Elle était comme moi de l'avis que pour nous entendre sur l'avenir de nos rapports politiques, il ne fallait pas précipiter le développement de la situation, mais en attendre le progrès pour y adapter nos résolutions. À l'exposé de Son opinion Votre Majesté a ajouté l'invitation de Lui écrire confidentiellement aussitôt que les circonstances me paraîtraient indiquer le besoin d'une entente plus intime et plus spéciale entre nos deux Gouvernements. Ce moment, je le crois venu, et guidé par le souvenir des assurances de sympathie politique et d'amitié personelle que Votre Majesté m'a données à la même occasion, j'ai chargé le Comte de Goltz de Vous exposer, avec toute la franchise et la loyauté qui ont toujours présidé à nos relations mutuelles, la manière dont j'envisage la situation actuelle de l'Europe et l'attitude qui à mon avis en résulte pour la Prusse. Si Votre Majesté veut bien me faire connaître les appréciations que Lui suggéraient les vœux que mon ambassadeur va Lui soumettre, je La prie de croire, que j'accueillerais les communications qu'Elle me fera parvenir avec toute la discrétion conforme au caractère personnel que Votre Majesté voudra bien accorder à cet échange d'idées.

36.

Bismarck an Graf Goltz

Telegramm, Konzept. A. A. Berlin

Berlin, den 6. März 1866

In betreff der Sympathien in Rheinbayern wird der Kaiser ohne Zweifel falsch berichtet sein.[1] In Luxemburg ist die Stimmung, namentlich unter den Reichen, vielleicht mehr nach Paris gewandt. Wenn wir aber damit beginnen, Bundesgebiet mit deutschen Bewohnern abzutreten, so schneiden wir damit die nationale Entwicklung des Planes ab. Das war früher nie die Ansicht des Kaisers, es sieht wie ein Symptom des Wunsches aus, daß nichts werde, verlangt er jetzt auch dann Kompensation, wenn unser Gewinn auf die Herzogtümer beschränkt bleibt?

Usedom telegraphiert, daß Italien einen Militär zum Unterhandeln herschicken will; wir wünschen, daß es geschieht, ohne Sendung Moltkes aufzugeben, da Verhandlung, wenn auf einen Strang beschränkt, erfahrungsmäßig Mißverständnisse erzeugt. Reden Sie Nigra zu, daß Italien bald jemand schickt.

[1] Die Legende von den französischen Sympathien in der Pfalz ist lange Zeit hindurch in der französischen Literatur sorgfältig gepflegt worden, um sie gegebenenfalls politisch nutzbar zu machen. Daß zum mindesten seit 1840 davon nicht mehr die Rede sein kann, wird in schlagender Weise durch die Erinnerungen des Grafen Dürckheim-Montmartin beleuchtet, der als französischer Unterpräfekt in Weißenburg damals den Unwillen seines Ministers Thiers dadurch erregte, daß er wahrheitsgemäß berichtete, es könne von französischen Sympathien in der Pfalz nicht die Rede sein. Welche Lebenskraft aber die den Franzosen so teure Legende besitzt, ergibt sich aus einem Aufsatz von Albert Perraud in der «Revue des deux mondes» im Oktober 1923, in dem es heißt, ein Plebiszit im Jahre 1866 würde in der Pfalz 75 Prozent französische Stimmen ergeben haben!

37.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Ganz vertraulich. Durch Herrn v. Radowitz

Paris, den 6. März 1866

Sogleich nach meiner gestern vormittag erfolgten Rückkehr habe ich Einleitungen getroffen, um vom Kaiser und seinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten empfangen zu werden. Beides ist bereits gestern geschehen. Herrn Drouyn de Lhuys habe ich über die Lage unserer Beziehungen zu Österreich nur allgemeinere Mitteilungen gemacht, ohne der beabsichtigten Verhandlungen mit Italien oder des vertraulichen Meinungsaustausches mit dem Kaiser Napoleon sowie des darauf bezüglichen Schreibens Seiner Majestät des Königs zu erwähnen. Der Minister hatte daher auch in betreff der Angelegenheit der Elbherzogtümer und des eventuellen Konflikts zwischen den beiden deutschen Großmächten keinen Anlaß zu anderen Äußerungen als zu den bereits öfters erteilten Versicherungen. Seine auf die Angelegenheit der Donaufürstentümer bezüglichen oder damit in Zusammenhang stehenden Äußerungen werde ich zum Gegenstand eines besonderen Berichts machen.

Über meine Audienz bei dem Kaiser, welche gestern abend um 6 Uhr stattfand und dreiviertel Stunden dauerte, habe ich Eurer Exzellenz bereits das Wesentliche telegraphisch gemeldet. Ich erlaube mir nunmehr diese Mitteilung schriftlich zu ergänzen.

Der Kaiser las sofort das Schreiben Seiner Majestät des Königs [1] und forderte mich demnächst auf, ihm die darin in Aussicht gestellten Aufklärungen zu geben.

Ich setzte infolgedessen die gegenwärtige Lage kurz auseinander. Ich sagte dem Kaiser, daß unsere Beziehungen zu Österreich einen Grad der Spannung erreicht hätten, welcher einen baldigen Konflikt wahrscheinlich mache. Diese Lage sei nicht bloß Folge der Differenzen über die jetzige Verwaltung und das künftige Schicksal der Elbherzogtümer, worüber die Verhandlungen zwischen den beiden Kabinetten vorläufig in Stillstand geraten seien, sondern es ergebe sich aus der Gesamthaltung Österreichs, welche, wie dies auch insbesondere die maßlosen Angriffe in der von österreichischen Agenten inspirierten Presse fast aller Länder bekundeten, eine systematisch feindselige gegen Preußen sei, daß man in Wien selbst die Krisis zum äußersten treibe und der Übergang zur feindlichen Aktion nur noch als eine Zeitfrage betrachtet werde. Unter diesen Umständen müsse die Königliche Regierung darauf Bedacht nehmen, für den Ausbruch des Konflikts den ihren Interessen möglichst entsprechenden Zeitpunkt zu wählen, damit das Wiener Kabinett den letzteren nicht nach seiner Konvenienz bestimme. Um sich in dieser Beziehung ein sicheres Urteil zu bilden, von welchem die definitiven Entschließungen abhängen würden, seien zwei Vorbedingungen zu erfüllen. Die Königliche Regierung wolle sich einerseits der eventuellen Mitwirkung Italiens versichern

[1] Nr. 35.

und die beiderseitigen Zielpunkte der eventuellen gemeinsamen Aktion in bindender Form feststellen. Dieser Aufgabe werde durch eine konfidentielle Spezialmission nach Florenz nähergetreten werden. Seine Majestät der König wolle aber auch andererseits jene Zielpunkte zur vertraulichen Kenntnis des Kaisers bringen, die Zustimmung Seiner Majestät zu denselben konstatieren und die etwaigen Folgerungen erfahren, welche der Kaiser in französischem Interesse daraus herleiten zu müssen glaube.

Ich bezeichnete hiernach als Objekt unserer eventuellen Aktion außer der Erwerbung der Herzogtümer eine engere Vereinigung der norddeutschen Staaten unter preußischer Leitung. Den Charakter dieser Verbindung deutete ich dahin an, daß dieselbe der im Jahre 1849 für ganz Deutschland aufgestellten Reichsverfassung analog sein, wahrscheinlich aber einerseits das parlamentarische Element darin eine weniger überwiegende Stellung einnehmen, andererseits der Selbständigkeit der Fürsten und der Autonomie der einzelnen Staaten ein größerer Spielraum gelassen werden würde. Als möglich stellte ich dabei hin, daß der eine oder andere dieser Staaten infolge einer feindseligen Haltung gegen Preußen eine unmittelbarere Unterordnung würde erfahren müssen. Als Voraussetzung für die Begrenzung des Objekts bezeichnete ich ferner die Hoffnung, daß es gelingen möchte, die moralische oder materielle Mitwirkung Bayerns zu erlangen, in welchem Falle diesem Staate die militärische Leitung in Süddeutschland würde überlassen werden können. Ich bat schließlich den Kaiser, diejenigen Zielpunkte zu bezeichnen, welche er eventuell ins Auge fassen zu müssen glauben würde, um das französische Nationalgefühl mit einer solchen Erweiterung der preußischen Machtstellung auszusöhnen.

Der Kaiser hörte meine Mitteilungen mit großem Interesse an, sprach seine Billigung der von der Königlichen Regierung beabsichtigten Politik aus, erkannte es insbesondere als richtig an, daß dieselbe ein höheres Ziel ins Auge fasse und von einem größeren, eine nationale Frage enthaltenden Ausgangspunkt ausgehe, als die bloße Angelegenheit der Elbherzogtümer, verhehlte aber nicht die Verlegenheit, in welcher er sich befinde, ein eventuelles Kompensationsobjekt für Frankreich im voraus zu bezeichnen. Daß ihm ein solches in Aussicht gestellt und diesem Gegenstand bereits jetzt nähergetreten werde, erklärte er für richtig. In der Tat müsse er in die Lage versetzt werden, der französischen Nation einen Preis für die Zulassung oder gar Begünstigung einer ansehnlichen Machtvergrößerung Preußens, welche hier mit Eifersucht betrachtet werde, zu zeigen. Denn wie frei er auch selbst von engherzigen Vorurteilen und von kleinlichen Gleichgewichtsrücksichten sei, so müsse er doch der öffentlichen Meinung, insoweit sie nicht bloß scheinbar hervortrete, sondern wirklich in weiteren Kreisen unverkennbar vorhanden sei, in seiner Politik Rechnung tragen. Wir brauchten nur die Reden Thiers'[1] und Jules Favres zu lesen, um

[1] Thiers hatte in seiner Rede in der Kammer am 2. März betont, daß Frankreich im Fall des Ausbruches eines deutschen Krieges nicht gleichgültig oder untätig bleiben dürfe; vielmehr berühre ein derartiges Ereignis das französische Interesse, da es sich um die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts handle, dessen «centre principal» Deutschland sei.

uns von den in der angedeuteten Beziehung zu beobachtenden Rücksichten zu überzeugen. Aber es sei für ihn unendlich schwer, gegenwärtig ein Objekt zu bezeichnen. In Belgien hätten sich bis jetzt die Verhältnisse in ruhiger Weise entwickelt und es sei noch nicht zu übersehen, ob und wann der Parteikampf zwischen Katholiken und Liberalen das Land derartig zerrütten werde, um zu einer anderweitigen Gebietsverteilung zu führen. Auch werde Seine Majestät der König schwerlich schon jetzt zu einer Verfügung über Belgien die Hand bieten wollen. Von allen Nachbarprovinzen, welche für Frankreich in Betracht kommen könnten, seien französische Sympathien bis jetzt hauptsächlich nur in Rheinbayern hervorgetreten, wo sie in der Tat sehr stark zu sein schienen.[1] Wenn wir aber auf Bayerns Mitwirkung rechneten, würde es um so schwerer sein, diese Provinz ins Auge zu fassen, welche für jenes Land allerdings im Falle eines Konfliktes militärisch unerreichbar sei. Französische Sympathien seien auch wohl in Luxemburg vorhanden. Auf die französische Schweiz, welche ich beispielsweise erwähnte, ging der Kaiser nicht ein. Er äußerte mehrmals: « C'est une grosse question, cela demande réflexion.»

Ich bemerkte, daß ich dem Kaiser nicht zumuten könne, mir über eine so ernste und schwierige Frage sofort eine definitive Erklärung abzugeben. Vielleicht hielte Seine Majestät es für notwendig, die Angelegenheit reiflich zu erwägen und mir dann weitere Eröffnungen zu machen. Es würde mir nur erwünscht sein, sofort über den ersten Eindruck, welchen meine Mitteilungen auf den Kaiser gemacht, und über die denselben zuteil gewordene Aufnahme Bericht erstatten zu können.

Der Kaiser ermächtigte mich darauf, Eurer Exzellenz anzuzeigen, daß wir nach wie vor auf seine wohlwollende Neutralität und auf seine unveränderlichen sympathischen Gesinnungen für Preußen zählen könnten. Nur über das eventuell von Frankreich ins Auge zu fassende Kompensationsobjekt könne er sich ohne vorherige reifliche Überlegung nicht aussprechen, wiewohl er glaube, sich darüber mit uns einigen zu können. Er hoffe, mich in einigen Tagen wiederzusehen und mir dann Näheres zu sagen. Er erörterte dann die Frage nochmals und äußerte dabei: Vor einigen Tagen habe er den Marschall Vaillant[2] aufgefordert, ihm ein Gutachten über diejenigen Grenzen abzugeben, welche ausschließlich nach strategischen Rücksichten den französischen Interessen entsprechen würden. Der Marschall habe sich demnächst dahin geäußert, daß die Frankreich durch den Friedensschluß von 1814 belassenen Grenzen jenen Rücksichten entsprochen hätten, und daher die Wiedervereinigung der im Jahre 1815 abgetrennten Gebiete eventuell zu erstreben sein würde. Der Kaiser erwähnte dabei wiederholt Landau. Schon vorher hatte Er geäußert, daß die Abneigung Seiner Majestät des Königs, preußische oder deutsche Gebietsteile abzutreten, die Wahl des Objekts erschwere.

Ich sagte, auch ich hätte mit preußischen Militärs öfters über die aus strat-

[1] Vgl. Nr. 36, Anm. 1.

[2] In der Wiedergabe dieses Berichts bei H. v. Sybel, Begründung des Deutschen Reiches 4, 287, danach auch bei R. v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, sowie bei Bapst, Le maréchal Canrobert, ist irrtümlich Marschall Niel als Gutachter bezeichnet.

egischen Rücksichten für Preußen im Falle gewisser Eventualitäten in Anspruch zu nehmende Grenze gesprochen. Ich sei dabei ziemlich allgemein der Ansicht begegnet, daß die Vereinigung des südlichen Belgiens mit Frankreich die Verrückung der preußischen Grenze bis zur Maas, insbesondere also den Besitz von Lüttich für uns bedingen würde, um nicht das linke Rheinufer einem ersten Stoße preiszugeben. Der Kaiser erkannte diese Ansicht als richtig an.

Seine Majestät fragte mich, ob ich diese oder ähnliche Eröffnungen auch seinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten gemacht hätte. Ich verneinte dies mit dem Bemerken, daß ich mich darauf beschränkt hätte, Herrn Drouyn de Lhuys nur ganz im allgemeinen von der Lage unserer Beziehungen zu Österreich Kenntnis zu geben, indem Seine Majestät der König dem gewünschten Meinungsaustausch einen streng vertraulichen und rein persönlichen Charakter zu bewahren wünsche. Der Kaiser erklärte, daß Er mich nur gefragt habe, um eventuell auch seinerseits die Angelegenheit in entsprechender Weise zu behandeln, und daß Er sich nunmehr danach richten werde.

Im Laufe des Gesprächs erzählte mir der Kaiser, der bayrische Gesandte habe Herrn Drouyn de Lhuys um Rat gefragt, welche Haltung Bayern im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Österreich einzunehmen haben würde.[1] Der Minister habe solche Ratschläge abgelehnt, als aber Herr von Wendland mit der Maßgabe, daß er nicht den Rat des französischen Ministers, sondern die persönliche Ansicht des Herrn Drouyn de Lhuys zu hören wünsche, darauf bestanden habe, geäußert: »Das Schlimmste, was man in solcher Lage tun könne, wäre, neutral zu bleiben.« Der Kaiser fügte hinzu, daß er diese Ansicht für die richtige halte. Seine Majestät hatte über die mutmaßliche Haltung und über die Streitkräfte der benachbarten norddeutschen Staaten nur zu nachteilige, irrige Vorstellungen, welche ich berichtigt habe.

Ich habe von dieser Unterredung den Eindruck, daß der Kaiser lebhaft wünscht, die Ausführung des Programms, dessen Grundrisse ich ihm andeutete, zu begünstigen, daß Er aber wahrscheinlich zunächst die sogenannte Differenz zwischen 1814 und 1815 als das wünschenswerteste Kompensationsobjekt bezeichnen wird. Es wäre meines Erachtens nützlich, wenn Eure Exzellenz mich auf telegraphischem Wege mit Weisung darüber versehen wollten, ob und was ich darauf etwa sofort erwidern soll, insbesondere ob ich etwa den Versuch zu machen hätte, davon den preußischen und den deutschen Gebietsteil, allenfalls unter Bezeichnung eines anderweitigen Kompensationsobjektes, auszuschließen?

Bei meinem vorhergegangenen Besuch im auswärtigen Ministerium begegnete ich dort dem italienischen Gesandten, welcher mich mit großer Ungeduld um eine Unterredung bat. Ich empfing ihn bei meiner Rückkehr von Herrn Drouyn de Lhuys. Er fragte mich, ob ich von Berlin das preußisch-italienische Bündnis mitbrächte. Ich sagte ihm, daß wir darüber in Florenz verhandeln würden, ließ mir aber versprechen, dies selbst dorthin für jetzt noch nicht zu melden. Er bemerkte, daß General La Marmora schon einen Spezialgesandten nach Berlin habe schicken wollen, er es aber für zweckmäßiger erklärt habe, daß die Ver-

[1] Vgl. Nr. 34.

handlungen in Florenz geführt würden. Er hegte nicht den geringsten Zweifel an einem unseren Absichten vollständig entsprechenden Erfolge. Er erzählte mir dabei, der Kaiser habe ihm im Monat August geraten, in Florenz die Beteiligung Italiens an einem eventuellen Kriege zwischen Preußen und Österreich zu befürworten, und er habe jetzt festgestellt, daß die Absicht Seiner Majestät des Kaisers noch immer dieselbe sei.[1] Er sprach in der freudigsten Aufregung von der Eventualität eines gemeinsamen Kampfes Preußens und Italiens gegen Österreich.

Nachschrift

Soeben erhalte ich das Telegramm Eurer Exzellenz Nr. 73.[2] Die darin enthaltenen Bemerkungen über Rheinbayern und Luxemburg, wodurch sich meine eventuelle Anfrage zum Teil erledigt, werde ich in meiner nächsten Unterredung mit dem Kaiser verwerten. Der Wunsch, nichts zustande kommen zu lassen, ging übrigens, wie ich dies auch in dem Bericht angedeutet, aus seinen Äußerungen keineswegs hervor. Auf die von mir in betreff Belgiens hingeworfene Bemerkung, daß die Haltung Frankreichs eventuell die Reife der Frage beschleunigen oder verzögern würde, ging er nicht ein. Daß er jetzt auch für die bloße Erwerbung der Elbherzogtümer Kompensation fordern würde, hat er mir mit keinem Wort angedeutet. Vielmehr erhob er gegen das von mir von unseren früheren Besprechungen gegebene Resumé keinerlei Einwurf, wonach er jene Einverleibung ohne Gegenleistung zu gestatten und sich nur für weitere Erwerbungen eine Verständigung vorbehalten zu müssen erklärt habe.

Ich werde mich sogleich zu Herrn Nigra begeben, um ihm hinsichtlich der Spezialmission nach Berlin das Geeignete nach Maßgabe der telegraphischen Eröffnung Eurer Exzellenz mitzuteilen.

Zweite Nachschrift

Mein soeben expediertes Telegramm enthält die Bereitwilligkeit des italienischen Gesandten, die Sendung nach Berlin sofort herbeizuführen.

38.

Kaiser Napoleon III. an König Wilhelm I.

Eigenhändig. A. A. Berlin

Palais des Tuileries, le 7 mars 1866

Monsieur mon frère

La lettre de Votre Majesté[3], preuve d'une confiance à laquelle j'attache un grand prix, m'a été remise par le Comte de Goltz. Votre Majesté a raison de compter sur mon amitié personnelle et sur ma sympathie politique: mais je crois que tout en étant témoin du développement de la situation il faut en attendre le progrès avant d'y adapter nos résolutions.

[1] Vgl. den Bericht Nigras an La Marmora vom 1. März 1866 bei L. Chiala, Ancora un po' più di luce, S. 50 ff.

[2] Nr. 36.

[3] Nr. 35.

Si des événements graves surgissent en Allemagne, mon intention formelle est d'observer la neutralité, tout en conservant avec le gouvernement de Votre Majesté les rapports amicaux qui existent depuis longtemps. Si plus tard des circonstances extraordinaires venaient changer l'équilibre européen je demanderais à Votre Majesté d'en examiner avec elle les nouvelles bases afin de garantir les intérêts de mon pays.

D'ici là je crois qu'il doit nous suffire de compter réciproquement sur notre bonne foi et sur notre désir mutuel de conserver nos bonnes relations.

Je renouvelle à Votre Majesté l'assurance des sentiments de haute estime et de sincère amitié avec lesquels je suis

de Votre Majesté

le bon frère

Napoléon.

39.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 7 mars 1866

Mr. le Ministre des affaires étrangères ne m'ayant reçu que très tard, je n'ai guère le temps de répondre isolément à chacune des dépêches si intéressantes que Votre Excellence a bien voulu m'adresser le 1 mars.[1] Il suffit d'ailleurs, me semble-t-il, de donner un tableau sommaire de la situation telle qu'elle se présente ici, à la suite des différentes communications que j'ai été dans le cas de faire.

Comme j'ai eu l'honneur de le mander par le télégraphe, Mr. Drouyn de Lhuys

[1] Ein Erlaß des Grafen Mensdorff an den Fürsten Metternich vom 1. März 1866 stellte mit besonderer Befriedigung die Versicherungen völliger Neutralität, die dem Botschafter gegeben worden seien, und den guten Willen fest, den Frankreich durch seine Ratschläge zur Mäßigung in Florenz gebe, durch die es König Viktor Emanuel von kriegerischen Velleitäten zurückhalte. Jedoch betonte er, «qu'en déclarant bien haut sa volonté de maintenir en tous les cas une stricte neutralité entre l'Autriche et la Prusse, l'Empereur Napoléon fait déjà pencher la balance en faveur de cette dernière. N'est-ce pas en effet encourager l'agression d'une manière indirecte que d'assurer l'agresseur qu'on ne mettra pas obstacle à ses projets? Cet encouragement indirect à l'égard de la politique du Comte de Bismarck ne devient-il pas encore plus marqué, lorsqu'on ne lui ferme pas absolument la perspective de trouver un auxiliaire actif en Italie?» Frankreich habe doch ein Interesse daran, das politische Gleichgewicht in Deutschland und Europa nicht zu gefährden; wenn es aber Preußen und Italien durch die Zusage, daß sie ungestraft angreifen könnten, falls sie wollten, die Sache leicht mache und Österreich nur die Möglichkeit sich zu verteidigen lasse, so habe es den Anschein, «que par ce fait seul on ne tient plus la balance parfaitement égale». Dazu bedürfe es mindestens: «laisser quelque chose de plus à redouter à celui qui romprait la paix le premier». Österreich würde in diesem Kampfe nicht allein für seine eigene Sache fechten, sondern zugleich für die Verteidigung des europäischen Gleichgewichts: «notre défaite amènerait des complications et des calamités qu'on se repentirait de n'avoir pas prévenu, comme il aurait été aisé de le faire, en nous accordant à temps quelque soutien.» (H. H. u. St. Arch. Wien.) Ein österreichischer Appell an das Interesse der französischen Machtstellung in Europa gegenüber den beunruhigenden Möglichkeiten eines deutschen Nationalstaats!

a approuvé sans réserve notre plan de conduite. Il m'a dit que notre base était trop correcte pour ne pas sauter aux yeux de l'Europe entière et il paraissait croire qu'à Berlin on n'oserait pas brusquer une situation qui devait inévitablement se gâter par suite de témérités inexcusables.

Pour nous prouver qu'il savait reconnaître notre confiance, il me fit des confidences qui, à son point de vue, devaient nous sembler fort intéressantes, mais que je m'empresse de réduire à leur juste valeur.

En me donnant lecture de sa dernière dépêche, adressée à Berlin,[1] par laquelle Mr. Drouyn de Lhuys rappelle les assurances de neutralité qu'il a données à Mr. de Goltz avant le départ de ce dernier, il a oublié de me laisser lire les passages qu'il a sautés, ainsi que les instructions ultérieures qu'il a dû donner à Mr. Benedetti.

Poursuivant *ses confidences*, le Ministre m'a assuré que Mr. de Clermont-Tonnerre[2] commençait à donner des nouvelles belliqueuses surtout en ce qui concerne certains armements dans l'artillerie et les préparations qu'on fait pour assurer la prompte mobilisation de la réserve. Puis il m'a dit avec force prière de lui en tenir le secret que, je ne sais quel agent Italien, venait de traverser Paris revenant de Berlin, auquel il avait tenu un langage de nature à faire réfléchir le Gouvernement de Florence et au point d'amener cet agent à lui promettre de n'apporter à ses commettants que des conseils de la plus entière prudence et d'une grande réserve.

En finissant le chapitre de ses confidences, Mr. Drouyn de Lhuys m'a affirmé avoir « chauffé » le Baron de Wendland, ministre de Bavière, pour l'engager à conseiller à son Gouvernement de se prononcer plus franchement en notre faveur.[3]

Tous ces petits mystères que Mr. Drouyn de Lhuys affectionne beaucoup et dont il est prodigue même envers ceux qu'il ne serait pas éloigné de trahir, ne m'ont fait que peu d'impression.

Tel n'a pas été le cas lorsque j'appris l'attitude observée par le Gouvernement, lors de la discussion dans la Chambre du paragraphe de l'adresse se rapportant aux affaires d'Allemagne.

Mr. Emile Ollivier qui, malgré tous ses déboires, se prête encore au rôle de membre de l'opposition « au service du Gouvernement », avait accepté avec l'approbation manifeste des commissaires gouvernementaux certaines observations que je lui avais fait transmettre par un homme de confiance et se rapportant à la différence que l'opinion publique en France devait faire entre la manière d'agir de l'Autriche et de la Prusse. J'ai vu dans les facilités accordées dans cette occasion à une espèce de manifestation de la Chambre la preuve de l'esprit qui anime le Gouvernement et je crois devoir d'autant plus relever cet incident qu'il a réagi à Berlin.

Je ne puis assez le répéter, l'Empereur ne fera rien pour décourager la Prusse — un replâtrage entre nous Lui paraissant peut-être plus à craindre que la

[1] Orig. dipl. 7, 311 ff.

[2] Der französische Militärbevollmächtigte in Berlin.

[3] Vgl. Nr. 34 und die Äußerung des Kaisers zu Goltz in Nr. 37.

guerre, mais malgré les airs mystérieux du Comte de Goltz depuis son retour et les efforts tentés par les agents Prussiens à Paris pour faire croire à une négociation secrète, je doute que l'Empereur s'engage vis-à-vis de Mr. de Bismarck. Je suis prêt à éclaircir directement ce doute, dès que Votre Excellence m'en aura donné les ordres. Je pense que nous avons tout intérêt à ne pas nous avancer ici avant qu'une rupture ne soit imminente, nous ne trouverions que méfiance et apathie tant que l'on pourra craindre ici un nouveau Gastein.

Je tiens en réserve le fil non interrompu encore de notre entente dans le cas où les événements surgiraient qui pourraient changer la carte de l'Europe et je me trompe fort, ou l'Empereur n'est pas homme à se laisser entraîner par la Prusse à accepter le Palatinat ou toute autre compensation *sans être bien sûr de Ses succès.*

Ne perdons pas de vue le coup d'œil rapide et juste du Souverain de la France. Son jugement s'est peut-être encore amélioré depuis que l'âge survenu trop vite le porte moins à se laisser entraîner *par une idée.*

Notre prudence, nos efforts de ne pas nous laisser donner tort, notre politique intérieure et notre attitude plus ferme qu'autrefois, malgré certains dangers, plaisent à l'Empereur, — je le sais de trop bonne source pour ne pas le constater ici. N'oublions pas aussi que nous nous trouvons heureusement sur un terrain qui n'a rien hostile aux principes qui le guident. Soyez certain, Mr. le Comte, que c'est à ces considérations que nous Lui devons de ne pas nous tourmenter sur les deux questions qu'il tient en suspens sur notre tête, *le congrès et la Vénétie.* Malgré certains symptômes réveillés par la presse, rien ne nous autorise à penser que l'Empereur vise encore à revenir sur l'un ou l'autre de ces deux points.[1] Il nous attendra patiemment et plus nous aurons de succès, soit sur le terrain diplomatique, soit éventuellement par les armes, moins il se montrera exigeant, si nous savons ménager avec prudence les petits ou grands avantages que la France pourra en retirer.

L'argument de Votre Excellence relatif à la neutralité française servant d'encouragement à l'agresseur, a produit une certaine sensation auprès de Mr. Drouyn de Lhuys. Il n'a pas pu nier la vérité du fait, mais il nie les conséquences que l'on voudrait en tirer en présence de l'imminence de la guerre. Réservant sa liberté d'action selon que la lui commanderont les intérêts de la France, il a remis à un moment plus rapproché des événements de me *rassurer à cet égard.*

40.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Ganz vertraulich. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 8. März 1866

Herr Drouyn de Lhuys ließ mich gestern nachmittag rufen und teilte mir auf Befehl des Kaisers das an Seine Majestät den König gerichtete Schreiben[2]

[1] Dieser Irrtum Metternichs wird sehr bald widerlegt werden. Schon in der folgenden Woche wird das Wort « Venetien » fallen, vgl. Nr. 47.

[2] Nr. 38.

mit, dessen wesentlichen Inhalt ich mich beeilt habe, auf telegraphischem Wege zur Kenntnis Eurer Exzellenz zu bringen. Mir eine Abschrift davon zu geben, nahm der Minister Anstand.

Wie ich in meinem vorgestrigen Berichte anzuzeigen mich beehrte, hatte ich aus den Äußerungen des Kaisers entnehmen zu müssen geglaubt, daß er das Schreiben Seiner Majestät des Königs und die daran von mir geknüpften mündlichen Eröffnungen und Fragen seinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorenthalten würde. Dies war auch ohne Zweifel damals seine Absicht. Die Wichtigkeit der Frage und die große Verlegenheit, in der er sich befand, seine künftige Haltung und seine eventuellen Forderungen genau zu präzisieren, mögen ihn aber wohl später veranlaßt haben, Herrn Drouyn de Lhuys zu Rate zu ziehen und zu diesem Zwecke demselben wenigstens teilweise die Sachlage mitzuteilen. Es ist mir sogar nicht unwahrscheinlich, daß, wenn auch ohne Mitteilung des Königlichen Schreibens, die Frage, deren Beantwortung das letztere herbeizuführen bestimmt war, zum Gegenstand des gestrigen Ministerrats, welchem die Kaiserin beiwohnte, gemacht worden ist. Unter diesen Umständen mußte ich auch meine bisherige Zurückhaltung Herrn Drouyn de Lhuys gegenüber aufgeben, obgleich ich demselben auch jetzt noch von dem projektierten Bündnis mit Italien und den Spezialmissionen, welche dieses einzuleiten bestimmt sind, nichts gesagt habe.

Nachdem ich von dem Schreiben Kenntnis genommen, bemerkte ich sogleich, daß die warmen Versicherungen politischer und persönlicher Sympathie den König ohne Zweifel sehr angenehm berühren würden, daß aber eine wesentliche Nuance zwischen dem Standpunkt Seiner Majestät und der Auffassung des Kaisers unverkennbar sei, indem der König den Augenblick zu einer eventuellen Verständigung gekommen glaube, während der französische Monarch sich zu letzterer nur bereit erkläre, wenn er jenen Moment, was bis jetzt noch nicht der Fall sei, für eingetreten erachten würde. Dieses verringere diejenige Sicherheit, mit welcher eventuell Preußen in den Kampf würde treten können, wenn es über diejenigen Garantien volle Klarheit gewonnen hätte, welche der Kaiser im französischen Interesse zu verlangen glauben müsse.

Herr Drouyn de Lhuys gab die Richtigkeit der von mir hervorgehobenen Abweichung der beiderseitigen Standpunkte zu, machte mich indessen auf die Wichtigkeit der in einem solchen Schreiben offen bekannten Sympathien, sowie auf die Charakterisierung der verheißenen Neutralität durch die nachfolgenden Worte: «tout en conservant etc.» aufmerksam und setzte mir demnächst auseinander, wie der Kaiser gar nicht mehr habe sagen, insbesondere ein eventuelles Kompensationsobjekt nicht habe bezeichnen können. Denn letzteres hinge sowohl für Frankreich, welches dasselbe eventuell in Anspruch nehmen, als für Preußen, welches eventuell zu dessen Gewährung seine Zustimmung geben würde, von der Haltung ab, welche die bisherigen Souveräne Preußen und Frankreich gegenüber während des Kampfes einnehmen möchten. Wenn beispielsweise Bayern mit Preußen ginge, so könne letzteres unmöglich Frankreich die Erwerbung von Rheinbayern zugestehen. Ob ferner Frankreich den Besitz der französischen Schweiz reklamieren könnte, hinge von der Hal-

tung ab, welche man dort hinsichtlich des Flüchtlingswesens, der Presse, der revolutionären Propaganda usw. der Kaiserlichen Regierung gegenüber beobachten werde. In gleicher Weise ließe sich heute noch nicht voraussehen, ob und wann sich die Verhältnisse in Belgien in einer Richtung entwickeln möchten, welche die beiden Mächte berechtigen würde, über dieses Land zu verfügen. Der Minister erinnerte an die Eurer Exzellenz seinerzeit gemachte Bemerkung, daß wir Frankreich für bares Geld einen Wechsel mit völlig unbestimmter Verfallzeit böten.[1] Er setzte hinzu, daß diese Antwort des Kaisers für unsere gegenseitigen Beziehungen weit günstiger sei, als wenn Seine Majestät ein eventuelles Kompensationsobjekt bezeichnet hätte. Denn wenn letzteres Seiner Majestät dem Könige nicht konveniert hätte, und eine ablehnende Antwort von Berlin gekommen wäre, so würde der Kaiser ein bitteres Gefühl der Enttäuschung sowie des Bedauerns darüber, zu einer solchen Kundgebung provoziert worden zu sein, nicht haben unterdrücken können. Er protestierte dabei entschieden gegen jedes etwaige Mißtrauen, welchem die Zurückhaltung des Kaisers zugeschrieben werden könnte. Seine Majestät habe einfach die Vorsichtsmaßregel beobachtet und die Pflicht der Loyalität erfüllt, nicht Verpflichtungen einzugehen oder zu verlangen, deren Erfüllung von dem Willen beider Souveräne nicht ausschließlich abhinge, sondern nur durch eine günstige Entwickelung der Ereignisse möglich gemacht werden könne. Er gab endlich seine entschiedene Billigung des Plans zu erkennen, nicht von dem relativ kleinen schleswig-holsteinschen Schauplatze den Ausgangspunkt zu nehmen, sondern die große nationale Frage ins Auge zu fassen. Er gestand mir sogar mit einer gewissen Naivität, daß es der Kaiserlichen Regierung erwünscht sein müsse, wenn der Kampf ein größeres Objekt ins Auge fasse, da sie dadurch um so mehr Aussicht auf Vorteile für sich selbst erhalte.[2] Wenn man sich in die Lage des Kaisers Napoleon versetzt, so läßt sich nicht verkennen, daß in dieser Motivierung sehr viel Wahres liegt. Wenn z. B. der in meinem früheren Bericht geäußerten Besorgnis gemäß der Kaiser die sogenannte Differenz zwischen 1814 und 1815 gefordert hätte, eine Forderung, die gerade dem entspricht, was die öffentliche Meinung Frankreichs verlangen würde, so hätte eine diesfällige unausbleibliche Ablehnung einen Rückschritt in unseren Beziehungen zu Frankreich herbeigeführt. Wenn ferner der Kaiser Belgien als das von ihm ins Auge gefaßte Objekt bezeichnet hätte, so waren beide Mächte der Gefahr ausgesetzt, eines tendenziösen Vernichtungskampfes gegen das parlamentarische System verdächtigt zu werden, von welchem man, meines Erachtens sehr voreiligerweise, annimmt, daß es durch den ruhigen Thronübergang einen großen Sieg auf dem europäischen Kontinent erfochten habe. Was endlich Genf und andere Teile der französischen Schweiz anbetrifft, so geht dort die französische Propaganda ihren ruhigen, von dem guten Willen Preußens unabhängigen Gang, den ein

[1] Im Oktober 1865, vgl. Nr. 25, 26.

[2] Hier wird einmal von französischer Seite in einem unbewachten Moment zugestanden, aus welchem Motive man immer wieder versucht (vgl. Nr. 15 Anm. 1), die preußische Politik von dem kleinen (schleswig-holsteinischen) auf das große (deutsche) Programm zu drängen.

Krieg zwischen den beiden deutschen Großmächten kaum würde beschleunigen können.

Diese Betrachtungen fallen doppelt ins Gewicht, wenn man die relative Isolierung des Kaisers in seiner, einer Vergrößerung Preußens günstigen Politik ins Auge faßt. Wenn der Kaiser in dieser wichtigen Angelegenheit außer Herrn Drouyn de Lhuys auch andere seiner Räte, z. B. den Minister des Innern und den Kriegsminister, konsultiert haben sollte, so dürften ihm beide gesagt haben, daß gegenwärtig nichts unpopulärer in Frankreich sein könnte, als ein zur wesentlichen Machterweiterung Preußens dienendes Bündnis mit dieser Macht. In der französischen Armee ist ein solches Bündnis unbeliebt und in demselben Maße gilt dies von der überwiegenden Stimmung im Lande. Eurer Exzellenz besonderer Aufmerksamkeit erlaube ich mir in dieser Beziehung die vom Grafen Solms eingereichten Verhandlungen des Gesetzgebenden Körpers über die Schleswig-Holsteinische Frage zu empfehlen. Die Regierung hat sich dabei einer für uns besonders rücksichtsvollen Haltung befleißigt. Gleichwohl hat sie die ihr so sehr ergebene Kammermajorität nicht hindern können, die Verwahrung gegen eine unbedingte Indifferenz Frankreichs gegen eine ehrgeizige Politik Preußens schärfer zu akzentuieren, als es die Thronrede vom 22. Januar 1866 getan hatte. Der radikale Redner Favre hat gegen die Gewinnung der Rheingrenze protestiert, freundschaftliche Gesinnungen gegen Preußen ausgesprochen, aber vor der drohenden Präponderanz eines von dieser Macht geführten Deutschlands gewarnt. Ollivier und Morin haben die Vernehmung der Wünsche der Bevölkerung Schleswig-Holsteins und die Rückabtretung Nordschleswigs an Dänemark verlangt. Alle Redner befanden sich auf einem längst überwundenen Standpunkt und in völliger Unwissenheit von der wahren gegenwärtigen Situation, stimmten aber in ihrem Gegensatz zu den Tendenzen der jetzigen preußischen Regierung überein. Die Klerikalen und Legitimisten sind naturgemäß und dauernd einer preußischen Hegemonie in Deutschland abhold. Die liberalen Orleanisten und Imperialisten sind dagegen tendenziöse Feinde des jetzt in Preußen herrschenden Systems, von dessen Triumph sie einen bedenklichen Rückschlag auf die Verfassungszustände Frankreichs besorgen. Ja selbst die absolutistischen Anhänger des Kaiserreichs wünschen den Schein liberaler Tendenzen zu bewahren und fürchten, daß aus einer zu sichtbaren Annäherung an Preußen der Schluß gezogen werde, daß eine Krönung des Gebäudes nicht zu erwarten sei.

Solchen Stimmungen muß der Kaiser Rechnung tragen, wenn er die Existenz seines Throns oder wenigstens die Zukunft seiner Dynastie nicht gefährden will, und derartige Betrachtungen, von seinen Räten entwickelt, haben ohne Zweifel in zwei Tagen die Umstimmung herbeigeführt, welche ich wahrzunehmen Gelegenheit hatte. Denn am Montag habe ich große Neigung, entschieden auf unsere Wünsche einzugehen, und daneben nur eine unverkennbare Verlegenheit hinsichtlich der Art, denselben näherzutreten, bemerkt, während das gestrige Schreiben den bisherigen Standpunkt prinzipiell festhält, aber keinen neuen Schritt tut, um seiner Verwirklichung näherzutreten. Diese Wandlung dürfte den Kaiser veranlaßt haben, der mir in Aussicht gestellten zweiten

Unterredung auszuweichen und mir durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten seinen Entschluß eröffnen zu lassen.

Was aus der vom Kaiser eingenommenen Haltung für den von der preußischen Politik einzuschlagenden Gang folgen dürfte, darüber werde ich mir erlauben, morgen in einem anderweitigen Berichte meine unmaßgebliche Ansicht auszusprechen. Da mich die Kaiserin morgen empfangen wird, so benutzt der Kaiser vielleicht diese Gelegenheit, mit mir zu sprechen. Ob er dies tut und was er mir eventuell sagt, kann einen nicht unwichtigen Beitrag zur Interpretation seines Schreibens liefern.

41.

Bismarck an Graf Goltz

Telegramm. Konzept. A. A. Berlin

Berlin, den 9. März 1866

Zu Eurer Exzellenz persönlichen Kenntnisnahme: Ich habe Ihr vertrauliches Schreiben dem Könige vorgelesen. Jede Abtretung preußischen und überhaupt deutschen Gebiets scheint Seiner Majestät unmöglich und würde in der Tat die nationale Seite unserer Aktion, auf welche das Hauptgewicht zu legen ist, sofort lähmen. Eine prinzipielle und kategorische Erklärung hierüber wollen Sie nach Möglichkeit vermeiden, nur auf Befragen, wo es notwendig, den erwähnten Erwägungsgrund geltend machen.

42.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Ganz vertraulich. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 9. März 1866

Nachdem ich soeben bei der Kaiserin war, den Kaiser aber nicht begegnet habe, beeile ich mich im Anschluß an meinen gestrigen Bericht Nr. 87[1] Eurer Exzellenz diejenigen Erwägungen unterzubreiten, welche mir das Schreiben des Kaisers, wie ich dasselbe nach zweimaliger Durchlesung verstehen zu müssen glaube, hinsichtlich der ferneren Verhaltungslinie unserer Politik eingibt.

Nachdem Seine Majestät der König in einem eigenhändigen Schreiben[2] den Kaiser zu einer näheren Auslassung zu bewegen gesucht hat, welche nach meinen mündlichen Erläuterungen die Bezeichnung derjenigen Garantien zum Gegenstande haben sollte, welche er im Falle der siegreichen Durchführung unseres deutschen Programmes zur Sicherstellung der französischen Interessen in Anspruch nehmen würde, und nachdem der Kaiser in seinem Antwortschreiben[3] die Forderung solcher Garantien zwar als die notwendige Folge einer

[1] Nr. 40.
[2] Nr. 35.
[3] Nr. 38.

etwaigen Veränderung des europäischen Gleichgewichts anerkannt, die Bereitwilligkeit zu einer Verständigung ausgesprochen, die Hoffnung zu einer solchen zu gelangen angedeutet, den Augenblick dazu aber noch nicht für gekommen erachtet hat, glaube ich den Versuch, ein diesfälliges klares Abkommen vor dem Beginne unserer militärischen Aktion zustande zu bringen, als gescheitert ansehen zu müssen. Das einzige Mittel, welches noch übrig bliebe, wäre, wie ich dies auch Herr Drouyn de Lhuys zu seiner sichtbaren Befriedigung hinwarf, eine persönliche Begegnung zwischen den beiden Souveränen. Ich glaube aber, daß eine solche gerade im gegenwärtigen Augenblicke manches Mißliche haben und zu vielen Mißdeutungen Anlaß geben würde, zumal wenn sich Seine Majestät der König nach Frankreich begäbe, während es andererseits vermöge der von uns ausgegangenen Initiative dem Kaiser kaum zuzumuten sein würde, nach Preußen zu kommen.

Ob nach näherer Prüfung des kaiserlichen Schreibens, welches heute früh in Berlin angekommen sein muß, Seine Majestät der König und Eure Exzellenz zu einem anderen Resultate gelangen, darüber werden mich bald Hochdero fernere Instruktionen aufklären. Bis dahin bin ich aber der Ansicht, daß die Dinge ganz auf demselben Standpunkte sich befinden, als vor meiner Reise nach Berlin, vor Eurer Exzellenz Unterredungen in Biarritz und vor der meinigen mit dem Kaiser im Monat August, d. h. daß uns die wohlwollende Neutralität Frankreichs für die Erwerbung der Elbherzogtümer gesichert, eine Verständigung für den Fall einer weiteren Machtausdehnung Preußens in Aussicht gestellt ist, der Kaiser sich aber den Ratschlägen seines Ministers gemäß die günstige Lage nicht aus den Händen nehmen lassen will, welche für ihn durch den bereits erfolgten Ausbruch des Kampfes entstehen würde. Alsdann kann er uns weniger zugestehen, für Frankreich mehr und zuversichtlicher fordern als im gegenwärtigen Augenblick, wo wir allenfalls noch den wiewohl schwer ausführbaren Versuch unternehmen könnten, dasjenige ohne Kampf zu erreichen, was das unabweisbare Ziel der preußischen Politik geworden ist. Ich glaube meinerseits nicht, daß selbst in jener kritischen Periode, wo Frankreich in der Lage sein würde, den beiden kriegführenden Staaten das Gesetz zu diktieren, der Kaiser über die Grenzen der Billigkeit hinausgehen und Unmögliches von uns verlangen würde. Es ist dies aber eine Frage, welche nach individuellem Ermessen verschieden beantwortet werden kann. Es scheint sich hiernach zu empfehlen, auf den Ausgangspunkt der Schleswig-Holsteinischen Frage zurückzukehren und sich mit dem Kaiser dahin zu verständigen, daß uns immer freistünde, auf diejenigen weiteren Vorteile zu verzichten, für welche wir die von ihm demnächst zu verlangenden Konzessionen nicht würden gewähren wollen. Ein anderer Weg wäre der, unsererseits diejenigen Objekte zu bezeichnen, welche wir ihm jedenfalls vorzuenthalten entschlossen sind, ihm im übrigen carte blanche anzubieten und den Versuch zu machen, von ihm eine bindende Verpflichtung zu erlangen, daß er jene Objekte außerhalb des Kreises der von ihm zu machenden Ansprüche lassen werde. Anstatt also wie bisher den Kaiser zu fragen, was er eventuell verlangt, würden wir ihm zu sagen haben, was er nach unserer Ansicht nimmermehr nehmen darf, und ein

Versprechen in diesem Sinne in Anspruch nehmen. Ich glaube, daß auch dies, wie überhaupt jedes vorgängige formelle Abkommen sehr schwer zu erreichen sein würde, aber ein Versuch würde zulässig sein.

Ich erlaube mir im Anschluß hieran auf das mir soeben zugegangene Telegramm Eurer Exzellenz Nr. 78[1] ganz ergebenst zu erwidern, daß ich bereits in meiner gestrigen Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys auf die großen Schwierigkeiten einer Abtretung preußischen oder auch nur deutschen Gebiets, sowie auf den Widerspruch einer solchen mit dem von uns hinzustellenden nationalen Ziel hingewiesen habe und der französische Minister sich für diesen Gesichtspunkt vollkommen zugänglich zeigte. . . .

43.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris, le 9 mars 1866

. . . Monsieur Drouyn de Lhuys m'a dit que d'après ses nouvelles on n'était disposé à céder ni à Berlin ni à Vienne; ensuite il m'a demandé, si je pouvais lui dire quelle position la Bavière prendrait dans ce conflit; que des journaux et nommément le «Constitutionnel», dont j'ai l'honneur de joindre à ce pli le passage du bulletin d'hier, parlaient d'un rapprochement entre la Bavière et la Prusse.[2] Je répondis au Ministre que je ne possédais pas là-dessus de données positives; mais que je présumais que le Gouvernement de Votre Majesté s'attacherait avant tout à empêcher un conflit entre l'Autriche et la Prusse, et que, si cela ne réussissait pas, à apprécier quelle attitude convenait le mieux aux intérêts bavarois; que, comme plus d'une fois déjà il était arrivé que les deux puissances allemandes s'étaient entendues au moment décisif, on ne pouvait pas bien prétendre que des spectateurs impartiaux se compromettent inconsidérément et endossent ensuite tout le fardeau de cette conduite.

Le Ministre trouva mon opinion très raisonnable et continua en me demandant ce qui l'on ferait en Allemagne, si l'Autriche posait la question toute naturelle: que veut l'Allemagne que je fasse du Holstein, car on doit y comprendre que je ne puis et ne veux le garder pour moi; je ne veux pas le céder à la Prusse à la suite d'une sommation qui me vient de là; mais je ne veux pas pour un objet que je ne convoite pas, exposer à la longue mon argent et mes soldats; dites-moi donc si vous voulez ou non ce Duché. — Je répondis au Ministre que pour le moment je n'étais pas assez au courant de la situation en Allemagne, pour pouvoir lui donner une réponse positive, mais que je croyais devoir plutôt supposer que la majorité de la Diète se prononcerait dans le sens national. . . .

[1] Nr. 41.

[2] Über die Anträge Bismarcks an Bayern vgl. Doeberl a. a. O. S. 25. Die Versuche Bismarcks, Bayern für eine Partnerschaft in einer Aktion zur Umgestaltung Deutschlands zu gewinnen, erhalten dadurch eine besondere taktische Bedeutung, daß sie zugleich als eine (von den Franzosen sehr störend empfundene) indirekte Ablenkung der französischen Begehrlichkeit nach der Rheinpfalz verwendet werden.

44.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 10 mars 1866, 9^{25} m., arr. 12^{5} n.

Aux Tuileries on m'a dit que les intérêts d'argent engagés entre l'Autriche et la France feraient préférer ici la paix; que l'Italie n'est pas encore liée vis-à-vis de la Prusse, mais qu'on ne pourra pas l'empêcher en face des événements; que la France restera impassible aussi longtemps que ses intérêts ne seront pas mis en jeu par des changements territoriaux; man hätte gewünscht, de nous voir prendre les devants en nous conciliant secrètement l'Italie, mais on pense que nous avons toujours en main la possibilité de nous entendre sur *le terrain des compensations*; dans tous les cas on nous laisse ici la porte ouverte à une entente.

45.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Lettre particulière

Vienne, le 12 mars 1866

Je Vous prie de vouloir bien m'écrire, à la première occasion, un peu plus en détail sur ce qui Vous a été dit aux Tuileries relativement à l'attitude qu'on aurait voulu nous voir prendre vis-à-vis de l'Italie. Je ne m'explique pas bien le passage de Votre télégramme Nr. 26 du 10 mars[1] concernant «*les compensations*» et je désire savoir ce que nous devons entendre par là. Ne manquez pas de remercier vivement de notre part Mr. Drouyn de Lhuys pour les confidences qu'il continue à Vous faire. Elle nous sont d'autant plus précieuses surtout pour ce qui a rapport à l'Italie, que nous n'avons guères de moyens d'apprendre exactement ce qui se passe à Florence . . .

46.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Vienne, le 12 mars 1866

Nous avons pris connaissance avec beaucoup d'intérêt du rapport du 7 de ce mois coté 9 B[2] par lequel Votre Altesse nous rend compte de l'entretien qu'Elle a eu avec Mr. Drouyn de Lhuys au sujet des affaires d'Allemagne et de l'attitude que la France compte observer.

D'après nos dernières nouvelles la situation paraît un peu moins tendue. Le Gouvernement prussien ne paraît pas encore disposé à provoquer une rupture immédiate et le Comte de Bismarck semble s'efforcer d'atténuer ses premières

[1] Nr. 44.
[2] Nr. 39.

manifestations. En présence de cet état de choses je ne puis qu'adhérer à l'opinion de Votre Altesse sur l'inopportunité de s'avancer dès à présent à Paris plus que nous ne l'avons fait jusqu'ici. Il nous suffit de cultiver les bonnes dispositions actuelles, de manière à ne pas laisser refroidir les sympathies qu'on nous témoigne. Nous avons bien, d'ailleurs, d'être satisfait de l'accueil fait à nos dernières ouvertures. Nous ne nous flattions pas d'obtenir une promesse de concours plus actif. L'assurance d'une neutralité bienveillante est tout ce que nous pouvons attendre, aussi longtemps du moins, que nous ne faisons pas de notre côté de plus grandes avances.

Mr. le Duc de Gramont a été chargé de m'entretenir de l'attitude que prend la France en face de la crise actuelle en Allemagne.[1] Il m'a aussi exprimé au nom de Mr. Drouyn de Lhuys, combien il était difficile au Gouvernement français, malgré ses sympathies réelles pour l'Autriche, de sortir des bornes d'une stricte neutralité. En me rappelant ce qui s'était passé lors de la guerre contre le Danemarc, l'Ambassadeur de France s'est efforcé de me faire sentir que ce précédent rendait encore plus impossible au Gouvernement français de jouer un rôle plus actif dans la quérelle entre l'Autriche et la Prusse en menaçant de prendre parti contre le premier qui romprait la paix. . . .

47.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Durch Herrn Legationssekretär von Pfuel

Paris, den 12. März 1866

Eure Königliche Majestät werden allergnädigst von denjenigen Berichten Kenntnis genommen haben, welche ich über die von mir seit meiner Rückkehr mit dem Kaiser Napoleon und seinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten hinsichtlich der eventuellen Haltung Frankreichs im Falle eines Konflikts zwischen den deutschen Großmächten gepflogenen Unterredungen an den Grafen von Bismarck gerichtet habe.

Eure Königliche Majestät werden daraus zu entnehmen geruht haben, daß es zwar bis jetzt noch nicht gelungen ist, die Elemente zu einem festen Abkommen zu gewinnen, welches alle Zweifel über die Einzelheiten der sich an einen solchen Konflikt knüpfenden Eventualitäten zu beseitigen geeignet wäre. Allerhöchstdieselben werden aber auch anerkennen, daß dies der natürlichen Schwierigkeit der vorliegenden Frage, nicht aber einer in den persönlichen Gesinnungen des Kaisers Napoleon oder der Richtung seiner Politik vor sich gegangenen Veränderung zuzuschreiben ist.

Je wichtiger der Moment ist und je unabweisbarer es mir im Interesse des Ansehens der Regierung Eurer Majestät zu sein scheint, vor den Hindernissen nicht zurückzuweichen, welche sich der Verwirklichung des laut ausgesprochenen Ziels der preußischen Politik entgegenstellen, desto mehr halte ich es für meine Pflicht, eine übertriebene Vorstellung von jenen Hindernissen meiner-

[1] Vgl. Orig. diplom. 7, 382 f., 418 f.

seits zu vermeiden. Ich kann hiernach nur meine feste Überzeugung aussprechen, daß diejenige Lage, über welche Eurer Majestät ich mündlich Vortrag zu halten die Ehre hatte, nicht allein seitdem sich nicht verschlechtert hat, sondern eher noch der Ernst der Allerhöchstdero Regierung zugeschriebenen Entschlüsse den Kaiser der Franzosen zu einer offeneren Äußerung, deren Mißbrauch er nicht befürchten darf, geneigter gemacht hat. Das Programm der Kaiserlichen Politik geht demzufolge nach wie vor dahin: In einem Kriege zwischen den beiden deutschen Großmächten neutral zu bleiben, dieser Neutralität einen für Preußen wohlwollenden Charakter zu geben, die Einverleibung der Elbherzogtümer in Eurer Majestät Monarchie nicht allein ohne Forderung einer Kompensation für Frankreich zuzulassen, sondern dieselbe auch laut als die beste Lösung der Frage anzuerkennen, sofern dabei die nicht als Bedingung aufgestellten Prinzipien der Selbstbestimmung der Bevölkerung und der Nationalität berücksichtigt werden könnten; endlich sich für den Fall, daß der Kampf ein größeres Objekt erhalten und dadurch das europäische Gleichgewicht zum Nachteil Frankreichs verändert werden sollte, über die deshalb im französischen Interesse erforderlichen Garantien eine weitere Verständigung mit Eurer Majestät vorzubehalten, an deren Resultat er nicht zweifelt. Nur die Elemente dieser Verständigung bieten in der Natur der Verhältnisse liegende Schwierigkeiten, aus deren Hervorhebung ich aber keinerlei Grund zum Mißtrauen herleiten zu dürfen glaube.

Jenes Programm, an welchem der Kaiser mit der ihm eigentümlichen Zähigkeit festhält, mag selbst im Kreise seiner Räte auf Widerstand stoßen, der ihm in der Ausführung desselben doppelte Schwierigkeiten bereitet und eine besondere Zurückhaltung auferlegt. Ich glaube aber nicht, daß es in der neuesten Zeit Veränderungen erfahren hat, und bin daher der Ansicht, daß Eurer Majestät Regierung dasselbe bei ihren politischen Berechnungen mit vollem Recht in Anschlag bringen kann.

Nachdem ich in meinen letzten Berichten vielfach genötigt gewesen bin, mich in Einzelheiten zu verlieren, schien es mir zweckmäßig, die Richtung der Kaiserlichen Politik, wie sie sich im großen und ganzen ergibt, in Vorstehendem wiederholt ehrfurchtsvoll darzulegen.

48.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Vienne, le 16 mars 1866, 4^{30} p. m.

Le Duc de Gramont m'a demandé en disant qu'il était confidentiellement autorisé par Mr. Drouyn de Lhuys à me faire cette question, s'il était vrai que l'Empereur eût songé à l'éventualité d'un échange de la Vénétie contre la Servie, la Bosnie et l'Herzégovine.[1]

[1] Da dieses Gerücht schon um den 12. März von der Kaiserin Eugenie dem Fürsten Metternich gegenüber auf Grund eines Briefes des französischen Botschafters in Petersburg zur Sprache gebracht worden war, so handelt es sich augenscheinlich um ein syste-

J'ai répondu que Sa Majesté n'avait jamais pensé à une pareille combinaison qui me paraissait d'autant plus inopportune et inadmissible que la dissolution de l'Empire Ottoman n'était pas à l'ordre du jour et qu'on ne pouvait vouloir soulever une aussi grosse complication.

Ceci n'est que pour Votre information. N'en parlez pas à Mr. Drouyn de Lhuys, mais si lui ou l'Empereur abordait ce thème, ne dissimulez pas la pénible impression que de semblables insinuations doivent faire ici.

49.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung A. A. Berlin

Reserviert

Paris, den 17. März 1866

Eurer Königlichen Majestät habe ich gestern alleruntertänigst anzuzeigen die Ehre gehabt, daß der Kaiser Napoleon mich nach der Audienz in sein Kabinett führte und sich dort längere Zeit mit mir unterhielt.

Die erste Frage Seiner Majestät war, welchen Eindruck sein Schreiben auf Eure Königliche Majestät gemacht hätte. Ich erwiderte, daß ich darüber keine Nachrichten hätte. Alles, was ich wisse, sei, daß Zeitungsberichten zufolge Eure Majestät Herrn Benedetti am Sonntag empfangen und daß nach einer mir gemachten Mitteilung des Herrn Drouyn de Lhuys Allerhöchstdieselben sich mit dem genannten Botschafter längere Zeit zu unterhalten geruht hätten, wodurch letzterer von dem Inhalt der Korrespondenz (dessen Vorenthaltung ihn einigermaßen verletzt hätte) im wesentlichen Kenntnis erhalten.[1] Ich fügte hinzu, daß das Schreiben des Kaisers eine gewisse Enttäuschung insofern herbeigeführt haben dürfte, als Eure Königliche Majestät den Augenblick für gekommen erachtet hätten, um einem engeren Einverständnis zwischen beiden

matisches Vorgehen: es ist die erste diplomatisch maskierte Sondierung hinsichtlich Venetiens, einmal um in irgend einer Form diese Frage überhaupt zu diskutieren, sodann, um gegebenenfalls sich ein anderes Kompensationsobjekt als das orientalische bezeichnen zu lassen. Vgl. Drouyn de Lhuys an Gramont, 13. März 1866, Orig. diplom. 7, 420 und Gramonts Bericht, 17. März 1866, ebenda 8, 11 f.

Das Vorgehen Frankreichs fällt zusammen mit der zunehmenden Spannung zwischen Österreich und Preußen. Vom 7. bis 13. März fanden in Wien die Beratungen des Marschallsrates unter dem Vorsitz des Kaisers statt; am 14. März traf der italienische General Govone zu politischem und militärischem Meinungsaustausch in Berlin ein, und am 16. März ließ Mensdorff, durch Nachrichten über preußische Rüstungen beunruhigt, Bismarck in bestimmter Form interpellieren, »ob Preußen die Absicht hege, die Gasteiner Konvention mit gewaltsamer Hand zu zerreißen«. Bismarck erklärte, wie Graf Karolyi am 18. März berichtete, daß er auf die ihm mündlich gestellte Anfrage mit dem einen Worte »Nein« antworte, aber ohne schriftliche Mitteilungen sich nicht in weitere Erörterungen über die Absichten Preußens einlassen könne — jedenfalls sah man in Wien in dem Hergange »keine wirklich moralisch beruhigende Versicherung«.

Dies ist der Moment, in dem Napoleon die diplomatischen Beziehungen zu Österreich in lebhafteren Fluß zu bringen sucht und mit dem Thema Serbien-Bosnien vorsichtig jene Kompensationskette aufrollt, an deren Ende er selbst als Empfänger steht.

[1] Orig. diplom. 7, 407—413.

Regierungen näherzutreten, während der Kaiser diese speziellere Verständigung einer weiteren Entwicklung der Ereignisse vorbehalten zu müssen glaubte. Ich hätte übrigens Eurer Majestät Regierung versichern zu dürfen geglaubt, daß diese Auffassung des Kaisers keineswegs einer Änderung seiner früheren Absichten, sondern lediglich den in der Sache liegenden Schwierigkeiten zuzuschreiben sei.

Der Kaiser erwiderte, daß ich diese Versicherung mit vollem Rechte hätte geben können. In der Tat seien seine Gesinnungen unverändert; aber er habe die praktische Schwierigkeit, seine eventuellen Wünsche schon jetzt näher zu präzisieren, unüberwindlich gefunden. Er wiederholte mir demnächst die schon von Herrn Drouyn de Lhuys entwickelten Gründe, welche ich in meinem Berichte vom 8. dieses Monats Nr. 87[1] Eurer Majestät Ministerpräsidenten vorgetragen habe. Indem er dabei darauf zurückkam, daß wir nicht würden über Rheinbayern verfügen können, wenn Bayern mit uns ginge, erwiderte ich, daß die Bezeichnung dieses Landes allerdings schon an und für sich großen Bedenken begegnet sein würde, indem wir nicht wohl die nationale Frage auf unsere Fahne schreiben und gleichzeitig über die eventuelle Abtretung deutschen Gebiets an Frankreich verhandeln könnten. Der Kaiser gab dies vollkommen zu, ging aber noch weiter, indem er mir andeutete, wie wenig würdig es seinerseits sein würde, Gebiete eines Dritten, auf welche er keine Rechte habe, im voraus als den Preis seiner Neutralität in einem Kampfe zwischen zwei anderen Mächten zu bezeichnen. Ich entgegnete, daß es andrerseits vollkommen natürlich sei, wenn Eure Majestät vor dem Eintritt in eine kriegerische Politik die Garantien zu erfahren suchten, welche im Falle einer Veränderung des europäischen Gleichgewichts zum Nachteile Frankreichs der Kaiser zur Sicherstellung der französischen Interessen verlangen möchte. Denn nach dem Ausbruche des Kampfes würden wir selbstredend weniger in der Lage sein, diese Garantien zu diskutieren, während der Kaiser nur seine Pflichten als Souverain erfüllen würde, wenn er diese Lage im Interesse seines Landes möglichst ausbeutete. Vielleicht könnte man den Zweck dadurch erreichen, daß unsrerseits gewisse im deutschen Interesse unzulässige Kompensationen von vornherein in gemeinsamem Einverständnisse ausgeschlossen würden. Der Kaiser erklärte aber auch diesen Weg für unzulässig, weil er gar nicht zu übersehen imstande sei, ob das, was nachher übrig bliebe, von ihm billigerweise auf Kosten Dritter in Anspruch genommen werden könnte. Die betreffenden Gebietsveränderungen, so fügte er hinzu, würden doch nur auf einem Kongreß geregelt werden können. Mit großer Bestimmtheit versicherte er mir unaufgefordert, daß er das unbedingteste Vertrauen in die Loyalität Eurer Königlichen Majestät setzte und daher seine Absichten ohne alle Scheu ausgesprochen haben würde, wenn es ihm möglich erschienen wäre, sie im gegenwärtigen Moment festzustellen. Da Seine Majestät im Laufe des Gesprächs äußerte, daß man sage, wir würden nachgeben, so erwiderte ich, daß ich dies nicht glaubte und alle Mitteilungen, welche ich in den letzten Tagen von Eurer Majestät Regierung erhalten hätte, auf das Gegenteil schließen ließen. Ich wies in dieser

[1] Nr. 40.

Beziehung auf die bevorstehenden vertraulichen Unterhandlungen mit Italien, sowie auf den Charakter der Instruktionen hin, welche ich in der Angelegenheit der Donaufürstentümer erhalten hätte. Der Kaiser sagte mir hierauf, Fürst Metternich hätte geäußert, wir würden nachgeben.[1] Schon vor länger als acht Tagen hatte die Kaiserin zum italienischen Gesandten geäußert, das Ganze werde mit einem neuen Gastein enden.

Über die fernere Unterredung mit dem Kaiser, welche die Angelegenheit der Donaufürstentümer betraf, werde ich mir erlauben, besonderen Bericht zu erstatten.

Aus der vorstehenden Darstellung werden Eure Königliche Majestät allergnädigst ersehen, daß der Kaiser Napoleon mir gegenüber eine Sprache geführt hat, welche zur Aufnahme des Kampfes nicht direkt zu ermutigen, aber ebensowenig davon abzuhalten geeignet ist. Ich kann nicht leugnen, daß diese Haltung mein Vertrauen erhöht; denn es läßt sich nicht leicht eine gehässigere Rolle denken, als das Aneinanderhetzen zweier Mächte zu einem blutigen Vernichtungskampfe von seiten eines Dritten, der sich daran nicht beteiligen und doch Nutzen daraus ziehen will.[2] Eine solche Tendenz hat, wie ich mir zur Beseitigung von Mißverständnissen mit Bezugnahme auf eine Andeutung in dem Erlaß des Grafen von Bismarck vom 12. dieses Monats Nr. 91 zu bemerken erlaube, der Kaiser Napoleon wenigstens mir gegenüber niemals kundgegeben. Er hat zwar nie das Mißbehagen, welches ihm die scheinbare Allianz zwischen den deutschen Großmächten verursachte, sowie den sich daraus ergebenden Wunsch verhehlt, dieselbe zu sprengen. Er hat mir aber nie eingestanden, daß er den Bruch der Allianz bis zum Kriege getrieben zu sehen wünsche. Bei seinen, der Stimmung in Frankreich entsprechenden friedlichen Tendenzen würde er es vielmehr meines Erachtens vorziehen, womöglich ohne Störung des allgemeinen Friedens, welche leicht auch Frankreich mit in den Krieg ziehen könnte, ein anderes Allianzsystem und eine anderweitige Territorialeinteilung anzubahnen. Diese Richtung, auf welche bereits vor $2^1/_2$ Jahren sein Kongreßvorschlag abzielte,[3] ist so sehr übereinstimmend mit derjenigen der öffentlichen Meinung, daß, wenn der Kaiser, welcher stets gewohnt ist, der letzteren Rechnung zu tragen, sich in ein entgegengesetztes Fahrwasser begäbe, ich früher oder später einen politischen Umschlag befürchten würde. In der Tat ist die Erbitterung gegen Eurer Majestät Regierung, welcher man die Absicht zuschreibt, den europäischen Frieden zu stören, um aus ihren inneren Verlegenheiten herauszukommen, in stetem Zunehmen begriffen. Insbesondere macht sich diese Stimmung in finanziellen und liberalen Kreisen bemerkbar. Man sagt, daß das Haus Rothschild entschlossen sei, seinen ganzen Einfluß auf die europäische Börsenwelt anzuwenden, um Preußen an dem Beginn des Krieges zu

[1] Diese Sorge Napoleons enthält den Schlüssel zu seiner vorsichtigen Zurückhaltung Preußen gegenüber.

[2] Das »Aneinanderhetzen« ist auch durch eine indirekte Taktik möglich, die praktisch dieselbe Wirkung haben kann und derselben Beurteilung unterliegen würde.

[3] Der Kongreßvorschlag des Kaisers Napoleons III. vom 5. November 1863, vgl. auch Anm. zu Nr. 13.

verhindern. Der Kaiser kann dieser Stimmung nicht öffentlich und schroff entgegentreten, und zwar um so weniger, solange die innere Krise dauert, in welcher sich das Kaiserreich befindet.

Aus dem Schoße der bisherigen, aus Kreaturen der Regierung bestehenden Majorität des Gesetzgebenden Körpers ist ein Amendement hervorgegangen, welches die Erweiterung der bestehenden Freiheiten im Sinne des parlamentarischen Systems fordert. Dasselbe hat außer den etwa 20 Stimmen der antidynastischen Linken, welche, nachdem ihr noch weiter gehendes Amendement verworfen sein wird, gleichfalls dafür stimmen werden, bereits 46 Unterschriften erhalten, und wenn es auch bei der Abstimmung[1*] nicht die Majorität erhalten dürfte, so ist doch, wie ich mich selbst heute bei dem Besuche einer Sitzung habe überzeugen können, die Mehrheit selbst der ministeriellen Partei dem Amendement entschieden günstig. Man ist ziemlich allgemein der Ansicht, daß der Kaiser entweder dieser Strömung, welche bei den nächsten allgemeinen Wahlen die vorherrschende zu werden droht, nachgeben oder sie durch Modifikation der Novemberdekrete, welche die Adreßdebatte einführten, aufhalten muß.

Bis jetzt ist der Kaiser noch jeder Nachgiebigkeit entschieden abgeneigt, indem er nicht glaubt, daß die 46 wirklich die öffentliche Meinung repräsentieren. Selbst entschiedene Imperialisten[2*] sind aber der Ansicht, daß er vermöge seiner Grundauffassung, wonach es unmöglich ist, auf die Dauer gegen die öffentliche Meinung zu regieren, sobald er die letztere konstatiert hat, umfassende Konzessionen machen werde. Träte dieser Fall ein, und nähme das Kaiserreich infolgedessen das parlamentarische System[3*] an, so würden Eure Königliche Majestät nicht mehr auf Frankreichs wohlwollende Neutralität mit derselben Sicherheit als bisher zählen können, denn eine im Sinne der öffentlichen Meinung geleitete französische Politik würde an und für sich jeder Vergrößerung Preußens selbst durch bloße Erwerbung der Elbherzogtümer ohne Kompensation für Frankreich abgeneigt sein, unter den jetzigen Verhältnissen aber schon aus tendenziöser Feindschaft gegen das jetzt herrschende Regierungssystem eine Preußen ungünstige Haltung einnehmen.

In gänzlicher Unkenntnis darüber, welche Entschlüsse Eure Königliche Majestät infolge des Schreibens des Kaisers gefaßt und ob Allerhöchstdieselben das letztere überhaupt in demselben Sinne verstanden haben, als ich es nach bloßer zweimaliger Lesung getan, habe ich mich für verpflichtet gehalten, die vorstehenden neuen Umstände zu Eurer Majestät Kenntnis zu bringen. Die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit hat sich dergestalt entwickelt, daß eine unseren Interessen günstige Lösung vom guten Willen des Kaisers Napoleon abhängt.

Es ist daher wichtig, ihm die Betätigung des letzteren möglich zu machen. Es scheint mir daher vor allem notwendig zu sein, nicht allein die öffentliche Meinung im eigenen Lande zu gewinnen, sondern auch sorgfältig alles zu vermeiden, was die hiesigen Vorurteile verletzen, die Stimmung in Frankreich noch mehr gegen Preußen aufregen könnte. Eine richtige Einleitung der diplomatischen Aktion, welche dem Kampfe vorherzugehen haben würde, sowie eine

richtige Wahl und Begründung des zu erreichenden Ziels dürften in dieser Beziehung von der höchsten Bedeutung sein.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* 61: 202.

2* ?

3* Die letzten Erklärungen sind dem parlamentarischen System sehr abhold.[1]

50.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Secret

Paris, le 22 mars 1866

Je prends la liberté de résumer ici les différents entretiens que j'ai eus soit avec l'Impératrice, soit avec Mr. Drouyn de Lhuys sur l'incident qui a motivé les questions confidentielles que le Duc de Gramont a été dans le cas d'adresser à Votre Excellence au sujet de l'idée si inopportunement rechauffée d'un échange de la Vénétie.[2]

Comme lors des affaires de Pologne, dès que des événements menacent de troubler la paix, l'Empereur Napoléon ne peut pas résister à caresser son rêve de se voir enfin débarrassé de la question italienne par suite d'un arrangement avec nous sur la question Vénitienne. Comme il m'a promis personnellement de ne plus soulever cette question, Il l'a fait, dans les moments critiques, remettre sur le tapis par l'Impératrice. Cette fois-ci j'ai accepté la bataille et je crois l'avoir gagné dans ce sens que j'ai obtenu de la part de l'Impératrice et de la part de Drouyn de Lhuys au *nom de l'Empereur*:

1⁰ qu'on ne nous en reparlerait plus, à moins que par suite d'événements pouvant entraîner le bouleversement de la carte de l'Europe, nous nous trouvions intéressés à en reparler nous-mêmes,

2⁰ que notre refus *catégorique* et *définitif* d'entrer en négociation sur la question d'échange n'entraînerait pas de la part de la France une attitude moins sympathique à notre cause.

La question a été soulevée très adroitement par l'Impératrice en ce qu'elle

[1] Bismarck lehnte es ab, die nahe Wahrscheinlichkeit eines parlamentarischen Systems in Frankreich in seine politischen Berechnungen aufzunehmen. In einem Erlaß an Goltz vom 30. März 1866 führte er aus, daß er die Voraussicht des Botschafters, Napoleon möchte früher oder später zu einem mehr parlamentarischen System übergehen und dadurch zu größerer Berücksichtigung der öffentlichen Meinung genötigt werden, nicht teile. »Ich kann nach meiner Beurteilung des Charakters des Kaisers nicht annehmen, daß er sich dazu entschließen würde, die selbstherrliche Stellung mit der eines parlamentarischen roi fainéant zu vertauschen. Welche Rücksicht er auch in vorsichtiger Klugheit auf die Stimmung des Landes nehmen mag, ein wirkliches parlamentarisches Regiment im Geiste des Konstitutionalismus, wodurch er sich die Hände binden und den Majoritäten den vorwiegenden Einfluß auf seine Politik einräumen würde, wird er nicht einführen, soweit sich überhaupt ein Urteil über die Wahrscheinlichkeit der Zukunft fällen läßt.« (A. A. Berlin.)

[2] Vgl. Nr. 48.

m'appela dans son cabinet il y a environ 10 jours [1] pour me montrer une lettre confidentielle du Baron de Talleyrand, Ambassadeur de France à St. Pétersbourg. Dans cette lettre ce diplomate présente la question comme une idée lui étant venue à la suite de la chute du Prince Couza.[2] Il assure que cet échange pourrait se faire peu à peu et sans commotion, la Russie étant si profondément impuissante qu'elle ne pourrait pas s'y opposer. L'Impératrice ajouta quelques considérations à cette lettre qui me rappelèrent les beaux moments de sa fougue politique lors des affaires de Pologne.[3] Elle me dit qu'étant profondément sympathique à l'Autriche et sachant que cette question seule empêchait une alliance entre les deux Empires, elle ne pouvait s'empêcher de souhaiter qu'une politique large et grandiose vienne nous inspirer, dans un moment si important pour nous, une politique qui nous rallierait immédiatement la France et ferait marcher avec nous toute l'Italie etc. etc.

J'ai écouté jusqu'au bout et lorsque Sa Majesté eut fini je me permis d'attaquer la question avec une franchise extrême — je lui dis que j'étais étonné que dans un moment où il s'agissait de nous donner courage de faire tomber nos hésitations en face d'événements que peut-être nous ne pourrions éviter sans nous vouer à l'opprobre, la France crut opportun de nous faire des insinuations sur un terrain sur lequel nous avions si loyalement combattu il n'y a que peu d'années. Je lui demandais si après avoir conclu et signé une paix glorieuse, Elle ne croyait pas que des insinuations pareilles n'étaient faites que pour nous blesser surtout venant de la France. Je lui dis que certes nous ne dédaignerions jamais des conseils venant d'une Souveraine qui nous avait toujours témoigné de la sympathie et qui dans des moments difficiles pour nous s'était toujours rangée du coté du bon droit et d'une politique loyale, mais que ses conseils devraient être plutôt de nature à ne pas nous couper bras et jambes et à ne pas nous faire frémir à l'idée des nouvelles complications que toute combinaison de cette nature devait inévitablement amener. Je me suis permis de Lui reconnaître des vues généreuses, hautes et dignes d'une Souveraine dont les conseils devenaient d'année en année plus nécessaires au bonheur et au repos de la France, mais j'ajoutai que je ne pouvais pas lui concéder cette finesse diplomatique, cet *instinct des nuances et des opportunités* qui, en politique, me paraissent de première nécessité et la condition essentielle *de la réussite.* Je cherchai à Lui prouver jusqu'à l'évidence les fautes que l'Empereur lui-même avait faites sous ce rapport lors des affaires de Pologne et plus tard lorsqu'il lança comme un coup de foudre l'idée du congrès,[4] et je conclus en Lui disant ceci: « Je comprends et nous comprenons tous à Vienne que l'Empereur Napoléon est très embarrassé de la question Italienne et qu'il lui serait fort commode de la résoudre par la question de Venise, mais Votre Majesté doit comprendre que nous n'avons pas les mêmes intérêts. Nous sommes prêts à faire tout au monde pour aider l'Empereur à se débarrasser de l'Italie, mais nous ne pouvons en

[1] Also schon einige Tage vor der Anfrage Gramonts in Wien (16. März).

[2] Fürst Couza war am 23. Februar 1866 gestürzt worden.

[3] Im März 1863. Vgl. Nr. 1—6.

[4] Am 5. November 1863.

conscience nous mutiler et nous désarmer entièrement sur l'Adriatique pour renforcer encore l'Italie. Quant aux compensations Vous n'en avez pas à nous offrir sans bouleverser l'Europe.[1] Attendez pour nous en offrir qu'elles se présentent de manière à nous suffire et à donner *un prétexte plausible* au désir que nous avons de Vous être agréables.»

Quelques jours après, l'Impératrice me dit en riant qu'elle avait rendu mes paroles à l'Empereur et qu'ils s'avouaient franchement qu'ils n'entendaient rien à la diplomatie et qu'en effet l'Empereur se repentait de certaines fautes *d'inopportunité* commises par Lui.

L'Impératrice me parla alors d'un rapport secret d'un agent selon lequel un de nos ministres à Vienne aurait dit que nous céderions la Vénétie pour la Servie et l'Herzégovine. Je lui répondis que malheureusement Mr. de Gramont avait fait une question confidentielle dans ce sens, que j'en étais désolé parceque l'on croirait à Vienne que l'Empereur Napoléon voudrait en faire une condition de l'appui moral qu'il pourra éventuellement nous donner et que dans tous les cas cela devait faire une impression fort pénible sur l'esprit de l'Empereur. J'ajoutai qu'il était impossible qu'une pareille bévue put être commise par un Autrichien, tout le monde en Autriche étant d'accord pour défendre l'importante position maritime et militaire en Vénétie par tous les moyens possibles.

L'Impératrice et l'Empereur en parlèrent à Drouyn de Lhuys qui me dit que Sa Majesté lui avait raconté tout ce qu'Elle savait à ce sujet et qu'Il était chargé de me tranquilliser entièrement. J'ai eu à ce sujet avec le Ministre une conversation décisive qui m'a permis d'en venir à l'arrangement définitif mentionné au commencement de ce rapport.

J'ai tenu à ce qu'il me tranquillisât surtout sur le point suivant: « L'Empereur Napoléon vis-à-vis du refus motivé de notre part d'entrer en pourparlers sur la question vénitienne ne laissera-t-il pas se refroidir nos bons rapports et ne songera-t-il pas à vouloir peser sur nous en inclinant vers la Prusse? »

Mr. Drouyn de Lhuys me répondit ce matin qu'il était autorisé à me dire que tel ne serait pas le cas — et que nous *pouvions être tranquilles à ce sujet.*[2]

[1] Anspielung auf die Vorschläge Napoleons im März 1863, Nr. 1—6.

[2] Graf Mensdorff nahm in seinem Erlaß vom 29. März 1866 den Bericht mit einer lebhaften und optimistischen Befriedigung auf: « Il nous donne l'espoir fondé de ne pas voir se reproduire de sitôt des insinuations fort désagréables et en même temps il nous rassure sur l'impression que notre attitude dans cette question a faite sur l'esprit de l'Empereur Napoléon. » Metternich möge wissen lassen, « que nous prenons acte avec empressement des assurances tranquillisantes qui Vous ont été données et que nous sommes loin de regretter les explications échangées puisqu'elles sont de nature à fortifier plutôt qu'à affaiblir la bonne harmonie que nous désirons sincèrement voir régner entre l'Autriche et la France». (H. H. u. St. Arch. Wien.) — In Wahrheit hatte Napoleon in demselben Augenblick, wo er der österreichischen Regierung die beruhigende Erklärung gab, durch seinen Rat an Italien, auf den preußischen Bündnisvorschlag einzugehen, ein stärkeres Druckmittel für die österreichischen Entschlüsse vorbereitet.

51.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 22 mars 1866

Voici ce que j'ai appris au sujet de la question menaçante qui nous préoccupe.

Mr. Drouyn de Lhuys m'a dit qu'hier soir Mr. de Goltz lui avait insinué qu'il serait possible que vis-à-vis des dislocations de troupes faites par nous et qui prenaient un *caractère aggressif*, la Prusse se verrait peut-être forcée à nous imiter, mais qu'il espérait que le Gouvernement français ne ferait pas peser sur elle la responsabilité des premiers armements.

Le Ministre ajouta que depuis quelque temps la politique de Mr. de Bismarck semblait être de rejeter sur nous les provocations qui pourraient amener un conflit, mais que Mr. de Goltz trouvait difficilement les arguments nécessaires à la défense de cette affirmation.

La démarche faite à Berlin par Lord Loftus avait été d'abord proposée ici, mais refusée. Mr. Drouyn de Lhuys a répondu à Lord Cowley que Mr. de Bismarck n'avait qu'à dire « cela ne Vous regarde pas » et la France se trouverait ou dans la nécessité de produire des arguments plus convaincants ou de reculer, deux éventualités auxquelles il ne voulait pas s'exposer.

Le Ministre m'affirme ne pas savoir, s'il y a eu à Berlin un général Italien pour s'entendre sur les éventualités futures, il en a entendu parler et sait aussi que la Prusse devait envoyer un officier supérieur à Florence, — rien ne serait venu confirmer l'un ou l'autre de ces faits.

L'Envoyé de France à Stuttgart vient d'annoncer que Mr. de Varnbüler s'est déclaré très ouvertement pour nous et qu'il n'a caché ni à l'Envoyé de Prusse ni à celui de l'Autriche qu'en cas de guerre le Wurtemberg se rangerait de notre côté.[1]

Mr. Drouyn de Lhuys a eu connaissance par Mr. Benedetti de la démarche faite par le Comte Karolyi, ainsi que de la réponse assez vague de Mr. de Bismarck.[2] Mr. Benedetti représenterait toujours le Roi de Prusse comme très hésitant et ne cesse d'exprimer ses doutes sur un pas décisif de la part de la Prusse. Il croit que le jeu de Mr. de Bismarck sera de traîner les choses en longueur, de chercher à nous fatiguer et d'attendre des événements auxiliaires qui lui permettraient de hausser le ton et de nous mettre dans le tort.

Rien ne m'indigne que l'Empereur Napoléon ait dévié de la ligne de neutralité observée par lui jusqu'ici et je crois que mon collègue de Prusse, loin de pousser, cherche à retenir son Gouvernement sur la voie dangereuse qu'il semble vouloir poursuivre jusqu'au bout.

L'opinion publique ici se prononce de plus en plus pour nous et les journaux officieux que je continue à avoir sous la main, nous prêtent sous tous les rapports le meilleur concours.

[1] Orig. diplom. 8, 24 f.

[2] Nr. 48, Anm. 1.

52.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris, le 23 mars 1866

... Le Comte de Goltz, me dit-on, ferait toutes sortes de démarches pour obtenir auprès du Gouvernement impérial un succès quelconque dans le sens de la politique prussienne. Il paraît certain que ces tentatives ne réussissent pas du tout vis-à-vis de Mr. Drouyn de Lhuys. Je ne puis me prononcer aussi sûrement quant à l'attitude de l'Empereur; j'ai déjà eu l'occasion de mander à Votre Majesté que l'on tâchait de garder la balance égale entre les deux puissances allemandes et que l'on paraît toujours soutenir celle qui semble se laisser fléchir à un moment donné; il se pourrait donc bien que dans ce moment-ci ce serait la Prusse, qui serait encouragée à ne pas céder. Le désir que l'on nourrit ici de voir la guerre éclater est donc toujours le même. On cite un mot qu'un personnage approchant le Chef de l'État aurait prononcé dernièrement; il aurait dit: nous ne pouvons pas encore espérer que la Prusse et l'Autriche se feront la guerre. Ce mot caractérise parfaitement la situation ...

53.

Bismarck an Graf Goltz

Konzept. A. A. Berlin

Ganz sicher

Berlin, den 24. März 1866

Eure Exzellenz haben in dem Immediatbericht Nr. 110 vom 17. d. M. über die Unterredung, welche der Kaiser Napoleon Ihnen nach der Audienz gewährt hat, auf die Entschlüsse hingedeutet, welche Seine Majestät der König, unser Allergnädigster Herr, infolge des Schreibens des Kaisers zu fassen in der Lage sein werde, und den Wunsch ausgedrückt, den Eindruck kennen zu lernen, welchen derselbe hier gemacht.

Auf telegraphischem Wege habe ich Eurer Exzellenz schon mitgeteilt, daß Seine Majestät der König von diesem Schreiben einen wesentlich guten Eindruck empfangen hat und dadurch in dem Vertrauen in die günstigen Gesinnungen des Kaisers bestärkt worden ist. Die anliegende, unter Vorbehalt völliger Diskretion beigefügte Abschrift des Schreibens wird diesen Eindruck, welchen auch Eure Exzellenz bei dem vorläufigen Lesen desselben empfangen sollen, bestätigen.

Aber ich würde unrecht tun, wenn ich diesen günstigen Eindruck als so weitgehend bezeichnen wollte, daß wir uns dadurch zu einem unmittelbaren aktiven Vorgehen im Sinne der Wünsche Italiens und zur Beschleunigung der Krise ermutigt fühlen könnten. Hätte der Kaiser selbst den Augenblick zu bestimmten Erörterungen resp. Verabredungen schon gekommen erachtet und es für möglich gehalten, durch erstere Darlegung seiner eigenen eventuellen Forderungen und Pläne uns vollkommene Klarheit über unsere gegenseitige Stellung zu ge-

währen, so hätten wir entschieden vorgehen und vielleicht uns den Umweg ersparen können, den die von uns ins Auge gefaßte Anregung der deutschen Frage nötig macht, um uns in Deutschland selbst eine feste und nationale Basis zu sichern. Aus der Reserve des Kaisers aber müssen wir schließen, daß er selbst ein rasches und unvorbereitetes Vorgehen in diesem Augenblick weder wünscht noch für ratsam erachtet, sondern die weitere Entwicklung der Krisis abzuwarten wünscht. Wir würdigen vollkommen die Rücksichten, welche ihn abhalten, bestimmter hervorzutreten; aber eben weil wir sie vollkommen begreifen und anerkennen, müssen wir selbst dadurch uns zur Vorsicht mahnen lassen und durch die Anregung der deutschen Frage einen festeren Boden zu gewinnen suchen. Mit letzterem glauben wir uns übrigens nicht nur nicht von den Standpunkten, welche den gemeinsamen Boden für Preußen und Frankreich bilden müßten, zu entfernen, sondern vielmehr uns den Gesichtspunkten des Kaisers selbst zu nähern, welcher die Bedeutung und Berechtigung wahrhaft nationalen Interesses zu seinem Programm gemacht und auch speziell in der deutschen Frage seine für eine preußische Lösung derselben günstigen Ansichten ausgesprochen hat.

Die umfassenden und durch nichts von unserer Seite bisher motivierten Rüstungen Österreichs sind allerdings geeignet, ein neues Element in die Situation zu bringen, welches die Krisis möglicherweise beschleunigen kann. Wir haben uns bisher enthalten, die Gegenmaßregeln zu treffen, zu welchen in jenen Rüstungen bereits eine hinreichende Veranlassung gelegen hätte, teils, weil wir nicht den Anschein von Drohungen auf uns ziehen wollten, teils, weil unsere ganze Militärverfassung sich zu Demonstrationen wenig eignet. Wir haben ungeachtet der österreichischen Truppenanhäufung an unserer Grenze keine Konzentrierungen vorgenommen, weil wir durch die Dislozierung der Truppen in entfernte Quartiere die Mobilisierung erschweren würden. Wenn diese schließlich notwendig wird, nicht als Demonstration, sondern als Einleitung zu wirklicher Aktion, so wird unsere Organisation uns die Beschleunigung der letzteren möglich machen. Wir wünschen aber auch schon darum die wirkliche Kriegsbereitschaft zu verschieben, um vorher die finanziellen Operationen durchzuführen, welche nach der größeren Spannung der Situation, die unsere Rüstungen notwendig zur Folge haben würde, schwieriger werden müssen. In dieser Beziehung erwähne ich vertraulich, daß wir auch mit dem Hause Rothschild in vorläufige Kommunikationen getreten waren, und daß die Wahrnehmungen, welche wir dabei gemacht, mit Eurer Exzellenz Bemerkungen über das Haus Rothschild im wesentlichen übereinstimmen. Es liegt in der Natur der Sache, daß das letztere den kriegerischen Eventualitäten abgeneigt ist und alles tun wird, um sie zu entfernen und den Ausbruch zu verhindern; ich kann Eurer Exzellenz auch speziell mitteilen (was ich übrigens als ganz vertraulich zu betrachten und mit vollster Diskretion zu behandeln bitte, da ich nicht weiß, ob der betreffende Agent zur Mitteilung ermächtigt gewesen), daß der Baron Rothschild gegen unseren Agenten geäußert hat, er sei vor einigen Wochen nicht abgeneigt gewesen, ein Geschäft mit Preußen zu machen, ja er würde dies vielleicht auch ganz von Herzen getan haben; indes die veränderten Ver-

hältnisse und namentlich eine Unterredung, die er mit Eurer Exzellenz gehabt habe, verhinderten ihn jetzt daran. Ich glaube diesen Umstand erwähnen zu sollen, weil er zeigt, wie vorsichtig die Beziehungen zu Rothschild zu behandeln sind. Wir werden gegenwärtig nicht länger umhin können, wenigstens zum Schutz Oberschlesiens diejenigen Maßregeln zu treffen, zu welchen die österreichischen Vorbereitungen in jener Gegend uns zwingen.

54.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Geheim. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 28. März 1866

Mein gestriges Telegramm Nr. 134 dürfte die Zweifel Eurer Exzellenz über dasjenige, was der Ritter Nigra unter dem traité générique, zu dessen Annahme Italien bereit sei, verstanden hatte, gelöst haben. Unter Bezugnahme auf meinen geheimen Bericht vom 23. d. M. Nr. 129,[1] welcher bereits am 25. morgens in Eurer Exzellenz Hände hätte gelangen müssen, erlaube ich mir ferner noch ausdrücklich zu bemerken, daß der General La Marmora die dem General Govone gemachten Vorschläge Herrn Nigra behufs Konsultierung des Kaisers mitgeteilt und, da dieser zum Abschluß eines Vertrages im Sinne der zweiten, in Eurer Exzellenz Telegramm angedeuteten Alternative geraten, der italienische Gesandte sich für ermächtigt gehalten hatte, die Bereitwilligkeit seiner Regierung sofort seinerseits durch meine Vermittlung zu Eurer Exzellenz Kenntnis zu bringen. Seitdem hat ihm General La Marmora diese Bereitwilligkeit schriftlich bestätigt. Es wird dabei vorausgesetzt, daß der Text des eventuellen Spezialvertrages vorher genau formuliert werde, und nahm Herr Nigra an, daß nunmehr wohl Graf Barral oder irgendein anderer Bevollmächtigter mit den nötigen Instruktionen und Vollmachten werde versehen werden. Er sprach nur dabei privatim den Wunsch aus, von diesem Vertrage, sobald er abgeschlossen sei, Kenntnis zu erhalten, um für seine Konversationen mit dem Kaiser Napoleon vollständig orientiert zu sein.

Dergleichen vertrauliche Unterredungen hat der italienische Gesandte in der letzten Zeit mehrere gehabt. Er hat aus denselben die Überzeugung gewonnen, daß der Kaiser Napoleon nicht allein die vollständige Auflösung der preußisch-österreichischen Allianz, sondern auch den Krieg zwischen den beiden deutschen Großmächten wünsche, im Gegensatz zu seinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welchen er deshalb auch nicht vollständig in seine

[1] In diesem Bericht vom 23. März 1864 hatte Graf Goltz mitgeteilt, daß Nigra ihm mitgeteilt habe, daß er Napoleon, der ihn am 21. März empfangen habe, im Auftrage La Marmoras um Rat gefragt habe, ob Italien auf den preußischen Bündnisvorschlag eingehen solle, und die Antwort bejahend ausgefallen sei. Nigra habe um Mitteilung an König Wilhelm, aber um Geheimhaltung vor Benedetti gebeten, da Drouyn de Lhuys von seinem Souverän nicht in das Geheimnis eingeweiht worden sei (A. A. Berlin). Das Nähere über Napoleons Verhalten gegenüber Italien in dem Berichte Nigras an La Marmora vom 23. März 1866, bei L. Chiala, Ancora un po' più di luce, S. 79 ff.

Gedanken einweihe. Gleichwohl bedauert Herr Nigra die in dem Temperament des Kaisers in den letzten Jahren vor sich gegangene Veränderung. Im Jahre 1859 würde dieser Monarch Italien unter ähnlichen Umständen, wie die jetzt vorliegenden, entschieden geraten haben zuzuschlagen. Jetzt sei Er ängstlicher geworden und warne vor einer Offensive, welche nicht durch den wirklich erfolgten Ausbruch des Krieges zwischen Preußen und Österreich motiviert wäre.

Herr Drouyn de Lhuys sagte mir gestern, er höre, daß Italien völlig bereit zu einem Bündnis mit uns sei, daß wir aber zu zögern schienen. Ich erwiderte, Näheres wäre mir hierüber nicht bekannt; es würde aber natürlich sein, wenn jeder Teil es vermiede, sich vor der Zeit zu kompromittieren; daß wir nötigenfalls das Bündnis zustande bringen könnten, sei mir nicht zweifelhaft. Er bemerkte darauf, es sei für Frankreich eine schwierige Frage, welchen Rat es Italien erteilen solle? Auf der einen Seite könne es Italien kaum abhalten, eine günstige Lage zu benützen; auf der anderen Seite müsse es befürchten, durch ermutigende Ratschläge aus der Neutralität herauszutreten. Ich entgegnete, daß ich über die von Frankreich einzunehmende Haltung nicht den geringsten Zweifel haben würde. Das Kaiserliche Programm »frei bis zur Adria« und die den nationalen Aspirationen günstigen Prinzipien der französischen Politik zeigten die zu verfolgende Richtung deutlich an, während die Neutralität zwar die direkte oder indirekte militärische Begünstigung der einen oder der anderen von zwei im Kriege befindlichen Mächten, keineswegs aber die Äußerung von Wünschen, Ansichten, Sympathien und Ratschlägen ausschlösse. Der Minister bemerkte, daß ich durch diese Auseinandersetzung sein Gewissen sehr erleichterte.

55.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Vienne, le 29 mars 1866

Les nouvelles que nous recevons de différents points tendent toutes à confirmer les informations que Votre Altesse nous a transmises sur l'attitude observée par la France en présence du conflit imminent en Allemagne. Nous constatons avec une sincère satisfaction que le langage de Mr. Drouyn de Lhuys et des Représentants de la France à l'étranger ne cesse de témoigner des dispositions plutôt sympathiques à l'égard de l'Autriche. Tout en maintenant strictement sa politique de neutralité, le Cabinet des Tuileries paraît s'appliquer loyalement à prévenir, par de sages avis, les fâcheuses complications que les velléités belliqueuses et les tendances ambitieuses de Mr. de Bismarck menacent de déchaîner sur l'Europe. Mr. le Comte Karolyi croit savoir que de sérieuses représentations dans ce sens ont été adressées à Paris à Mr. le Comte de Goltz. Nous sommes fort disposés à admettre que cette attitude de la France a beaucoup contribué à détendre la situation et à faire hésiter le Gouvernement prussien devant la grave responsabilité qu'il aurait à encourir s'il se décidait à rompre la paix.

56.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 31 mars 1866, 5^{00} p. m.; arr. 8^{00} p. m.

... Herr Drouyn de Lhuys findet unsere Lage vortrefflich und bittet Euer Exzellenz, sich durch preußisch-italienische Versicherungen, daß Frankreich doppeltes Spiel mache,[1] nicht beirren zu lassen.

Ich weiß, daß der französische Botschafter in Berlin und Prinz Napoleon[2] gegen uns arbeiten und gedenken bei dem nächsten Anlaß dem Kaiser näher zu rücken.

57.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 5 avril 1866, 3^{55} p. m.; arr. 6^{30} p. m.

Hier l'Empereur m'a dit qu'Il a refusé toutes les propositions de la Prusse et ne s'est pas engagé en face des éventualités de l'avenir. Er hat sich enthalten, in Berlin oder Florenz Ratschläge zu erteilen,[3] Italien aber wiederholt auf seine Neutralität im Falle eines Angriffs auf Venedig aufmerksam gemacht, hofft jedoch, que nous nous entendrons avec Lui sur des arrangements définitifs en Italie en cas de succès. Er glaubt nicht an den Krieg und sagte, ce serait une trop grosse affaire.

Les armements dont parle Mr. de Löwenthal n'ont aucun caractère hostile.[4]

[1] Das Geheimnis dieses doppelten Spiels hat an demselben 31. März Nigra in einem Briefe an La Marmora (Chiala, Ancora un po' più di luce, Firenze 1902, S. 95 f.) gelüftet, indem er die Situation treffend analysiert: 1. Der Kaiser wünscht, daß der Krieg ausbricht. 2. Er will sich weder Preußen, noch Österreich, noch Italien gegenüber verpflichten. 3. Er rät Italien, die Allianz mit Preußen herbeizuführen oder besser anzunehmen und den Vertrag zu schließen. Dieser Rat ist der Rat eines Freundes, aber er enthält keine Verpflichtung seitens Frankreichs. 4. Seine Absicht ist, die Verbesserung der Grenze am Rhein zu erhalten, ohne den Degen zu ziehen. Aber wenn es nötig ist, wird er den Degen ziehen, sobald der Krieg ausgebrochen ist. (« *Il suo scopo è di ottenere la rettificatione della frontiera del Reno, senza tirar la spada. Ma se è necessario, la tirerà quando la guerra fosse impegnata.* ») 5. Wenn Österreich als erste Italien angriffe, würde er dem entgegentreten.

[2] Die Reise des Prinzen Napoleon nach Italien am 1. April erregte damals auch auf preußischer Seite Mißtrauen, wie aus Depeschen Usedoms vom 1. und 2. April hervorgeht. Die Einzelheiten der nicht bis auf den Grund durchsichtigen Politik Frankreichs in Italien dürfen hier übergangen werden. Jedenfalls wurde in den nächsten Tagen in Berlin die Bereitwilligkeit Italiens zum Vertragsabschluß angezeigt.

[3] An diesem Tage war man sich in Berlin und Florenz über den Vertragsabschluß (der dann am 8. April erfolgte) bereits einig. Die Gerüchte über den Vertrag liefen in der diplomatischen Welt von Paris bereits um. So wußte der bayrische Gesandte Baron Wendland am 6. April zu melden, Italien habe einen Vertrag auf der Basis vorgeschlagen: preußische Verpflichtung, Italien die Eroberung Venetiens zuzusichern und keinen Sonderfrieden ohne Italien zu schließen, italienische Verpflichtung, Preußen mit den Waffen bei dem Gewinn Schleswig-Holsteins zu unterstützen, aber Bismarck habe den Vorschlag wegen seines Mißverhältnisses in der Leistung abgelehnt. (Geh. St. Arch. München.)

[4] Graf Mensdorff hatte am 4. April angefragt, wie es mit der Richtigkeit und Tragweite der militärischen Vorbereitungen in Frankreich stehe, über die General Löwenthal berichte.

58.

Freiherr v. Wächter an Freiherr v. Varnbüler

Eigenhändige Ausfertigung. St. Arch. Stuttgart

Paris, le 8 avril 1866

Ainsi que j'ai eu l'honneur de l'annoncer à Votre Excellence j'ai eu hier une entrevue avec Mr. Drouyn de Lhuys, laquelle n'a pas pu se prolonger à mon gré, le Ministre ayant été obligé de l'interrompre pour une affaire urgente. Mr. Drouyn de Lhuys m'ayant questionné sur l'état des affaires en Allemagne, j'ai mis un soin tout particulier à le lui dessiner bien nettement et surtout à faire bien ressortir la ferme résolution des Etats secondaires de ne pas abandonner le terrain de l'article 11 du pacte fédéral et d'agir en conséquence en cas de besoin avec la plus grande énergie comme en général de maintenir fidèlement le dit pacte. J'ai fait allusion aussi aux véritables projets du Comte de Bismarck contre l'Allemagne et le but de ses réformes qui aboutiraient entre autres à la création d'États vassaux. Enfin je dis aussi à Mr. Drouyn de Lhuys que si d'ici on voulait adresser à Berlin des paroles sérieuses pour le maintien de la paix, on serait certainement écouté et qu'une pareille démarche serait regardée comme la meilleure preuve des sentiments pacifiques et bienveillants de l'Empereur pour l'Allemagne et serait partout accueilli avec reconnaissance.

Le Ministre qui m'avait écouté avec un très vif intérêt qui se conçoit par l'extrême attention que l'on prête à tout ce qui touche aux questions allemandes, me répondit en substance après m'avoir demandé quelques explications plus précises surtout sur les projets de réforme fédéral de Mr. de Bismarck: que la France n'avait voulu dévier d'aucune manière de la ligne de conduite adoptée jusqu'ici laquelle avait été celle de la plus stricte neutralité et que pour cette raison elle ne s'était mêlée en rien — sauf quelques paroles conciliantes adressées tant à Vienne qu'à Berlin. —

Dans les questions qui agitent l'Allemagne, que la France n'avait aucun intérêt direct à sauvegarder pour le moment, qu'elle resterait simple spectatrice des événements et ne s'y mêlerait que si par suite de la tournure que prendraient les affaires des intérêts majeurs ne lui permettraient plus de rester dans la réserve, qu'il croyait que la neutralité observée jusqu'ici avait été la meilleure politique à suivre par le Gouvernement Impérial, quant à l'idée de l'utilité d'une parole sérieuse à adresser au Cabinet de Berlin il ne saurait s'y prêter, d'abord parceque ce serait sortir de la stricte neutralité en voulant empêcher pour ainsi dire la guerre et ensuite parceque ceux qui réclament aujourd'hui cette intervention seraient, ainsi qu'on en avait déjà fait l'expérience, les premiers plus tard à crier contre l'intervention de l'étranger et surtout de la France, que cela lui rappellait une ancienne pièce de théâtre dans laquelle une tierce personne voulant intervenir dans une querelle entre Sganarelle et sa femme[1] — celle-ci lui dit: qu'est ce que cela Vous regarde si je veux être battue par mon mari —, du reste, continua Mr. Drouyn de Lhuys, pour intervenir de la dite manière il faut prévoir pour soi-même de graves intérêts immédiatement me-

[1] Molière, Le médecin malgré lui, Akt I, Scene 2.

nacés ou lésés, ce qui n'était pas le cas — mais que si cela était un grand état ne devait pas se borner à de simples paroles déconseillantes: mais prendre part éventuellement dès le début à la lutte.

Je me permis de faire observer à Mr. le Ministre que je croyais ses craintes non fondées dans le cas présent quant à l'impression que produiraient en Allemagne des paroles sérieuses exprimées par l'Empereur à Berlin vu qu'il me semblait que la France, étant aussi intéressée que les autres états, au maintien de la paix générale, ne pouvait pas voir de bon oeil éclater une lutte armée étant de nature à amener une conflagration générale. Mr. Drouyn de Lhuys ne disconvint pas de la probabilité de cette conséquence, mais se borna à dire qu'alors la France prendrait l'attitude convenant à ses intérêts; qu'au reste en dépit des dires de Mr. de Bismarck sur la faiblesse des Etats secondaires allemands et la décrépitude de la Diète Germanique, l'attitude prise par ces États avait prouvé que la Confédération n'était pas déjà si affaiblie, puisque cette attitude avait suffi pour arrêter Mr. de Bismarck dans ses plans belliqueux et ses intimidations; qu'on ne pouvait donc qu'engager les États moyens de rester unis et de maintenir fermement leur ligne de conduite actuelle. — Le Ministre passa outre, lorsqu'incidemment je fis allusion au langage tenu par le Ministre-Président Prussien et d'après lequel il aurait obtenu dans le temps l'approbation de l'Empereur pour ses projets. Au reste on regarde ici depuis quelques jours la question Allemande comme moins tendue, quoiqu'on ne se dissimule pas que surtout avec les réformes de Mr. de Bismarck, elle ne présente encore d'assez graves dangers et d'ici on suivra avec une attention toute particulière les projets prussiens tendant à s'agrandir indirectement par la création d'États vassaux et en avançant ses lignes militaires jusqu'au Mein.

Le Prince de Metternich m'a confirmé que ni à Berlin ni à Florence le Cabinet des Tuileries avait tenu un langage désapprobatif ou d'intimidation, que tout s'était borné à quelques légères insinuations, qu'en un mot on n'était pas sorti de la plus stricte neutralité; que tout en sachant fort bien qu'un langage ferme adressé à Berlin empêcherait la guerre, l'Empereur qui ne verrait pas sans quelque satisfaction la lutte en Allemagne abandonnerait par une pareille démarche les avantages possibles qui pourraient résulter pour la France à la suite du conflit, avantages, que quoiqu'on en disait, on ne cessait de guetter ici. — Quant au langage tenu par Mr. de Bismarck le Prince est d'avis que si l'Empereur a réellement approuvé les projets du Ministre, cela n'a eu lieu qu'ironiquement dans la prévision que leur exécution ne pourrait que Lui profiter.

59.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 9 avril 1866

La bombe a éclaté [1] — le brandon de discorde est jeté dans la poudrière — et si Mr. de Bismarck était parvenu à s'assurer l'appui de la France en invo-

[1] Der Antrag Preußens am Bunde, daß eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung einberufen werde, um die

quant les principes sur lesquels reposent le pouvoir de l'Empereur et les bases de son Gouvernement, nous ne pourrions pas nier que la pièce malgré ses dangers et ses menaces pour la Prusse elle-même ne soit bien jouée. C'est dans le but de savoir quelle attitude on prendra ici, en face des complications que le coup de dé jeté par Mr. de Bismarck va sans doute amener, que je vais travailler et chercher à forcer l'Empereur dans ses derniers retranchements. Il est clair que si les petits états croient à une entente de la Prusse avec la France, leur énergie sera paralysée et notre force de résistance s'en trouvera considérablement amoindrie. Si au contraire la France s'inquiète du grand mouvement unitaire qui prendra racine dans un parlement national allemand, si l'Empereur déclarait catégoriquement ne pas pouvoir accepter une pareille infraction aux traités existants, notre résistance commune avec nos confédérés pourra se faire avec l'énergie et la vigueur qui réclame une affaire aussi épineuse et menaçante pour le maintien de l'équilibre européen et la paix du monde.

L'Empereur a-t-il trompé dans le complot malgré ses assurances? Drouyn de Lhuys m'a-t-il menti ce matin en me faisant connaître son opinion personelle? Ou bien a-t-il été joué par son maître? Les événements ne tarderont pas à le prouver. Voici la conversation que j'ai eue ce matin au ministère au reçu de Votre télégramme. Je garde le courrier Weingraber afin de pouvoir l'expédier dès que je saurai ce que l'Empereur dira.

Mr. Drouyn de Lhuys connaissait la démarche prussienne et même l'accueil fait par plusieurs Gouvernements allemands. Il me dit que Mr. Benedetti rendait compte de la démarche prussienne dans des termes d'une *indifférence étonnante* en disant que ce n'était qu'un coup d'épée dans l'eau, que personne ne prendrait la chose au serieux,[1] tandis que lui, Drouyn de Lhuys, regardait cette affaire comme très grave. Je lui demandai si je pouvais compter sur la franchise de ses assertions, si je le priais de me faire connaître sa vraie manière de voir.

Le Ministre me répondit: « J'ai envoyé à l'Empereur les télégrammes que je viens de recevoir à ce sujet et je ne sais pas encore ce qu'il en pense, je vais de ce pas aux Tuileries et je Vous répondrai demain en son nom. Quant à moi personnellement je n'hésite pas à dire que c'est là un procédé directement opposé à nos intérêts. Nous ne pouvons, selon moi, que nous placer sur la base des traités et appuyer le pacte fédéral avec les améliorations qu'il peut réclamer et auxquelles Vous n'êtes pas contraires si je ne me trompe. »

Je remerciai le Ministre de ces paroles et je le priai en grâce de dire de ma part à l'Empereur que sur ce point si important et si grave je ne me contenterais pas de sa neutralité, mais que je réclamais dans l'intérêt d'une résistance éner-

Vorlagen der deutschen Regierungen über Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten. Graf Mensdorff verfügte am 9. April sogleich an den Fürsten Metternich: « Faites ressortir tout ce qu'il y a de dangereux dans une pareille démarche qui ne peut pas être faite de bonne foi par Mr. de Bismarck et qui doit déchaîner les tendances anarchiques et démagogiques. » (H. H. u. St. Arch. Wien.)

[1] Dieses Urteil ist in den in den Orig. dipl. mitgeteilten Depeschen Benedettis nicht zu finden, vgl. insbesondere Orig. dipl. 8, 152 ff.

gique de notre part à une proposition qui pourra déplacer aussi foncièrement l'équilibre de l'Europe, je réclamais, dis-je, Son appui *sans réserve.*[1]

« Si on laissait faire, » ajoutai-je, « nous serions acculés dans une impasse et le moment serait venu de nous demander si nous ne ferions pas bien de chercher coûte que coûte à nous arranger avec la Prusse ou bien à nous retirer de la scène et à nous recueillir comme l'a fait la Russie après la guerre d'Orient. »

Ce cri du cœur parut faire un grand effet sur le ministre qui me dit qu'il serait peut-être dans le cas de nous demander jusqu'à quel point la France pourrait compter sur notre résistance, en appuyant la base du pacte fédéral contre la Prusse. Dans tous les cas il me promit de me faire connaître de suite la pensée de son maître.

Vraies ou fausses, la réalisation des promesses de Mr. Drouyn de Lhuys formera le but de mes efforts. Le télégraphe Vous apportera sans doute de nouvelles lumières avant que ceci ne Vous arrive. Dans tous les cas le moment n'est pas éloigné où nous pourrons voir clair dans le dédale des manœuvres de Mr. de Bismarck.

D'après les nouvelles reçues au Ministère ce matin, la Bavière ne refuserait pas d'examiner la proposition prussienne tandisque la Saxe demanderait à ce qu'une décision soit prise immédiatement à ce sujet.

60.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung H. H. u. St. Arch. Wien

Réservé

Paris, le 9 avril 1866

On m'a fait de différents côtés tant d'insinuations contradictoires sur les tendances secrètes de l'Empereur dans la question qui nous préoccupe, sur les efforts tentés par Mr. Benedetti et le Prince Napoléon pour entraîner l'Empereur dans les eaux prussiennes, sur le revirement qui se serait fait en faveur de Mr. de Bismarck et qui semblait se traduire par le mot d'ordre donné aux journaux de biaiser de son côté et de ne plus attaquer la politique de la Prusse, que j'ai cru devoir passer outre et m'adresser directement à l'Empereur. Ma conversation avec Sa Majesté m'a confirmé dans l'idée que je m'étais logiquement faite des nécessité de sa politique et dont j'ai entretenu Votre Excellence dans l'une de mes dernières expéditions.

L'Empereur m'a dit qu'il ne croyait pas à la guerre, que c'était une trop grosse affaire pour que l'une ou l'autre des puissances adverses prisse la résolution de marcher en avant. Quant à Lui, Il était décidé à maintenir une stricte neutralité en tant que les intérêts de la France ne seraient pas compromis.

[1] Vgl. das Telegramm Metternichs vom 9. April 4^{10} p. m.: «. . . J'ai dit que plus ou moins l'énergie de notre résistance au brandon révolutionnaire lancé par la Prusse dépendrait surtout de l'appui de l'Empereur Napoléon, il ne s'agit plus de neutralité dans l'affaire du Holstein, mais d'une des plus graves questions d'équilibre. Je ne dormerai pas de repos avant d'avoir des preuves d'un appui *sans réserve*, si non, je croirais que l'Empereur veut laisser s'établir la hégémonie révolutionnaire de la Prusse en Allemagne et nous agirions en conséquence.» (H. H. u. St. Arch. Wien.)

Cette neutralité, Il était décidé à la porter jusqu'à éviter de donner un conseil soit à la Prusse soit à l'Italie. L'Empereur tout en voulant *évidemment m'insinuer qu'on Le tourmentait beaucoup à Berlin pour L'intéresser à la politique prussienne* m'affirma qu'Il avait refusé toutes les propositions venant de ce côté. Il affirma également en être loyalement resté à Sa déclaration dont j'avais pris acte que l'Italie nous attaquerait à ses risques et périls. Il me dit n'avoir pas voulu prendre la responsabilité de déconseiller à l'Italie de profiter des chances que pourraient lui offrir les événements: — En somme Sa Majesté me fit comprendre qu'Elle ne sortirait de la réserve que lorsque des événements sérieux se présenteraient.

J'ai dit à l'Empereur qu'en cas de défaite nous n'aurions qu'à nous en remettre à l'Europe du soin de laisser aller les choses au pire, mais qu'en cas de succès soit au Nord soit au Midi nous nous réserverions probablement toujours de nous entendre amicalement avec Lui pour fixer dans les limites de nos intérêts communs les résultats de la lutte.

L'Empereur me remercia de cette assurance et ajouta qu'en effet une entente deviendrait alors nécessaire entre nous en tant que nous chercherions à consolider nos bons rapports.

J'ai vu depuis l'Impératrice et je Lui ai raconté les mille bruits qui couraient sur des ententes secrètes avec la Prusse — « On m'assure,» ajoutai-je, « que je suis indignement trompé. »

Sa Majesté me fit remarquer ce qu'il y avait d'absurde et de contradictoire dans les assertions des intrigants politiques qui voulaient toujours voir midi à quatorze heures.

L'avenir prouvera si j'ai raison de croire aux assurances de l'Empereur. J'y croirai jusqu'à preuve de contraire, car jusqu'à ce jour quand l'Empereur m'a parlé *nettement*, Il ne m'a jamais trompé; Son langage portait l'empreinte de la franchise et concorde d'ailleurs très-bien avec certains faits.

61.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 10. April 1866

Nachdem ich durch das geehrte Telegramm Eurer Exzellenz Nr. 161 erfahren hatte, daß die mir mit dem Erlasse vom 5. d. M. Nr. 157 mitgeteilte Antwortnote auf die österreichische Note vom 31. März dem Grafen v. Mensdorff übergeben worden sei, habe ich jenes Aktenstück am Sonnabend durch mündliches Vorübersetzen vertraulich zur Kenntnis des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gebracht. Ich bin dadurch der Privattelegraphie um wenige Stunden zuvorgekommen, welche noch an demselben Tage nach dem Abdruck in der Spenerschen Zeitung eine ziemlich vollständige Analyse der Note brachte.

Herr Drouyn de Lhuys unterbrach mich bei der Vorlesung einmal mit den

Worten, »die Königliche Regierung erkenne also doch den Art. XI der Bundesakte als maßgebend an«.[1*] Ich machte ihn in Erwiderung dieser Bemerkung darauf aufmerksam, daß die in der Note enthaltene Hinweisung auf jenen Artikel nur bestimmt sei, die Tatsache zu entkräften, als ob sich Österreich durch Preußen für bedroht gehalten und deshalb gerüstet habe. In diesem Falle würde es dem in der Note des Grafen Karolyi ausgesprochenen Standpunkte Österreichs entsprochen haben, den Weg des Art. XI zu betreten oder der Königlichen Regierung Vorstellungen zu machen.

Ich habe dieselbe Gelegenheit benutzt, um Herrn Drouyn de Lhuys ganz vertraulich, aber mit der Bitte, den Kaiser in gleicher Weise davon in Kenntnis zu setzen, auf den wahrscheinlich in den nächsten Tagen von der Königlichen Regierung vom Bunde zu stellenden Antrag auf Reform der Bundesverfassung vorzubereiten. Ich habe es mir zugleich angelegen sein lassen, dem Minister nach Maßgabe des ganz vertraulichen Erlasses vom 5. d. M. Nr. 155 die Grenzen anzudeuten, innerhalb welcher sich unsere Zielpunkte halten würden. Die Notwendigkeit, diese Aufklärung rechtzeitig zu geben, war für mich das Hauptmotiv zu einer unverzögerten vertraulichen Mitteilung über die Sache selbst, indem ich besorgte, daß die Französische Regierung, wenn sie von der letzteren anderweitig Kenntnis erhielte, ohne zugleich beruhigende Erläuterungen der angedeuteten Art über die Tragweite unseres Vorschlages zu empfangen, zu dem letzteren sofort eine uns nachteilige Stellung nehmen möchte. Eure Exzellenz werden aus dem weiter unten Folgenden ersehen, wie notwendig diese Vorsicht war und wie ich, der Beobachtung der letzteren ungeachtet, meinen Zweck bis jetzt wenigstens nicht vollständig erreicht habe.

Herr Drouyn de Lhuys, der meine Mitteilung mit einem ganz besonders lebhaften und, wie mir schien, freudigen Interesse entgegennahm, fragte mich, ob es zur Annahme des Vorschlages von seiten der Bundesversammlung der Einstimmigkeit bedürfe? Ich erwiderte, daß zwar Änderungen der Bundesverfassung nach den Bestimmungen der letzteren die Einstimmigkeit voraussetzten, dies indessen von der Berufung eines Parlaments, welches über solche Änderungen erst beraten sollte, nicht gelten dürfte. Allerdings würde es der Mitwirkung der übrigen Regierungen bedürfen, um die Vertretung ihrer betreffenden Länder in dem Parlament herbeizuführen. Es ließen sich aber dabei mancherlei Kombinationen, z. B. die des vorläufigen Zusammentritts einer parlamentarischen Vertretung derjenigen Länder, deren Regierung zustimmten, unter Vorbehalt des Zutritts der anderen denken. Überhaupt aber werde es sich zunächst um eine Vereinbarung zwischen den Regierungen über das dem Parlament vorzulegende Projekt handeln. Die Beratungen des Parlaments seien, wenigstens im jetzigen Stadium, noch der vorgängigen Verständigung zwischen den Regierungen untergeordnet.

Die mir durch Euer Exzellenz gestriges Telegramm Nr. 164 mitgeteilte Nachricht, daß der Antrag in der gestrigen Sitzung der Bundesversammlung gestellt werde, wurde im Laufe des Tages von Frankfurt her auch der Französischen Regierung gemeldet und ging außerdem auch durch die Privattelegraphie in das größere Publikum und in die Zeitungen über.

Dieses Ereignis bildete daher beim großen Konzert, welches gestern abend in den Tuilerien stattfand, den Gegenstand aller politischen Gespräche. Der Eindruck war ein immenser, wenn auch das Urteil ein sehr geteiltes. Der Kaiser redete mich sofort darauf an und, obgleich seine ersten Worte anzudeuten schienen, daß er dadurch die Kriegseventualitäten für beseitigt hielt (in welcher Beziehung ich ihm sofort meine Zweifel ausdrückte), so war doch seine Befriedigung über den Vorschlag des allgemeinen Stimmrechts und der direkten Wahlen unverkennbar. Er sagte mir, er habe Herrn Drouyn de Lhuys »gestattet«, in einer Depesche gewisse Reserven für die Zukunft auszusprechen. Es geschehe dies zur Beseitigung der hier herrschenden Besorgnisse vor einer Verrückung des europäischen Gleichgewichts zum Nachteile Frankreichs. Ich sprach die Hoffnung aus, daß diese Depesche keine Mißbilligung von seiten der Französischen Regierung andeute.

Der Kaiser suchte mich hierüber vollständig zu beruhigen, indem er mir andeutete, daß es sich nur um einige Phrasen handele, mit welchen man die öffentliche Meinung beruhigen zu müssen glaube. Ich bemerkte, daß jene Besorgnisse in der Tat ganz unmotiviert sein würden. Es liege nicht in der Absicht Seiner Majestät des Königs, das Deutsche Reich wieder erstehen zu lassen, und der Plan unterscheide sich hierdurch wesentlich von dem im Jahre 1863 vom Kaiser Franz Joseph dem deutschen Fürstenkongreß in Frankfurt vorgelegten. Wir erstrebten nur den vorwiegenden Einfluß in Norddeutschland, welcher uns vermöge der geographischen Bedingungen unserer Lage unentbehrlich sei und den uns Österreich gleichwohl zu verkümmern suche. Auf Süddeutschland wollten wir diesen Einfluß nicht ausdehnen, es vielmehr Bayern überlassen, denselben seinerseits in Anspruch zu nehmen oder mit Österreich zu teilen. Ich fügte hinzu, daß bis jetzt noch gar kein Projekt vorliege, welches irgendein Urteil über die Konsequenzen zulasse, indem zunächst eine Verständigung zwischen den deutschen Regierungen einzuleiten sei, dann erst die parlamentarischen Beratungen darüber bevorständen. Die wesentlichste Bedeutung des vorliegenden Schrittes schiene mir daher in der Berufung an das allgemeine Stimmrecht und direkte Wahlen zu liegen. Es sei jetzt abzuwarten, welche Stellung die deutsche Demokratie dazu einnehmen werde.[2]*

Die Unterredung des Kaisers mit mir hatte sich sehr verlängert; sie nahm den größeren Teil der zwischen den beiden Abteilungen des Konzerts stattfindenden Pause ein und zog die allgemeine Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich. Ich mußte daher auf weitere Ausführungen verzichten und mich mit der Wahrnehmung begnügen, daß der Kaiser alle meine Mitteilungen sehr günstig aufnahm.

Seine Majestät teilte mir noch mit, daß der Vertrag zwischen Preußen und Italien unterzeichnet sei. Ich fragte, ob der Absicht gemäß ein eventueller Vertrag geschlossen worden sei? Der Kaiser schien von diesen Einzelheiten nicht zu wissen und mußte ich ihm erst auseinandersetzen, daß es sich darum gehandelt habe, eine Form zu finden, vermöge deren keiner von beiden Teilen in die Notwendigkeit versetzt werden könnte, nach eventueller Erreichung seiner speziellen Zielpunkte noch für diejenigen des anderen Krieg zu führen.[3]* Der

Kaiser erkannte diesen Gedanken als vollkommen richtig an und dürfte im Sinne desselben eingewirkt, sich aber spezieller Ratschläge über die Ausführung enthalten haben.

Seine Majestät sagte mir schließlich, es würden ihm in Zeitungen und Gesprächen alle möglichen Absichten, Bestrebungen und Äußerungen zugeschrieben. Ich möchte nichts davon glauben. Ich versicherte dem Kaiser, daß Seine Majestät der König ein volles Vertrauen in ihn setze; daß es sich nur um Erfindungen handele, wisse ja niemand besser als ich, da dieselben hauptsächlich in Äußerungen beständen, welche der Kaiser mir getan haben sollte und die mir völlig unbekannt seien.

Nach Beendigung des Konzerts suchte ich sofort Herrn Drouyn de Lhuys auf, um eine Zusammenkunft mit ihm auf heute zu verabreden. Ich deutete ihm den Zweck derselben an, indem ich ihm sagte, der Kaiser habe mir seine Absicht, aus Anlaß des von uns in Frankfurt eingebrachten Antrages eine Depesche zu erlassen, erzählt. Der Minister bemerkte, er habe sich mit der letzteren gar nicht beeilen wollen. Schon jetzt habe er die französischen Vertreter bei den deutschen Höfen zur Berichterstattung über das, was beabsichtigt werde, aufgefordert. Demnächst beabsichtige er, aber nicht sogleich, in einer vertraulichen Depesche zu erklären, daß, solange es sich bloß um Reformen des inneren Bundesrechtes handelte, welche für das Ausland gleichgültig wären, Frankreich sich jeder Einmischung enthalten würde, sobald dagegen die Stellung des Bundes nach Außen verändert werden sollte, es sich seine Ansicht vorbehielte. Ganz dasselbe sei bei Gelegenheit der Berufung des Deutschen Fürstenkongresses geschehen. Ich machte darauf aufmerksam, daß damals ein Projekt vorgelegen habe, welches einen Stoff zur Kritik geliefert hätte, während es sich jetzt erst um Verhandlungen zwischen den deutschen Regierungen über die Vereinbarung eines solchen handele; daß ferner damals Österreich den Plan verfolgte, 70 Millionen Einwohner politisch zu konzentrieren, während unsere diesfälligen Zielpunkte nicht einmal das ganze außerösterreichische Deutschland zum Gegenstand hätten.

Ich werde dies in meiner heutigen Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys näher ausführen und ihn von dem Erlaß der Depesche, welche leicht in einem uns ungünstigen Sinne gedeutet werden könnte, womöglich abzuhalten versuchen. Da ich nach dieser Unterredung bis zur Abreise des Geheimen expedierenden Sekretärs Taglioni, die ich mit Rücksicht auf den Inhalt dieses Berichts nicht länger zu verzögern wünsche, nicht mehr viel Zeit zum Schreiben haben werde, so habe ich nicht verfehlen wollen, die von mir zu vertretenden Gesichtspunkte schon jetzt niederzuschreiben.

Noch bemerke ich, daß, wie mir gestern abend ein Kollege erzählte, Herr Benedetti berichtet haben soll, der in Rede stehende Vorschlag sei ein »Spaß«. Wenn dies wahr ist, was ich noch bezweifle, so dürfte der Bericht schon vor einiger Zeit, vor der Formulierung und offiziellen Einbringung des Antrags erstattet worden sein.

Im allgemeinen verhehlt sich hier niemand die große prinzipielle Bedeutung des Antrags. Man schwankt zwischen der Befriedigung über die Annahme der

Fundamental-Grundgesetze des gegenwärtigen französischen Staatsrechts von seiten einer Großmacht wie Preußen und der Besorgnis vor einer Vergrößerung dieser Macht. In gewissen Kreisen fürchtet man außerdem, daß es infolge des Vorschlages nicht zum Kriege kommen werde. Alles dies wird sich erst klären müssen, ehe das Urteil der maßgebenden Kreise festzustellen ist.

Obgleich hinter dieser neuen Phase die Frage von den österreichischen Rüstungen sehr in den Hintergrund tritt, so will ich doch nicht unerwähnt lassen, daß noch vorgestern Fürst Metternich auf Grund der neuesten, ihm von Wien auf speziellen Befehl des Kaisers zugegangenen Mitteilungen auf sein Ehrenwort erklärte, daß bis jetzt Österreich keinerlei Rüstungen vorgenommen habe. Einige gab doch auch Graf Mensdorff zu.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* nein
2* Opposition!
3* also Separatfrieden?

62.

Freiherr v. Wächter an Freiherrn v. Varnbüler

Ausfertigung, eigenhändig. St. Arch. Stuttgart

Paris, le 11 avril 1866

La nouvelle arrivée depuis peu d'heures de la proposition Prussienne à la Diète préoccupait tout le monde et a causé une assez vive émotion. Pendant l'entr'acte on a remarqué que le Comte de Goltz s'étant approché de l'Empereur, il Lui a adressé quelques paroles — mais la réponse de Sa Majesté, dont on n'a saisi que la phrase: « Je n'y crois pas aussi longtemps que l'Allemagne n'est pas unie », et qui avait certes trait à la grande question du jour, je dis la réponse, m'a paru nullement satisfaire l'Ambassadeur, car il est devenu très sérieux et a changé de couleur. Pendant la même soirée Messieurs de Rothschild et Pereire ont eu l'honneur de causer avec l'Empereur et on assure que tous les deux auraient supplié Sa Majesté de jeter sa puissante parole dans la balance des conflits existants pour le maintien de la paix et le retour de la confiance générale, et ont fait en même temps le plus sombre tableau de la situation de la bourse, des établissements publics et des intérêts des particuliers. Ils auraient ajouté que si l'état d'incertitude actuel continuait encore peu de temps, il ne leur serait plus possible de maintenir la bourse dans de certaines limites et que de terribles catastrophes étaient inévitables. L'Empereur aurait catégoriquement répondu qu'il ne pouvait rien faire.

Hier le Prince de Metternich a eu une audience auprès de l'Empereur. Sa Majesté ne lui aurait pas caché, me dit-on de près bonne source, qu'Elle ne pouvait approuver tous les plans ambitieux et les faits de Mr. de Bismarck, mais qu'Elle était fermement résolue de continuer à s'obstenir de toute immixtion dans les affaires allemandes et que ce ne serait que lorsque le pacte fédéral serait changé que la France ferait valoir ses intérêts s'il y avait lieu. — Evidemment cela se rapporte surtout à des changements territoriaux et les

droits de Souveraineté des Princes de la Confédération. — Mr. Drouyn de Lhuys me dit hier soir au bal qu'il donnait en l'honneur du Prince Royal de Danemarc, qu'il trouvait la conduite de Mr. de Bismarck bien hardie mais qu'on ne saurait s'empêcher d'admirer le courage et la vigueur d'action de cette homme d'état et que les autres (sic) n'avaient qu'à s'accuser eux-mêmes pour être restés en arrière et de ne pas avoir devancé depuis longtemps la Prusse à la Diète ou autrement.

63.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 14 avril 1866

L'Empereur m'ayant donné rendez-vous, je suis allé chez Lui, mardi dernier (10. April).

J'ai commencé par dire que le nouveau projet de Mr. de Bismarck me paraissait de nature à être désapprouvé par tout le monde et par toutes les puissances qui veulent la paix. L'émotion que causera en Allemagne la proposition de convoquer un parlement national peut mener loin. Elle ne paraîtra pas aux libéraux allemands comme étant faite de bonne foi — on se méfie trop de l'auteur — mais il est clair que la révolution cherchera à en profiter à son usage pour renverser ce qui est établi et y substituer après un ébranlement général l'unité sous son drapeau. J'ajoutai que l'Empereur ne pouvait se faire illusion sur les sympathies du parti unitaire en Allemagne et que le procédé aussi perfide que léger de Mr. de Bismarck pouvait amener des conséquences très opposées aux intérêts de la France et de sa dynastie. Je conclus en demandant à Sa Majesté si Elle approuvait ou non la conduite de la Prusse dans cette nouvelle phase.

L'Empereur me répondit qu'Il savait parfaitement que Mr. de Bismarck ne s'était décidé à jouer cette nouvelle carte que pour intimider les états secondaires et pour chercher à les détacher de nous. Il n'a pas caché à Mr. de Goltz que ce jeu Lui paraissait fort dangereux et qu'avant de s'avancer, la Prusse aurait dû s'assurer de la réussite. Les suites de cet appel à certaines passions pouvaient tourner contre Mr. de Bismarck lui-même. L'Empereur croyait d'ailleurs que les autres puissances allemandes résisteraient énergiquement à une manœuvre aussi dangereuse pour elles. Quant à Lui, Il ne croyait pas pouvoir sortir de sa réserve avant de voir venir les événements.

Je me suis permis de faire remarquer à Sa Majesté que si le gouvernement français en face d'une proposition qui porte en elle le germe de complications et de révolutions et qui pourrait bien mener à un déplacement de l'équilibre européen, si le Gouvernement français, dis-je, persistait à maintenir une stricte neutralité, les petits états se sentiraient paralysés dans leur résistance, croyant, à tort sans doute, que la France s'est entendue avec la Prusse pour introduire ses principes en Allemagne. La neutralité d'une grande puissance

comme la France en face des provocations toujours nouvelles d'un ministre ambitieux est une sorte d'encouragement. Elle produit sur ceux qui veulent le maintien de la paix et des traités une impression tout à fait contraire.

Le but réel de Mr. de Bismarck étant parfaitement entrevu par l'Empereur et les moyens qu'il emploie pouvant porter préjudice aux intérêts de la France, pour quoi Sa Majesté, je le lui demandais, ne ferait-Elle pas connaître ce qu'Elle pense des mobiles qui guident le Ministre prussien et des manœuvres dont il use?

L'Empereur me répondit: « Mon Dieu, je Vous le dis bien franchement, si je me prononce contre l'idée du suffrage universel et d'un parlement central, je risque de mécontenter les Allemands qui pourront me dire: ‚de quoi Vous mêlez-Vous', et si par-dessus le marché Vous faites une seconde convention avec la Prusse, et que Vous Vous entendiez en définitif, je resterai là tout seul en face d'une nation voisine et puissante qui m'en aura voulu et je me serai en outre mis en contradiction avec les principes sur lesquels repose mon pouvoir.

« Je Vous avoue de plus que je ne vois pas bien pourquoi je me plaçerais sur le terrain des traités, qui forment la base de la Confédération. Vous-même, Vous me paraissez ne pas Vous en être trop souciés; Vous avez d'un seul bond franchi les limites du traité de Londres et Vous Vous êtes fort peu préoccupés, pendant la guerre du Danemarc, de l'interprétation consciencieuse des articles fédéraux. Tant que vous étiez bien avec la Prusse, que Vous avez obéi aux conseils de ce même Mr. de Bismarck qui cependant ne traitait pas les contingents fédéraux d'une façon bien chrétienne, Vous n'avez pas regardé souvent du côté de Francfort. Aujourd'hui Vous Vous rappelez que Vous avez des confédérés, je trouve que Vous avez raison, que Vous devriez même faire un usage plus énergique de la force que Vous donne le droit fédéral, mais je ne vois pas pourquoi je me placerais sur ce terrain lorsque je ne vois pas encore que Vous ne finissiez pas par Vous embrasser avec la Prusse. Tout homme de bon sens doit comprendre d'ailleurs que je n'ai aucun intérêt à voir se former sur mes frontières une hégémonie quelconque à la tête de cinquante millions d'hommes d'une même et compacte nationalité et que je ne puis voir qu'avec plaisir une résistance énergique s'opposer au renversement de la Confédération. »[1]

[1] Ergänzend das Telegramm Metternichs vom 10. April 6^{55} p. m.: «L'Empereur m'a dit que Mr. Bismarck avait conçu depuis longtemps l'idée d'établir le suffrage universel *en Prusse*, mais la dernière démarche lui paraît »sehr gewagt«. Der Kaiser sagte, daß jede Veränderung des Bundes im einheitlichen Sinne gegen das Interesse Frankreichs sei, was er auch nicht — »ohne Vereinbarung mit Ihm« — zulassen würde. Er zweifelt, daß es bis zu einem Parlament kommen würde; bis dahin verhalte Er sich ruhig, wird aber jedenfalls preußischen Vorgang nicht begünstigen.« Ferner Metternichs Telegramm vom 11. April, 7^{25} m.: «J'ai la conviction qu'à moins d'une guerre entre nous et la Prusse, l'Empereur ne sortira pas de sa réserve. Lord Cowley a eu un entretien avec Sa Majesté et dit que malgré Ses craintes d'avoir une révolution antifrançaise en Allemagne, Il ne sortira de la neutralité que le jour où la guerre est inévitable ou bien que nous voulussions nous arranger avec Lui sur la question vénitienne.» (H. H. u. St. Arch. Wien.)

J'ai dit à l'Empereur qu'il ne me venait pas à l'esprit de Lui demander de nous aider immédiatement à étayer de Sa puissance les institutions fédérales avant qu'elles ne fussent sérieusement mises en question, mais j'espérais qu'Il appuierait nos efforts quand le moment serait venu. J'ajoutai qu'il était douloureux pour moi de voir que tout le monde en France se montrait plus sympathique au rôle de l'Autriche, à la dignité ainsi qu'au calme de sa résistance, que Son Gouvernement. « Il y a des moments, Sire, » ajoutai-je, « où une sympathie amicalement exprimée laisse un souvenir plus reconnaissant que les plus belles phrases débitées en temps ordinaire. »

Sa Majesté me répliqua de ce ton ému qu'Elle sait si bien prendre quelquefois, que Ses sympathies nous resteraient bien certainement acquises malgré la prudence dont Son gouvernement devait s'entourer dans les circonstances présentes: « Votre position est excellente, » ajouta l'Empereur, « avec de l'énergie et du savoir faire Vous pourrez triompher de la phase qui nous préoccupe tous. Je le désire surtout si une entente entre nous pouvant amener de grands résultats suivait de près les événements. Vous aurez pour Vous la plus grande partie de l'Allemagne et n'avez pas à craindre grand'chose du côté de l'Italie surtout si Vous Vous décidiez à faire usage des leviers puissants, que Vous avez entre les mains et qui font défaut à la Prusse. »

L'Empereur répéta en suite qu'Il s'en tiendrait dans tous les cas à sa déclaration de laisser les Italiens nous attaquer à leurs risques et périls. Il ajouta que le Cabinet de Florence ne pourra probablement pas retenir les Italiens en cas de guerre, mais que nos fortes positions devaient ne pas nous faire craindre des désastres de ce côté-là.

Je conclus de mon entretien avec l'Empereur que s'Il a dit la vérité, Il attendra que la lutte se soit engagée avant de se prononcer. Les commentaires que m'a donnés en suite l'Impératrice me conduiraient à penser que l'Empereur désire nous voir rompre en visière avec la Prusse, neutraliser l'Italie en lui faisant entrevoir les possibilités d'un arrangement pour la Vénétie. Il est vrai qu'Elle ne m'a pas prononcé le mot, mais elle brûlait du désir de recommencer la discussion sur un sujet qu'Elle regarde comme le pivot de notre alliance future. Elle a voulu m'insinuer que si nous nous avancions résolument contre la Prusse, la France ne tarderait pas à nous seconder moralement. J'ai refusé de me laisser entièrement rassurer à cet égard et je Lui ai dit que nous ne pourrions compter dorénavant sur un concours sympathique de la France qu'après en avoir reçu les premières preuves.

Mr. Drouyn de Lhuys a voulu également me faire entendre que le jour où l'on serait bien sûr ici que nous ne retomberions plus dans les bras de la Prusse, nous pourrions compter sur un appui. Je l'ai prié de faire connaître ses idées à cet égard à Mr. de Gramont ne voulant plus quant à moi parler de sympathies et d'appui moral lorsque les faits étaient venus si souvent contredire mes assertions optimistes.

64.

Freiherr v. Wächter an Freiherrn v. Varnbüler

Ausfertigung, eigenhändig. St. Arch. Stuttgart

Paris, den 15. April 1866

Eurer Exzellenz geehrtestes Schreiben vom 12. d. M.[1] habe ich gestern zu erhalten die Ehre gehabt, und es hat mir dasselbe Gelegenheit gegeben, sofort zu Herrn Drouyn de Lhuys zu gehen.

Nachdem ich ihm den Zweck meines Besuchs angekündigt, besann sich derselbe einige Augenblicke in betreff des dem Grafen Damrémont gewordenen Auftrags und sagte: allerdings habe er an die Gesandten bei den deutschen Höfen, aber mehr privatim, geschrieben, um die Ansichten der verschiedenen Regierungen über die gegenwärtigen Zustände kennen zu lernen ...

Die Idee der dritten Staatengruppe, auf die der Minister mehrmals zurückkam, gefiel demselben sehr, nur schien er nicht recht glauben zu wollen, trotz allen gegenteiligen Versicherungen meinerseits, daß die verschiedenen Staaten so viele Selbstverleugnung und dauernde Festigkeit an den Tag legen würden, um bei dem Zustandekommen derselben für alle Eventualitäten daran festzuhalten. Der Minister frug auch wiederholt, ob man denn auch sicher auf Bayern zählen könne?[2] Wenn dieses der Fall wäre, so wäre den vereinigten Staaten die Macht gegeben, sowohl Preußen als Österreich eventuell in Schach

[1] Betrifft den Plan der Südstaaten, auf Konferenzen in Augsburg gemeinschaftlich zu der Frage der Bundesreform Stellung zu nehmen.

[2] Das Mißtrauen der französischen Regierung gegen Bayern und besonders gegen seinen leitenden Minister ging einmal auf die Verhandlungen v. d. Pfordtens mit Bismarck zurück (der seinerseits aus dem französischen Appetit auf die bayrische Rheinpfalz kein Hehl gemacht hatte), sodann auf die (durchaus berechtigte) Neigung der bayrischen Regierung, gegenüber der Gefahr aus dem Westen in engerer Fühlung mit dem nationalen Empfinden zur bleiben. Als v. d. Pfordten in seiner Note vom 31. März sich gegen die Einmischung des Auslandes in die deutschen Angelegenheiten wandte, hatte der französische Gesandte darin eine « sortie anti-française, destinée à une prochaine publicité » (Orig. dipl. 8, 231) gesehen und dem Minister Vorhaltungen gemacht: « Mr. de Pfordten m'a répondu qu'il n'avait fait que rappeler des faits consacrés par l'histoire. J'ai répliqué que, à côté des maux que la guerre amène avec elle, l'histoire a enregistré le bien que nous avons fait, particulièrement à la Bavière, mais j'ai dû renoncer à convaincre mon interlocuteur, et, comme il arrive souvent, nous avons cessé de discuter, en maintenant chacun dans son entier notre manière de voir. Le Baron de Pfordten ... est invinciblement ramené aux sentiments qu'il a professés toute sa vie contre la France » (18. April 1866, Orig. dipl. 8, 282 f.). Drouyn de Lhuys billigte die Kritik des Gesandten: « Nous regrettons ... qu'un esprit aussi élevé que Mr. de Pfordten ne se soit pas attaché à éviter dans sa dépêche les allusions qu'il a faites à l'intervention de l'étranger dans les affaires allemandes. Les souvenirs qu'il a évoqués ne sont plus de ce temps. La conduite du Gouvernement de l'Empereur envers l'Allemagne n'a cessé de protester contre d'injustes défiances » (19. April, Orig. dipl. 8, 286). Pfordten erklärte nach dieser Depesche, die der Vicomte des Méloïzes ihm zu lesen gab, « qu'il ne pouvait pourtant oublier l'histoire », worauf ihm der Franzose erwiderte, « que nous lui demandions au contraire de s'en souvenir » (25. April 1866, Orig. dipl. 8, 332). Da Pfordten fortdauernd dem französischen Gesandten der « inclination pour la Prusse » verdächtig blieb (2. Mai, Orig. dipl. 8, 443), ging man in Paris seit dem 9. Mai dazu über, der bayerischen Regierung das Verständnis für die französische Uneigennützigkeit und Macht etwas handgreiflicher zu erleichtern (Nr. 96).

zu halten. Die fraglichen Staaten bildeten das eigentliche und wahre Deutschland,[1] und das Gewicht ihres von allen kleinlichen Eifersüchteleien befreiten Zusammenhandelns werde von niemand unterschätzt werden dürfen, und es werde so auch den betreffenden Staaten möglich werden, Herr der inneren Situation zu bleiben. Die Intervention Frankreichs in Berlin, solange es sich um rein innere Zerwürfnisse handle, könne er nicht befürworten, sollten aber in der Tat durch das Vorgehen des Grafen Bismarck äußere Gefahren drohen, dann werde es für die hiesige Regierung an der Zeit sein, ihre Interessen zu wahren. Der Kaiser wolle Ruhe und Frieden, die für alle Staaten geboten seien. Über die mögliche Inkorporation der Nordstaaten in Preußen äußerte sich der Minister nicht, indessen darf ich mich in dieser Hinsicht auf die in meinem geft. Berichte vom 11. v. M. enthaltene Äußerung des Kaisers berufen, wie überhaupt auf die stete hiesige Politik gegenüber von Deutschland, namentlich wenn territoriale Veränderungen in demselben angestrebt würden. Das Zusammenhalten der Mittelstaaten wird daher auch hier in so günstiger Weise beurteilt.

65.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris, le 16 avril 1866

... D'après les bruits répandus dans le public on s'attendait à voir le Gouvernement rompre un silence interprêté en faveur des éventualités de guerre. — Le journal officiel n'a rien publié, mais le « Constitutionnel » d'hier contient un article officieux, que j'ai l'honneur de soumettre à Votre Majesté et qui a pour objet de constater l'attitude de neutralité de la France dans la question, en prévision d'une guerre entre l'Autriche et la Prusse. Quelque soit le plus ou moins de confiance que l'on peut accorder aux paroles du « Constitutionnel », tous les hommes politiques sont d'accord sur un point, à savoir que le Gouvernement Impérial continue à faire un double jeu entre la Prusse et l'Autriche; inclinant du côté de la Prusse, qui lui offre le plus de chances pour l'entraîner dans l'action. Toutefois en exerçant une pression sur le Cabinet de Berlin, on négocie d'autre part avec le Cabinet de Vienne. Je sais d'une bonne source que vers le 6 de ce mois une tiers personne a été chargée par le Comte Arese et par Mr. Nigra de sonder encore une fois le Prince de Metternich sur la cession de la Vénétie et de l'assurer que l'Italie préférerait de beaucoup une entente avec l'Autriche à une guerre contre elle.

Cette démarche n'a vraisemblablement pas été ignorée du Gouvernement français. Celui-ci préférerait à coup-sûr un arrangement avec l'Autriche, s'il était possible, et marcherait en tel cas de front avec l'opinion publique qui est on ne peut plus hostile dans tous les rangs à la Prusse. Ces sentiments

[1] Der Gedanke des »dritten Deutschlands« mit seinem rheinbündischen Unterfutter wird bis Anfang Juli einen Nebenstrang bilden, den die französische Politik sich in dem kriegerischen Konflikt zwischen Österreich und Preußen vorbehielt.

se sont manifestés jusqu'au sein du Corps Législatif. A propos de la discussion de la loi sur la marine marchande, Mr. Garnier-Pagès a parlé de Mr. de Bismarck en termes des plus violents auxquels toutes les nuances de la Chambre ont donné leur assentiment . . .

66.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

19 avril 1866, 3^{10} p. m.; arr. 6^{40} p. m.

On approuve ici notre attitude pacifique et nos dernières résolutions qui améliorent encore notre position en face de l'attitude prussienne.[1]

67.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Reserviert. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 21. April 1866

. . . Ich sagte dabei unter anderem, daß ich von sehr besonnenen, von aller Prahlerei freien Militärs hätte äußern hören, man werde sich darüber wundern, wie leicht wir die Österreicher schlagen würden. Der Kaiser schien über dieses Urteil sehr überrascht zu sein . . .

Von mehreren Seiten, und zwar von hochgestellten, dem Kaiser aufrichtig ergebenen Staatsdienern gehen mir täglich Warnungen vor einem Kriege zu, der uns um das linke Rheinufer bringen werde. Allerdings bin ich überzeugt, daß diese Personen in die Absichten des Kaisers nicht eingeweiht sind, welcher mich häufig aufgefordert hat, solchen Insinuationen keinen Glauben zu schenken . . .[2]

[1] Auf die in der preußischen Note vom 15. April ausgesprochene Bereitwilligkeit, die Rüstungen rückgängig zu machen, falls sich Österreich zu derselben Maßregel entschließe, antwortete Graf Mensdorff am 18. April, daß Österreich bereit sei, alle Truppenverschiebungen, durch die sich Preußen beunruhigt fühle, rückgängig zu machen und, falls Preußen die gleichen Entschlüsse fasse, den 25. April dafür in Vorschlag bringe. Die vorübergehende Möglichkeit einer friedlichen Entspannung wurde durch die infolge der italienischen Rüstungen am 21. April verfügte Mobilisierung der österreichischen Südarmee durchbrochen, die am 25. April auch in Berlin der Kriegspolitik Bismarcks das Übergewicht gab. Mit den ersten Befehlen zur Mobilisierung auch der österreichischen Nordarmee am 27. April war die Krisis in ihrer vollen Schärfe von neuem eröffnet.

[2] Vgl. Bericht Usedoms aus Florenz, den 17. April 1866: »König Viktor Emanuel sagte mir vorgestern in der Audienz: er habe gesucht, den »letzten Gedanken« des Kaisers Napoleon in unserem Konflikt mit Österreich herauszubringen, allein vergeblich. Über Italien war Victor Emanuel indes beruhigt. Über Preußen und Deutschland scheint sich Napoleon dagegen etwas auf die Lauer zu legen. Er treibt inzwischen in den Krieg, an dessen Ende er jedenfalls einen Gewinn für sich erhofft, klein, wenn wir siegen, groß, wenn wir besiegt werden. Im äußersten Fall könnten sogar die ›großen‹ Rheingelüste wieder aufkommen, die jetzt in den Hintergrund getreten. Diesen Eindruck etwa machte die Unterredung.« (A. A. Berlin.)

68.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 21 avril 1866, 5^{20} p. m.; arr. 8^{45} p. m.

J'ai demandé à Mr. Drouyn de Lhuys si l'Empereur in irgendwelche Verbindlichkeiten eingegangen sei, die ihn hinderten, sich mit uns im Falle eines Krieges zu verständigen. Il me répondit que l'Empereur est entièrement libre et qu'une entente avec nous lui serait probablement très agréable pourvu qu'elle reste secrète et qu'elle s'étende le plus possible. Ich habe davon Akt genommen und warte die nächsten Ereignisse ab, um fernere Insinuationen zu machen.

Le Ministre des affaires étrangères m'a dit que la Prusse nous répondra d'une façon dilatoire; elle dira « désarmez et nous suivrons Votre exemple ».

69.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 24 avril 1866, 6 p. m.; arr. 9 p. m.

L'Empereur Napoléon m'a entretenu longuement hier soir au sujet des éventualités futures. Il m'a répété qu'il a refusé toute proposition prussienne, parce qu'on Lui promettait des objets de compensation n'appartenant pas à la Prusse. Ses objections contre toute entente qui impliquerait des compensations pour la France[1] sont motivées par la difficulté de rallier les Cabinets et les populations intéressées à une pareille combinaison.

Er sagte mir, Italien habe ihm versichert, daß es keine Konzentrierung in Bologna, noch irgendwo vorgenommen habe, noch vorzunehmen gedenke.

Er würde jeden Vorschlag zur Verständigung seitens Österreichs als einen Beweis freundschaftlicher Intentionen und ehrenden Vertrauens unseres allergnädigsten Herrn mit dankbaren Gefühlen entgegennehmen und prüfen; fragt sich aber, ob der Augenblick schon gekommen sei, weitführende Pläne zu erörtern.

Il croit et comprend que notre dignité ne nous permettra pas de traiter directement avec l'Italie et m'a demandé ce que je savais à ce sujet. Letzteres wäre ihm, wie es scheint, nicht sehr angenehm.

Ich habe mich passiv verhalten und gesagt, wir hätten bis jetzt keinen Entschluß gefaßt.

[1] Vgl. dazu Drouyns Forderung am 29. April, No. 73. Die Erklärung vom 24. April ist nur dann als ehrlich zu betrachten, wenn man unter einem » autonomen Rheinstaat« keine »Kompensation« (im engeren Sinne) versteht.

70.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich! Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 25. April 1866

Die in meinem heutigen Immediatberichte Nr. 209 vorgetragenen Andeutungen, welche der Kaiser Napoleon und sein Minister der auswärtigen Angelegenheiten hinsichtlich der Verhandlung der schwebenden Fragen auf einem Kongreß machten, haben mich zu näheren Erwägungen veranlaßt, deren Resultat ich Eurer Exzellenz in nachstehendem vorzutragen mir erlaube.

Es scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen, daß wenn durch einen Kongreß die Zielpunkte sichergestellt werden könnten, um derenwillen wir nötigenfalls einen Krieg führen wollen, jenes Mittel diesem vorzuziehen sein würde. Ja, selbst wenn durch den Kongreß der Krieg nicht vermieden werden könnte, so würden wir doch in den letzteren aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn er aus dem ersteren hervorginge, unter günstigeren Umständen eintreten als gegenwärtig. Auch ein siegreicher Krieg würde endlich den Kongreß nicht vermeiden und uns keine Sicherheit davor gewähren, durch den letzteren um die Früchte des ersteren gebracht zu werden.

Die einzige Schwierigkeit, welche der Kaiser in einem gemeinsamen Auftreten Preußens, Frankreichs und Italiens auf einem Kongreß findet, besteht in dem Mangel eines Frankreich anzubietenden Kompensationsobjekts. Man weiß, was wir wollen, man weiß, was Italien will, der Kaiser kann aber nicht sagen, was er für Frankreich will, und wir können ihm keinen Vorschlag in dieser Beziehung machen. Ist aber diese Schwierigkeit, wie ich dies anerkennen muß, vorhanden, so muß sie mit noch mehr Macht nach dem Kriege hervortreten als in einem Kongreß vor dem Kriege. Alsdann würden wir noch weniger in der Lage sein, darüber mit dem Kaiser frei zu verhandeln, als jetzt.

Es fragt sich, ob sich diese Schwierigkeit nicht durch die Kombination der verschiedenen schwebenden Fragen umgehen, ob sich nicht mit anderen Worten mit dem Kaiser ein Kongreßprogramm verabreden läßt, welches jeder der drei bezeichneten Mächte Vorteile zusicherte?

Zu diesem Zwecke müßte man in erster Linie das Minimum der Ansprüche einer jeden feststellen. Für Preußen ist dies Schleswig-Holstein, für Italien Venetien. Der Kaiser hat stets erklärt, für die Annexion der Herzogtümer an Preußen keine Kompensation fordern zu wollen; die Erwerbung Venetiens durch Italien hat er sogar als ein Ziel der französischen Politik bezeichnet. Der Kongreß, unter seinen Auspizien in Paris abgehalten, die Koalition ohne Störung des von der öffentlichen Meinung in Frankreich so sehnlich gewünschten Friedens gesprengt, eine neue Gruppierung der Mächte, welche der Natur der Dinge nach keinen bloß vorübergehenden Charakter haben würde — dies müßten, wie ich glaube, dem Kaiser als genügende Äquivalente für die beiden obenbezeichneten Gebietsveränderungen, welche Frankreich nicht schwächen, erscheinen. Als Bedingung für seine positive Unterstützung

der preußischen Erwerbung Schleswig-Holsteins würde er allerdings, um mit seinen früheren Erklärungen konsequent zu bleiben, eine Grenzrektifikation zugunsten Dänemarks, sofern die Bevölkerung Nordschleswigs sie verlangte, fordern müssen.

Es würde aber schwerlich durchzuführen sein, bloß der Schleswig-Holsteinschen und der Venetianischen Frage wegen einen Kongreß zu vereinigen. Andere schwebende Fragen müßten hineingezogen, noch andere von vornherein durch das Programm ausgeschlossen werden.

Zu letzteren gehören die polnische und die deutsche Frage. Um nicht allein die Teilnahme Rußlands an dem Kongreß herbeizuführen, sondern es auch auf demselben zu der Tripelallianz herüberzuziehen, sowie nicht minder in unserem eigenen Interesse, müßte der Kaiser sich anheischig machen, die polnische Frage auf dem Kongreß entweder gar nicht oder doch nur im Wege des Ausdrucks von Wünschen ohne praktische Tragweite zur Sprache zu bringen. In den verschiedenen Verabredungen zwischen dem Kaiser und mir ist von Belgien, von Luxemburg, von Rheinbayern, von der Schweiz, aber nie von Polen die Rede gewesen. Der Kaiser wußte, daß jede Anspielung auf dieses Land genügen würde, um uns von der kriegerischen Aktion gegen Österreich abzuhalten. Aber eine Sicherheit dagegen, daß der Kaiser statt einer Gebietserweiterung für Frankreich die Wiederherstellung eines mit ihm verbündeten Staates im Rücken Preußens fordere, ja, daß er derjenigen der beiden deutschen Großmächte, die hierzu die Hand böte, seine aktive Mitwirkung gewähren könnte, besitzen wir nicht.[1]

Aus anderen Gründen müßte die Autonomie Deutschlands einen Punkt des Programms bilden. Nur dadurch läßt sich eine Vertretung des deutschen Bundes oder gar der deutschen Einzelstaaten auf dem Kongreß vermeiden. Infolge von besonderen Nebenverabredungen könnten dabei Frankreich gewisse Vorbehalte zugestanden werden, z. B. die Ausschließung des Eintritts des österreichischen Gesamtstaats in den Bund, die Begrenzung der militärischen und diplomatischen Führung Preußens bis zu einer gewissen Linie usw. Dies würde nur ausschließen, daß die deutsche Frage auf dem Kongreß beraten würde, nicht aber, daß, falls aus diesem der Krieg hervorginge, dieselbe für Preußen das eigentliche Kriegsobjekt bildete.

Andererseits ließe sich in den Kreis der vom Kongreß zu lösenden Fragen die Konstituierung der Donaufürstentümer unter einem fremden Fürsten hineinziehen. Wenn der Prinz Karl von Hohenzollern nicht voreilig die Wahl definitiv ablehnt, so glaube ich nicht, daß diese Angelegenheit in der nächsten Zeit geregelt sein werde. Die Vermählung dieses Prinzen mit der Prinzessin Eugenie von Leuchtenberg würde vielleicht die Abneigung Rußlands überwinden, die Aufhebung der beschränkenden Bestimmungen des Pariser Friedens hinsichtlich der Schiffahrt auf dem Schwarzen Meer, allenfalls in Verbindung mit der Rückabtretung des an die Moldau zedierten Teils von Beßarabien, jener Macht einen mehr als reichlichen Gewinn gewähren.

[1] Allerdings hatte Napoleon in dieser Situation keinen Anlaß, auch die polnische Frage in seine Pläne hineinzuziehen: das verbot schon die Rücksicht auf Rußland.

Gelänge es durch diese Kombination, Rußland zum Anschluß an die Tripelallianz zu gewinnen, so würde auch für Frankreich eine Entschädigung durch nichtdeutsches Gebiet ausfindig zu machen sein, welcher sich weder England noch Österreich zu widersetzen imstande sein würden. Die erstere Macht ist zu einem aktiven Eingreifen an sich wenig geneigt und die letztere würde in eine Isolierung versetzt werden, welche jeden Widerstand gegen eine Lösung der deutschen Frage im preußischen Sinne ausschließen dürfte.

Ich verkenne durchaus nicht, daß die vorstehenden Gedanken mancherlei Einwendungen unterliegen; aber ich glaube, daß sie zu einem Leitfaden zu ferneren vertraulichen Besprechungen mit dem Kaiser Napoleon dienen könnten, zu welchen ich Eure Exzellenz im Falle des Einverständnisses mich zu ermächtigen bitten würde.[1]

71.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 25. April 1866

Auf dem vorgestrigen Hofballe unterhielt der Kaiser Napoleon sich längere Zeit mit mir, nachdem Seine Majestät vorher dem Fürsten Metternich und mir bei der ersten Begrüßung gesagt hatte, es habe einen wohltätigen Einfluß auf die Kurse ausgeübt, daß man uns am vorhergehenden Tage bei dem Wettrennen freundschaftlich miteinander habe sprechen sehen.

Der Kaiser, welchem ich den wesentlichen Inhalt unserer Rückantwort nach Wien, soweit mir derselbe durch die telegraphische Mitteilung des Grafen Bismarck bekannt war, sowie die Nachrichten über die Fortsetzung und Ausdehnung der österreichischen Rüstungen erzählte, schien zu glauben, daß die Gefahr des Ausbruchs eines Krieges zwischen den beiden deutschen Großmächten momentan beseitigt sei, daß Eurer Majestät Regierung aber infolge des mit Italien abgeschlossenen Vertrages in einen zwischen diesem Lande und Österreich ausbrechenden Krieg mit hineingezogen werden könnte. Er nahm dabei an, daß eine förmliche Offensiv- und Defensivallianz auf drei Monate abgeschlossen worden sei, während ich auf Grund der früheren Mitteilungen des Grafen Bismarck die Vermutung aussprach, daß nur ein eventueller Vertrag vorliege, dessen praktische Bedeutung noch bis zum entscheidenden Augenblick von den freien Entschließungen jeder der beiden kontrahierenden Mächte abhinge.[2] Es ist vielleicht eine Folge dieser verschiedenen Voraussetzungen, daß ich, wie ich jetzt glauben muß, eine Äußerung des Kaisers falsch ver-

[1] Am 28. April 1866 telegraphierte Bismarck an Goltz: »Seine Majestät der König hat sich mit Ihrer im Bericht Nr. 210 entwickelten Auffassung der Kongreßfrage und mit der am Schlusse des Berichts gewünschten Ermächtigung einverstanden erklärt.« (A. A. Berlin.)

[2] Napoleon ist über den Inhalt des preußisch-italienischen Vertrages vom 8. April genauer orientiert als Graf Goltz.

standen habe. Ich glaubte, Seine Majestät deute die Möglichkeit eines österreichischen Angriffs gegen Italien an, worauf ich die Überzeugung aussprach, daß das Wiener Kabinett einen solchen Angriff nicht wagen werde. Nachdem ich indessen vernommen, daß der Kaiser gestern infolge einer Anfrage aus Florenz dorthin hat telegraphieren lassen, man möge sich ruhig verhalten, da der Versuch (es zum Kriege zu bringen) mißlungen sei (le coup étant manqué),[1*] so muß ich jetzt annehmen, daß Seine Majestät von einem Angriff Italiens gegen Österreich hatte reden wollen.

Der Kaiser bemerkte demnächst, daß der von ihm vor zwei Jahren vorgeschlagene Kongreß vielleicht unter Vermeidung des Krieges die Erreichung unserer Zielpunkte herbeiführen könnte. Als ich darauf meine persönliche Ansicht als solche dahin äußerte, daß ich einen Kongreß, der eine zur Ausübung eines Zwanges gegen die Gegner geeignete Gruppierung der Mächte herbeiführen könnte, dem Kriege vorziehen würde, fuhr der Kaiser fort: die Schwierigkeit liege nur in der Frankreich zu gewährenden Kompensation. Wenn wir ein Savoyen hätten, so würde die Sache leicht zu machen sein. Wir wollten aber vom Rheine nicht sprechen hören, und dies verstehe er. Über anderer Herren Länder könne man indessen doch auch nicht so ohne weiteres verfügen. Ich erwiderte, ich sei allerdings der Ansicht, daß, wenn man Eurer Königlichen Majestät 5 Millionen neuer Untertanen als Äquivalent für eine Million abzutretender alter Untertanen böte, ein solcher Tausch unannehmbar sein würde. Die moralische Einbuße wäre größer als der materielle Vorteil. Der Kaiser erkannte diese Auffassung als richtig an.

Durch eine Unterredung, welche ich gestern mit Herrn Drouyn de Lhuys hatte, habe ich mich überzeugt, daß das Zurückkommen des Kaisers auf den Kongreßgedanken ein überlegtes war. Denn der Minister gestand mir ein, daß er Seiner Majestät in diesem Sinne gesprochen hätte. Er bemerkte dabei, daß ein einiges Auftreten Frankreichs, Preußens und Italiens die meisten anderen Mächte zu uns herüberziehen würde. Man könnte dabei vom Kleineren ausgehen, um allmählich zum Größeren zu gelangen, und die zu bringenden Opfer und auf sich zu nehmenden Gefahren in ein richtiges Verhältnis zu den in Aussicht genommenen Vorteilen bringen. Für einen kleinen Gewinn könne Frankreich kein großes Wagnis eingehen, und deshalb habe es auch die verschiedenen, ihm auch von Österreich zugegangenen Eröffnungen zurückgewiesen. Etwas anderes wäre es dagegen, wenn ein wirklich großes Ziel gesteckt würde.

Eurer Königlichen Majestät Ministerpräsidenten werde ich mir erlauben, diejenigen Betrachtungen vorzutragen, welche sich nach meinem Dafürhalten an die vorstehenden, vom Kaiser Napoleon und seinem Minister mir gemachten Andeutungen naturgemäß zu knüpfen scheinen.

Randbemerkung Bismarcks:

[1*] ist die Tatsache, die Übersetzung, die Schlußfolgerung richtig?

72.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 28 avril 1866, 4^{55} p. m. ; arr. 8^{20} p. m.

L'Empereur m'a reparlé de l'idée du congrès. Il croit qu'il serait réalisable si 3 ou 4 Puissances pouvaient s'entendre d'avance et assurer leur concours. Il n'en veut pas prendre l'initiative, mais je crois qu'il s'attend à ce que nous lui fassions des propositions. Er glaubt, in Berlin würde man Schwierigkeiten machen. Je n'ai pas voulu approfondir avant de connaître Votre manière de voir. Es wäre gut, die Übertreibung über unser armement en Vénétie zu widerlegen. L'Empereur croit pouvoir certifier que les Italiens ne nous attaqueront pas avant que des faits de guerre n'aient eu lieu avec la Prusse, mais il ne peut en conscience rien garantir.

Das Eingehen in die Idee des Kongresses unter Bedingungen einer entente préalable avec la France et l'Angleterre schien mir ein nicht zu unterschätzender Schachzug.

73.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, den 29. April 1866, 9^{45} a. m.; arr. 6^{20} p. m.

Mr. Drouyn de Lhuys m'a dit: Der Kaiser würde im Falle, daß das Resultat des Krieges eine Offensivverstärkung Deutschlands unter preußischer oder österreichischer Oberleitung zur Folge hätte, gewisse Kompensationen oder Garantien verlangen. Er glaubt, daß, wenn wir aber eine Neutralisierung der Rheinlande sous une dynastie neutrale quoique allemande versprechen könnten, de manière qu'il serait également interdit à la France et à l'Allemagne d'y toucher,[1] so würde Frankreich uns und unsere Freunde in Deutschland gerne vergrößern und es zu einer Verständigung wegen Italien kommen lassen.

[1] Das Programm des rheinischen Pufferstaats wird die entscheidende Voraussetzung der österreichisch-französischen Vertragsverhandlungen sein, sowohl im ersten Stadium vom Anfang Mai, das ohne Ergebnis blieb, als in dem zweiten Stadium vom 3. Juni ab, das zu dem Vertrage vom 12. Juni führte, bei dessen Abschluß diese Voraussetzung durch mündliche Erklärung der österreichischen Unterhändler am gleichen Tage (Nr. 148) ausdrücklich anerkannt wurde. Wenn das, was stillschweigende Voraussetzung war, im Laufe der Verhandlung nicht ausdrücklich in den Akten erwähnt wird, so liegt das daran, daß man auch in Wien die partie honteuse des Ganzen, die vor den Deutschen streng geheimgehalten werden mußte, sehr wohl empfand.

Daß ein neutraler Rheinstaat unter Ablösung vom Deutschen Bunde vom Beginn der deutschen Krisis an das Endziel Napoleons (freilich nicht das einzige) war, geht schon aus der ersten Meldung von Goltz im Februar 1864 (Nr. 13) hervor; in den Eröffnungen Vimercatis an Loë (Nr. 94) und in den Entwürfen Persignys (Nr. 110. 112) kehrt es wieder, und wird auch in den Kongreßverhandlungen im Mai 1866 als Ziel bezeichnet (Nr. 99 Anm. 2). Der Pufferstaat ließ sich formell in Einklang mit dem Nationalitätenprogramm Napoleons und seiner Enthaltsamkeit von deutschem Boden bringen; man konnte ihn zur Not innerhalb des Deutschen Bundes zulassen, aber auch »unter französischen Schutz«

74.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 1 mai 1866, 2 p. m.; arr. 3^{50} p. m.

On attend à une manifestation pacifique, soit dans le «Moniteur», soit à la Chambre, jeudi, pour donner satisfaction à l'opinion publique. Kaiserin hat mir heute abend gesagt,[1] daß die Italiener gemahnt worden sind, ihren finanziellen Ruin nicht durch unnütze Armierungen herbeizuführen. Elle avoue que la France est dure pour nous[2] à cause des expériences faites lors des affaires de Pologne et de Gastein, mais elle m'assure que tout changera lorsque nous aurons précisé des propositions.

75.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Geheim. Durch Königlichen Feldjäger

Paris, den 1. Mai 1866

Infolge des geehrten Telegramms Eurer Exzellenz Nr. 220 hatte ich bereits vorgestern auf vertraulichem Wege zur Kenntnis des Kaisers gebracht, daß Seine Majestät der König geneigt sei, auf die Idee eines Kongresses einzugehen, zuvor es aber für notwendig halte, sich mit dem Kaiser über ein gemeinsames Programm zu verständigen.

Schon vorher hatte ich gehört, daß der Kaiser dem Fürsten Metternich ähnliche Andeutungen wie mir gemacht hatte, worauf derselbe in ähnlicher Weise geantwortet zu haben scheint.

Herr Drouyn de Lhuys sagte mir vorgestern abend (29. April), Eure Exzellenz hätten Herrn Benedetti gegenüber geäußert, daß es zweckmäßiger sein dürfte, den Kongreß nach dem Kriege zu veranstalten, anstatt vorher — eine Äußerung, welche aus Anlaß meines Telegrammes vom 24. April Nr. 205 geschehen zu sein scheint. Ich erwiderte dem Minister, daß die neueren Mitteilungen Eurer Exzellenz nicht damit übereinstimmten. Die Königliche Regierung halte es nur für notwendig, sich mit Frankreich und Italien vorher über eine gemeinsame Haltung zu verständigen. Nur wenn eine solche Verständigung gelänge, und zumal wenn es möglich wäre, den Anschluß einer anderen Macht, z. B. Rußlands, dazu zu gewinnen, würde der Kongreß die Aussicht bieten, den Krieg zu verhindern oder doch den letzteren unter Um-

zur Annexion stellen. Wenn der Pufferstaat nach seiner Durchführung nur als Durchgangsstufe gedacht war, so war er während der deutschen Krise ohnehin nur ein Minimalprogramm, das durch die Abtretungsverhandlungen mit Preußen («le petit Rhin») ergänzt und durchkreuzt wurde.

[1] Auf dem Hofball am 30. April, vgl. Nr. 75, Anm. 2.

[2] Diese auch äußerlich beobachtete kühle Haltung dient dazu, die österreichischen Staatsmänner mürbe für das Angebot der Abtretung Venetiens zu machen, die dann in den Tagen vom 3. bis 5. Mai erfolgt.

ständen einzuleiten, welche mit Zuversicht einen günstigen Erfolg versprächen. Ich warf dabei hin, daß für den Kaiser die Vereinigung des Kongresses an sich von hoher Wichtigkeit sein dürfte. Sein Ansehen würde dadurch in hohem Grade wachsen und die so friedliebende öffentliche Meinung in Frankreich würde ihn nach den materiellen Verlusten, welche die bloße Furcht vor dem Kriege herbeigeführt habe, als Erhalter des europäischen Friedens preisen. Andererseits sei ich überzeugt, daß bedeutende Territorialvergrößerungen kein wesentliches Bedürfnis Frankreichs seien, indem die einzigen Gefahren für dieses Land und seine Dynastie eben in seiner Macht beständen, von der sich die anderen Staaten periodisch bedroht gesehen hätten, und indem daher mit jedem Gebietszuwachs, wie dies schon der unbedeutende Erwerb Savoyens gezeigt habe, das Mißtrauen wachsen und hiermit der berechtigte Einfluß Frankreichs in Europa sich vermindern müsse. Der französische Minister erwiderte mir aber: »Quant au prestige nous en avons assez, cela ne prend plus; nous ne combattrions plus pour une idée. Si d'autres agrandissent, il faut que nous en fassions autant. Si c'est peu, nous nous contenterons de peu; si c'est quelque chose de grand, il nous faut également quelque chose de grand.« Ganz in demselben Sinne bezeichnete Herr Drouyn de Lhuys gestern abend dem bayrischen Gesandten das französische Programm mit folgenden Worten: »Donnant, donnant; pas autrement.«[1]

Nach der erwähnten, mir gemachten Äußerung beschränkte ich mich in der Unterredung, welche ich gestern mit Herrn Drouyn de Lhuys hatte, darauf, mit Rücksicht auf die schnelle Entwicklung, welche die Ereignisse durch die Rüstungen Österreichs und die Gegenrüstungen Italiens zu nehmen drohten, einen Zweifel darüber auszusprechen, ob der Kongreß vor dem Kriege noch möglich sei? Der Minister erwiderte darauf, er fürchte auch das Mittel zu verbrauchen, wenn man es zu häufig ohne Erfolg vorschlüge.

Gestern abend (30. April) zog der Kaiser mich auf dem Hofballe[2] in eine

[1] Die abkürzende Wiedergabe dieser Äußerungen bei Sybel 4, 366, ist ungenau.

[2] Über die äußeren Hergänge auf dem Hofball vom 30. April berichten höchst anschaulich die ungedruckten Tagebücher des Legationssekretärs v. Radowitz:

»Der Ausdruck dieser Stimmung spiegelte sich besonders charakteristisch heute abend auf dem Hofball in den Tuilerien wieder, zu dem die ganze preußische Botschaft geladen war. Die Gesellschaft war etwas zahlreicher als sonst auf den kleinen Bällen; namentlich viel Herren, und ältere in der Mehrzahl; auch recht viel unbekannte Physiognomien. Von vornherein nahm gleich das Ganze den Anstrich einer politischen Versammlung. Als man Musik machte und tanzte, sah das beinahe wie eine Indiskretion und Leichtsinn aus. Der Kaiser gab das Zeichen zur allgemeinen Präokkupation dadurch, daß er bald nach seinem Eintritte in den Saal mit Goltz in den leeren Nebensaal ging und dort in einer Fensternische, von allen gesehen, eine lange und sehr lebhafte Konversation hatte. Von nun an gab es nur noch politische Gruppen, jeder hatte seine Bemerkung zu machen, jeder hielt sich für verpflichtet, eine ernste und vielsagende Miene aufzusetzen. Ich mischte mich so viel als möglich in die Gruppen und hörte viele Dinge, die mich amüsierten und interessierten. Man wollte bemerkt haben, Metternich sei kalt gegrüßt worden; der Kaiser habe noch nie so lebhaft gesprochen, wie in der Fensternische mit Goltz; die Kaiserin sei sehr verstimmt; dagegen wollten viele konstatieren, die Mitglieder der preußischen Botschaft seien auffallend heiter — namentlich als wir vier zusammen in einer Quadrille tanzten. Der historische Witz von »Nous dansons sur un volcan« machte die Runde. Wenn

Fensternische. Er knüpfte zuerst an die ihm von mir in Aussicht gestellte Mitteilung an, welche ich ungefähr in derselben Weise einleitete, wie ich sie dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten gemacht hatte. Ich fügte hinzu, daß vielleicht der Kongreß die Ereignisse nicht mehr würde aufhalten können, nachdem die törichten Kriegsvorbereitungen Österreichs Italien zu entsprechenden Rüstungen gezwungen hätten und die Regierung dieses Landes dem nationalen Enthusiasmus gegenüber schwerlich in der Lage sein dürfte, dieselben wieder abzustellen.

Der Kaiser ging auf dieses Thema nicht näher ein, sondern machte mir, nachdem er mir dringend die strengste Verschwiegenheit anempfohlen hatte, folgende Eröffnung:

Es seien ihm bereits von österreichischer Seite Andeutungen gemacht worden, welche sich mit dem Fortschreiten der Ereignisse in kriegerischer Richtung ohne Zweifel mehren und zu präziser formulierten Anerbietungen gestalten würden. Er verständige sich lieber mit Preußen als mit Österreich. Ich kennte seine Freundschaft für den König und seine Sympathien für Preußen. Er würde aber auf die Dauer die Eröffnungen Österreichs nicht ablehnen können, wenn ihm nicht unsererseits gleich annehmbare Anerbietungen gemacht würden. Der Moment schiene ihm daher gekommen, daß Seine Majestät der König in dieser Beziehung einen Entschluß fasse. Auf meine Andeutung, daß es diesen Entschluß erleichtern würde, wenn der Kaiser seine Zielpunkte bezeichnete, ließ er sich zuerst nicht ein. Im ferneren Laufe des Gesprächs sagte er aber, ich müsse wissen, daß die Augen des ganzen Landes nach dem Rheine (*vers* le Rhin) gerichtet seien.[1]

einer von uns mit einem österreichischen Kollegen sprach: — ah, ils sont encore ensemble, nous aurons donc la hausse, — tant que vous causez; il n'y a pas encore de danger! Nigra war andererseits wieder der Held des Abends, sprach aber wenig. Die Entente zwischen Florenz und Berlin galt als ausgemacht, alle Bemerkungen s. g. Sachkundiger liefen darauf hinaus. Der Kaiser sprach nach seiner Konversation mit Goltz lange mit Nigra: die Sache war nun klar. Dann kam Drouyn de Lhuys, ebenfalls im geheimen Zwiegespräch mit Caesar. Der kleine deutsche Diplomat, vertreten durch Wächter, Wendland und Bornemann (auch Enzenberg), namentlich in großer Aufregung ... Wendland attackierte gleich Drouyn de Lhuys. Ich stand hinter ihm und hörte, wie Drouyn de Lhuys sagte: «Savez-vous ce que nous ferons? Donnant, donnant — pas autrement.» Dieses war jedenfalls die interessanteste Bemerkung, die ich hörte, und vielleicht die sachgemäßeste. Die Fürstin Metternich war sehr aufgeregt und schimpfte laut auf unsere Verhandlungen mit Italien. »Ich muß Goltz noch suchen, um mich auszuschimpfen,« sagte sie, »er kann zwar nichts dafür, aber ich muß meine Galle kühlen.« Besondere Bonmots wie neulich, wo sie die Abwesenheit ihres Mannes damit entschuldigte: «Il a la Prusse», sind nicht bekannt geworden.«

[1] Die Wiedergabe bei Sybel 4, 366 (»Die Augen meines ganzen Landes sind auf den Rhein gerichtet«) enthält eine leise Verschärfung. Th. v. Bernhardi bemerkte zu dieser Stelle des ihm von Usedom mitgeteilten Berichts: »Ohne weiteres das linke Rheinufer von uns verlangen, daran kann Napoleon nicht denken, solange er nicht glänzende Siege erfochten hat. Man muß dabei wohl im Sinne behalten, was Napoleon ‚le petit Rhin' zu nennen pflegt: die 1814 abgetretenen Gebiete« (Aus dem Leben Th. v. B. VII, 38).

Es ist bemerkenswert, wie in diesen kritischen Tagen in der französischen Gesellschaft überall die »Rheinfrage« erörtert zu werden beginnt. Ende April sagt Graf Vimercati zu Canrobert: Der Kaiser ist für uns, im Falle einer Niederlage wird er sich gegen ein Eindringen in Italien aussprechen; im Falle des Sieges wird er uns Venetien verschaffen und

Der Kaiser ließ sich noch von mir die größte Diskretion versprechen, indem er mir sagte, daß niemand, auch Herr Benedetti nicht, davon erfahren solle. Er ermächtigte mich, die Mitteilung zur Kenntnis Eurer Exzellenz zu bringen und dabei den dringenden Wunsch auszusprechen, daß nur Seine Majestät der König davon erfahre. Ich habe dies mit der Versicherung zugesagt, daß wir es als Ehrensache betrachten würden, über diese Angelegenheit, welches auch ihr Ergebnis sein möchte, das strengste Stillschweigen zu beobachten.

Ich habe die Loyalität und Offenheit des Kaisers[1*] dankbar anerkannt, mir aber ähnliche Andeutungen, wie die Herrn Drouyn de Lhuys gemachten, hinsichtlich der Gefahren einer Vergrößerung Frankreichs im Interesse dieser Macht und der Dynastie erlaubt. Der Kaiser erwiderte, das möge wohl sein; aber das ganze Land denke anders darüber.

Der Kaiser hält also jetzt den Moment für gekommen, in die in dem Schreiben Seiner Majestät des Königs[1] vorgeschlagene nähere Verständigung einzutreten. Dieser Moment ist vielleicht für ihn durch die gegen seinen Rat von Italien unternommenen Rüstungen beschleunigt worden. Er konstatiert offen die günstige Lage, in der er sich befindet, zwischen den Anerbietungen Preußens und denen Österreichs wählen und danach seine Haltung regeln zu können. Er ist bemüht, uns die Priorität dieser Verhandlungen zu wahren.

Dieser Aufforderung ist nicht auszuweichen. Wenn wir sie ablehnten, so müßten wir entweder gleichzeitig die bisherige Politik aufgeben und Österreich Zugeständnisse machen, welche eine Verzichtleistung auf die bescheidensten, in der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit verfolgten Zielpunkte, sowie auf das Bundesreformprojekt wären, oder wir müßten auf eine Verständigung zwischen Österreich und Frankreich gefaßt sein, welche uns um alle Früchte eines siegreichen Krieges bringen, für den Fall der Niederlage aber die Existenz Preußens bedrohen würde. Auch läßt sich nicht verkennen, daß Österreich dem Kaiser als Preis für sein Bündnis Belgien oder die Rheinprovinz ebensogut oder sogar noch leichter anbieten könnte als wir, und dürfte es in dieser Beziehung keine Skrupel mehr haben, seitdem es von der Existenz eines Preußisch-Italienischen Bündnisses, welches Österreich mit dem Verluste des Festungsvierecks bedroht, überzeugt zu sein glaubt. Was uns allein in dieser Richtung einige Sicherheit gewährt, ist allerdings eben dieses Bündnis, welches es dem Kaiser, der Italien zu Venetien verhelfen will, außerordentlich erschweren würde, sich anders als diplomatisch gegen uns zu wenden, solange nicht Österreich diese Provinz abzutreten bereit ist.

Meine Ansichten über die Abtretung preußischen und deutschen Gebiets sind Eurer Exzellenz bekannt. Daß Seine Majestät der König Untertanen des höchsten politischen Gutes, ihrer Nationalität, sowie der Segnungen verlustig

wird für sich das linke Rheinufer nehmen (G. Bapst, Le Maréchal Canrobert 4, 30). Am 2. Mai 1866 meldet der württembergische Gesandte Frhr. v. Wächter: »Wie mir erzählt wird, hat Baron Budberg auf die Frage einer hochgestellten Sommität, wie alles enden werde, geantwortet: «Par la perte de la Vénétie pour l'un et la perte du Rhin pour l'autre.» (St. Arch. Stuttgart.)

[1] Vom 3. März 1866, Nr. 35.

gehen lasse, welche sie seit 50 Jahren, ja zum Teil sogar mit einer kurzen Unterbrechung, seit Jahrhunderten unter preußischem Zepter genießen, scheint mir so völlig unmöglich, daß ich mich dabei nicht aufzuhalten brauche. Eine solche Abtretung würde Preußens deutscher Zukunft den Todesstoß versetzen. Ob andererseits der Kaiser sich mit einer Anweisung auf ein fremdes Land, dessen Erwerb ihn zu einem Kriege gegen andere Mächte nötigen könnte, begnügen würde, ist fraglich. Ich fange an es zu bezweifeln. Jedenfalls würden wir aber dann 2* ein größeres Objekt ins Auge zu fassen haben, als die bloße Aufhebung einer diplomatischen Scheinvertretung bedeutungsloser Kleinstaaten im Auslande und die organische Zusammenfügung der Truppen dieser Länder, über welche wir im Kriegsfalle, von so exzeptionellen Verhältnissen wie die jetzigen abgesehen, doch verfügen können, mit der preußischen Armee. Es fragt sich, ob Seine Majestät der König sich ein so weitgehendes Ziel wird stellen, nämlich der Souveränität der norddeutschen Fürsten ein Ende machen und uns (sic!) zugleich über Belgien und Luxemburg oder Teile dieser Länder verfügen wollen?

Wäre es nur gelungen, uns die Sympathien der schleswig-holsteinschen Bevölkerung zu erwerben, so würde Frankreich gegen die Einverleibung der Herzogtümer keinen Einspruch haben erheben können. Noch weniger denkbar wäre ein solcher Einspruch gegen ein den Februarbedingungen ohne den Fahneneid entsprechendes Verhältnis. Wenn ferner die Aufnahme der deutschen Frage und die Berufung eines nach dem allgemeinen Stimmrecht zu wählenden Parlaments in Deutschland gezündet hätte, so würde der Kaiser Napoleon einer nationalen Bewegung kaum entgegenzutreten gewagt haben. Aber seine Nachrichten aus Deutschland scheinen ihn darüber zu beruhigen, und jedenfalls ist die Abneigung gegen jede, die deutschen Kräfte ganz oder auch nur zum Teil einer größeren Konzentrierung und einheitlicheren Leitung entgegenführende, hierdurch aber zu einer Offensive befähigende Organisation des durch seine bisherige Verfassung zu einer bloß defensiven Rolle verurteilten Deutschen Bundes in allen politischen Parteien und Kreisen Frankreichs so allgemein, um über jene Rücksicht das Übergewicht davonzutragen. Ein französischer Souverän, welcher den im Deutschen Bunde und in allen politischen Parteien der deutschen Einzelstaaten vollzogenen Auflösungsprozeß und einen Krieg zwischen den beiden deutschen Großmächten nicht allein unbenutzt ließe, sondern auch die Bildung einer stärkeren deutschen Organisation an seinen Grenzen ohne alle Entschädigung für Frankreich indirekt begünstigte, würde alle Traditionen der französischen Politik dergestalt verletzen, daß er dadurch sich und seiner Dynastie das Grab bereiten müßte.

Ich bemerke dabei, daß ich an maßgebenden Stellen stets bemüht gewesen bin, der Auffassung Eingang zu verschaffen, daß eine Stärkung Preußens diese Macht befähigen würde, ihre Politik von den nordischen Einflüssen freizumachen und daß dies Frankreich zum Vorteile gereichen müßte. Ich bin aber der festgewurzelten Ansicht begegnet, daß die Hinneigung der preußischen Politik zu Rußland und Österreich nicht sowohl auf seiner relativen Schwäche als vielmehr auf Familientraditionen und verwandtschaftlichen Sympathien

beruhe, diese Einflüsse aber immer wieder von neuem die Oberhand gewinnen und daher eine eventuelle Koalition durch den Machtzuwachs Preußens verstärkt werden würde. Der Kaiser mag diese Vorurteile in geringerem Maße hegen als alle anderen politischen Männer Frankreichs, aber ganz frei davon ist auch er nicht.

Ob und unter welchen Bedingungen es noch möglich ist, Österreich gegenüber einzulenken, bin ich außerstande zu beurteilen. Unzweifelhaft ist mir aber, daß wir nicht einen Kampf gegen ein durch Frankreich eventuell gedecktes Österreich, welchem sich unter solchen Umständen wahrscheinlich sämtliche deutsche Mittelstaaten und Dänemark anschließen dürften, würden aufnehmen können. Ein solcher Kampf würde nur um die Existenz geführt werden können, und eine Volksbegeisterung voraussetzen, wie sie leider bis jetzt durchaus nicht hervortritt.

Der Kaiser ist nach meiner Ansicht loyal verfahren, indem er uns vor dem Ausbruch des Krieges die Notwendigkeit, Vorteile für sich zu stipulieren, angekündigt und uns in die Lage versetzt hat, den Anerbietungen Österreichs zuvorzukommen. Die Stimmung in Frankreich macht ihm dies zum unausweichlichen Gebote, wenn er nicht seinen Thron gefährden will; denn selbst in den imperialistischen Kreisen wird seine passive und hierdurch, wie man sagt, indirekt zum Kriege ermutigende Politik allgemein, laut und leidenschaftlich verurteilt. Ich glaube daher auch, daß kein Augenblick zu verlieren ist, um mit dem Kaiser entweder eine feste Vereinbarung zu treffen oder solche entbehrlich zu machen, und bitte ich Eure Exzellenz deshalb gehorsamst, mich von den Entschließungen Seiner Majestät des Königs mit größter Beschleunigung in Kenntnis setzen zu wollen.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen bemerke ich noch, daß mir durch die Eröffnungen des Kaisers ein Kongreß an sich nicht ausgeschlossen zu sein scheint. Sie zielen auf eine Verständigung für den Fall von europäischen Beratungen ebensowohl als für den Fall eines Krieges, der den letzteren voranginge.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* !

2* also doch.

76.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Geheim! Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 2. Mai 1866

Eurer Exzellenz geehrtes Telegramm Nr. 226 benachrichtigte mich, daß die ununterbrochenen österreichischen Rüstungen gegen Norden die unsrigen dergestalt überholt haben, daß jede Stunde Verzögerung in unseren Maßregeln uns der größten Gefahr aussetzte.

Ich habe mich darauf beeilt zu tun, was ich der Natur der Sache wegen und zur Vermeidung der Mißverständnisse, welche die telegraphische Kürze so

leicht hervorbringt, anfänglich unterlassen zu müssen geglaubt hatte: nämlich den Sinn meines geheimen Berichts vom gestrigen Tage telegraphisch anzudeuten. Zugleich habe ich bemerkt, daß dadurch zwar Entschlüsse, welche den Krieg unvermeidlich machen würden, nicht aber notwendig Gegenrüstungen ausgeschlossen werden dürften.

Der Ernst der Lage hat mich darauf zu weiteren Erwägungen veranlaßt, deren Ergebnis Euere Exzellenz in meinem zweiten Telegramm Nr. 222 gefunden haben werden.

In der Tat können, wenn die fortgesetzten österreichischen Rüstungen uns mit Gefahr bedrohen, die Eröffnungen des Kaisers Napoleon und die daraus sich ergebenden Folgerungen uns nicht der Sorge für unsere Sicherheit entheben; sie müssen dieselbe vielmehr verdoppeln. Wenn der Kaiser auf gleich günstige Anerbietungen unsererseits lieber eingeht als auf diejenigen Österreichs, so wird er dies um so eher, wenn wir dieser Macht gegenüber in voller Stärke dastehen; alsdann können wir weniger bieten, resp. Österreich leichter überbieten, als wenn letzteres momentan militärisch stärker ist als wir.

Deshalb geht mein bereits telegraphisch angedeuteter, durch Euerer Exzellenz geehrte Mitteilung über die gefährlichen Rüstungen Österreichs veranlaßter Vorschlag dahin: die ganze Königliche Armee sofort vollständig mobil zu machen und an der österreichischen Grenze zu konzentrieren.

Gelingt es uns dadurch, den von Österreich in den Rüstungen gewonnenen Vorsprung wieder einzuholen und diese Macht mehr zu bedrohen, als wir von ihr bedroht sind, so kommen wir in die Lage, mit einiger Aussicht auf Erfolg mit Österreich verhandeln zu können. Wir würden dabei einen um so versöhnlicheren Ton anschlagen und um so gemäßigtere Bedingungen stellen müssen, je weniger wir in der Lage wären, die Wünsche des Kaisers Napoleon zu befriedigen, insbesondere ihm preußische Gebietsteile anzubieten, welche ihm Österreich, aller Wahrscheinlichkeit nach, schon angeboten hat. Denn so muß ich mir jetzt die am Schlusse meines gestrigen Berichts Nr. 217 angeführten Äußerungen über den moralischen Vorteil erklären, welchen Österreich durch seine Rüstungen gegen Italien, und das dadurch provozierte Eingeständnis der Solidarität zwischen Preußen und dieser Macht, zu erlangen hoffte. Sobald Österreich die Gewißheit von unserem Vertrage mit Italien erlangt zu haben glaubte, suchte es seine Existenz öffentlich zu konstatieren;[1*] demnächst bot es wahrscheinlich[2*] Frankreich preußisches Gebiet an und hiervon wollte mich der Kaiser am Montag abend avertieren.

Jene Verhandlungen mit Österreich müßten mit großer Beschleunigung geführt werden, ihrer Ablehnung sofort der Angriff folgen; denn wer den ersten Kanonenschuß abfeuert, darauf kommt es, wie sich die Dinge jetzt entwickelt haben, nicht mehr an. Der Krieg kann die materiellen Verluste, welche die Besorgnis davor in den neutralen Ländern herbeigeführt hat, nicht mehr wesentlich steigern; er würde vielmehr vielfach als eine Erlösung betrachtet werden, in der Hoffnung auf baldige Beendigung. Andererseits dürfen wir den italienischen Enthusiasmus nicht verrauchen, dieses Land nicht in kostspieligen, militärischen Demonstrationen sich erschöpfen lassen. Endlich müssen wir

suchen, durch die schnelle kriegerische Entwicklung, sowie durch unsere Negoziationen mit Österreich die Verhandlungen zwischen dieser Macht und Frankreich zu stören, wozu auf der anderen Seite auch der Ausbruch des Krieges zwischen ersterer Macht und Italien wesentlich beitragen würde. Gleichzeitig müssen wir mit dem Kaiser Napoleon schleunigst in Verhandlungen treten; ich würde aber die peinliche Aufgabe zu erfüllen haben, dieselben möglichst langsam zu führen. Wir dürfen ihm nur fremdes Land, und zwar anfänglich nicht so wenig, daß er sich sofort unwillig mit Österreich einlassen möchte, aber auch nicht zu viel bieten, dagegen die Hoffnung auf mehr lassen. Ehe diese Verhandlungen beendigt sind, müssen wir uns mit Österreich verständigen oder ihm einen entscheidenden Schlag versetzen. Im letzteren Falle können und müssen wir es wagen, dem Kaiser Napoleon jeden Fußbreit deutschen Landes abzuschlagen.[1] Wir kommen dann in eine gefährliche Lage, stellen aber gleichzeitig mit der moralischen Vernichtung Österreichs unsere Führerschaft in Deutschland unwiderruflich fest und haben die Möglichkeit, uns durch ein Bündnis mit England und Rußland zu retten. Wahrscheinlich kommt es aber alsdann vor allen weiteren Verhandlungen zum Kongreß, in dem wir schlimmstenfalls auf die Unterstützung der beiden letztgenannten Mächte und einer in solchem Falle unfehlbar eintretenden nationalen Bewegung in Deutschland würden rechnen können. Würden wir aber selbst von Österreich geschlagen, so würden wir uns, wie Piemont seit 1849, von dieser Niederlage wieder erholen können, wenn wir die Integrität des deutschen Gebietes gewahrt hätten, während wir, im entgegengesetzten Falle, für immer vernichtet wären.

Dies sind die Erwägungen, welche mir die momentane Lage eingibt. Ich bemerke nur noch, daß der Kaiser Napoleon sich selbst für geringere Vorteile lieber mit dem zukunftsvollen Preußen, als mit dem österreichischen Nationalitätsgemisch, dessen Tage gezählt sind, verständigen und sich sorgfältig hüten wird, die deutsche Nation und, früher oder später, die Koalition durch einen Kampf um den Rhein gegen sich zu bewaffnen.

Ich wiederhole dabei, daß ich, wie Eurer Exzellenz bekannt, den Krieg mit Österreich ebenso zu vermeiden, als dem unnatürlichen Bündnis mit dieser Macht ein Ende zu machen wünsche, daß ich aber eben deswegen zur schleunigen Mobilmachung der Königlichen Armee und Konzentrierung derselben in aller ihrer Stärke an der österreichischen Grenze rate.

Euerer Exzellenz glaube ich schließlich nochmals die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß ich nunmehr ohne Zeitverlust von denjenigen Elementen,

[1] Vgl. Tagebücher des Legationssekretärs v. Radowitz: 2. Mai: »Wir (Goltz und Radowitz) sprachen noch viel über die Lage, und Goltz erklärte wiederholt: er würde niemals in Unterhandlungen über die Abtretung auch nur geringster preußischer Landesteile eintreten, sondern, sobald er einen hierauf bezüglichen Auftrag erhielte, seine Entlassung fordern. Daß Österreich hier wegen eventueller Abtretung des Rheines und Erwerb von Schlesien in Unterhandlungen steht, können wir für ausgemacht annehmen. Demnach modifiziert sich unser Standpunkt wesentlich und ebenso die Beurteilung der letzten Entwaffnungsvorschläge, bei denen die entschiedenste mala fides auf seiten der Österreicher vorgewaltet haben muß.«

welche für das Urteil über die Gesamtlage von wesentlichster Bedeutung sind, insbesondere von dem Texte des Vertrages mit Italien, dessen Ratifikationen ja bereits vor 14 Tagen ausgewechselt worden sind, vollständig werde in Kenntnis gesetzt werden.

Nachschrift zu Nr. 223 vom 2. Mai 1866.

Ich erfahre soeben, daß der Kaiser Napoleon vor einigen Tagen zu einigen Deputierten geäußert haben soll: «Qu'est-ce que vous diriez, si je vous donnais le Rhin sans tirer un coup de canon?» Dieses Wort bezeichnet die Lage. 3*

Randbemerkungen Bismarcks:

1* ?

2* ?

3* queritur: Wie stark ist die franz. Armee, wie stark kann sie in 14 T(agen), in 4 W(ochen), in 8 W(ochen) sein? Nichts davon in alle dem!

77.

Aus der Rede von A. Thiers vom 3. Mai 1866 im Corps législatif[1]

Thiers, Discours parlementaires III, 10 ff.

Les Allemands, et je le répète encore que je respecte profondément leur caractère, quoiqu'ils soient passionnés et quelquefois capables de céder à de fâcheux enchaînements, les Allemands, dis-je, sont en proie, depuis bien des années, à certaines préoccupations qui sont naturelles, et qui renfermés dans

[1] Die Wirkung dieser Rede auf die öffentliche Meinung (und von hier aus auf die Entschließungen des Kaisers) war so stark, daß es sich lohnt, ihre entscheidenden Sätze über Frankreichs historische Stellung zu dem Problem des deutschen Nationalstaats, in den Zusammenhang der Napoleonischen Rheinpolitik einzuschalten. Denn diese Rede formuliert die klassische Politik der Franzosen Deutschland gegenüber. Das Dasein unabhängiger deutscher Kleinstaaten, das höchste Prinzip der europäischen Politik seit dem Westfälischen Frieden, gewissermaßen als eine Garantie für das besiegte Frankreich (!) in den Verträgen von 1815 wiederholt — auf der anderen Seite die Gefahr, daß der preußische Ehrgeiz das Reich Karls V. erneuere, in Kombination diesmal mit der italienischen Einheit: zugleich eine Gefahr für das europäische Gleichgewicht und eine Verletzung des Völkerrechts. So fließen das Interesse der deutschen »Freiheit«, des französischen Staates und der menschlichen Gesellschaft in der einen Forderung zusammen: wir werden die deutsche Einheit nicht dulden. Gegenüber dieser klassischen Formulierung, die die vorhandenen Kräfte nicht sehen will, die modernere Methode Napoleons, die mit diesen Kräften immerhin rechnet: während jene Recht und Idee des deutschen Nationalstaats leugnen, versucht der Napoleonismus mit der Idee zu listen, sie ein Stück weit diplomatisch zu fördern, und sie dann um den Preis zu betrügen. Napoleon weiß, daß die klassische Rheinpolitik ganz Europa herausfordern würde, so will er sich diplomatisch, schon mit Rücksicht auf sein dynastisches Interesse, mit kleinen Gewinnen begnügen. Es ist nicht ein Unterschied der politischen Ziele, sondern nur der politischen Methoden.

Zur Würdigung der politischen Phraseologie von Thiers wird man sich zu erinnern haben, welche Ziele er praktisch in der deutschen Politik verfolgt hat. Er lebte im Grunde in den Traditionen des großen Napoleon und hielt die Rheingrenze fest im Auge; wie Graf Dürckheim-Montmartin berichtet, war er als Minister höchst unwillig, daß dieser als Unterpräfekt in Weißenburg wahrheitsgemäß berichtete, daß von französischen Sympathien in der Pfalz nicht mehr die Rede sei. Und als Minister zeigte

une certaine mesure, n'ont rien de blessant ni pour leur voisine, la France, ni pour l'Europe, qui a bien le droit, elle aussi, de songer à défendre ses intérêts.

Ces préoccupations sont les suivantes. Il déplaît aux Allemands que ce qu'ils appellent la patrie allemande, c'est à dire l'ensemble de tous les États d'origine germanique, soit représentée par une réunion de diplomates, gens de métier fort savants, mais peu accessibles aux idées populaires; il leur déplaît aussi que la Diète soit constituée d'une certaine manière qui, selon eux, ne rend son action ni assez prompte ni assez vive, ils voudraient qu'il y eût plus d'unité dans sa constitution et que grâce à cette unité, leur patrie jouât dans le monde un rôle plus considérable.[1]

Ce double vœu, contenu dans certaines limites, je suis loin de le blâmer pour ma part, et je comprends que l'Europe reste spectatrice attentive, mais tranquille, de ce qui se passe en Allemagne, quand l'Allemagne se renferme dans les limites que je viens de tracer. Cependant je supplie les Allemands de bien considérer que dans la poursuite de ces deux buts, il faut beaucoup de prudence, car on est sur la limite de droits bien grands, bien importants, qui sont ceux de toutes les autres puissances. Quel est le principe politique auquel l'Europe s'est particulièrement attachée à toutes les époques? . . . Ici je vous prie de vouloir bien m'écouter avec attention, car je touche à ce qu'il y a de plus délicat dans la politique européenne.

Je supplie les Allemands de considérer (et ils ne se plaindront pas des formes que j'emploie avec eux), je les supplie de considérer que le plus grand principe de la politique européenne est que l'Allemagne soit composée d'États indépendants, liés entre eux par un simple lien fédératif. Ce principe a été proclamé par toute l'Europe au congrès de Westphalie. C'était encore le principe adopté lorsque le grand Frédéric signa, à l'occasion de la succession de Bavière, la paix de Teschen, et que toutes les puissances de l'Europe y adhérèrent, tou-

Thiers in der Krisis des Jahres 1840, wie er den Krieg für das europäische Gleichgewicht zu führen gedenke; er schrieb am 21. Juli 1840 an den Gesandten Bresson: « Nous n'avons qu'un moyen, c'est de passer le Rhin et les Alpes », und erregte die französische Presse in dem Gefühl, Frankreich müsse, von England und in Ägypten provoziert, « se battre pour la rive gauche du Rhin » (D. Halévy, Le Courrier de Mr. Thiers [1921], S. 152). Selbst ein Franzose zitiert die Worte, die Heine, gewiß nationalistischen Eifers unverdächtig, im Jahre 1854 über diese Politik von Thiers niedergeschrieben hat: « M. Thiers, par son bruyant tambourinage, réveilla de son sommeil léthargique notre bonne Allemagne et la fit entrer dans ce grand mouvement de la vie politique de l'Europe . . . Si jamais nous redevenons un peuple, M. Thiers peut bien dire qu'il n'y a pas nui, et l'histoire allemande lui tiendra compte de ce mérite. » (D. Halévy, a. a. O., S. 153.) So war die Haltung von Thiers gegenüber dem Ausbruch der deutschen Nationalbewegung im Jahre 1848 nur konsequent: es ist von ihm aus diesem Jahre das Wort überliefert, wenn man ihn habe gewähren lassen, so würde er die Grenzen Frankreichs bis nach Mainz ausgedehnt und damit den Schlüssel Deutschlands in die Hände genommen haben. (Albert Perraud, Revue des deux mondes, Oktober 1923.) Auf die Haltung von Thiers von 1867—1870 und beim Ausbruch des Krieges wird diese Publikation noch wiederholt zurückkommen.

[1] Die Dürftigkeit dieser Analyse der deutschen Einheitsbewegung ist nicht aus einer etwaigen Enge des Kopfes, sondern aus seinem Franzosentum zu erklären. Von hier aus gesehen, erscheint Napoleons III. Anschauung der deutschen Dinge, nach Abzug seiner subjektiven Hintergedanken, immerhin als die historisch tiefere.

jours avec cette condition essentielle que l'Allemagne serait composée d'États indépendants.[1]

En 1814, après que les longues guerres avec la France furent terminées, on quitta Paris sans avoir arrêté aucune autre condition que celles qui étaient relatives au tracé de nos frontières. Cependant on ne croyait pas pouvoir quitter Paris pour se rendre à Vienne, sans laisser en partant quelque garantie à une puissance qui avait été si grande, et qui, malgré ses défaites (l'avenir l'a prouvé depuis), restait encore la plus grande de toutes.

Quelle garantie laissa-t-on à la France en se rendant à Vienne, après avoir signé le traité de Paris?[2] J'en ai ici les termes, et voici la principale de ces garanties: « L'Allemagne sera composée d'États indépendants, unis par un lien fédératif. » On renouvelait là ce grand principe européen que l'Allemagne doit être composée d'États indépendants.

Depuis, lorsqu'on a rédigé l'acte fédéral et l'acte final lui-même, il s'est bien produit certaines prétentions qui auraient tendu à faire descendre les princes allemands à la condition de simples administrateurs civils de leurs États, à la condition de préfets en quelque sorte, n'ayant ni le droit de commander leurs armées, ni celui de se faire représenter par des ministres auprès des puissances étrangères. Le congrès de Vienne ne l'a pas entendu ainsi, et l'on a formellement maintenu le vieux principe européen que l'Allemagne serait composée d'États indépendants.

Je le répète, je supplie les Allemands de ne pas oublier que c'est là un des grands principes du droit public européen. Oui, qu'ils désirent que la Diète soit composée de membres plus accessibles aux idées du temps, je le veux bien; qu'ils désirent qu'elle soit constituée avec plus d'unité, je le veux encore; mais qu'ils n'oublient pas qu'ils manqueraient à l'Europe, qu'ils manqueraient aux grands principes de l'équilibre européen, s'ils voulaient constituer l'Allemagne en un tout unique, qui absorberait tous les États particuliers et ne leur laisserait pas une existence distincte et indépendante.

Voilà le droit, le vrai droit qui intéresse le monde entier.

J'essaye, vous le voyez, de me renfermer dans des termes qui puissent concilier tous les droits, toutes les prétentions; mais, vous le savez, il y a une puissance qui se sert des idées actuellement en Allemagne, qui veut s'en servir pour arriver à un résultat bien différent. Cela est tellement évident, tellement connu, que je ne crois, en le disant, manquer aux égards dus à une grande puissance; mais enfin il me semble que ses desseins sont aujourd'hui bien évidents, et que je ne la calomnie point en m'exprimant comme je le fais.

Cette puissance, c'est la Prusse. Elle voudrait se servir des idées allemandes pour aboutir à un résultat qu'il est facile de voir, qui est connu, publié de toutes parts et en cent façons. Si la prochaine guerre lui était heureuse, elle

[1] Die Geschichtsfälschung besteht darin, dieses traditionelle Ziel der französischen Machtpolitik als ein Bedürfnis der europäischen Staaten auszugeben.

[2] Daß die Siegermächte (Rußland, Großbritannien, Österreich, Preußen) dem besiegten Frankreich die Gestaltung des Deutschen Bundes als Garantie hinterlassen hätten, ist eine Phantasie von Thiers.

voudrait s'emparer, non pas de 50 millions d'Allemands, oh non! elle en compte 14 millions, et, pour arriver de 14 à 50, quelque fougueux qu'on soit, il faut mettre quelques relais sur la route . . .

Ce qui est certain, c'est que, si la guerre, je le répète, lui est heureuse, elle s'emparera de quelques-uns des États allemands du Nord; et ceux dont elle ne s'emparera pas, elle les placera dans une Diète qui sera sous son influence. Elle aura donc une partie des Allemands sous son autorité directe, et l'autre sous son autorité indirecte; et puis on admettra l'Autriche comme protégée dans ce nouvel ordre de choses.

Et alors, permettez-moi de vous le dire, s'accomplira un grand phénomène, vers lequel on tend depuis plus d'un siècle: on verra refaire un nouvel empire de Charles-Quint qui résidait autrefois à Vienne, qui résiderait maintenant à Berlin, qui serait bien près de notre frontière, qui la presserait, la serrerait; et pour compléter l'analogie,[1] cet empire de Charles-Quint, au lieu de s'appuyer, comme dans les XV^e^ et XVI^e^ siècles, sur l'Espagne, s'appuierait sur l'Italie!

Voilà, Messieurs, l'avenir que l'on réserve à la politique européenne et à la politique française en particulier! Il n'était, du reste, que trop facile de le prévoir.

L'unité italienne (c'est là le reproche que je lui ai toujours adressé), l'unité italienne devait inévitablement conduire à l'unité allemande, telle que je l'indiquais tout à l'heure, avec les degrés que je lui assignais, commençant cette fois par la réunion directe d'un certain nombre d'Allemands, et indirecte de tous les autres, sous la main de la Prusse. L'unité italienne et l'unité allemande devaient se donner la main par dessus les Alpes, et vous voyez aujourd'hui la réalisation de ce phénomène que je vous annonçais comme infaillible il y a moins de deux ans.

Voilà ce que vous avez devant vous; voilà ce qui frappe tous les hommes éclairés; voilà ce qui est pour tous un sujet de grandes et profondes inquiétudes.

Peut-il nous convenir, je vous le demande, de favoriser à quelque degré que ce soit une politique semblable?

Malgré l'intérêt que l'Italie peut inspirer à quelques Français, à tous! . . . allez partout en France, allez dans les moindres bourgades, et vous verrez si cette politique, qui tendrait à refaire l'ancien empire germanique, en plaçant la puissance de Charles-Quint au nord au lieu du sud de l'Allemagne, si cette puissance, s'appuyant sur l'Italie, serait populaire en France?

Non, il y a trop de bon sens dans notre pays pour qu'une pareille politique puisse être accueillie et permettez-moi d'ajouter que, lors même qu'elle vous apporterait un accroissement de territoire quelconque, cette politique n'en deviendrait que plus honteuse, car elle aurait consenti à recevoir un salaire pour la grandeur de la France indignement compromise dans un prochain avenir. J'approche du terme de ma tâche, mais je ne l'ai pas atteint. Vous voyez le but auquel on tend, ce but si dangereux, auquel vous avez le droit

[1] Daß es sich nicht um ein universales und übernationales Reich wie das Karls V. handelt, sondern um einen deutschen Nationalstaat, um die Selbstbestimmung einer Nation, wird in dieser »Analogie« verschwiegen, mit der Thiers bereits vorweg das Schlagwort zum Juli 1870 ausgegeben hat.

de faire obstacle, au nom des Allemands eux-mêmes, car, je le leur déclare, s'ils s'y prêtent, ils seront dupes, comme déjà ils l'ont été dans la question des duchés de l'Elbe. Il s'agit d'un attentat non seulement à l'indépendance de l'Europe, mais d'un attentat à la liberté des Allemands.[1]

Vous avez, en outre, le droit de résister à cette politique au nom de l'intérêt de la France, car la France est trop considérable dans le monde pour qu'une révolution pareille ne la menace pas gravement. Et, lorsqu'elle a lutté deux siècles, depuis la grande journée de Marignan en 1515 jusqu'à celles de Villaviciosa et d'Almanza en 1707 et 1710, pour séparer en deux la couronne de Charles-Quint, en jetant une moitié vers Madrid, une autre vers Vienne, lorsqu'elle a lutté deux siècles, depuis Marignan jusqu'à Almanza, pour détruire ce colosse, elle se prêterait à le voir réédifier sous ses yeux! Non, non, Messieurs, ce serait trahir indignement les intérêts de la France.

Elle a le droit de s'opposer à une telle œuvre, d'abord au nom de l'indépendance des États allemands, comme je viens de le dire, secondement au nom de sa propre indépendance; au nom, enfin, de l'équilibre européen, qui est l'intérêt de tous, l'intérêt de la société universelle. Aujourd'hui on cherche à jeter du ridicule sur ce mot d'équilibre européen, et je voudrais, si j'en avais le temps et la force, vous montrer tout ce qu'il y a de grand, de profond dans ce mot, qui est loin de dire tout ce qu'il contient. Mais je ne veux pas vous fatiguer, et je suis moi-même déjà épuisé. Je ne puis donc entrer dans ces considérations, qui seraient bien grandes et bien belles à présenter en ce moment. Mais, sans m'élever à ces hautes considérations, savez-vous ce que c'est que l'équilibre européen? C'est l'indépendance de l'Europe.

L'équilibre européen, c'est le soin constant de toutes les nations, dans les siècles modernes, à veiller les unes sur les autres, à s'observer réciproquement, à empêcher que l'une d'elles ne prenne des proportions inquiétantes pour l'indépendance commune, et à se réunir pour lui tenir tête dans l'intérêt d'un certain équilibre des forces européennes. C'est de là qu'est venu le mot d'équilibre.

Eh bien, au nom de cet équilibre, vous avez droit de vous opposer à toute politique qui altérerait, aux dépens de l'une ou de l'autre, la proportion actuellement existante entre les puissances de l'Europe.

Il y a donc contre ce qui se prépare en ce moment dans le centre du continent trois grandes raisons à faire valoir: d'abord l'intérêt de l'Allemagne elle-même; puis l'intérêt de la France, et enfin l'intérêt de la société universelle, car c'est là ce que signifie le mot Europe.

Maintenant, comment se conduire en présence de ce qui se prépare? La neutralité, vous dit-on, est la seule politique qui convienne à la France. Sans doute nous admettons la neutralité, car il n'y a personne ici d'assez insensé pour vous demander de vous jeter dans la guerre afin d'éviter la guerre. Non; mais n'y a-t-il donc que la guerre, lorsqu'on est la France, pour arrêter une politique dangereuse? D'où viennent en effet les dangers qui menacent l'Europe aujourd'hui? Ce n'est pas assurément de l'Autriche, à qui la guerre cause une terreur bien naturelle, quelque courageuse qu'elle soit, car c'est une brave

[1] Die deutsche »Libertät« im Sinne Richelieus und Ludwigs XIV.!

nation que la nation autrichienne! Nous l'avons éprouvé à Magenta et à Solferino et nous savons qu'il est glorieux de la vaincre, parce que ce n'est pas facile.

Ce n'est donc pas à l'Autriche, mais à la Prusse évidemment, qu'il faut s'adresser pour obtenir la conservation de la paix. Et ici, je crains de commettre une faute de langage en disant *à laquelle il faut s'adresser*, je devrais dire, pour être plus exact, *à laquelle il aurait fallu s'adresser*, car peut-être n'est-il plus temps. Cependant je ne veux pas désespérer encore de la paix, c'est un bien trop précieux, et, en présence des torrents de sang que la guerre peut faire couler, je ne saurais encore me résigner à croire que la paix soit impossible.

Mais quelle conduite faut-il donc tenir à l'égard de la puissance qui menace la paix de l'Europe? Je ne vous dis pas de lui déclarer la guerre. Mais n'y a-t-il donc aucun moyen de lui faire arriver la vérité? N'y a-t-il donc aucun moyen de l'amener à comprendre que, dans la carrière si aventureuse où elle s'engage, elle ne peut compter que sur l'indignation générale, et qu'elle ne trouvera aucun complice intéressé pour l'aider dans l'accomplissement de sa folle tâche?

Est-ce donc, je le répète, qu'il n'y a aucun moyen d'agir sur cette puissance? Eh bien, essayons, et voyons s'il n'y aurait aucun moyen convenable de lui faire entendre la vérité.

Messieurs, je vais prendre toutes les formes, depuis la plus dure jusqu'à la plus douce, et il me semble qu'il n'y en a pas une qui ne doive réussir.

Je ne conseille pas la plus dure, mais je sais des gouvernements qui l'auraient employée.

Au fond, quand on veut une chose juste, on peut être franc, et par exemple, qu'est ce qu'il y aurait de plus juste que de dire à la Prusse: « Vous menacez l'équilibre de l'Europe, vous menacez le repos de tout le monde; il est connu que c'est vous seule, et point l'Autriche. Nous ne le souffrirons pas! »

Je conviens que c'est la forme dure; je ne la conseille pas à mon pays, mais enfin, croyez-vous qu'en Europe quelqu'un blâmerait ce langage?

Maintenant, Messieurs, je mets de côté la formule dure, et j'arrive à une plus douce. Je suppose que, dans une situation aussi grave que la nôtre, on ne s'est pas rencontré par hasard avec les représentants de la Prusse comme dans une promenade publique, et qu'on s'est vu, revu, et entretenu intimement des graves sujets qui remplissent l'esprit et l'âme de tout le monde. J'ai eu dans ma vie bien des entretiens diplomatiques lorsque je représentais mon pays, et il me semble qu'il n'y aurait eu aucune inconvenance, aucun manque de courtoisie même, à tenir à la Prusse le langage que voici.

Votre ambition, aurait-on pu lui dire, est connue. L'ambition des puissances n'est pas un crime, mais ce n'est pas un crime non plus que de faire connaître à cette ambition les dangers auxquels elle expose le monde. Or les conséquences de ce que vous allez entreprendre sont faciles à prévoir: vous allez fonder un nouvel empire germanique qui siégerait à Berlin au lieu de siéger à Vienne; vous allez vous unir à l'Italie, changer probablement l'équilibre de l'Europe; vous réussirez peut-être; eh bien, nous ne pouvons vous dissimuler qu'une telle entreprise, dangereuse pour toute l'Europe, est contraire à la politique de la France, qui, dans aucun cas, ne saurait s'y associer.

Il me semble que voilà une forme plus douce déjà. Mais je crois qu'elle serait assez claire pour être comprise.

Je vais plus loin, j'arrive à la moins blessante de toutes les formes, c'est à dire au silence. Le silence n'est pas offensant apparemment, il ne peut pas vous donner la guerre. J'arrive donc au simple silence.

Je me serais tu, oui, je me serais tu, mais en me taisant, je me serais conduit de manière à ne pas laisser une espérance, pas une seule. J'en aurais ôté une surtout, une qui, j'en suis sûr, est le motif déterminant de celui que j'ai appelé le ministre entreprenant de la Prusse. Je ne crois pas l'avoir offensé en le qualifiant ainsi.

Je déclare que cette espérance, j'aurais tout fait pour la lui ôter. Cette espérance, vous savez en quoi elle consiste.

Le ministre prussien voit l'Italie entrer dans ses projets, se lier à lui, accepter de faire campagne commune. Eh bien, consultez le plus simple bon sens: est-ce que le ministre de Prusse peut croire que l'Italie agisse sans votre consentement? . . . Consultez l'Europe entière, et tout entière elle vous dira qu'elle ne peut pas croire que l'Italie agisse sans vous avoir consultés. — — —

78.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, den 3. Mai 1866, 1^{30} p. m., eingel. 7^{30} p. m.

Die Regierung wird heute in der Kammer eine friedliche Erklärung abgeben. On dira que l'Empereur n'a pris des engagements d'aucun côté et l'on fera une déclaration très nette concernant l'Italie qui nous attaquerait à ses risques et périls.[1] Im Falle dies geschieht, darf ich wohl dem Kaiser für diese loyale Erklärung im Namen Seiner Majestät des Kaisers danken.[2]

Während einer langen Unterredung mit Kaiser Napoleon habe ich mich überzeugt, daß wir uns im Falle eines Krieges mit ihm verständigen werden; er dürfte aber auch ein allgemeines Abkommen mit ihm, im Falle Preußen nachgibt, verlangen.[3]

[1] Vgl. die Erklärung des Staatsministers Rouher, deren Wirkung allerdings durch die Rede von Thiers in den Schatten gedrängt wurde. Legationssekretär v. Radowitz notiert in seinem Tagebuch (3. Mai): »Das Hauptresultat ist eine allerdings starke parlamentarische Demonstration zugunsten der friedlichen Politik, mit feindlicher Richtung gegen den Störenfried Preußen. Im übrigen sind die Thiersschen Attacken gegen den Kaiser und seine Regierung gerichtet, die deutschen Exkursionen gelten nur als Vorwand. So hat auch die Regierung die Sache aufgefaßt. Schaden wird uns diese Rede nicht, Bismarck aber kann sich darüber freuen, da sie ihm in Deutschland nur noch mehr Anhänger verschaffen muß. Die Aufregung in Paris über die Sitzung war groß; der Effekt im Corps législatif selbst soll gewaltig gewesen sein. Graf Goltz war in der Sitzung. Wir anderen hatten zu arbeiten.«

[2] Randbemerkung des Kaisers Franz Joseph: »Ja Fr.«

[3] Die hiermit eingeleiteten Besprechungen Metternichs mit Napoleon kommen am 4. und 5. Mai zum Abschluß (vgl. Nr. 79, 80). Es ist bemerkenswert, daß, während Thiers seine Oppositionsrede hält, der Kaiser auch den österreichischen Flügel seiner doppelpoligen Politik ein gutes Stück voranschiebt.

79.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 4 mai 1866, 9^{30} p. m.; arr. 5. 5. 12^{15} a. m.

Comte Mülinen part demain pour Vienne avec expédition. Je crois que j'aurai des résultats demain. Bisher hat sich auf meine Eröffnung hier nur eine kleine Schwenkung nach unserer Seite bemerkbar gemacht. L'Empereur m'a demandé quelques jours pour réfléchir. Ich bitte Äußerung meinerseits d'après Votre télégramme energisch zu widerrufen.

80.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 5 mai 1866, 5^{50} p. m.; arr. 8^{40} p. m.

Vorschlag des Kaisers:

Im Falle des Krieges zwischen Österreich und Preußen bleibt Frankreich neutral und garantiert die Neutralität Italiens, so daß wir alle unsere Kräfte anwenden können, um uns ein objet de compensation pour la Vénétie nach Gutdünken zu erobern. Erst nach gemachtem Frieden mit Preußen übergeben wir Venedig an Frankreich unter den von Eurer Exzellenz gestellten Bedingungen, von denen die meisten bereits angenommen sind.

Sollte Italien, was nicht zu vermuten ist, trotz Frankreich vorgehen, so haben wir freies Spiel und können außer einer definitiven Inkorporierung der Lombardei ohne eine Verständigung mit Frankreich aller aussi loin que nous voudrons. La France prendrait probablement alors des mesures effectives pour sauvegarder Trieste.

Ce sera notre affaire de nous assurer la coopération de nos alliés en Allemagne jusqu'à l'acquisition de telle compensation qui nous paraîtra convenable.[1]

Dieser erste Gegenvorschlag dürfte sich noch verbessern lassen.

Comte Mülinen part ce soir.

81.

Bismarck an Graf Goltz

Ausfertigung. A. A. Berlin

Geheim. Durch Königlichen Feldjäger

Berlin, den 5. Mai 1866

Die geheimen Berichte Eurer Exzellenz vom 1. und 2. d. M.[2] sind mir am 3. d. M. durch den Feldjäger zugegangen und haben Seiner Majestät dem König vorgelegen, sie sind mit der absoluten Diskretion behandelt, welche in

[1] Zur Würdigung des französischen Vorschlags, in dem von französischen Kompensationen nicht die Rede ist, ist die grundsätzliche Kompensationsanmeldung durch Drouyn de Lhuys vom 29. April (Nr. 73): die Neutralisierung der aus dem staatlichen Verbande Deutschlands herausgelösten Rheinlande heranzuziehen.

[2] Nr. 75, 76.

den Wünschen des Kaisers Napoleon liegt und welche durch die Sache selbst erfordert wird.

Die darin enthaltene Eröffnung des Kaisers ist, wie Euer Exzellenz voraussetzen durften, Seiner Majestät dem Könige in nicht geringem Grade überraschend gewesen. Wir hatten zwar nicht daran zweifeln können, daß von österreichischer Seite der Versuch gemacht werden würde, die Unterstützung des Kaisers durch Anerbietungen zu erkaufen, welche der letztere früher oder später auch gegen uns zu verwerten suchen würde. Aber ich glaubte nicht, daß der Kaiser so weitgehende und so antinationale Kompensationsforderungen überhaupt stellen werde, und wenn er sie ernstlich hegte, so ist es wiederum überraschend, daß er jetzt damit hervortritt. Er verläßt damit die Linie, die er bisher innegehalten hat.

Wir hatten bisher annehmen dürfen, daß er die Frage der Elbherzogtümer sich entwickeln lassen werde, ohne für die Vorteile, die daraus für Preußen hervorgehen könnten, direkte Kompensationen für sich selbst in Anspruch zu nehmen, indem eine richtige Würdigung der nationalen Frage in Deutschland und die Aussicht auf Verhinderung künftiger Koalitionen gegen Frankreich, im Interesse seiner Dynastie ein hinreichendes Gegengewicht gegen weitergehende Vergrößerungsgelüste bildeten. Schon im Jahre 1857 hatte sich der Kaiser mir gegenüber eingehend über die Gefahren der Rheingrenze für Frankreich, als Quelle fortdauernder Koalition Europas gegen dasselbe, ausgesprochen.[1] Die jetzigen Äußerungen gegen Eure Exzellenz schließen aber eine Deutung selbst auf die Gesamtheit des linken Rheinufers nicht aus.

Daß wir selbst Anerbietungen nicht machen können, ist klar, und ich stimme hierin ganz mit der Ausführung Eurer Exzellenz überein. Auch die Gesinnungen Seiner Majestät des Königs über diesen Punkt sind Eurer Exzellenz bekannt.

Unter dem ersten Eindruck dieser Andeutungen können wir uns des Zweifels nicht erwehren, ob dieselben ernst gemeint und als ein wirklicher Versuch, der Verständigung näherzutreten, anzusehen seien, oder ob sie nicht vielmehr dazu bestimmt sind, uns von der Verfolgung der Ziele abzuhalten, um deren Willen ein Krieg uns der Mühe wert scheinen könnte, und so einen Druck auf uns im Sinne des Friedens auszuüben, den der Kaiser Napoleon zu erhalten wünscht.

Es wird unser erstes Bedürfnis sein, zu konstatieren, welches die wirklich beabsichtigte Forderung ist. Bisher liegt nur vor 1. die Behauptung, daß Österreich verlockende Anerbietungen mache, 2. die Andeutung, daß die Augen Frankreichs vers le Rhin gerichtet seien, 3. die in Ihrem Postskript vom 2. d. M. angedeutete Äußerung gegen einen Deputierten, wenn sie authentisch ist. Bestätigen sich die Folgerungen, die Eurer Exzellenz Berichte an diese Tatsache knüpfen, in ihrer ganzen Ausdehnung, so nötigt uns die Maßlosigkeit des Anspruchs, die Türe zu Verhandlungen mit Österreich nicht zu schließen. Wir dürfen uns hierzu um so mehr noch in der Lage erachten, als uns in der neusten Zeit aus Wien Andeutungen zugekommen sind, die über

[1] Vgl. Nr. 10 Anm. und Nr. 168.

die offizielle Haltung des Wiener Kabinetts, wie sie sich noch in der Depesche vom 26. v. M. ausspricht, im Sinne einer Verständigung weit hinausgehen. Wenn die Haltung des Kaisers Napoleon uns nach dieser Seite hin drängte, würde die Anknüpfung um so leichter werden, als diese Tendenz zu dem eifrigen, durch wiederholte Privatschreiben des Kaisers Alexander bestätigten Bestreben Rußlands nach erneuter Verständigung zu Dreien getragen werden [sic].

Wir konnten darauf gefaßt sein, daß der Kaiser Napoleon mit seinen Forderungen erst in einem späteren Augenblicke hervortreten würde, wenn wir weiter mit Österreich engagiert wären und der Krieg wirklich begonnen hätte. Daß er schon jetzt dieselben zur Sprache bringt, haben wir entweder als einen Beweis hoher Loyalität und aufrichtiger persönlicher Sympathie oder als den Ausdruck des Bedürfnisses auf Erhaltung des Friedens anzusehen. Es liegt ein Widerspruch zwischen der Natur der Forderungen und dem Zeitpunkt, in welchem sie vorgebracht werden, da eine sehr einfache Berechnung ein Zurückhalten und eine Aufstellung derselben in einem späteren, entscheidenderen Momente zu empfehlen schien. Das Vertrauen in die Absichten des Kaisers, mit welchem wir dieser Eventualität entgegensehen, muß durch die jetzigen Andeutungen, besonders den unbestimmten Charakter derselben, notwendig Abbruch erleiden. Gehen Frankreichs Forderungen so weit, daß der Kaiser, welcher die Bedeutung der nationalen Idee in Deutschland nicht unterschätzt, voraussehen konnte und mußte, daß wir sie auf friedlichem Wege nicht erfüllen könnten, so würden wir daraus noch schließen können, daß die gemachte Andeutung nur als eine Mahnung zum Frieden aufzufassen sei. In diesem auf den Kongreß deutenden Falle sowohl, als auch, wenn sie gemäßigter, aber immerhin für uns unannehmbar wären, ist es für uns demnach indiziert, uns der Verhandlung nicht von vornherein zu versagen, sondern sie, nach Eurer Exzellenz Vorschlag, langsam zu führen. Gleichzeitig hat Seine Majestät befohlen, diejenigen mit Österreich nicht abreißen zu lassen, und teile ich Eurer Exzellenz Ansicht, daß beide durch Entwicklung unserer vollen Kriegsmacht nur gefördert werden können.

Es wird schwer sein, mit einiger Sicherheit zu ergründen, worin die österreichischen Anerbietungen bestehen mögen, durch welche sich der Kaiser Napoleon zu so weitgehenden Kompensationen unsererseits berechtigt erachten könnte. Wenn die ersteren nicht nur auf der Seite Italiens, sondern etwa auch auf demselben Gebiete liegen sollten, das der Kaiser uns gegenüber bezeichnet, so wird er doch nicht umhin können, sich zu fragen, ob selbst bei einem für Österreich günstigen Ausgang des Krieges letzteres, welches schließlich doch auch mit dem nationalen Faktor in Deutschland abzurechnen haben wird, imstande sein wird, sie zu verwirklichen. Von Wien aus sucht man uns auf Umwegen glauben zu machen, daß man unter Frankreichs Vermittlung mit Italien über Venetien unterhandelt. Aus diesem Versuch schließe ich, daß man den Text des Vertrages nicht kennt, durch den Italien sich verpflichtet hat, Österreich anzugreifen, sobald wir es tun, und der einstweilen bis zum 8. Juli verbindlich ist.[1]

[1] Vgl. Nr. 94 Anm.

82.

Bismarck an Graf Goltz

Konzept. A. A. Berlin

Berlin, den 6. Mai 1866

Ich füge meiner heutigen Depesche einige Zeilen privatim hinzu. Je länger ich den Inhalt Ihrer geheimen Berichte vom 1. und 2.[1] erwäge, um so weniger kann ich mich der Überzeugung hingeben, daß es dem Kaiser Napoleon ernst damit sein sollte, von uns, und zwar jetzt, die Rheingrenze zu verlangen. Seine Majestät der König legt das Hauptgewicht unter den vorliegenden Daten auf Ihr Postskript vom 2., nach welchem Napoleon zu einem oder mehreren Deputierten gesagt haben sollte: Que diriez-vous, si je vous donnais le Rhin? Seine Majestät würde wünschen, um sich über ein so entscheidendes Faktum ein eigenes Urteil bilden zu können, die Gewährsmänner zu kennen, welche sich für die tatsächliche Richtigkeit desselben aufstellen lassen, von ihrer persönlichen und Parteistellung würde vieles abhängen. Ich selbst kann mir kaum denken, daß eine so gewichtige Äußerung von seiten eines so vorsichtigen Monarchen, wenn sie wirklich in Gegenwart anderer, doch nicht ganz intimer, Personen gefallen wäre, der Öffentlichkeit sich hätte entziehen können. Ich trage also zunächst Bedenken, diesen Faktor in die entscheidende Erwägung aufzunehmen.

In betreff der zweiten, durch Ihren Bericht zweifellosen Tatsache, daß der Kaiser erklärt, von Österreich Anerbietungen erhalten zu haben, fragt sich, ob dies wirkliche geschäftliche Anerbietungen waren und worin sie in diesem Falle bestehen konnten. Anerbietungen auf Kosten und gegen den Willen Italiens durchzuführen, halte ich bisher für unverträglich mit der französischen Gesamtpolitik. Frankreich kann zu zwingender Unterwerfung Italiens unter Österreichs Willen nicht mitwirken. Ein Arrangement, durch welches Italien freiwillig sich von uns loslöste, schließt unser Vertrag einstweilen aus. Die ganze augenblickliche Haltung Italiens erweckt mir überhaupt nicht den Verdacht, daß letzteres auf friedliche Verständigung mit Österreich gegenwärtig zähle. Setzen wir den Fall aber, Österreich wolle Venetien abtreten und gleichzeitig deutsches Land an Frankreich gewähren, so müßte Österreich seine Entschädigung dafür in Deutschland suchen. Die Donaufürstentümer, die ohnehin nur durch Krieg mit Rußland zu haben sein würden, könnten ihm seine Stellung in dem durch jenes Arrangement tödlich verletzten Deutschland nicht erhalten. Man muß also annehmen, daß Österreich seine Entschädigung dann etwa in Schlesien oder in sonst einem Erwerbe suchen würde, der nur nach völliger Unterwerfung Preußens und selbst des übrigen Deutschlands disponibel werden könnte. Damit wäre aber die absolute Alleinherrschaft Österreichs in Deutschland gegeben, welche niemals ein Ziel französischer Politik sein kann, selbst dann nicht, wenn Frankreich das linke, Österreich aber das rechte Rheinufer zur Grenze hätte. Diese Unmöglichkeiten, zu denen man in der Konsequenz einer solchen Politik gelangt, können auch der

[1] Nr. 75. 76.

Berechnung des Kaisers Napoleon nicht entgehen. Eure Exzellenz können in Ihrer Stellung das dortige Terrain besser beurteilen; nach dem mir Vorliegenden aber kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Kaiser Napoleon, ohne von seiten Österreichs bisher ernsthafte und ausführbare Anerbietungen zu besitzen, im Gespräch mit Ihnen die Sonde ausgeworfen hat, um zu ermitteln, wie weit Preußen etwa auf friedlichem Wege in die Zession deutschen Landes willigen möchte. Er selbst muß sich sagen, daß im Augenblick, wo wir ein nationales und bei augenblicklichem Mißlingen stets von neuem anzustrebendes Programm aufgestellt haben, wir ein freiwilliges Anerbieten auf Kosten Deutschlands und zum Nachteile solcher preußischer Untertanen, die es zu bleiben wünschen, nicht machen können. Wenn wir nach anderer Seite hin zum Kriege genötigt werden und in demselben in Lagen geraten, welche uns Frankreich gegenüber verhältnismäßig wehrlos machen, so kann unter Umständen die force majeure so stark werden, daß uns die Wahl nicht freisteht. Solange aber noch eine Möglichkeit ist, der österreichischen Verwickelung mit Ehren auszuweichen, eine Möglichkeit, die selbst nach erfolgter Kriegserklärung nicht unbedingt ausgeschlossen wäre, läßt der Versuch eines Druckes auf unserer in moralischer Beziehung empfindlichsten Stelle von seiten Frankreichs mir die Auslegung noch als die glaublichste erscheinen, daß Frankreich den Ausbruch des Krieges damit wenn nicht verhindern, doch vertagen wolle. Eure Exzellenz wollen mich gefälligst benachrichtigen, welche Auffassung meine vorstehenden Betrachtungen bei Ihnen finden, und inwieweit Sie zu den gleichen oder zu anderen Resultaten auf Grund weiterer Prüfung der vorliegenden Tatsachen gelangen.

PS. Als Nachschrift zu meinem beifolgenden Privatbrief mache ich Sie noch darauf aufmerksam, daß der Kaiser mir gegenüber im November v. J. ohne Anregung von meiner Seite freiwillig die Erklärung gab, daß eine Verständigung zwischen ihm und Österreich auf unsere Kosten zwar von Österreich mehrfach versucht, aber ohne alle Aussicht auf Erfolg sei, weil es an jedem Terrain fehle, auf dem sie stattfinden könnte. Eure Exzellenz könnten, wenn sich überhaupt Gelegenheit zu vertraulicher Besprechung bietet, den Kaiser unbedingt an diese mir in St. Cloud gegebene Erklärung erinnern. Behandelt Seine Majestät sie als bedeutungslos, so würde auch darin eine Abschwächung unseres Glaubens, sei es an die damalige, sei es an die jetzige Erklärung liegen müssen.

83.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 6 mai 1866, 10^{50} p. m.; arr. 7. mai 1^{20} a. m.

Mr. Drouyn de Lhuys prétend aujourd'hui qu'il regarde la neutralité de la France comme certaine à moins que par nos victoires en Allemagne nous n'établissions un état de choses contraire à ses intérêts. Um Zweideutigkeiten

zu vermeiden, verlangte er, daß man den Anfang des Gegenvorschlages durch die Worte rektifiziere « En cas de guerre » etc. etc. « si la France et l'Italie restent neutres » etc.

Ich antwortete, que nous ne consentirions à une entente quelconque que si la France et l'Italie s'engagent à rester neutres. Der Minister sagte: Alors il faudra nous donner certaines garanties sur l'avenir de l'Allemagne.

Ich bitte mich sogleich dahin zu verständigen, daß uns vor allem nur eine reelle Verbindlichkeit zur Neutralität zu Gegenkonzessionen bestimmen könne.

84.

Rede Kaiser Napoleons III. in Auxerre am 6. Mai 1866

»Moniteur« vom 7. Mai 1866

Je vois avec bonheur que les souvenirs du premier Empire ne sont pas effacés de votre mémoire. Croyez que de mon côté j'ai hérité des sentiments du Chef de ma famille pour ces populations énergiques et patriotes qui ont soutenu l'Empereur dans la bonne comme dans la mauvaise fortune. J'ai, d'ailleurs, envers le département de l'Yonne une dette de reconnaissance à acquitter. Il a été un des premiers à me donner ses suffrages en 1848; c'est qu'il savait, comme la grande majorité du peuple français, que ses intérêts étaient les miens et que je détestais comme lui ces traités de 1815 dont on veut faire aujourd'hui l'unique base de notre politique.[1]

Je vous remercie de vos sentiments. Au milieu de vous je respire à l'aise, car c'est parmi les populations laborieuses des villes et des campagnes que je retrouve le vrai génie de la France.

[1] Die Rede, die von allen Seiten in Verbindung mit der Rede von Thiers vom 3. Mai gebracht wurde, wirkte in Europa wie ein Alarmschuß und wurde allgemein als ein Übergang zur Aktion gedeutet. Der Legationssekretär v. Radowitz notierte am 7. Mai in seinem Tagebuch: »Alles ist außer sich, was hier für Frieden und für Hausse stimmt: der alte Rothschild, der heute abend in den Tuilerien war, schimpfte laut und sagte: « l'Empire c'est la baisse. » Der bayrische Gesandte, Baron Wendland, las aus ihr eine «déclaration ouverte d'aspiration au Rhin» heraus, die vielleicht Herrn v. Bismarck in letzter Stunde werde zu denken geben.

Der entscheidende Absatz über die Verträge von 1815 ist — und das würde seine Bedeutung noch erhöhen — nach G. Bapst, Le maréchal Canrobert a. a. O. erst nachträglich eingefügt worden. Baron Wendland weiß in seinem Bericht vom 9. Mai darüber zu erzählen: « qu'aucun des Ministres qui ont assisté à la fête agricole d'Auxerre, n'a entendu le passage du discours concernant les traités de 1815, et il est avéré que ce document n'a été publié qu'à une heure de matin seulement et à l'insu des Ministres qui en ont pris connaissance avec une surprise sans égale. » (Geh. St. Arch. München.)

Immerhin gab der Passus zu einer leisen Mahnung von außen her Anlaß. Graf Bernstorff berichtete am 2. Juni, Lord Clarendon habe den englischen Botschafter beauftragt zu sagen, »daß das englische Kabinett nichts dagegen zu erinnern habe, daß der Kaiser die Verträge von 1815 nicht ausstehen könne, daß dieselben aber einmal das öffentliche Gesetz für Europa bildeten, und es daher hoffe, der Kaiser werde dieselben auch als solche respektieren. Die Erklärungen des Kaisers hierauf sind, wie mir früher schon Lord Clarendon bei Ankunft des Generals Fleury gesagt hatte, befriedigend und friedlich gewesen.« (A. A. Berlin.)

85.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Konzept, eigenhändig. St. Arch. München

Paris, den 7. Mai 1866

Ich habe vorgestern die hohe Ministerialdepesche vom 2. l. Mts., Exp. Nr. 121, zu erhalten die Ehre gehabt und mich sofort auf das Ministerium des Äußern begeben, um den erhaltenen Auftrag zu vollziehen. Da ich Herrn Drouyn de Lhuys nicht fand, so wendete ich mich vorläufig an Baron André, Kabinettschef des Ministers, mit der Bitte, letzteren auf den Inhalt des mir zugegangenen hohen Befehls vorzubereiten. Es ist mir heute morgens gelungen, Herrn Drouyn de Lhuys selbst zu sehen und ihm so warm und inständig als möglich an das Herz zu legen, welch unendliches Verdienst sich Frankreich erwerbe, wenn es durch seine Intervention in Florenz den Ausbruch eines Krieges mit Österreich verhindere.

Der Minister erwiderte, daß er die Verwendung Eurer Königlichen Majestät Regierung in dieser Richtung zu schätzen wisse, mir aber erwidern müsse, daß Frankreich von Anfang an in dem von Bayern gewünschten Sinne gewirkt habe. Seitdem die österreichischen Rüstungen gegen Italien bekannt worden seien, welche der Minister, nach einem früheren Gespräch mit mir zu schließen, nicht billigt, sondern übertrieben hielt, habe Frankreich sofort ohne weitere Veranlassung der italienischen Regierung geraten, keine Gegenrüstungen zu machen, um die Lage nicht zu verschlimmern. In diesem Sinne seien mehrere telegraphische und schriftliche Äußerungen nach Florenz gegangen; der Minister fügte hinzu, er könne mir konfidentiell noch bemerken, daß der Kaiser Napoleon selbst an den König Viktor Emanuel in diesem Sinn sich ausgesprochen habe; Frankreich führe fort, seine Friedensratschläge zu erteilen, aber Italien sei ein unabhängiges, selbständiges Land, welches den französischen Ratschlägen schon mehr als einmal keine Rechnung getragen habe, daher könne und dürfe man nicht glauben, daß es in Frankreichs Macht stehe, Italien von einem Kriege abzuhalten, wenn es denselben zu machen entschlossen sei. Der Minister schien mir die Lage der Dinge seit einigen Tagen verschlimmert zu halten und die Friedenshoffnungen geringer, aber eher wegen der Nachrichten aus Berlin als derer aus Italien. — Herr Drouyn de Lhuys sagte dann im Laufe des Gesprächs, es sei von der größten Wichtigkeit, daß die Mittelstaaten sich so innig als möglich aneinanderschlössen und auf den Bund stützten. Nur auf diese Weise könnten sie bei einem Kriege ihre Existenz retten. Wenn der Bund in seiner bisherigen Unentschlossenheit und Langsamkeit fortfahre, so werden die Mittelstaaten, die doch eigentlich das wirkliche Deutschland, seinen Kern und sein Herz bildeten,[1] den einzigen Rettungsanker verlieren, der ihnen noch übrig sei, denn wer von den beiden deutschen Großstaaten könnte nach Beendigung eines Krieges noch ein Interesse haben, etwas zu stützen oder wieder aufzubauen, was sich als unfähig und unbrauchbar erwiesen habe. Die Mittelstaaten

[1] Die vorsichtige Empfehlung der alten Triasidee war schon Mitte April dem württembergischen Gesandten gegenüber, No. 64, zu bemerken.

müßten, fuhr der Minister fort, ihre Lebensfähigkeit durch ein entschiedenes Auftreten beurkunden und den Bund mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen, eine untätige Sorglosigkeit würde und müßte sie zugrunde richten und aus der Reihe der lebensfähigen Regierungen streichen.

Ich habe schon bei anderer Gelegenheit diese Ansicht des französischen Ministers des Äußern wahrzunehmen Gelegenheit gehabt und bin der Ansicht, daß diese Auffassung nicht allein ihren Grund hat in der größeren oder geringeren Sympathie Frankreichs für die kleineren und schwächeren Staaten, sondern daß sie vielmehr durch das Interesse Frankreichs gegeben ist. Es kann Frankreich nicht erwünscht sein, wenn nach Beendigung des vielleicht nahe bevorstehenden Krieges sich drei große Reiche bildeten, Italien, Österreich und Deutschland, mit zweckmäßigen Abgrenzungen, und vielleicht könnte es, wenn einmal die Würfel gefallen und in Deutschland mit Auflösung des Bundes keine lebensfähige Gruppe von Staaten außer Österreich und Preußen mehr bestände, eine solche nicht mehr herstellen, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Erst vor einigen Tagen, als ich in Herrn Drouyn de Lhuys drang, er möge mir doch sagen, was Frankreich denn eigentlich in und für Deutschland wünsche, bemerkte er mir, daß es Frankreich am liebsten sei, wenn Deutschland bleibe, wie es sei, d. h. eine Vereinigung von souveränen Staaten.[1] Damit wolle er jedoch nicht sagen, daß nicht einige Veränderungen geringerer Art eintreten könnten, das sei für Frankreich gleichgültig, wenn nur das Hauptprinzip unangetastet bleibe. Indem ich diese Äußerungen des Herrn Drouyn de Lhuys zur Allerhöchsten Kenntnis bringe, erlaube ich mir die alleruntertänigste Bemerkung, daß nach allem, was ich hier, und zwar direkt aus dem Munde des Herrn Nigra vernehme, die Stimme Bayerns in Florenz von großem Gewicht sein dürfte.

Vielleicht läßt sich Italien doch noch zurückhalten, es hätte wohl mehr Aussicht, in den Besitz Venetiens auf friedlichem Wege zu gelangen, als das Glück der Waffen auf die Probe zu stellen. Österreich, nach anderer Seite hin siegreich, könnte unbeschadet seiner Würde sich immerhin mit Italien abfinden....

86.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 7. Mai 1866

Nachdem ich gestern nachmittag Herrn Drouyn de Lhuys nach Maßgabe der geehrten Telegramme Eurer Exzellenz über unsere Rüstungen, sowie unsere fortdauernde Bereitwilligkeit zu beiderseitiger Entwaffnung vertrauliche Mitteilung gemacht hatte, erwähnte ich des von ihm Herrn Benedetti telegraphisch erteilten Auftrages, sich vertraulich unserer Geneigtheit zur Beschickung eines behufs Vermeidung des Krieges zu berufenden Kongresses zu versichern.[2]

[1] Drouyn de Lhuys steht im Grunde der Auffassung von Thiers näher als der des Kaisers.
[2] Orig. Diplom. 8, 425 f.

Der Minister empfahl mir sofort, dieser nicht allein in Berlin, sondern auch in London, Wien, St. Petersburg und Florenz gemachten Andeutung keine zu große Wichtigkeit beizulegen. Die diesfällige Weisung sei aus einem Gespräche mit dem Kaiser und ihm, sowie aus einem ähnlichen Austausch mit den Botschaftern Englands und Österreichs hervorgegangen und mehr bestimmt, den guten Willen Frankreichs zu zeigen, sich einem möglichen Auswege zur Erhaltung des Friedens nicht zu entziehen, als daß die Kaiserliche Regierung an die Wirksamkeit dieses Mittels ohne vorherige Vereinbarungen mit einigen der wichtigsten Regierungen glaubte. Er habe daher auch den französischen Vertretern ausdrücklich empfohlen, es zu vermeiden, durch die von ihnen zu machende Andeutung die Kaiserliche Regierung zu binden. Man wünsche nur für alle Fälle davon unterrichtet zu sein, welche Aufnahme eventuell ein solcher Vorschlag bei den verschiedenen Höfen finden würde. Die Antworten seien auch bereits fast alle eingegangen. Keine lehne unbedingt ab; einige sprächen, wie die unsrige, den Wunsch einer vorherigen Spezialverständigung mit Frankreich aus; andere höben im allgemeinen die Notwendigkeit einer vorherigen Feststellung der zu behandelnden Fragen hervor. Lord Clarendon insbesondere erkenne mit einer gewissen Ironie die vom Kaiser selbst in Seiner Unterredung mit Lord Cowley hervorgehobenen Schwierigkeiten an.

Ich erinnerte den französischen Minister an das, was der Kaiser mir vor 14 Tagen gesagt, Herr Drouyn de Lhuys mir bestätigt, ich beiden vor etwa 8 Tagen erwidert hatte. Ich fügte hinzu, ich sei noch immer bereit, über ein zwischen uns, Frankreich und Italien zu verabredendes Programm mich vorläufig vertraulich mit der Kaiserlichen Regierung zu unterhalten. Es frage sich für mich nur, ob der im Telegramm des Herrn Drouyn de Lhuys formulierte Zweck des Kongresses »den Krieg zu verhüten«, denselben auf die Venetianische, die Schleswig-Holsteinsche und allenfalls die deutsche Frage beschränken solle? Dies würde schwer sein, ohne von vornherein zu erklären, daß Österreich Venetien an Italien abtreten, Schleswig-Holstein Preußen überlassen, in Deutschland uns freie Hand lassen, und Österreich dafür nichts erhalten solle. Wolle man dies nicht, so würde es unvermeidlich sein, andere Fragen in die Beratungen und folglich auch in die vorherige Verständigung zu ziehen, um Kompensationsobjekte zu gewinnen.

Der Minister erwiderte mir, daß in der Tat letzteres nicht zu umgehen sei, und fügte hinzu, daß die Kaiserliche Regierung gern der Kongreßidee ernstlich Folge geben würde, wenn es ihr gelänge, sich mit uns und Italien über gemeinsame Zielpunkte zu einigen. Er forderte mich auf, ein »Menü« zu entwerfen. Ich bemerkte, wir würden ganz bereit sein, die «plats» zu bezeichnen, welche wir in dieses Menü aufgenommen zu sehen wünschten; aber die Lieblingsgerichte Frankreichs sollte billigerweise dieses selbst nennen, wenn es auch trotz seiner Eigenschaft als Amphitryon seinen Gästen freundlichst gestatten wolle, die ihrigen vorzuschlagen. Es müsse dabei, wenn man zu etwas gelangen wolle, alle Prüderie aufgegeben werden. Herr Drouyn de Lhuys entgegnete, jene Initiative sei es eben, welche er zu vermeiden wünsche. Frankreich verlange keine Vergrößerung; wenn aber andere sich vergrößern wollten, so müsse

es hervorheben, daß es ein Äquivalent würde in Anspruch zu nehmen haben. Welches? darüber müsse der Vorschlag von denjenigen ausgehen, welche die Initiative in der neuen europäischen Bewegung ergriffen hätten. Er müsse mich vor der Illusion warnen, als ob eine bloße satisfaction d'amour propre noch genügen könne. Der Kaiser selbst möge sich darüber getäuscht haben. Die öffentliche Meinung lasse das aber nicht zu. Diejenigen, welche am lautesten nach Frieden schrien, verlangten in zweiter Linie nicht minder laut eine Vergrößerung Frankreichs, wenn wir uns vergrößerten, und daß wir sie aus ihrer Ruhe störten und sie zwängen, eine Vergrößerung für Frankreich zu fordern, dadurch aber möglicherweise dieses Land in einen Krieg zu stürzen, sei es hauptsächlich, was sie so sehr gegen Preußen und dessen gegenwärtige Politik erbittere. Ein solches Äquivalent brauche nun nicht notwendigerweise eine Territorialentschädigung zu sein; wenn auch, wie gesagt, eine bloße Befriedigung der Eitelkeit nicht genüge,[1] so ließe sich doch zwischen beiden etwas in der Mitte Liegendes denken, was in den Augen jedes Franzosen als ein reeller politischer Vorteil gelten müsse, welcher eine Kompensation für eine mäßige Gebietserweiterung Preußens zu gewähren geeignet sei.[2] Von mir gedrängt, seine Gedanken deutlicher auszudrücken, bemerkte der Minister, es müßte eine Kombination sein, welche neue Gruppierungen bildete, alte, für Frankreich bedenkliche sprengte (qui mettrait la division dans des forces unies jusqu'à présent), ihm neue Kräfte zuführte, seine Gegner schwächte. Er fügte hinzu, daß er mir dankbar sein würde, wenn ich ihm eine Idee in dieser Richtung suppeditieren könnte; auch er wolle seinerseits darüber mit dem Kaiser sprechen, der in Kombinationen sehr fruchtbar sei. Vielleicht gelangten wir auf diesem Wege zu dem Verbindungspunkte, welcher uns bisher fehle. Er erkannte dabei an, daß er von mir nicht erwarte, je Aussicht auf deutsches Land zu erlangen, welche Hoffnungslosigkeit ich vollkommen bestätigte. Auch halte er diesen Weg für Frankreich für gefährlich. Aber mit einer Anweisung auf ein etwa im Monde gelegenes Land könne dieses sich auch nicht begnügen. Es müsse also ein anderweitiger, für jedermann erkennbarer praktischer politischer Vorteil sein.

Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich in den rätselhaften Äußerungen des französischen Ministers eine auf Polen bezügliche Andeutung erkenne,[3] und ich bin sehr geneigt anzunehmen, daß vorzugsweise in dieser Richtung durch Vermittelung des Fürsten Metternich auf das österreichische Kabinett eingewirkt wird. Dieser Diplomat entwickelt eine mit seiner sonstigen Apathie stark kontrastierende fieberhafte Tätigkeit, welche von dem Selbstvertrauen Österreichs keinen hohen Begriff zu geben geeignet ist. Er geht zwei- bis dreimal wöchentlich zum Kaiser, was ich bis jetzt habe vermeiden können, da mir die allwöchentlichen Begegnungen auf den Hofbällen genügten. Wie weit er auf diesem Wege seine Regierung der französischen genähert hat, wage ich nicht zu entscheiden; zu etwas für beide Teile Bindendem ist es aber schwer-

[1] Ablehnung der Erwägungen, die der Botschafter Goltz dem Kaiser vortrug.

[2] Das »in der Mitte Liegende« scheint auf den neutralen Rheinstaat hinzudeuten.

[3] Irrtum des Botschafters, vgl. Nr. 87.

lich gekommen. Als ich Herrn Drouyn de Lhuys heute beim Weggehen im Scherze bat, nicht voreilig mit dem Fürsten Metternich, der draußen auf den Empfang wartete, etwas abzumachen, erwiderte derselbe, ich könne mich vorläufig darüber beruhigen; die österreichischen Anerbietungen gingen nur stückweise und sehr langsam vor sich.

Wie dem auch sei, so genügt die Erinnerung an die Haltung Österreichs im Jahre 1863 in der angedeuteten Richtung, um Besorgnisse zu begründen. Ist auch einerseits die Furcht vor Rußland geeignet, das österreichische Kabinett in dieser Beziehung zu ernstlichem Nachdenken zu veranlassen, so würde es doch andererseits im Interesse seiner deutschen Stellung einen solchen Handel wahrscheinlich einem Abkommen über die Rheingrenze vorziehen.

Die vom Kaiser Napoleon gestern in Auxerre gehaltene Rede,[1] von welcher ich Eurer Exzellenz soeben die wichtigsten Sätze telegraphiert habe und die ich anliegend beifüge, ist bezeichnend für die Stimmung des französischen Souveräns. Sie ist nicht allein ein Ausbruch seines Unwillens über die jüngsten Beratungen des Gesetzgebenden Körpers, sondern auch ein Programm auswärtiger Politik, welches die Richtung andeutet, in welcher er die gegenwärtige europäische Krise ausbeuten will. Die Unterredung, welche ich mit ihm auf Grund der heute (leider gerade in dem Moment, wo ich mich auf den Hofball begeben muß) zu erwartenden Depeschen Eurer Exzellenz haben werde, dürfte in dieser Hinsicht ein helleres Licht verbreiten, und werde ich mich beeilen, Eurer Exzellenz darüber Bericht zu erstatten.

87.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Geheim. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 8. Mai 1866

Obgleich ich, um noch vorher von der Feldjägerexpedition Kenntnis nehmen zu können, gestern abend drei Viertelstunden nach der Zeit der Einladung zu dem Hofball in die Tuilerien fuhr, so genügte doch ein flüchtiger Blick in die geehrten Depeschen Eurer Exzellenz, um mich zu überzeugen, daß ich von dem Inhalt der letzteren an demselben Abend dem Kaiser gegenüber keinen Gebrauch würde machen können, es vielmehr einer vorherigen gründlichen Lesung und Überlegung meinerseits bedürfte. Ich bat daher den Kaiser, mich am folgenden Tage bei sich zu empfangen, wozu Seine Majestät sofort sehr bereit war.

Eurer Exzellenz habe ich soeben den wesentlichen Inhalt der heutigen Äußerungen des Kaisers[2] telegraphiert. Dieselben beweisen eine vollständige

[1] Nr. 84.

[2] Vgl. die Aufzeichnung in den Tagebüchern des Legationssekretärs v. Radowitz vom 8. Mai: »Goltz war heute früh beim Kaiser und hatte wieder eine jener merkwürdigen Konversationen, welche jetzt die ganze Lage für uns bestimmen! Diesmal aber lautete die Sprache ganz anders, ja gerade umgekehrt wie vor acht Tagen! Eine totale Änderung im

und äußerst erfreuliche Veränderung[1*] in denjenigen Auffassungen, über welche ich heut vor acht Tagen zu berichten in der Lage war. Über die Ursachen dieser Wandlung, welche mir gestatten wird, in Erwiderung des geehrten Erlasses und der Privatschreiben Eurer Exzellenz vom 6. d. M.[1] nur in aller Kürze auf den früheren Standpunkt zurückzukommen, werde ich weiter unten mich zu äußern die Ehre haben.

Ich begann damit, dem Kaiser zu sagen, daß ich die Mitteilungen, welche er mir auf dem vorletzten Hofballe gemacht, in streng vertraulicher Form zur Kenntnis Eurer Exzellenz gebracht hätte. Nach der mir hierauf gewordenen vorläufigen Erwiderung werde Seine Majestät der König dem Kaiser wahrscheinlich in Anknüpfung an sein letztes Schreiben seine Auffassungen schriftlich näher auseinandersetzen, indem der Kaiser jetzt den Zeitpunkt für eine festere Verständigung als gekommen anerkannte, was damals nicht der Fall gewesen sei. Damit aber durch diesen ferneren Meinungsaustausch eine wirkliche Annäherung gesichert werde, schiene es mir nützlich, vorher festzustellen, welches die gemeinsamen Punkte wären, über die eine Übereinstimmung nicht erst noch herbeigeführt werden müßte, und in welchen Punkten dagegen die

Standpunkte des Kaisers für die preußische Politik. — Cäsar trat gleich von vornherein von seinen letzten Propositionen wieder zurück, sagte, er habe sie angesichts des von ihm für ganz imminent gehaltenen Krieges gemacht, habe sich aber inzwischen die Sache anders überlegt. Er sähe die Gefahren einer Vergrößerung Frankreichs durch deutsches Gebiet ein und wünsche sie zu vermeiden. Seine Absichten gingen jetzt auf einen Kongreß, welcher die brennenden politischen Fragen, in denen die augenblickliche Kriegsgefahr liege, regulieren solle: d. h. die Schleswig-Holsteinische und die Venezianische. Andere Fragen, wie namentlich die deutsche Bundesreform — insofern sie nicht etwa das europäische Gleichgewicht berühre — und die polnische müßten bestimmt ausgeschlossen werden. Frankreich, Italien, Preußen sollten als Gruppe vereint mit festem Programm eintreten. Wir sollten die Herzogtümer bekommen und die Hegemonie in Deutschland uns selber verschaffen, würden aber das dänische Nordschleswig zurückgeben müssen. Italien müsse Venetien haben. Die Entschädigung für Österreich ließe sich vielleicht in Bosnien und der Herzegowina finden, übrigens sei es nicht Sache des französisch-italienisch-preußischen Programms, diese Entschädigung ausfindig zu machen. Bei dem Gespräche über die Kompensation für Österreich sagte der Kaiser (unter dem Siegel der Verschwiegenheit), daß Österreichs ganzes Bestreben auf die Erwerbung von Schlesien gehe!! — Auf Goltz' wiederholtes Befragen sprach er ausdrücklich aus, er verlange für Frankreich für diese Arrangements keine territoriale Konzession irgendwelcher Art. Von einer eventuellen Rekonstruierung von Polen, welche Goltz vor einigen Tagen glaubte, durch Drouyn de Lhuys angedeutet zu sehen, war gar nicht die Rede. —

Danach kam der Kaiser auf die Besprechungen vom vorigen Male gar nicht wieder zurück. Goltz hatte somit von den ihm gewordenen Instruktionen nur wenig Gebrauch zu machen und beschränkte sich darauf, die Kaiserlichen Ideen in diesem Stadium zu bestärken, namentlich eingehend die Unmöglichkeit preußischer oder deutscher Gebietsabtretungen überhaupt darzutun. Auf alles ist Cäsar eingegangen; der Umschlag war total. Die Gründe liegen wahrscheinlich in der starken Pression, die gestern (unter dem Eindrucke der unglücklichen oder glücklichen Rede in Auxerre) auf ihn durch Rouher und Fould ausgeübt worden. Fould war heute morgen noch vor Goltz bei ihm gewesen und hatte ihm eine Übersicht vorgelegt, aus der sich ergibt, daß die momentanen Verluste im hiesigen Verkehr schon auf 1800 Millionen gestiegen sind. Nach Goltz wurde der Kriegsminister Randon empfangen, der ebenfalls stark auf neutrale, ergo friedliche Politik arbeiten soll.«

[1] Nr. 81, 82.

Meinungen noch auseinandergingen. Ich hätte keinen Auftrag, dem Kaiser Fragen hierüber vorzulegen. Vielleicht gestatte mir aber Seine Majestät, ihm meine eigenen Zweifel vorzutragen, um nötigenfalls meine Regierung aufklären zu können.

Auf die zustimmende Erklärung des Kaisers sagte ich sodann, meine Zweifel seien doppelter Natur: sie beträfen erstens das, was der Kaiser für Frankreich wünschen möchte, zweitens das, was ihm Österreich bieten oder geboten haben könnte?[2*] In ersterer Beziehung könnte ich die großen Bedenken nicht verhehlen, welche Abtretungen preußischen oder deutschen Gebiets hervorzurufen geeignet seien. Der Kaiser unterbrach mich hier sofort mit der Bemerkung, daß er die mir vor acht Tagen getanen[3*] Äußerungen unter dem Eindruck der unmittelbaren Kriegsgefahr gemacht habe.[4*] Er habe es für seine Pflicht gehalten, uns beizeiten darauf aufmerksam zu machen, wohin hier die Richtung der öffentlichen Meinung ginge.[5*] Alle Welt verlange hier für den Fall einer Vergrößerung Preußens « quelque chose du côté du Rhin, vers la Moselle, et du côté de la Bavière rhénane » (also die Grenzen von 1814). Seine Wünsche seien nicht dahin gerichtet.[6*] Er wünsche die Notwendigkeit einer Vergrößerung zu vermeiden, welche ihre Kehrseite habe. Wisse er doch nicht einmal, ob jene Bevölkerungen auch wirklich französisch werden wollten![7*] Er möchte daher alle Aventüren, welche einen europäischen Brand zur Folge oder zur Voraussetzung haben könnten, vermeiden. Zu diesem Zwecke würde man sich auf die Lösung der brennenden Fragen, welche gegenwärtig einen großen Krieg herbeizuführen drohten, beschränken, dieselbe auf einem Kongreß versuchen, dagegen alle übrigen Fragen von den Beratungen ausschließen müssen. Jene brennenden Fragen seien: die Venetianische, die Schleswig-Holsteinsche und die deutsche. Er wünsche, daß Venetien mit Italien, die Elbherzogtümer (unter Rückzession der nördlichen Distrikte an Dänemark) mit Preußen vereinigt, dieser Macht die Hegemonie in Norddeutschland überlassen, den übrigen deutschen Staaten eine Vereinigung unter sich gestattet würde. Für alles dies verlange er (wie er auf meine Frage wiederholt und mit großer Bestimmtheit erklärte) für sich absolut nichts. Es frage sich nur, ob die übrigen Mächte, denen man natürlich das vorstehende, zwischen Frankreich, Preußen und Italien vorher zu verabredende Programm nicht im voraus mitteilen dürfte, einen zur Lösung jener drei Fragen zu berufenden Kongreß[8*] würden beschicken wollen.

Ich habe dem Kaiser meine lebhafte Befriedigung über seine Auffassung ausgesprochen. Ich sagte ihm, daß nach meiner Überzeugung seine Abneigung, preußisches Gebiet zu erwerben, nicht allein unserer Stellung, sondern auch seinem Interesse entsprechen dürfte. Es schiene mir überflüssig, vom linken Rheinufer zu sprechen, indem es auf der Hand liege, daß dasselbe ohne einen großen europäischen Krieg nicht von Frankreich erworben, kein preußischer König es je freiwillig abtreten könne. Dasselbe wolle ich nicht unbedingt von dem kleinen Landesteile behaupten, welcher 1814 bei Frankreich verblieben, 1815 mit Preußen vereinigt worden sei.[9*] Man könnte sagen, daß wenn diese Rückabtretung einen Bestandteil der vollständigen Wiederherstellung der

Grenze von 1814 bilden sollte und die Bevölkerung zustimmte, sich eine solche Veränderung allenfalls rechtfertigen ließe.[10*] Aber man wisse, was es mit dergleichen Abstimmungen auf sich habe, welche die Folgen der Erbitterung einer Bevölkerung seien, denen ihr bisheriger Souverän selbst zu verstehen gebe, daß er sich ihrer zu entledigen wünsche. Wir hätten bereits unprovozierte Manifestationen im entgegengesetzten Sinne,[1] ganz abgesehen selbst von denen, welche im Jahre 1814 erfolgten. Noch viel bedenklicher schien mir aber eine solche Erwerbung vom Standpunkte des Kaisers. Er würde dadurch mit den Prinzipien der Nationalitäten und der Wünsche der Bevölkerungen in Widerspruch treten, die von ihm so geschickt beseitigten nationalen Antipathien Deutschlands in vollstem Maße wieder hervorrufen und ihr einen Gegenstand geben, der ihr bisher fehlte.[11*] Wenn er sich allen diesen Inkonvenienzen aussetzte, um die französische Grenze bis an den Rhein zu schieben und mehrere Millionen Untertanen zu erwerben, so würde sich das begreifen lassen. Er würde vielleicht auch mächtig genug sein, um den Gefahren einer solchen Akquisition wenigstens zeitweise[12*] zu widerstehen. Aber für ein paar Hunderttausend Seelen könne es doch unmöglich seinem Interesse entsprechen, alle bisherigen Grundsätze seiner Politik zu verlassen.

Der Kaiser stimmte dem mehrfach zu und erhob nirgends Widerspruch. Ich fuhr dann fort, meine Zustimmung zu den von ihm ausgesprochenen Ideen zu motivieren. Ich glaubte nur darauf aufmerksam machen zu müssen, daß es sich schwerlich vermeiden lassen dürfte, außer den genannten drei Fragen auch andere in den Kreis der Beratungen des Kongresses zu ziehen. Auch machte ich einen weiter unten zu erörternden Vorbehalt hinsichtlich der deutschen Frage.

In ersterer Beziehung sagte ich dem Kaiser, daß wir nicht von vornherein mit dem absoluten Anspruche würden auftreten können, daß Österreich Ve-

[1] In dieser Immediatvorstellung der Stadtbehörden von Saarbrücken und St. Johann vom 3. April 1866 heißt es: »Die Bewohner unserer Heimat, unser Denken und Fühlen, unsere Sprache, unsere Bildung, unsere Sitten sind deutsch, unsere ganze Liebe gehört dem großen Vaterlande und dem mächtigen Staate, durch welchen wir mit jenem verbunden sind, der Deutschlands Schild und Schwert ist. Diese herrlichsten Güter des Menschen würden durch ein Ereignis, welches die Gerüchte in Aussicht stellen, gefährdet werden. Die Spekulationen französischer Kapitalisten würden sich nach der Saar wenden, französische Geschäftshäuser würden unter uns gegründet, der deutsche Arbeiter würde durch den französischen verdrängt, die Bevölkerung des Kreises, welche unter der Kgl. preußischen Regierung seit dem Jahre 1815 von 20 000 Seelen auf nahezu 70 000 gestiegen ist, würde von französischen Neigungen durchdrungen werden, der französische Einfluß würde nach Herrschaft streben! Wir kennen diese Zustände aus dem Berichte unserer Väter und teilweise noch aus eigener Anschauung, wir sehen sie bei den Nachbarn, welche dem Vaterland entfremdet wurden, in Lothringen und im Elsaß ... Als Nachfolger der Gemeinderäte, welche unter französischer Herrschaft im Jahre 1815 ihre Bevollmächtigten an die preußischen Staatsmänner nach Paris sandten, erachten wir es für eine heilige Pflicht, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit dem mächtigsten deutschen Staate, dieses schönste Vermächtnis der Väter, unter unseren Mitbürgern in voller Kraft und Freudigkeit zu wahren.« (Geh. St. Arch. Berlin.)

Auf die amtliche Behandlung dieser Eingabe behalte ich mir vor, später bei Gelegenheit zurückzukommen.

netien an Italien abtrete, Schleswig-Holstein an Preußen überlasse und auf seine bisherige Stellung in Deutschland verzichte, ohne irgendeine Kompensation zu erhalten. Als der Kaiser dem beitrat, fügte ich hinzu, daß ich nicht wüßte, wo diese Kompensation zu suchen sei, wie ich denn überhaupt für den Fall eines Krieges zwischen den beiden deutschen Großmächten mir sehr wohl hätte denken können, was Österreich Frankreich anbieten möchte, keineswegs aber, was dieses jenem zu gewähren in der Lage sei. Denn Venetien, auf welches Österreich nur im äußersten Falle verzichten dürfte, würde doch Frankreich nicht Österreich lassen wollen. Österreich könnte höchstens die Komödie von 1863 mit Polen wieder aufführen wollen, an deren Aufrichtigkeit der Kaiser aber dieses Mal schwerlich glauben würde.

Der Kaiser erwiderte, von Polen sei nicht die Rede gewesen und er beabsichtige nicht, sich darauf wieder einzulassen; vielmehr müsse die polnische Frage auch vom Kongreß ausgeschlossen bleiben, da sonst an die Teilnahme Rußlands nicht zu denken sei. Auch die Donaufürstentümer wolle Österreich nicht, da Rußland einen Kriegsfall daraus machen würde. Was Österreich als Entschädigung für Venetien wolle, sei klar, er bitte mich, diese Mitteilung aber streng geheim zu halten; es wolle Schlesien,[13*] worauf er sich natürlich nicht einlasse. Als ich darauf einwarf, daß ja die Zerstückelung Preußens Österreich die Alleinherrschaft in Deutschland in dem Verhältnis des früheren Deutschen Reichs sichern und die Interessen Frankreichs in einem Maße bedrohen würde, gegen welches keine Gebietsabtretung am Rhein ein Gegengewicht gewähren könnte, trat der Kaiser mir bei.[14*] Er bemerkte sodann, er könne nur in Bosnien und der Herzegowina die Möglichkeit, Österreich eine Entschädigung für den Besitz von Venetien zu gewähren, erblicken.[1] Hierdurch würde das dalmatinische Küstenland ein Hinterland gewinnen, welches Österreich in den Stand setzen würde, jenes gegen etwaige weitere Unternehmungen Italiens zu verteidigen. Er fragte mich, was Rußland dazu sagen würde. Ich bemerkte, daß sich für dieses nötigenfalls eine Entschädigung durch Milderung der auf die Schiffahrt im Schwarzen Meere bezüglichen Beschränkungen des Pariser Friedens oder durch Rückabtretung des Teils von Beßarabien würde herstellen lassen. Der Kaiser gab mit Rücksicht auf England eine gewisse Abneigung zu erkennen, an den Pariser Frieden zu rühren. Ich bemerkte hierzu noch, daß auch eine Stärkung Serbiens Rußland veranlassen möchte, zur Abtretung eines Teils von Bosnien an Österreich zuzustimmen.

Was die deutsche Frage anbetrifft, so machte ich dem Kaiser bemerklich, daß die Entscheidung derselben durch einen europäischen Kongreß in Deutschland viel Widerspruch finden würde, der dadurch vermindert werden könnte, wenn der Kongreß sich auf Sanktion derjenigen allgemeinen Grundzüge, welche das europäische Gleichgewicht zu berühren geeignet wären, beschränkte. Der Kaiser wandte ein, daß der deutsche Staatenbund ein Bestandteil der europäischen Verträge sei, also den europäischen Mächten nicht wohl das Recht

[1] Dieses Äquivalent war nach der scharfen Ablehnung Österreichs längst ausgeschieden, vgl. Nr. 48, 50. Die Verhandlung Napoleons mit Österreich hatte bereits das Äquivalent Schlesien zur Grundlage.

bestritten werden könne, einer nach Außen wirksamen Veränderung seiner Organisation zu widersprechen.[1] Ich erwiderte, daß sich sogar in jedem einzelnen Staate innere Verbesserungen denken ließen, welche ihn nach Außen stärkten, ohne daß darum das Ausland ein Recht zum Einspruch hätte. Was Deutschland betreffe, so ließe sich in dieser Beziehung kein absolutes Prinzip aufstellen. Keine auswärtige Macht würde z. B. gegen eine Militärkonvention zwischen Preußen und Koburg Einspruch tun können. Dagegen würden wir kaum behaupten dürfen, daß es die anderen Mächte nichts anginge, wenn etwa der König von Preußen unbedingt über sämtliche deutsche Wehrkräfte sollte verfügen können. Zwischen diesen beiden Extremen lägen viele Nuancen. Alles was mir notwendig erscheine, sei, die in Deutschland vor sich gehende innere Arbeit sich selbst zu überlassen und ihr von seiten des Kongresses nur gewisse Grenzen zu ziehen, welche wir zunächst mit Frankreich zu verabreden haben würden. Der Kaiser erklärte sich hiermit einverstanden und wiederholte mir, daß er gegen die Hegemonie in Norddeutschland und gegen die besondere Gruppierung der süddeutschen Staaten nichts einzuwenden hätte. Ob es dann in Deutschland ein oder zwei oder drei Parlamente gäbe, sei ihm einerlei.[15*]

Eure Exzellenz werden aus Vorstehendem ersehen, welche große Umstimmung in den Ansichten und Tendenzen des Kaisers in der letzten Zeit vor sich gegangen ist. Vor 14 Tagen gab er, ich darf wohl sagen, die Hoffnung auf den Krieg auf und redete deshalb einem Kongreß das Wort.[16*] Vor acht Tagen hielt er den Krieg für unvermeidlich und meldete daher weitgehende Ansprüche an. Heut verzichtet er auf die letzteren gänzlich, tritt ganz in das frühere Stadium unserer Beziehungen zurück und zeigt sich bereit, uns und Italien ohne Krieg, durch einen Kongreß zu unseren Absichten zu verhelfen. Ja, ich kann diese Wandlungen noch weiter verfolgen. Nach der Sitzung des gesetzgebenden Körpers hielt er im Unwillen die Rede von Auxerre. Die Rückwirkung derselben, die ich sogleich erwähnen werde, flößte ihm seine heutige Sprache mir gegenüber ein. Vorgestern erklärte Herr Drouyn de Lhuys den Kongreßvorschlag fast als ein bloßes Manöver.[2] Heut beschäftigt sich der Kaiser ernstlich mit den Mitteln, ihn zustande zu bringen.

Ich glaube, daß der Kaiser in alledem aufrichtig war,[17*] aufrichtiger vielleicht, als er es je andern gegenüber gewesen ist, und daß seine wechselnden Standpunkte sich durch die schnellen und häufigen Veränderungen der Situation erklären lassen.

In meinem gestrigen Bericht erwähnte ich nach den Äußerungen des Herrn Drouyn de Lhuys der hier herrschenden doppelten Richtung: der friedlichen in erster Linie und der, auf Eroberung gerichteten, falls der Frieden nicht zu erhalten sein und Preußen sich vergrößern sollte. Der Kaiser, welcher der öffentlichen Meinung stets Rechnung trägt,hatte sich vor acht Tagen die letztere, eventuelle Richtung angeeignet; heute schließt er sich der ersteren an, welche die öffentliche Meinung vollständig befriedigt. Seine Rede von Auxerre, welche mehr noch ein dem Gesetzgebenden Körper erteilter Verweis als ein neues und

[1] Zu dieser Frage vgl. Nr. 114.
[2] Nr. 86.

unmittelbar auszuführendes Programm auswärtiger Politik sein sollte, hatte nach allen Seiten den schlechtesten Eindruck gemacht: die servile Majorität, in ihrer Eitelkeit gekränkt, drohte mit einer Gegendemonstration, welche den Kaiser zur Auflösung genötigt haben würde; mehrere der wichtigsten Minister (Rouher, Fould, Béhic) wollten ihre Entlassung einreichen; die gestrige Börse erfuhr ein bisher unerhörtes Fallen aller Fonds. Inzwischen war Thiers bereits von allen liberalen Blättern gerichtet worden. Der Kaiser hat allen diesen Umständen Rechnung getragen. Das Resultat ist ein für uns äußerst günstiges, und ich glaube daher, daß es wichtig wäre, es zu benutzen, ehe eine neue Wandlung eintritt. Unsere Kriegsvorbereitungen dürfen darum indessen nicht aufgehoben,[18*] vielmehr meines Erachtens beibehalten werden, bis der eventuelle Kongreß in seiner ersten Sitzung eine allgemeine Entwaffnung[19*] beschließt, welche alsdann von allen Seiten ehrlich ausgeführt werden dürfte.[20*] Ebensowenig scheinen mir deshalb die Verhandlungen mit Österreich abgebrochen werden zu müssen. Je mehr wir uns dabei einander nähern, desto günstiger wird unsere Stellung auf dem Kongreß sein. Weigert Österreich andererseits die Beschickung desselben, wie dies der Kaiser für möglich hielt, so würde es einstimmig als Friedensstörer verurteilt werden. Zu dem Schreiben Seiner Majestät des Königs[1] scheint mir endlich bei dieser Sachlage momentan kein Anlaß zu sein. Eventuell würde ich stets in der Lage sein, dasselbe dem Kaiser zu übergeben, ohne daß jemand davon erfährt.[21*]

Nach Vorstehendem brauche ich nur historisch in aller Kürze diejenigen Fragen Eurer Exzellenz zu beantworten, deren Beantwortung nicht bereits in Obigem enthalten ist.

Daß der Kaiser mit seinen Eröffnungen einen Druck auf uns im Sinne des Friedens ausüben wollte, muß ich entschieden verneinen. Vielmehr war er im Gegenteil bemüht, sich die Früchte des Krieges, an den er mit Bestimmtheit glaubte, und den er damals noch wünschte, zu sichern. Er wollte dabei noch mehr loyal erscheinen, als er es wirklich war. Deshalb wartete er die wirkliche Kriegserklärung nicht ab. Die österreichischen Anerbieten[22*] sagten ihm in der Tat wenig zu; sie hatten aber immer einen gewissen Wert, solange wir ihm gar keine Anerbietungen gemacht hatten[23*] und er auch keine viel wertvolleren von uns erwarten konnte.

Die in meiner Nachschrift angeführte Äußerung[2], welche der Kaiser zur Rechtfertigung seiner Politik mehreren Deputierten gemacht haben soll, die ihn bestürmten, uns zum Frieden zu zwingen, habe ich nur deshalb angeführt, weil sie die Situation so scharf charakterisierte. Gewichtige Autoritäten kann ich dafür nicht anführen.[24*] Das Wort ging von Mund zu Mund und erschien mir sehr glaublich.[25*] Denn ich könnte unzählige Mitteilungen über diesfällige Absichten des Kaisers anführen, wie sie mir täglich von sehr einflußreichen, dem Kaiserreiche ergebenen Männern gemacht werden und zum Teil auf Kaiserliche Minister zurückzuführen sind. Namentlich habe ich vollen Grund anzunehmen, daß, ganz im Gegensatz zu dem, was man früher sagte, Rouher

[1] Vgl. die Mission v. d. Burg, Nr. 97.
[2] Nr. 76, S. 153; dazu Bismarcks Frage Nr. 82.

sehr entschieden für den Frieden, eventuell aber für Vergrößerung Frankreichs auf Kosten Preußens war. Ein Gleiches gilt von fast allen Marschällen, namentlich auch von dem Kriegsminister. Es ist dies überhaupt die hier in allen Kreisen vorherrschende Meinung, von welcher ich seit längerer Zeit schon besorgte, daß der Kaiser ihr würde nachgeben müssen.

Ich bemerke noch schließlich, daß die Eröffnungen des Kaisers keineswegs den Charakter vertraulicher, und behufs Sondierung im Gespräch hingeworfener Äußerungen hatten. Denn meine Ansichten über Gebietsabtretungen kennt der Kaiser längst. Er machte mir jene Eröffnungen mit einer gewissen Feierlichkeit und allen Anzeichen vorheriger reiflicher Überlegung; sie machten mir, der überaus wohlwollenden Form ungeachtet, fast den Eindruck eines Ultimatums. Ganz in demselben Sinne sprach ja auch mehrere Male Drouyn de Lhuys und von italienischer Seite hat man indirekt in gleicher Weise auf mich einzuwirken gesucht.

Diese Phase ist hoffentlich jetzt überwunden[26*] und wird schwer wieder aufzunehmen sein. Ich glaube aber, daß es immerhin für Eure Exzellenz von Interesse sein wird, darüber vollständige Aufklärung zu besitzen.[27*]

Eigenhändige Nachschrift: Der Minister sagte mir noch, daß der gegenwärtige Zustand der Spannung verderblicher für alle materiellen Interessen sei als der Krieg selbst.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* wunderbar! Goltz??
2* 2. 1.
3* ?? gewiß??
4* jetzt noch unmittelbarer.
5* !
6* !
7* !
8* ! = Krieg.
9* ?
10* wie lange.
11* cf. Erlaß.
12* (zweimal unterstrichen).
13* (drei Striche am Rande).
14* cf. Erlaß vom 5. Mai 233.
15* ??
16* noch heut?!
17* G(oltz) auch?
18* !
19* ?
20* !?
21* ehrlich?
22* welche?? existieren sie?
23* das haben wir auch heut noch nicht!
24* ! Erfindung von Goltz?
25* ?!
26* war sie vorh(anden)?
27* louche! louche!

88.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 8 mai 1866, 1^{20} p. m.; arr. 4^{50} p. m.

L'Empereur m'a demandé ce soir si je n'avais pas une réponse et m'a demandé de venir le voir ce que j'ai promis dès que j'aurais un avis de Vienne. Die Kaiserin sagte mir: «Nous n'avons pas voulu engager notre neutralité pour que Vous ne cherchiez pas à faire reculer la Prusse en lui en faisant comprendre toute l'importance» und behauptete, wir könnten nicht darüber im Zweifel sein, daß der Kaiser uns siegreich vorgehen lassen wird. Le discours d'Auxerre a provoqué une panique. Der Kaiser sagte, er habe nur Thiers eine Befriedigung geben wollen.

89.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Vienne, le 8 mai 1866, 2^{55} p. m.

La première impression produite par les communications apportées par le Comte Mülinen n'est pas très favorable.[1] Le contre-projet, tel qu'il est rédigé, nous imposerait l'engagement de céder la Vénétie après la paix *quelle qu'elle fût* — ce qui serait inadmissible. Nous voulons croire à une omission involontaire dans la rédaction, car la cession ne saurait être promise par nous que pour la cas où la paix nous assurerait en Allemagne une compensation territoriale équivalente. Wir vermissen ebenfalls jede positive Zusage über die zukünftige Gestaltung Italiens nach der Abtretung Venetiens. Endlich scheint uns, daß jede Aussicht auf ein aktives Vorgehen Frankreichs zu unseren Gunsten zu sehr ausgeschlossen bleibt. Qu'adviendrait-il par exemple si la Russie intervenait pour empêcher que la Prusse ne perde une province? Je dois me borner aujourd'hui à ces observations préalables sur le contre-projet dont les conditions sont telles, daß wir nur unter Berücksichtigung der obigen Bemerkungen in dieselben eingehen könnten.

90.

Freiherr v. Schweitzer an Baron Edelsheim

Eigenhändig. Geh. Arch. Karlsruhe

Paris, le 8 mai 1866

... Mr. le Baron de Geiger, député au Corps législatif, bavarois d'origine et dont le père a été pendant longtemps attaché au service du Prince Eugène

[1] Unter dem ersten Eindruck hatte Graf Mensdorff am 7. Mai 10^{00} a. m. dem Vorschlage Metternichs (No. 83) entsprechend telegraphiert: »Nur eine reelle Verbindlichkeit zur Neutralität kann uns zu Gegenkonzessionen bestimmen; halten Sie daran fest«, aber schon an demselben Tage 2^{20} p. m. das Telegramm zurückgenommen und das Abwarten weiterer Mitteilungen angeordnet.

de Beauharnais, part ce soir pour l'Allemagne. Ce député, dont je dois la connaissance au baron de Wächter, ministre de Wurtemberg, avec lequel il a étudié à Heidelberg, a eu, m'a-t-il dit, l'avantage de protéger en 1849 en sa qualité de colonel de la garde nationale, le passage du feu Grand-duc Léopold à Weissembourg, il a conservé un vif intérêt à son ancienne patrie et s'est fait remarquer l'année dernière à la Chambre par un discours prononcé en faveur des droits de l'Allemagne sur les Duchés, il est également très-bien vu de l'Empereur. Mr. de Geiger, sur lequel je viens de donner quelques détails nécessaires à l'intelligence de ce que je vais lui dire, se propose de visiter dans la tournée qu'il va faire en Allemagne pour affaires de famille, Mr. von der Pfordten, avec lequel *il est en rapports de correspondance*, et Mr. de Varnbüler à Stuttgart, et de faire connaître à ces messieurs ses impressions sur les affaires du jour. Ayant lieu de croire qu'il y avait également intérêt pour Votre Excellence à faire la connaissance du Baron de Geiger, je l'ai engagé à ne pas vous omettre dans la tournée, et je viens porter cette circonstance à la connaissance de Votre Excellence, soit que Mr. de Geiger aille la visiter à Carlsruhe, soit qu'il ait occasion de la voir peut-être à Augsbourg où l'apporteront également ses affaires.[1]

91.

Freiherr v. Schweitzer an Baron Edelsheim

Telegramm, Entzifferung. Gen. Land. Arch. Karlsruhe

Paris, den 9. Mai 1866. Nachm.

Sie werden wohl erraten haben, daß es sich in der beachtenswerten Nachschrift unserer Depesche Nr. 55[2] um einen Schritt von unverkennbarem politischen Charakter handelt. Bei freundlicher Aufnahme der Person ist doch rätlich, derselben mit äußerster Vorsicht zu begegnen, um sich nach keiner Richtung hin bloßzustellen. Frankreich scheint nunmehr die deutsche Neutralität erstreben zu wollen.

[1] Über den Zweck der Mission Geiger, über die sich in den bayrischen, württembergischen und badischen Akten nichts ermitteln läßt, erfährt man einiges aus einer Aufzeichnung Varnbülers über ein Gespräch mit Bismarck im Jahre 1876: »Im Jahre 1866 wurde Bismarck derselbe Plan zugetragen, welcher von einem gewissen Geiger den süddeutschen Ministern gebracht worden war, natürlich ganz privatim, um dieselben auszuholen, worauf diese aber auf keine Weise reagierten, nämlich Preußen mittels Sachsen und Hannover und den übrigen mittel- und norddeutschen Staaten zu konsolidieren, und dafür die katholische sächsische Dynastie am Rhein zu entschädigen und so einen Sicherheitspuffer zwischen Preußen und Frankreich zu legen.« (H. v. Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier 3, 272.) Danach hängt die Mission Geiger mit den Schiebungen zusammen, die Napoleon nach der Aufnahme des Kongreßplanes im Mai 1866 vorzuschlagen gedachte, vgl. Nr. 99 Anm. 2.

[2] Nr. 90.

92.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, den 9. Mai 1866, 6^{55} p. m.; eingel. 10^{40} p. m.

Der Kaiser hat mir heute, avec un semblant de grande franchise, die Gründe auseinandergesetzt, welche seine Haltung erklären. Er versichert, daß unser Sieg über Preußen in seinem Interesse liege, daß er aber, obgleich Italien sich verrannt habe und mit Preußen engagiert sei, sich nicht zu einer Intervention, welche ihn zum Kriege nötigen würde, verbinden könne. Il m'a donné sa parole d'avoir refusé tout engagement d'un autre côté.[1] Il l'a affirmé publiquement et le maintient. Il a ajouté: sagen Sie Ihrem allergnädigsten Herrn, daß es mir sehr leid tut, heute noch keine gründlichere Verständigung mit ihm herbeiführen zu können,[2] obgleich nun unsere Interessen gleichartiger Natur sind.

93.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 10 mai 1866, 7^{50} p. m.; arr. 10 p. m.

Duc de Gramont sera chargé d'exprimer confidentiellement les regrets de l'Empereur de ne pouvoir à cause de la conduite de l'Italie prendre des engagements envers nous. Il ajoutera, daß heute in Deutschland, im Orient und in Italien die Interessen der beiden Großmächte dermaßen gleichartig sind, daß ein Zwiespalt nicht zu gewärtigen steht.

94.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Reserviert. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 10. Mai 1866

Eure Königliche Majestät werden durch den, am 8. dieses Monats (Nr. 242) Allerhöchstdero Ministerpräsidenten von mir erstatteten Bericht[3] erfahren

[1] Das kaiserliche Ehrenwort entspricht nur insofern der Wahrheit, als es dem Kaiser bisher nicht gelungen war, ein verpflichtendes Abkommen mit Preußen herbeizuführen.

[2] Der Vertrag mit Österreich scheiterte in Wirklichkeit allein an der Weigerung Italiens, den Bündnisvertrag mit Preußen vom 8. April zu brechen. La Marmora hatte am 5. Mai an Nigra telegraphiert: « que c'est une question d'honneur et de loyauté de ne pas nous dégager avec la Prusse », aber den Rat hinzugefügt: « Mais comme le traité expire le 8 juillet, on pourrait arranger la chose avec un Congrès » (Chiala, Ancora un po' più di luce, S. 170). Wie Nigras Telegramm vom 7. Mai: « (L'Empereur) m'a dit que pour gagner du temps il fera son possible pour remettre sur le tapis l'idée de Congrès » (Chiala, S. 173) erweist, ergriff Napoleon den Kongreßvorschlag nur um des Zeitgewinns willen, um durch den Druck mit diesem Projekt sowohl Österreich als Preußen verhandlungsgeneigter zu machen.

[3] Nr. 87.

haben, daß die Phase der französischen Politik, welche unzulässige Anforderungen in betreff von Gebietsabtretungen besorgen ließ, vorläufig als eine überwundene[1*] zu betrachten ist. Es ist aber nicht bloß von retrospektivem Interesse, zu wissen, von welchen Kreisen derartige Velleitäten genährt werden, und wie man von gewissen Seiten bestrebt ist, die Kräfte Preußens fremden Zwecken dienstbar zu machen und den Konflikt dieser Macht mit Österreich dazu auszubeuten, um Italien auf Kosten der Integrität Preußens und Deutschlands zum Besitze Venetiens zu verhelfen. Denn dieselben Bestrebungen würden ohne Zweifel von neuem wieder hervortreten,[2*] wenn das jetzt in erster Linie ins Auge gefaßte Kongreßprojekt nicht zustande käme[3*] und der Kaiser Napoleon von der verständigen und loyalen Auffassung wieder zurückkommen sollte, welche Er mir in Seiner letzten Unterredung aussprach und welcher die Oberhand zu verschaffen der Gegenstand meiner eifrigsten und beharrlichsten Bestrebungen gewesen war.

Euerer Königlichen Majestät wage ich daher anliegend Abschrift eines Berichts alleruntertänigst zu überreichen, welchen Allerhöchstdero Flügeladjutant, der Major Freiherr v. Loë, mir erstattet und in dem er auf meine Veranlassung seine jüngsten Gespräche mit dem italienischen Militärattaché Grafen Vimercati, welche auf jene Bestrebungen ein helles Licht werfen, schriftlich niedergelegt hat.

Ich bemerke dabei ehrfurchtsvoll, daß der Major v. Loë den sich in ganz anderen Kreisen bewegenden Grafen Vimercati, obgleich derselbe seit Jahren der italienischen Gesandtschaft attachiert ist, bis vor kurzem gar nicht kannte, derselbe ihm aber durch den englischen Militärattaché Obersten Claremont den Wunsch aussprechen ließ, seine Bekanntschaft zu machen. Ich ersuchte Major v. Loë, welcher mich hierüber befragte, auf diesen Wunsch einzugehen und die Bekanntschaft des Grafen Vimercati sorgfältig zu pflegen. Der letztere hat hierzu sehr eifrig die Hand geboten, den Major v. Loë mehrmals besucht und nicht lange gesäumt, den plumpen Versuch zu machen, diesen Offizier zu einer Intrige[4*] zu mißbrauchen, welche, wenn sie gelungen wäre, gerade den entgegengesetzten Erfolg von dem, was er beabsichtigte, hätte herbeiführen müssen.

Um die Bedeutung dieser Umtriebe auf das richtige Maß zurückzuführen, erlaube ich mir alleruntertänigst hervorzuheben, daß die Tätigkeit des Grafen Vimercati zwar wegen seiner nahen Beziehungen zum Staatsminister Rouher Beachtung verdient, daß sie aber einen sicheren Schluß auf die Tendenzen der italienischen Regierung nicht zuläßt.[5*]

Graf Vimercati hat in Frankreich verwandtschaftliche Beziehungen und war früher in französischen Zivildiensten, welche Stellung er Herrn Rouher verdankte. Unter den Mitgliedern der italienischen Gesandtschaft hat er sich von jeher durch eine besondere Rührigkeit im revolutionären Sinne und durch eine selbständige politische Tätigkeit ausgezeichnet, wodurch er dem besonneneren Gesandten Nigra sehr lästig ward. Letzterer soll deshalb die jüngste Anwesenheit des Grafen Arese benutzt haben, um den letzteren zu bitten, ihn von diesem Militärattaché zu befreien. Herr Nigra stellte diesem, sich des Vertrauens des

Königs Viktor Emanuel und des Kaisers Napoleon erfreuenden Staatsmanne vor, daß der intime Verkehr des Grafen Vimercati mit der hiesigen revolutionären Opposition den Kaiserlichen Hof unangenehm berühre und die Beziehungen der Gesandtschaft zur französischen Regierung gefährde. Graf Arese sagte Herrn Nigra die Erfüllung seines Wunsches zu, welche er für leichter gehalten zu haben scheint, als sie sich demnächst herausstellte. Graf Vimercati wurde zwar nach Florenz berufen. Nach acht Tagen kehrte er indessen hierher zurück. Seine Familienbeziehungen und seine Verbindungen mit der Aktionspartei, mit welcher die italienische Regierung stets bis zu einem gewissen Punkte rechnen muß, waren stärker als der von dem Grafen Arese unterstützte Einfluß des Ritter Nigra.[1]

Eure Königliche Majestät werden Allergnädigst zu bemerken geruhen, daß die erste Unterredung, über welche Major v. Loë berichtet, am Montage [7. Mai], also am Tage nach der Rede von Auxerre, die zweite am Dienstage [8. Mai], also an demselben Tage stattfand, an welchem der Kaiser Napoleon mir diejenigen Eröffnungen machte, welche ich in meinem obenerwähnten Bericht gemeldet habe. Ich erlaube mir hinzuzufügen, daß Graf Vimercati zu derselben Stunde bei Freiherr v. Loë war, während deren ich mich bei dem Kaiser befand. Er konnte daher von der in der Richtung des Kaisers bewirkten Veränderung noch nicht unterrichtet sein. Die letztere ist in der Tat vorzugsweise durch den Finanzminister Fould herbeigeführt worden, welcher aus dem Kaiserlichen Kabinett herauskam, als ich hineintrat. Aus sicherer Quelle weiß ich, daß dieser Minister dem Kaiser die ernstesten Vorstellungen wegen der Rede von Auxerre in Verbindung mit der Bitte um seine Entlassung, falls der darin angedeutete Weg betreten würde, gemacht und ihn beschworen hatte, durch einen Kongreß den Frieden zu sichern. Der Kaiser hatte ihm dies versprochen und machte mir nun sofort Eröffnungen im Sinne derjenigen Richtung, für welche ich Ihn und Seinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten seit 14 Tagen zugänglich zu machen gesucht hatte. Hiervon wußte also Herr Rouher nichts und Graf Vimercati stand daher am Dienstage noch auf dem am Montage eingenommenen, seitdem aber verlassenen Standpunkte.

Herr Fould äußert allerdings, daß zwar der Kaiser Italien zu Venetien verhelfen wolle, für die Überlassung der Elbherzogtümer an Preußen dagegen eine Kompensation fordern dürfte. Ich glaube indessen, daß dies eine bloße und zwar unrichtige Vermutung seinerseits ist. Der Kaiser, der ihm in diesem Momente unmöglich die begehrte Entlassung geben konnte, wird ihm den Kongreß versprochen, sich aber auf weitere Einzelheiten schwerlich eingelassen haben. Auch sprach mir Herr Drouyn de Lhuys gestern, was das eventuell zwischen uns, Frankreich und Italien zu verabredende Programm anbetrifft, genau in

[1] Bismarck an Goltz, 14. Mai 1866: »Graf Vimercati ist mir früher als ein Mann bekannt gewesen, dem man die übelsten Dinge im Spiel nachsagte, nur gehalten durch früher bewiesene Tapferkeit, durch seiner Frau Beziehungen zur Prinzessin Mathilde und durch frühere Kupplerdienste, in Turin geleistet. Er ist ein ganz unglaubwürdiger Intrigant. Seine Beziehung zu Rouher war mir unbekannt, ohne Zweifel wird Prinzessin Mathilde ihn noch verwenden. Was er sagt, ist, wenn nicht anderweit unterstützt, des Berichtens nicht wert.« (A. A. Berlin.)

demselben Sinne wie der Kaiser. Nur schien er noch den Kongreß weniger ernstlich ins Auge zu fassen als sein Souverän und zeigte er hinsichtlich der etwa von Frankreich zu ergreifenden Initiative eine gewisse Sprödigkeit, welche aus der Besorgnis vor ablehnenden Antworten hervorzugehen schien. Er hielt namentlich eine genauere Sondierung für notwendig, als die durch sein letztes Zirkulartelegramm herbeigeführte. Er erklärte zwar nicht eine vorherige Übereinstimmung sämtlicher Regierungen über die den Fragen zu gebende Lösung, wohl aber über die dem Kongreß zu unterwerfenden Fragen für nötig, worüber ich mit ihm völlig einverstanden war. Meine Frage, ob er eventuell die Initiative zur Einladung ergreifen oder den förmlichen Antrag einer anderen Regierung abwarten wolle, setzte ihn in Verlegenheit; er schien mir aber zu ersterem geneigter zu sein, falls er nur auf einstimmige Annahme rechnen könne.

Nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten dürfte diesem Punkt ohne Zeitverlust und mit großer Entschiedenheit näherzutreten sein, um die günstige Stimmung zu benutzen, in welcher der Kaiser sich gegenwärtig befindet. Denn die Gefahr, daß die preußische Politik ausgebeutet werde, lediglich um italienische Zwecke zu erreichen,[6*] ist offenbar für den Fall des Krieges ernster[7*], als wenn sie selbst inmitten der Kongreßverhandlungen hervortreten sollte,[8*] und bei dem Charakter der italienischen Regierung, den Einflüssen, welchen sie unterliegt, dem Drucke, welcher auf sie von der Aktionspartei einerseits, von Frankreich andererseits ausgeübt werden kann, muß ich freimütig bekennen, daß mir selbst vertragsmäßige Stipulationen in jener Beziehung keine volle Beruhigung gewähren würden. Die Unmöglichkeit der Ausführung würde als Entschuldigung dienen müssen, wie dies die italienische Geschichte der letzten Jahre durch zahlreiche Beispiele gezeigt hat.

Die sich aus den Äußerungen des Grafen Vimercati ergebende Naivität, den Zynismus und die Unkenntnis der von den italienischen, Gott sei Dank so verschiedenen preußischen Auffassungen, womit derselbe Euerer Königlichen Majestät zumutet, einen Teil von Allerhöchstdero Erbstaaten, wie der König Viktor Emanuel Savoyen und Nizza, dem Kaiser der Franzosen aus freier Initiative anzubieten, brauche ich nicht näher zu kennzeichnen. Euerer Königlichen Majestät Allergnädigste Aufmerksamkeit wage ich nur noch alleruntertänigst auf den von Major v. Loë angedeuteten Wunsch, daß der Name des Grafen Vimercati nicht genannt werde, zu lenken, da die Enthüllungen[9*] des letzteren in der Tat auch ferner von Interesse sein dürften.

Im Zusammenhange mit dem Gegenstande dieses alleruntertänigsten Berichts erlaube ich mir noch ehrfurchtsvoll zu erwähnen, daß ähnliche Bestrebungen auch von anderen Seiten, namentlich von dem sich hier seit einigen Wochen aufhaltenden Grafen Blome-Saltzau verfolgt werden. Derselbe sagte mir ganz offen, es sei nichts leichter, als die Allianz des Kaisers Napoleon zu gewinnen; wir hätten Ihm nur das linke Rheinufer anzubieten; dafür würde Er uns sofort das ganze übrige Deutschland überlassen. Es sei aber keine Zeit zu verlieren, ein solches Abkommen zu treffen. Ich habe seitdem diesen schles-

wig-holsteinischen Edelmann, welcher übrigens, wie mir seit 17 Jahren bekannt ist, bei seinen Standesgenossen im übelsten Ruf steht, nicht wieder empfangen.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* 13. Mai.
2* 9. April — Juli.
3* Krieg nach Congreß? Ital(ienisches) Bündnis 9. Jul.
4* welche
5* gewiß nicht
6* durch Congreß!
7* ?
8* ? schwerlich. Der Congreß wird den Krieg aufschieben, nicht verhindern
9* oder Phantasien?

Anlage zu 94.

Major v. Loë an Graf Goltz

Kopie A. A. Berlin

Paris, den 10. Mai 1866

Euerer Exzellenz hochgeneigtem Ersuchen gemäß beehre ich mich über die Unterredung, welche ich am Montage (7. Mai)[1] mit dem Obersten Grafen Vimercati gehabt, folgendes gehorsamst zu berichten.[2]

[1] Es scheint, als wenn der erste Annäherungsversuch Vimercatis an den Major v. Loë schon zwei Tage früher erfolgt ist, denn schon am 5. Mai notiert der Legationssekretär v. Radowitz in seinem Tagebuch: »Loë berichtete, daß seitens des (ihm bis dahin persönlich nicht bekannt gewesenen) italienischen Militärattachés und bekannten hiesigen Wühlers Vimercati Verbindungen mit ihm angeknüpft worden (sind) und schließlich der p. Kollege ihm anscheinend auf Grund höherer Instruktionen eröffnet habe, es sei jetzt Zeit, mit dem Kaiser persönlich in schleunige Verhandlungen über ein Kompensationsobjekt zu treten und dann die Kampagne zu beginnen, bei der wir ganz Deutschland gewinnen müßten. Die Kompensation solle im linken Rheinufer bestehen. Der Kaiser könne aber diese Verhandlungen nicht mit Goltz treiben, da er dem letzteren in dieser Hinsicht nicht traue, d. h. dessen prinzipielle Abneigung gegen deutsche Gebietsabtretung kenne. Der König solle irgend jemand anderen schicken, einen Militär. Loë solle darauf in Berlin hinarbeiten. Der p. Vimercati hat diese Eröffnungen nicht auf einmal, sondern allmählich gemacht. Loë hat schleunigst alles an Goltz referiert und vorläufig noch nicht nach Berlin geschrieben.«

[2] In seinen »Erinnerungen aus meinem Berufsleben« hat der spätere Generaloberst v. Loë den Hergang erzählt. Wenn hier der Antrag Vimercatis mit den Worten wiedergegeben wird: » Frankreich würde Preußen zur Seite stehen, sobald die nötigen Kompensationen am Rhein sichergestellt seien. *L'Empereur demande les frontières de 1814 et le Palatinat.* Si vous faites ces sacrifices, vous aurez une armée française à côté de vous», so ist das Kompensationsobjekt noch etwas spezieller angegeben als in dem Berichte vom 10. Mai 1866. Bemerkenswert in der späteren Erzählung sind noch die folgenden Sätze: »Man wisse in den Tuilerien sehr wohl, daß Graf Goltz sich eher die rechte Hand abhauen als ein deutsches Dorf abtreten würde. Es läge daher nicht in den Intentionen, mit dem Botschafter hierüber zu verhandeln. Außerdem verlange der Kaiser auch gar keinen Vertrag, sondern nur zwei Zeilen von der Hand des Königs. Um dies zu erreichen, sei eine gewandte und patriotische Persönlichkeit erforderlich, die zugleich das Vertrauen des Königs und des Kaisers, sowie den Mut besäße, die ganze Sache auf die eigenen Schultern zu nehmen. General Fleury habe geraten, sich an mich zu wenden. Sei ich bereit, so möge ich vertraulich zu dem General kommen, der das Weitere mit mir besprechen werde.«

Am Tage nach der Kaiserlichen Rede in Auxerre[1] suchte Graf Vimercati mich auf, und nachdem er sich nach dem augenblicklichen Stande unserer Rüstungen erkundigt hatte, fragte er mich, welchen Eindruck die Worte des Kaisers in Berlin machen würden. Er für seine Person könne sich der Besorgnis nicht erwehren, daß sie erschrecken und den Fortgang der kriegerischen Politik gefährden könnten.

Ich antwortete ihm darauf, daß ich diese Besorgnis nicht teilen könne. Ich wüßte allerdings direkt nichts über den in Berlin hervorgebrachten Eindruck, jedoch schiene mir nach meiner gänzlich unmaßgeblichen Auffassung unsere Politik eine zu bestimmte Richtung angenommen zu haben, als daß sie durch diesen Inzidenzpunkt erschüttert werden könnte. Was speziell die Antipathie des Kaisers gegen die Verträge von 1815 anbetreffe, so hätte Preußen auch keinen Grund, dieselben zu lieben, und mir schiene, daß man in diesem Passus der Rede kein für Preußen bedrohliches Anzeichen finden könne.

Graf Vimercati sprach die Hoffnung aus, daß sich die von mir ausgesprochene Ansicht bestätigen möge, und fügte dann hinzu, daß er in der Lage sei, uns den guten Rat zu geben, die Sache möglichst bald zur Entscheidung zu bringen. Er wisse genau, daß in den Tuilerien stark gegen Preußen gearbeitet werde, und befürchte, daß wenn das augenblickliche Stadium der Unentschiedenheit noch lange fortdauere, die Preußen feindliche Partei den Sieg davontragen möge.

Ich erwiderte ihm, daß wenn seine Andeutungen in bezug auf die feindlichen Einwirkungen sich auf Österreich und die Bemühungen des Fürsten Metternich bezögen, wir davon unterrichtet seien. Ich könne aber in diesem Falle seine Befürchtungen nicht teilen, denn Österreich sei durch seine Stellung Italien gegenüber unfähig, eine politische Basis für eine Verständigung mit dem Kaiser Napoleon zu finden.

Graf Vimercati ging auf diese Bemerkung nicht ein, sondern fragte mich darauf, ob ich glaube, daß die Ausführung gewisser Grenzarrangements einen bedeutenden nationalen Widerstand in Preußen finden werde.

Ich erwiderte ihm, daß die Frage zu allgemein gestellt sei, um sie beantworten zu können, worauf Graf Vimercati mir in die Rede fiel und mir sagte, es helfe nichts, um die Frage herumzugehen. Er werde die Sache beim Namen nennen und könne mir sagen, daß wir mit einem Schlage auf dem hiesigen politischen Felde den Sieg davontragen könnten, wenn Seine Majestät der König sich bereitfinden lassen wollte, dem Kaiser seine Geneigtheit zur Abtretung der Rheinprovinzen[2] anzubieten.[1*] Er wisse sehr wohl, daß dies ein schmerzliches Opfer sei, allein wenn man große Zwecke verfolge, so müsse man auch die

[1] Nr. 84.

[2] Wie sehr für diesen Italiener die Notwendigkeit einer Abtretung des linken Rheinufers (im italienischen Interesse) von vornherein feststand, geht aus seinen Gesprächen mit dem Marschall Canrobert hervor. So Ende April 1866: « L'Empereur est avec nous; en cas de défaite, il s'opposera à l'envahissement de l'Italie; en cas de victoire il nous fera donner la Vénétie, et il prendra pour lui les bords du Rhin. » (G. Bapst, Le maréchal Canrobert 4, 30.) Und nach der Rede von Thiers am 3. Mai: « Nous ne savons pas encore si nous marcherons avec la Prusse ou avec l'Autriche; cette dernière puissance vous offre le Rhin, mais la Prusse vous propose la Belgique et le Palatinat bavarois ». (Ebenda 4, 33.) Wie sehr bei der letzteren Behauptung der Wunsch der Vater des Gedankens war, beweist das Aktenmaterial.

energischen Mittel nicht scheuen. Der Kampf, den Preußen in diesem Augenblicke aufzunehmen im Begriffe stände, trage die Entscheidung über seine gesamte Zukunft in sich.[2*] In einem solchen Augenblicke dürfe man sich nicht durch kleinliche Rücksichten binden lassen. Er führe mir das Beispiel Italiens an, welches vor Ausbruch des Krieges Savoyen und Nizza ehrlich versprochen und sein Versprechen später, trotz allen Geschreis, ehrlich gehalten hätte. Er wisse ganz genau, daß man hier eine Vergrößerung Preußens ohne eine Vergrößerung Frankreichs nicht zugeben werde, und es sei für die preußische Sache vorteilhafter, diese Vergrößerung vor dem Kriege freiwillig anzubieten, als Frankreich während des Krieges in unbestimmter Haltung zu lassen. Ich möge ihm glauben, daß er sehr bestimmte und triftige Gründe habe, mir dies zu sagen. Er sei seit langer Zeit hier, kenne das Terrain, und befinde sich in der Lage, gut informiert zu sein (mit dieser Bemerkung spielte er wahrscheinlich auf sein intimes Verhältnis zum Minister Rouher an).

Wenn man jedoch in Berlin geneigt sei, die Verhandlungen über diesen delikaten Punkt aufzunehmen, so möge man nicht durch Herrn Drouyn de Lhuys und Eure Exzellenz verhandeln. Der erstere sei unzuverlässig und von Eurer Exzellenz glaubte man hier,[3*] daß Sie ein prinzipieller Gegner jeder deutschen Gebietsabtretung seien.

Das beste sei, einen gewandten und unauffälligen Unterhändler hierher zu senden, welcher direkt mit dem Kaiser im Namen Seiner Majestät des Königs verhandeln müsse. General Fleury sei der Mann, um einer solchen Persönlichkeit unbemerkt Audienz zu verschaffen.[1]

Wenn die Sache so angegriffen werde, so könne in einigen Stunden ein Einverständnis mit Frankreich erzielt sein, und dann sei die Partie gegen Österreich gewonnen.

Wenn man aber die Sache in der jetzigen Ungewißheit hinziehen lasse, so stehe er nicht gut dafür, daß Preußen es nicht später bereuen werde, sein Verhältnis nicht vorher klar gemacht zu haben.

Graf Vimercati schloß seinen Vortrag, dem ich ohne Unterbrechung zugehört, mit den Worten, daß er mich dringend bitte, die Sache reiflich zu überlegen und diejenigen Schritte zu tun, welche ich im Interesse meines Vaterlandes für nützlich hielte.

Im Interesse des Allerhöchsten Dienstes hielt ich es nicht für angemessen, dem Grafen Vimercati seine irrige Vorstellung von dem Charakter und der Persönlichkeit Seiner Majestät des Königs, unseres Allergnädigsten Herrn, zu benehmen. Ich hörte ihn ruhig an und sagte ihm, daß ich für seine Mitteilungen sehr dankte, die mir im höchsten Grade interessant gewesen seien. Erstens hoffte ich auf diesem Wege für Eure Exzellenz Notizen sammeln zu können, deren Wert oder Unwert Eure Exzellenz besser als ich zu beurteilen imstande sein werden. Zweitens aber wollte ich mir nicht eine gute Quelle für militärische Nachrichten verderben, da Graf Vimercati nicht allein über die fran-

[1] Die Mitwisserschaft des Generals Fleury mit dem Schritte Vimercatis scheint doch darauf hinzudeuten, daß Napoleon selber dahinterstand und daß sich Bismarck und Goltz dieses Mal über den wahren Sachverhalt täuschten.

zösische Armee gut informiert ist, sondern auch durch französische Vermittelung imstande ist, über die augenblicklichen Vorgänge in der österreichischen Armee Nachrichten zu bekommen, die für uns verwendbar sein könnten.

Unter Hinweis auf letzteren Umstand erlaube ich mir daher, auch Eurer Exzellenz die gehorsamste Bitte auszusprechen, bei etwaiger Benutzung vorstehenden Berichts die Geheimhaltung der genannten Persönlichkeit berücksichtigen zu wollen.

Hinzufügen muß ich noch, daß, nachdem ich am Tage der Unterredung Eurer Exzellenz pflichtschuldigst mündlich Mitteilung von derselben gemacht hatte, Graf Vimercati mich am folgenden Tage wieder aufsuchte und mir dieselben Vorstellungen in noch eindringlicherer Weise wiederholte, mit der einzigen Abänderung, daß er riet, die eventuellen Anerbietungen Seiner Majestät des Königs durch Herrn Benedetti direkt an den Kaiser gelangen zu lassen.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* !
2* ?
3* ?

95.

Baron Wendland an Freiherr von der Pfordten

Konzept, eigenhändig. Geh. St. Arch. München

Paris, den 10. Mai 1866

Bei Gelegenheit des gestrigen offiziellen Empfangs auf dem Ministerium des Äußern sagte mir Herr Drouyn de Lhuys, es seien ihm mehrere Nachrichten zugegangen, welche von bedeutenden Rüstungen Bayerns in der Pfalz sprächen.[1]

[1] Die jetzt einsetzenden französischen Bemühungen, durch Bedenken gegen »bayrische Rüstungen« in der Pfalz einen Druck auf Bayern auszuüben, werden sich immer von neuem wiederholen und bis zum 2. Juli fortdauern (vgl. Nr. . . .). Dieses systematische Vorgehen hat weniger einen sachlich militärischen, als einen versteckten politischen Grund. Von den in Friedenszeiten in der Pfalz liegenden Truppen (9 detachierte Infanteriebataillone, 1 Jägerbataillon, 1 Ulanenregiment) wurden zu Beginn der Mobilmachung das Jägerbataillon und das Ulanenregiment zur mobilen Armee herangezogen, dagegen 6 Fußbatterien nach Landau und Germersheim verlegt und in beiden Festungen die Festungsgeniekompagnien etwas verstärkt. Am 11. Juni wurden 2 Bataillone und $^1/_2$ Geniekompagnie nach Mainz verlegt, am 18. bzw. 26. Juni wurden die übrigen 7 Bataillone durch neugebildete vierte Bataillone abgelöst. Es fand somit eine fortgesetzte Verringerung bezw. Entwertung des Truppenmaterials statt, dessen Zahl mit 5000 Mann, wie v. d. Pfordten angibt, nicht zu hoch gegriffen ist. (Mitteilung von Herrn Major a. D. Dr. Frauenholz.)

Man hat in Paris erwogen, ob die bayrischen Rüstungen nicht zu verhindern seien, weil sie eines Tages den Saarbrücker Kohlengruben, also einem möglicherweise künftigen französischen Besitz, gefährlich werden könnten: in der Hauptsache hängt die Bemühung des mächtigen Kaiserreichs, diese 5000 Mann aus der Pfalz zu entfernen (gleichwie die preußische Rheinprovinz von Truppen fast entblößt wurde) mit der Rheinpolitik und mit dem Kompensationsobjekt, Landau und Pfalz, zusammen. Wollte Frankreich zu irgendeinem Zeitpunkt zur Okkupation der Pfalz schreiten, so war selbst die kleinste Truppenzahl in der Pfalz hinderlich, da sie auch bei einer friedlichen Besetzung oder »Inpfandnahme« zu Zwischenfällen führen konnte. Es handelt sich also um einen Druck auf einen schwächeren Nachbar, einmal damit er seinen militärischen Grenzschutz verringere oder abstelle und dadurch im geeigneten Momente seine Enteignung erleichtere: darüber hinaus aber gilt es, die Politik dieses Nachbarn, der gewisser Selbständigkeiten oder antifranzösischer Neigungen verdächtig war (Nr. 64. Anm.), zu angemessener Fügsamkeit und Bescheidenheit zu erziehen.

Obschon er auf offiziellem Wege darüber noch nichts Bestimmtes erhalten, so müsse er mich doch darauf aufmerksam machen, daß, wenn die bayerische Regierung an der französischen Grenze diese Rüstungen anordnen zu müssen glaube, sie doch darauf bedacht sein möchte, dieselben mit so viel Umsicht und Takt als möglich vorzunehmen, damit die freundlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Bayern dadurch nicht gestört würden. Der Minister fügt hinzu, er wisse wohl, daß die bayrischen Rüstungen durch die Verhältnisse in Deutschland hervorgerufen und nicht gegen Frankreich gerichtet sein könnten, aber das ändere seine Ansicht nicht, und um die bisherigen Relationen nicht zu trüben, müsse er mich darauf aufmerksam machen, den oben angeregten Punkt nicht aus den Augen zu verlieren. Ich versprach, den Inhalt dieser Unterredung zu Allerhöchster Kenntnis zu bringen, unter der Versicherung, daß man in München nicht daran denken könne, sich gegenwärtig gegen Frankreich, wohl aber gegen eine viel nähere Gefahr im eigenen Vaterlande zu schützen.

96.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Konzept, eigenhändig. Geh. St. Arch. München

Paris, den 11. Mai 1866

Ich habe gestern das hohe Ministerialschreiben vom 8. l. M. Nr. 125 erhalten und noch denselben Abend Gelegenheit gefunden, dem Herrn Drouyn de Lhuys den Inhalt desselben mitzuteilen. Ich bemerkte dem Minister, daß ich nunmehr in der Lage sei, ihm in offizieller Weise und auf das bestimmteste zu bestätigen, was ich ihm vorgestern aus eigener Überzeugung ausgesprochen habe: daß Bayern unter den dermaligen Verhältnissen nicht daran denken könne, gegen Frankreich zu rüsten, sondern lediglich darauf bedacht sein müsse, diejenigen Vorsichtsmaßregeln in Rheinbayern zu treffen, welche ihm bei der beabsichtigten Vermehrung preußischer Truppen in den Bundesfestungen Mainz und Rastatt, sowie in Frankfurt nötig erscheinen sollten. Herr Drouyn de Lhuys nahm meine Erklärung freundlich auf, hinzufügend, daß er mir empfehle, Eurer Königlichen Majestät Regierung darauf aufmerksam zu machen, es möchten die etwa nötig erscheinenden Rüstungen bayerischerseits doch so umsichtig und taktvoll als möglich vorgenommen werden....

97.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Durch sichere Gelegenheit. Reserviert

Paris, den 11. Mai 1866

Obgleich ich annehmen darf, daß Eure Königliche Majestät bereits vor dem Empfang dieses alleruntertänigsten Berichts infolge meiner wiederholten schriftlichen und telegraphischen Anfragen hinsichtlich der Abgabe Allerhöchstdero Schreibens an den Kaiser der Franzosen vom 6. dieses Monats[1] eine

[1] Vgl. Seite 190. Anm.

Entscheidung getroffen haben werden, so glaube ich doch, zur Vermeidung der Mißverständnisse, zu welchen die telegraphische Korrespondenz so leicht Anlaß gibt, die Bedenken, welche mir vermöge der so vollständig veränderten Umstände jener Übergabe entgegenzustehen scheinen, in Nachstehendem nochmals ehrfurchtsvoll zusammenstellen zu sollen.

Der geheime Erlaß des Grafen Bismarck vom 5. d. M. Nr. 233, welcher mir am 7. abends zuging, forderte mich noch zu einer Benachrichtigung darüber auf, ob und auf welchem Wege das von Eurer Königlichen Majestät beabsichtigte Schreiben, ohne daß es bekannt würde, in die Hände des Kaisers gelangen könnte. Ich glaubte daher nicht, daß dieses Schreiben bereits unterwegs war, als ich jenen Erlaß empfing, und nahm, der in dem letzteren erhaltenen Ermächtigung gemäß, keinen Anstand, mich dem Kaiser gegenüber im Sinne desselben auszusprechen. Indem ich dabei andeutete, daß ich mich näher zu orientieren wünschte, um für das von Eurer Königlichen Majestät vielleicht beabsichtigte Schreiben nähere Elemente zu gewinnen, gelang es mir, von dem Kaiser alle diejenige Auskunft zu erlangen, welche Allerhöchstdieselben durch jenes Schreiben hatten herbeiführen wollen.[1*]

Der große Eifer, mit welchem der Kaiser mich unterbrach, um die Andeutungen zurückzunehmen,[2*] welche er mir in betreff von Gebietsabtretungen gemacht hatte,[3*] und mit denen er offenbar einsah, zu weit gegangen zu sein, scheint mir im gegenwärtigen Stadium ein Zurückkommen auf diesen Punkt auszuschließen. Der Kaiser hat mir gesagt, daß er für den Fall, daß es gelänge, das von ihm in seinen Grundzügen angedeutete und im wesentlichen den Eurer Majestät Ministerpräsidenten von mir gemachten und von Allerhöchstderselben genehmigten Vorschlägen entsprechende Programm auf einem Kongreß durchzuführen,[4*] absolut nichts für sich verlange. Er hat überdies, also auch für den Kriegsfall, Seine Abneigung gegen französische Gebietserweiterungen auf Kosten Deutschlands zu erkennen gegeben. Hiernach scheint es mir unmöglich, Ihm noch die bereits beantwortete Frage vorzulegen, welche Vorteile Er von uns verlangt!

Was die von dem Kaiser von Österreich gemachten Anerbietungen anbetrifft, so schien es mir bedenklich, in dieser Beziehung an Ihn eine direkte Interpellation zu richten.[5*] Es war schon ein Beweis großen Vertrauens, daß Er mir gegenüber jener Anerbietungen überhaupt erwähnt hatte. Durch meine ausdrückliche Frage, worin sie bestanden hätten, und die darin indirekt erhaltene Aufforderung zu einer kaum zu rechtfertigenden Verletzung des Ihm von Österreich geschenkten Vertrauens[6*] fürchtete ich Ihn zu verletzen, ohne dem Zwecke näher zu treten. Eure Königliche Majestät werden aus meinem Berichte vom 8. ds. Mts.[1] allergnädigst ersehen haben, auf welchem Umwege ich mir über diesen wichtigen Punkt einige Klarheit zu verschaffen gewußt habe. Ich habe dadurch festgestellt:[7*]

1. daß Österreich Schlesien verlangt;

2. daß es die polnische Frage nicht als Kompensation angeboten hat, oder dieselbe wenigstens nicht vom Kaiser Napoleon als solche akzeptiert worden ist; wogegen es

[1] Nr. 87.

3. wegen des Schweigens des Kaisers wahrscheinlich[8*] ist, daß Österreich ihm eine Gebietserweiterung am Rhein[8*] in Aussicht gestellt hat.

Ich glaube Eurer Königlichen Majestät ohne Selbstüberhebung die Überzeugung aussprechen zu können, daß der Kaiser Napoleon sich nicht leicht gegen einen andern offener[9*] aussprechen dürfte als mir gegenüber, und daß, wenn er einem solchen mehr sagte, solchen Mitteilungen kein unbedingtes Vertrauen zu schenken sein würde. Diese Stellung beruht auf den zahlreichen vertraulichen Verhandlungen, welche ich mit dem Kaiser zu führen gehabt und in denen ich ihm gegenüber diejenige volle Offenheit und Aufrichtigkeit[10*] gezeigt habe, welche nach meinen Erfahrungen das sicherste, ja einzige Mittel ist, um sich davor zu schützen, von Ihm überlistet zu werden.

Wie auffallend[11*] es Ihm[12*] sein müßte, wenn Ihm wenige Tage nach den mir von ihm gemachten Eröffnungen ein von den letzteren völlig abstrahierendes Schreiben Eurer Majestät von einer andern Person als von mir übergeben würde, während er als bekannt annehmen muß, daß ich jederzeit ohne alles Aufsehen, ja nötigenfalls ohne durch sein Vorzimmer zu gehen, zu Ihm gelangen kann und Er jetzt täglich mit Botschaftern direkt konferiert, brauche ich nicht näher auszuführen. Ich erlaube mir aber ehrfurchtsvoll hinzuzufügen, daß, wenn nicht besondere, mir unbekannte Gründe obwalten, welche Eure Majestät bewogen haben, den Major von der Burg mit dieser delikaten Mission zu betrauen, diese Persönlichkeit trotz sehr schätzenswerter, namentlich militärischer Eigenschaften nicht geeignet sein dürfte, den beabsichtigten Zweck zu erreichen.[1]

[1] Da die Sendung des Majors v. d. Burg nicht irgendwie praktisch geworden ist, können ihre Einzelheiten nur kurz berührt werden. Major v. d. Burg war von Florenz, wo er mit militärischen Verhandlungen betraut war, mit einem Briefe des Königs Wilhelm an Napoleon nach Paris entsandt worden; anscheinend wollte Bismarck versuchen, durch diesen direkten Kanal mehr als auf amtlichem Wege über die geheimsten Absichten des Kaisers zu erfahren. Als jedoch v. d. Burg am 11. Mai in Paris eintraf, war durch den Kongreßplan Napoleons eine neue Situation geschaffen, so daß Goltz — ohnehin höchst mißtrauisch, dieser Nebenkanal möchte im Sinne der Insinuationen Vimercatis verwendet werden (was übrigens nicht der Fall war) — von der Abgabe des königlichen Briefes absah. Andererseits war auch der Kaiser, seitdem er den Kongreßplan amtlich betrieb, wenig geneigt, einen so auffallenden Schritt, wie den Empfang eines von Florenz kommenden preußischen Offiziers zu wagen, und ließ durchblicken, daß der Preuße »ihm entweder etwas anbieten oder ihm die Würmer aus der Nase ziehen solle«. Er zog es vor, sich in diesem Augenblick in Schweigen und Undurchdringlichkeit zu hüllen. Zu dieser Meldung (Telegramm Goltz vom 14. Mai, 2^{35} nachm.) stellte eine Randbemerkung König Wilhelms fest: »Er hat gar nichts anzubieten, da wir dergleichen nicht haben. Hören mag er, soviel er kann, sans vouloir tirer les vers du nez. Aufträge hat er gar nicht.« (A. A. Berlin.) So reiste v. d. Burg am 15. Mai ab, ohne den Kaiser gesehen und den Brief des Königs abgegeben zu haben, er hatte »den Eindruck von der großen Unzuverlässigkeit der Franzosen sehr lebhaft gewonnen« (Tagebuch von Radowitz, 13. Mai).

Die Episode v. d. Burg hatte die Spannung zwischen Goltz und Bismarck noch verschärft. Der Botschafter war voll tiefen Argwohns gegen Bismarcks letzte Ziele (auch in Fragen der Abtretungen) und sah die Dinge jetzt so schwarz, daß ein Immediatbericht vom 15. Mai feststellte, »daß jetzt von verschiedenen Seiten die Zerstückelung der preußischen Monarchie angeregt und darüber vertraulich verhandelt werde«. (A. A. Berlin.) Bismarck sah dagegen in diesen dem König unterbreiteten Warnungen einen direkten Vorstoß gegen sich selber; diese Gegensätze gehören aber mehr der innerpreußischen als der französischen Politik an und sind im Rahmen dieser Publikation entbehrlich.

Ich bezweifle, ob sich der Kaiser dieses Offiziers überhaupt noch erinnert,[13*] da Er,[14*] soviel ich weiß, ihn seit vier Jahren gar nicht, vorher vielleicht im ganzen zweimal[15*] gesehen hat. Es geschah dies aus Anlaß des ihm vom Prinzen Wilhelm von Baden erteilten[16*] Auftrages, um die Hand der Prinzessin Anna Marat unter der Bedingung der Zuwendung eines orientalischen oder transatlantischen Thrones zu werben, eine Mission, welche hier keine angenehmen Erinnerungen zurückgelassen hat.[17*] Ich bin über die Angelegenheit, deren ich mich nur dunkel erinnere, nicht vollständig unterrichtet, da ich damals noch nicht hier war, vielmehr Prinz Reuß als Geschäftsträger fungierte. Letzterer würde darüber nähere Auskunft zu erteilen imstande sein; denn ich weiß, daß derselbe lebhaft über jene ohne sein Wissen geführten Verhandlungen klagte und daß überhaupt der damalige Hauptmann von der Burg hier den Eindruck großer militärischer Tüchtigkeit, zugleich aber auch die Auffassung zurückließ, daß er gar zu sehr geneigt sei, auf eigene Hand in das politische Gebiet überzugreifen.[18*]

Wenn Eure Majestät mir allergnädigst gestatten wollen, im gegenwärtigen ernsten Moment meine Ansicht über den durch die gegenwärtige Lage angezeigten Gang freimütig auszusprechen, so geht dieselbe dahin, die günstigen Dispositionen des Kaisers Napoleon, deren Fortdauer ich nicht verbürgen kann, zu benutzen, um uns mit ihm so schnell als möglich über ein eventuelles Kongreßprogramm[19*] zu einigen. Käme dann selbst der Kongreß nicht zustande, so wäre es immer sehr wichtig, unsere Übereinstimmung mit dem Kaiser festgestellt zu haben.[20*] Eure Majestät wage ich um Allerhöchstdero Befehle in dieser Richtung ehrfurchtsvoll zu bitten, indem ich ernstlich besorge, daß jedes Durchkreuzen der letzteren durch in anderer Richtung und von anderen, über die ganze Sachlage nicht zulänglich eingeweihten Personen zu führende Verhandlungen, uns um die gewonnenen Resultate zu bringen droht, ohne uns neue zu sichern.[21*]

Randbemerkungen Bismarcks:

1* ?? schon früher? stets gehabt?
2* ?
3* ?
4* wer weiß?
5* ohne solche also nichts bekannt
6* ?
7* ? durchaus nicht
8* cf. anteriora — wonach nicht
9* noch offener? hat er überhaupt irgend etwas von dem Allen gesagt?
10* uns hier auch?
11* sehr!
12* »Ihm« eingeklammert, dafür: »mir«
13* !
14* der einzige mit Stein (?) in Mexiko
15* !
16* dem Kaiser doch sehr merkwürdigen
17* aber gewiß Erinnerungen!
18* sic. wie unbequem für —
19* et après
20* ??
21* Congreß = Krieg nach östr(eichischer) Rüstung u. Ablauf ital(ienischen) Vertrags.

98.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Reserviert. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 11. Mai 1866

Graf Vimercati[1]* sagte heute dem Major Freiherrn v. Loë:[2]*

Die Situation habe sich hier geändert. Der Kaiser suche ernstlich den Kongreß herbeizuführen, obgleich die Kaiserin, welche fürchte, daß man dabei Frankreich nur zur Gruppierung der Parteien benutzen wolle, dagegen sei. Eine allgemeine Entwaffnung vorher, welche einzelne Mächte als Vorbedingung aufstellten, sei für Italien unausführbar. General Fleury sei (was ich schon anderweitig erfahren hatte und telegraphisch gemeldet habe) unter dem Vorwande, Pferde zu kaufen, nach England geschickt worden, um Lord Clarendon vertraulich das Kongreßprogramm des Kaisers mitzuteilen. Dasselbe gehe dahin:[1] Venetien an Italien und die Elbherzogtümer, unter der bekannten Rückzession, an Preußen abzutreten, diese Macht ferner durch das Königreich Sachsen und einige andere umliegende Länder zu arrondieren, die Entschädigung Österreichs dagegen in Ermanglung der Zustimmung von Rußland und England zur Verletzung der Integrität des türkischen Reiches in einem Teile Schlesiens[3]* zu suchen; endlich aus der Rheinprovinz neue deutsche Bundesstaaten zu bilden.[4]*

Obgleich Graf Vimercati in vertrauten Beziehungen zum Staatsminister Rouher steht, so glaube ich doch diesen Mitteilungen nicht unbedingt Glauben schenken zu dürfen,[5]* teils weil ersterer sehr unzuverlässig ist, teils weil der Kaiser letzteren schwerlich vollständig eingeweiht hat und derselbe höchstens seine Nachrichten vom General Fleury erhalten haben könnte.

Die Kombination hinsichtlich der Rheinprovinz verdient deshalb Beachtung, weil es eine längst gehegte, mir vor beinahe drei Jahren von Herrn Drouyn de Lhuys mitgeteilte[2] Idee des Kaisers Napoleon ist, am Rhein einen unabhängigen, neutralen, aber nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Staat[6]* zu errichten und dafür Preußen in Norddeutschland zu entschädigen. Vielleicht hat Graf Vimercati also die Mitteilung nicht ganz genau aufgefaßt.

Vorstehendes dürfte von neuem die Notwendigkeit zeigen, schleunigst[7]* durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Kaiser Napoleon ein den Interessen Eurer Majestät entsprechenderes Programm zu vereinbaren.

Daß der Kaiser den Kongreßgedanken jetzt ernstlich verfolgt, hörte ich gestern auch aus anderer, sicherer Quelle. Herr Drouyn de Lhuys war gestern etwas wärmer dafür, als vorgestern, schien mir aber die Sache noch immer nicht recht kräftig anfassen zu wollen, teils vielleicht, weil die Kaiserin da-

[1] Vgl. Tagebücher des Legationssekretärs v. Radowitz: (11. Mai) »Vimercati sagte an Loë die ungefähren Grundsätze des letzteren: Venetien an Italien, Elbherzogtümer, Sachsen und einiges andere an Preußen, ein Teil von Schlesien an Österreich, Rheinprovinz Sonderstaaten (innerhalb oder außerhalb des Bundes?), das letztere ist eine alte Idee des Kaisers!«

[2] Siehe den Immediatbericht des Grafen Goltz vom 9. Februar 1864, Nr. 13.

gegen ist, teils, weil er sich lebhaft dadurch verletzt fühlt, daß der Kaiser hinter seinem Rücken eine andere Politik treibt. Diese Klage dürfte teils auf den vom Kaiser mir am Dienstage gemachten Mitteilungen, welche unmittelbar vorher Herr Fould herbeigeführt hatte, teils auf der Fleuryschen Mission beruhen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten gab aber doch zu, daß die Aussichten auf den Kongreß immer besser würden, und hatte insbesondere aus Petersburg günstigere Nachrichten, als sie das mir gestern telegraphisch mitgeteilte Telegramm des Grafen Redern vom 7. d. M. enthielt.

Hinsichtlich der deutschen Frage hat mir Herr Drouyn de Lhuys zugegeben, daß der Kongreß nur die allgemeinsten Grundzüge zu sanktionieren haben würde, wogegen ich ihm zugestehen zu dürfen glaubte, daß wir uns mit Frankreich über etwas speziellere Grundzüge vorher würden unter der Hand einigen können.[8*]

Randbemerkungen Bismarcks:

[1*] Vimercati ist als Schwindler bekannt.
[2*] !
[3*] so!
[4*] sonst nichts?
[5*] gewiß nicht
[6*] !
[7*] heut früh?
[8*] Worte Worte!

99.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 11 mai 1866, 4^{20} p. m.; arr. 9^{25} p. m.

Mr. Drouyn de Lhuys m'a prévenu que par suite des demandes réitérées de l'Angleterre il a consenti à mettre en avant l'idée de conférences en vue du maintien de la paix.[1] Als Bedingung stellt er hin, daß vor Zusammentritt ein festes Programm angenommen werde:

1. principe de l'échange de la Vénétie contre compensation territoriale équivalente;
2. vote populaire dans les duchés;
3. examen de la réforme fédérale au point de vue de l'équilibre européen.[2]

[1] Der wirkliche Ursprung der Kongreßidee in diesem Moment ist aus Nr. 93, Anm., zu ersehen. Graf Mensdorff teilte Metternich am 15. Mai mit, daß Lord Clarendon jede Initiative in der Kongreßfrage bestreite. Dasselbe geht aus den Berichten des preußischen Botschafters Graf Bernstorff hervor, dem Lord Clarendon am 12. Mai versicherte, »daß er nichts gegen eine Besprechung der schwebenden Frage einwende, aber bestimmt an Frankreich erklärt habe, daß England keine Verpflichtung irgendeiner Art übernehme«. Am 14. Mai teilte Lord Clarendon Bernstorff mit, Napoleon habe dem englischen Botschafter gesagt, wenn er sterbe, ohne die Frage der Abtretung Venetiens erledigt zu haben, würde er seinem Sohne einen Vulkan als Thron hinterlassen, was er nicht wolle: wie Österreich zu entschädigen sei, habe er nicht anzugeben gewußt, aber gemeint, das würde sich finden. (A. A. Berlin.)

[2] Was sich an napoleonischen Hintergedanken hinter dieser harmlosen Formel verbarg, verrät eine Meldung Nigras vom 11. Mai: »Die Gedanken des Kaisers wären Abtretung Venetiens an Italien, Schlesiens an Österreich, Preußen erhielte die Herzogtümer und

100.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich. Durch Graf Bismarck-Bohlen Paris, den 13. Mai 1866

Ich benutze die heutige Abreise des Grafen von Bismarck-Bohlen um Eurer Exzellenz in aller Eile über die Unterredung Bericht zu erstatten, welche ich gestern mit Herrn Drouyn de Lhuys hatte. Derselbe machte in der Kongreßfrage so viele Schwierigkeiten und drückte sich in so unbestimmter Weise über die Bedingungen der Berufung eines Kongresses, über welche er auch noch mit verschiedenen anderen Regierungen verhandeln zu wollen schien, aus, daß ich mich genötigt sah, ihn zu fragen, ob denn der mir vom Kaiser mitgeteilte Standpunkt wieder verlassen worden sei? Nachdem ich letzteren demnächst ausführlich entwickelt hatte, trat der Minister demselben vollständig bei. Ich sagte ihm darauf, die platonische Aufstellung könne nicht genügen, sondern es müsse irgendein Schritt geschehen, um der Ausführung näher zu treten.

Es handele sich darum:

1. die Geneigtheit der übrigen Großmächte und Italiens zur Beschickung eines Kongresses oder einer Konferenz vertraulich zu konstatieren;
2. ihre Zustimmung über die zu behandelnden Fragen herbeizuführen;
3. die Übereinstimmung zwischen Frankreich, Preußen und Italien über die diesen Fragen zu gebende Lösung festzustellen; endlich
4. zu einem Kongreß oder zu einer Konferenz einzuladen.

Herr Drouyn de Lhuys trat dem vollständig bei, fuhr aber fort, sich in allgemeinen Bemerkungen zu ergehen, ohne zu sagen, wie er die Angelegenheit anfassen wolle. Er bemerkte dabei, England bestürme ihn im Interesse des Friedens; die Schritte, welche er vorschlüge, seien nicht geeignet, denselben zu sichern; er wolle nur etwas Wirksames, sonst lieber nichts tun. Im Laufe des Gesprächs erwähnte ich des angeblich von General Fleury nach London gebrachten Programms. Herr Drouyn de Lhuys unterbrach mich sofort mit dem Ersuchen, solchen Erzählungen keinen Glauben zu schenken. Demnächst bemerkte er, jenes Programm sei identisch mit dem von uns verabredeten. Er klagte dann darüber, daß von verschiedenen Personen und auf verschiedenen Wegen Politik gemacht, hierdurch aber Verwirrung herbeigeführt würde. Er habe am Morgen dem Kaiser im Konseil erklärt, daß er das einzige Organ für die auswärtige Politik Seiner Majestät sein müsse. Wenn der Kaiser den Botschaftern direkt etwas sage, so möge Seine Majestät es ihm den vorhergehenden oder folgenden Tag mitteilen, damit er sich danach richten könne. Der Minister warnte mich zwar davor, irgend etwas zu glauben, was seine Kollegen über die Richtung der auswärtigen Politik sagten; dieselben wüßten absolut nichts davon. Herr von Kisseleff habe seinerzeit den Krimkrieg herbeigeführt, indem

einige deutsche Fürstentümer, die ihm gelegen wären. Am Rhein würde man drei oder vier kleine Herzogtümer schaffen, die einen Teil des Bundes bildeten, aber unter französischem Schutze ständen. Die von Preußen depossedierten deutschen Fürsten würden in die Donaufürstentümer gehen.« (La Marmora, Etwas mehr Licht, S. 214 f.) Vgl. dazu Metternichs Telegramm vom 15. Mai, Nr. 106.

er diese Vorsicht nicht beobachtet habe. Ich konnte Herrn Drouyn de Lhuys der Wahrheit gemäß versichern, daß ich mit den anderen Ministern nie über auswärtige Politik spreche.

Die Haltung des Herrn Drouyn de Lhuys hat mir den Eindruck gemacht, daß er sich in seiner Eitelkeit dadurch verletzt fühlt, daß der Kaiser in der letzten Zeit vielfach mit fast allen Botschaftern und dem italienischen Gesandten verkehrt, ohne vorherige Konsultierung seines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, seine bisherige kriegerische Richtung gegen die ernstliche Erstrebung des Kongresses vertauscht und dem General Fleury eine Mission nach London erteilt hat. Deshalb sucht er, der früher am eifrigsten für den Frieden sprach, jetzt den Kongreß zu verhindern, von dem er überdies fürchten mag, daß Österreich entweder durch Ablehnung der Teilnahme sich als Friedensstörer kennzeichne oder in demselben eine höchst ungünstige Stellung einnehme.

Ganz denselben Eindruck (mit Ausnahme der letzteren zwischen uns nicht besprochenen Vermutung) hat Lord Cowley von einer Unterredung gehabt, welche er unmittelbar vor mir mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten hatte. Auch ihm gegenüber hat der letztere jede präzise Erklärung über seine Absichten vermieden. Der englische Botschafter sucht den Grund hierfür gleichfalls in verletzter persönlicher Eitelkeit, indem er überzeugt ist, daß der Kaiser jetzt aufrichtig den Krieg verhindern und zu diesem Zwecke den Kongreßgedanken realisieren wolle. In letzterem sieht Lord Cowley kein sicheres, wohl aber das einzige gewisse Chancen bietende Mittel, um den Krieg zu verhüten, indem nur dadurch die allgemeine Entwaffnung verlangt werden könnte, die Kriegsgefahr aber nicht sowohl in den schwebenden Fragen, von denen eigentlich keine unbedingt als eine brennende anzuerkennen ist, vielmehr in der Vereinigung von drei großen kriegsbereiten Armeen liege.[1*]

Der Finanzminister Fould hat mir heute die vorstehend angedeuteten Vermutungen bestätigen und zugleich sagen lassen, der Kaiser wolle jetzt aufrichtig den Frieden und den Kongreß, Herr Drouyn de Lhuys suche diese Absicht zu vereiteln; ich möge mit dem Kaiser unmittelbar verhandeln. Alle österreichischen Tendenzen seien letzterem fern.

Obgleich ich körperlich leidend bin, so hoffe ich doch auf den morgenden Hofball gehen zu können, wo ich Gelegenheit haben werde, mit dem Kaiser zu sprechen oder eine Zusammenkunft zu verabreden. Ich glaube in der Tat, daß uns jetzt ein Kongreß günstigere Aussichten bietet als ein Krieg, dessen Ausgang zweifelhaft ist, der aber die traurige[2*] Tatsache konstatieren würde, daß wir nur durch die Gewalt zu unserer berechtigten Stellung in Deutschland gelangen können, indem gegenwärtig die öffentliche Stimmung teils lau, teils feindlich gegen uns ist, sämtliche Regierungen aber im entgegengesetzten Lager stehen.[3*]

Randbemerkung König Wilhelms:

[1*] also doch Politik mit andern Ministern, und die 4. Seite leugnet?

Randbemerkungen Bismarcks:

[2*] aber wahre [3*] wo sonst?

101.

Freiherr v. Schweitzer an Baron Edelsheim

Telegramm, Entzifferung. Gen. Land. Arch. Karlsruhe

Paris, den 14. Mai 1866

Der im Telegramm Nr. 57 vom 9. Mai[1] angekündigte Schritt ist vorerst scheinbar unterblieben[2] und vielleicht hat man sich mir nur manifestieren wollen, um bei mir zu fühlen. Politische Manöver werden betrieben und scheinen an gewissen Orten Eingang zu finden.

102.

Freiherr v. Schweitzer an Baron Edelsheim

Eigenhändig. Gen. Land. Arch. Karlsruhe

Paris, den 14. Mai 1866

On ne peut sans risquer beaucoup d'inconvénients s'entendre suffisamment avec son Chef, par correspondances ordinaires. En des temps aussi critiques que ceux où nous vivons il est une foule de choses qu'on hésite pendant huit jours avant de savoir si, dans un intérêt bien entendu, on devrait les écrire, et qu'on dirait à son Ministre sur-le-champ si on pourrait le faire de vive voix sur le papier; chaque mot prend un caractère trop marqué, la faible annonce d'un soupçon se revêt du caractère d'une certitude. Puis je me trouve parfois en présence de confiances qui m'embarassent, dont je ne comprends suffisamment le but. L'intrigue commence ici, et la guerre venant à éclater, l'intrigue ira loin . . .[3]

103.

Graf Flemming an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Baden, den 14. Mai 1866

Der Großherzog sagte mir ferner, und zwar mit besonderer Betonung, daß ihn die Haltung des französischen Kabinetts mit Mißtrauen und großer Besorgnis erfülle. Er sei unterrichtet, daß in diesem Augenblick das eifrigste Bemühen des Kaisers Napoleon dahin gehe, den österreichisch-italienischen Konflikt aus dem Wege zu räumen, »weil dann nur noch der Streit zwischen Österreich und Preußen zu schlichten bleibe«. Er wisse, daß man dem Vor-

[1] Nr. 91.

[2] Die Mission Geigers, vgl. Nr. 90, 91, die nach Varnbülers Erzählung nach Stuttgart und München tatsächlich erfolgt ist, scheint somit Karlsruhe nicht berührt zu haben; man darf vermuten, daß man in Paris fürchtete, daß der Gegenstand der Mission vom badischen Hofe alsbald in Berlin mitgeteilt werden würde.

[3] Im weiteren Verlauf der für die ängstliche Unsicherheit eines mittelstaatlichen Diplomaten in Paris charakteristischen Depesche erbat Herr v. Schweitzer die Entsendung eines Vertrauensmannes zur mündlichen Berichterstattung. Der Großherzog entschied darauf, daß Herr v. Schweitzer selbst zur Berichterstattung nach Karlsruhe kommen solle. Näheres ist über den Hergang aus den Akten nicht zu ermitteln.

gehen Württembergs von Paris aus Beifall und Anerkennung zolle, und was ihn selbst betreffe, so wolle er mir nicht verhehlen, daß ihm von derselben Seite her ein ihn auf das peinlichste berührendes Entgegenkommen gezeigt und eventuell Schutz verheißen werde, derartig, daß wenn ihm sein Gewissen erlaube, nur den Finger hinzureichen, man ihm, seiner Überzeugung nach, von den Tuilerien die ganze Hand bieten würde. Der Großherzog drückte mir, alles dies zusammenfassend, die Ansicht aus, daß der Kaiser Napoleon die Isolierung Preußens erstrebe, um demnächst seine eigenen Zwecke um so sicherer zu erreichen.

104.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Konzept, eigenhändig. Geh. St. Arch. München

Paris, den 14. Mai 1866

Ich habe heute morgen das hohe Ministerialschreiben vom 12. l. M. Nr. 130 erhalten und mich sofort auf das Ministerium des Äußeren begeben, um den darin enthaltenen Auftrag zu vollziehen.

Herr Drouyn de Lhuys nahm meine Mitteilung über den Zweck der Ministerkonferenz in Bamberg freundlich auf und bemerkte, daß er nur dazu gratulieren könne, wenn die von Bayern gemachten Versuche, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, gelingen sollten. Über die Tätigkeit des Deutschen Bundes sprach sich der Minister anerkennend aus, derselbe möge es aber nicht bei seinem jüngsten Votum bewenden lassen, sondern fortfahren, entschieden die ihm gebührende Stellung zu behaupten, hinzufügend, Graf Goltz sei zwar der Ansicht, der Bund wäre nicht imstande, etwas zu tun, oder zu hindern, und Preußen werde sich um seine Tätigkeit wenig bekümmern, eine Ansicht, welcher Herr Drouyn de Lhuys doch nicht so ganz beistimmen wolle, indem der Bund sich entschiedener gezeigt habe, als von vielen erwartet worden.

Auf meine Frage, ob etwas Wahres an den Gerüchten sei, welche hier seit vorgestern in Umlauf sind, nämlich der Berufung eines Kongresses, bemerkte Herr Drouyn de Lhuys, daß er mir hierüber noch nichts Bestimmtes sagen könne, aber immerhin soviel, daß allerdings unter den Großmächten darüber verhandelt werde, ob es denn keine Mittel gäbe, den Ausbruch des Krieges zu verhindern und sich friedlich über die schwebenden Streitfragen zu verständigen. Wenn die anderen Mächte, nämlich Österreich, Preußen, England, Rußland und Italien, von demselben Geiste wie Frankreich beseelt seien, so werde sich wohl ein Mittel finden lassen, ohne Krieg die Streitfragen zu lösen. Herr Drouyn de Lhuys fügte hinzu, daß er mir vertraulich sagen wolle, im Falle es zu einem Kongreß kommen sollte, Frankreich darauf bestehen würde, daß auch ein Repräsentant des Deutschen Bundes dazu eingeladen werde. Auf meine Frage, ob Bayern, welches zu dem früher projektierten Kongreß eingeladen sei und zugestimmt habe, auch diesmal wieder berufen würde, antwortete der Minister, daß es ihm im Interesse Bayerns zu sein scheine, wenn

dies nicht geschehe. Die Stellung Bayerns und diejenige Eurer Königlichen Majestät Ministers des Äußern sei in der gegenwärtigen Krisis eine so hervorragende, daß es wohl schwerlich in Zweifel gezogen werden könne, der Deutsche Bund werde Baron von der Pfordten zu seinem Repräsentanten für den Kongreß erwählen.

Der Minister empfahl mir schließlich noch, rücksichtlich der Rüstungen in der Pfalz, seine früheren Bemerkungen in Betracht zu ziehen, damit den Grenzbevölkerungen kein Vorwand zur Aufregung und zu Demonstrationen gegeben werde.[1]

105.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Geheim

Paris, den 15. Mai 1866

. . . Eurer Exzellenz habe ich schriftlich und telegraphisch meine Ansicht vorzutragen die Ehre gehabt, daß es notwendig sei, den Kaiser Napoleon so schleunig als möglich an dasjenige Programm zu binden, welches er mir heute vor drei Tagen[1*] in seinen Grundzügen mitgeteilt hatte, denn nur unter dieser Voraussetzung können wir meines Erachtens mit derjenigen Sicherheit in den Kongreß eintreten, welche uns gestattet, auf den Zusammentritt desselben positiv hinzuwirken. Da aber eine solche Verpflichtung gegenseitig übernommen werden müßte, so scheint mir die unumgängliche Voraussetzung aller weiteren Schritte die Gewißheit zu sein, daß Seine Majestät der König jene Grundzüge vollständig genehmige.

Inzwischen fürchte ich von einem Verzuge Gefahr. Auf den Kaiser wird in sehr verschiedenem Sinne eingewirkt. Herr Drouyn de Lhuys scheint die Angelegenheit in anderer Weise zu behandeln, als es der vom Kaiser mir gegenüber ausgesprochenen Richtung entsprechen dürfte. Man spricht von einer vorgängigen Verständigung der neutralen Mächte untereinander. Österreich entwickelt endlich eine große Tätigkeit. Fürst Metternich war am vorigen Mittwoch oder Donnerstag lange bei dem Kaiser. Am Sonnabend war er einmal,[2*] am Sonntag zweimal[2*] bei Herrn Drouyn de Lhuys und an diesem Tage in beständigem Telegraphenwechsel[2*] mit Wien. Dies sind nur diejenigen Zusammenkünfte, von denen ich zufällig gehört habe. Auf dem gestrigen Hofballe hatte ich nur im Beisein des Baron Budberg Gelegenheit, mit dem Kaiser zu sprechen. Seine Majestät gab wiederholt den Wunsch zu erkennen, den Kongreß zustande zu bringen, klagte über die Schwierigkeiten, welche die Diplomatie mache und die er als Laie nicht verstände,[3*] und gab mir zu, daß nur die zu

[1] Zu dieser erneuten Mahnung vgl. Tagebuch von Radowitz (16. Mai): »Goltz hatte längere Entrevue mit der Kaiserin, die die Friedensliebe des Cäsar sehr betonte und von Kompensationen an Frankreich nichts wissen wollte, dagegen von der Bildung sogenannter »unabhängiger Staaten am Rhein« als »tampons« zwischen Preußen und Frankreich sprach. Sie teilte Goltz auch mit, daß Bayern in Rheinbayern 30 000 Mann konzentriere (wogegen natürlich dann Frankreich ein Gleiches tun würde).« Tatsächlich standen in der Pfalz nur 5000 Mann! Vgl. Nr. 95, Anm.

lösenden Fragen, nicht die ihnen zu gebende Lösung den Gegenstand der vorgängigen Verständigung zwischen den Mächten bilden dürften. Im Laufe des Abends verkehrte er sehr viel mit dem Fürsten und der Fürstin Metternich. Es hatte dies fast den Charakter einer Demonstration. Eben deshalb gebe ich nicht viel darauf; aber dessenungeachtet dürfte Vorsicht ratsam sein, und diese scheint mir vorzugsweise in einer großen Beschleunigung der Verhandlungen, sei es mit Frankreich, sei es mit Österreich, bestehen zu müssen.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, habe ich in der vorigen Nacht flüchtig dasjenige Programm entworfen, welches ich Eurer Exzellenz in der Anlage zu überreichen die Ehre habe und für dessen Verwandlung in ein zwischen dem Kaiser und mir vertraulich zu besprechendes Abkommen ich mir die Allerhöchste Genehmigung Seiner Majestät des Königs zu erbitten beabsichtigte. Nachdem ich dasselbe auch französisch aufgesetzt hatte, habe ich während dieser Berichterstattung den Entschluß gefaßt, darüber zuvor vertraulich mit dem Kaiser zu sprechen.

Ich komme soeben von Seiner Majestät.[1] Seine erste Erwiderung auf die Worte, mit welchen ich die Mitteilung einleitete, zeigte mir sogleich, daß wir darauf werden verzichten müssen,[4*] den Teil II vor dem Kongreß in ein festes, für beide Teile verbindliches Abkommen zu verwandeln. Der Kaiser bat mich dessenungeachtet, ihm meinen Entwurf vorzulesen. Den letzteren hatte ich noch im Vorzimmer dahin geändert, daß ich die ad I, 4 unter a bis d angeführten Punkte in der Meinung, daß darüber vor dem Kongreß eine Übereinstimmung zwischen allen Mächten nicht herbeizuführen sein möchte, in den Teil II versetzt hatte.[5*]

Der Kaiser war fast mit allen Punkten einverstanden. Er bemerkte nur, daß es kaum zulässig erscheinen dürfte, den Bevollmächtigten des Deutschen Bundes nicht sogleich zu den Beratungen zuzuziehen. Sehr willkommen war ihm der wegen Savoyen und Nizza von mir aufgenommene Punkt 7, zu welchem ich selbst mit seinem Beifalle bemerkte, daß hinsichtlich der von Italien annektierten päpstlichen Provinzen eine gewisse Reserve notwendig werden könnte.

[1] Vgl. dazu die Tagebuchaufzeichnung des Legationssekretärs v. Radowitz: (15. Mai): »Goltz war den Vormittag beim Cäsar. Sie sprachen über den Kongreß. Goltz hatte in der Nacht (trotz seines Unwohlseins!) ein schriftliches Programm für den Kongreß entworfen (deutsch und französisch) und darin die Punkte, über welche eine allgemeine europäische, sowie diejenigen, über welche eine engere Einigung zwischen Italien, Frankreich, Preußen stattfinden müsse. Als Hauptfragen sind bezeichnet: Venetianische, Schleswig-Holsteinische, Deutsche Bundesreform; Abtretung von Venetien, Annektion von Schleswig-Holstein und Regulierung wenigstens der norddeutschen Hegemonie sei Preußens Grundidee. Kompensation für Österreich Hauptschwierigkeit: Zu suchen eventuell in Donaufürstentümern oder Bosnien. — Die Hauptsache würde die feste Vereinigung der Tripleallianz zur gemeinschaftlichen Erreichung und Garantie der Zielpunkte sein. — Der Kaiser hat sich dieser Auffassung nicht unbedingt zugeneigt, will Österreich nicht ohne weiteres plantieren, keine Garantien übernehmen. Er sagt, Österreich habe bereits Venetien abtreten wollen für den Preis absoluter Neutralität von Frankreich und Italien (eine sehr bemerkenswerte Tatsache!); er habe sich aber nicht darauf eingelassen. Im großen und ganzen ist er jedoch der Idee eines Kongresses mit Zugrundelegung des französisch-italienisch-preußischen Programms sehr zugeneigt und will ernstlich den Frieden erhalten.«

Ebenso einverstanden war er mit dem ganzen zweiten Teil, einschließlich des zweiten Punktes. Nur wollte er sich in dieser Beziehung nicht im voraus fest binden, weil er ein Gleiches Österreich gegenüber abgelehnt habe. Ich erklärte, daß ich auf diesen Punkt den höchsten Wert legte; denn wenn man uns etwa zumutete, ein Stück von Schlesien abzutreten, so würden wir lieber die Schleswig-Holsteinsche Frage in der bisherigen durch das Gasteiner Abkommen begründeten Lage, mit der sich leben ließe, belassen und die Lösung der deutschen Frage günstigeren Konjunkturen vorbehalten. Der Kaiser gab die Richtigkeit dieses Standpunktes zu, nahm aber um so mehr Anstand, eine Verpflichtung zur Lösung der drei genannten Fragen in dem bezeichneten Sinne zu übernehmen, als er noch gar nicht die Kompensation für Österreich finden könne, indem er den Widerstand Rußlands und Englands gegen eine Abtretung von Teilen von Bosnien oder der Herzegowina fürchte. Im tiefsten Vertrauen könne er nur mitteilen, Österreich habe ihm die Abtretung Venetiens versprochen, wenn er die Neutralität Frankreichs und Italiens garantieren wolle.[6]* Dies habe er abgelehnt, er möchte nun aber auch nicht von vornherein eine feste Verpflichtung gegen Österreich dahin, daß dieses in allen drei Fragen geschlagen würde, ohne ihm irgendeine mögliche Kompensation in Aussicht stellen zu können, eingehen. Er bemerkte dazu, daß Österreich sich gegen den Kongreß bis jetzt entschieden wehre.

Ich sagte dem Kaiser, wir würden meines Erachtens auch ohne alle Engagements mit festerer Zuversicht in den Kongreß treten können als Österreich; denn es sei mir völlig undenkbar, daß Er je zu einer Zerstückelung Preußens, welche die Alleinherrschaft Österreichs herstellen würde, die Hand bieten könnte. Dafür könne Ihm nicht einmal der Rhein ein ausreichendes Gegengewicht gewähren. Der Kaiser stimmte dem sehr entschieden zu. Ich fügte mit seinem Beifall hinzu, daß die Venetianische Frage nicht minder als Seine Sympathie und Seine politische Auffassung eine Verständigung mit Österreich auf unsere Kosten ausschlösse. Wir riskierten also schließlich bei dem Kongreß nichts, als daß wir uns die vorläufige Beibehaltung des Status quo gefallen lassen müßten. Dies sei nur wegen der Venetianischen Frage unmöglich, der einzigen eigentlich brennenden, deren Nichtlösung im gegenwärtigen Momente eine Revolution herbeizuführen und die Existenz des jungen Königreichs Italien zu vernichten drohe. Der Kaiser erkannte auch dies an. Es war, wie ich berichtigend bemerken muß, bei dieser Gelegenheit, daß Er mir die vorher erwähnten österreichischen Anerbietungen wegen Venetiens mitteilte.

Ich habe wegen des formellen[7]* Punktes jetzt um so weniger in den Kaiser dringen zu sollen geglaubt, als ich noch gar nicht weiß, ob Seine Majestät der König auch meine persönlichen Vorschläge in allen Punkten billigen werde. Der materiellen Zustimmung des Kaisers zu allem Wesentlichen glaube ich mich versichert zu haben.

Noch bevor ich das Programm vorlas, teilte mir der Kaiser vertraulich Sein schriftliches Programm mit, welches ganz einfach dahin ging, eine Verständigung zwischen den neutralen Mächten über die Lösung der drei brennenden Fragen: der Venetianischen, Schleswig-Holsteinischen und Deutschen, auf

einem Kongreß, zu dem Preußen, Österreich, der Deutsche Bund und Italien einzuladen wären, herbeizuführen. Er fügte hinzu, daß zu diesem Zwecke heute die Botschafter Englands und Rußlands mit Herrn Drouyn de Lhuys eine Konferenz hätten.[1] Der Kaiser beruhigte mich über die Besorgnisse, welche ich hinsichtlich dieser vorgängigen Separatberatung zu erkennen gab, sofort mit der übrigens auch durch Sein Programm bestätigten Versicherung, daß es sich nur um die Feststellung der Fragen, nicht um die denselben zu gebende Lösung handele. Dem Ansinnen, über die letztere Vorverhandlungen zu pflegen, trat Er entschieden entgegen.

Ich habe dem Kaiser auch noch den Gesichtspunkt vorgetragen, daß die Verständigung zwischen Preußen, Frankreich und Italien über die drei Fragen, ganz abgesehen von der Lösung der letzteren, den Anfang zu einem neuen, alle früheren Kombinationen für längere Zeit zerstörenden Allianzsystem, welches Seinem Interesse entsprechen möchte, machen würde. Ich erkannte vollständig an, daß dies alles wäre, was ich Ihm bieten könnte, während ich für uns Vieles forderte; aber Er sei mir ja selbst damit entgegengekommen und erkenne in Seiner Weisheit an, daß was wir Ihm sonst böten, ein zweischneidiges Schwert sein würde. Er versicherte mir, daß Er die angedeuteten Vorteile vollkommen würdige und dieselben Ihm genügten.[8*] Er wünsche aber, daß sich dies naturgemäß auf dem Kongreß entwickeln, nicht vorher stipuliert werde.

Eurer Exzellenz habe ich im Moment der Abreise des Majors von der Burg nur ganz flüchtig vorstehenden Bericht erstatten können. Ich bitte mir nun geneigtest recht bald Hochdero Ansicht, sowie die Allerhöchsten Entschließungen hinsichtlich der sich daraus ergebenden Lage und des infolge derselben einzuschlagenden Ganges eröffnen zu wollen.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* wie lautet das?
2* Portiernachrichten
3* !
4* wieso?
5* Bezieht sich 4 auch darauf (?)
6* ?
7* ?
8* ?

[1] Der bayerische Gesandte Baron Wendland weiß in einem Bericht an Freiherrn von der Pfordten vom 16. Mai über diese Konferenz zu erzählen, der englische und der russische Botschafter hätten hauptsächlich Bedenken gegen die Ermittlung einer Territorialentschädigung für Österreich erhoben. »Man hat darüber gesprochen, ob nicht Preußen Schlesien abtreten könne gegen die Elbherzogtümer, aber man kam zu der Ansicht, daß die preußische Regierung schwerlich die Hand der Zerstörung an das Werk Friedrichs des Großen legen werde. Mit der Zession der Donaufürstentümer würde Rußland nicht einverstanden sein, und auch kaum die anderen Mächte, welche gewisse Verpflichtungen gegen die Bevölkerung dieser Länder eingegangen sind. Man würde dann noch einige andere Länder der Türkei, Bosnien, Serbien usw. anzubieten haben, aber England wird schwerlich seine Zustimmung zur Zerstückelung der Türkei geben, da eine solche die ganze orientalische Frage in Bewegung brächte. Es scheint auch die Frage aufgeworfen zu sein, ob Österreich denn nicht anderswo in Deutschland entschädigt werden könnte. Nachdem man gesehen, daß dasselbe außer an Preußen nur an Bayern und Sachsen

106.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, den 15. Mai 1866, 10^{15} a. m.; eingel. 4^{15} p. m.

Die gesamte Presse hat eine entschiedene günstige Schwenkung gemacht. Hiesige Armee und öffentliche Meinung neigt sich immer mehr uns zu. Die Kaiserin und Graf Persigny sprachen mir von einem französischen Ausgleichsversuche in Wien und Berlin auf folgender Grundlage: La France ne veut rien pour elle, la Prusse céderait les provinces rhénanes à un Prince allemand et la Silésie à l'Autriche qui céderait la Vénétie.[1] Preußen würde besser arrondiert. Si elle refuse, entente entre la France et l'Autriche.

Man verhehlt sich nicht die Schwierigkeiten dieses Versuches und hat mir die charakteristische Insinuation gemacht, daß es das beste für uns wäre, die Abtretung Venetiens hier noch einmal in Aussicht zu stellen und dann entschieden vorzugehen.[2]

107.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 16 mai 1866

Depuis la dernière lettre particulière que j'ai eu l'honneur d'adresser à Votre Excellence les circonstances n'ont guère changé d'aspect, mais si, d'un côté, l'idée du congrès ou des conférences mises sur le tapis les ont un peu modifiées à notre détriment, de l'autre la situation s'est un peu améliorée en ce sens qu'un revirement assez sensible s'est operé ici en notre faveur.

D'ébrouiller les causes des hauts et des bas que nous traversons, ce n'est pas facile. L'Empereur semble avoir adopté définitivement la résolution de continuer à inspirer à tout le monde, à l'intérieur comme à l'extérieur, *de la méfiance.*

grenze, so kam man zu der Ansicht, daß man unmöglich von befreundeten Nachbarn etwas annehmen könne, die man ja im Falle des Mißlingens einer friedlichen Ausgleichung zur Kriegsführung nötig habe.« (Geh. St. Arch. München.)

[1] Dieser Plan sickerte bereits in der Öffentlichkeit durch. Graf Mensdorff war darüber sehr erbittert: « L'indiscrétion du journal « La France » relativement à la Silésie nous paraît une véritable perfidie si elle a sa source au Ministère des Aff. Étr. Il nous semble difficile de dissimuler entièrement à Mr. Drouyn de Lhuys que l'attitude du Gouvernement français dans ce moment est de nature à nous inspirer peu de confiance dans la loyauté de sa politique.» (An Metternich 15. Mai 2^{15} p. m.)

[2] Graf Mensdorff antwortete am 16. Mai 1^{45} p. m.: «Nous ne retirons point les ouvertures confidentielles queVous avez été chargé de faire à l'Empereur Napoléon relativement aux conditions d'une entente avec la France. Nous ne pouvons cependant pas reprendre une initiative à ce sujet au risque d'une nouvelle indiscrétion.» Das Gerücht von der Abtretung Venetiens verletze die Gefühle der Armee, die es mit ihrem Blute verteidigen solle; Frankreich möge durch seine Haltung dazu beitragen, daß Österreich einen völligen Erfolg in Deutschland davontrage, dann werde man sich in Italien kulant erweisen: « Mais nous ne pouvons faire de ce côté *d'avance* des concessions sans rien obtenir de positif en échange.» (H. H. u. St. Arch. Wien.)

Pour vous donner autant que faire se peut une idée un peu plus nette de la situation, je chercherai à la préciser dans la présente expédition, en scindant les groupes et en retraçant leurs idées et leurs points de vue respectifs.

En tête nous voyons l'Empereur, dont personne en France ni en Europe ne connaît la pensée réelle.[1]

Puis vient l'Impératrice[2] qui s'est ralliée aux idées honnêtes, mais un peu utopiques de Mr. de Persigny.[3]

Après cela nous trouvons sous le même bonnet et d'une façon assez surprenante Rouher, Lavalette et Drouyn de Lhuys qui croient qu'un congrès peut amener la paix quitte à ébrécher un peu la dignité et la puissance de l'Autriche.

Enfin, la grande majorité du public, de l'armée et des grands corps de l'état, forment un ensemble, décidément hostile à la Prusse et à l'Italie, et étonnament sympathique à l'Autriche.

108.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 16 mai 1866

L'Empereur continue à s'envelopper envers chacun dans les nuages de son rôle de sphinx. Il me fait l'effet d'un augure qui résiste aux flots de la plèbe curieuse, et qui dit: «restez calmes, je sais ce qui arrivera, et Vous serez contents.»

Aux arguments les plus serrés, les plus logiques, il ne répond pas. Il ne sort pas de son thème «la liberté d'action».

Quand on lui dit: «mais enfin, si Vous vouliez la paix, Vous n'auriez qu'à dire un mot à l'Italie, un mot à la Prusse et tout rentrerait dans l'ordre», il a l'air de répondre: «mais c'est justement la paix que je ne veux pas.»

Si on lui insinue qu'en s'alliant à l'Italie et à la Prusse, il pourrait reprendre le Rhin, il répond: «je ne pense pas au Rhin.»

Quand je lui souffle à l'oreille: «faites tenir tranquille l'Italie et il est plus que probable que Vous aurez la Vénétie», il répond: «Ils ne m'écoutent plus à Florence.»

Le fait est que j'ai tout lieu de croire qu'à Florence comme à Berlin, à Vienne comme à Paris, on se méfie, sans savoir pourquoi, et on cherche à le gagner, sans savoir comment!

Le discours de Mr. Thiers[4] l'a fait sortir un instant de sa réserve. Il en a été profondément vexé, — surtout à cause des vérités qu'il contenait. Chose étrange, le discours d'Auxerre[5] qui a tant remué Paris, — aujourd'hui on n'y pense plus et si l'Empereur a voulu qu'on l'oublie, il a réussi à souhait.

[1] Nr. 108.
[2] Nr. 109.
[3] Nr. 110.
[4] Nr. 77.
[5] Nr. 84.

Le premier coup de canon fera-t-il descendre l'Empereur des ses nuages?

Ce qui est un fait, c'est que tous les gros bonnets de l'Empire y perdent leur latin.

Chacun croit deviner quelque chose et paraît fort étonné de voir qu'un collègue quelconque soutient avoir deviné le contraire.

Ce n'est pas à moi seulement que l'Empereur a dit que son influence en Italie lui échappait, il l'a certifié dans des termes plus explicites encore à Lord Cowley qui a constaté que l'Empereur avait réellement télégraphié à Florence qu'on eût à se tenir tranquille, ce qui n'a eu pour effet que d'accélérer les armements.

Les hommes d'état et les journaux salariés pataugent à qui mieux mieux.

Lorsque je lui ai dit dernièrement: « je suis habitué à Vous croire, Sire, car jusqu'à présent Vous m'avez toujours dit la vérité, mais ce que je crois, il me sera très difficile de le faire croire aux autres » — l'Empereur me répondit: «Je comprends bien cela!» comme quelqu'un qui dirait: « cela m'est égal et je n'y puis rien! »

Je lui ai dit aussi, il y a quelque temps, après lui avoir démontré combien peu l'Italie avait à perdre à toutes les combinaisons de congrès ou d'entente entre nous: « J'espère, Sire, que nous assistons à la dernière représentation au bénéfice de l'Italie » — l'Empereur rit beaucoup et me répondit: « Oh oui — si bénéfice il y a! »

Je l'ai dit dans mon rapport précédent, il semblerait que l'Empereur est décidé à faire rayonner de près ou de loin autour de Lui un sentiment peu honorable, quoique lucratif, selon les événements: « *la méfiance générale.* »

109.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 16 mai 1866

L'Impératrice me paraît avoir soulevé un coin du voile qui recouvre les plans de son auguste époux; — si ce qu'elle a bien voulu laisser échapper devant moi, de la connaissance qu'elle a des intentions de l'Empereur, est vrai — nous n'aurions guère à les redouter. Ce dont je crois être sûr, c'est que si l'Empereur tenait à l'abaissement de l'Autriche et si l'Impératrice le savait, elle ne prendrait pas sur elle de me recevoir et de causer ouvertement avec moi, comme elle continue à le faire.

Nos entretiens revèlent de Sa part une telle confiance dans le succès de nos armes et un tel abandon au sujets des points les plus délicats que je ne pourrai jamais croire que, si double ou triple jeu il y a, il soit exclusivement dirigé contre nous.

Je lui ai dit avant-hier soir:

« J'ai le sentiment, Madame, d'un homme qui, mêlé par devoir et par patriotisme aux événements du jour, ne comprend rien, mais rien du tout à la situation. »

«Comment Mr. de Bismarck a-t-il pu s'avancer comme il l'a fait, sans être sûr de Votre appui? »

« Comment l'Italie peut-elle penser un instant à risquer de perdre à tout jamais l'espoir d'obtenir la Vénétie en nous attaquant, sans la certitude de Vous voir accourir à son aide? »

«Comment enfin la France qui aujourd'hui admire l'attitude patriotique de nos populations et qui compte sur les doigts les braves régiments que nous mettrons en ligne, peut-elle nous laisser aller en guerre sans chercher à nous lier à elle dans des questions d'avenir si importantes? »

« Si je ne voyais pas que dans le public français, dans l'armée et aux Tuileries même on nous prédit des chances de succès, je comprendrais Votre indifférence, mais en admettant que nous puissions battre nos ennemis, comment ne cherchez-Vous pas à Vous assurer de nous et à écarter les chances contraires à Vos intérêts en Allemagne et en Italie, que nos succès pourraient amener! »

L'Impératrice ne voulant pas convenir de la justesse inconstestable de mes arguments me répondit:

« Une puissance qui peut mettre sept cent mille hommes sur pieds, s'arrange toujours mieux après ou pendant qu'avant la guerre. »

Je n'ai pas bien compris ce qu'Elle a voulu dire, et je le Lui avouai, tout en ajoutant: « l'avenir me donnera la clef de Votre énigme, mais n'oubliez pas que probablement nous aurons des alliés en Allemagne et qu'alors nous ne serons plus libres *de traiter seuls.* »

L'Impératrice me dit: « Ceci est vrai, aussi y avons-nous pensé! »

« Que feriez-Vous à notre place vis-à-vis de Vos énigmes? », Lui ai-je demandé.

« A Votre place, pour savoir à quoi Vous en tenir, après avoir promis encore une fois de céder la Vénétie, sauf compensation, je marcherais en avant. »

Ce n'est pas la première fois que l'Impératrice m'a parlé dans ce sens, malheureusement Son alliance récente avec les idées d'essais pacifiques de Mr. de Persigny, dont je parlerai dans mon rapport suivant, témoignant chez elle d'une certaine confusion d'idées fort regrettable.

En somme l'Impératrice m'a dit encore avant-hier soir que tout ce que l'Empereur m'avait dit sur la liberté d'action et sur son impuissance en face de l'Italie, impuissance qui *seule* l'a empêché d'entamer avec nous des négociations pratiques sur la question de Venise, est *exactement vrai.*

110.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 16 mai 1866

Dans les moments de crise et lorsque les événements menacent d'ébranler le monde et le trône de son maître, Mr. de Persigny, le fidèle et dévoué compagnon de fortune et d'infortune de l'Empereur, surgit et réapparaît sur la scène.

L'ancien Ministre de l'Intérieur, ex-Ambassadeur à Londres, est venu me trouver dernièrement pour me confier le plan qu'il venait, disait-il, de soumettre à l'Empereur.

Je le laisse parler:

« Il faut » me dit Mr. de Persigny « que l'Empereur et la France sortent de la politique *des mystères.* »

«L'ambition d'un homme et la folie d'un peuple menacent de provoquer une guerre horrible. L'Autriche *seule* ne veut pas la guerre et serait prête, je le pense du moins, à apporter son concours au maintien de la paix, pourvu qu'elle n'ait pas à souffrir dans sa dignité et dans son honneur. »

« En permettant que l'idée *impraticable* du congrès soit remise sur le tapis, l'Empereur renonce, me semble-t-il et je l'espère de tout mon cœur, à toute idée de conquête ou d'agrandissement. Pourquoi ne pas avoir les bénéfices d'une politique grande, généreuse et désintéressée? »

« Il faut que l'Empereur commence par déclarer à l'Allemagne qu'il ne veut rien pour lui, qu'il respecte la nation allemande, et que s'il se mêle de ses affaires, ce n'est que pour empêcher la guerre et pour lui épargner des calamités et les déchirements qu'elle occasionnerait. »

« Que l'Empereur m'envoie à Vienne et à Berlin, et je me fais fort d'arriver à une solution d'une façon ou d'une autre. J'irais à Vienne d'abord, et je dirais à Votre Empereur, si justement respecté comme le souverain le plus ‚*gentleman*' du monde: plus de méfiance entre nous — Voici notre intérêt, voici le Vôtre, voulez-Vous que nous nous entendions? Je lui dirais que notre intérêt est de Lui voir céder la Vénétie à l'Italie, sauf compensation large et honorable, et d'en finir par là avec la question Italienne. Notre intérêt est, de plus, que nos frontières ne soient pas en contact direct avec une grande puissance. Il s'agirait, par conséquent, de faire céder à la Prusse, *sauf compensation* aussi, les provinces Rhénanes et le territoire que Vous désignerez comme pouvant contrebalancer pour Vous la perte de la Vénétie. Lorsque l'Empereur d'Autriche sera tombé d'accord avec moi sur ces questions, j'irais à Berlin et *si on refuse* je reviendrais à Vienne pour bâcler en un tour de main une alliance ferme et durable entre la France et l'Autriche, et ce sera l'Autriche qui dictera la paix, parcequ'elle battra la Prusse, tandisque nous retiendrons l'Italie. »

Mr. de Persigny en me débitant son plan, avait l'air tellement convaincu et tellement sûr de l'adhésion de l'Empereur que j'en fus un instant tout émotionné.

Depuis j'ai appris par l'Impératrice que la politique de Persigny étant la plus honnête, elle s'y rallierait avec bonheur, mais qu'elle ne savait pas s'il réussirait auprès de l'Empereur.

J'attends la suite de cette affaire qui, en somme, ne peut pas nous déplaire sous tous les points de vue.[1]

[1] Die Art und Weise, wie der Herzog v. Persigny sein Programm: linksrheinischer Pufferstaat, in der Form der Abfindung für mediatisierte Fürsten, womöglich im Rahmen eines Systems von europäischen Pufferstaaten unter der Ägide Frankreichs, in diesen Tagen kolportierte, erhellt auch aus den Tagebüchern von Radowitz, dem

111.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 17 mai 1866

J'aurai occasion de voir l'Empereur, demain ou après-demain, et je Lui parlerai dans le sens des télégrammes chiffrés que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser hier et avant-hier.

Les indiscrétions qui ont été commises proviennent de ce que le conseil des

Persigny bezeichnenderweise nur die eine Hälfte seines Programms anvertraute: »Ich wurde auf der Straße von Persigny angehalten, der mir über $^3/_4$ Stunden einen großen Vortrag hielt. Er meinte nämlich, er habe das Mittel zu einer friedlichen, für alle Teile befriedigenden Ausgleichung des ganzen deutschen Konfliktes unfehlbar gefunden, und zwar auf der Basis der gänzlichen Uninteressiertheit von Frankreich. Er wünsche diesen Gegenstand vertraulich mit Goltz zu besprechen, wolle aber über dessen Verhältnis zu Bismarck vorher aufgeklärt sein. Am liebsten hätte er mit Bismarck direkt verkehrt. Ich sollte Goltz in diesem Sinne sprechen; er, Persigny, würde ihn dann vielleicht später aufsuchen und in allem Vertrauen sich ihm eröffnen. Er sei so durchdrungen von der Unfehlbarkeit seiner Kombination, daß er Kaiser und Kaiserin gesagt habe: wenn man ihn mit einer Mission beauftrage und er habe nicht in 10 Tagen die ganze Geschichte arrangiert, so könne man ihm den Kopf abschneiden. — Daran anknüpfend setzte er mir von seinem Standpunkte aus unsere ganze Lage auseinander und Frankreichs Stellung zu dieser Frage. Er geht von dem Gedanken aus, daß alle Akquisitionen Frankreichs auf Kosten von Deutschland ein Wahnsinn, ein Verbrechen seien, das sich schwer rächen würde. Die Rheinprovinz in französischem Besitze sei schlimmer als ein neues Venetien, sie würde dem Kaiser den Hals kosten. Das zweite Kaiserreich sei nur groß geworden durch die Prinzipien der Nationalität, und eine solche Kombination schlage diesem Prinzip ins Gesicht. (Alles sehr wahr!) Was also Frankreich in der jetzigen Situation erstreben müsse, sei die Befreiung von Italien, d. h. die Erwerbung Venetiens für dieses Land, um damit sein Werk der Vereinigung Italiens zu vollenden. Die Lage sei diesem Projekt äußerst günstig, und das danke man Preußens Initiative. Er will also eine Kombination, durch die Venetien an Italien kommt, Preußen stärker würde, namentlich auch zur See, was Frankreich durchaus wünschen müsse, und Österreich gleichzeitig für den Verlust von Venetien eine Entschädigung fände. Die deutsche Hegemonie solle dabei ganz auf Preußen fallen. Er habe diese Kombination gefunden! — Vieles einzelne seiner Deduktionen war interessant und geistreich gedacht. Außerdem ist mir klar aus seinen Andeutungen wieder hervorgegangen, daß Österreich hier fortwährend den Rhein anbietet und daß selbst an allerhöchster Stelle dieses Anerbieten nicht ohne Eindruck geblieben ist. Er nannte die österreichischen Offerten: ‚des propositions dangereuses', meinte aber, es sei seinen wiederholten Bemühungen gelungen, ‚de dissiper les nuages qui à l'égard de cette question ont pu embrouiller l'esprit de l'Empereur ou de l'Impératrice'. Worin nun seine politische Entdeckung besteht, habe ich natürlich nicht erfahren; er wollte nun versuchen, Goltz davon zu sprechen, was er bisher stets vermieden habe, weil er glaube, Goltz sei ein Rivale von Bismarck, und er kenne zu sehr den Einfluß persönlicher Rivalitäten in der Politik. — Ich erzählte gleich Goltz diese Konversation, die ihn in große Heiterkeit versetzte. Er hatte nämlich bei der Kaiserin schon alles dieses gehört, und es scheint, daß Persigny in den Tuilerien für halbtoll gilt; er sitzt dem Kaiser seit Wochen auf, dieser schickt ihn zur Kaiserin und letztere verliert allmählich alle Geduld. Sie hat übrigens das berühmte unfehlbare politische Programm (?) von Persigny schon verraten: er wünscht eine Allianz zwischen Frankreich, Preußen, Österreich: Österreich soll Venetien abgeben, dafür Schlesien bekommen und Preußen durch Sachsen, Hannover, alle kleinen norddeutschen Staaten und die deutsche Hegemonie entschädigt werden! — Voilà tout.«

ministres[1] s'est occupé de nos propositions et que Persigny n'a pu s'empêcher de raconter partout que la politique de Mr. Drouyn de Lhuys était inexplicable et malhonnête, en ce que nous lui avions donné les moyens d'arriver à une entente digne des deux pays.

Je ne considère pas ces indiscrétions comme très dangereuses, puisque l'entente a échoué et que nous avons parfaitement le droit, droit dont je crois devoir user envers tous les ministres, — nous avons, dis-je, le droit de soutenir sans préciser les choses, qu'ayant employé tous les moyens de conciliation nous ne pouvons admettre que telle ou telle question soit mise sur le tapis.

L'Empereur seul saura que nous attendrons jusqu'à la fin des propositions conciliantes de sa part, et le désespoir réel des grands dignitaires de l'état nous vient puissamment en aide pour consolider notre position et faire constater l'équité, la modération et la dignité de notre attitude.

Quoiqu'il en soit, les nouvelles de Berlin et de Florence confirment ce que je pressentais depuis quelques jours, à savoir, qu'en Prusse on faiblit et qu'en Italie on voudrait bien s'arranger pacifiquement avec nous.

Mr. de la Guerronière continue et continuera à faire une campagne énergique dans le Journal « la France » contre « les Cavour de Berlin et les Bismarck de Florence ».

112.

Verhandlungen des französischen Ministerrats und Staatsrats unter Vorsitz Kaiser Napoleons III. über die Ziele der französischen Politik

A.

Protokoll der Sitzung vom 18. Mai

Original (von der Hand Rouhers), Geh. St. Arch. Berlin[2]

Palais des tuileries. Séance du 18 mai 1866

Présidence de l'Empereur.

Sa majesté l'Impératrice assiste à la séance. Les ministres et les membres du conseil privé sont présents.

L'Empereur expose, qu'il a réuni les deux conseils pour leur faire connaître la politique suivie par le gouvernement français dans le conflit allemand-italien, et les espérances pacifiques, qu'il conserve encore. Mais avant d'aborder ce sujet, Sa Majesté pose la question de savoir, s'il y a lieu de prohiber l'exportation des chevaux. Cette proposition est successivement examinée et discutée par les ministres de la guerre, du commerce, des finances et autres. Sa Majesté décide, que la mésure peut être ajournée à quinzaine.

[1] Vgl. Nr. 112.

[2] Aus einem neuerdings von dem Geh. Staatsarchiv in Berlin erworbenen kleinen Aktenbestande: Die flüchtige Schrift Rouhers ist nur mit Mühe zu entziffern.

Mr. le ministre des affaires étrangères dit, que le mot de congrès avait été prononcé à la fin d'avril et au commencement de mai, avait été prononcé par les ministres de diverses puissances. En présence de ces symptômes le gouvernement français, qui en 1863 avait proposé un congrès, ne pouvait être insensible à la pensée de faire de nouveau une tentative sur ce point. En conséquence, par une première démarche confidentielle, nous (avons) sondé les intentions des divers gouvernements, au même temps que nous avons réitéré nos conseils de ne pas armer à l'Italie, avec déclaration, que si elle passait outre, elle le ferait à ses risques et périls. Enfin plus officiellement à la date du deux ou trois mai nous avons précisé notre attitude. Les questions, qui pouvaient être examinées naissaient de l'état des faits et de la nature des conflits: 1. La cession de la Vénétie pourrait-elle être consentie par l'Autriche, sauf à lui donner une compensation a déterminer? 2. Comment devait être réglé le sort des duchés de l'Elbe? 3. L'organisation de la confédération germanique au point de vue européen ne peut-elle pas être précisée? Ces trois questions ainsi formulées ont été examinées dans une conférence préparatoire entre la Russie, l'Angleterre et la France, les représentants de ces trois puissances sont demeurés d'accord qu'un projet de lettre aux puissances quasi belligérantes serait préparé par Mr. Drouyn de Lhuys. Ce projet a été rédigé et communiqué à Lord Cowley et au baron de Budberg. Une dépêche télégraphique de Londres en date de ce matin fait connaître que le cabinet de Londres accepte cette dépêche sauf de légères modifications, qu'il veut faire connaître par correspondance; la Russie n'a pas encore répondu. Mr. Drouyn de Lhuys donne connaissance du projet de dépêche rédigé.

Le président du corps législatif est convaincu, que l'Autriche ne consentira pas à céder la Vénétie sans compensation et ne voit pas quelle compensation utile pourra lui être offerte.

Mr. Drouyn de Lhuys voit dans le projet poursuivi d'une conférence: 1. un moyen de démontrer à tous les intentions pacifiques du gouvernement français, 2. une possibilité d'abord de réunion dans une pensée commune des puissances neutres, 3. et peut-être, à un moment donné, de faire révéler à cette pensée commune un caractère comminatoire vis-à-vis des gouvernements récalcitrants.

Mr. Walewski est convaincu, que le congrès n'aurait de chances que si on était préalablement d'accord, hors de là la conférence est conduite fatalement à un avortement.

Mr. de Persigny fait l'éloge du principe des nationalités proclamé par l'Empereur Napoléon I. à St. Hélène, appliqué par l'Empereur Napoléon III. à l'Italie. En vertu de cette doctrine, Mr. de Persigny voulait d'abord que l'Empereur proclamait sa volonté de respecter l'Allemagne et de ne pas demander d'agrandissement. Les prétentions ainsi limitées, la cession de la Vénétie serait chose facile, l'Allemagne y pousserait et fournirait même les éléments de compensation à l'Autriche et à la Prusse. Ainsi au lieu de l'unité de l'Allemagne qu'un ministre révolutionnaire et libéral au lieu de Mr. de Bismarck pourrait produire, on arriverait à faire un petit état au bord

du Rhin,[1] on ferait disparaître la masse des petits états et on constituerait trois ou quatre puissances comme l'Autriche, la Prusse, la Bavarie, la Saxe etc. . . .[2], on ferait disparaître le Hanovre, qui serait annexé à la Prusse etc. . . .

Mr. Drouyn de Lhuys ne croit pas, que ces idées, qui ont été agitées en 1815, ont de la valeur, mais par quels moyens y arriverait-on? Comment décider la Prusse à céder la Silésie, qui est pour elle un centre et un titre de gloire? Comment la déciderait-on en outre, à abandonner les provinces Rhénanes et cela pour le Hanovre ou tels autres petits états du nord? Comment d'ailleurs décider la Saxe à se porter sur les bords du Rhin? Enfin est-ce que l'Allemagne ne voit pas un élément de sécurité dans la présence de la Prusse sur les bords du Rhin? En résumé l'idée de Mr. Persigny a de grands avantages pour la France, mais elle est environnée d'immenses difficultés.

Mr. de Persigny insiste par les considérations suivantes: 1. La France est désintéressée »; sur cette déclaration tous les princes allemands seront pleins de sympathie pour l'Empereur des Français. 2. Les questions une fois posées, la confédération germanique qui est aujourd'hui brisée, suivra nos indications. L'Empereur exprime la conviction que dévoiler de pareilles tendances, serait diriger toutes les puissances allemandes contre nous. La voie la plus sûre pour le succès c'est (?) . . . tout au plus le congrès.

Sa Majesté l'Impératrice ne dissimule pas les antipathies pour la théorie des nationalités. L'unité de l'Italie est plus un danger qu'une force pour nous; l'unité allemande serait un danger évident. Quoiqu'il en soit, jusqu'à ce jour nous avons bien fait de demeurer neutres, nous ne pouvons pas conserver toujours cette attitude, nous devrons nous dévisser au moment de la guerre; ce ne sera qu'à ce moment, que les chances d'échange de territoire seront possibles, ainsi espérer (?) dès à présent que l'Autriche cédera la Vénétie, que la Prusse accordera la Silésie en échange de cette concession, ou enfin qu'elle consentira à abandonner les provinces rhénanes à tel ou tel autre prince allemand. Au fonds à l'heure actuelle la Prusse voudrait transiger, car elle est effrayée. Son seul embarras est dans l'Italie, avec laquelle elle est liée au moins moralement.

Mr. Walewski signale l'impossibilité:

1. d'arrêter l'Italie. 2. de ne pas prendre un jour parti pour elle.

Mr. de Persigny répond, qu'il est bien facile, de satisfaire l'Italie puisque l'Autriche consent à céder l'Italie. [sic!]

Le débat se résume dans ces deux résolutions:

1. afficher au nom de la France un grand désintéressement. 2. poursuivre avec plus ou moins d'espérance les chances du Congrès.

[1] Die weitere Ausführung der — in dem Protokoll Rouhers nur kurz angedeuteten — Gedanken Persignys über den neutralen rheinischen Pufferstaat und die Stellungnahme des Kaisers ergibt sich aus den Memoiren Persignys (Nr. 112 B).

[2] Dieses Zukunftsbild erinnert an die Ziele der französischen Politik im Jahre 1740.

B.

Herzog v. Persigny über das Projekt des rheinischen Pufferstaats in der vereinigten Sitzung des Ministerrats und Staatsrats am 18. Mai 1866[1]

Mémoires du duc de Persigny, S. 332 ff.

... Il se trouve donc qu'il serait de l'intérêt de l'Europe en général et de la France en particulier de favoriser l'ambition de la Prusse, mais en réglant. Voilà pourquoi je n'hésiterais pas à proposer de laisser cette puissance s'étendre sur l'Allemagne du Nord, de la Baltique à la ligne du Mein, mais à la condition d'indemniser sur la rive gauche du Rhin les princes qu'elle aurait à déposséder sur la rive droite, de manière à ne plus rien posséder elle-même de ce côté.[2]

Or, du moment que, au lieu d'une grande puissance comme la Prusse, nous n'aurions plus sur notre frontière découverte que des petits états allemands placés entre nous comme des tampons, pour amortir les chocs, il ne resterait plus rien de l'œuvre de 1815; nous ne serions plus menacés d'aucun côté. Alors, si nous étions habiles, si nous savions utiliser l'action que les chemins de fer, les tarifs de douane et les relations commerciales exercent sur la société moderne; créer des interêts nouveaux entre les provinces rhénanes et nos départements du Nord-Est, en facilitant, par exemple, l'importation chez nous de houilles de la Sarre; enfin agir par notre haut clergé sur les populations qui sont catholiques, il resterait bien peu de notre constitution géographique.[3] Il suffirait de

[1] In den Memoiren Persignys wird die Sitzung des vereinigten Ministerrats und Staatsrats ohne Datum angegeben. Ollivier 8, 177 ff. hat seinen (wenig genauen) Auszug aus den Memoiren Persignys in die Zeit um den 12. Juni eingereiht, und die Herausgeber der Origines diplomatiques haben diese Datierung zwar nicht begründet gefunden, aber doch akzeptiert. Die Datierung beruht jedoch auf einem Irrtum. Auch die Darstellung der Memoiren Persignys (in denen Gedächtnisfehler hinsichtlich der Datierung auch sonst vorkommen) geht erst im weiteren Verlaufe, S. 339, zu dem Briefe Napoleons an Drouyn de Lhuys vom 11. Juni als einer der erst später eintretenden Folgen der Einwirkungen Persignys auf den Kaiser über. Vor allem paßt der ganze Inhalt der Debatte bei Persigny nicht auf die Zeit des 12. Juni (Tag des Vertragsabschlusses mit Österreich), für die übrigens auch keine vereinigte Sitzung des Ministerrats und Staatsrats belegt ist. Wohl aber steht fest, daß eine solche vereinigte Sitzung, wie sie nur bei großen Gelegenheiten veranstaltet wurde, am 18. Mai stattgefunden hat, und das vorstehende Protokoll Rouhers bringt, wenn auch nur in knapper Andeutung, einen Bericht über den Vortrag Persignys, der sich sachlich mit der Erzählung der Memoiren berührt. Die geschäftsmäßige Sachlichkeit des Protokolls findet an dieser Stelle durch die Memoiren, aus denen hier allein die Ausführungen über den rheinischen Pufferstaat wiedergegeben werden, eine Ergänzung von höchst realistischer Farbe. Die allgemein beobachtete Geschäftigkeit Persignys in den Tagen vor der Sitzung des 18. Mai (vgl. Nr. 110) läßt sich ungezwungen mit unserer Datierung in Einklang bringen.

[2] Vgl. Nr. 73 Anm. 1.

[3] Diese Ausführungen sind bedeutsam aus einem doppelten Grunde. Einmal zeigen sie, daß es den Vätern der rheinischen Pufferstaatsidee auf den »Puffer«, auf den «tampon», gar nicht ankommt, sondern auf eine mit dem Nationalitätenprinzip zur Not vereinbare und vor Europa zu rechtfertigende Durchgangsform, die sich als Mittelglied für eine künftige Aneignung denken läßt. Zweitens enthüllen sie das Programm »der friedlichen Durchdringung«, dem dieser Pufferstaat ausgesetzt sein soll: Eisenbahnen, Zolltarife (? Zollgemeinschaft), Handelsbeziehungen, industrielle Interessengemeinschaft zwischen Rhein-

réveiller les souvenirs des premiers temps de notre histoire, de créer une confédération des Gaules, formée de la Hollande, de la Belgique, du Luxembourg, des États du Rhin et de la France, pour reconquérir nos frontières naturelles. Dès lors, sans avoir porté atteinte aux principes que nous avons proclamés, sans avoir blessé aucune susceptibilité nationale, et à la seule différence d'avoir des princes au lieu de préfets, à Bruxelles, à la Haye, à Mayence, à Coblentz, le grand empire serait reformé dans toute sa force et dans toute sa splendeur.«

L'Empereur parut frappé de cet ordre d'idées. «Il faut reconnaître,» dit Sa Majesté, «qu'il y a dans ce que vient de dire Persigny une pensée politique élevée. Ce serait arriver à nos frontières naturelles en tournant, au lieu de heurter de front la difficulté des nationalités.»

(Persigny erzählt in seinen Memoiren S. 338 weiter:)

Le lendemain, l'Empereur m'envoya chercher, ce qu'il n'avait pas fait depuis plusieurs années. Il me dit qu'il ne m'avait pas assez complimenté des idées que j'avais émises au conseil, et même de la manière dont je les avais exposées; que plus il y réfléchissait, plus il y trouvait la véritable solution, c'est-à-dire la voie naturelle, la seule peut-être pour reprendre dans l'avenir la frontière du Rhin.[1]

113.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich

Paris, den 18. Mai 1866

(Feindliche Haltung der «France» gegen die preußische Politik. Der Kaiser habe diese Haltung gemißbilligt, und Drouyn de Lhuys habe daraufhin den Senator Vicomte de la Gueronnière, den Leiter der «France», zu sich beschieden und ihm das Folgende eröffnet:)

Die Politik des Kaisers gehe seit seiner Thronbesteigung auf Sprengung der nordischen Koalition. Der Krimkrieg habe Österreich zu Rußland, der italienische die beiden deutschen Großmächte zueinander in Gegensatz versetzt, der Verlauf der dänischen Angelegenheit letzteres Resultat über alles Erwarten hinaus befördert. Nicht gerade ein Krieg, wohl aber ein Bruch der Allianz zwischen Preußen und Österreich sei das Ziel der französischen Politik gewesen. Die Dinge drohten jetzt darüber hinauszugehen. Der Kaiser habe

land und Nordostfrankreich (Saarkohle), Einfluß der hohen französischen Geistlichkeit auf das katholische Rheinland — zum Schluß gallische Erinnerungen und natürliche Grenzen! Man wird an die ebenso bunte Mischung der Motive erinnert, mit denen die nach außen als Sicherheitsbedürfnis verkleidete Pufferstaatsidee seit 1918 von neuem von Paris aus in Bewegung gesetzt wird.

[1] Napoleon III., der in dem Ministerrat die Ausführungen Persignys mit Zurückhaltung angehört hat, deckt hier einmal dem alten Vertrauten sein Herz und seine letzten Ziele auf. Wertvoll ist in seiner Äußerung zu Persigny, deren Authentizität sich nicht wird bestreiten lassen, das Geständnis: der rheinische Pufferstaat als Brücke zu der französischen Rheingrenze der Zukunft.

früher auf den Krieg, er (der Minister) nur auf den Bruch hingearbeitet. Jetzt sei das Verhältnis ein umgekehrtes, er (Drouyn de Lhuys) kriegerischer als der Kaiser, vielleicht der kriegerischste Mann in Frankreich. Denn auch der Krieg stelle letzterem große, vielleicht größere Vorteile in Aussicht als der bloße Bruch. Jedenfalls würde er zur Schwächung Deutschlands führen. Schon bisher habe die französische Politik ein großes Ziel gesichert: die Verständigung zwischen den Neutralen. Wie sich auch die Ereignisse weiter entwickeln möchten, so sei das Resultat erreicht, daß Frankreich im Falle einer Intervention nicht auf seine eigenen Kräfte angewiesen sei und nicht in Gefahr sei, isoliert zu werden.[1] Was Preußen anbetreffe, so habe Frankreich gegen die Annexion der Elbherzogtümer unter gewissen Bedingungen nichts, aber wenn Eure Exzellenz glaubten, ihren Triumphwagen bis nach dem Kapitol fahren zu können, so sei dies ein Irrtum; derselbe dürfte unterwegs umwerfen. Frankreich werde die Zentralisierung Deutschlands unter preußischer Führung nicht dulden. Außerdem lauteten die Nachrichten aus Berlin über die dortige Stimmung sehr trübe; im Lande zeigten sich vielfach Symptome einer nahen Revolution; nach allen militärischen Nachrichten würde die preußische Armee von der österreichischen geschlagen werden, wie sie noch nie geschlagen worden sei (die hier allgemein, auch in militärischen Kreisen herrschende Ansicht, deren Äußerung durch Drouyn de Lhuys deshalb keine besondere Beachtung verdient).[2] Eure Exzellenz glaubten durch das Bündnis mit Italien Frankreich in die Aktion Preußens mit hinein zu ziehen. Diese Rechnung dürfte aber ohne den Wirt gemacht sein. Frankreich werde Mittel finden, daß sich seine Schöpfung nicht emanzipiere. — — —

114.

Graf Bernstorff an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Londres, le 19 mai 1866

Ayant rencontré hier au soir l'Ambassadeur de France dans le monde, il a commencé par me dire qu'il m'avait succédé le matin chez Lord Clarendon, et que celui-ci lui avait dit que je lui avais donné de bonnes paroles pour le Congrès. Je lui ai dit alors que je n'avais aucune raison de croire que le Cabine du Roi fût contraire à l'idée du Congrès, mais que l'acceptation de sa part d'une invitation officielle qui lui serait adressée, dépendrait probablement du programme qu'on proposerait. Lorsque j'ai ajouté que cette invitation me semblait être retardée encore un peu par les changements que Lord Clarendon désirait voir faire au projet de dépêche, proposé par Mr. Drouyn de Lhuys, et par les éclaircissements qu'il espérait obtenir auparavant, en particulier sur la compensation territoriale à offrir à l'Autriche, le Prince de la Tour d'Auvergne m'a répondu que l'invitation ne serait nullement retardée par-là, qu'il s'était

[1] Der Kongreßplan, der sowohl Österreich als Preußen kompensationsmürbe zu machen bestimmt war, sollte zugleich durch die eingeleitete Fühlung mit Rußland und England einer etwaigen Intervention Frankreichs die Wege ebnen.

[2] Vgl. Nr. 162, Anm.

entendu avec Lord Clarendon, et que, si l'on voulait savoir d'avance quelle compensation devait être donné à l'Autriche, la réponse serait qu'on était trop curieux, puisque c'était justement ce qui devait être discuté dans le Congrès. Il a cependant admis qu'une modification pourrait être ou serait apportée au projet de dépêche identique, sur le désir de Lord Clarendon, à savoir qu'il y serait fait mention expresse d'une compensation *territoriale*, au lieu de laisser à l'Autriche le soin de demander une pareille compensation. Il paraîtrait d'après cela que le mot « territoriale » ne se trouve pas dans le projet originaire. Il faudra voir maintenant si Lord Clarendon a cédé aux instances, pour ne pas me servir d'une expression plus forte, de l'Ambassadeur de France et a consenti à expédier la dépêche d'invitation sans obtenir les éclaircissements préalables qu'il voulait demander par Lord Cowley, ou s'il ne l'expédiera pas avant de les avoir reçus, comme je l'avais compris hier matin. Je n'ai pu me rendre encore une fois chez lui aujourd'hui, parce qu'il est allé à Windsor, et ne puis, en conséquence, affirmer positivement ni l'un ni l'autre.

Ce qui m'a frappé dans la conversation purement théorique qui s'est engagée hier au soir entre le Prince de la Tour d'Auvergne et moi sur le programme éventuel, c'est la violence de ses sentiments, et je puis même dire de son langage par rapport à la question de la réforme fédérale, et la profonde rancune de son cœur qui s'est trahie à cette occasion à l'égard de la Prusse. Quand j'ai seulement touché ce sujet et lui ai dit que je ne voyais pas bien comment cette question purement allemande pourrait être discutée dans un Congrès européen, il a d'emblée répondu avec beaucoup de vivacité que toutes les autres Puissances étaient d'avis que la Confédération d'États souverains allemands, créée par le Congrès de Vienne, ne pouvait être transformée en Etat fédératif sans altérer l'équilibre de l'Europe, et qu'elles avaient, par conséquent, le droit de l'empêcher qu'au reste aucun Gouvernement quelconque en France ne pourrait permettre que les autres États de l'Allemagne fussent absorbés par la Prusse. Lorsque j'ai répliqué qu'il n'était pas question d'absorption, que je reconnaissais cependant que c'était pour d'autres Puissances une question d'intérêt et de convenances politiques si elles voulaient s'opposer à des changements qui leur semblaient menacer l'équilibre, mais que jamais je ne reconnaîtrais en principe le droit d'autres Puissances de s'immiscer dans les affaires intérieures d'une grande nation, et que toute nation avait le droit de se constituer comme il lui plaisait, droit dont la Suisse et l'Italie etc. avaient fait usage sans que l'Europe s'en fût mêlée,[1] le Prince de la Tour d'Auvergne m'a dit tout-à-

[1] Auch Lord Clarendon hatte die Meinung geäußert, die Bundesreform sei zwar an sich eine innere deutsche Angelegenheit; wenn aber eine der deutschen Mächte eine solche militärische Suprematie im Bunde erlange, daß sie das in den Wiener Verträgen aufgerichtete Gebäude wesentlich verändern und das europäische Gleichgewicht zum Schaden der übrigen Mächte verschieben würde, hätten diese das Recht, die Aufrechterhaltung der Verträge zu fordern. Bernstorff erwiderte ihm darauf: «J'ai répliqué que la France s'était donné successivement deux fois la République, une fois la royauté de Juillet et enfin l'Empire bonapartiste contre les stipulations expresses desdits traités, que l'Italie s'était constituée en Royaume uni, que la Suisse qui avait été une Confédération d'États souverains, comme l'Allemagne, s'était constituée en État fédératif avec un véritable Gouvernement

coup: « Combien n'a-t-on pas crié chez vous quand nous avons annexé la Savoie et Nice, et quelle peine ne s'est-on pas donnée pour amener une coalition contre nous! » Sur ma réponse, que je n'en savais rien du tout, et que je n'avais jamais entendu parler d'une coalition contre la France à cette occasion, que du reste l'annexion s'était accomplie sans même une protestation de notre part, et qu'il ne s'était pas non plus agi alors de la Constitution intérieure de la France, mais d'une augmentation de son territoire, il a répliqué qu'il s'était trouvé en ce moment-là à Berlin et qu'il savait quelle peine nous nous étions donnée pour amener une coalition.[1] Dans le cours de la conversation que je me suis toujours efforcé de caractériser comme purement théorique, et où j'ai dit que, pour ma personne, je n'accepterais jamais la théorie de Mr. Thiers que l'Allemagne devait être condamnée à perpétuité à la faiblesse, et que, si l'Allemagne était unie et *voulait* se constituer autrement, aucune autre Puissance du monde ne penserait même à l'en empêcher, le Prince de la Tour d'Auvergne a toujours répété qu'aucun Gouvernement en France ne pourrait permettre une réforme qui changerait la nature de la Confédération, et que *toutes* les autres Puissances étaient du même avis, que, par conséquent, la question de la réforme fédérale se trouvait sur le programme du Congrès. —

On ne peut douter, Sire, que la France n'ait emporté cette question contre l'avis des autres Puissances, au moins de l'Angleterre; car je crois avoir par-

central, sans que l'Europe s'y fût opposée, et que j'étais d'avis que chaque grande nation avait le droit indubitable de se constituer comme il lui plaisait, que le fait seul qu'on pensait à la possibilité de discuter cette question dans un Congrès européen, prouvait donc déjà que malheureusement l'Allemagne était divisée en ce moment, puisque sans cela l'idée ne viendrait à personne de faire une pareille proposition. Lord Clarendon n'a pas essayé de combattre cette manière de voir, mais il m'a dit que l'Empereur des Français craignait extrêmement que la Prusse qui n'était déjà pas mal puissante ne doublât au triplât sa puissance en acquérant la suprématie militaire de l'Allemagne et ne devînt fort dangereuse et gênante pour la France.» (Bericht Bernstorffs an König Wilhelm vom 18. Mai 1866; A. A. Berlin.)

Diese französische Rechtsauffassung ist durch die Entstehungsgeschichte der deutschen Bundesakte ebensowenig beglaubigt wie durch die völkerrechtliche Praxis Europas in der Periode von 1815 bis 1866. Obgleich gerade die Großmacht Frankreich am wenigsten und am letzten im Jahre 1815 berechtigt oder in Lage war, Garantien für die Gestaltung Mitteleuropas zu fordern (vgl. die Rede von Thiers am 3. Mai 1866), sucht sie den europäischen Großmächten einen Rechtsanspruch gegenüber der Bundesakte zu vindizieren, um im spezifisch französischen Machtinteresse davon Gebrauch zu machen. Diese politische Theorie verwirft, wie Graf Bernstorff mit Recht bemerkt, auf das leidenschaftlichste die Verträge von 1815, wo sie in das französische Interesse einschneiden, und beruft sich fälschlich auf die Verträge, wo sie in ihnen eine dem französischen Interesse dienliche Bindung der deutschen Selbstbestimmung zu entdecken glaubt.

[1] Bismarck bemerkte in einem Erlasse an Graf Goltz vom 24. Mai, daß ihm die Sprache des Prinzen Latour d'Auvergne um so mehr aufgefallen sei, als dieser aus seiner früheren Stellung in Berlin nicht die Erinnerung zurückgelassen habe, als gehöre er persönlich zu den Gegnern Preußens: »Seine Äußerung, daß zu der Zeit der Abtretung Savoyens und Nizzas das Preußische Kabinett sich bemüht habe, eine Koalition gegen Frankreich zustande zu bringen, kann ich nur irrtümlichen Kombinationen oder falschen Gerüchten, die ihm bei seiner Anwesenheit hier zugetragen sein mögen, zuschreiben, da weder die Akten meines Departements den geringsten Anhaltspunkt dafür bieten, auch sonst nie etwas darüber bekannt geworden ist.« (A. A. Berlin.)

faitement bien entendu quand Lord Clarendon m'a dit la première fois, en parlant de l'idée française d'un Congrès, qu'il ne pouvait consentir à y discuter la question de la réforme fédérale, comme n'étant pas de la compétence de l'Europe, et qu'il avait répondu cela à l'Ambassadeur de France. Le Gouvernement de Votre Majesté saura mieux que moi ce que la Russie pense à cet égard, mais je crois que l'Angleterre a cédé plutôt aux menaces de la France qu'à sa propre conviction en admettant cette question pour le programme du Congrès, et dans tous les cas les principes hautement proclamés de sa politique extérieure s'y opposent manifestement, car le vrai principe de non-intervention lui défend de s'immiscer dans les affaires intérieures d'une autre nation, et il est, Dieu merci, impossible de nier que les Allemands qui ont formé pendant un millennium entier un Empire unitaire malgré la transformation graduelle de ses princes immédiats en souverains, ne soit une nation — bien plus même que les Italiens qui n'ont jamais formé un État uni depuis la chûte de l'ancien Empire Romain de l'Occident.

Ce qu'il y a de remarquable et de significatif dans les symptômes qui apparaissent déjà, même avant que la guerre ait effectivement éclaté entre les Puissances allemandes, c'est que la politique française tend manifestement à briser les traités de 1815 pour tout ce qui la gêne et lui est antipathique, mais à les maintenir et à les raffermir pour tout ce qui lui convient. Elle a jeté trop tôt le masque par le discours d'Auxerre[1] et par des sorties comme cette que le Prince de la Tour d'Auvergne m'a faite hier.

Il est du reste facile, selon moi, de soutenir que la Confédération Germanique n'a nullement été créée par l'Europe, mais uniquement par l'Allemagne elle-même, et que l'acte fédéral a été inséré dans l'acte général du Congrès de Vienne non pas comme une stipulation entre toutes les Puissances signataires de l'acte du Congrès, mais comme un acte qui devait être enregistré dans l'acte général parce qu'il comprenait les limites extérieures et les arrangements intérieurs du membre le plus important du système européen. Les limites extérieures de ce membre ont été stipulées par les traités internationaux, mais les arrangements intérieurs nullement, et l'acte fédéral, convenu et conclu par les États allemands entre eux, a été présenté comme un fait accompli à l'Europe qui l'a enregistré ad notitiam. Il s'ensuit que l'Europe pourrait se mêler éventuellement d'une question concernant l'extension de ses limites extérieures, mais qu'elle n'a rien à voir à sa Constitution intérieure. Il serait par conséquent dangereux, selon mon humble opinion, d'admettre que la question de la réforme fédérale puisse former l'objet d'une discussion européenne, lors même qu'on pourrait prévoir que dans le cas présent le Congrès n'aurait point de résultat, ou que la question dont il s'agit ne parviendrait pas à une phase où vraiment d'autres Puissances eussent un intérêt à s'en mêler. Ce serait dans tous les cas un précédent dangereux pour l'avenir et une concession que le peuple allemand non seulement ne sanctionnerait pas, mais ressentirait profondément et avec raison.

[1] Nr. 84.

115.

Graf Usedom an Bismarck

Entzifferung. A. A. Berlin

Florenz, den 19. Mai 1866

Was zuerst die Pariser Verhandlungen betrifft, so hält sie General de La Marmora mit Recht für außerordentlich wichtig, um nicht zu sagen verhängnisvoll für die ganze große, beiden Mächten gemeinsame Sache. Er dringt fortwährend darauf, die Königliche Regierung möge sich so bald und so fest als möglich mit dem Kaiser Napoleon über die Kompensation einigen, welche er für Frankreich im Falle einer starken Vergrößerung Preußens oder einer Konzentrierung Deutschlands beansprucht. Er habe stets vorausgesetzt, daß solche ganz geheime Vereinbarung längst bestehe, zumal als er gesehen, daß Preußen gegen Österreich so kräftig gerüstet habe und jetzt an der Grenze des Krieges angelangt sei, für welchen es notwendig den Rücken von Frankreichs Heer frei haben müsse. Dies zu wissen sei für Italien von hohem Interesse; denn wenn Preußen aus Besorgnis vor französischer Intervention oder wegen Napoleons überspannten Forderungen vorziehe, den Krieg überhaupt zu unterlassen, so habe Italien seine jetzigen enormen Opfer umsonst gebracht, und die Hoffnungen auf Venetien zudem verloren; auch nach innen würde seine Lage höchst bedenklich. . . . Könne sich Preußen vor Frankreich sichern, während es Deutschlands einheitliche Umgestaltung vollziehe, so wäre dies mit einem kleinen Opfer an Land, z. B. der Territorial-Differenz des 1. und 2. Pariser Friedens, d. h. dem sogenannten «petit Rhin», schwerlich zu teuer erkauft. Napoleon würde in dortiger Gegend vielleicht nach Umständen noch ein kleines Stück mehr haben wollen, aber daß er «grand Rhin», d. h. bis Köln etc. beanspruchen sollte, könne man nach allem hier unmöglich voraussetzen. So sehr nun auch Italien eine möglichst rasche Verständigung über die Kompensation zwischen Preußen und Frankreich wünschen müsse, so findet es der General doch vom Standpunkt seiner Regierung unmöglich, sich in diese Unterhandlung zu mischen und etwa den französischen Prätensionen (wie ich manchmal angedeutet) abschwächend entgegenzutreten. Ich erwiderte hierauf in der Regel: die überspannten Kompensationsforderungen Frankreichs bedrohten nach meiner Meinung aufs ernstlichste die gesamte große Kombination. Weigere sich Napoleon, auf die Belgische Kompensation [1*] einzugehen, und fordere er statt dessen den »großen Rhein« von Deutschland, so werde Preußen hierzu nicht die Hand bieten können, sondern die große Unternehmung notgedrungen fallen lassen und zum bisherigen status quo zurückkehren müssen. Dann gewinnen Preußen und Deutschland nichts, Frankreich ebensowenig und Italien irre sich sehr, wenn es von dem neu gesicherten und vollends übermütig gewordenen Österreich eine friedliche Zession Venetiens verhoffe: zu einer kriegerischen Erwerbung würde ihm dann aber niemand mehr beistehen, auch Frankreich nicht, denn sonst könnte Napoleon es ja auch jetzt schon tun. Würde der Kaiser noch jener Schiedsrichter Europas sein, für den man ihn immer ausgebe, so würde er mit Preußen und Italien eine kontinental-unwider-

stehliche Tripelallianz schließen und nach diesen dreifachen Interessen die Karte Europas, Belgien einschließlich, korrigieren und sich an anderweitigen ohnmächtigen Widerspruch nicht kehren. Dadurch würde man vielleicht das ungeheure, bevorstehende Blutvergießen vermeiden: jetzt würde dasselbe lediglich auf Napoleons Verantwortung fallen und vielleicht möchte er durch seine jetzige lauernde Politik sich schließlich doch nicht mehr Land gewinnen, im Trüben fischend, als er durch den Druck jener Tripelallianz ohne das europäische Blutbad würde haben können. Wolle Italien Venetien erwerben, so sei es auch bei unserer Pariser Kompensationsverständigung aufs tiefste interessiert.

Mehr Verständnis als bei General La Marmora fand ich für diesen gesamten Ideengang bei dem König Viktor Emanuel: ich habe Eurer Exzellenz darüber schon telegraphisch Andeutungen gemacht. »Que voulez-vous,« sagte der König, »l'Empereur est devenu peureux. Plus jeune, il aurait fait probablement cette grosse affaire, mais maintenant il n'en fera plus rien. Cependant il veut manger. Pour cela il faut être ferme avec lui. Lui dire sans réserve ce que vous voulez, lui donner et lui refuser rondement le reste. C'est ainsi que je m'y suis pris avec lui: il est vrai que j'avais le pays avec moi et qu'avec cela je l'ai conduit plus loin qu'il ne voulait». «Et surtout,» sagte ich, «il voulait en tout cas vous *donner* quelque chose: à nous il veut *ôter*, c'est une grande différence.»

«C'est vrai,» antwortete der König, «toutefois il faut rester ferme et faire la guerre: alors il se contentera et n'ira pas plus loin.»

Über andere politische Punkte, die ich hier besprochen, berichte ich demnächst: jener Rat des Königs aber erschien mir gut.[1]

Randbemerkung Bismarcks:

1* wo? wer? wann?

116.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Confidentielle

Paris, le 21. mai 1866

J'ai mis les derniers jours à profit pour remuer ciel et terre, afin de voir s'il n'y aurait pas un terrain sur lequel nous puissions nous entendre avec la France,

[1] Zu den leisen Einwirkungsversuchen der Italiener gehört auch das bekannte Gespräch des Generals Govone mit Bismarck am 21. Mai 1866. Auf Bismarcks Klage, Napoleon erweise sich jetzt schweigsam und unzugänglich, erwiderte der Italiener: »Aber ganz Europa weiß, welches die Ansprüche Frankreichs sind, und vielleicht sind auch dies die Desiderien des Kaisers.« Gegenüber der Erklärung Bismarcks aber, der König könne unmöglich ausgedehnte Provinzen deutschen Blutes abtreten, gab der Italiener unter Hinweis auf das Beispiel Italiens zu verstehen: wenn die Abfindungen, womit jetzt Frankreich befriedigt werden könnte, nicht geeignet erschienen, den Gegenstand von Stipulationen zu bilden, welche eingestanden werden dürften, man sie dem Kaiser ins Ohr flüstern könne. (Govone an La Marmora, 22. Mai 1866.) Der Vorschlag Govones scheint auf einen Weg persönlich-dynastischer Vereinbarung hinzudeuten, wie ihn auch Graf Vimercati dem Major von Loë (Nr. 94, Anlage) vorschlug. Übrigens blieb Bismarck auch gegenüber dieser Insinuation dabei, daß solche Dinge überhaupt nur in einer Krisis, nach einer Niederlage erwogen werden könnten.

et j'ai acquis la conviction que le canon seul peut nous rapprocher. Une vigoureuse initiative sur le terrain du droit fédéral est, selon moi, le moyen ou de faire reculer la Prusse, ou de la forcer à prendre les armes. C'est en même temps, la seule chance que nous ayons d'entraîner avec nous nos confédérés, qui sans une attitude de plus en plus résolue de notre part, pourraient bien se laisser entraîner à des hésitations dangereuses pour l'avenir.

J'ai fait et dit ici tout ce qu'il était en mon pouvoir de dire et de faire.

Comme je Vous l'ai mandé hier par le télégraphe,[1] l'Empereur ne sort pas de ce dilemme: « Je n'ai qu'un seul intérêt dans tout cela, c'est d'en finir avec la question italienne au moyen de la cession de Venise. Si cette cession peut s'effectuer par la paix, je ferai tout ce que je pourrai pour y contribuer, si non, je profiterai des chances que la guerre entre l'Autriche et la Prusse pourront m'offrir à ce sujet. »

Ceci est la vérité simple et pure et rien que la vérité. Toutes les phrases à l'entour de cette question ne signifient rien. Lorsqu'on m'assure aux Tuileries, que l'on nous appuiera si nous marchons, je n'y mets qu'une médiocre importance, et lorsqu'on cherche à nous attirer au congrès au moyen de grandes phrases sur la justice et l'équité d'une compensation entière et digne de notre puissance, je remercie en disant: « Je Vous ai parlé à l'oreille de la Vénétie — Vous m'avez répondu: « Très-bien, mais nous ne pouvons nous engager »[2]; puis Vous-vous hâtez d'en faire une question européenne — voilà le fait, voilà ce que nous trouvons peu amical de Votre part et ce que nous n'oublierons jamais. »

La question me semble être celle-ci: pouvons-nous marcher en avant, sans nous occuper de la France et de l'Italie? avons-nous à craindre l'entrée en ligne contre nous des bataillons français?

En âme et conscience, je réponds: nous devons nous avancer pas à pas, mais vigoureusement, dans les limites du droit fédéral, de peur de voir par notre hésitation notre situation s'empirer. Nous devons tâcher de faire sortir en notre faveur la France de sa neutralité énigmatique et ne pas laisser se refroidir le sentiment national en Allemagne qui, lorsqu'il sentira que nous sommes libres de tout engagement avec la France, n'en sera que plus enthousiaste.

L'idée de nous voir marcher en même temps à la conquête d'une compensation pour la Vénétie, nous rapprochera d'ici et si les Italiens nous attaquent, nous aurons chance de voir la politique sentimentale en faveur de l'Italie faire place à un espoir d'arrangement définitif et équitable dans la Péninsule. Si la France s'opposait, à un moment donné, à nos triomphes, nous aurions

[1] Metternich an Mensdorff, 20. Mai 1866, 7^{30} p. m.: « Aux Tuileries on me dit: Nous ne voulons rien en Allemagne; notre seul intérêt est la Vénétie, marchez en avant ou bien venez au Congrès! Dans les deux hypothèses si un arrangement équitable de la question vénitienne nous est in Aussicht gestellt, nous serons de votre côté. On ne sort pas de là, mais on ne veut pas d'engagement, dont nous pourrions profiter pour faire reculer la Prusse en gardant la Vénétie. Si les Italiens nous attaquent, on sera charmé que nous les battions pourvu que nous ne changions pas le statu quo à *notre seul* profit. » (H. H. u. St. Arch. Wien.)

[2] Vgl. Nr. 93.

toujours le temps et la prudence d'éviter la guerre, ou bien nous reculerions en Italie devant une coalition écrasante.

Le congrès, ou plutôt les conférences de Paris, viendront nous prendre à la gorge un de ces jours.[1] Faut-il les repousser d'emblée?

Voici ce que je désirerais: nous accepterions en principe une conférence sans accepter d'avance les points de discussion, faisant observer qu'on pourra nous faire des propositions dans la première séance. Au jour désigné, Vous viendriez ici et à nous deux nous poserions en principe que nous demandons le statu quo, ce qui impliquerait l'impossibilité de la part de l'une des puissances de réclamer une augmentation de territoire. Pour les Duchés de l'Elbe, nous réclamerions pour les populations le droit de régler leur sort eux-mêmes par un vote régulier de la diète, pendant lequel nos troupes respectives quitteraient le territoire. Si l'on nous demande la Vénétie, nous répondrons que nous la défendrons contre qui que ce soit à moins qu'on nous ait mis en possession de la seule compensation que notre honneur militaire et national nous permet d'accepter, c'est à dire la Silésie. En déclarant enfin que la question de la réforme fédérale est de pure compétence germanique, mais que nous nous empressions de rassurer ceux des Gouvernements qui le demanderaient sur nos intentions à cet égard, nous établirions que les conditions qui précèdent sont les dernières auxquelles nous nous prêterions.

Par ces conditions nous poussons la Prusse dans ses derniers retranchements et nous lui mettons sur le dos l'échouement de l'œuvre utopique, à laquelle on nous a conviés.

En même temps, et j'insiste là-dessus, Vous pourriez Vous rendre compte Vous-même de la situation, ce qui dans les circonstances actuelles me semble *très important.*

Voici une note[2] que Drouyn de Lhuys m'a fait indirectement tenir, par Mr. de Banneville.

Vous verrez en la lisant toutes les insinuations que l'on ne cesse de me faire en sujet de congrès.

[1] Am 19. Mai hatten sich England und Frankreich über den Kongreß verständigt (nach Ausschaltung der Römischen Frage). Drouyn begleitete die Mitteilung an Metternich mit der Versicherung, «qu'au moment où la guerre éclatera, ou si les Conferences échouent, un rapprochement intime entre la France et l'Autriche lui paraît certain.»

Die Einladungen der drei Mächte, Frankreich, England und Rußland, ergingen am 24. Mai nach Berlin, Wien, Florenz und Frankfurt. Goltz hatte ursprünglich nicht mit einer Einladung an den Deutschen Bund gerechnet, doch bestätigte ihm Drouyn de Lhuys, daß stets die Absicht obgewaltet habe, den Deutschen Bund einzuladen.

[2] Dieses Schriftstück ist für die französische Methode, Österreich durch den Kongreßplan verhandlungsbereit zu machen, sehr charakteristisch. Es lautet: «Il est possible, si non probable, que le congrès n'aura pas lieu, mais il importe essentiellement qu'on ne puisse pas mettre à la charge de l'Autriche l'avortement d'une tentative, si illusoire qu'elle soit d'éviter la guerre. Il est probable que le congrès se réunissant, les questions n'y seront pas résolues et, par conséquent, la guerre ne sera pas évitée. Nous ne pouvons causer *utilement* avec l'Autriche qu'au congrès ou la guerre commencée. Si l'Autriche répondait à l'invitation, en formulant elle-même la compensation qu'elle prétend (la Silésie), la tentative échouerait probablement et elle en aurait la responsabilité, ce qui serait plus dom-

Lord Cowley, Mr. de Bourqueney et tant d'autres m'assiègent à la lettre pour me conjurer de ne pas prendre la responsabilité de l'avortement des conférences.[1]

J'avoue que j'en suis fort peu touché et que tout ce que je désirerais aujourd'hui, c'est que la voix du canon vienne écarter les voix de sirènes qui m'entourent, m'obsèdent et m'énervent.

Un mot pour finir:

L'Impératrice qui me donne des marques d'affection réelle et de compassion sincère pour la situation difficile dans laquelle je me trouve et la responsabilité qui m'incombe, m'a dit hier: « Ne voyez-Vous pas que l'Empereur est lié en ce qui concerne la neutralité, jusqu'au premier coup de canon? »[2]

« Je le vois bien, » lui répondis-je, « mais qui me dit qu'Il ne l'est pas aussi pour la guerre? »

« Il est des moments, » me répondit-elle, « où il faut avoir l'esprit de logique, lorsque je Vous dis, marchez, ce n'est pas pour Vous faire tomber en piège. Ayez plus d'énergie que Vous me semblez en avoir, je sais bien que l'audace ne Vous caractérise pas, si ce n'est à faux comme en 1859 — mais tout doit Vous dire, comme moi: avancez, avancez! »[3]

mageable pour elle que les avantages réels, on le reconnaît, d'une semblable déclaration avant toute déliberation ne lui seraient profitables. Elle devrait seulement indiquer sa résolution de ne traiter la Vénétie que moyennant une acquisition équivalente, non seulement au point de vue de la population et du revenu, mais à celui de sa dignité d'Etat et de son honneur militaire et les intérêts religieux de son empire. Nous serons tenus de soutenir dans ce congrès le principe de la compensation, à cet effet d'obliger l'Italie à presser avec nous sur ceux qui détiennent la compensation — sauf à traiter avec la Prusse de l'équivalent de la Silésie, bonne occasion de mettre aux prises les deux alliés, obliger la Prusse à proposer de chercher les compensations en Orient (Principautés, Herzegovine, Bosnie), ce qui la met aux prises avec la Russie. Dans le congrès l'Autriche *nous lie* à sa cause et, la négociation échouant, nous sommes bien prêts d'être liés à elle pour la guerre ou tout au moins pour lui en assurer les résultats. » (H. H. u. St. Arch. Wien.)

[1] Lord Cowley drängte auf Annahme des Kongresses, um dem Kaiser Napoleon den Vorwand zu nehmen, zu sagen, Österreich habe das Friedenswerk zum Scheitern gebracht, dem er seine äußersten Anstrengungen gewidmet habe. (Metternich an Mensdorff, 17. Mai 1866; H. H. u. St. Arch. Wien.)

[2] Man sucht in Paris in jeder Weise Österreich zu einem Kongreß, der den Krieg doch nur auslösen werde, vermittelst des Arguments zu drängen, daß Napoleon nur bis zum Kriegsausbruch zur Neutralität verpflichtet sei, aber durch den Kriegsausbruch freie Hand — und zwar zugunsten Österreichs — gewinnen werde.

[3] Zur Vervollständigung des Bildes der auf Österreich drückenden Geheimpolitik Frankreichs gehört übrigens auch Napoleons Stellung zum Gewinn des rumänischen Thrones durch den Prinzen Karl von Hohenzollern. Drouyn de Lhuys suchte den Schritt des Hohenzollern als Ergebnis einer Intrige zwischen Preußen und Rußland (!) zu verdächtigen, aber Metternich zweifelte: « Vous n'eussiez rien su de ce qui allait arriver? » (an Mensdorff, 21. Mai 1866.) Auch am 23. Mai 1866 meldete Metternich: « Je n'ai pas besoin de dire que Mr. Drouyn de Lhuys, *comme son maître*, décline toute responsabilité en ce qui concerne le voyage et l'arrivée inopinée à Bucharest du Prince Charles. . . . Inutile de dire que je n'apporte que fort peu d'attention à ces révélations hypothétiques de Mr. Drouyn de Lhuys, destinés à masquer son double jeu. » (H. H. u. St. Arch. Wien.)

117.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich (durch sichere Gelegenheit)

Paris, den 21. Mai 1866

Eurer Exzellenz beehre ich mich auf den vertraulichen Erlaß vom 18. d. M. Nr. 285 zunächst zu erwidern, daß ich es mir nötigenfalls angelegen sein lassen und keine Schwierigkeiten finden werde, die meinem Berichte vom 15. d. M. Nr. 261 beigelegte Zusammenstellung der unter den Kongreßmächten oder einzelnen von ihnen zu vereinbarenden Punkte im Sinne der erhobenen Bedenken zu modifizieren.

Die Angelegenheit ist inzwischen durch die im Werke begriffene Verständigung zwischen den neutralen Mächten über eine an Preußen, Österreich und Italien zu richtende Einladung in eine andere Lage gekommen, wonach mir jene von Seiner Majestät dem Könige im wesentlichen genehmigte Arbeit[1] zunächst als Instruktion für meine ferneren Besprechungen mit dem Kaiser Napoleon und seinem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu dienen haben wird.

Den Inhalt des aus den Besprechungen zwischen Herrn Drouyn de Lhuys, Lord Cowley und Baron Budberg hervorgegangenen Entwurfs, soweit derselbe mir nach einmaliger Vorlesung erinnerlich war, habe ich Eurer Exzellenz zu telegraphieren die Ehre gehabt. Auf demselben Wege habe ich angezeigt, daß England diesem Entwurf mit der Maßgabe, daß die Bürgschaften für die Unabhängigkeit des Papstes daraus fortzulassen seien, beigetreten ist. Die Antwort Rußlands ist abzuwarten.

Inzwischen erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß Herr Drouyn de Lhuys, indem er die Zession Venetiens gegen eine nicht bezeichnete Kompensation als Zweck des Kongresses bezeichnete, nicht allein von meinen Verabredungen mit dem Kaiser, wonach alle drei Fragen nur einfach als Gegenstand der Beratungen bezeichnet werden sollten, abgewichen ist, sondern auch meines Erachtens einen doppelten Nachteil herbeigeführt hat. Er hat nämlich dadurch einerseits Österreich einen Vorwand geliefert, um die Beteiligung an dem Kongreß abzulehnen, andererseits uns in eine nachteiligere Lage versetzt als Italien, indem er die Abtretung Venetiens an diese Macht als das gemeinsame Ziel der drei neutralen Mächte hingestellt, für die uns direkt interessierenden Fragen aber keine von den letzteren erstrebte Lösung bezeichnet hat. Dies steht im Widerspruch mit der ihm von mir gestellten und von ihm akzeptierten Bedingung, daß die drei Fragen mit der von uns erstrebten Lösung ein untrennbares Ganze zu bilden hätten, dergestalt, daß nicht die eine der anderen untergeordnet werden dürfte — ein Punkt, welchen ich nachträglich in die von mir oben erwähnte Arbeit aufgenommen hatte.

Ich kann in dieser Unterscheidung nur eine Bestätigung der mir auch von Lord Cowley ausgesprochenen Vermutung finden, daß Frankreich in erster

[1] Vgl. Nr. 105.

Linie auf die Abtretung Venetiens an Italien Wert legt, es ihm daher relativ gleichgültig sein würde, wenn wir nicht in den Besitz der Elbherzogtümer gelangten und die deutsche Frage nicht in unserem Sinne lösten; ferner, daß wenigstens dem Herrn Drouyn de Lhuys vorzugsweise daran liegt, den Krieg zwischen Italien und Österreich, welcher Frankreich leicht aus seiner neutralen Stellung herausreißen könnte, zu verhüten, wogegen er den deutschen Konflikt mit größerer Indifferenz betrachtet.

An sich war es nicht notwendig, die Zession Venetiens an Italien in so schroffer Weise als den Zweck der Beratungen, zu denen Österreich eingeladen werden soll, einzugestehen. Denn es lassen sich Kombinationen denken, welche allenfalls Italien vorläufig befriedigen könnten und die Ehre Österreichs mehr schonen würden. Es ist z. B. denkbar, daß Österreich auf Venetien verzichte, ohne daß der Besitz dieser Provinz unmittelbar an Italien übergehe. Man könnte Venedig zu einer freien Stadt machen, ihm das umliegende Gebiet zusprechen, die Werke des Festungsvierecks schleifen, Österreich für den Wert der letzteren eine Geldentschädigung geben, endlich ihm für den Besitz von Triest, Dalmatien, Südtirol eine europäische Garantie gewähren, welche doch immer einen gewissen Wert, wenn auch nur den einer äußeren Genugtuung haben würde. Alle solche Kombinationen von vornherein abzuschneiden und Österreich einfach zu sagen, es möge sich zu einem Kongreß einfinden, um dort die Abtretung von Venetien zu unterzeichnen, eine eventuelle Kompensation würde sich vielleicht nachher finden, wenn man auch nicht wisse, wo sie zu suchen sei — dies deutet fast auf die Absicht, den Kongreß nicht zustande kommen zu lassen. Aber selbst wenn Österreich dieser Einladung Folge leistete, würde es den preußischen Forderungen um so hartnäckigeren Widerstand entgegensetzen, je mehr es sich genötigt sähe, in der Venetianischen Frage nachzugeben.

Lord Cowley, der in allen vorstehenden Beziehungen ganz meine Ansicht teilt, hatte versucht, die Einladung zur Konferenz noch viel allgemeiner zu formulieren. Er wollte nur von den großen Rüstungen der deutschen Mächte und Italiens ausgehen, die Fragen aber, welche dieselben veranlaßt haben und Europa mit einem Kriege bedrohen, welcher die Interessen aller übrigen Mächte in hohem Grade benachteiligen würde, zunächst mit Stillschweigen übergehen. Die Motivierung jener Rüstungen von seiten derjenigen Mächte, welche sie vorgenommen haben, würde dann naturgemäß zu einer Besprechung der brennenden Fragen geführt haben. Die neutralen Mächte würden dadurch der großen Verlegenheit entgangen sein, in welche sie notwendigerweise die Frage Österreichs, was sie ihm als Entschädigung für Venetien anböten, versetzen müßte. Daraus, daß er mit dieser seiner Ansicht nicht durchgedrungen ist, Herr Drouyn de Lhuys vielmehr auf Bezeichnung der drei Fragen, insbesondere auf eine schroffe Formulierung der Venetianischen bestanden hat, schließt er, daß dieser Minister nicht aufrichtig den Krieg verhindern will, während er mit mir gegenwärtig dem Kaiser die entgegengesetzte Absicht zuschreibt. Ganz dieselbe Meinung hat mir der Finanzminister Fould geäußert.

Vielleicht bietet die russische Antwort die Möglichkeit, auf den ursprünglichen Gedanken zurückzukommen.

Ein fernerer Punkt, über welchen der englische Botschafter mit dem französischen Minister nicht einverstanden ist, betrifft die Zusammensetzung der hier beabsichtigten Vereinigung. Herr Drouyn de Lhuys spricht von einer bescheidenen Konferenz, in welcher zunächst die ständigen diplomatischen Agenten ihre Regierungen zu vertreten haben würden. Lord Cowley hält, wie mir scheint mit vollem Recht, die Anwesenheit der betreffenden Minister der auswärtigen Angelegenheiten für notwendig. Nur eine solche Versammlung kann die nötige Autorität ausüben und die so überaus schwierigen Fragen, um welche es sich handelt, ohne Rückfrage, mit der nötigen Beschleunigung und durch unmittelbare Besprechungen der Minister untereinander einer Lösung entgegenführen. Die Botschafter würden bei jeder Gelegenheit Instruktionen einholen müssen, die Kabinette über diese miteinander in Schriftwechsel treten und die Verhandlungen dadurch in die Länge gezogen werden,[1*] was um so unmöglicher wäre, wenn es etwa nicht gelänge, einen Entwaffnungsbeschluß zustande zu bringen. Auch würde Frankreich, dessen Vertreter allein in jedem Augenblicke zu bindenden Erklärungen bereit sein könnte, dadurch in zu entschiedenen Vorteil vor allen übrigen Mächten versetzt werden.

Ich hoffe heute abend auf dem Hofballe Gelegenheit zu haben, mit dem Kaiser diese Fragen zu besprechen, und werde dann hierüber morgen weiteren Bericht erstatten.

Randbemerkung Bismarcks:

[1*] Die Minister würden ohne die Souveräne in derselben Lage sein.

118.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Reserviert (durch preußischen Kurier)

Paris, den 22. Mai 1866

Auf dem gestrigen Hofballe[1] habe ich Gelegenheit genommen, dem Kaiser zu sagen, daß Eure Königliche Majestät im wesentlichen diejenigen Vorschläge gebilligt hätten, welche ich ihm vor acht Tagen hinsichtlich der auf dem eventuellen Kongreß zu beobachtenden Haltung vorzutragen die Ehre hatte. Ich fügte hinzu, daß allerdings die Frage durch die projektierte Depesche der Neutralen insofern in eine andere Lage gekommen sei, als darin schon die Zession Venetiens als die beabsichtigte Lösung der Venetianischen Frage bezeichnet, dagegen für die beiden uns direkt berührenden Fragen eine bestimmte Lösung nicht formuliert worden sei. Ich erlaubte mir, dem Kaiser hierüber aus den in

[1] Vgl. dazu das Tagebuch des Legationssekretärs v. Radowitz: (21. Mai) »Abends Tuilerienfest. Der Kaiser sagte zu Goltz: Man glaube, er stehe mit der Familie Hohenzollern in Konnex wegen dieser Sache; das sei ganz unrichtig, er habe von nichts gewußt. — . . . Kaiser lange gesprochen mit Cowley. — Fürstin Metternich war recht lebhaft und schrie laut nach Krieg — sie wolle keinen Kongreß.«

meinem gestrigen Bericht[1] an Eurer Königlichen Majestät Ministerpräsidenten angeführten Gründen mein Bedauern auszusprechen.

Der Kaiser ließ die diesfälligen Bemerkungen fast ganz unerwidert und legte nur darauf den Nachdruck, daß ein Kompensationsobjekt für Österreich nicht bezeichnet worden sei. Er gab seinen fortbestehenden Wunsch zu erkennen, den Kongreß zustande zu bringen, ohne sich die Schwierigkeiten zu verhehlen. Er schien endlich meiner Ansicht beizutreten, daß die Minister der auswärtigen Angelegenheiten der betreffenden Staaten dem Kongreß beizuwohnen haben dürften.

Ich erlaube mir in Anknüpfung hieran alleruntertänigst zu bemerken, daß die Antwort Rußlands auf den Kongreßvorschlag erst am Donnerstag zu erwarten, indessen schon jetzt mit Bestimmtheit anzunehmen ist, daß die Fortlassung des auf die Unabhängigkeit des Papstes bezüglichen Satzes ihm willkommen sein wird und es sogar wahrscheinlich seinerseits dagegen Einspruch getan haben würde, wenn dies nicht bereits von seiten Englands geschehen wäre.

119.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Reserviert

Paris, den 22. Mai 1866

Eurer Königlichen Majestät habe ich unter dem 10. d. M. Nr. 247 die Mitteilungen ehrfurchtsvoll gemeldet, welche der hiesige italienische Militärattaché Allerhöchstdero Flügeladjutanten, dem Major Freiherrn v. Loë, vertraulich gemacht hatte.[2]

Ähnliche, wenngleich vorsichtigere Andeutungen habe ich gestern abend vom italienischen Gesandten selbst erhalten, so daß ich an der Planmäßigkeit dieser Bestrebungen nicht zweifeln kann.[3] Der Ritter Nigra wiederholte mir den schon vor einigen Tagen geäußerten Wunsch, daß Preußen, Italien und Frankreich mit einem vorher verabredeten gemeinsamen Programm in den Kongreß treten möchten. Ich erwiderte ihm, wir wären dazu ganz bereit, der Kaiser Napoleon schiene aber seit einigen Tagen Anstand zu nehmen, sich im voraus fest zu binden. Er entgegnete, der Kaiser schwanke allerdings. Diese

[1] Nr. 117.

[2] Nr. 94 mit Anlage.

[3] Vgl. die Tagebücher des Legationssekretärs v. Radowitz: (22. Mai) »Goltz berichtete über neue Bearbeitung seiner, diesmal durch Nigra, ganz im Sinne der Vimercatischen Versuche mit Loë. Nigra spricht offen aus, daß man italienischerseits auf eine Aktion der drei Mächte Preußen, Italien, Frankreich hinarbeitet, deren Hauptzweck natürlich Venetiens Erwerb für Italien ist, und bei welcher Kombination Preußen einfach die Kastanien zu holen haben würde, moyennant Schlesien oder Kompensation an Frankreich. Trotz aller Versicherungen des Cäsar, er wolle nichts, ist doch Goltz nach den Erfahrungen der letzten Tage wieder der Ansicht, daß die Kompensation immer im französischen Vordergrund steht, mit einem Worte, daß man hier faul ist. Österreich mag nicht saumselig mit Anerbietungen sein! Jedenfalls ist der Kaiser ganz schwankend noch — die Aktionspartei am hiesigen Hof aber gewinnt Terrain, und zwar auf unsere Unkosten.«

Schwankungen würden aber zu überwinden und Frankreich überhaupt auch für den Kriegsfall in eine gemeinsame Aktion mit hineinzuziehen sein, wenn wir ihm ein Kompensationsobjekt zu bieten imstande wären.[1*] Es sei gar zu mißlich für den Kaiser der öffentlichen Meinung in Frankreich gegenüber, wenn dieses Land ganz leer ausgehen sollte. Er begreife, wie ungern wir deutsches Land abtreten würden, aber es brauche ja nicht viel zu sein.

Ich erwiderte, ich hätte geglaubt, der Kaiser sei, in Übereinstimmung mit den von ihm seit Jahren mir gegenüber ausgesprochenen Ansichten, von allen Kompensationsgedanken, soweit sie insbesondere deutsches Land beträfen, zurückgekommen.[2*] Wäre dem anders, so würden wir in jedem weiteren Vorgehen große Vorsicht beobachten müssen. Denn, abgesehen davon, daß unsere Zielpunkte gar nicht so weit gesteckt wären, um eine vollständige Verrückung unserer deutschen Stellung motivieren zu können, würde Eure Königliche Majestät sich nie entschließen, einen Teil ihrer Untertanen ihres höchsten politischen Gutes, ihrer Nationalität, zu berauben. Ich wiederholte überdies die dem Kaiser selbst vorgetragenen Argumente, vermöge deren es seinen eigenen politischen Interessen nicht zu entsprechen schien, um einer verhältnismäßig geringen Gebietserweiterung willen seine bisherigen politischen Prinzipien zu verleugnen (ein Räsonnement, welches ich vor wenigen Tagen, ganz dem meinigen entsprechend, aus dem Munde der Kaiserin gehört hatte), sowie den deutschen Nationalhaß gegen sich heraufzubeschwören. Ich hob die Lage hervor, in welche er geraten würde, wenn, wie dies unfehlbar geschehen würde, seine neuen Untertanen einstimmig und laut gegen den ihnen aufgedrungenen Wechsel der Herrschaft protestierten.

Herr Nigra[3*] bemühte sich, seine Andeutungen zurückzuziehen und namentlich die Zurückführung derselben auf den Kaiser zu verhindern. Er sagte, er habe nur wahrgenommen, daß Seine Majestät schwanke, und geglaubt, daß diese Schwankungen durch Anerbieten einer Kompensation beseitigt werden könnten. Die Hauptsache scheine ihm Einigkeit zwischen Preußen und Italien und ein entschlossenes, schnelles Vorgehen beider Mächte zu sein. Er fragte, wann wir kriegsbereit sein würden? Zurück könne man nicht mehr. Er fügte hinzu, daß er sowohl beim Kaiser, als in der Presse unausgesetzt für uns tätig sei. Auch in letzterer Beziehung habe er Erfolg gehabt: die « Opinion nationale » (das radikale Organ des Prinzen Napoleon) vertrete täglich unsere Politik und in demselben Sinne würde von jetzt an das Girardinsche Organ, die « Liberté », schreiben. Hierdurch hoffe er die öffentliche Meinung für uns zu gewinnen, was den Schwankungen des Kaisers vollends ein Ende machen würde.

Der Minister Fould sagte mir, im Gegenteil, vor zwei Tagen, es seien unsere Beziehungen in Italien, welche uns hier die Sympathien aller wohldenkenden[4*] Männer entzogen hätten; diejenigen der revolutionären Partei möchten wir zeitweise und scheinbar gewonnen haben. Das schade uns aber mehr, als es uns nütze.

Ritter Nigra sagte mir auch, der Kaiser scheine noch keineswegs die Hoffnung aufzugeben, daß Österreich schließlich doch den Kongreß beschicke.

Ich muß bezweifeln, daß der Gesandte mir die obigen Andeutungen auf

Grund neuerer Äußerungen des Kaisers gemacht habe. Vielmehr wird er sich dazu durch das Bestreben haben verleiten lassen, Eurer Königlichen Majestät Politik den Zwecken Italiens dienstbar zu machen. Ich weiß, daß auf den Kaiser die Mitteilungen eines gewissen Baron Geiger,[1] der zwar französischer Untertan ist, aber auch in der Rheinprovinz Besitzungen hat, sowie des französischen General-Steuerdirektors Barbier, der in der letzten Zeit häufig in dieser Provinz war, einen tiefen Eindruck gemacht haben. Beide haben ihm versichert, daß in der Rheinprovinz der oppositionelle Geist sehr verbreitet sein möge, aber französisch wolle niemand werden. Der Abscheu gegen die französische Herrschaft sei allgemein.[5*]

Der gleichfalls vom Grafen Vimercati angedeutete Gedanke, die Rheinprovinz zur Entschädigung für die Könige von Sachsen und Hannover oder, wie man sich ausdrückte, als tampon zwischen Preußen und Frankreich zu verwenden, ist mir in den letzten Tagen mehrmals in Gesprächen mit hochgestellten Personen entgegengetreten. Ich habe erwidert: diese Idee habe gar keinen Sinn. Die Preußen und die Franzosen seien keine wilden Tiere, die man voneinander trennen müsse. Die Rheinländer, welche der fünfzigjährigen preußischen Herrschaft einen beispiellosen Wohlstand verdankten, sehnten sich überdies nicht nach der Kleinstaaterei und würden gegen einen so abenteuerlichen Plan entschieden protestieren.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* Ital(ienischer) Mäkler
2* ?
3* courtage
1* hatten wir sie? es werden Geld-(männer) sein
5* Geiger Barbier Vimercati

120.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 23. mai 1866

Ainsi que j'ai eu l'honneur de le mander à Votre Excellence par le télégraphe,[2] l'Empereur, au dernier bal de la Cour, est venu s'asseoir auprès de moi dans l'un des petits salons et m'a parlé pendant plus de trois quarts d'heure.

Il a commencé par me demander: « que pense-t-on à Vienne du congrès? »

Je lui ai répondu que jusqu'à ce jour je n'avais pas reçu d'instructions à cet égard, mais que je voulais, s'Il le permettait, Lui faire connaître ma pensée toute entière.

« Le congrès, » Lui dis-je, « dans les circonstances actuelles est, selon moi, le premier acte d'hostilité entrepris contre l'Autriche, non pas par la Prusse

[1] Über Baron Geiger und seine Mission an die süddeutschen Mittelstaaten vgl. Nr. 90, 91, 101.

[2] Telegramm Metternichs vom 22. Mai 1866, 4^{21} p. m.; arr. 12^{00} p. m., enthält einige entscheidende Sätze des Gesprächs und schließt: » Die Herauslockung Venetiens bleibt das Ziel des Kaisers, gleichviel ob Krieg oder Frieden.«

ou par l'Italie, mais par une coalition qui peut devenir européenne. Je ne sais pas, si l'on voit à Vienne les choses comme moi, mais je ne serais pas étonné que la méfiance inspirée en Autriche par cette proposition, y fut plus grande encore que celle qu'elle m'inspire. »

« Votre Majesté vient de jeter sur le tapis vert une carte que nous Lui avions furtivement passée. La confidence faite dans un but de conciliation et dans une pensée amicale devient le levier destiné à faire peser sur nous la responsabilité d'une situation que nous n'avons pas amenée. Selon moi, la proposition d'un congrès discutant la question de Venise au moment où nos armées sont prêtes à verser leur sang pour défendre l'intégrité de l'Empire contre une coalition monstrueuse, une proposition pareille vient au secours des agresseurs en ce qu'elle permet de discuter des prétentions indiscutables. »

« Personnellement, Sire, je suis fort découragé. L'ambition de mon long séjour ici, celle de voir s'unir enfin dans l'intérêt d'une cause juste nos deux pays, me paraît menacée définitivement de stérilité. J'ai échoué bien des fois déjà, mais jamais sous des auspices pareils. Mon Souverain et Maître est allé au delà de certaines bornes que j'ai toujours cru infranchissables. J'avoue y avoir peut-être contribué, ne pouvant me douter que je trouverais close la porte que Votre Majesté semblait jusqu'ici tenir grande ouverte. Avoir échoué au port, me semble bien dur, et plus dur encore de voir se former, sous l'inspiration de la France, une ligue générale, peu soucieuse en somme de nous venir en aide dans un moment, où notre existence est en jeu. »

L'Empereur me répondit qu'en mettant sur le tapis la question de Venise, il croyait faire la seule chose qui pût décidément nous unir, — que la guerre ou le congrès devraient nécessairement nous mener à une entente, — qu'il ne demandait rien qui ne fût compatible avec notre honneur, — qu'il était bien juste que nous demandions une compensation complète etc. etc.

Je me suis permis de faire remarquer à Sa Majesté que Ses paroles rassurantes pouvaient et devaient, comme toujours, faire leur effet sur mes sentiments personnels, mais « autre chose, » ajoutai-je, « est, pour ce qui me concerne, de Vous croire, Sire, et autre chose dans les circonstances actuelles, de dissiper les méfiances légitimes de mon Gouvernement! »

« Ceci est très vrai, » dit l'Empereur, « je le regrette, mais je le comprends; que pensez-Vous que l'on se dise à Vienne? »

« A Vienne, Sire, on doit penser aujourd'hui ceci: le Prince de Metternich nous a toujours fait entendre que du jour où nous consentirions à admettre une cession territoriale en Italie, nous pourrions compter sur une entente avec Votre Majesté. Puisque cette combinaison a échoué, il faut bien qu'il y ait parti pris de Votre part, Sire, de faire le jeu de nos adversaires. On doit y penser que je me suis laissé aller à de grosses illusions, que Mr. de Bismarck a obtenu un engagement de neutralité de Votre part et que les Italiens sont sûrs de Vous. »

« Pour cela non! », me répondit Sa Majesté, « je Vous ai dit que j'ai refusé toutes les propositions prussiennes, je Vous ai dit que j'ai averti les Italiens, que je leur ai demandé même de ne pas armer, je puis Vous certifier que je n'ai même pas promis à la Prusse la neutralité. »

«Mais remontons plus haut, je veux Vous dire bien franchement ce que je pense. »

« Vous étiez dans Votre droit vis-à-vis de la Prusse et Vous l'êtes toujours. L'opinion générale en Europe Vous donnait raison et moi-même, malgré certaines coquetteries envers la Prusse, — coquetteries que j'avoue, — je n'ai jamais dissimulé à Mr. de Goltz que, selon moi, la justice était de Votre côté. Si, il y a deux mois, l'Italie n'ayant pas encore bougé, Vous étiez venu me proposer, ce que vous m'avez proposé après, nul doute que l'entente, telle que Vous la désiriez, n'eût été possible. Mais au lieu de cela, que fîtes-Vous? D'un jour à l'autre, Vous armez en Vénétie et par cela même Vous donnez un prétexte ardemment désiré en Italie, pour se mettre en mouvement. Lorsque Vous êtes venu me dire que des informations authentiques sur des armements italiens Vous forçaient à user de réciprocité, je n'ai pu y croire, tant Votre décision paraissait peu en harmonie avec l'habileté de Votre attitude jusqu'à ce moment. J'ai envoyé de suite sur les lieux des agents qui tous m'ont rapporté qu'au moment, où Vous avez commencé à armer en Vénétie, aucune concentration n'avait eu lieu, aucun soldat n'avait été levé en Italie. Malgré cela, j'ai écrit à Florence « Laissez faire l'Autriche et n'armez sous aucun prétexte ». On m'a obéi *comme Vous voyez*! Aujourd'hui toute l'Italie est en feu et on a pris à deux mains des engagements avec la Prusse que l'on paraissait fort peu soucieux de prendre jusque là. Lorsque Vous êtes venu me proposer une entente basée sur la cession de Venise, j'ai demandé à refléchir, — c'était pour voir si je pourrais encore faire rester tranquille l'Italie.[1] J'ai vu qu'elle était plus engagée que je ne croyais, et je Vous ai répondu par un refus motivé sur mon impuissance. Voilà la vérité — si on croit autre chose à Vienne, on a tort! »

« Vous dirai-je maintenant, pourquoi je me suis résolu à provoquer un congrès? »

« Eh bien, c'est parce que la guerre devenue imminente m'effraye aujourd'hui par la grandeur des proportions qu'elle menace de prendre. Je n'ai peur de rien en Allemagne — Vous n'y ferez, en somme, que les choses qui se rapprocheront bien plus des intérêts de la France que ne pourrait le faire la Prusse. Ce que je crains, c'est l'Italie. Pour moi il n'y a pas de doute que Vous ne la battiez et alors viendra le moment, où je devrai Vous exprimer mes inquiétudes. Si Vous vouliez alors renverser de fond en comble ce qui m'a coûté tant de sang, je serais bien forcé de Vous avertir à temps, je ne voudrais pas, et ceci je Vous le certifie, je ne voudrais pas être forcé à me mêler encore de défendre l'Italie. Donnez-moi des garanties sur Vos intentions en Italie, dans le cas où Vous serez les vainqueurs, et je Vous laisserai faire en Allemagne. »

« Mais alors pourquoi, Sire,» répliquai-je, «ne voulez-Vous pas, tout simplement, poser des conditions concernant l'Italie et nous assurer Votre concours tout au moins moral en Allemagne? »

« Si je pouvais Vous garantir la neutralité de l'Italie, » répondit Sa Majesté, « je signerais demain avec Vous un traité, par lequel je m'engagerais à Vous faciliter l'acquisition d'une compensation en Allemagne, mais il faudrait écarter

[1] Vgl. Nr. 78—80, 88, 89, 92, 93.

la question de Venise qui m'inquiète et qui est la seule qui me tienne à cœur. Pouvez-Vous me promettre de Vous arranger avec moi sur les bases de la cession de Venise, quand même Vous battriez les Italiens? »

«Quelle question, Sire,» dis-je, «comment! notre brave armée aurait arrosé encore une fois de son sang une partie de notre territoire et nous nous engagerions à la céder à nos ennemis, même s'ils étaient battus?! »

« Je comprends cette impossibilité,» me répondit l'Empereur, « et c'est parce que je la comprends si bien, que je ne vois de chance pour une entente que lorsque le canon aura parlé, ou au congrès. Si je m'engageais aujourd'hui à Vous aider à prendre la Silésie, je sortirais de la neutralité, avant que l'intérêt de la France ne soit en jeu. »

« Trouvez un moyen de faire tenir tranquille l'Italie et Votre partie est gagnée, parce qu'avec la Vénétie je puis en finir, une fois pour toutes, avec les Italiens, ce qui sera m'ôter de la poitrine un poids énorme. Sinon, marchez ou venez au congrès — je crois en conscience que l'avenir nous amènera une entente que je désire de tout mon cœur. »

L'Empereur me parla encore de l'escapade du Prince de Hohenzollern, — m'avoua que derrière son dos des personnes de son entourage avaient encouragé Mr. Bratiano, mais affirma avoir toujours déconseillé cette folie. Il me raconta que le Prince venait de lui écrire une lettre ridicule qui commence par les mots: « Sire, en suivant Votre glorieux exemple etc. etc. »[1]

De tout ceci résulte que l'Empereur veut nous amener à tout prix à céder Venise et qu'il s'attend à obtenir cette cession, soit par la guerre, soit au moyen du congrès.

121.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 23. Mai 1866

Eurer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage einen Artikel der «France» zu überreichen. Derselbe ist von Interesse, weil Herr de la Gueronnière sich zu der italienischen Auffassung hat bekehren lassen und an den Besprechungen teilnahm, aus welchen der von mir gestern eingereichte Artikel der «Liberté» hervorgegangen ist. In dem letzteren wurde dem bisher von Herrn v. Girardin aufgestellten Programm einer österreichisch-italienisch-französischen Allianz infolge des Widerstandes Österreichs das einer preußisch-italienisch-französischen Allianz substituiert, was schon hinlänglich andeutete, daß die italienischen Interessen in den Augen dieses Kreises von Politikern der Zweck sind, zu welchem eine der deutschen Mächte, gleichviel ob Österreich oder Preußen, gemißbraucht werden sollte. Deshalb ist darin auch von dem Preußen zu gewährenden Preis nicht die Rede. Dagegen soll sich Frankreich an dem Kriege

[1] Vgl. Aus dem Leben des Fürsten Karl von Rumänien, Bd. I.

aktiv beteiligen, was ihm einen Anspruch auf Kompensation gewähren würde, den es für seine bloße Neutralität nicht begründen kann.[1]

Heute nun gestattet uns Herr de la Gueronnière einen neuen Blick in das Programm der hiesigen Freunde Italiens. Er nimmt keinen Anstand, Preußen als diejenige Macht zu bezeichnen, welche Österreich für den Verlust Venetiens zu entschädigen habe.[2]

Der Gedanke klingt so lächerlich, daß ich ihn nicht der Erwähnung für wert halten würde, wenn ich ihn nur in Zeitungen abgedruckt sähe.[1*] Er tritt mir aber täglich in Gesprächen mit Männern entgegen, deren Urteil und Einfluß zwar nicht zu überschätzen sind, welche aber vielfach Gelegenheit haben zu hören, was in einflußreichen Kreisen besprochen wird. Hierzu gehört nicht allein der kaum zurechnungsfähige Herzog v. Persigny, welcher den Kaiser beständig mit der Bitte langweilt, ihn zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen oder nach Wien zu schicken, indem er sich alsdann anheischig mache, den Frieden binnen 14 Tagen auf der Basis der Abtretung Venetiens an Italien, Schlesiens an Österreich, Hannovers und Schleswig-Holsteins an Preußen und der Bildung neuer unabhängiger Staaten aus Westfalen und der Rheinprovinz sicherzustellen.[3] Dieser Staatsmann, dessen geistreiche Kombinationen[4] auf keiner näheren Kenntnis der Bevölkerungsverhältnisse, des Umfanges und des Wohlstandes der Länder, über welche er so willkürlich verfügt, zu beruhen scheinen, ist mir gegenüber schon im voraus von hoher Stelle aus desavouiert worden. Aber auch Graf Walewski, der mit den höheren Beamten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten die vertrautesten Beziehungen unterhält, fragte mich gestern ganz naiv, ob wir nicht bereit sein würden, wenigstens ein Stück von Schlesien an Österreich abzutreten. Dieselbe Anspielung machte mir der Kabinettschef des Herrn Drouyn de Lhuys. Ja, ich könnte noch viel höher stehende Personen anführen,

[1] Die neue Idee des Prinz-Napoleon-Kreises, Preußen durch aktive Unterstützung, durch eine Tripelallianz Frankreich-Italien-Preußen, zu einer rheinischen Kompensation (Mosellinie) zu bestimmen, wird in den nächsten Tagen durch die Sendung des Obersten Kiss nach Berlin (vgl. Nr. 127) zu verwirklichen versucht werden.

[2] In dem Artikel der »France« vom 23. Mai 1866 heißt es: « La plus considérable de ces difficultés, c'est évidemment la compensation à donner à l'Autriche en échange de la Vénétie. Qui est-ce qui déterminera cette compensation? Sur quelle partie du territoire européen sera-t-elle prise? Personne n'en conteste non seulement le droit, mais encore la nécessité au point de vue de l'équilibre de l'Europe. Quand la Prusse s'est alliée à l'Italie, elle a dû prévoir, mieux que personne, cette situation, car, dans les combinaisons qu'il aura à examiner, le congrès peut être amené à demander à M. de Bismarck lui-même le gage de la compensation due à l'Autriche. C'est donc la Prusse qui, en réalité, tient dans ses mains le succès du congrès en sorte que l'on peut dire que si elle est la cause première des menaces de guerre, elle peut avoir le mérite et l'honneur de la paix. »

[3] Vgl. Nr. 110. 112.

[4] Zu wie willkürlichen Spielereien diese Geschäftigkeit Persignys führte, verrät ein Bericht des bayrischen Gesandten Wendland vom 26. Mai 1866: »Man erzählt mir, daß Herr v. Persigny, obschon ohne offizielle Stellung, sich vielfach mit dieser Frage beschäftigt und den Rat erteilt, man möge Österreich außer einem Teil von Sachsen auch ein Stück von Bayern abtreten und Bayern dagegen mit Meiningen und anderen kleineren Teilen von zu mediatisierenden Fürsten entschädigen. » (Geh. St. Arch. München.)

deren Äußerungen beweisen, daß ein solcher für die Ehre Preußens beleidigender Gedanke ganz ernstlich besprochen wird.

Gleichzeitig gehen von italienischer Seite die Bemühungen fort, um auf uns einen Druck zu dem Zwecke auszuüben, daß wir dem Kaiser Napoleon die Grenze von 1814 anbieten sollen. Heute ist mir wiederum eine solche vertrauliche Mitteilung zugegangen, welche ich mit voller Bestimmtheit auf den Prinzen Napoleon zurückführen kann.[1] Es wird mir gesagt, die Dinge lägen schlecht für uns, sämtliche Minister seien gegen uns (was richtig ist); Österreich biete dem Kaiser Venetien an, wenn er ihm freie Hand gegen uns lassen wolle, die Interessen Italiens seien also vollständig sichergestellt; es handle sich aber um Wahrung der unsrigen und deshalb dürften wir keinen Augenblick verlieren, um dem Kaiser Napoleon die Grenze von 1814 anzubieten. Früher oder später würden wir dieselbe doch gewähren müssen, denn es sei dies stets das Ziel des Kaisers gewesen;[2] es sei also weiser, die Initiative zu ergreifen, um uns dadurch das Bündnis Frankreichs zu sichern.

Eure Exzellenz wissen, daß mir der spezielle Inhalt unserer Verabredungen mit Italien, worüber österreichische Zeitungen bereits anscheinend richtige Mitteilungen gegeben haben, unbekannt ist. Das Gerücht von einem neueren Vertrage macht es mir sogar zweifelhaft, ob ich die mir von Eurer Exzellenz früher mitgeteilten Einzelheiten noch gegenwärtig meiner Beurteilung unserer Beziehungen zu jener Macht zugrunde legen darf, wie ich denn ja in der Tat wochenlang an einen Vertrag zu glauben veranlaßt war, von dem der wirklich abgeschlossene völlig abweicht. Ich bin hierdurch in meinen Unterredungen, sowohl mit dem Kaiser Napoleon als mit dem Ritter Nigra, welche beide die betreffenden Stipulationen genau kennen, in einen entschiedenen Nachteil versetzt, vermöge dessen mein Urteil sowohl über die Haltung jenes Souveräns als auch über diejenige der italienischen Diplomatie und der hiesigen Beschützer Italiens notwendigerweise ein schwankendes sein muß. Aber Eure Exzellenz haben mir in dem geehrten Erlasse vom 18. d. M. Nr. 285 zu sagen die Güte gehabt, daß uns unsere politische Ehre in der Preisgebung Italiens gewisse

[1] Das Tagebuch des Legationssekretärs v. Radowitz berichtet zum 23. Mai: »Die Agitation in dem durch die ‚Liberté' und ‚Opinion nationale' vertretenen italienisch-revolutionären Sinne wird, wie sicher erwiesen steht, hier vorzugsweise durch Plonplon betrieben. Seit Prinz Napoleon wieder zurück ist (seit 14 Tagen), hat er nicht nachgelassen, in diesem Sinne zu wirken und die Girardinsche Konversion zustande zu bringen. Er soll, vor seiner Reise nach Italien, schon dem Kaiser eine intime Allianz mit Italien und Preußen um den Preis des Rheins vorgeschlagen haben und abgewiesen worden sein. Aus Ärger über diesen Echec habe er in Italien von der Aktion abgeraten; dort habe er gesehen, daß Italien nicht zu halten sei, glaube auch hier die Dispositionen mehr in seinem Sinne vorgeschritten und komme nun wieder, um den alten Plan weiter zu schüren. Er steckt ganz in der Idee des I. Empire und wünsche auch nur, Preußen zu mißbrauchen für die Erreichung der italienischen Zwecke. So lautet heute die sachkundigste Version über seine Tätigkeit.«

[2] Wie weit das Spiel Napoleons mit den Grenzen von 1814 (Saarbrücken) zurückreicht, wird noch der Gegenstand einer besonderen Untersuchung sein. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß Napoleon schon im Frühjahr 1860 den Gedanken vorsichtig an den Mann zu bringen suchte, vgl. auch Briefwechsel Kaiser Wilhelms I. mit dem Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar (1924), II, 17 ff.

Grenzen ziehe. Ich muß hiernach annehmen, daß wir nicht in dem Maße an die Politik dieses Landes gebunden sind, um nicht den von mir gemeldeten Umtrieben eine große Beachtung zu schenken und uns die Frage vorzulegen, ob uns dieselben nicht von jeder bloß moralischen Verpflichtung frei machen? Es läßt sich nicht verkennen, daß der österreichische Besitz des Festungsvierecks unter gewissen politischen Konjunkturen Wert für uns habe, daß sein Verlust uns zu Kraftanstrengungen und zu einer Zersplitterung unserer Streitkräfte nötigen kann, welche der gegenwärtige Status quo vermeidet. Wenn wir uns dessenungeachtet, um im Kampfe gegen Österreich 150000 Mann weniger uns gegenüberstehen zu sehen, entschließen, die Eroberung Venetiens für Italien zu einem der Objekte dieses Kampfes zu machen, so müssen wir doch mindestens die Sicherheit besitzen, im Falle des Sieges nicht allein unsere eigenen Kriegsobjekte zu erlangen, sondern auch die Territorialintegrität Preußens und Deutschlands zu wahren. In diesem Sinne wäre es mir dringend wünschenswert zu wissen, ob Preußen und Italien sich die Integrität ihrer gegenwärtigen Besitzungen für den Fall des Krieges gegen Österreich, sowie derjenigen Kriege, welche sich daraus ergeben können, garantiert haben? Die bezeichneten Umtriebe würden dadurch wesentlich an Bedeutung verlieren, immerhin aber für die Stellung im Kongreß Beachtung verdienen.

Randbemerkung Bismarcks:

1* sehr, was sind das aber auch für Leute!? Zeitungsschreiber!

122.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Reserviert. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 25. Mai 1866

Die teils von mir hier wahrgenommenen und hervorgehobenen, teils sich aus den von Eurer Königlichen Majestät Ministerpräsidenten mir mitgeteilten Depeschen ergebenden Symptome einer zweideutigen Haltung der französischen Diplomatie haben mich veranlaßt, gestern zu dem Kaiser zu gehen, um mit möglichster Vorsicht seine Aufmerksamkeit auf jene Symptome zu lenken, zugleich aber auch zu ermitteln, inwieweit er etwa selbst von denjenigen Ansichten zurückgekommen sei, welche er mir hinsichtlich der den drei schwebenden Fragen zu gebenden Lösung ausgesprochen hatte.

Um meinem Schritte nicht den Charakter einer Beschwerde über den Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu geben, bin ich damit nicht sogleich hervorgetreten, sondern habe ich für alles, was ich in der bezeichneten Richtung zu sagen hatte, geeignete Anknüpfungspunkte gewählt, welche sich im Gespräche darboten. Der Kaiser nahm alle meine Bemerkungen mit Wohlwollen auf, erkannte die Notwendigkeit an, die französischen Agenten im Auslande zu einer mit den Tendenzen seiner Politik im Einklang stehenden Sprache anzuweisen, und tadelte es, daß dem Fürsten Metternich von einer Volks-

abstimmung in den Elbherzogtümern gesprochen worden sei, während er Herrn Drouyn de Lhuys ausdrücklich empfohlen habe, nur die zu lösenden Fragen, nicht die ihnen zu gebende Lösung zu bezeichnen. Er bemerkte dabei, daß es allerdings schwer werden würde, in der Konferenz einem etwa von anderen Seiten kommenden Antrage auf Vernehmung der Wünsche der Bevölkerung in den Herzogtümern direkt entgegenzutreten; man würde sich aber allenfalls damit helfen können, daß man eine solche Vernehmung als einen späteren und inneren Akt, den Preußen zu gelegener Zeit vornehmen könnte, vorbehielte.

Da ich gehört hatte, daß man bereits im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten von der Geneigtheit des russischen Kabinetts zu einer Kombination sprach, vermöge deren Italien der Türkei Bosnien abzukaufen und diese Provinz Österreich als Entschädigung für Venetien abzutreten hätte, so brachte ich diesen Gedanken gleichfalls zur Sprache. Der Kaiser, welcher davon noch nichts zu wissen schien, billigte diesen Gedanken lebhaft. Ich sprach die Hoffnung aus, daß man uns infolge eines solchen Vorschlages mit der mir hier häufig entgegentretenden widersinnigen Zumutung verschonen würde, unsererseits Österreich für den Verlust Venetiens zu entschädigen. Die Italiener schienen in ihrer Ungeduld die Venetianische Frage dergestalt in den Vordergrund zu stellen, daß mir täglich von jener Seite teils direkt, teils indirekt Insinuationen zugingen, welche darauf hinausliefen, dem Kaiser eine Gebietsabtretung anzubieten, um uns und Italien seine Allianz zu sichern. Ich motivierte hiermit die Frage, ob der Kaiser noch immer dieselben Ansichten über die den drei Fragen zu gebende Lösung habe, welche er mir vor 14 Tagen ausgesprochen hätte? Der Kaiser bejahte dies mit dem Zusatze, »soweit dies möglich würde«. Anlangend die uns gemeldete Haltung der französischen Agenten an verschiedenen Höfen, gestand er übrigens offen ein, daß er selbst in den letzten Wochen vielfach geschwankt habe, wie dies bei so schwierigen und wichtigen Fragen zu entschuldigen sei.

Der Kaiser, dessen Äußerungen meine Überzeugung bestätigten, daß er jetzt aufrichtig den Krieg zu verhindern wünscht, sprach mit einer gewissen Zuversicht von dem Zustandekommen und den Resultaten des Kongresses. Er fürchtete nur, daß Italien nicht würde entwaffnen können, und begriff, daß dies auch uns und Österreich schwer fallen würde. Eventuell hielt er es für wünschenswert, den Streit über die Priorität der Rüstungen nicht wieder aufzunehmen, vielmehr eine gleichzeitige Abrüstung herbeizuführen. Er meinte, daß man letztere vielleicht zuerst partiell einleiten und dann damit allmählich in demselben Maße weiter vorgehen könnte, als die Kongreßverhandlungen einen günstigen Verlauf nähmen. Der Gedanke Lord Cowleys, daß er selbst den Vorsitz übernehmen möge, schien ihm sehr zuzusagen, und hatte er nur das Bedenken, daß dies etwas sehr Ungewöhnliches sein würde. Ebenso erkannte er es als sehr förderlich für ein schleuniges und befriedigendes Ergebnis der Beratungen an, daß die Minister der auswärtigen Angelegenheiten der betreffenden Staaten an den Beratungen persönlich teilnähmen.

Hinsichtlich des letzteren Punktes erlaube ich mir mit Bezug auf das mir

soeben zugegangene Telegramm des Ministerpräsidenten Eurer Königlichen Majestät alleruntertänigst zu bemerken, wie ich nicht verkenne, daß auch die Minister der auswärtigen Angelegenheiten an die Allerhöchsten Instruktionen ihrer Souveräne gebunden sind, daß dieselben aber doch in die gesamte Politik und die Absichten der letzteren tiefer eingeweiht sind als die Botschafter. Durch ihre Anwesenheit würden die Rückfragen mindestens verringert, die Verhandlungen beschleunigt, neue Kombinationen mit einiger Aussicht auf Erfolg angebahnt werden. Es fragt sich allerdings zunächst, ob die anderen Souveräne ihre Minister der auswärtigen Angelegenheiten nach Paris schicken wollen, indem es einem jeden derselben freistehen dürfte, sich von einem oder zwei Bevollmächtigten, und zwar entweder von seinem Botschafter allein oder auch von seinem mit größerer Autorität ausgestatteten Minister der auswärtigen Angelegenheiten vertreten zu lassen. Sollten sich aber mehrere oder gar die meisten Souveräne zu letzterem entschließen, so würden offenbar diejenigen, welche sich bloß von ihren Botschaftern vertreten ließen, in eine ungünstigere Lage versetzt werden. Ihre Bevollmächtigten würden sehr häufig genötigt sein, Vorschläge, welchen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten beitreten könnte, ad referendum zu nehmen, und sie würden dadurch ihre Regierungen dem Verdachte aussetzen, den Gang der Verhandlungen aufhalten und das Friedenswerk vereiteln zu wollen.

Ich halte in der Tat die Teilnahme der Minister der auswärtigen Angelegenheiten für die wesentlichste Vorbedingung eines befriedigenden Resultats des Kongresses oder der Konferenz, sofern dadurch der Krieg verhindert werden soll, und letzteres scheint mir nicht allein den allgemeinen europäischen Interessen, sondern auch vorzugsweise denjenigen Preußens zu entsprechen.

Je weniger die Voraussetzungen, welche den von Eurer Königlichen Majestät vor drei Monaten gefaßten Entschließungen zum Grunde lagen, namentlich was die Haltung der übrigen deutschen Staaten und die dadurch bedingten Stärkeverhältnisse der sich gegenüberstehenden Heere anbetrifft, sich verwirklicht zu haben scheinen, und je lebhafter der Wunsch nach Erhaltung des Friedens in ganz Europa, Österreich und Italien allein ausgenommen, hervorgetreten ist, desto mehr scheint mir eine wiederholte Erwägung der Lage und der sich aus dieser ergebenden Folgerungen ratsam zu sein.

Nach meiner Überzeugung würde der Krieg, welche von den deutschen Großmächten auch siegreich aus demselben hervorgehen möge, vor allem der Revolution und Frankreich zugute kommen. Letzterer Macht infolge der Schwächung und Auflösung Deutschlands, selbst ohne daß sie Gebietserweiterungen in Anspruch nähme. Die Revolution würde sich aber zuerst desjenigen Staates, welcher die erste Schlacht verloren hätte, bemächtigen und von dort über ganz Europa verbreiten. . . .

123.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Réservée

Vienne, le 25 mai 1866

Vos deux expéditions du 16 et du 17 de ce mois[1] tracent un tableau peu satisfaisant de la situation telle qu'elle se présente à Paris dans le moment actuel. L'attitude si réservée de l'Empereur Napoléon, les agitations qui se croisent en tout sens autour de lui ne sont pas de nature à nous inspirer une grande confiance dans les décisions que le Souverain de la France prendra quand il jugera l'instant opportun arrivé. Nous ne pouvons guères croire que la France reste entièrement neutre et spectatrice impassible, si la lutte s'engage. De trop grands intérêts se trouveront en jeu pour laisser l'Empereur Napoléon indifférent. Nous savons trop quel poids décisif il peut jeter dans la balance pour ne pas attacher le plus grand prix à l'attirer de notre côté. Nous nous sommes montrés prêts à faire un sacrifice fort considérable pour arriver à ce but et ce n'est pas sans un vif sentiment de déception que nous avons vu échouer les tentatives confidentielles que Votre Altesse avait été chargée de faire. Malgré cet insuccès, nous devons toujours nous ménager autant que possible la chance d'une entente avec la France qui nous assure sinon de sa coopération, du moins d'une neutralité bienveillante. Ainsi que je Vous l'ai mandé par le télégraphe, nous ne retirons donc point les concessions que je Vous avais autorisé à faire envisager à l'Empereur Napoléon dans la question de Venise, pour le cas où les résultats d'une guerre contre la Prusse nous mettraient en Allemagne en possession d'une compensation territoriale équivalente à ce que nous abandonnerions en Italie. Votre Altesse peut toujours montrer cette perspective à l'Empereur Napoléon, si cela devient nécessaire, afin de le persuader de s'abstenir de gêner notre liberté d'action dans la double guerre qui nous menace. Mais si nous sommes disposés à maintenir cette concession éventuelle, nous n'en devons pas moins, dans notre langage officiel, insister en ce qui concerne Venise sur notre droit dans toute son étendue. Si le Gouvernement français s'est prévalu de Vos entretiens intimes avec l'Empereur Napoléon pour nous représenter aux autres Puissances comme prêts à admettre en principe que nous devons céder Venise, je n'hésite pas à qualifier ce procédé d'un abus de confiance. Veuillez faire sentir à l'Empereur Napoléon et à Mr. Drouyn de Lhuys que nous avons été fort surpris d'apprendre que Lord Clarendon avait connaissance de Vos ouvertures confidentielles sur la possibilité d'un abandon de la Vénétie en échange de la Silésie. De pareilles indiscrétions nous rendent fort difficile de renouveler des démarches d'une nature aussi délicate et nous exposent à voir publier et transmettre à tous les Cabinets des arrangements destinés à rester secrets jusqu'au jour où ils pourront être exécutés. Si le Gouvernement français a eu recours à de semblables moyens pour amener la réunion du Congrès, nous ne nous trouvons guères

[1] Nr. 107—111.

encouragés à y compter sur une attitude bienveillante de la France. Toutefois, je le répète, nous établissons une distinction entre notre langage officiel au sujet de la Vénétie et les concessions que nous maintenons confidentiellement, si certaines éventualités venaient à se réaliser. J'espère qu'il Vous sera possible, mon Prince, avec Votre tact accoutumé de faire comprendre à l'Empereur Napoléon et à son Ministre ce double point de vue. Nous ne pouvons pas admettre que Vos conversations intimes avec l'Empereur Napoléon deviennent le point de départ de délibérations officielles au sein du Congrès qui se réunirait maintenant.

Il me reste encore à faire mention de la consistance que prennent les bruits qui représentent la France comme faisant des préparatifs militaires du côté de Lyon, tandis qu'aucune mesure analogue ne serait prise du côté des frontières du nord-est. Nous ne savons ce qu'il y a de vrai dans ces rumeurs. Je les signale à l'attention de Votre Altesse et je dois ajouter que nous regarderions cette stricte neutralité dont parle l'Empereur Napoléon comme fort suspecte, si des démonstrations militaires avaient lieu seulement sur un point où elles seraient considérées comme un appui indirect donné aux ennemis de l'Autriche. De pareilles démonstrations dans le nord auraient une signification différente et n'indiqueraient pas une partialité évidente.

124.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Confidentiel

Paris, le 29 mai 1866

J'ai reçu les dépêches que Votre Excellence a bien voulu m'adresser par le Major Frantzel.

J'ai communiqué à Mr. Drouyn de Lhuys la dépêche Nr. 2, concernant l'éventualité de la réunion de conférences à Paris; le ministre des affaires étrangères m'ayant prié de lui permettre de la placer sous les yeux de son Maître, j'ai cru bien faire de la lui laisser entre les mains.

J'ai pris texte de la dépêche reservée Nr. 3[1] pour revenir envers Mr. Drouyn de Lhuys et envers l'Empereur Lui-même sur le thême de notre dernier échange de propositions confidentielles.

L'Empereur et son ministre m'ayant tenu à peu près le même langage, je me permettrai de résumer ici, le plus succinctement possible l'état de la question.

L'Autriche demande à la France une neutralité bienveillante en cas de guerre avec la Prusse et de l'Italie. Si la France retient l'Italie et que l'Autriche ait conquis en Allemagne un territoire dont l'importance lui paraisse une compensation suffisante pour la Vénétie, l'Autriche céderait cette province à la France moyennant certaines conditions concernant la reconstitution définitive de l'Italie.

[1] Nr. 123.

La France répond à cela: si ce ne sont que des assurances de neutralité que l'on demande, elles sont déjà données à la condition que l'Autriche ne fera rien en Allemagne et surtout en Italie qui soit de nature à froisser les intérêts de la France. Si ce sont des engagements à prendre, on nous répond:

« Comment, Vous voulez que je m'engage à la neutralité et Vous pourrez faire en Allemagne ce que bon Vous semblera, quitte à ce que Vous cédiez la Vénétie après la guerre, mais si l'Italie — que nous ne pouvons plus retenir par la persuasion et à laquelle nous ne voulons pas faire la guerre pour la forcer à rester tranquille — si l'Italie Vous attaque, Vous pourrez faire une promenade militaire jusqu'en Sicile, renverser ce que nous avons fondé ou laissé fonder — et nous ne pourrons pas bouger!? »

A cet argument mille fois répété, je n'ai cessé de répondre que nous ne comprenions pas la chose ainsi, que nous demandons à la France de nous faire ses conditions de neutralité, soit d'aide matériel.

On me dit alors que, prévoir les combinaisons que nos succès pourraient amener en Allemagne ou en Italie, est difficile et qu'il vaut mieux laisser se produire, soit par la guerre, soit au sein des conférences, des chances d'entente et d'arrangement qui ne manqueront pas de se présenter.

L'Empereur m'a dit hier soir, qu'il prévoyait que nous sortirions du congrès non pas peut-être avec des solutions définitives, mais avec une entente avec la France, en ajoutant — «je désirais voir venir ici le Comte Mensdorff, en causant journellement de tout cela, on saura à quoi s'en tenir et sur qui compter. »[1]

125.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Confidentiel

Paris, le 29 mai 1866

Depuis qu'autorisé par Votre Excellence j'ai dit ici que nous ne reprenions pas nos propositions confidentielles, Mr. Drouyn de Lhuys n'a cessé de tourner autour de la question pour chercher à préciser les points d'entente.

Il me dit que l'Empereur ne pourra pas permettre qu'en cas de succès en Italie nous renversions tout ce qui a été fait dans la Péninsule. Il dit qu'une entente dans le sens «des restaurations» sera impossible, parce que quand même nous céderions la Vénétie à l'Empereur, il ne pourra obtenir de la part des Italiens des combinaisons qui restitueraient au Pape *toutes Ses provinces*, replaceraient sur leurs trônes les Souverains de Toscane et de Modène ou de Naples, sans leur faire la guerre pour les y forcer. Une entente entre les Puissances catholiques pour garantir et arrondir *peut-être* les états de l'Eglise

[1] Vgl. Telegramm Metternichs vom 29. Mai 1866, 7⁰⁰ a. m. »L'Empereur Napoléon m'a dit ce soir: ‚Je voudrais que le Comte Mensdorff vient au Conférences. J'ai bon espoir, non dans les solutions, mais dans les ententes qui suivront le Congrès. On saura sur qui compter.' Da ich mit meinem projet d'entente pour les conférences auf einzelne Schwierigkeiten gestoßen bin, warte ich auf dahin lautende Instruktion. « (H. H. u. St. Arch. Wien.)

lui semble la combinaison la plus favorable en ce qui concerne Rome. Autre chose serait, selon lui, de voir se constituer des états indépendants par une réaction qui ne lui paraît pas impossible; dans ce cas, l'intérêt de la France, qui est contraire à l'unité italienne, serait de laisser faire et de s'en applaudir.

«Vous auriez tort, Vous-mêmes,» ajouta le Ministre, «même en cas de succès, de restaurer à la pointe de Votre épée des Souverains que la prochaine révolution renverserait, d'autant plus vite qu'ils seraient rentrés sous les auspices des bayonnettes étrangères.»

J'ai dit au Ministre que ce serait une condition inouïe que celle de nous imposer de rentrer derrière nos frontières en cas de succès, sans avoir constitué un état de choses qui nous donnerait de garanties contre le retour d'injustes convoitises.

Mr. Drouyn de Lhuys avoua l'impossibilité d'une pareille combinaison, mais il ajouta que là était, selon lui, la vraie difficulté, ce qui lui faisait croire de plus en plus que le meilleur moyen pour nous serait d'attendre le terme de l'engagement pris par l'Italie envers la Prusse,[1] ce qui permettrait à l'Empereur de retenir les Italiens. Alors notre force entière se tournant du côté de l'Allemagne, nous pourrions après la guerre céder la Vénétie sous les conditions voulues en ce qui concerne les indemnités pécuniaires, le port de Venise et la garantie des états de l'Église arrondis. Nous aurions alors, comme la France, retiré notre épingle du jeu en Italie et notre surcroît de puissance d'un autre coté nous permettrait d'attendre la fin de l'utopie de l'unité italienne qui, selon lui, croulera d'elle-même.

Le mot d'ordre, ici, est aujourd'hui: cession de la Vénétie sans restaurations en Italie amenées par la force, direction des accroissements de notre puissance du côté de l'Allemagne et de l'Orient. Si jamais une entente réelle peut s'établir entre nous et la France, ce ne sera, j'en suis presque certain, que sur ces bases, et si Vous voulez un jour négocier sur ce terrain, il y aura certes plus de chance que sur tout autre.

L'Empereur dit: «J'ai eu tort peut-être de laisser triompher la révolution italienne. Je l'ai fait — et Vous aider, l'Autriche, à la renverser de fond en comble serait une négation ridicule d'une politique décennale.»

126.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich

Paris, den 30. Mai 1866

Bei einigen Worten, welche ich auf dem vorgestrigen Hofballe mit Herrn Drouyn de Lhuys über die Vertretung des Deutschen Bundes im Kongreß auswechselte, habe ich von neuem wahrnehmen können, in welchen seltsamen Irrtümern hinsichtlich der inneren Organisation Deutschlands und seiner

[1] Das preußisch-italienische Bündnis lief am 8. Juli 1866 ab.

Stellung nach außen selbst die hervorragendsten französischen Staatsmänner befangen sind.

Indem ich dem Minister sagte, daß die an den Deutschen Bund gerichtete Einladung[1] in Berlin einige Überraschung hervorgerufen habe, erkannte ich zugleich an, daß die Zuziehung des Bundes, sobald einmal die deutsche Frage als Quelle kriegerischer Komplikationen angesehen und folglich als einer der Gegenstände der Beratungen bezeichnet worden sei, nicht wohl vermieden werden konnte. Ich fügte jedoch hinzu, daß sowohl der Kongreß als der Vertreter des Deutschen Bundes durch die Lage der deutschen Angelegenheit einigermaßen in Verlegenheit gesetzt werden dürften, indem bis jetzt noch gar kein Projekt vorliege, welches einer europäischen Diskussion unterzogen werden könnte.

Herr Drouyn de Lhuys fand sich hierdurch veranlaßt, das Recht der europäischen Mächte, Veränderungen der einen Bestandteil des europäischen Rechts bildenden Bundesverfassung ihrer Jurisdiktion zu unterziehen, mit großer Lebhaftigkeit zu wahren, wobei er sich ungefähr in derselben Weise aussprach, wie dies der französische Botschafter in London dem Grafen Bernstorff gegenüber laut dem Immediatbericht des letzteren vom 19. d. M. getan hat.[2]

Ich bestritt jenes Recht nicht, bezeichnete aber als Voraussetzung der Ausübung desselben, daß eine das europäische Gleichgewicht berührende Veränderung der Bundesverfassung oder wenigstens ein Versuch dazu vorliege. Bis jetzt liege aber nur ein Vorschlag Preußens vor, dahingehend, ein deutsches Parlament zu berufen und diesem ein zwischen den Regierungen zu vereinbarendes Reformprojekt vorzulegen. Über diesen Vorschlag habe die Bundesversammlung bis jetzt noch gar nicht einmal Beschluß gefaßt und die einzige bisher, obwohl auch noch nicht einmal förmlich hervorgetretene Differenz bestehe darin, ob der Termin für den Zusammentritt des Parlaments unabhängig von der Verständigung der Regierungen über die vorzuschlagenden Reformen festzusetzen oder dieser Verständigung unterzuordnen sei? Es würde daher für die europäische Einwirkung, welche immer nur in einem auf die europäischen Interessen gestützten Veto bestehen könnte, im jetzigen Stadium an jedem Gegenstand fehlen.

Herr Drouyn de Lhuys nahm andererseits an, daß Preußen aus dem Bunde ausscheiden wolle und infolgedessen ein Krieg auszubrechen drohe, was mir bis jetzt nur auf Zeitungsnachrichten zu beruhen schien. Der Minister ging ferner von der Annahme aus, daß Deutschland aus drei Teilen: Preußen, Österreich und dem Deutschen Bunde bestehe,[3] was ich dahin berichtigte, daß der Deutsche Bund aus Preußen, Österreich und (zu einem kleinen Drittel) aus einer Anzahl von mittleren und kleineren Staaten bestehe, welche unter

[1] Vgl. S. 220 Anm. 1.

[2] Nr. 114.

[3] Dieser Auffassung liegt die französische Form der Triasidee zugrunde, die in der Politik Drouyns de Lhuys ein verstecktes Nebengeleis bildet, das bei »günstigem« Verlauf des Krieges zwischen Österreich und Preußen zu einem Hauptgeleis ausgebaut werden konnte, vgl. Nr. 163, 165.

sich nicht organisch verbunden wären. Auf die Frage, ob Preußen und Österreich an der Wahl des Vertreters des Deutschen Bundes teilnehmen würden, antwortete ich, daß mir dies unbekannt sei. Ich fügte aber hinzu, daß im entgegengesetzten Falle der betreffende Bevollmächtigte nur die Mehrzahl derjenigen Regierungen vertreten würde, welche ihrerseits ein Dritteil des Deutschen Bundesgebiets repräsentierten. Dies würde um so mehr zu beachten sein, als dabei der von uns in das nationale Leben introduzierte neue Faktor, die Volkvertretung, fehle, welche wir eben für unumgänglich notwendig hielten, um die wahren Wünsche und Bedürfnisse Deutschlands kennen zu lernen.

Ich habe dabei nicht unterlassen, Herrn Drouyn de Lhuys zu versichern, daß ich mit diesen Bemerkungen keineswegs die gesonderte Vertretung des Deutschen Bundes zu bekämpfen gemeint sei, welche mir vielmehr, schon des Londoner Vorganges wegen, kaum umgangen werden zu können scheine und die uns auch vor gewissen Vorwürfen sicherzustellen geeignet sei. Ich hielte es nur für nützlich, auf die Schwierigkeiten, welche die Behandlung der deutschen Frage in ihrem gegenwärtigen Stadium auf einer europäischen Konferenz biete, im voraus aufmerksam zu machen und die sogenannte Vertretung Deutschlands, welche aus dem Deutschen Bundestage hervorgehen solle, auf ihre wahre Bedeutung zurückzuführen. Meines Erachtens würde der Vertreter des Deutschen Bundes eine wesentlich negative Rolle zu spielen, nämlich sich über die Grenzen auszusprechen haben, welche der Kongreß etwa aus Rücksichten des europäischen Gleichgewichts der Autonomie Deutschlands zu ziehen für angemessen halten möchte.

Eurer Exzellenz brauche ich nicht erst zu bemerken, daß es allerdings auch nicht zu vermeiden sein dürfte, daß jener Repräsentant den sogenannten Bundesstandpunkt in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit vertrete. Welche Schwierigkeiten derselbe einer Lösung der Venetianischen Frage im französischen Sinne entgegensetzen dürfte, scheint man sich hier noch nicht klar gemacht zu haben. Ich habe für jetzt hierauf meinerseits nicht aufmerksam machen zu sollen geglaubt.

127.

Akten zu dem französisch-preußischen Bündnisprojekt vom 30. Mai 1866

A.

Oberst Kiss de Nemeskér[1] an Bismarck

Eigenhändig. A. A. Berlin

Berlin, le 17 mai 1866

Après avoir eu l'honneur de m'entretenir avec Votre Excellence le 12 courant au soir[1] j'ai pensé que si la situation reste la même, une seconde entrevue, pour élucider certaines questions de la plus haute gravité, aurait été urgente.

[1] Der ehemalige Honvédoberst Nikolaus Kiss de Nemeskér (vgl. über ihn A. Kienast, Die Legion Klapka, Wien 1900, S. 22, 36, 55, 73, 75 f.) war der Vertreter der ungarischen Emigration in Paris. Er war ein Schwager des früheren französischen Außen-

N'ayant reçu dans ce sens aucun avis depuis cinq jours, je suis tenté de supposer qu'un autre ordre d'idées remplace celui de samedi soir.

Je ne veux pourtant pas retourner en France sans Vous remercier, Mr. le Comte, de l'accueil cordial dont Vous m'avez honoré, et je me permets en même temps de saisir cette occasion dans l'intérêt d'un chemin de fer important et d'une utilité extrême pour l'Eufel, en joignant à cette lettre une note; et je viens Vous prier, Mr. le Ministre, de vouloir bien appuyer efficacement cette demande auprès de S. E. M. le Comte d'Itzenplitz.[1]

Je reste encore trois jours à Berlin, et bien entendu toujours aux ordres de Votre Excellence; et si plus tard les circonstances Vous permettent de donner suite à notre conversation de samedi dernier, je serai prêt à chaque instant de quitter mes pénates et de venir à Berlin sur une dépêche télégraphique. Mr. Benedetti connaît mon adresse en France, si cependant Votre Excellence préférerait de m'appeler directement, voici cette adresse: Moret, Seine et Marne, expresse pour le Château de Saint-Ange — signer Graf — Plût au ciel que la dépêche n'arrive pas *trop tard*, chaque jour est une perte irréparable.

Ai-je besoin de Vous rassurer, Mr. le Comte, sur ma discrétion absolue et sans condition. Gentilhomme moi-même, je connais toute la portée de la parole donnée, parole! que je Vous engage ici solenellement.

B.

Oberst Kiss de Nemeskér an Bismarck

Eigenhändig. A. A. Berlin

Cologne, vendredi matin (25. mai 1866)

Faisant chemin j'ai réfléchi à l'urgence des *vins* et *laines* et en attendant que les fournitures françaises[2] puissent arriver, ce qui demande toujours

ministers Thouvenel und mit Bismarck schon während dessen Pariser Botschafterzeit im Jahre 1862 bekannt geworden. Seine erste Mission nach Berlin erfolgte im Auftrage Kossuths und steht im Dienste des Plans einer ungarischen Legion (der außerhalb des Rahmens dieser Publikation liegt). Erst die zweite Mission am 30. Mai erfolgt im Auftrage des Prinzen Napoleon, um ein preußisch-französisches Bündnis zustande zu bringen.

In einem ersten Schreiben an Bismarck vom 8. Mai (« Arrivé de Paris hier soir dans le but unique d'avoir un entretien avec Vous ») erbat Kiss eine Unterredung, die am 12. Mai stattfand. Am 14. Mai bat Kiss um eine zweite Unterredung; daß diese stattfand, geht aus einem geheimen Erlaß Bismarcks an Usedom vom 21. Mai hervor: »Auch mit dem aus der ersten ungarischen Erhebung bekannten ehemaligen ungarischen Obrist Kiss habe ich einige Unterredungen gehabt« (A. A. Berlin). Kiss erstreckte seinen Aufenthalt in Berlin länger, als er ursprünglich gewollt hatte; noch am 21. Mai übersandte er Bismarck «quelques pensées fort mal coordonnées, mais sincères, sur la manière dont j'envisage la future coopération de la Hongrie et la Prusse». Er reiste am 24. Mai zurück, wie aus dem folgenden, auf der Rückreise in Köln am 25. morgens geschriebenen Briefe hervorgeht.

[1] Der preußische Handelsminister.

[2] In diesem Schreiben des Obersten Kiss, das vermutlich auf der Rückreise von Berlin nach Paris geschrieben worden ist und auf den 25. Mai zu datieren sein dürfte, liegt der Nachdruck wohl nicht auf der Empfehlung des Statistikers Ernst Engel, sondern auf der

4 à 5 jours, je me permets d'appeller Votre attention sur une personne que Vous avez sous la main à Berlin.

C'est le conseiller intime (statistique) Dr. E. Engel, il est Saxon de naissance, il a tous ses parents, ses amis en Saxe, il connaît le pays comme sa poche, et y est très populaire, m'a-t-on dit. Je me tromperais fort si Mr. Engel n'était pas à même de Vous fournir d'excellentes échantillons Saxons pour la Bohème.

Je connais Mr. Engel depuis des années, je l'ai vu récemment à Berlin et je sais qu'il a des sentiments *très chaleureux* pour la grande et belle cause prussienne. Faitez le venir et je crois, Vous serez bien servi. Ce qui n'empêchera pas que j'achèverai de mon mieux les fournitures françaises, car on n'a jamais de trop de ces marchandises précieuses par les temps qui courent.

Je reste à Paris jusque dimanche midi (27 mai) rue St. Dominique 40, et toujours à la disposition de Mr. Graff, — après je serai à la campagne à St. Ange. Saint Ange.

C.

Französischer Bündnisentwurf der geheimen Mission Prinz Napoleon-Kiss

Aufzeichnung von der Hand Bismarcks[1] A. A. Berlin

O. D. (30. Mai 1866)

entre Pr(usse) et Fr(ance).

1. En cas de congrès poursuivre d'accord la cession de la Véné(tie) à l'Italie et l'annexion des duchés à la Prusse.

2. Si le congrès n'aboutit pas alliance off(ensive) et défens(ive).

zweimaligen Erwähnung der «fournitures françaises», die augenscheinlich einen Decknamen für eine mögliche politische Anknüpfung Preußens mit Frankreich bilden. Ob Oberst Kiss bei der ersten Mission von sich aus einen Fühler im Auftrag des Prinzen Napoleon ausstreckte, oder ob Bismarck seinerseits einen solchen herauszulocken für gut hielt — Kiss hatte jedenfalls eine Sondierung übernommen, die dann zu seiner zweiten Mission am 30. Mai im Auftrage des Prinzen Napoleon führte.

[1] Or. bei den Papieren von Kiss und Klapka. Der Bündnisentwurf ist zuerst, mit geringfügigen Zusätzen und Abweichungen, am 31. Juli 1870 im Kgl. Preuß. Staatsanzeiger veröffentlicht worden (danach Hahn, Krieg gegen Frankreich, S. 394 f., und Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1870, S. 95 f.); die Wiedergabe von Ollivier, l'Empire libéral 8, 176 f, gründet sich zwar auf diese amtliche Veröffentlichung, bringt aber eine erhebliche Ungenauigkeit hinein, enthält auch die irrtümliche Nachricht, daß Graf Goltz von diesen Dingen etwas gewußt habe.

Das Datum, an dem Bismarck die durch Oberst Kiss überbrachten Anträge des Prinzen Napoleon — anscheinend dem mündlichen Vortrage des Agenten mit seinen Notizen folgend — schriftlich fixierte, ergibt sich aus der für den 30. Mai belegten zweiten Mission von Kiss (vgl. die Schreiben von Kiss vom 1. und 22. Juni, Nr. 127 D und Nr. 159, sowie die Äußerung Usedoms vom 30. Mai, Aus dem Leben Th. v. Bernhardis VII, 18). Auf eine Erkundigung Bismarcks nach der Persönlichkeit des Unterhändlers antwortete Usedom am 31. Mai 5^{40} p. m.: »Kiss sehr achtbar, aber in die jetzige patriotische Organisation Ungarns nicht eingeweiht, weiß auch von dem Pester Komitee und gouvernement occulte im Lande wenig.« (A. A. Berlin.)

Über die Beteiligung des Prinzen Napoleon vgl. den Bericht des Chev. Nigra an den

3. Le Roi de P(russe) commencera les hostilités dans les 10 jours après la séparation du congrès.

4. Si le congrès ne se réunit pas, la Prusse attaquera dans 30 jours après la signature du prés(ent) traité.

5. L'Emp(ereur) des Fr(ançais) déclarera la guerre à l'Autriche dès que les hostilités seront commencées entre l'Autr(iche) et la Pr(usse) (en 30 jours).[1]

6. On ne fera pas paix séparée avec l'Autr(iche).

7. La paix se fera sous les conditions suivantes. La Vénét(ie) à l'Italie. A la Prusse les territ(oires) allemands ci-dessous[2] 7 à 8 mill[ions] d'âmes au choix plus, la réforme fédérale dans le sens prussien.

Pour la Fr(ance) le territ(oire) entre Moselle et Rhin sans Coblence ni Mayence, 1855 000 âmes sav(oir): 500 000 Prusse, 1100 000[3] Ba(vière), Birk(en)f(eld) 35000, Homburg 27(000), Darmst(adt) 213(000).[4]

8. Convention mil(itaire) et mar(itime) entre Fr(ance) et Pr(usse) dès la signature.

9. Adhésion du Roi d'Italie.

Prinzen v. Carignan, Juni 1866 (bei Rothan, La Politique française en 1866, S. 423 ff.): «Son Altesse Impériale et moi nous insinuâmes alors et postérieurement à plusieurs reprises, l'idée d'une triple alliance entre l'Italie, la France et la Prusse; mais la perspective d'avantages territoriaux considérables ne parvint pas à décider l'Empereur à entrer immédiatement en guerre . . . (S. 432). Une dernière tentative pour décider l'Empereur à conclure dès lors et déjà une triple alliance contre l'Autriche fut faite, d'accord avec moi, par S. A. I. le prince Napoléon. Bismarck personnellement ne se montrait pas contraire à l'idée de céder à la France les territoires compris entre la Moselle et la Rhin, Coblenz excepté, pour obtenir la coopération militaire de la France, mais il affirmait, que le Roi de Prusse ect.» Die in Wirklichkeit völlig ablehnende Haltung von Bismarck ergibt sich dagegen aus dem Schreiben von Kiss vom 1. Juni, Nr. 127 D.

[1] In dem amtlichen Abdruck von 1870 ist die Zahl: 300 000 hinzugefügt.

[2] Die hier angekündigte Aufzählung erfolgt im weitern Verlaufe nicht. Sie wird sich in dem Entwurf, den Kiss vorlas, gefunden haben, ist aber von Bismarck vielleicht deswegen nicht wiedergegeben worden, weil der Umfang des Gebietes durch die Seelenzahl für ihn hinlänglich bezeichnet war.

[3] Über dieses Mißverständnis vgl. die folgende Anmerkung.

[4] Als Bismarck diesen Bündnisentwurf am 31. Juli 1870 veröffentlichen ließ, mußte er Anstoß daran nehmen, daß die Einwohnerzahl der bayrischen Pfalz sich gar nicht auf 1,1 Millionen, sondern (nach der Zählung von 1864) auf 625000 Seelen belief; außerdem war eine kleine rechnerische Ungenauigkeit darin enthalten, daß die Addition nicht 1 855 000, sondern 1 875 000 Seelen ergibt. Um diesen Zweifeln zu entgehen, wurde beim Abdruck die Fassung gewählt: « Pour la France le territoire entre Moselle et Rhin sans Coblence ni Mayence; comprenant: 500 000 âmes de Prusse, la Bavière rive gauche du Rhin; Birkenfeld, Homburg, Darmstadt 213000 âmes.» Indem E. Ollivier, l'Empire libéral 8, 176 (vgl. auch 8, 530), den Passus mit den Worten wiedergibt: « et la France 500 000 âmes entre Rhin et Moselle, 213 000 âmes sur la rive gauche bavaroise du Rhin, en tout 713000 âmes,» hat er ganz außer acht gelassen, daß die preußische Veröffentlichung für die bayrische Rheinpfalz aus dem oben erwähnten Grunde gar keine Zahlen angibt, und in höchst liederlicher Weise das übrige zusammengezogen. Er drückt damit die Seelenzahl des abzutretenden Gebietes — die sich tatsächlich also auf 1375000 beläuft — ganz erheblich herab, wonach der Wert seines ganzen Geredes über die Bescheidenheit der französischen Forderung zu bemessen ist.

Das Versehen in der Nachschrift Bismarcks dürfte übrigens möglicherweise daraus zu

D.

Oberst v. Kiss de Nemeskér an Bismarck

Eigenhändig. A. A. Berlin

Paris, le 1 juin 1866

40 rue St. Dominique St. Germain

N'ayant nullement la spécialité de la diplomatie, je dois Vous prier de m'excuser si je ne cherche pas à mettre ma lettre dans les formes exigées par le métier. Mais je crois utile avant de quitter Paris pour St. Ange, de Vous dire quelques mots sur ma visite chez le Prince Napoléon que je viens quitter à l'instant.

Après le récit du résultat de mon voyage, le Prince m'a dit: « C'est donc un fiasco complet, car je n'ai jamais douté que le Comte de Bismarck soit d'accord avec moi concernant l'Autriche, mais s'il n'a pas assez d'influence sur le Roi, pour pouvoir seulement lui parler aujourd'hui du traité en question,[1]

erklären sein, daß in der Zahl 1 100 000 bereits die Summe der zuerst genannten preußischen Abtretung von 500 000 Seelen und der bayrischen Pfalz (mit rund 600 000 Seelen angesetzt) enthalten ist.

[1] Hieraus geht hervor, daß Bismarck es abgelehnt hat, den Bündnisentwurf des Prinzen Napoleon und die darin enthaltenen Gebietsabtretungen bei dem Könige zur Sprache zu bringen. In den nächsten Tagen beobachtet man, daß er sich auch den italienischen und französischen Diplomaten gegenüber hinter dem Könige verschanzt und gleichzeitig, mit vagen Andeutungen über seine persönliche Geneigtheit zu Abtretungen, den Faden der Unterhandlung und die Hoffnungen der anderen nicht völlig abreißen zu lassen, vielmehr die Minimalforderungen Frankreichs zu ergründen versucht. So in der Abschiedsaudienz des Generals Govone am 2. Juni 1866, dem gegenüber er sich auf die Frage, ob es denn nicht eine geographische Linie gebe, die für Frankreich Wert haben könnte, zu den Sätzen verstieg: »Ja, es wäre die Mosel. Ich bin viel weniger Deutscher als Preuße und würde kein Bedenken tragen, die Abtretung des ganzen Landes zwischen dem Rhein und der Mosel an Frankreich zu unterschreiben: Pfalz, Oldenburg, ein Teil des preußischen Gebiets usw. Der König jedoch . . . würde die schwersten Skrupel empfinden und würde sich nur in einem alleräußersten Augenblicke dazu entschließen: wenn es nämlich auf dem Punkte stände, alles zu verlieren oder alles zu gewinnen.« Um den Geist des Königs günstig zu stimmen, müsse man die Minimalgrenze kennen; würde das ganze linke Rheinufer verlangt, so würde eine Verständigung mit Österreich vorzuziehen sein (Govone an La Marmora, 3. Juni 1866, La Marmora, Etwas mehr Licht S. 260 f.). Auch Benedetti entnahm aus seinem Gespräche mit Bismarck am 3. Juni, «que le Roi se refuse toujours à admettre qu'il pourrait être conduit à céder une portion du territcire actuel de la Prusse; suivant Sa Majesté les compensations qu'il pourrait y avoir lieu d'offrir à la France devraient être prises partout où on parle français sur sa frontière.» Auch dem Franzosen gab Bismarck zu verstehen, daß er, wenn man Köln, Bonn und selbst Mainz verlange, lieber seinen Rücktritt nehmen würde, um ihm dann doch, in Sätzen, die eigentlich durch die bestimmte Ablehnung des Königs widerlegt werden, einen unbestimmten Rest von Hoffnung zu lassen: «Sans que je l'aie pressé en aucune façon de s'expliquer davantage, il a indiqué qu'il ne croyait pas impossible de décider le Roi à nous abandonner les bords de la Haute-Moselle, la province de Trèves sans doute qu'il n'a pas nommée, qui jointe au Luxembourg où la réunion à la France serait favorablement accueillie, redresserait notre frontière de manière à nous donner toute satisfaction.» Benedetti hielt es jedoch für angezeigt, auf Kombinationen, deren hinhaltender und unbestimmter Charakter offensichtlich schien, im Gespräch nicht einzugehen. (An Drouyn de Lhuys, 4. Juni 1866, Orig. diplom. 10, 31.)

Wie wenig Bismarck in diesen kritischen Tagen selbst von seinen nächsten Mit-

alors il faut que je renonce aux efforts que j'ai fait jusqu'à présent pour la réalisation de cette triple alliance, qui est la seule garantie de la déstruction de l'Autriche pour toujours. »

Puis le Prince poursuit: « L'Empereur n'était pas déjà très chaud pour ce traité, mais enfin, s'il avait trouvé de l'entrain à Berlin, il y serait entré de bon cœur.[1] Tout le monde veut traîner les choses, probablement pour arriver dans l'inaction jusqu' *à la date* fatale du traité Prusso-Italien,[2] de cette façon les partis seront mutuellement dégagés et le Roi Guillaume pourrait embrasser son frère l'Empereur François Joseph etc. »

En un mot, Mr. le Comte, le Prince est très découragé, il craint la supériorité de l'armée autrichienne[3] autant dans le Nord que dans le Sud, quoique dans le Sud l'impétuosité et l'enthousiasme national pourrait avoir de bons résultats.

Il est certain que l'Autriche fait de grands offres à l'Empereur et celui-ci voit revenir avec une certaine satisfaction le Congrès.

Le Prince est parfaitement bien avec l'Empereur, ils se voyent tous les jours.

L'Empereur ne veut pas dire ce que l'Autriche lui a offert, mais il a dit au Prince, *ce n'est pas à mépriser.*[4]

Le Prince croit que l'Empereur sera très coulant sur la question de la Moselle.[5]

Le Prince est fort étonné que le Roi reçoit et écoute les négociateurs et intermédiaires officieux de l'Autriche[6] pendant que le traité P(russo)-I(talien) existe. Cette circonstance est très connue à Paris, j'entends les négociateurs officieux.

Ici on pense qu'il est impossible pour les puissances d'attaquer durant le congrès, mais que probablement *Garibaldi attaquera quand même.*

En resumé, je crois, Mr. le Comte, qu'il serait de la plus haute importance que Vous veniez à Paris avant les autres plénipotentiaires, et cela *le plus tôt possible, l'Emp(ereur) en serait très satisfait,* il est du reste très gai, très content et très-bien disposé pour Vous personellement. Je pars ce soir pour St. Ange où je resterai trois jours et je reviendrai à Paris.

arbeitern durchschaut wurde, geht aus einer Szene mit dem Unterstaatssekretär Thile am 17. Mai hervor: »Thile: Wollen Sie kein deutsches Land an Frankreich abtreten? Bismarck: Keinen Zoll breit. Thile: Wollen Sie keine französische Allianz gegen den Deutschen Bund oder gegen Österreich? Bismarck: Herr, wie können Sie mich so ad articulos ausfragen?« (Ludwig v. Gerlach, Aufzeichnungen 2, 289.)

[1] Dieser Satz beweist doch wohl, daß Kaiser Napoleon über die geheime Verhandlung seines Vetters unterrichtet war; daß er ein günstiges Ergebnis offiziell angenommen haben würde, ist zwar nicht erweisbar, aber nicht unwahrscheinlich.

[2] Der Bündnisvertrag zwischen Preußen und Italien lief am 8. Juli ab.

[3] Über dieselbe allgemeine Überzeugung der Franzosen siehe Nr. 162, Anm.

[4] Dazu vgl. die Besprechung Napoleons mit dem Fürsten Metternich am 3. Juni, in der wohl unter dem entscheidenden Eindruck der Berichterstattung des Prinzen Napoleon vom 1. Juni, der völlige Abbruch aller Unterhandlung mit Preußen eingestanden wird.

[5] Der Prinz hofft also noch auf Ermäßigung der Forderungen, ein Gesichtspunkt, der dann auf Bismarcks Äußerungen zu Govone und Benedetti am 3. und 4. Juni von Einwirkung gewesen sein mag.

[6] Bezieht sich auf die Mission Gablenz in der zweiten Hälfte des Mai, die damals übrigens schon an der Ablehnung der österreichischen Staatsmänner gescheitert war.

128.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 1 juin 1866, 2^{00} p. m., arr. 7^{10} p. m.

Je crois qu'il faudrait bien préciser les éléments d'entente avec la France et dire rondement les choses.

In Betreff der Konferenz schiene mir eine energische, aber konfidentielle Aufstellung unserer Kompensationsbedingungen besser als des conditions posées officiellement qui ne pourraient être acceptées par les Puissances avant la réunion de la Conférence. Ich fürchte, daß wenn wir allein dem Zustandekommen der Konferenz unüberwindliche Schwierigkeiten entgegensetzen, Frankreich und England eine gefährliche Schwenkung machen werden.

L'idée fixe de l'Empereur de faire parade devant la France de son désintéressement à la conférence, lui fera regarder de grosses difficultés contre la réunion comme un procédé blessant pour lui. Je crois devoir vous en avertir.

129.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Réservé

Vienne, le 1 juin 1866

Il nous importe beaucoup que le Congrès se réunisse, ou non, de maintenir l'Empereur Napoléon à notre égard dans des dispositions qui ne nous fassent pas craindre son inimitié. Ainsi que je l'ai déjà dit à Votre Altesse dans ma dépêche réservée du 25 mai,[1] nous devons toujours faire une profonde distinction entre le langage officiel que nous tenons dans la question de Venise et les ouvertures confidentielles que Vous avez été chargé de faire. Ne perdez pas une occasion de répéter à l'Empereur Napoléon que nous désirons toujours, en cas de guerre, nous entendre avec lui pour régler définitivement les affaires d'Italie. Nous comprenons fort bien les exigences dont il ne peut se départir et nous avons l'intention d'en tenir compte, même si les Italiens nous attaquent. S'il nous laisse entièrement libres dans nos opérations militaires en Italie et si son attitude est telle qu'elle nous facilite un succès complet en Allemagne, nous ne chercherons pas à rétablir sur ses anciennes bases la domination autrichienne dans la Péninsule. Si le résultat de la guerre amenait la reconstruction de l'Italie sous la forme de fédération et des remaniements territoriaux en Allemagne qui nous y donneraient des avantages positifs, nous nous montrerions accommodants même sur la question de Venise. Faites observer à l'Empereur Napoléon que de pareilles éventualités ne peuvent former l'objet que d'arrangements secrets et particuliers. Elles ne se prêtent pas à la discussion dans une réunion de Plénipotentiaires. Si l'avortement du Congrès devait avoir lieu, cet incident, loin de nuire à l'établissement d'une entente à deux, serait au contraire le seul moyen d'amener un rapprochement direct

[1] Nr. 123.

entre l'Autriche et la France. Notre intérêt nous porte si évidemment à nous concerter avec l'Empereur Napoléon, en cas de guerre, qu'il doit trouver dans ce fait une garantie de notre sincérité. Nos succès militaires en Italie ne menaceront donc pas les intérêts français et le triomphe de notre politique en Allemagne y assure le maintien de la forme fédérative dont la France ne doit pas désirer le remplacement par l'hégémonie prussienne. Il nous paraît enfin avéré que la question romaine ne saurait recevoir une solution définitive et satisfaisante pour les intérêts catholiques qui doivent avoir de l'importance aux yeux de l'Empereur Napoléon, qu'en faisant disparaître le fantôme de l'unité italienne. L'indépendance et l'unité de l'Italie sont deux choses entièrement différentes. Si l'Empereur Napoléon est personnellement engagé à soutenir la première, il a toujours évité de prendre fait et cause pour la seconde. Nous aimons à croire qu'il est encore aujourd'hui animé de mêmes sentiments. Dans ce cas, une entente reste possible et sera recherchée par nous. C'est l'unité de l'Italie qui constitue pour l'Autriche le plus grand danger de la situation, qui menace nos possessions en Tyrol, en Istrie et en Dalmatie, ainsi que notre débouché maintenu sur l'Adriatique. L'abandon de la forme unitaire est donc la principale condition à laquelle nous devons subordonner toute concession de notre part dans la question italienne. Quant à la question de Venise en particulier, l'Empereur Napoléon doit comprendre qu'en présence de l'élan patriotique qui se manifeste si hautement en Autriche et de l'esprit qui anime l'imposante armée que l'Empereur n. a. m. a mise sur pied, nous ne pouvons accepter avant la guerre aucune négociation sur la base de la cession de Venise. Tout ce qu'il nous est possible de faire c'est d'assurer l'Empereur Napoléon que nous resterons fidèles à notre politique de modération, que nous n'avons aucune vue de conquête et que nous désirons seulement mettre hors d'état de nous nuire des adversaires qui, dans leur position actuelle, cherchent à s'agrandir à nos dépens.

J'engage Votre Altesse à continuer sans relâche les efforts qu'elle a déjà faits pour agir dans ce sens sur l'esprit de l'Empereur Napoléon. Soyez persuadé, mon Prince, que l'Empereur n. a. m. et son Gouvernement savent apprécier toute la valeur des services que Vous avez déjà rendus et que Vous êtes encore appelé à rendre. Nous ne nous dissimulons pas les difficultés de Votre position, mais notre confiance en Vous est entière et nous sommes convaincus d'avance que si Vous ne réussissiez pas dans la tâche pénible qui Vous est imposée, ce ne serait pas faute d'avoir employé toutes les ressources que le zêle et l'habileté peuvent suggérer.

130.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Vienne, le 1 juin 1866

J'ai reçu hier l'expédition que Votre Altesse m'a fait l'honneur de m'adresser en date du 29 mai.[1] Son contenu n'est pas de nature à modifier les instructions

[1] Nr. 124. 125.

que je Vous envoie aujourd'hui et qui étaient déjà rédigées. Vos entretiens avec l'Empereur Napoléon et Mr. Drouyn de Lhuys tendent tous à démontrer la difficulté d'établir dans le moment actuel une entente entre l'Autriche et la France au sujet de la question italienne. Nous y voyons un motif de plus pour ne pas désirer la réunion du Congrès et pour suivre dans les affaires allemandes une politique plus décidée qui replace celles-ci au premier rang des préoccupations du jour et force nos adversaires soit à battre en retraite soit à soutenir leurs prétentions par les armes. Notre démarche à Francfort peut amener ce résultat. En Italie nous resterons sur la plus stricte défensive aussi bien politiquement que militairement.

L'Empereur Napoléon nous a bien souvent promis qu'il ne nous ferait pas la guerre pour nous enlever la Vénétie. Qu'il tienne aujourd'hui sa parole et qu'il soit bien persuadé que notre propre intérêt nous impose l'obligation de le ménager et de ne pas provoquer son intervention armée, même dans le cas où l'Italie nous attaquerait. Si, en repoussant cette attaque, nos armées devaient franchir notre frontière actuelle en Italie et que le royaume italien se défasse de lui-même par le mouvement spontané des populations, nous comptons que la France ne prendra pas les armes pour reconstruire par la force une œuvre contre laquelle elle a officiellement et publiquement fait ses réserves. Nous aurons soin de notre côté de ne pas prendre possession du territoire où notre armée pourrait entrer, ni en notre nom, du côté de la Lombardie, ni au nom des Souverains dépouillés, sur la rive droite du Po. Nous nous bornerions à une simple occupation militaire provisoire qui ne dépasserait pas la mesure requise par les nécessités stratégiques. Nous déclarerions toujours que le sort définitif de ces contrées dépendrait des arrangements à prendre à la conclusion de la paix générale. En restant dans ces limites nous croyons que nous ne fournirons à l'Empereur Napoléon aucun motif plausible de grossir le nombre de nos ennemis. D'ailleurs, je le répète, nous apercevons trop bien tout ce que la question italienne offre de dangers au point de vue du maintien de nos bonnes relations avec la France, pour que nous ne nous efforcions pas de remettre les affaires allemandes et surtout celles des duchés en avant, afin que, si la guerre éclate, cette question devienne le point de départ d'une entente éventuelle avec la France.

131.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 3 juin 1866, 6^{55} p. m., arr. 4 juin 2^{35} a. m.

Duc de Gramont part demain soir avec des propositions de l'Empereur que j'ai donné ma parole d'honneur de ne pas vous faire connaître avant qu'elles n'arrivent à Vienne.

Ich habe den Kaiser sehr gerecht, unseren Standpunkt betreffend, gefunden.[1]

[1] Vgl. den ausführlichen auf Wunsch des Kaisers erst am 6. Juni abgesandten Bericht Metternichs, Nr. 132.

Il me paraît décidé à rechercher une entente avec nous. Er hat mir gestanden, daß er von Preußen bedeutende Anträge erwartet habe, heute aber zur Einsicht gekommen sei, daß ein Einverständnis mit uns das beste wäre.

L'Empereur ne veut pas faire la guerre, mais si elle éclate sans que nous nous soyons entendus, il armerait pour prendre des décisions éventuelles.

Ich weiß bestimmt, daß im Falle wir den Antrag, Spanien zur eventuellen Konferenz als Großmacht einzuladen, nicht ausschlagen, sondern unterstützen, man uns hier das sehr hoch anrechnen wird.

132.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 6 juin 1866

Le courrier Steidl m'a apporté dimanche matin (3. Juni) les dépêches que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser le 1er juin.

Sachant que Mr. Drouyn de Lhuys était parti pour aller présider à la campagne un comice agricole, j'ai demandé une audience chez l'Empereur.[1] Sa Majesté m'ayant appelé de suite aux Tuileries, je m'y suis rendu remportant avec moi l'expédition qui venait de m'être remise.

L'Empereur me reçut dans son cabinet de travail et me dit: «Vous m'apportez de mauvaises nouvelles, n'est-ce pas?» «Je Vous apporte, Sire,» lui répondis-je, «ce que j'avais prévu, c'est-à dire une demande de garantie en ce qui concerne nos droits, garantie que Votre Majesté n'a pas voulu nous accorder même confidentiellement.» «Mais avant de parler,» ajoutai-je, «sur cette affaire, je demanderai à Votre Majesté de vouloir bien avoir la patience de lire ou d'écouter la lecture des pièces que je Lui apporte.»

L'Empereur prit la dépêche Nr. 1,[2] la lut lentement et avec beaucoup d'attention, me la rendit et me dit:

«Pour moi cette dépêche équivaut à un refus, car il est évident que s'il ne devait pas être question de revirements territoriaux destinés à écarter les motifs de la guerre, la réunion d'une conférence serait sans objet.

Je regrette que Vous n'ayez pas préféré venir défendre ici Votre cause, d'ailleurs très juste.»

«Les réserves que nous faisons,» répliquai-je, «ne devraient pas rendre impossible une réunion que nous ne déclinons pas, mais que nous voudrions voir

[1] Vor der Audienz telegraphierte Metternich, 3. Juni 3³⁰: »Kaiser Napoleon ist bereits gegen uns sehr aufgebracht und wird wahrscheinlich drohen. Da unsere Bedingungen unannehmbar sind und einem Nichtannehmen gleichkommen, so hoffe ich, daß wir dabei bleiben, damit ich nicht umsonst in dieser Richtung vorgehe.« (H. H. u. St. Arch. Wien.)

[2] Offizielle Depesche vom 1. Juni 1866, die die Beteiligung Österreichs am Kongreß von einer vorgängigen Verpflichtung der Teilnehmermächte abhängig machte, «qu'on excluera des déliberations toute combinaison qui tendrait à donner à un des États invités aujourd'hui à la réunion un agrandissement territorial ou un accroissement de puissance.» Diese Depesche wurde alsbald der Öffentlichkeit mitgeteilt.

adopter comme base de ses délibérations le respect qui seul peut amener une solution. Que l'on nous donne certaines assurances, d'après lesquelles on n'admettra pas comme juste une prétention non fondée en droit, comme par exemple l'annexion de la Vénétie à l'Italie. Que l'on cherche à concilier les ambitions des uns avec les droits incontestables des autres, en garantissant à ces derniers que les sentiments d'équité et de justice présideront seuls aux délibérations communes, et nous viendrons immédiatement. Mais si, comme je l'ai dit bien souvent à Votre Majesté, on ne nous invite que pour peser sur nous et nous faire faire des concessions à la paix incompatibles avec notre honneur, il vaut mieux pour nous ne pas laisser se réunir une conférence pour nous voir forcés de prendre le chapeau dès la première séance et de renvoyer le Prince Gortschakoff à St. Pétersbourg et Lord Clarendon à Londres sans résultat.»

« Je Vous ai toujours dit, » répliqua l'Empereur, « que pour moi la vraie condition de la paix était de trouver un moyen de compenser, d'une façon équitable pour l'Autriche, la cession de la Vénétie, cession qui, à mes yeux, a toute l'importance du pivot des délibérations. Je Vous le dis franchement, j'aurais poussé de toutes mes forces de ce côté, mais j'aurais appuyé très loyalement et très fermement la question de compensations pour Vous. J'aurais proposé à la Prusse de Vous céder une grande partie de la Silésie,[1] quitte à s'indemniser au nord de l'Allemagne, et j'aurais appuyé tout agrandissement de l'Autriche du côté de l'Orient! »

A ces mots je me suis permis d'interrompre l'Empereur en lui disant:

« Alors, Sire, je suis bien aise de ce qui arrive, car bien certainement nous eussions refusé absolument toute compensation en Orient, et pour peu que Votre Majesté eût voulu peser sur nous dans ce sens, nous nous serions séparés brouillés.

« Votre Majesté a vu notre réponse officielle à l'invitation qui nous a été faite. Voici maintenant les explications que nous donnons de notre conduite. Elles sont destinées à régler le langage des représentants de l'Autriche auprès des trois cours, mais je crois qu'il vaut mieux que Votre Majesté lise tout, quitte à trouver des passages qui n'étaient pas destinés à Lui être communiqués. »

Je donnai à l'Empereur la dépêche réservée Nr. 2.[2] Sa Majesté la lut et me dit:

[1] Das Kompensationsmotiv Schlesien in seiner Verwendung vom März bis zum Juni 1866 zu verfolgen, empfiehlt sich schon aus dem Grunde, weil die Methode der Pariser Politik dabei scharf beleuchtet wird.

[2] Die reservierte Depesche vom 1. Juni 1866 an die drei Gesandtschaften setzte der auf dem Kongreß zu erwartenden Frage der Abtretung Venetiens ein absolutes Nein entgegen. « Céder une province, et surtout une province de cette importance au triple point de vue de la position militaire, maritime et politique, serait un acte de suicide qui ferait à jamais déchoir l'Autriche de son rang de grande Puissance.» Eine Geldentschädigung sei unmöglich, laufe der Ehre zuwider, eine Territorialentschädigung könne Folge eines Krieges und der daraus folgenden Verschiebungen sein, nicht aber Ergebnis friedlicher Beratungen am Konferenztisch. Und wo solle man im Moment geeignete Kompensationen finden? Kompensationen im Orient (Donaufürstentümer, Bosnien und Herzegowina) seien als Äquivalent ungeeignet und unzureichend. « On nous a insinué que la Silésie

«Ceci est plus clair, c'est franc et je ne puis pas dire que Vous avez complètement tort — voyons le reste!»

Je voyais que la curiosité de l'Empereur augmentait à mesure qu'il lisait — je lui donnai le Nr. 3[1] en lui disant:

«Ceci, Sire, contient des choses très secrètes, destinées à être confiées verbalement et seulement à Votre Majesté.»

L'Empereur, après avoir lu cette pièce, me dit:

«Le commencement est excellent, la fin gâte malheureusement tout, car elle ferme la porte à toute entente secrète entre nous. Qu'avez-Vous encore?»

«Une dépêche, Sire, qui répond aux dernières communications que j'ai faites à Vienne et qui témoignaient de mon découragement concernant la possibilité d'une entente avec Votre Majesté.»

L'Empereur s'en empara et lut la dépêche Nr. 5[2] deux fois.

En me la rendant ,l'Empereur me demanda ce qui résultait de tout cela.

Je pris un papier que j'avais mis dans ma poche et sur lequel j'avais tracé à la hâte la petite note, dont Votre Excellence a reçu la copie aujourd'hui avec la lettre que je Lui ai adressée par Mr. de Gramont.[3]

Je dis à l'Empereur: «Voici, Sire, ce que j'ai cru pouvoir conclure de l'expédition que Votre Majesté connaît maintenant. Cela me paraît être le maximum de nos concessions.»

L'Empereur après l'avoir lue, me dit: «Ceci est très-bien parce que cela me donne confiance, mais ce n'est pas tout, il faut pour ma direction personnelle, en face des événements qui vont avoir lieu, que nous discutions ensemble et franchement la question vénitienne, sans la solution de laquelle du moins en perspective, nous ne pourrions nous entendre.»

En ouvrant un tiroir de sa table, l'Empereur me dit: «Voici un petit projet bien court et bien simple que je Vous soumets.»

Sa Majesté me donna alors lecture des points que Votre Excellence connaîtra au moment où j'écris.

La discussion à laquelle cette proposition donna lieu dura longtemps, la possibilité d'un pareil arrangement, contestée par moi, affirmée par l'Empereur en fit les frais.

pourrait nous dédommager amplement de l'abandon de la Vénétie. Nous sommes fort éloignés de désirer la réalisation de cette éventualité et nous préférons avant tout que chacun garde ce qui lui appartient aujourd'hui légitimement. Si la guerre éclate réellement, et si des succès militaires brillants viennent consolider notre puissance, relever notre ascendant moral en Europe et nous laisser enfin entre les mains des conquêtes assurées, alors nous pouvions admettre qu'usant avec modération de nos avantages, nous consentions à renoncer à une ancienne possession afin d'en garder une nouvelle. Une puissance victorieuse peut faire dans l'intérêt de la pacification générale, telle quelle ne saurait accorder à la menace etc.»

Man begreift, warum Napoleon, von seinen Hintergedanken aus, diese Tonart immerhin als klarer und offen bezeichnete.

[1] Nr. 129.

[2] Nr. 130.

[3] Dieser Brief, mitsamt Vertragsentwurf, findet sich nicht bei den Akten.

J'en arrivai à une conclusion que j'exprimai dans les termes suivants:

« En s'engageant à une neutralité absolue, même en Italie, Votre Majesté nous rend certainement un grand service; en la faisant dépendre d'une condition aussi dure que cette de céder la Vénétie à la fin de la guerre qu'elle qu'en soit l'issue,[1] Votre Majesté nous met le couteau à la gorge. Mais enfin nous saurons à quoi en tenir, ce que Votre Majesté a si longtemps refusé de nous faire deviner. »

J'ai encore parlé de la neutralité française si avantageuse pour la Prusse et l'Italie en ce sens que sans elle Mr. de Bismarck n'eût pas osé s'avancer comme il l'a fait, dégarnir entièrement les frontières de l'ouest et rassembler contre nous les masses qui espèrent nous écraser, et de l'autre côté le Gouvernement de Florence ne se fût pas permis de pousser des cris de guerre, dont le prétexte est si contraire au droit de l'autrui. »

Prenant texte d'un passage de journal se rapportant à la théorie de la neutralité, j'ai dit à l'Empereur: « Votre neutralité, Sire, a été l'alliée de la violence. »

L'Empereur en convint franchement, sans ambage, et me fit les confidences suivantes qui méritent d'être signalées:

« J'avoue, » me dit Sa Majesté, « que j'ai eu des coquetteries pour la Prusse et je veux Vous en donner les raisons avec une entière franchise.

« D'abord, quoique j'estime et j'honore au plus haut degré l'Empereur d'Autriche, je n'ai été en relations personnelles avec Lui qu'à un moment douloureux pour Lui et fort embarrassant pour moi[2] et je n'en ai guère obtenu jusqu'ici des preuves d'amitié personnelles, tandis que le Roi de Prusse est venu à Compiègne[3] et m'a toujours témoigné des sentiments fort bienveillants. C'était une raison pour ne pas me montrer hostile à ses petites ambitions.[4] Mais ce n'est pas tout — j'ai surtout laissé s'avancer la Prusse, me disant que le moment venu de s'assurer de moi, on me ferait *un pont d'or*. Les *provinces du Rhin en perspective lointaine m'ont longtemps fait hésiter à faire mon choix.*[5] Aujourd'hui j'ai entièrement abandonné des idées de ce genre[6] et en ayant fait

[1] Vgl. Art. 2 des Vertrags vom 12. Juni 1866, Nr. 166.

[2] Zusammenkunft in Villafranca am 11. Juli 1859.

[3] Am 6. Oktober 1861.

[4] Das Motiv der aktiven Ermunterung des preußischen Ehrgeizes, mit dem Napoleon seit 1857 arbeitete (vgl. Nr. 8. 10. u. o.), wird hier begreiflicherweise in den Hintergrund gedrängt.

[5] Wir haben hier ein persönliches Bekenntnis des Kaisers zu dem geheimen Motiv und dem letzten Ziel seiner Ermunterungspolitik gegenüber Preußen, das mit seinen zahlreichen entgegengesetzten Äußerungen Goltz und Bismarck gegenüber verglichen werden mag. Es ist weiter bezeichnend, daß sich dieses Ziel nicht auf »die Grenzen von 1814« oder auf den « petit Rhin » beschränkt, sondern ohne Umschweife « les provinces rhénanes » ins Auge faßt. Zu dieser Zukunftsrechnung vgl. die Äußerung S. 212.

[6] Der Termin, an dem Napoleon sich zu dem Verzicht auf das preußische Dessin bekennt, der 3. Juni, findet seine Erklärung in dem Scheitern auch des letzten außeramtlichen Sondierungsversuchs in Berlin (vgl. Nr. 127 D). Am 1. Juni hatte Oberst Kiss das negative Ergebnis seiner Sendung dem Prinzen Napoleon gemeldet.

le sacrifice, je me dis aujourd'hui que je n'ai pas à gagner en m'entendant avec l'Autriche.[1]

« Je ne voudrais pas faire la guerre et c'est pour m'assurer ce résultat que je Vous dis franchement à quelles conditions *je pourrais ne pas la faire.*

«Si je suis sûr d'avoir un jour la Vénétie et si je puis dormir tranquille sachant que Vous ne toucherez pas au point d'honneur de l'armée française et du pays tout entier, en effaçant tous les résultats de la guerre de 1859, je ne demande pas mieux que Vous battiez les Italiens s'ils Vous attaquent et si par suite de Vos succès, des mouvements ont lieu en Italie (ce que je prévois), mouvements qui amèneraient des changements pouvant faire crouler l'unité italienne je ne m'y opposerai pas.[2]

Si Vous acceptez ce que je Vous propose, rien ne nous brouillera plus; si Vous croyez devoir refuser, je serais *forcé d'armer à mon tour et d'intervenir éventuellement.* »[3]

C'est ici que finit notre entretien politique — de ce moment notre causerie devint plus intime et l'Empereur m'adressa personnellement des paroles de regrets de m'avoir fait subir de si cruelles épreuves — il fut ce qu'il sait être à l'occasion, bon, confiant et d'une amabilité extrême. En me congédiant, l'Empereur me dit qu'il chargerait Mr. de Gramont de sa proposition et il me demanda de Lui donner ma parole de ne pas avertir Votre Excellence de la teneur de ses conditions avant l'arrivée à Vienne du Duc, en prétextant que des affaires secrètes de ce genre ne devaient pas rester en suspens plus de quelques heures.

133.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 6 juin 1866

Les journaux officieux et leurs conseillers officiels ne savent pas quel parti prendre et quelle figure faire. Pour dégager l'Empereur de toute responsabilité d'avoir empêché les conférences, ils ont reçu pour mot d'ordre:

1° de dire que par suite des dépêches arrivées de St. Pétersbourg et de Londres qui ont désespéré de la réunion projeté, dès que nos réserves y furent connues, le Cabinet français commençait à croire aussi que les conférences devenaient impossibles,

2° de faire retomber sur l'Autriche la faute de l'avortement des conférences, mais de ne pas prononcer contre elle des paroles blessantes, enfin

[1] Das »Opfer« besteht in dem Verzicht auf die Idee, von Preußen eine Kompensation sich verschreiben zu lassen, nicht aber in dem Verzicht auf das Kompensationsobjekt als solches, vgl. die Abmachung vom 12. Juni 1866 (Nr. 147. 148) und die späteren Erklärungen von Drouyn de Lhuys (Nr. 166. 167).

[2] Vgl. Note additionelle zum Vertrage vom 12. Juni, § 5 (Nr. 147).

[3] In diesem Satze ist die unbedingte Nötigung enthalten, durch die Österreich zum Eingehen auf den Vertrag vom 12. Juni gefügig gemacht wird.

3° d'attendre des ordres ultérieurs avant de s'avancer de quelque côté que ce soit.

L'article du « Journal des Débats » que j'ai fait reproduire dans « l'Époque» d'hier soir, a beaucoup contribué à arrêter l'opinion publique qui menaçait de se prononcer contre nous.

Tout le monde, en somme, commence aujourd'hui, après deux jours d'hésitations, à nous donner raison. La bourse ne s'est pas alarmée outre mesure et on dirait, qu'elle sent que notre position raffermit.

Les italienissimes s'agitent beaucoup, mais ils commencent à se demander, s'il est prudent de nous faire la guerre sans le concours de la France.

Le Prince Napoléon tempête contre l'Empereur, demande que l'on se mette le plus de monde possible contre nous pour en finir et pousse Mr. de Girardin à la guerre à quoi ce dernier n'obéit qu'en rechignant et en rassemblant paradoxes sur paradoxes dans « La Liberté », qui amuse fort le public tous les soirs.

Mais il ne faut pas se dissimuler que si rien ne se conclut avec la France, toutes les écluses seront lâchées contre nous, et je ne puis en conscience affirmer que le levier dont le Gouvernement dispose pour ameuter contre nous l'opinion publique n'amènerait pas les résultats désirés.

134.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, den 6. Juni 5^{40} p. m.; eingel. 6^{30} p. m.

Der Kaiser hat mich ersucht, Euer Exzellenz zu bitten, dem Herzog v. Gramont eine Audienz baldigst bei unserem allergnädigsten Herrn zu erwirken und wenn möglich selbst zugegen zu sein, um die hiesigen Bedingungen gründlich besprechen zu können.

Eine definitive Nichtannahme oder mögliche Modifikation bitte ich mir sogleich bekannt zu geben.

Il serait bon de publier la dépêche No. 1[1] et de faire parler la gazette de Vienne dans le sens de la dépêche No. 2[2] pour couper court aux calomnies prusso-italiennes.[3]

[1] Vgl. Seite 250 Anm. 2.

[2] Vgl. Seite 251 Anm. 2.

[3] Graf Mensdorff antwortete 7. Juni 1^{45} p. m.: «Vous pouvez faire publier la dépêche Nr. 1 du 1er juin. Il paraîtra ici un article officieux dans le sens de la dépêche Nr. 2 dont le texte ne nous semble pas pouvoir être livré au public sans modifications.» Gleichzeitig fragte Fürst Metternich am 7. Juni 3^{30} p. m.: »Darf ich die in der Depesche Nr. 2 enthaltenen Argumente teilweise in einer Wiener Korrespondenz des ‚Constitutionnel' abdrucken lassen?« Antwort des Grafen Mensdorff 8. Juni 12^{50} p. m.: «Je n'ai pas d'objection à ce que Vous serviez de la dépêche Nr. 2 du 1er juin dans la manière indiquée par votre télégramme d'hier.» (H. H. u. St. Arch. Wien.)

135.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich

Paris, den 6. Juni 1866

Eurer Exzellenz sehr geehrte Zirkulardepesche vom vorgestrigen Tage Nr. 329 habe ich heute Herrn Drouyn de Lhuys vertraulich mitgeteilt. Derselbe schenkte der Vorlesung dieses Aktenstücks das größte Interesse und erkannte die darin enthaltenen Ausführungen und den entwickelten Standpunkt im wesentlichen als vollkommen begründet an. Er las mir seinerseits die ihm von Herrn Benedetti eingereichte Depesche vor, welche Eure Exzellenz unterm 3. d. M. aus Anlaß der von Österreich in Frankfurt abgegebenen Erklärungen an den Freiherrn v. Werther gerichtet haben.[1] Er hielt mit mir den Krieg für unvermeidlich und vermutete, daß derselbe in Holstein ausbrechen werde. Er las mir ferner die, Eurer Exzellenz ohne Zweifel heute von Herrn Benedetti mitgeteilte Depesche vom 4. d. M.[2] vor, durch welche das französische Kabinett in Übereinstimmung mit England und Rußland die Unzulässigkeit der Reserven, mit welchen Österreich seine vergebliche Annahme der Kongreßeinladung begleitet hat, anerkennt und zugleich auf die Abhaltung der Konferenzen verzichtet. Diese Depesche hat der Herzog von Gramont selbst vorgestern abend nach Wien mitgenommen. Andere Erläuterungen hat er dort nicht zu geben[3] und sieht Herrn Drouyn de Lhuys durchaus keinen Faden, durch welchen die Verhandlungen behufs Vereinigung einer Konferenz für jetzt wieder angeknüpft werden könnten. Wenn Fürst Metternich den Eindruck gehabt hat, daß der Kaiser Napoleon die österreichischen Reserven im allgemeinen gerechtfertigt finde, so hat er sich einer abermaligen Illusion hingegeben. Herr Drouyn de Lhuys hat mir gesagt, daß das kaiserliche Kabinett sich in keinen lauten und leidenschaftlichen Vorwürfen gegen Österreich ergehen wolle, dieses aber nicht darüber im Zweifel sein könne, daß Frankreich es für das Fehlschlagen des Versöhnungswerks für verantwortlich halte. Der Minister fügte hinzu, er bereue den Versuch nicht, durch welchen die neutralen Mächte ihren guten Willen gezeigt und vielleicht die Grundlage zu einer späteren Wiederaufnahme während des Krieges gelegt hätten. Er erkannte zugleich an, daß sich unsere Stellung durch die von uns bekundete Bereitwilligkeit und den von Österreich begangenen Fehler wesentlich verbessert habe.[4]

[1] Der Protest gegen die Überweisung der schleswig-holsteinischen Frage an den Bundestag, die als Bruch der Gasteiner Konvention bezeichnet wurde.

[2] Orig. dipl. 10, 25.

[3] Über die wahre Bedeutung der Reise des Herzogs von Gramont am 4. Juni siehe Nr. 131, 132, 134.

[4] Vgl. Tagebücher des Legationssekretärs v. Radowitz: »6. Juni. Jetzt ist jedermann davon überzeugt, daß Österreich die Schuld an dem Ausbruch des Krieges trägt. In dieser Auffassung wurde Goltz auch durch eine Konferenz mit Drouyn de Lhuys im Laufe des Nachmittags völlig bestätigt. Drouyn de Lhuys sagte ihm, wir hätten sehr gewonnen, die Österreicher sehr verloren, letzteren fiele jetzt die Verantwortung für den Krieg zu.«

136.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 6. Juni 1866

In der Gemäßheit des mir gestern abend durch das Telegramm des Grafen v. Bismarck Nr. 338 zugegangenen allergnädigsten Befehls Eurer Königlichen Majestät habe ich bei dem Kaiser Napoleon eine Audienz nachgesucht, welche soeben stattgefunden hat. Ich habe dem Kaiser Eurer Königlichen Majestät Dank für seine Bestrebungen, durch gemeinsame Beratungen den Frieden zu retten, ausgesprochen, indem ich hervorhob, wie aufrichtig und rückhaltlos Eure Majestät darauf eingegangen wären. Ich fügte hinzu, wie sehr Eure Majestät das Bedauern des Kaisers, daß diese loyalen Bemühungen vereitelt worden seien, teilten.

Der Kaiser nahm diese Mitteilung sehr wohlwollend auf und beauftragte mich, Eurer Königlichen Majestät dafür in Seinem Namen zu danken. Er konstatierte, daß das Friedenswerk gescheitert sei, und warf die Frage auf, was wohl das in Wien so plötzlich eingetretene Revirement habe herbeiführen können, indem man dort ohne Zweifel anfänglich entschlossen gewesen sei, auf die Einladung einzugehen. Der Kaiser bezweifelte wie ich die Richtigkeit des in dieser Beziehung umlaufenden Gerüchtes von einer Einwirkung Rußlands und einer Annäherung zwischen dieser Macht und Österreich. Ich erzählte Seiner Majestät, man sage, der Graf Esterhazy habe den Kaiser Franz Joseph nachträglich vermocht, einen bereits gefaßten Konseilbeschluß, wonach der Einladung Folge gegeben werden sollte, wieder umzuwerfen.[1]

Der Kaiser äußerte, Er habe sich von vornherein die Schwierigkeit, den Kongreß zustande zu bringen, nicht verhehlt, indessen doch den Versuch nicht scheuen wollen. Ich bemerkte, daß es loyaler von Österreich gewesen sein würde, seinen Entschluß von vorneherein kundzugeben und dadurch der Einladung, sowie den daran geknüpften Hoffnungen, beizeiten vorzubeugen. Der Kaiser erkannte dies an, enthielt sich aber jedes ausdrücklichen Tadels des österreichischen Verhaltens. Dies stimmt mit den mir hinterbrachten Instruktionen überein, welche die Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten der ministeriellen Presse erteilt haben sollen.[2] Dieselben gehen dahin, zwar die Verantwortlichkeit Österreichs für das Scheitern des Friedenswerkes festzustellen, dabei aber gewisse ménagements gegen diese Macht zu beobachten. Ich schreibe diese Haltung dem natürlichen Wunsche Frankreichs zu, Österreich nicht durch ein zu schroffes Auftreten Rußland in die Arme zu treiben, was für die orientalische Frage bedenklich sein könnte.[3]

Die Frage des Kaisers, wer nun den ersten Schuß tun würde, beantwortete ich nach Maßgabe des mir gestern abend zugegangenen Erlasses vom 5. d. M.

[1] Vgl. H. Friedjung a. a. O. 1, 315.

[2] Vgl. Nr. 133.

[3] Die wirkliche Ursache ist dem preußischen Botschafter verborgen, wie er überhaupt der doppelpoligen Politik des Kaisers nicht auf den Grund zu sehen vermag.

Nr. 333. Der Kaiser machte gegen den sich daraus ergebenden Plan keine Einwendungen und erkannte an, daß es jetzt auf den ersten Schuß nicht mehr ankomme. Jedermann sehne sich vielmehr danach, aus der bisherigen Ungewißheit gerissen zu werden. Er bemerkte, daß, wie er gehört, wir jetzt numerisch stärker seien als die Österreicher, und warnte uns vor einer Zersplitterung unserer Kräfte, indem er durch Erzählungen aus dem italienischen Feldzuge dartat, daß Er nur durch beständiges Zusammenhalten seiner ganzen Armee großen Gefahren entgangen sei.

Ich nahm diese Gelegenheit wahr, um auf das große Zeichen von Vertrauen hinzuweisen, welches Eure Königliche Majestät durch die völlige Entblößung der Rheinprovinz Frankreich gäben. Der Kaiser erwiderte, Eure Majestät könnten Seiner Neutralität versichert sein. Er fügte hinzu, Bayern hege allerdings den Verdacht, daß ein geheimer Vertrag zwischen Preußen und Frankreich bestehe.[1]

Ich wage hieran die alleruntertänigste Bemerkung zu knüpfen, daß bisher noch keinerlei militärische Vorbereitungen hier getroffen worden waren, jetzt aber die nötigen Einleitungen erfolgt sind, um binnen 6 bis 7 Wochen, also in einem Moment, wo der Kampf zwischen den kriegführenden Mächten eine entscheidende Wendung genommen haben kann, eine Armee rekrutieren zu können. Es scheint mir dies der natürlichen Stellung Frankreichs zu entsprechen und daher keine Besorgnisse zu motivieren. In der Tat ist es für den Fall entscheidender Erfolge und eines rücksichtslosen Vorgehens Österreichs gegen Italien wahrscheinlich, daß Frankreich für die Interessen der letzteren Macht eintreten würde. Herr Drouyn de Lhuys deutet ferner den ministeriellen Journalisten an, daß Frankreich im Falle des Sieges der Alliierten die Abtretung Venetiens und der Elbherzogtümer befürworten, im entgegengesetzten Falle Österreich überlassen würde, seine Kompensation für Venetien auf Kosten Preußens zu suchen. Ich höre endlich, daß in den nächsten Tagen ein außerordentlicher Kredit von 500 bis 600 Millionen vom Gesetzgebenden Körper verlangt werden dürfte.

Der Kaiser ersuchte mich am Schlusse der Unterredung, nochmals Eurer Königlichen Majestät für Allerhöchstdero freundschaftliche Gesinnungen zu danken, indem er hinzufügte, daß er den Kriegsereignissen mit lebhaftem Interesse folgen werde.[2]

[1] Vgl. Erlaß Varnbülers an Freiherrn v. Wächter, 10. Juni 1866: »Was Pfordten in seiner Haltung sehr vorsichtig macht, ist der Zweifel, den er in betreff der Haltung und der Absichten des Kaisers Napoleon hat. Er schöpft aus denselben Quellen wie wir, nur direkter, und sieht immer Frankreich auf preußischer Seite. Für diesen Fall hält er einen Kampf mit Österreich für hoffnungslos, und will dann gerüstet stehen bleiben.« (St. Arch. Stuttgart.)

[2] In den Tagebüchern des Legationssekretärs v. Radowitz wird zum 7. Juni bemerkt: »Um 2 Uhr hatte er (Goltz) Audienz beim Kaiser, um demselben für die loyalen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zu danken. Cäsar hat nicht viel gesagt, die Auffassung von der Unmöglichkeit, die Konferenz vor dem Krieg wieder aufzunehmen, aber völlig bestätigt, sich jedoch sehr in acht genommen, gegen Österreich einen Tadel auszusprechen. Er hat dem König seine ‚freundschaftlichen Gesinnungen' versichern lassen und hinzugefügt, ‚er würde dem Kriege mit vielem Interesse folgen' (das glauben

137.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 7 juin 1866, 11^{5} a. m., arr. 12^{50} p. m.

Pour faire accepter des modifications sérieuses aux conditions de l'Empereur Napoléon sollte man auf eine persönliche Zusammenkunft der beiden Kaiser bestehen, le seul moyen selon moi de s'assurer des résultats.[1]

138.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, den 7. Juni 1866, 7^{25} nachm., eingel. 8. 6. 12^{45} nachm.

L'Empereur a consenti à remplacer l'article II par une condition plus équitable. Duc de Gramont ne le saura que ce soir. Wir brauchen Venedig nur herzugeben im Falle wir in Deutschland siegen; sollten wir in Italien siegen, so dürfen wir den status quo ohne vorheriges Einverständnis mit Frankreich nicht gewaltsam verändern.

139.

Graf Mensdorff an Kaiser Franz Joseph

Telegramm, Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Wien, den 8. Juni 4^{17} nachm.

Wir haben erst jetzt den veränderten Entwurf beendet und ich erbitte mir die allergnädigste Bewilligung, heute abend Eurer Majestät denselben vorzulegen, wozu ich auch Graf Esterházy mitbringen zu dürfen bitte. Herzog von Gramont scheint seine Proposition als dringendes Ultimatum darstellen zu wollen.[2]

wir auch ohnedem). Goltz ist es aufgefallen, daß er im ganzen sich bemühte, sich vorsichtig auszudrücken, und daß von den früher immer betonten ‚sympathies', ‚intérêt sympathique' sowie der ‚neutralité bienveillante' nicht die Rede war, sondern nur von ‚neutralité' schlechthin.«

[1] Eine Antwort auf diesen Vorschlag findet sich nicht bei den Akten. Er war, unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, für den Kaiser von Österreich unannehmbar, und wenn er als das einzige Mittel bezeichnet wurde, ernste Änderungen in den Vertragsbedingungen Napoleons herbeizuführen, so bedeutete das für Wien, daß man auf solche ernsten Änderungen werde verzichten müssen.

[2] Wie rasch sich in diesen Tagen auf unterirdischen Kanälen die Nachricht von den geheimen Besprechungen Mensdorff-Gramont verbreitete, geht aus einem Erlaß des Freiherrn v. Varnbüler vom 10. Juni an Freiherrn v. Wächter hervor, in dem aus einem Privatbriefe die folgenden Mitteilungen »meines geheimen Agenten« (anscheinend eines ungetreuen Beamten der Wiener Staatskanzlei) weitergegeben wurden: »Gestern war Duc de Gramont zweimal stundenlang bei Mensdorff, außerdem über eine Stunde beim Kaiser. Heute vormittag war derselbe wieder von ½9 bis 11 Uhr bei Mensdorff. Bei seinem Weggehen war letzterer ganz verstört und äußerte sich zu einem Vertrauten: ‚Zwei Kriege können wir aufnehmen, aber wie sollen wir einen dritten aushalten?' Um 3 Uhr heute nachmittag ist enger Ministerrat beim Kaiser. Daselbst wird unter anderem das Patent des Landsturms vorgelegt, das die gesunden Männer Österreichs von 26 bis 45 Jahren sukzessive unter die Waffen ruft.« (St. Arch. Stuttgart.)

140.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Vienne, le 9 juin, 6^{00} p. m.

Je suis tombé d'accord avec le Duc de Gramont sur le texte de la Convention secrète et d'une note explicative. Quelques modifications de peu d'importance ont été faites.

141.

Baron Wendland an Freiherr von der Pfordten

Konzept, eigenhändig. Geh. St. Arch. München

Paris, den 9. Juni 1866

... Herr Drouyn de Lhuys kommt noch öfter, wenn auch nur gelegentlich, auf die bayerischen Rüstungen in der Pfalz zurück,[1] er bemerkt dazu, daß Preußen seine Truppen aus den Rheinprovinzen zurückzieht, während Bayern daselbst rüste. Ich unterlasse natürlich nicht, die nötigen Erklärungen zu geben und den Minister über die Absichten der Königlichen Regierung zu beruhigen.[2]

142.

General Klapka[3] an Bismarck

Eigenhändig. A. A. Berlin

Brüssel, den 10. Juni 1866

Ich habe meinen Weg von Berlin[4] nach Paris genommen, um daselbst über den Erfolg meiner Mission à qui de droit Bericht zu erstatten und in dem Sinne

[1] Vgl. Nr. 95.

[2] Wie sehr das Mißtrauen der französischen Regierung gegen Bayern bis zuletzt andauerte, beweist ein Bericht des württembergischen Geschäftsträgers Freiherrn v. Soden (Dresden) vom 31. Mai 1866 über Äußerungen des französischen Gesandten in Dresden, Baron Forth-Rouen: »Er bemerkte, daß das ‚zweideutige Auftreten' Bayerns in Paris den allerschlimmsten Eindruck mache, und daß man daselbst nun und nimmermehr begreifen könne, wie angesichts der ‚Insolenz', die Herr v. Savigny durch jene Erklärung an den Tag gelegt habe, das bayerische Kabinett und die bayerische offizielle Presse nicht ein Wort habe, um sich gegen die geflissentliche Voranstellung Württembergs und die absichtliche Auseinanderhaltung der beiden Regierungen zu verwahren. Nach seinen Nachrichten aus Paris sei man daselbst durch die Haltung Bayerns um so übler berührt, als man nach den Eröffnungen des Herrn v. Wendland ein entschiedenes Auftreten des Münchener Kabinetts gegen das preußische Gebaren und ein solidarisches Zusammengehen der Mittelstaaten annehmen zu dürfen geglaubt und gehofft habe.« (St. Arch. Stuttgart.)

[3] Unter dem Pseudonym H. M. Payne.

[4] Zu seiner Verhandlung mit Bismarck vgl. Usedoms Telegramm vom 4. Juni, wonach General Türr und Graf Csaky am 4. Juni abends von Florenz nach Berlin reisen würden, wahrscheinlich auch General Klapka, der zum Obergeneral der militärischen Erhebung bestimmt sei. Über den Inhalt der Besprechung Türrs mit Bismarck entspann sich nach dem Ausbruch des Krieges von 1870 eine Zeitungsfehde. Bismarck bestritt nicht, Türr empfangen und von ihm mündliche, von besser akkreditierten Agenten schriftliche Mitteilungen entgegengenommen zu haben, aber erklärte, ihm niemals, weder schriftlich noch mündlich, eine Antwort gegeben zu haben, während Türr mit einem Auftrag für den Prinzen Napoleon entlassen zu sein behauptete.

zu wirken, wie ich dies am rätlichsten im Interesse der gemeinschaftlichen Sache erachte, und die Aufklärungen, die Eure Exzellenz mir zu geben die Güte hatten, es mir zur patriotischen Pflicht machen.

Ich brauche nicht zu sagen, welche Begeisterung Euerer Exzellenz energisches Auftreten Österreich gegenüber in Italien und Ungarn hervorrief und mit welcher Zufriedenheit und Genugtuung dieser Erfolg in den Tuilerien und von allen Freunden Preußens konstatiert wurde.

Ich habe mehrere Unterredungen mit dem Prinzen Napoleon und tägliche Konferenzen an der italienischen Gesandtschaft gehabt. Hier wie dort wies ich auf die dringende Notwendigkeit hin, den Operationen in Italien einen aktiven eingreifenden Charakter zu geben usw.

(Folgen Erörterungen über Feldzugspläne und ungarischen Aufstand.)

Prinz Napoleon ist auf das Allianzprojekt[1] zurückgekommen und meint, daß, wenn richtig angegriffen, es auch heute noch durchzuführen ist.

143.

Freiherr von der Pfordten an Baron Wendland

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

München, den 11. Juni 1866

... Wir haben, wie ich Euer Hochwohlgeboren schon früher mitteilte, für unsere in der Pfalz stehenden Truppenabteilungen, wie für unsere ganze Armee die Beurlaubten eingerufen, aber keine Vermehrung der Truppenkörper dort vorgenommen. Jene Einberufung war notwendig gegenüber der Anhäufung preußischer Truppen in der Nähe unserer Pfalz. Jetzt haben diese preußischen Truppenanhäufungen allerdings aufgehört, und infolge davon vermindern auch wir unsere Truppenanzahl in der Pfalz, insbesondere gehen zwei Infanteriebataillone, zwei Batterien und eine Geniekompagnie nach Mainz, und zwar auf Beschluß der Bundesversammlung, um die von dort abziehenden österreichischen und preußischen Truppen teilweise zu ersetzen. Wir werden also demnächst nichts als die gewöhnliche Friedensgarnison in der Pfalz haben.

Ich kann nur bestimmt versichern, daß wir keinen Angriff von Frankreich befürchten und daher auch keine Verteidigungsmaßregeln gegen Frankreich treffen.[2]

[1] Vgl. Nr. 127. Ein letztes Anklopfen von dieser Seite in dem Schreiben des Obersten Kiss vom 22. Juni, Nr. 159.

[2] Die Akten des Geh. St. Archiv in München ergeben, wie ängstlich Pfordten unter dem fortdauernden leisen Druck Frankreichs geworden war. Am 18. Mai 1866 hatte der Kriegsminister Lutz den Österreichern gegenüber geäußert: »Die Rüstungen Frankreichs nähmen höchst beunruhigende Dimensionen an, und er für seinen Teil sei ernstlich darüber alarmiert.« (Oberst v. Schönfeld an Crenneville, KriegsarchivWien.) Als daraufhin ein Erlaß an den Gouverneur von Landau ergehen sollte, warnte Pfordten am 24. Mai, »zur Sicherstellung jener Bundesfestung zu weitgehende, wie namentlich solche Maßregeln zu treffen, welche geeignet wären, das benachbarte Frankreich zu provozieren, und daher nicht im Interesse der Politik der Kgl. Regierung liegen dürften.« Ein Antrag des Generalleutnants Heß vom 9. Juni auf Verproviantierung und Armierung Landaus gegen einen gewaltsamen Handstreich, von welcher Seite auch immer er zu erwarten sei, wurde von Pfordten abschlägig beschieden,

144.

Kaiser Napoleon III. an Drouyn de Lhuys

Moniteur vom 12. Juni 1866

Palais des Tuileriess, le 11 juin 1866

Au moment où semblent s'évanouir les espérances de paix que la réunion de la Conférence nous avait fait concevoir, il est essentiel d'expliquer, par une circulaire aux agents diplomatiques à l'étranger, les idées que mon Gouvernement se proposait d'apporter dans les conseils de l'Europe et la conduite qu'il compte tenir en présence des événements qui se préparent.

Cette comunication placera notre politique dans son véritable jour.

Si la Conférence avait eu lieu, votre langage, vous le savez, devait être explicite; vous deviez déclarer, en mon nom, que je repoussais toute idée d'agrandissement territorial tant que l'équilibre européen ne serait pas rompu. En effet, nous ne pourrions songer a l'extension de nos frontières que si la carte de l'Europe venait à être modifiée au profit exclusif d'une grande Puissance, et si les provinces limitrophes demandaient, par des vœux librement exprimés, leur annexion à la France.[1]

En dehors de ces circonstances, je crois plus digne de notre pays de préférer à des acquisitions de territoire le précieux avantage de vivre en bonne intelligence avec nos voisins, en respectant leur indépendance et leur nationalité.

Animé de ces sentiments et n'ayant en vue que le maintien de la paix, j'avais fait appel à l'Angleterre et à la Russie pour adresser ensemble aux parties intéressées des paroles de conciliation.

L'accord établi entre les Puissances neutres restera à lui seul un gage de sécurité pour l'Europe. Elles avaient montré leur haute impartialité en prenant la résolution de restreindre la discussion de la Conférence aux questions pendantes. Pour les résoudre, je croyais qu'il fallait les aborder franchement, les dégager du voile diplomatique qui les couvrait, et prendre en sérieuse considération les vœux légitimes des souverains et des peuples.

Le conflit qui s'est élevé a trois causes:

La situation géographique de la Prusse mal délimitée;

Le vœu de l'Allemagne demandant une reconstitution politique plus conforme à ses besoins généraux;

La nécessité pour l'Italie d'assurer son indépendance nationale.

Les Puissances neutres ne pouvaient vouloir s'immiscer dans les affaires intérieures des pays étrangers; néanmoins les cours qui ont participé aux actes constitutifs de la Confédération germanique avaient le droit d'examiner

da die Besorgnis eines Angriffs von Preußen ferngerückt und eine Bedrohung durch Frankreich mit ziemlicher Gewißheit wenigstens in der nächsten Zeit nicht zu besorgen sei, während Maßregeln wie die oben erwähnten (Verproviantierung und Armierung Landaus) von der Kaiserlichen Regierung leicht als eine gegen sie gerichtete Provokation aufgefaßt werden könnten. (Geh. St. Arch. München.)

[1] Der Verzicht auf französische Vergrößerung wird durch den doppelten Vorbehalt einer Störung des europäischen Gleichgewichts und eines freiwilligen Anschlusses von Nachbarprovinzen seines ganzen Inhalts beraubt. In der Anmeldung dieser Vorbehalte liegt der Sinn des ganzen Absatzes.

si les changements réclamés n'étaient pas de nature à compromettre l'ordre établi en Europe.[1]

Nous aurions, en ce qui nous concerne, désiré pour les États secondaires de la Confédération une union plus intime, une organisation plus puissante, un rôle plus important; pour la Prusse, plus d'homogénéité et de force dans le Nord; pour l'Autriche le maintien de sa grande position en Allemagne.[2] Nous aurions voulu en outre que, moyennant une compensation équitable, l'Autriche pût céder la Vénétie a l'Italie; car si, de concert avec la Prusse, et sans se préoccuper du traité de 1852, elle a fait au Danemarc une guerre au nom de la nationalité allemande, il me paraissait juste qu'elle reconnût en Italie le même principe en complétant l'indépendance de la Péninsule.

Telles sont les idées que, dans l'intérêt du repos de l'Europe, nous aurions essayé de faire prévaloir. Aujourd'hui il est à craindre que le sort des armes seul en décide.

En face de ces éventualités, quelle est l'attitude qui convient à la France? Devons-nous manifester notre déplaisir parce que l'Allemagne trouve les traités de 1815 impuissants à satisfaire ses tendances nationales et à maintenir sa tranquillité?

Dans la lutte qui est sur le point d'éclater, nous n'avons que deux intérêts: la conservation de l'équilibre européen, et le maintien de l'œuvre que nous avons contribué à édifier en Italie. Mais, pour sauvegarder ces deux intérêts, la force morale de la France ne suffit-elle pas? Je ne le pense pas. Si, malgré nos efforts, les espérances de paix ne se réalisent pas, nous sommes néanmoins assurés, par les déclarations des Cours engagées dans le conflit,[3] que, quels que soient les résultats de la guerre, aucune des questions qui nous touchent ne sera résolue sans l'assentiment de la France. Restons donc dans une neutralité attentive, et, forts de notre désintéressement, animés du désir sincère de voir les peuples de l'Europe oublier leurs querelles et s'unir dans un but de civilisation, de liberté et de progrès, demeurons confiants dans notre droit et calmes dans notre force.

Sur ce, Monsieur le Ministre, je prie Dieu qu'il vous ait en sa sainte garde.

[1] Über diesen Anspruch, der angesichts kommender Möglichkeiten von französischer Seite mit besonderem Nachdruck gepflegt wurde, vgl. Nr. 114, 126.

[2] Daß diese drei Ziele im wahren Sinne des Wortes neben- und miteinander gar nicht verwirklicht werden konnten, liegt auf der Hand. Es kommt darauf an, welche Hintergedanken die französischen Staatsmänner hinter diese allgemein gehaltene Formulierung versteckten. Schon die Reihenfolge der drei Punkte: 1. Engere Organisation des »dritten Deutschlands« (d. h. des außerösterreichischen und außerpreußischen Deutschlands), 2. Abrundung Preußens (d. h. in Norddeutschland), 3. Aufrechterhaltung der großen Stellung Österreichs, verrät, an welcher Stelle der Schwerpunkt in diesen Orakelsprüchen lag. Es war die jetzt immer sichtbarer hervortretende Neigung, in dem großen Kampf zwischen Österreich und Preußen den Weg für französischen Einfluß in dem »dritten« Deutschland zu ebnen und damit in die wohlbekannte Richtung der Rheinbundpolitik einzulenken. Der Tag von Königgrätz, der diese Träume zerstörte, sollte dann den Kaiser nötigen, eine Vermittlung zugunsten Österreichs, und zwar anfänglich noch auf der Basis des dritten Zieles zu versuchen.

[3] Eine solche Erklärung war wohl von Österreich, durch den Bündnisvertrag vom 12. Juni, nicht aber von Preußen gegeben worden.

145.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 12 juin 1866, 7^{h} a. m., arr. 8^{45} a. m.

Heute abend hat mir der Kaiser mit sichtlichem Vergnügen mitgeteilt, que nous sommes tombés d'accord. Demnächst wird die Regierung in der Kammer eine Erklärung abgeben qui rassurera les petits Etats allemands sur l'attitude de la France.[1]

146.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 12 juin 1866

A la fête donnée hier soir à l'Elysée, en l'honneur de la Grande-Duchesse Marie, l'Empereur est venu à ma rencontre pour me dire:

« Tout est arrangé, je viens de voir une dépêche de Gramont qui m'annonce que Vous avez accepté. J'en suis bien aise, parce que maintenant je pourrai tranquilliser les esprits et prendre couleur. »

Je répondis à Sa Majesté que j'étais très heureux de l'entente qui venait de s'établir, mais que je devais appeler maintenant son attention sur deux points importants.

Le premier concerne les méfiances des états moyens contre la France, le second se rapporte aux indiscrétions commises ici.

J'avais reçu, le matin même, communication d'une lettre de Mr. de Varnbuler, conçue dans des termes qui dénotent de sa part une préoccupation sérieuse au sujet des intentions de l'Empereur. Mr. de Dalwigk de son côté, s'était exprimé dans le même sens envers l'un de ses parents qui m'a rapporté ses paroles. Je parlai de tout cela à l'Empereur et j'ajoutai que le moment me paraissait venu de témoigner hautement de Ses intentions pacifiques envers l'Allemagne et les états moyens en particulier.

Sa Majesté me répondit que Ses nouvelles Lui avaient permis de constater l'exactitude de mes appréciations et qu'il ne demandait pas mieux que de s'énoncer le plus tôt possible dans un sens pacifique, et de manière à rassurer complètement les ministres timorés des états secondaires.

Au sujet des indiscrétions commises dans les derniers temps par rapport à la mission du Duc de Gramont, j'ai cité à l'Empereur des propos ne pouvant venir que de Son Cousin, le Prince Napoléon.

L'Empereur se plaignit comme moi, de ces indiscrétions et nous discutâmes ensemble sur leur provenance probable.

J'ai pu citer à l'Empereur M. M. de Persigny et de Heeckeren qui m'ont,

[1] Es ist das am 12. Juli von Rouher im Corps législatif verlesene Schreiben des Kaisers an Drouyn de Lhuys vom 11. Juni (Nr. 144), in dem er für seine letzten Ziele einen elastischen und vielsagenden, die deutschen Mittelstaaten aber keineswegs befriedigenden Ausdruck zu finden suchte.

tour à tour, demandé des nouvelles de la mission de Mr. de Gramont en me donnant certains détails qui faisaient présumer qu'ils se doutaient du contenu des propositions transmises à Vienne. J'ai raconté aussi à Sa Majesté que je savais positivement que les Italiens connaissaient à ce sujet des détails d'une précision incroyable.

L'Empereur, de son côté, me dit que le Prince Napoléon Lui avait cité, dès le lendemain de notre entrevue aux Tuileries, un propos que je lui avais tenu.[1]

Le Prince Lui avait dit:

«Vous essayez quelque chose à Vienne, c'est peine perdue, le Prince de Metternich Vous a dit qu'il se sentait trop usé a Vienne pour espérer de réussir, croyez-Vous que ce pauvre Gramont obtiendra quelque chose?»

En cherchant d'où pouvaient venir ces indiscrétions, l'Empereur est arrivé à la conclusion que Mr. de Gramont n'a pas pu se résoudre à résister entièrement aux questions pressantes du Prince Napoléon et que ce dernier a compris *à demi-mot*.

Quant à moi qui connais l'Empereur, je ne jurerais pas que ce n'est pas Lui-même qui a fait entrevoir les choses à M. M. de Persigny et de la Valette. Ce dernier, de pair avec le Prince Napoléon, se sera empressé de faire comprendre aux Italiens qu'il y avait de l'espoir pour eux d'obtenir la Vénétie sans coup férir.

147.

Französisch-österreichischer Geheimvertrag vom 12. Juni 1866

Original. H. H. u. St. Arch. Wien[2]

Leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème et l'Empereur des Français ayant jugé à propos de conclure une Convention secrète, en prévision des événements qui peuvent surgir en Europe, ont nommé pour leurs Plénipotentiaires à cet effet, savoir:

[1] Zur Rollenverteilung zwischen dem Kaiser und dem Prinzen Napoleon in diesen Tagen vgl. ein Telegramm des preußischen Gesandten Usedom an Bismarck aus Florenz, 14. Juni 10^{10} vorm.: »Gestern morgen schickte mir Viktor Emanuel einen Ordonnanzoffizier und ließ mir im geheimen einige Telegramme des Prinzen Napoleon vom 11. und 12. d. M. mitteilen. Kaiser Napoleon ließ darin dem König durch den Prinzen sagen: ‚Italien möge sich so lange ruhig verhalten, bis Preußen im Kriege sei; inzwischen könne man in Florenz dennoch alles, selbst die Kriegserklärung, vorbereiten. Österreich müsse womöglich als im Unrecht befindlich dastehen. Inzwischen schreibe Herzog v. Gramont, Preußen habe in Wien versichert, es werde, wenn Italien zuerst Österreich angriffe, dasselbe nicht unterstützen (Randbemerkung Bismarcks: einfache Lüge); es existiere kein Traktat zu diesem Zwecke, so behaupte Kaiser Franz Joseph.' Der Prinz hält dies für eine Verdrehung und ein Manöver, um Italien von Preußen zu trennen; er rät dem König, fest an der preußischen Allianz zu halten, aber in Berlin auf baldige Kriegserklärung zu dringen.« (A. A. Berlin.)

[2] Die Convention secrète ist nach den Pariser Texten gedruckt: Orig. dipl. 10, 114 f. und 165; die Note additionelle: Orig. dipl. 10, 147 f. und 164 f. Zu dem Vertrage vgl. E. Ollivier, L'Empire libéral 8, 180 ff., und de la Gorce, Histoire du second Empire 4, 627; auf österreichischer Seite Ernst v. Plener, Erinnerungen 1, 82 ff., und Friedjung, Kampf um die Vorherrschaft 1, 316.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème etc.: le Comte de Mensdorff-Pouilly, Son Conseiller intime et Chambellan, ministre de Sa Maison et des affaires étrangères etc. etc.,

et Sa Majesté l'Empereur des Français le Duc de Gramont, Son Ambassadeur près Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique etc.

Lesquels après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I

Si la guerre éclate en Allemagne, le Gouvernement français s'engage vis-à-vis du Gouvernement autrichien à conserver une neutralité absolue et à faire tous ses efforts pour obtenir la même attitude de la part de l'Italie.

Article II

Si le sort des armes favorise l'Autriche en Allemagne, elle s'engage à céder la Vénétie au Gouvernement français au moment où elle concluera la paix. Si le sort des armes favorise en Italie, elle s'engage à ne pas changer dans ce Royaume le statu quo ante bellum, à moins d'une entente avec la France.

Article III

Si des événements de guerre changeaient les rapports des Puissances Allemandes entre elles, le Gouvernement autrichien s'engage à s'entendre avec le Gouvernement français avant de sanctionner des remaniements de territoire qui seraient de nature à déranger l'équilibre européen.[1]

Article IV

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Vienne dans le plus bref délai possible.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait en double expédition à Vienne le douze juin mil huit cent soixante-six.

Mensdorff mpr. Gramont.

Note additionnelle

annexée à la Convention secrète signée entre l'Autriche et la France, le 12 juin 1866

En arrêtant, d'un commun accord, les termes de la Convention secrète, signée le 12 de ce mois, les soussignés ont résumé, dans une note additionnelle, certaines explications destinées à préciser la portée des engagements contractés de part et d'autre et à régler en partie le mode de leur exécution. Cette note additionnelle, dont la teneur suit, constitue un des éléments essentiels de la négociation et de la Convention ci-dessus mentionnée, plusieurs de ses clauses devant faire partie du Traité réglant la cession éventuelle de la Vénétie.

[1] Nähere Erläuterung dieses Artikels durch § 7 der Note additionnelle.

Note additionnelle

(1) En rétrocédant la Vénétie à l'Italie, le Gouvernement Français stipulera le maintien de la Souveraineté temporelle du Pape et l'inviolabilité du territoire actuellement soumis à son autorité, sans préjudice des réserves faites en faveur des droits du Saint-Siège.[1]

(2) Le Gouvernement français stipulera également la reconnaissance et l'inviolabilité des nouvelles frontières de l'Autriche du côté de l'Italie.

(3) Le Gouvernement français stipulera également une indemnité en faveur de l'Autriche pour les forteresses de la Vénétie et les dépenses que le Gouvernement Autrichien devra faire pour assurer la sécurité de ses nouvelles frontières. Il est également convenu que l'État dont la Vénétie fera partie devra aussi prendre à sa charge une part de la dette publique de l'Empire d'Autriche au prorata de la population de cette province.

(4) Le Gouvernement français stipulera des clauses restrictives relativement au port de Venise, afin que ce port ne soit pas disposé de manière à menacer les côtés et la marine Autrichiennes.

(5) Si, par suite des événements de la guerre ou autrement, il se produisait en Italie des mouvements spontanés de nature à défaire l'unité Italienne, le Gouvernement français n'interviendra, ni par la force, ni autrement, pour la rétablir, et laissera les populations maîtresses de leur mouvements. Il est entendu qu'il ne se produira non plus aucune intervention étrangère.

(6) Si le sort des armes favorise l'Autriche en Allemagne, le Gouvernement français sanctionnera tout accroissement territorial conquis par l'Autriche, pourvu qu'il ne soit pas de nature à troubler l'équilibre de l'Europe, en établissant une hégémonie Autrichienne qui unirait l'Allemagne sous une seule autorité.

(7) En cas de remaniements territoriaux[2] le Gouvernement Autrichien, réservant les droits de Souveraineté des Princes de la Maison Impériale qui ont été dépossédés, pourra demander pour eux des compensations partout ailleurs qu'en Italie.[3]

Fait en double expédition à Vienne, le douze juin mil huit cent soixante-six.

Mensdorff mpr. Gramont.[4]

[1] Über die formale Änderung bei der Ratifikation vgl. Anm. 4.

[2] Die für das französische Interesse entscheidende Interpretation der « remaniements territoriaux » in Deutschland wurde an demselben Tage durch eine nicht verbindliche mündliche Erklärung der österreichischen Unterhändler festgelegt, vgl. Nr. 148. Ein späteres Geständnis von dem Kabinettschef des Ministers Drouyn de Lhuys: »Allerdings war der Rhein in dem Vertrage nicht genannt, aber unter den ‚compensations' war eben nur das linke Rheinufer verstanden.« (Nr. 166.)

[3] Die bei der Ratifikation vorgenommene formale Änderung siehe Anm. 4.

[4] Die Ratifikation des Geheimvertrages und der Zusatznote erfolgte in Paris am 16. Juni. Das Exemplar des Wiener H. H. u. St. Archivs trägt die eigenhändige Unterschrift Napoleons und die Gegenzeichnung von Drouyn de Lhuys.

Zur Ratifikation vgl. das Telegramm Metternichs vom 16. Juni 6^{55} p. m.: ». . . . Unterzeichnete Ratifikation zur Abschließung des geheimen Vertrages geht Montag von hier ab. Zwei kleine Redaktionsänderungen zur Note additionelle wurden angenommen. Statt: »l'Italie reconnaîtra le pouvoir temporel« — «*maintiendra*» und statt: «le gouvernement

148.

Herzog von Gramont an Drouyn de Lhuys

Orig. diplomatiques 10, 142—147

Vienne, le 12 juin 1866

(Erläuterung der einzelnen Paragraphen der note additionnelle.)

... Le sixième paragraphe est ainsi conçu: « Si le sort des armes favorise l'Autriche en Allemagne, le Gouvernement français sanctionnera tout accroissement territorial conquis par l'Autriche, pourvu qu'il ne soit pas de nature à troubler l'équilibre de l'Europe en établissant une hégémonie autrichienne qui unirait l'Allemagne sous une seule autorité. » Après le refus que nous avions fait d'accepter dans l'article 2 du traité les mots de *compensation territoriale équivalente*, ce paragraphe avait pour l'Autriche une valeur très considérable, et je crois pouvoir dire que c'est son insertion dans la note additionnelle qui seule a pu décider le Gouvernement autrichien à accepter notre rédaction de l'article 2.

... Les Ministres autrichiens ont alors déclaré qu'ils attachaient le plus grand prix à ce que, au moins dans la note additionnelle, il fût dit que la France ne s'opposerait pas aux accroissements territoriaux de l'Autriche, pourvu qu'ils ne fussent pas de nature à troubler l'équilibre de l'Europe. A ce sujet, nous avons échangé quelques idées qui ne pouvaient trouver place ni dans une note additionnelle, ni dans un protocole, mais dont il est cependant utile de conserver la trace.[1] Le Gouvernement autrichien n'aurait aucune objection à élever contre un remaniement territorial qui, en agrandissant la Saxe, le Wurtemberg, et même la Bavière,[2] aux dépens de princes médiatisés, ferait des provinces rhénanes un nouvel État allemand indépendant.[3] Au surplus, il se mettra d'accord avec la France sur les résultats de tout remaniement territorial.[4]

pontifical maintiendra ses droits»—: «*sans préjudice de ses droits*». Im § 7 wird gesagt: L'Autriche réserve les droits de souveraineté des Princes ... et pourra demander pour eux des compensations partout ailleurs qu'en Italie.» Vgl. Orig. Diplom. 10, 212 ff.

[1] Dieser Satz ist bei Olivier, L'Empire libéral 8, 181 (aus dem vor der Veröffentlichung des Bd. 10 der »Origines« das Schreiben allein bekannt war) ebenso harmlos wie unzureichend wiedergegeben mit den Worten: « Sans se lier, par pure conversation, les plénipotentiaires Autrichiens indiquèrent etc. »

[2] Österreich war hinsichtlich der Vergrößerung seiner deutschen Bundesgenossen am zurückhaltendsten bei Bayern.

[3] Hier erscheint der rheinische Pufferstaat wieder, den Drouyn de Lhuys schon vor Beginn der Verhandlungen als Ziel Frankreichs bezeichnet hatte und der allerdings in Vertrag und Zusatznote aus naheliegenden Gründen keinen Platz fand (vgl. Nr. 73, Anm. Der Zusatz « indépendant » setzt seine Ablösung vom Deutschen Bunde voraus. Der äußere Umstand, daß dieses absichtlich verschleierte französische Verhandlungsziel in den Akten nur hier und da durchbricht, hat zur Folge gehabt, daß über dem Vordergrundsmotiv der Abtretung Venetiens das wahre Motiv der diplomatischen Anstrengungen Frankreichs vielfach übersehen oder doch nur unzureichend gewürdigt worden ist.

[4] Prophetisch hatte Bismarck schon im Jahre 1862 geäußert: »Man wird in Wien Venetien und das linke Rheinufer opfern, wenn man dafür auf dem rechten eine Bundesverfassung mit gesichertem Übergewicht Österreichs gewinnt. Ein sentimentales Deutschtum

149.

Graf Goltz an König Wilhelm I.

Ausfertigung. A. A. Berlin

Reserviert. Durch Königlichen Feldjäger

Paris, den 12. Juni 1866

Eurer Königlichen Majestät habe ich in meinem alleruntertänigsten Berichte vom 7. d. M. Nr. 323[1] ehrfurchtsvoll angezeigt, daß der Kaiser Napoleon in seiner Unterredung mit mir es vermieden hatte, die unannehmbaren Bedingungen, durch welche Österreich den Kongreß vereitelte, ausdrücklich zu tadeln, und daß die ministeriellen Instruktionen der Presse gleichfalls eine gewisse Schonung Österreichs empfahlen. Nicht minder ergibt jener Bericht, daß der Kaiser Eurer Königlichen Majestät wiederholte Neutralität zusagte, sich aber dabei des früher gebrauchten Ausdrucks neutralité *bienveillante* nicht bediente.[1*]

Beide Tatsachen waren mir aufgefallen, schienen mir aber, vereinzelt aufgefaßt, den Ausdruck besonderer Besorgnisse nicht zu rechtfertigen.

Am folgenden Tage erfuhr ich indessen, daß auch der englische Botschafter, welchen der Kaiser drei Tage vorher zu sich hatte entbieten lassen, um mit ihm die österreichische Antwort und die sich aus derselben ergebenden Konsequenzen zu besprechen, seine Überraschung über die Gleichgültigkeit geäußert hatte, mit welcher der Kaiser jene Ablehnung des von ihm in der letzten Zeit mit besonderer Vorliebe verfolgten Friedenswerks aufzunehmen schien. Lord Cowley hatte einem Kollegen[2*] in dieser Beziehung gesagt, Lord Clarendon sei über die österreichische Antwort viel mehr erbittert als der Kaiser Napoleon.[2] Es habe ganz den Anschein, als ob hier ein Revirement zugunsten Österreichs eingetreten sei.

Unter diesen Umständen schienen mir die in der Presse veröffentlichten Erläuterungen, mit denen Fürst Metternich, gleich seinen Kollegen in London und St. Petersburg, die Übergabe der Depesche des Grafen von Mensdorff zu begleiten beauftragt gewesen sein soll und in denen die Geneigtheit des Kaisers Franz Joseph, nach einem siegreichen Feldzuge Venetien gegen eine auf Kosten Preußens zu gewinnende Territorialkompensation an Italien abzutreten, angedeutet ist, eine besondere Beachtung zu verdienen.

Nicht minder bemerkenswert war die Affektation, mit welcher der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten und die inspirierten Blätter zu konstatieren suchten, daß England und Rußland zuerst die österreichische Antwort für eine Ablehnung und infolgedessen das Kongreßprojekt für un-

ist seit Jahrhunderten niemals das leitende Prinzip in der Wiener Hofburg gewesen, und die deutsche Phrase hat dort nur so lange Kurs, als sie zum Leitseil für uns und die Würzburger dient.« (An Bernstorff, 28. Juni 1862, Bismarck-Jahrbuch 6, 154.)

[1] Vgl. den Bericht des Grafen Goltz vom 6. Juni, Nr. 136.

[2] Der Unterschied ist daraus zu erklären, daß man in England den Kongreßplan um der Erhaltung des Friedens willen ehrlich gewollt hatte, während für die französische Politik, wie jede eindringende Analyse der gesamten Akten ergibt, der Kongreßplan nur eine Etappe auf dem Wege zur Herbeiführung des Krieges gewesen ist.

ausführbar erklärt hätten, Frankreich aber dieser Auffassung einfach beizutreten genötigt gewesen sei. Gleichzeitig trat das offizielle mot d'ordre von einer Annäherung zwischen Österreich und Rußland sowie die Behauptung hervor, daß diese Macht jene bewogen habe, die Annahme der Kongreßeinladung von unerfüllbaren Bedingungen abhängig zu machen.

Meinerseits habe ich in den letzten Tagen mehrfach Gelegenheit gehabt, eine gewisse Zurückhaltung des Kaisers mir gegenüber wahrzunehmen,[1] während mir von mehreren Seiten mitgeteilt wurde, daß Seine Majestät in hohem Grade präokkupiert sei. Man erklärte dies dadurch, daß der Kaiser bis zum letzten Augenblick erwartet habe, daß Eure Majestät ihm eine Gebietsabtretung anbieten würden, und daß er nun das Gefühl der Enttäuschung empfinde.

Die angedeutete Zurückhaltung habe ich auch gestern abend bei einem Gartenfest beobachtet, welches die französischen Majestäten der heute abreisenden Großfürstin Marie im Elysee gaben.[2] Der Kaiser fragte mich, ob ich Nachrichten von Interesse erhalten hätte. Ich erwiderte, daß ich jeden Augenblick auf die Nachricht vom Ausbruche der Feindseligkeiten gefaßt wäre; derselbe sei vielleicht schon an demselben Tage in Holstein erfolgt; wo nicht, würde er wahrscheinlich vor oder unmittelbar nach der auf Donnerstag angesetzten Bundestagssitzung stattfinden. Der Kaiser fragte ferner, ob die Zirkulardepesche des Grafen v. Bismarck vom 4. d. M., welche ich ihm vertraulich hatte mitteilen lassen, veröffentlicht werden würde. Ich erwiderte, daß dies bereits in Londoner Blättern geschehen und das Aktenstück aus diesen in hiesige Zeitungen übergegangen sei. Hierauf beschränkten sich[3*] die politischen Bemerkungen, welche der Kaiser, der mir übrigens persönlich die gewohnte Freundlichkeit zeigte, an mich richtete.[4*]

Dagegen habe ich mit dem Prinzen Napoleon eine längere Unterredung gehabt, welche mir manche interessante Aufklärung über die sich hier gegenseitig bekämpfenden Richtungen gab. Ich habe mit diesem Prinzen überhaupt, solange ich hier bin, nur zwei oder drei Male einige Worte zu wechseln die Ehre gehabt. Um so auffallender war es mir daher, als derselbe mich bei einer Begegnung in einer dunklen Allee anredete und sogleich ein politisches Gespräch mit mir anknüpfte. Er begann mir sein lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, daß wir uns nicht vor vier Wochen gesehen hätten.

Damals sei es Zeit zu einer festen Verständigung gewesen. Ich erwiderte, daß wir, wie ich glaubte, mit dem Kaiser über die zu erreichenden Zielpunkte einig seien, wenn darüber auch kein förmliches Abkommen getroffen worden sei. Der Prinz entgegnete, ein solches wäre aber notwendig gewesen: wir hätten in bindender Weise den Teil feststellen müssen, den ein jeder bekommen solle;

[1] Vgl. Tagebücher des Legationssekretärs v. Radowitz (10. Juni): »Mit Goltz fuhr ich mittags zum Rennen nach Fontainebleau ... Die Kaiserin ließ Goltz und mich zum Goûter nach dem Rennen im Schloß einladen, dann aber die Einladung wieder zurücknehmen. Letzteres frappierte Goltz sehr, da er wohl nicht mit Unrecht vermutet, daß Cäsar interveniert habe, um allen Schein politischer Demonstration zu vermeiden. Er ist überhaupt etwas brummig und gar nicht sehr entzückt über uns, wie es scheint. Es dauert ihm wie allen zu lange.«

[2] Vgl. dazu Nr. 146.

derselbe hätte natürlich für Frankreich weit geringer sein können als für uns. Ich bemerkte, der Kaiser habe es abgelehnt, ein Kompensationsobjekt für Frankreich zu bezeichnen, und zuletzt darauf verzichtet. In der Tat würden wir auch nicht in der Lage gewesen sein, ihm preußisches Gebiet anzubieten. Der Prinz entgegnete: das eben hätte geschehen müssen, wenn man sich auch auf ein ganz kleines Stück hätte beschränken können.[1] Statt dessen habe man eine Phrase von tout ce qui parle français fallen lassen, was den Kaiser eigentlich verletzt hätte. Denn wir hätten ihn damit auf Länder angewiesen, über welche wir nicht verfügen könnten. Ich machte dem Prinzen eine ähnliche Auseinandersetzung wie die, welche ich vor einigen Wochen dem Kaiser vorgetragen hatte und welcher dieser Souverän damals beigetreten war.[2] Ich wies nach, daß der Kaiser um relativ geringer Vorteile willen in Widerspruch mit allen seinen Prinzipien treten, den nationalen Haß Deutschlands gegen sich herausfordern und sich der sehr unangenehmen Niederlage einer allgemeinen Protestation der Einwohner des abzutretenden Landesteils gegen seine Herrschaft aussetzen würde; denn die Rheinländer seien keine Savoyarden, welche man mit Hilfe einiger Priester nach Belieben abstimmen lassen könne. Andererseits sei für einen König von Preußen eine solche Gebietsabtretung etwas so Unmögliches, daß keine redliche Regierung eine so unerfüllbare Aussicht gewähren könne. Der moralische Nachteil könne durch die größten materiellen Gewinne nicht aufgewogen werden. Außerdem verlange die preußische Verfassung die Zustimmung der Kammern für Veränderung der Staatsgrenzen, und in welche Lage würde die Dynastie durch ein nach Außen gegebenes Versprechen versetzt werden, dessen Ratifikation von der Landesvertretung verweigert würde! Ich fügte hinzu, daß meiner Ansicht nach der Kaiser die Vorteile seiner bloßen wohlwollenden Neutralität — denn eine aktive Mitwirkung verlangten wir eben deswegen nicht — in etwas anderem suchen müsse als in Gebietserweiterungen. Es sei offenbar für ihn ein großer Gewinn, wenn ein neues Allianzsystem angebahnt, Preußen in eine selbständigere Stellung versetzt, von nordischen Einflüssen befreit würde.

Der Prinz räumte dies mit dem Bemerken ein, daß er in einem etwa 25 Millionen zählenden Preußen durchaus keine Gefahr für Frankreich sehen würde. Ungleich unerträglicher für dieses würde die Präponderanz Österreichs in Deutschland sein. Er sei daher entschieden für eine Begünstigung der preußischen Politik. Aber man zweifle hier noch an dem Ernste unserer Entschlüsse. Täglich werde von der österreichisch gesinnten Umgebung des Kaisers auf diesen in einem Sinne eingewirkt, welcher ihn in den letzten Tagen in ein völliges Schwanken gebracht habe. Die österreichische Diplomatie selbst denunziere (gleichviel ob richtig oder fälschlich) die Versuche Eurer Königlichen Majestät, in eine direkte Verständigung mit dem Kaiser von Österreich zu treten. Man sage, Eure Majestät hätten einen Leibarzt, welcher alle Morgen

[1] Vgl. die Bemühungen des Prinzen, durch den Obersten v. Kiss einen Bündnis- und Kompensationsplan mit Preußen herbeizuführen, sie werden auch nach der Ablehnung Bismarcks nicht eingestellt. Nr. 127, 142.

[2] Nr. 87.

um zehn Uhr Vortrag hielte und den Verkehr mit Wien vermittele. Ferner: Eure Majestät empfingen heimlich Adjutanten des Kaisers Franz Joseph.[1] Man sei davon durchdrungen, daß Eurer Majestät Ministerpräsident den Krieg gegen Österreich im Bunde mit Italien herbeizuführen bestrebt sei, Allerhöchstdieselben aber sich diese Tendenz nicht angeeignet hätten. Er verwies dabei unter anderem auch auf das Schreiben des Generalleutnants v. Manteuffel an den Feldmarschalleutnant v. Gablenz.

Ich habe den Prinzen über die Lächerlichkeit der erwähnten Gerüchte, welche vielleicht in dem Zirkular vom 4. Juni ihren Ursprung hätten, mit dem Bemerken belehrt, daß die Ereignisse der nächsten Tage aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Politik Eurer Königlichen Majestät das allerhellste Licht werfen würden. Ich machte ferner darauf aufmerksam, wie widersinnig es sei, darüber Ungeduld zu zeigen, daß wir nicht bereits im Kampfe mit Österreich seien, nachdem wir erst seit vier oder fünf Tagen durch das Konstatieren des Fehlschlagens des Kongreßprojektes von seiten der neutralen Mächte in den Besitz der Freiheit unserer Aktion zurückgelangt wären. In dieser kurzen Frist schienen mir die Ereignisse recht schnell vorwärts gegangen zu sein und könne es uns nicht zur Last gelegt werden, wenn die Österreicher sofort vor uns ganz Holstein ohne Widerstand geräumt hätten oder diese Räumung vielleicht in den nächsten 24 Stunden vollendet werden sollte. Dagegen leugnete ich nicht, daß bei uns öfters Schwankungen stattgefunden hätten, welche durch die zahlreichen Berichte unserer Gesandten über die übelwollende Sprache der französischen Diplomatie insbesondere bei den deutschen, aber auch bei anderen Höfen, völlig motiviert gewesen wären. Die Übereinstimmung dieser Berichte deute auf gleichlautende Instruktionen.

Der Prinz erwiderte, was ich ihm gern glaubte, daß der Kaiser daran unschuldig und dies dem durch und durch österreichisch gesinnten Minister Drouyn de Lhuys zuzuschreiben sei, der mit seinem Schüler (élève) Metternich alles verabrede. Er versicherte mir dabei, daß der Kaiser aufrichtig den Kongreß erstrebt und den Frieden durch denselben habe sicherstellen wollen, während er (der Prinz) es nur für nützlich gehalten habe, diese Vereinigung herbeizuführen, um durch dieselbe zu der aktiven Tripelallianz und zu einer Verständigung über die Bedingungen der letzteren zu gelangen.[2]

Der Prinz sagte überdies, daß dasselbe Mißtrauen gegen unsere Politik, welches hier von Zeit zu Zeit hervortrete, in noch viel stärkerem Maße in Florenz vorhanden sei.

Man sei dort in hohem Grade entmutigt, erwarte von uns kein entschiedenes Eintreten in die Aktion mehr, und wir hätten keinen Augenblick zu verlieren, um dort das Vertrauen wiederherzustellen. Er riet mir dringend, noch denselben Abend an den Grafen Bismarck zu schreiben, damit ein ermutigendes

[1] Vgl. das Schreiben des Obersten v. Kiss an Bismarck vom 1. Juni, Nr. 127 D.

[2] Während der Kaiser für die Neutralität eine Kompensation ursprünglich verlangt, dann diese Forderung aber vorsichtig zurückgehalten hatte, glaubte der Prinz Napoleon die Bereitschaft Preußens zu Kompensationen allein auf dem Wege der Allianz herbeiführen zu können.

Wort nach Florenz geschickt werde. Das letztere müsse aber von Eurer Königlichen Majestät selbst ausgehen, denn in Florenz sei man der Ansicht, daß Eurer Majestät Ministerpräsident Zusagen gebe, deren Erfüllung er dann bei Allerhöchstdenselben nicht durchsetze.[1]

Eurer Königlichen Majestät habe ich die zum Teil sehr offenherzigen Äußerungen des Prinzen Napoleon mit möglichster Vollständigkeit vorzutragen gewagt, nicht als ob ich denselben eine übertriebene Bedeutung beilegte, als vielmehr, weil sie die Tendenzen der sich den Einfluß auf die Kaiserlichen Entschließungen streitig machenden Richtungen kennzeichnen. Von der einen Seite sucht man auf den Kaiser in österreichischem, von der anderen im italienischen Interesse einzuwirken. Die erste Richtung fällt mit der des Friedens um jeden Preis, die zweite mit der einer aktiven Kooperation Frankreichs zusammen. In beiden Fällen stehen die preußischen Interessen in zweiter Linie, wenn sie nicht gar aufgeopfert werden sollen. Insbesondere soll Preußen nach der ersten den Preis für Venetien, nach der zweiten, allerdings gegen entsprechende Vorteile für sich, denjenigen für die kriegerische Beteiligung Frankreichs bezahlen. Wenn übrigens der Kaiser Napoleon wirklich eine Enttäuschung darüber empfinden sollte, daß Eure Majestät ihm keine Gebietsabtretung angeboten haben, so weiß ich nicht, worauf seine diesfälligen Hoffnungen beruhten. Was mich anbetrifft, so habe ich mich nicht allein sorgfältig enthalten, solche zu wecken, sondern ich habe mich sogar bestrebt, sie zu zerstören, sobald sie hervortraten. Gleichwohl hat er mir stets seine wohlwollende Neutralität zugesichert.

Nach den zuletzt erwähnten Andeutungen des Prinzen Napoleon scheint die Gefahr vorhanden zu sein, daß Italien sich noch vor dem Ausbruch des Krieges durch Preisgebung Preußens mit Österreich verständige.[5*] Eine solche Transaktion zu befördern, ist dem Kaiser Napoleon von Österreich wiederholt vorgeschlagen, von ihm bis vor kurzem abgelehnt worden. Der Prinz scheint mir haben andeuten zu wollen,[6*] daß der Kaiser jetzt auf dem Punkte stehe, darauf einzugehen.

Eure Königliche Majestät wissen, daß ich infolge meiner Unkenntnis von den zwischen Allerhöchstdero Regierung und derjenigen des Königs Viktor Emanuel getroffenen Vereinbarungen außerstande bin zu beurteilen, ob Italien ohne einen eklatanten, selbst nach den Antezedenzien dieser Macht und der höchst verdächtigen Haltung ihrer hiesigen Diplomatie nicht zu erwartenden Vertragsbruch noch in der Lage ist, auf eine Verständigung der oben bezeichneten Art mit Österreich und Frankreich einzugehen.[7*] Während der Kaiser Napoleon, der italienische Gesandte, der Prinz Napoleon und dessen demokratische Vertraute den Wortlaut der geschlossenen Verträge kennen, bin ich auf die vereinzelten Mitteilungen[8*] angewiesen, welche mir vor mehreren Wochen Graf Bismarck machte und die nur in unvollkommener Weise durch die Erzählungen einer untergeordneten Persönlichkeit in Eurer Majestät

[1] Dazu die Notiz in den Tagebüchern des Legationssekretärs v. Radowitz: »Bismarck antwortete umgehend, Prinz Napoleon habe diese alarmierenden Nachrichten über die Stimmung in Florenz selbst erfunden, unsere Nachrichten seien besser.«

Dienst, welche nicht wußte, daß dies für mich ein Geheimnis sei, ergänzt worden sind. Schon bei einer früheren Gelegenheit habe ich gewagt, Eurer Königlichen Majestät Allergnädigstem Ermessen vorzustellen, daß ich unter diesen Umständen für meine Auffassung auch der hiesigen Situation nicht verantwortlich sein kann.

Ist aber die Hypothese durch die mir unbekannten Tatsachen nicht ausgeschlossen, so scheint mir die darin liegende Gefahr nur durch ein sehr schnelles kriegerisches Vorgehen beseitigt werden zu können. Eure Königliche Majestät werden sich allergnädigst erinnern, wie sehr ich längere Zeit letzteres im Hinblick auf unsere innere Lage und die dadurch hervorgerufene Besorgnis, daß es ohne wesentliche Beeinträchtigung des monarchischen Prinzips kaum möglich werden dürfte, die für die Führung eines so großen Krieges notwendigen Geldmittel zu beschaffen, gescheut, und wie ich mich deshalb eifrig bemüht habe, den Kongreß herbeizuführen. Nachdem aber diese letzte Friedenshoffnung geschwunden ist und wir durch die Haltung der meisten deutschen Bundesregierungen und durch die Stimmung der deutschen Bevölkerungen auf das italienische Bündnis angewiesen sind, scheint es mir dringend notwendig, das letztere durch eine schleunige förmliche Kriegserklärung zu retten.

Begleitet dann, wie ich mit fester Zuversicht hoffe, der Sieg die Waffen Eurer Königlichen Majestät, so werden die hiesige Stimmung und die Haltung des Kaisers der Franzosen sich sofort unzweideutig zu unseren Gunsten wenden,[1] und zwar um so mehr, wenn etwa das Resultat auf dem südlichen Kriegsschauplatze ein entgegengesetztes sein sollte.

Schließlich wage ich noch zur Ergänzung des Obigen ehrfurchtsvoll zu erwähnen, daß der General Govone auf seiner Rückreise von Berlin einen Tag hier verweilt hat, vom Kaiser und vom Prinzen Napoleon empfangen worden ist, mich aber nicht mit seinem Besuch beehrt und sich hier sehr ungünstig über die Resultate seiner Mission geäußert hat.[9*]

Randbemerkungen Bismarcks:

1* Er kann doch nicht immer genau dasselbe sagen
2* welchem?
3* !
4* !
5* ?
6* ? in diesem Berichte wenigstens steht nichts davon
7* nein
8* ?
9* gewiß nicht

150.

Baron Wendland an Freiherr von der Pfordten

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris, den 14. Juni 1866

(Teilt dem Minister Drouyn de Lhuys den Erlaß vom 11. Juni mit.)[2]

... Der französische Minister des Äußern nahm mit Befriedigung meine

[1] Welcher Irrtum in den Gedankengängen des Botschafters!
[2] Nr. 143.

Mitteilung auf und zeichnete sich genau die Hauptpunkte auf, namentlich die verschiedenen Truppenteile, welche die Pfalz verlassen und für Mainz bestimmt sind.[1] Er sagte, daß es ihm nicht im Interesse Bayerns zu liegen scheine, im gegenwärtigen Augenblicke seine Relationen mit Frankreich zu trüben, was ohne Zweifel geschehen müßte, wenn es fortfahre, größere Truppenmassen an der französischen Grenze aufzustellen.[2] Dann beklagte sich der Minister über den feindlichen Ton, der in den jüngsten Verhandlungen der bayrischen Kammer hervorgetreten,[3] und bemerkte, daß der Kaiser persönlich sich darüber verletzt fühle, indem er durch sein Benehmen gegen Deutschland in der Schleswig-Holsteinschen Frage dieses Mißtrauen nicht verdient zu haben glaube. Ich habe mich natürlich bemüht, dem Minister zu bedeuten, daß die Königliche Regierung nicht verantwortlich gemacht werden könne für die Reden dieses oder jenes Deputierten, dem es gefalle, sich in seinen politischen Ergießungen gehen zu lassen.

151.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Secrète

Vienne, le 15 juin 1866

J'ai l'honneur de Vous transmettre dans l'annexe le texte de la Convention secrète et de la note additionnelle qui ont été signées ici le 12 de ce mois par Mr. le Duc de Gramont et par moi.[4] Je recommande tout particulièrement à Votre Altesse de garder le secret le plus absolu sur cette communication. Aucune de nos missions à l'étranger n'aura connaissance de ces Actes et de leur contenu. L'Empereur n. A. M. n'informe pas non plus Mgr. l'Archiduc Albert de l'engagement éventuel qu'Il a pris par rapport à Vénise. Il est

[1] Man beachte das militärische Interesse des französischen Außenministers! Seine Aufzeichnung über die Unterredung ist gedruckt: Orig. dipl. 10, 152.

[2] Wie sich die französische Laienstrategie dagegen eine zweckmäßige Verwendung der bayrischen Armee dachte, geht in amüsanter Weise aus einem Berichte des Baron Wendland vom 18. Juni 1866 hervor: »In einem Gespräche, welches ich heute mit Herrn Thiers hatte, bemerkte mir derselbe, daß er die Schlachtfelder von Leipzig bereist und genau studiert habe, und daß er sich in militärischer Beziehung ein Urteil zutraue über die möglichen Chancen von Erfolg je nach Benützung der Lokalitäten. Herr Thiers sagte, daß drei verschiedene Operationswege vorlägen für die bayerische Armee, auf dem Kriegstheater zu erscheinen: 1. Über Hof nach Leipzig. 2. Über Eger—Karlsbad, Teplitz oder Teschen auf Dresden. 3. Über Zittau und Görlitz nach Dresden. Er hält den dritten Weg für den besten und sichersten und glaubt, daß die preußische Armee durch die Vereinigung der bayerischen Armee mit der österreichischen unfehlbar über den Haufen geworfen und damit der Krieg entschieden werde, und daß die vereinigten Armeen dann ohne Gefahr auf Berlin marschieren könnten. Da Herr Thiers hier die Reputation hat, viel von Strategie zu verstehen, so wollte ich im Interesse der Sache nicht unterlassen usw.« (Geh. St. Arch. München.)

[3] Vgl. den Bericht des französischen Gesandten in München, Vicomte des Méloïzes, vom 11. Juni (Orig. dipl. 10, 128 ff.) und den Erlaß Drouyns de Lhuys an den Gesandten vom 14. Juni (Orig. dipl. 10, 170 f.).

[4] Nr. 147.

important, en effet, pour le cas où nous serions attaqués en Italie, que les opérations militaires restent parfaitement indépendantes des combinaisons éventuelles de la politique. Seulement j'ai muni Mr. le Comte de Wimpffen, qui se rend au quartier général de l'armée d'Italie comme agent diplomatique, des instructions les plus précises concernant la ligne de conduite qui serait à suivre, si nos troupes franchissaient nos frontières actuelles. Il devra apprendre à Mgr. l'Archiduc Albert que le Gouvernement Impérial s'est engagé envers la France à ne point changer par la force l'état actuel de la Péninsule et à réserver toute solution définitive à une entente avec le Gouvernement français.

Je crois devoir encore faire observer à Votre Altesse que malgré la rédaction assez vague définitivement adoptée pour l'Art. II de la Convention secrète, j'ai indiqué clairement à Mr. le Duc de Gramont par mon langage que de cet article, rapproché du paragraphe de la note additionnelle relatif aux affaires d'Allemagne, il résultait toujours à nos yeux que les termes « si le sort des armes favorise l'Autriche en Allemagne » signifiaient l'acquisition d'une compensation territoriale suffisante.[1]

Nous regardons en général le contenu de la note additionnelle comme ayant le caractère de stipulations obligatoires qui complètent les dispositions de la Convention. Si l'éventualité prévue par cette dernière vient à se réaliser, la cession de la Vénétie ne pourra s'effectuer que si l'exécution des clauses de la note additionnelle qui y sont relatives nous est parfaitement assurée. Il ne serait peut-être pas opportun d'insister dès à présent dans Vos entretiens avec l'Empereur Napoléon sur ces observations qui pourraient susciter des méfiances. Je laisse Votre Altesse libre de conformer sur ce point Son langage aux exigences du moment, mais je désire, mon Prince, que Vous sachiez personnellement ce qui précède, afin que Vous puissiez en tenir compte, le cas échéant.

152.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Vienne, le 15 juin 1866

Mr. le Général de Loewenthal m'a remis hier les rapports que Votre Altesse lui avait confiés.[2] Nous regrettons fort les indiscrétions que Vous nous signalez à propos de la mission secrète de Mr. le Duc de Gramont. Veuillez Vous efforcer de les prévenir et agissez dans ce sens tout auprès de l'Empereur Napoléon lui-même, qu'auprès de Mr. Drouyn de Lhuys.

Ce qui me semble encore plus important c'est l'attitude prise par le Gouvernement français dans les affaires allemandes et c'est sur ce point que je Vous prie de diriger particulièrement Votre attention. L'hésitation des États secondaires à faire entièrement cause commune avec nous contre la Prusse provient en grande partie de la crainte et de la méfiance que leur inspire

[1] Vgl. Nr. 148.
[2] Nr. 146.

l'Empereur Napoléon. Ils ne veulent pas croire à une neutralité sincère de sa part et ils le jugent disposé à favoriser la Prusse plus que l'Autriche dans le but de s'assurer quelqu'acquisition territoriale en Allemagne. La lettre de l'Empereur à Mr. Drouyn de Lhuys[1] n'est pas de nature à dissiper ces soupçons, nous croyons au contraire qu'elle les confirmera. Cette attitude du Gouvernement français, si elle nous privait de la coopération active des États secondaires, rendrait beaucoup plus douteux le succès de nos armes en Allemagne et s'accorderait donc fort peu avec l'objet de la mission du Duc de Gramont. Nous avons même eu connaissance de faits plus positifs qui démontrent que l'influence française s'exerce en Allemagne dans un sens directement contraire à nos intérêts. Le Baron de Handel m'écrit de Stuttgart que le Ministre de France, en parlant au Ministre des Affaires Étrangères, Mr. de Varnbüler de la crise actuelle, lui a donné au nom du Gouvernement français, le conseil de rester neutre et de ne pas intervenir dans la querelle des deux grandes Puissances allemandes.[2] II nous paraît difficile de supposer que la Cour de Stuttgart ait été la seule à recevoir de ces avis et Votre Altesse comprendra aisément quel effet un pareil langage du Représentant de la France produit sur des Gouvernements qui ne sont que très naturellement disposés à la faiblesse et l'indécision.

Quand une occasion favorable se présentera, Votre Altesse pourra faire savoir à l'Empereur Napoléon combien ce procédé du Gouvernement français a lieu de nous surprendre et même de nous froisser.

[1] Nr. 144.

[2] Auf die Anfrage von Drouyn am 19. Juni (« Drouyn de Lhuys ne pense pas que le Comte de Damrémont ait jamais dit rien de semblable, et demande des informations à ce sujet », Orig. dipl. 10, 218) antwortete der Gesandte in Stuttgart am 21. Juni: « J'ai toujours affirmé de la manière la plus formelle que le Gouvernement de l'Empereur entendait garder la plus stricte neutralité dans le conflit allemand. Les journaux ont signalé une dépêche de V. E. enjoignant aux agents français près les cours secondaires de conseiller à ces Gouvernements la neutralité: interrogé à ce sujet, j'ai nié l'existence de ce document » (Orig. dipl. 10, 242). Damrémont vermutete eine Intrige Varnbülers, um den Österreichern den Wert der Stellungnahme Württembergs herauszustreichen.

Mit dieser nicht ganz eindeutigen Feststellung ist die Frage noch keineswegs geklärt. Denn abgesehen von dem Zeugnis des Baron Handel, den Damrémont durch das Urteil « qui professe tous les sentiments haineux de l'ancienne bureaucratie allemande contre la France » zu verdächtigen sucht, ist es erwiesen, daß der französische Gesandte in Karlsruhe sich sehr bereit zeigte, auch die badische Neutralität im Namen seines Kaisers zu garantieren: der werde die Schöpfung seines großen Oheims nicht zerstören lassen (A. Dove, Großherzog Friedrich von Baden, S. 143). Es wäre also denkbar, daß die listenreiche französische Politik, vielleicht nicht auf Antrieb Drouyns, sondern des Kaisers selbst, sich noch ein Nebengleis zu eröffnen versucht hätte. Auch in einem Promemoria Bismarcks für eine Sitzung des Kronrats vom 12. Juni ist davon die Rede, daß » Frankreich den Regierungen eine Mahnung zur Neutralität habe zukommen lassen « (A. A. Berlin), und Bismarck hat sogar, in der Hoffnung, daß diese Neutralität um sich greifen könnte, zu dem höchst gewagten Mittel gegriffen, unter der Hand eine solche Garantie der Neutralität durch Napoleon in Karlsruhe zu empfehlen (Ottokar Lorenz, Großherzog Friedrich, S. 24, und Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs, S. 52, 566, und Dove, a. a. O., S. 143). Mit patriotischer Entschiedenheit lehnte allerdings der Großherzog diesen Rat ab.

153.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 17 juin 1866

Mr. Drouyn de Lhuys a tenu à soumettre à l'Empereur la dépêche Nr. 2 qui contient les raisons qui nous ont amenés à préférer le concours légal de nos confédérés à une action isolée.

Le Ministre ne cesse de répéter que notre attitude est des plus habiles et des plus correctes.

« Plus nous avançons, » ajouta le Ministre, « plus le sentiment public en France se prononce contre les insolences prussiennes et prend confiance au succès de Vos armes et de Votre politique. Quant au Gouvernement, il est lié aujourd'hui avec Vous et son intérêt est conforme aux Vôtres. »

Depuis quelques jours les avis confidentiels d'Italie feraient croire que l'on ne nous attaquera que *pour la forme*, sans acharnement et qu'on s'arrêtera à la première entreprise manquée.[1]

J'ai dit à Mr. Drouyn de Lhuys qui m'insinuait ce qui précède que nous ne considérerions pas une attaque pour la forme comme une raison de nous arrêter à mi-chemin.

154.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 17 juin 1866

J'ai prié Mr. Drouyn de Lhuys, selon les ordres que Votre Excellence m'avait adressés hier par le télégraphe, de refuser toute importance à la déclaration prussienne[2] qui prononce contre tout droit et avec une audace inouïe la dissolution de la Confédération germanique.

Le Ministre m'a lu une note que Mr. de Goltz venait de lui communiquer et qui contient la déclaration précitée, accompagnée du compte-rendu de la séance diétale et de l'attitude prise par Mr. de Savigny. Il a répondu à Mr. de Goltz qu'il en référerait à l'Empereur, mais qu'à première vue il ne pouvait considérer la Confédération germanique comme étant en état de dissolution par le seul fait de la sortie de l'un de ses membres.

Le Ministre n'a pas l'intention de proposer à l'Empereur d'entrer dans les idées de la Prusse à ce sujet et tient au contraire, à ce qu'il m'assure, à maintenir le représentant de la France à Francfort à son poste tant que la Diète siègera.[3]

J'ai exprimé encore à Mr. Drouyn de Lhuys très sérieusement l'espoir que le Gouvernement Impérial français serait conséquent avec lui-même et qu'après

[1] Vgl. die Äußerungen der französischen Italienfreunde zu Goltz Nr. 149.

[2] Die preußische Erklärung vom 14. Juni.

[3] Vgl. die entsprechende Äußerung Drouyn de Lhuys zum bayrischen Gesandten, Bericht des Baron Wendland vom 23. Juni 1866. (St. Arch. München.)

avoir invité à la conférence un représentant de la Diète en dehors des deux Grandes Puissances allemandes, il continuerait à regarder la Confédération comme subsistant de droit, malgré les prétentions contraires d'un membre rénitent.

155.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 17 juin 1866

J'ai donné connaissance à Mr. Drouyn de Lhuys de celles des dépêches de l'expédition du 15 de ce mois,[1] dont le contenu était destiné à lui être communiqué.

Revenant sur la question des indiscrétions et sur les raisons que nous aurions d'être froissés de l'attitude prise par les représentants de la France auprès des cours des état ssecondaires de l'Allemagne, Mr. le Ministre des Affaires Étrangères dit que dans l'état où en étaient les choses entre nous, il fallait tout s'avouer et tout se dire.

L'Empereur est persuadé que le Prince Napoléon a commis des indiscrétions sur le sens des négociations de Vienne. Sa Majesté soutient ne jamais lui avoir communiqué le texte de la convention. Mr. Drouyn de Lhuys prétend que Mr. de Persigny, en devinant par quelques mots dits par l'Empereur que quelque chose s'arrangeait avec nous, aurait fait le plus de mal, en en parlant ouvertement à tout le monde. Comme il arrive toujours dans ces circonstances, on a beaucoup tourné autour de la vérité — sans la toucher du doigt cependant — et aujourd'hui tout semble oublié. Le fait est qu'on n'en parle plus. Le dernier mot semble avoir été dit dernièrement chez le Comte Walewski, où les députés rassemblés le soir dans ses salons commentaient la lettre Impériale.[2] La conclusion fut celle-ci: « cette lettre est bonne ou mauvaise pour l'Autriche, bonne s'il y a des arrangements secrets, mauvaise s'il n'y en a pas. »

En ce qui concerne les propos des représentants français à Dresde, Munich et Stuttgard, Mr. Drouyn de Lhuys assure qu'ils avaient pour instruction *de ne se mêler de rien*. Il m'a dit, en outre, que le Comte Goltz étant venu lui demander de conseiller *la neutralité* aux puissances secondaires, il lui a répondu qu'un pareil conseil serait contraire à l'attitude de neutralité prise par le Gouvernement français. Il croit que Mr. de Damrémont n'a pas pu parler dans le sens indiqué — mail il m'a prié lui laisser la dépêche Nr. 1,[3] afin qu'il puisse prouver à l'Empereur que nous nous trouvons froissés de la simple supposition que les représentants français aient pu être autorisés à parler dans un sens si contraire aux intérêts évidents du Gouvernement.

[1] Nr. 152.
[2] Nr. 144.
[3] Nr. 152.

156.

Kaiser Napoleon III. an Kaiser Franz Joseph

Eigenhändig. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 17 juin 1866

Monsieur mon frère

La convention secrète[1] qui vient d'être signée entre le gouvernement de Votre Majesté et le mien est un événement heureux fait pour resserrer les liens entre les deux pays. Ma position était difficile, car, si d'un côté je desirais conserver avec Votre Majesté nos bonnes relations de l'autre je n'avais qu'à me louer des procédés du Roi de Prusse à mon égard. J'avoue aussi que je ne voyais pas sans une certaine satisfaction se dissoudre la confédération germanique organisée principalement contre la France.[2] Néanmoins en présence des événements qui se préparent je vois qu'il est très important pour le repos futur de l'Europe, pour le triomphe des idées d'ordre et d'autorité, que l'Autriche et la France soient amies. Un grand pas a été fait dans ce but par l'esprit de conciliation de Votre Majesté et je la prie de croire que je ferais tous mes efforts pour que cette première entente porte ses fruits et fasse disparaître tout souvenir fâcheux.

C'est dans cet espoir que je vous renouvelle l'assurance des sentiments de haute estime et de sincère amitié avec lesquels je suis

de Votre Majesté

le bon frère

Napoléon.

157.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 18 juin 1866, 10^{40} p. m.; arr. 19. 6. 1^{20} a. m.

Mit den Ratifikationen sendet der Kaiser heute abend ein Schreiben an Seine Majestät unsern allergnädigsten Herrn.[3] Seine Majestät hat mich versichert, Gesandter beim Bunde werde akkreditiert bleiben. Il approuve transmission de nos télégrammes à Rome. J'ai demandé que les bateaux et les barques italiens en construction à Toulon, ne soient pas livrés, ce que l'Empereur m'a promis. Il m'assure avoir essayé de retenir les Italiens, mais il déclare ne pas pouvoir faire plus sans compromettre le secret de notre convention.

Kaiserin freut sich über die stattfindende Annäherung; sie behauptet, alles werde gut gehen.[4]

[1] Nr. 147.

[2] Vgl. die Antwort Kaiser Franz Josephs auf diesen Satz Nr. 160.

[3] Nr. 156.

[4] In einem weiteren Telegramm vom 18. Juni 7^{50} p. m. teilte Metternich mit, daß Graf Goltz den Schutz der preußischen Staatsangehörigen in Österreich und Bayern nachgesucht habe: « L'Empereur voudrait refuser, mais ne sait par quelle raison mettre en avant. Si nous demandions quelque chose du semblable, il pourrait refuser des deux côtés. Pouvez-

158.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Konzept, eigenhändig. Geh. St. Arch. München

Paris, le 19 juin 1866

J'ai reçu hier la dépêche ministerielle du 16 courant, et je me vais empresser d'en faire connaître à Mr. Drouyn de Lhuys son contenu.[1]

Le Ministre s'est montré très satisfait et me pria de lui laisser en main cette pièce pour être montrée à l'Empereur qui la lirait sans doute avec un véritable plaisir. Il ajouta que la dépêche ne sortirait pas de son portefeuille et qu'il me la rendrait aussitôt que Sa Majesté en aurait pris connaissance.

Je n'ai pas cru devoir m'opposer à ce désir et je ne manquerai pas de porter à la connaissance de Votre Majesté ce que Mr. Drouyn de Lhuys me dira sur l'effet produit sur l'Empereur par la lecture de la dite dépêche[2] . . .

159.

Oberst Kiss de Nemeskér an Bismarck[3]

Eigenhändig. A. A. Berlin

Paris, le 22 juin 1866
40 rue St. Dominique St. Germain

Tout ce que je vois, tout ce que j'entends autour de moi à Paris me rend fort soucieux.

Quoique la combinaison bavaroise de Gramont[4] a échouée à Paris il y a

vous donner un bon motif?» Ein zweites Telegramm Metternichs vom 19. Juni 4[50] p. m. meldete, daß man in Paris auf Drängen Berlins auf Antwort nachgegeben habe: «je fais des remonstrances officielles sur la question de neutralité, pour provoquer une réponse à publier.»

[1] Die Depesche v. d. Pfordtens vom 16. Juni besprach das Schreiben des Kaisers an Drouyn de Lhuys: «La lettre de l'Empereur ne peut donc que contribuer à maintenir et à resserrer les rapports si heureusement établis entre la Bavière et la France auxquels nous attachons le plus grand prix.» (Geh. St. Arch. München.)

[2] Drouyn de Lhuys an Baron Wendland, 20. Juni 1866: «Je m'empresse de vous restituer la lettre que vous aviez eu l'obligeance de me confier. Elle a été lue avec une vive satisfaction et je suis chargé de vous en remercier très particulièrement.» (Geh. St. Arch. München.)

[3] Dieser Brief ist der letzte, unmittelbar vor Beginn der kriegerischen Handlungen unternommene Versuch des Prinz-Napoleon-Kreises, Bismarck zur Annahme des Bündnis-Entwurfes vom 30. Mai zu bewegen. Mag Kiss auch formell aus eigenem Antrieb bzw. im ungarischen Interesse schreiben, seine einzelnen Motive: Hinwendung Frankreichs zu Österreich, Pläne der Zerstückelung Preußens, passive Kriegführung Italiens, dienen alle dem einen Zweck, Preußen doch noch bündnismürbe und kompensationswillig zu machen.

[4] Was der Prinz-Napoleon-Kreis unter der »bayrischen Kombination Gramonts« versteht, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Auf der einen Seite handelt es sich wohl um Gerüchte von dem Vertrage vom 12. Juni, in den man nicht eingeweiht ist, auf der anderen Seite um Ideen, die Drouyn de Lhuys am 30. Juni dem bayrischen Gesandten vorsichtig beizubringen suchte (Nr. 163). Für den Fall eines großen österreichischen Sieges war in Paris das bayrische Gegengewicht vorgesehen, das an der Spitze eines dritten Deutschlands eine den französischen Interessen entsprechende Funktion übernehmen sollte.

15 jours, on prétend qu'il a redoublé d'efforts à Vienne et qu'il espère d'amener les négotiations à bon fin sous les anciennes conditions, savoir: après une première bataille, avec n'importe quel succès, en Italie, l'Autriche cédera la Vénétie à l'Empereur Napoléon, qui de son côté la cédera, bien entendu, au Roi Victor-Emmanuel. De cette façon toutes les forces autrichiennes pourront être tournées contre la Prusse, laquelle sera démorcelée, et on fera de la Bavière la seconde grande puissance allemande (catholique). Mr. de Gramont est connu ici pour être archicléricale.

On prétend aussi que l'armée Italienne n'avancera que mollement,[1] qu'elle fera le siège de Verona, pendant que l'Autriche pourra déployer offensivement toutes ses forces contre la Prusse. Et on ajoute avec beaucoup d'assurance qu'un rapprochement intime s'opère dans ce moment-ci entre la Russie et l'Autriche. Je ne pourrais pas garantir à Votre Excellence toutes ces assertions, mais je ne puis pas m'empêcher d'en être fort soucieux. *On parle ici devant moi à cœur ouvert.*

Je Vous écris cette lettre, Mr. le Comte, sans aucune tiers inspiration, c'est l'instinct seul de bien faire qui me la dicte.

Je dois ajouter qu'ici au ministère de la guerre et la direction de l'artillerie où j'ai des amis fort puissants et dévoués, on bâille, on croise les bras, et on ne fait absolument rien, comme si la paix était assurée pour au moins 50 ans (ceci, je puis garantir).

Tout le monde est dérouté ici, l'Empereur Napoléon est tourmenté de tout côté pour agir dans le sens de la *paix à tout prix*, il hésite, il est ébranlé et j'ai lieu de croire que l'insuccès de mon voyage du 30 mai[2] l'a un peu vexé. Ne croyez-Vous pas, Mr. le Comte, qu'en réalisant l'acte en question[3] on pourrait donner une tournure excellente aux affaires? La guerre a éclaté, la conduite de la Bavière doit lever tout scrupule etc.[4]

Si telle était la pensée de Votre Excellence, je suis prêt sur un télégramme de repartir immédiatement pour Berlin, de rapporter ici l'acte et la porter, si besoin est, sans retard au bord du Mincio.[5]

Je ne puis pas assez insister pour la réalisation, aussi rapide que possible, du projet en question. Je ne veux ni croire, ni Vous écrire tout ce que j'entends et tout ce que je redoute . . . mais je le répète, Mr. le Comte, j'en suis fort soucieux.

Je ne Vous parle pas d'affaires Hongroises, quoique je trouve qu'on tarde bien d'en tirer partie.

[1] Vgl. Nr. 149.

[2] Nr. 127 C. D.

[3] Der Bündnisentwurf vom 30. Mai, Nr. 127 C.

[4] Bezieht sich auf die im Bündnisentwurf vom 30. Mai vorgesehene Abtretung der bayrischen Rheinpfalz.

[5] Kiss erbietet sich, die Dreibundsakte von Berlin nach Paris und dann in das italienische Hauptquartier zu tragen. Tatsächlich wäre, nach dem französisch-österreichischen Vertrage vom 12. Juni, ein Dreibundsvertrag, wie er im Entwurf vom 30. Mai vorgesehen war, selbst dann, wenn Bismarck gewollt hätte, eine Unmöglichkeit für Napoleon gewesen.

Je Vous ai envoyé le Général Klapka,[1] Vous Vous êtes abouchés avec lui, c'est le plus digne parmi tous de la réception bienveillante et cordiale dont Vous l'avez honoré. Je ne parle pas des deux autres, Vous les avez sans doute apprécié à leur juste valeur.

Probablement Vous avez connaissance de la démonstration de la Diète à Pesth, faite il y a huit jours, cette démonstration était telle que je l'ai indiquée il y a un mois. De ce côté tout irait à merveille. Mais la Russie que fera-t-elle? La Galicie serait pourtant un beau prix.

P. S. J'ouvre ma lettre. Le général Klapka vient d'arriver, il part pour l'Italie après-demain dans le but de pousser autant que possible les opérations militaires en Italie et de se procurer la connaissance exacte de l'état de choses à Florence et à l'armée, après son retour il ira sans tarder à Berlin.

Nous venons d'avoir une conférence avec quelques puissants amis de la Prusse, tout le monde Vous fait supplier, Mr. le Comte, et avec instance, de proclamer, sans perdre un instant, la constitution allemande de 49, ceci fait, la partie est gagnée. On a voulu Vous écrire et je me suis chargé de la commission.[2]

160.

Kaiser Franz Joseph an Kaiser Napoleon III.

Entwurf. H. H. u. St. Arch. Wien

Vienne, le 24 juin 1866

Monsieur mon frère,

Je me joins à Votre Majesté pour souhaiter que la Convention secrète[3] que nous venons de ratifier serve à resserrer les liens entre nos deux pays. Comme Votre Majesté, je pense qu'il est très important pour le repos futur de l'Europe, pour le triomphe des idées d'ordre et d'autorité que la France et l'Autriche soient unies. Cette union est depuis longtemps dans mes désirs; j'ai sincèrement cherché les moyens de l'amener et Votre Majesté voit que je n'ai pas reculé devant des sacrifices afin d'atteindre ce but. Mais pour que le résultat final réponde à nos voeux mutuels, il faut que l'entente établie tienne compte des intérêts des deux pays et n'impose pas à l'un des concessions dénouées de toute compensation qui puisse lui faire apprécier l'utilité d'un pareil arrangement. Votre Majesté doit sentir cette vérité aussi bien que moi et je suis donc persuadé qu'Elle apportera à l'exécution de la Convention cet esprit d'équité qui peut seul jeter les fondements d'un accord intime et durable.

Je comprends les difficultés dont Votre Majesté me parle dans sa lettre.[4] Cependant les desseins du Gouvernement prussien doivent soulever de l'op-

[1] Vgl. Nr. 142.

[2] Das letzte Wort aus Paris, wenngleich aus dem Munde der ungarischen Emigration, ist der Rat zur Ausrufung der Frankfurter Reichsverfassung von 1849 gewesen. Bismarck sparte sich diese Karte auf, um gegen die französischen Rheingelüste (nicht aber als ihr Komplice) im äußersten Fall den Nationalkrieg mit dem Programm der Reichsverfassung zu entfesseln.

[3] Nr. 147.

[4] Nr. 156.

position non seulement en Autriche, mais aussi chez les autres Puissances. La Confédération Germanique organisée dans des vues purement défensives n'a, pendant un demi-siècle d'éxistence, jamais donné un sujet d'alarme à ses voisins.[1] Si sa place en Europe était prise par une Prusse agrandie, il me semble que la tranquillité générale serait moins assurée. Cette considération a sans doute exercé quelqu'influence sur les déterminations de Votre Majesté. Les événements prouveront, je l'espère, que la politique poursuivie par l'Autriche se concilie aisément avec celle de la France, ainsi qu'avec les vrais intérêts dynastiques de Votre Majesté. J'aime à croire que cette pensée guidera de part et d'autre nos efforts vers un but commun.

C'est dans cet espoir que je Vous renouvelle l'assurance des sentiments de haute estime et de sincère amitié avec lesquels je suis de Votre Majesté le bon frère.

161.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Secret

Paris, le 29 juin 1866

J'ai remis à l'Empereur Napoléon la lettre que Notre Auguste Maître Lui a adressée le 24 de ce mois.[2]

L'Empereur après avoir pris lecture me la tendit pour me la faire également parcourir, puis Il me dit: «Je trouve cette lettre très bonne et très digne — ce que l'Empereur dit au sujet de la Confédération Germanique est parfaitement juste. Je ne puis pas me plaindre de l'hostilité de la Diète et je n'ai voulu dans ma lettre que faire allusion à la date de son institution.»[3]

L'Empereur me parla ensuite de la ratification accomplie de la Convention. Il me dit à ce sujet que le secret qui avait été à moitié divulgué par de petites indiscrétions provenant surtout de la famille du Duc de Gramont, se trouvait de nouveau maintenu.

«Comme cela arrive toujours,» ajouta Sa Majesté, «on oublie les choses et aujourd'hui on n'y pense plus!»

Sa Majesté me raconta ensuite ce que le Prince Napoléon venait de lui dire, dans sa fureur, de le voir rester tranquille et assister sans bouger à la défaite de l'Italie. Le cousin de l'Empereur lui reprochant son inaction, ajouta: «Je sais que Vous comptez sur des promesses de l'Autriche, mais Vous serez bien forcé d'intervenir et alors, au lieu de deux alliés frais et vivants, Vous aurez à côté de Vous deux ruines.»

Je me suis permis d'appeler l'attention de l'Empereur sur le sentiment de méfiance qui continuait à se faire jour en Allemagne et dans l'opinion publique en Autriche contre Lui.

[1] Gegen die Wendung im Schreiben des Kaisers Napoleon: «organisée principalement contre la France.»

[2] Kurze Angabe des Inhalts der Unterredung mit dem Kaiser im Telegramm Metternichs vom 27. Juni 1866, 7^{00} a. m.

[3] Nr. 160.

L'Empereur me répondit qu'Il le savait, prétendit que sa lettre à Drouyn de Lhuys[1] avait été mal interprétée et que cette méfiance ne pourra s'effacer que peu à peu.

« Si on voulut me comprendre dans le sens que j'ai voulu y mettre, on aurait compris qu'en parlant de la Prusse mal limitée, j'ai voulu expliquer ma neutralité. Si je ne pouvais admettre une légère extension de la Prusse, je serais forcé de m'en mêler et de lui faire la guerre. En parlant du maintien de Votre grande position en Allemagne, j'ai admis, d'un autre côté, des agrandissements qui n'affecteront pas ma neutralité. En disant que je ne croyais pas pouvoir laisser renverser par Vous une œuvre conquise au prix de notre sang, je n'ai pas dit que je ne Vous laisserais Vous avancer ou bien que je ne pourrais consentir à ce que l'unité italienne croule d'elle-même. »

L'Empereur me parla ensuite du coup de tête du Roi Victor-Emmanuel et en me racontant qu' il ne comprendrait jamais rien à la guerre, Il ne put s'empêcher de rire. Il me fit comprendre qu'il se réjouissait de cet échec[2] qui les fera refléchir sur leurs velléités d'indépendance vis-à-vis de Lui. Il ajouta qu'Il était bien décidé à ne se mêler de rien. La marche de Garibaldi sur Munich le faisait rire aussi.

Après cette conversation l'Empereur me conduit auprès de sa grande carte d'Allemagne, couverte d'épingles aux couleurs d'Autriche et de Prusse.[3]

Il se mit à deviser sur le plan de Benedek et me dit que ses généraux croyaient le deviner et le trouvaient excellent, que Lui personellement Il ne se rendait pas assez compte du terrain pour en juger. Laisser entrer les Prussiens jusqu'à Jung-Bunzlau, s'avancer sur les défilés des montagnes par un changement de front, c'est à dire percer derrière Josephstadt, tomber sur les flancs des Prussiens et leur couper la retraite, tel serait probablement le plan. Il le trouvait excellent si nous nous trouvions en force. Dans tous les cas il ne comprenait pas que les Prussiens, ayant assuré la route de Dresde-Berlin, en envahissant la Saxe, n'aient pas porté toutes leurs forces sur Oderberg et Cracovie.

Sa Majesté me parla ensuite du Général Benedek et me dit que la confiance que notre armée lui vouait, était partagée par l'armée française.[4] « Ainsi, »

[1] Nr. 144.

[2] Schlacht bei Custozza am 24. Juni 1866.

[3] Nähere Mitteilungen des preußischen Botschafters Grafen Goltz über das persönliche Verhalten des Kaisers Napoleon angesichts der Kriegsereignisse der ersten Woche liegen nicht vor. Ein Bericht von Goltz vom 4. Juli 1866 (Nr. 173) erwähnt auch eine Unterredung »vor 8 Tagen« (also etwa am 26. 27. Juni), in der er aus der schnellen Besetzung Norddeutschlands gewisse politische Folgerungen zu ziehen versuchte: »Der Kaiser nahm meine Bemerkungen gut auf. Ich fand aber doch, daß er in dieser ganzen Unterredung ziemlich zurückhaltend und unsicher war, viel von impartialité und neutralité sprach, dagegen den früheren Zusatz bienveillante vermied.« (A. A. Berlin.)

[4] Daß Napoleon an den österreichischen Sieg geglaubt hat und daß dieser Glaube eine entscheidende Voraussetzung seiner Politik vor dem Kriege gewesen ist, wird durch zahlreiche Nachrichten belegt. Nach G. Bapst, Le maréchal Canrobert 4, 35, haben Berichte des Generals Desvaux über die österreichische Armee wesentlich dazu beigetragen. Der bayrische Gesandte berichtet am 17. August 1866 an König Ludwig II.: »Daß der Kaiser

me dit l'Empereur, « à la guerre d'Italie chaque fois que l'on savait avoir à faire à Benedek, on se garait et on prenait de plus grandes précautions comme à Melegnano.

« S'il sait aussi bien manœuvrer avec 200 000 hommes qu'il l'a fait avec 30 000, c'est le plus grand général du moment. »

L'Empereur me parla encore de notre entente secrète et s'exprima en termes d'espoir sur les suites qui pourront bien prendre les proportions d'une alliance véritable.

En attendant l'Empereur me pria de venir le voir quand je voudrais et, de son côté, Il m'écrirait directement ou me ferait venir, dès qu'il y aurait quelque chose à débattre.

L'Impératrice que j'ai vue après cela, me donna mille conseils sur le soulagement à opérer dans les ambulances et les hôpitaux, elle me dit qu'il fallait à toute force que nous essayions l'emploi de l'huile phénique (de Goudron) pour enduire les lits dans les hôpitaux, ce qui prévient, d'après les nombreuses expériences faites ici, les typhus et les fièvres.

Sa Majesté me parla des ressources dont pouvaient disposer les grands magasins de charpie et de bandages, m'en donna les adresses et me demanda de disposer d'Elle à ce sujet.

162.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 29 juin 1866

Mes dernières conversations avec l'Empereur et Drouyn de Lhuys m'ont prouvé que malgré les efforts du Prince Napoléon et des prusso-italiens,[1] on ne fera aucune démonstration en faveur des uns ou des autres. Ce que le cousin de l'Empereur emploie de moyens pour l'engager à prendre parti contre nous est inouï. Ainsi on m'assure à l'instant que des ouvriers du faubourg St. Antoine signent des pétitions en faveur d'un appui actif de l'Italie.

J'ai la parole de l'Empereur qu'il ne pense pas à former un corps d'observation dans le midi, qu'il n'arrêtera pas notre marche, qu'il n'interviendra pas diplomatiquement et qu'il nous avertirait à temps de tout ce qui serait nécessaire à notre gouverne(ment).

Napoleon den Sieg Österreichs gegen Preußen erwartete, geht aus einer Konversation hervor, welche derselbe am 10. Juni mit dem hiesigen russischen Botschafter gehabt, bei Gelegenheit der Publikation seines Briefes an Herrn Drouyn de Lhuys. Seine Majestät entwickelte Baron Budberg ausführlich die Gründe, weshalb die österreichische Armee nach aller Voraussicht die preußische besiegen müsse, und als der Botschafter namentlich die Vorzüglichkeit der preußischen Artillerie hervorhob, entgegnete der Kaiser: »Die Kanonen können doch nicht allein schießen, es gehören Soldaten dazu, und was ich von dem Unterschiede dieser in den beiden Armeen gesagt, muß auch seine Wirkung äußern auf das Resultat, welches die Artillerie zu leisten imstande sein wird. « (Geh. St. Arch. München.)

[1] Fürst Metternich führte schon am 23. Juni bei dem Kaiser und Drouyn de Lhuys Klage über die Haltung der Pariser Presse: « dont la grande majorité est achetée par la Prusse et l'Italie. »

163.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris, den 1. Juli 1866

Ich habe die hohe Ministerialdepesche vom 26. v. M. Nr. 178 zu erhalten die Ehre gehabt und mich sofort angeschickt, dem Herrn Drouyn de Lhuys davon Mitteilung zu machen.

Ich sah den Minister gestern nachmittag und hatte Gelegenheit, ihm die bezeichnete Depesche vorzulesen. Herr Drouyn de Lhuys bemerkte, daß ihm die in historischer Weise darin angeführten Ereignisse bekannt seien. Was den Stand des Deutschen Bundes betreffe, so habe die französische Regierung keinen Grund, dafür besonders eingenommen zu sein, da derselbe im Grunde eher gegen Frankreich als in seinem Interesse gebildet worden sei. Demungeachtet aber werde Frankreich nichts gegen den Bund unternehmen, aber auch keine großen Anstrengungen machen, um ihn in seiner bisherigen Existenz zu stützen; es werde seinen Gesandten nach wie vor bis auf weiteres in Frankfurt belassen.

Übrigens scheine es ihm in der damaligen Lage der Dinge schwer zu glauben, daß der Bundestag in seiner bisherigen Gestalt fortbestehen werde; es sei dies indessen nicht die Sache Frankreichs, darüber zu entscheiden, Deutschland möge dieses selber tun. Wenn er jedoch seine Ansicht aussprechen dürfe, so gehe sie dahin, daß es ihm am zweckmäßigsten und zeitgemäßesten scheine, wenn diejenigen Mittel- und Kleinstaaten, welche eigentlich das Herz Deutschlands bildeten — Bayern an der Spitze —, einen Bund bilden würden mit Ausschluß von Preußen und Österreich, welche beide seit dem Bestande des bisherigen Bundes denselben zu egoistischen Zwecken benutzt und ihre Genossen mißhandelt hätten. Diese Gruppe, fuhr der Minister fort, die den bisherigen Bestand des Bundes nicht wünschen kann, hat unsere Sympathien.[1] — Indem ich den Sinn der Worte des Herrn Drouyn de Lhuys so genau als möglich wiederzugeben mich beehre, füge ich hinzu, daß aus demselben unverhohlen hervorgeht, Frankreich begünstige keineswegs eine preußische Vergrößerung, wie hier vielfach geglaubt wird. Ich bemerkte dem Minister, daß Preußen im Besitze von Hannover, Hessen und Sachsen sei, und um einen Bund in der oben bezeichneten Weise zu bilden, müßten jene Länder wieder genommen werden. Herr Drouyn de Lhuys erwiderte: »Freilich müssen Sie zuvor diese Länder wieder

[1] Diese Äußerungen des Ministers beleuchten das anscheinende Schwanken, die anscheinende Unparteilichkeit der französischen Politik gegenüber den Großmächten Österreich und Preußen wie mit einem Blitzstrahl. In Wahrheit ist diese Politik gegen beide Großmächte und gegen den Bestand des Deutschen Bundes in gleicher Weise gerichtet, um auf dessen Trümmern im Trüben zu fischen und zu der französischen Lieblingsidee eines dritten Deutschlands zurückzukehren. Diese französischen Absichten — von denen aus auch die törichten Triasideen der Münchener Politik bewertet werden müssen — sind in den ersten Ansätzen (vgl. Nr. 164, 165) stecken geblieben und allein durch den Tag von Königgrätz ein für allemal vernichtet worden. Das Wohlwollen, das man dabei für Bayern vorzutäuschen suchte, enthüllte sich schon nach wenigen Wochen, als die bayerische Pfalz den Kern der französischen Kompensationsforderungen bildete.

erobern.« — Ich wollte nicht weiter in die Sache eingehen, glaube aber, daß man hier geneigt, ja selbst erfreut wäre, zu einer derartigen Gestaltung der Dinge mithelfen zu können.

164.

Baron Wendland an Freiherr von der Pfordten

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris, den 1. Juli 1866

Bei Gelegenheit der Mitteilung der hohen Ministerialdepesche vom 26. vorigen Monats bemerkte mir Herr Drouyn de Lhuys, daß er nicht begreifen könne, wie Bayern die armen Hannoveraner so hilflos habe zugrunde gehen lassen. Es tue ihm dies in der Tat leid, denn welches Vertrauen könnten Alliierte auf eine Macht setzen, welche nicht imstande wäre, eine solche Hilfe zu leisten, nachdem es notorisch sei, daß größere Truppenmassen der bayerischen Armee in Franken stünden, und in solchen Fällen müsse man eben etwas riskieren. Der Minister fügte bei, wenn dieses so fortgeht, so ist Ihre Sache verloren; denn wie können Sie hoffen, daß Ihre Verbündeten irgendein Vertrauen auf Sie setzen, wenn Sie so wenig Anstrengungen machen, um ihnen zu Hilfe zu kommen. Preußen, fuhr der Minister fort, geht indessen mit der größten Energie voran; es wird seine Alliierten nicht allein auf Leben und Tod verteidigen; es wird sie höchstwahrscheinlich, wenn es siegt, auch großartig belohnen. — Ich fürchte, setzte Herr Drouyn de Lhuys hinzu, daß Sie überall zu spät kommen, und daß Preußen den einen nach dem anderen schlagen wird. Nachdem ich dem Minister so gut als möglich auf seine Bemerkungen geantwortet, daß wohl nicht Truppen genug zur rechten Zeit dagewesen seien etc., und daß man die Sache nicht eher beurteilen könne, als bevor alle Nebenumstände bekannt seien, bemerke ich nur noch, daß sich ganz Paris seit acht Tagen in fieberhafter Weise für das Schicksal der Hannoveraner interessiert, und daß ihre Niederlage und Kapitulation der Bundessache und Österreich in der öffentlichen Meinung einen empfindlichen Schlag versetzen wird. Ich habe diese Äußerungen nicht in einer offiziellen Depesche melden wollen, durfte sie aber doch nicht ignorieren und stelle es dem hohen Ermessen anheim, wie weit Eure Exzellenz sie zur Allerhöchsten Kenntnis zu bringen beabsichtigen.

165.

Baron Wendland an Freiherr von der Pfordten

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris, den 2. Juli 1866

Ich habe dem Herrn Drouyn de Lhuys soeben den Inhalt der hohen Ministerialdepesche vom 30. v. M. Nr. 182 — welche ich heute morgens zu empfangen die Ehre hatte, mitgeteilt.

Derselbe bedauert, daß Euerer Königlichen Majestät Regierung genötigt ist, in der Pfalz militärische Vorkehrungen gegen einen möglichen preußischen

Überfall zu treffen. Nach dem, was in den bayerischen Kammern vorgegangen, wo sich Äußerungen von Mißtrauen und selbst Feindlichkeit gegen Frankreich in einer so bestimmten Weise Luft gemacht hätten, könne man es einer Regierung nicht verdenken, wenn sie an ihren Grenzen keine fremden Truppenanhäufungen wünsche, die von diesem oder jenem als feindliche Demonstration interpretiert werden könnten.[1]

Übrigens, fuhr der Minister fort, könne er gegen diese Vorsichtsmaßregeln der bayrischen Regierung keine Einwendung machen, wünsche aber, daß sich die Befürchtungen eines preußischen Einfalles in die Pfalz nicht bestätigen und deshalb auch die angedeuteten Vorsichtsmaßregeln als überflüssig erweisen möchten. Die öffentliche Meinung, meinte Herr Drouyn de Lhuys, würde sich wohl dahier dahin aussprechen, daß es Orte gäbe, wo die bayerischen Truppen nötiger wären als in der Pfalz, denn hier würde das Anrücken des Feindes nur befürchtet, an anderen Orten wären die Preußen wirklich da, um gegen sie aufzubrechen.

Ich vermied, mit Herrn Drouyn de Lhuys weiter einzugehen, denn ich sah deutlich seine ungünstige Stimmung im Hinblicke, daß die bayerische Armee seinerzeit den Hannoveranern nicht zu Hilfe gekommen, und auch in diesem Augenblicke nicht imstande sein dürfte, bei der großen Entscheidungsschlacht in Böhmen eine hervorragende Rolle zu übernehmen. So ungern ich es tue, so nötigt mich doch das Gefühl der Pflicht, Euerer Königlichen Majestät die Wahrheit nicht zu verschweigen, daß Bayern in der letzten Zeit manches von der hervorragenden Stellung verloren hat, welche es sich durch seine politische Attitüde erworben. Man hatte erwartet, Bayern werde durch ein energisches Vorgehen seiner Truppen eine Art Protektorat über alle Mittel- und Kleinstaaten ausüben und im Süden die Rolle übernehmen, welche sich Preußen im Norden angemaßt ...

[1] Das wahre Motiv der französischen »Befürchtungen« vor den in der Pfalz stehenden 5000 Mann bayerischer Truppen ist bereits Nr. 95 Anm. erörtert. Die Sorgen von Drouyn de Lhuys scheinen sich auch auf zukünftiges französisches Gebiet erstreckt zu haben; er äußerte in einer Sitzung des Staatsministeriums am 20. Juni: « Les Bavarois menacent de s'emparer des houillères de *Sarrebruck* et de les noyer, » und erklärte, Schritte in München unternehmen zu wollen, « pour éviter un événement qui serait très préjudiciable à nos mines d'Alsace. » Vgl. Orig. dipl. 10, 242: Pfordten erklärte dem französischen Gesandten: « Que, en aucun cas, les industriels français n'auraient à craindre une résolution semblable à celle que l'on attribue aux Bavarois. »

Epilog

166.

Graf Solms an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Durch Königlichen Feldjäger. Vertraulich

Paris, den 30. Mai 1869

Gestern abend begegnete mir im Salon der Gräfin Walewska der Baron André, Ministre Plénipotentiaire, Kabinettschef unter Drouyn de Lhuys und seit dessen Rücktritt in Disponibilität.

Ich fragte ihn nach seinen Ansichten über die Wahlen. Er entgegnete mir, es sei unendlich schwer, sich ein Urteil zu bilden und sich in dem Chaos zurechtzufinden. Es müßte eine sehr schwierige Aufgabe für die Diplomaten sein, in dieser Krisis Berichte zu schreiben, denn man wisse nie, wie man mit dem Kaiser und dieser Regierung daran sei. Baron André kam schließlich auf Herrn Drouyn de Lhuys zu sprechen.

Auf die von mir hingeworfene Bemerkung, man sage im Publikum: « Drouyn de Lhuys ministre, c'est la guerre », entgegnete Herr André: »Glauben Sie das nicht, die Zeiten sind vorbei, obgleich man mit dem Kaiser nie sicher ist. Mit dem ist überhaupt keine Politik möglich, mit ihm ist gar nicht zu rechnen. Sie werden diese Erfahrung längst gemacht haben. Wenn man hier die Politik recht verstanden hätte, müßten wir jetzt den Rhein haben. Unser Traktat mit Österreich sicherte uns, wenn es siegte, den Rhein. Sie wissen dies längst, deshalb brauche ich kein Geheimnis daraus zu machen. Allerdings war der Rhein in dem Vertrage nicht ausdrücklich genannt, aber unter den « compensations »[1] war eben nur das linke Rheinufer verstanden.[2]

»Drouyn de Lhuys wollte nun einfach genau denselben Vertrag mit Preußen schließen; er hat den Kaiser wiederholt gedrängt, dieser aber wollte durchaus nichts davon hören. Ja, Graf Goltz selbst wollte vor dem Kriege mit uns gern irgendein Abkommen treffen.

»Österreich hatte uns Venetien vor dem Kriege ebenfalls abgetreten. Als der Krieg ausbrach, erwarteten wir im Auswärtigen Ministerium, Österreich

[1] Vgl. Nr. 148. Im Vertrage (Note additionnelle Nr. 7) lautet die Wendung, die hier interpretiert wird, nicht « compensations », sondern « remaniements territoriaux ».

[2] Die letzten drei Sätze sind bei Sybel 4, 410 etwas frei wiedergegeben worden.

würde 250 000 Mann von Italien nach dem Norden schicken. Unser Erstaunen war daher nicht gering, als wir plötzlich sahen, daß es seine Armee am Mincio entwickelt. Drouyn de Lhuys hatte nämlich nicht eine Ahnung von der Existenz des Preußisch-Italienischen Bündnisses. Er hat davon erst vier Wochen nach dessen Abschluß Kunde erhalten[1] und doch hatte es der Kaiser selbst vermittelt; seinem Minister hatte er nicht ein Wort gesagt. Der Kaiser hatte in dieser Zeit nur eine fixe Idee, über die er alles vergaß, das war die Besorgnis, der Ausbruch des Krieges könnte abermals hintertrieben werden,[2] denn nach der Verständigung von Gastein ist der Kaiser außer sich gewesen. Wir hatten hier in Paris keine Ahnung von den preußischen Rüstungen.[3] Benedetti hatte uns ganz falsch informiert. Clermont-Tonnerre hat uns über die preußische Armee vollkommen im unklaren gelassen. Dafür ist Benedetti jetzt Graf geworden und hat sich bei seiner letzten Anwesenheit in Paris mit der Kaiserin ausgesöhnt.

»Die einzige Besorgnis, die wir im Auswärtigen Ministerium damals hatten, war die, daß Preußen zu sehr geschlagen und ecrasiert werden möchte,[4] und wir waren fest entschlossen, dies durch rechtzeitige Intervention zu verhindern. Der Kaiser wollte Preußen schlagen lassen, dann intervenieren und ein Deutschland nach seiner Phantasie konstruieren.« —

Diese Äußerungen sind zwar retrospektiver Natur und berühren Dinge, welche im allgemeinen bekannt sind, die Bestätigung der Tatsachen durch den Kabinettschef des Ministers Drouyn de Lhuys selbst, und ganz besonders die Bestätigung eines zwischen Österreich und Frankreich bestandenen Traktats in bezug auf Abtretung deutscher Territorien an Frankreich erscheint mir interessant genug, um die Konversation Eurer Exzellenz ganz gehorsamst mitzuteilen.

Randbemerkung König Wilhelms:

Vermutungen hatten wir wohl immer der Art, aber m. W. keine so klare Bestätigung wie diese? W.

167.

Graf Solms an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Durch russischen Kurier

Paris, den 31. Oktober 1869

In einem gehorsamsten Berichte Nr. 157 vom 30. Mai d. J.[5] hatte ich mir erlaubt, eine Konversation wiederzugeben, welche ich mit dem früheren Kabinettschef des Ministers Drouyn de Lhuys über die Politik dieses Ministers im Jahre 1866 und über dessen Verhältnis zum Kaiser gehabt hatte.

[1] Dann würde er doch jedenfalls seit Anfang Mai von dem Bündnis gewußt haben. Die Mitteilungen scheinen an dieser Stelle der Genauigkeit zu entbehren.

[2] Von diesem zentralen Motiv aus sind die einzelnen Äußerungen Napoleons in den Monaten vor dem Kriege zu bewerten.

[3] Am Rande mit Bleistift: ?

[4] Vgl. Nr. 161 Anm. 1.

[5] Nr. 166.

Obgleich ich an der Richtigkeit der mir von Baron André gemachten Mitteilungen keinen Augenblick gezweifelt habe, so ist es mir doch interessant gewesen, eine genaue Bestätigung derselben auch von einer anderen Seite zu erhalten, nämlich durch General Caillé, einen Freund Drouyn de Lhuys', der 15 Jahre hindurch mit der Regulierung der französisch-spanischen Grenze beschäftigt gewesen war und diese schwierige Arbeit nunmehr beendet hat.

Der General sagte mir, er habe im Jahre 1846 als Freund Humboldts vielfach die Ehre gehabt, der Gast Seiner Majestät des hochseligen Königs gewesen zu sein; er habe die preußische Armee genau kennen gelernt und habe sich im Jahre 1866 über die in Frankreich eingewurzelte irrtümliche Beurteilung der preußischen Macht gewundert.

Auf die mutmaßlichen Folgen übergehend, welche ein damaliger Sieg Österreichs für Frankreich hätte haben können, kam der General auf die Gebietsteile diesseits des Rheins zu sprechen, welche Frankreich von seiten Österreichs bereits zugesichert waren, und bezeichnete den 12. Juni als Datum des betreffenden Vertrages. Um das Datum genau festzustellen, warf ich dem General ein, mir scheine, der Vertrag datierte von einem anderen Tage. Nein, entgegnete der General, der Vertrag wurde am Tage nach dem Zirkular des Kaisers (der Brief des Kaisers an Drouyn de Lhuys vom 11. Juni) abgeschlossen und versprach Frankreich Kompensationen diesseits des Rheins.

Der General bestätigte, daß Drouyn de Lhuys beim Kaiser die Abschließung eines ähnlichen Vertrages mit Preußen nicht habe durchsetzen können.

Die Enthaltsamkeit des Kaisers sei dem Grafen Goltz so unglaublich und verdächtig gewesen, daß Drouyn de Lhuys einen Augenblick geglaubt habe, Preußen würde aus Mißtrauen gegen Frankreich den Krieg unterlassen. Übrigens sei Drouyn de Lhuys nicht in die Politik des Kaisers eingeweiht gewesen. Dieser Minister habe eines Tages einer Konversation zwischen Benedetti und dem Kaiser beigewohnt und Seiner Majestät nach Beendigung derselben sehr verdrießlich gesagt: ich sehe, daß Eure Majestät mit Ihrem Botschafter ohne mein Vorwissen über Dinge verhandelt haben, die mir bisher gänzlich unbekannt geblieben waren. Der General fügte hinzu, daß Drouyn de Lhuys gleich hätte seine Entlassung einreichen sollen, der Mann habe aber gar keine Prinzipien und habe geglaubt, den Kaiser noch zu seinen Ansichten zu bekehren.

Später habe Drouyn de Lhuys durchaus noch etwas erlangen wollen und habe durch Benedetti Mainz fordern lassen; dies habe er jedoch auf eigene Hand getan, der Kaiser habe sich um die Sache nicht bekümmert und zu Drouyn de Lhuys gesagt: faites ce que Vous voulez et laissez-moi en repos.[1]

Die Luxemburger Frage sei durch die ungeschickte Leitung zu einer moralischen Ohrfeige für Frankreich geworden. Hätte man die Sache anders angefaßt, würde Preußen vielleicht ein Auge zugedrückt haben. Man habe hier immer den Glauben verbreitet, Eure Exzellenz hätte dem Kaiser Napoleon

[1] Vgl. Seite 380 Anm. 3, ferner Nr. 241 Anm.

in Biarritz Versprechungen gemacht. Dies sei falsch; Eure Exzellenz hätten im Gegenteil dem Kaiser gesagt, in Deutschland sei kein Fürst mächtig genug, um an Frankreich deutsches Territorium abzutreten.[1]

[1] Bismarck verfügte, daß der Inhalt der Mitteilungen von André und Caillé, ohne Nennung ihrer Namen, sogleich nach London und nach München mitgeteilt, und später auch, nicht als eine neue Enthüllung, sondern als etwas Bekanntes, in die Presse gebracht werde. Man findet z. B. in der »Edinburgh Review« vom Dezember 1869 Angaben über den Inhalt des Vertrages vom 12. Juni 1866. Die Zeitschrift »The Spectator« vom 11. Dezember 1869 macht dazu die Bemerkung: «If it is true, than the Emperor of Austria did, in spite of all professions, sell German territory, in order to avenge himself upon a strictly German foe, and, moreover did, by a distinct agreement, invite the armed foreigner to invade the fatherland. That is an offence which no German ever forgives, one which, if clearly proved, would for ever present the possibility of Francis Joseph recovering influence outside the frontier of his hereditary dominion. He deliberately betrayed the race to which he was appealing; and it is difficult to believe that he did not also betray his most intimate, steadfast ally, the Catholic Government of Bavaria; for Napoleon, if he had once resolved on playing so tremendous a game, would have been satisfied with no reward short of the Rhine from Basle down to the sea, thus swallowing the Palatinate at a bite.» — Eine Kritik des französisch-österreichischen Vertrages vom 12. Juni 1866 aus englischem Munde! Diese Kritik (die auch die Konsequenzen für Bayern schärfer erfaßt, als es in diesen Jahren in der Regel in München geschah) richtet sich vor allem gegen Österreich — den französischen Rhein-Eroberungswillen nimmt sie als feststehende Größe an.

III.

Die Intervention Napoleons III. im Deutschen Kriege. Juli 1866

(bis zum Präliminarfrieden von Nikolsburg)

168.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Telegramm, Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Vienne, le 2 juillet 1866, 2^{20} p. m.

L'armée du Nord a subi un désastre complet.[1] Cela pour Votre information personnelle.

Faites un dernier effort auprès de l'Empereur Napoléon sans Lui révéler encore toute la gravité de la situation pour qu'il nous fasse avoir un armistice en Italie. Nous conclurions alors avec lui *de suite* et indépendamment de nos chances ultérieures en Allemagne le traité définitif de la cession de la Vénétie. L'armistice est indispensable pour régler l'évacuation dans le sens des conditions de la note additionnelle et nous permettre d'emporter des places toute l'artillerie et le matériel de guerre. Nous désirerions par des motifs d'urgence, que durant la négociation des stipulations définitives les Français occupassent provisoirement et *immédiatement* les forteresses et toutes les positions militaires de la Vénétie.[2]

Faites valoir les dangers européens que présente le développement excessif de la Prusse qui dans les circonstances actuelles menace de devenir maîtresse absolue de la situation. Tâchez en conséquence de faire sortir l'Empereur Napoléon de cette neutralité passive en Allemagne qui est la cause de nos désastres. Une médiation armée de la France peut seule empêcher encore la domination exclusive de la Prusse en Allemagne. Obtenez le plus tôt possible une réponse positive, et donnez-nous au plus vite des indications sur les dispositions de l'Empereur Napoléon.

[1] Dem Erlaß lag das bekannte Telegramm Benedeks aus Königgrätz, d. 1. Juli, 11^{30} a. m., zugrunde, in dem der General den Kaiser Franz Joseph bat, um jeden Preis Frieden zu schließen, da eine Katastrophe der Armee unvermeidlich sei, vgl. H. Friedjung, Kampf um die Vorherrschaft 2, S. 213.

[2] Diese französische Besetzung ist die entscheidende Voraussetzung, ohne deren Erfüllung ein Abmarsch der österreichischen Südarmee nach Böhmen unmöglich war.

169.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Telegramm, Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Vienne, le 2 juillet 1866, 9^{50} p. m.

Benedek mande de Königgrätz, qu'il n'a pas été poursuivi; que deux jours de repos ont remonté le moral des troupes et qu'il n'est pas pour le moment dans la nécessité de se retirer plus loin.[1]

Le directeur de la police de Vérone annonce que l'Archiduc Albert a passé le Mincio sans rencontrer l'ennemi et qu'il occupe la position de Volta où il a son quartier général, avec ses avant-postes jusqu'à Monte Chiari.

Ces nouvelles rendent l'armistice moins urgent, mais exercez toute votre influence pour que le traité des Italiens avec la Prusse qui expire, dit-on, le 8 juillet ne soit pas renouvelé.

170.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 2 juillet I866, 10^{45} p. m.;[2] arr. 3. 7., 12^{55} a. m.

Réponse demain.

L'Empereur ne refuse rien mais demande 24 heures de réflexion pour une décision à prendre.

Menacez la Bavière de l'avenir.[3] Tâchez de tenir position ... à toute force. Préparez les esprits à l'intervention française dans le cas où la Prusse menacerait toute l'Allemagne. Je Vous serai reconnaissant de m'envoyer Baron Aldenburg avec le résumé de ce que Vous demanderiez en cas d'alliance active avec la France. J'ai demandé Glatz et la parcelle de la Haute-Silésie devant Cracovie, Passau et Ratisbonne si la Bavière ne marche pas.[4]

171.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 3 juillet 1866, $\overline{3}^{30}$ p. m.; arr. 7^{50} p. m.

Si Vous approuvez la proposition suivante, l'Empereur serait avec nous en cas de refus de nos adversaires:

[1] Benedek hatte am Vormittag des 2. Juli den Entschluß gefaßt, in Königgrätz stehen zu bleiben und eine Schlacht zu wagen.

[2] Von Metternich abgesandt vor dem Eintreffen des zweiten Telegramms des Grafen Mensdorff. (Nr. 169.)

[3] Vgl. dazu Nr. 148 Anm. 2.

[4] Einzelheiten der österreichischen Kriegsziele einer alliance active am Tage vor Königgrätz!

« L'Autriche propose la cession de la Vénétie à la France moyennant un traité à conclure pendant un armistice demandé par l'Empereur et appuyé par la France. Elle fomenterait en outre la médiation de l'Empereur tant en Italie qu'en Allemagne sur les bases indiquées dans la lettre adressée par Sa Majesté à Son Ministre des affaires étrangères. »[1]

Réponse: L'Empereur accepte la cession de la Vénétie et propose à Berlin et à Florence médiation sur les bases indiquées par un armistice.

172.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 3 juillet 1866, 4^{15} p. m.; arr. 7^{25} p. m.

Meine Vereinbarung mit dem Kaiser hat den Vorteil, daß wir seine Hilfe nicht angerufen, sondern seine Mediation akzeptiert haben. Es ist Deutschland gegenüber von großem Vorteil, daß wir Venedig aufgeben, um kein deutsches Land zu opfern, welches gewiß durch späteres Fordern des Kaisers Napoleon an das siegreiche Preußen preisgegeben würde.[2] Bitte die Annahme der Mediation in Auffassung (sic) zu machen.

Tâchez que notre armée revienne derrière le Mincio pour que nous n'ayons pas des craintes sur les suites d'un dernier effort de l'Italie qui nous coûterait de nouveaux et inutiles sacrifices.[3]

[1] Nr. 144.

[2] Vgl. dazu den Austausch der Erklärungen vom 12. Juni, Nr. 148.

[3] Die Antwortdepesche des Grafen Mensdorff vom 3. Juli, 10^{45} p. m., stellte Antwort am anderen Tage in Aussicht, gab aber zugleich die erste Andeutung der Entscheidungsschlacht dieses Tages: « La bataille qui a eu lieu aujourd'hui entre Josefstadt et Königgrätz ne paraît pas avoir tournée à notre faveur, le rapport du quartier général nous manque. » (Man kannte damals in Wien nur das am 3. Juli, 7^{15} p. m. aufgegebene Telegramm des Festungskommandanten in Königgrätz, vgl. Friedjung, a. a. O. 2, S. 334 Anm. 1.) Mensdorff begab sich am anderen Tage in das Hauptquartier. Graf Esterházy, der für ihn interimistisch die Leitung der Geschäfte übernahm, billigte am 4. Juli, 4^{15} p. m. den Vorschlag Metternichs und akzeptierte die Antwort laut Metternichs erstem Telegramm, « en comptant sur l'assurance consignée dans les premières lignes de ce télégramme »; er legte höchsten Wert auf unmittelbare Besetzung Venetiens und der Festungen durch die Franzosen, um ohne Verzug die österreichische Südarmee zurückziehen zu können. Ein zweites Telegramm Esterházys vom 4. Juli erläuterte die Annahme des Pariser Vorschlags « purement et simplement », daß man Venetien ohne Besorgnis für die österreichischen Grenzen räumen müsse und daher eine völlige Sicherheit, entweder durch unmittelbare französische Besetzung oder « au pis aller par une acceptation formelle et explicite du Gouvernement italien de l'armistice » haben müsse. Auch wurde betont, daß die angebotene französische Vermittlung in Deutschland von der österreichischen Regierung angenommen, aber nicht erbeten sei; man legte auf die Unterscheidung Wert auch für den Fall, daß die Ankunft der Südarmee zu einer günstigen Wendung im böhmischen Feldzuge führen sollte.

173.

Graf Goltz an König Wilhelm I.[1]

Ausfertigung. A. A. Berlin

Durch Königlichen Feldjäger

Paris, den 4. Juli 1866

(Glückwunsch zu den glänzenden Waffentaten. Stimmung in Paris. Gespräch mit dem Kaiser »vor acht Tagen« über die Okkupation Norddeutschlands durch die preußische Armee.)[2]

. . . Bei einer Unterredung, welche ich vorgestern mit Herrn Drouyn de Lhuys hatte, fand ich denselben sehr unsicher darüber, ob er Frankreich zu den preußischen Siegen Glück wünschen solle oder nicht? Er meinte, wir seien sehr »reserviert«. Ich erwiderte ihm, wir hätten bis jetzt nichts getan, was aus dem dem Kaiser vor dem Kriege mitgeteilten Programme, für dessen Ausführung er Eurer Königlichen Majestät seine neutralité bienveillante zugesichert hätte, herausträte. Insbesondere seien in keinem der okkupierten Länder Souveränitätsakte vorgenommen worden. Wie sich die Dinge weiter entwickeln, welche Kompensationsforderungen die von Preußen gebrachten, sich täglich steigernden Opfer notwendig machen würden, sei allerdings nicht abzusehen; aber der Minister möge sich einmal den entgegengesetzten Fall, die Niederlage Preußens, klarmachen und er würde anerkennen müssen, daß eine solche zugleich eine furchtbare Kalamität für Frankreich sein würde. Der Minister sah dies ein.

Da ich annehmen mußte, daß der Kaiser heute abreisen und ich ihn vielleicht mehrere Wochen nicht sehen würde, so habe ich Seine Majestät gestern wiederum aufgesucht. Ich fand ihn in einer viel festeren Stimmung, welche im Laufe der Unterredung immer deutlicher hervortrat. Ich sagte, daß, wenn die Ereignisse den bisherigen günstigen Verlauf auch ferner beibehielten, vielleicht bald von Friedensunterhandlungen gesprochen werden könne. Alsdann würde der Kaiser abwesend sein und ich bäte ihn daher um die Erlaubnis, schon jetzt diese Eventualität hypothetisch zu besprechen. Bis jetzt hätten die Ereignisse die tatsächliche und von uns in internationaler Form erstrebte Lage bestätigt: zuerst die Notwendigkeit eines Anschlusses aller norddeutschen

[1] Die Berichte des Grafen Goltz aus dem Juli 1866 sind, seitdem H. v. Sybel sie zum ersten Male für seine Darstellung benutzte, von der deutschen Forschung herangezogen worden; zuletzt besonders eingehend von Erich Brandenburg, Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der deutschen Reichsgründung (1916). Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß in der vorliegenden Publikation die Aufgabe nicht darin besteht, die Politik Bismarcks auf Grund des vollständigen preußischen Aktenbestandes zur Anschauung zu bringen, danach die Stufen des deutschen Staatsbaus von 1866 zu entwickeln und zu den darüber entstandenen wissenschaftlichen Kontroversen Stellung zu nehmen. Vielmehr besteht, dem Gesamtplan entsprechend, die Aufgabe darin, vor allem die schwankenden Zielsetzungen und Entschlüsse der französischen Politik, vornehmlich ihres entscheidenden Trägers, des Kaisers Napoleon, klarzustellen, unter diesem Gesichtspunkte die wichtigsten Berichte des Grafen Goltz auszuwählen und mit dem österreichischen Aktenmaterial derart zu kombinieren, daß die Zusammenfügung ein möglichst allseitiges Bild der französischen Interventionspolitik zu geben vermag.

[2] Vgl. S. 285 Anm. 3.

Staaten an Preußen, dann die Ebenbürtigkeit dieser Macht mit Österreich auf dem Schlachtfelde, wenn nicht gar ihre Überlegenheit, endlich die Unfähigkeit Österreichs, selbst Süddeutschland zu schützen, ja sogar das Bedürfnis jener Macht, den Schutz der deutschen Mittel- und Kleinstaaten anzurufen. Wenn Eurer Majestät Armee weitere Erfolge hätte, so würde vielleicht binnen kurzem Österreich um einen Frieden bitten, welcher alle jene tatsächlichen Momente in eine vertragsmäßige Form brächte; ich hoffte sogar, daß die Nachricht von den preußischen Siegen in Böhmen die süddeutsche Koalition auflösen und Eurer Majestät Truppen die peinliche Pflicht ersparen würde, gegen sie zu kämpfen. Alsdann würde nur die Notwendigkeit, Italien in den Besitz Venetiens zu verhelfen, einem für Preußen günstigen Frieden entgegenstehen. Die Erfüllung dieser Pflicht könnte die Opfer Preußens vermehren und dem Kampfe Proportionen geben, welche den österreichischen Kaiserstaat mit Auflösung bedrohen. Es frage sich, was der Kaiser zu dieser Eventualität und der sich daran knüpfenden Eröffnung der orientalischen Frage sage? Der Kaiser erwiderte mir: Sein dringender Wunsch sei, daß der österreichische Kaiserstaat nicht in seiner Existenz bedroht werde. Es würde dadurch im europäischen Staatensystem eine Lücke entstehen, welche nicht ohne einen allgemeinen Brand auszufüllen sein dürfte. Rußland würde sich widersetzen, Frankreich vielleicht auch nicht ruhig bleiben können. Der von Eurer Majestät unternommene Krieg sei notwendig gewesen, um Preußen eine bessere Stellung zu sichern. Es habe ein nicht genug zu bewundernder Mut Eurer Königlichen Majestät und Allerhöchstdero Ministerpräsidenten dazu gehört, diesen Krieg zu unternehmen; denn das eigene Land sei anfänglich dagegen gewesen und Europa nicht minder. Der Erfolg müsse selbst die kühnsten Hoffnungen Eurer Majestät übertreffen. Man stelle sich, setzte der Kaiser mit sichtbarer Bewegung hinzu, die furchtbare Lage vor, in welche Eure Majestät und Preußen geraten wären, wenn Österreich die bisher von Allerhöchstdenselben erlangten Erfolge errungen hätte. Er rate daher, nicht zu weit zu gehen, Mäßigung zu zeigen, sich mit der Konsolidierung der berechtigten Machtstellung Preußens zu begnügen.

Am Schlusse drückte mir der Kaiser in sehr herzlichen Worten Seine große Befriedigung über den bisherigen Verlauf der Ereignisse aus. Er äußerte die Hoffnung, daß Eure Königliche Majestät anerkennen würden, daß Allerhöchstdieselben diese Erfolge ohne seine Neutralität nicht hätten erlangen können. Ich bestätigte dies und glaubte zur großen Befriedigung des Kaisers die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß die Resultate des Krieges durch einen in Paris abzuhaltenden Kongreß sanktioniert werden würden.

Eure Königliche Majestät bitte ich Allergnädigst erwägen zu wollen, daß ich erst in diesem Augenblick von dem glorreichen Siege höre, welchen Allerhöchstdieselben gestern über die gesamte Armee des General Benedek erfochten haben.

Ich glaube jetzt mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß Frankreich keinen Krieg gegen Preußen wagen wird, bevor nicht das neue Zündnadelgewehr in der ganzen französischen Armee eingeführt ist. Ich höre, daß infolge

einer verdoppelten Tätigkeit 400 000 Gewehre im Monat Oktober fertig sein können, aber dann müssen doch erst die Soldaten ihren Gebrauch lernen. Bis zum künftigen Sommer scheint mir daher selbst abgesehen von der Loyalität des Kaisers, an der ich nicht zweifle, eine französische Intervention ausgeschlossen zu sein.

174.

Kaiser Napoleon III. an König Wilhelm I.

Paris, le 4 juillet 1866 (12^{00} p. m.).[1]

Les succès si prompts et si éclatants de Votre Majesté ont amené des résultats qui me forcent à sortir de mon rôle de complète abstention. L'Empereur d'Autriche m'annonce qu'il me cède la Vénétie et qu'il est prêt à accepter ma médiation pour mettre un terme au conflit qui s'est élevé entre l'Autriche, la Prusse et l'Italie. Je connais trop les sentiments magnanimes de Votre Majesté comme son affectueuse confiance envers moi pour ne pas croire que, de son côté, après avoir élevé si haut l'honneur de ses armes, elle n'accueille avec satisfaction les efforts que je suis disposé à faire pour l'aider à rendre à ses États et à l'Europe les précieux avantages de la paix.

Si Votre Majesté agrée ma proposition, elle jugera sans doute convenable qu'un armistice conclu pour l'Allemagne et pour l'Italie ouvre immédiatement la voie à des négociations.

175.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 5 juillet 1866, 12^{15} a. m.; arr. 6^{20} a. m.

L'Empereur a télégraphié aux quartiers généraux de Prusse et d'Italie pour offrir sa médiation et demander un armistice.[2]

Moniteur annonce qu'après avoir sauvegardé l'honneur de ses armes en Italie l'Empereur François Joseph cède la Vénétie à la France et l'Empereur Napoléon offre sa médiation.

Kaiser telegraphiert an Gramont que si on refuse il insistera *avec force*.[3]

[1] Das Telegramm Napoleons — zuletzt gedruckt Orig. dipl. 10, S. 314 f. — war das Ergebnis der im Laufe des 4. Juli eintreffenden Nachrichten über die Schlacht bei Königgrätz, und der Verhandlungen mit Fürst Metternich am Abend des 4. Juli. In dem Buche von Albert D. Vandam, Undercurrents of the Second Empire (1897), S. 316, wird erzählt (mit dem unrichtigen Datum 3. Juli), wie Metternich die Nachricht von dem vernichtenden Umfang der Niederlage brachte und der Kaiser sogleich nach Rouher, Fleury, Drouyn und Randon schickte: « The Emperor, who is phlegmatic enough at ordinary times, invariably loses his phlegm in Fleurys presence. ‚We have gained Venice for others, *we have lost the Rhine for ourselves*!' he exclaimed, before the door had been fairly closed behind his most truly adviser, handing him at the same time the telegram announcing the Austrian defeat. ‚We have lost nothing yet, sire,' remarked Fleury, ‚glancing at the paper. On the contrary; now or never is your chance to reconstruct the map of Europe.'»

[2] Nr. 174.

[3] Vgl. Nr. 176 Anm.

176.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 5 juillet 1866, 11 p. m.; arr. 6. 7. 3^{20} a. m.

Réponse de Victor-Emmanuel arrivée. Evasive au premier moment et alléguant l'impossibilité de se séparer de la Prusse; elle sera demandée énergiquement demain. Réponse prussienne attendue.

Cession de la Vénétie n'aura lieu que si l'armistice est certain.

Quoi qu'on doute de refus, les dépêches *insistant avec force*[1] sont préparées.

[1] Diese Anwendung der Gewalt im Falle der Nichtannahme der Vermittlung lag den beiden in der Conseilsitzung am 5. Juli, der « journée aux angoisses patriotiques », von Drouyn gestellten und vom Kriegsminister unterstützten Anträgen zugrunde, die Kammern zur Bewilligung der Kriegskredite zu berufen und ein Beobachtungskorps von 80000 Mann am Rhein aufzustellen (vgl. d'Harcourt, Les quatre ministères de Mr. Drouyn de Lhuys, S. 258ff., die Memoiren des Kriegsministers Randon 2, 145 und E. Ollivier 8, 415ff.). Napoleon nahm den ersten Antrag an, verfügte die entsprechende Note für den « Moniteur », verschob aber die Unterzeichnung des Mobilisationsdekrets bis zum Morgen des 6. Juli; am Abend des 5. Juli gelang es dann Rouher und La Valette, auch die Veröffentlichung im « Moniteur » zu verhindern.

Der Sinn der Politik vom 5. Juli wäre gewesen, vermöge der Intervention zu « larges compensations sur nos frontières » (Ollivier 8, 417) zu gelangen und mit diesem Übergang zur offensiven Rheinpolitik die heimlichen Rheingelüste des April bis Juni trotz Sadowa in die Tat umzusetzen.

Es kam auf den ersten Schritt an, der alle weiteren nach sich gezogen hätte. Der Herzog von Gramont, der noch in einem späteren Stadium leidenschaftlich die militärische Intervention vertrat, schrieb am 17. Juli 1866: « Je ne parle pas de prendre les Provinces rhénanes, ce qui se peut se faire en ce moment sans coup férir, et ce qui pourra se faire encore de même pendant quelques semaines, mais seulement d'en faire naître l'idée, et je le répète, sans guerre, sans combat, sans dangers et sans perte, la médiation de l'Empereur, aujourd'hui hésitante et presque compromise, devient triomphante et efficace » (Orig. dipl. 11, 93). Weniger diplomatisch drückte der Geschäftsträger in London, Baron Baude, denselben Gedanken am 10. August dem Grafen Vitzthum aus: Napoleon hätte den Preußen erklären sollen: « Je demande des compensations qui permettent à la France de vous laisser faire. Je veux le Rhin; si vous ne me le donnez pas de gré, mes canons rayés le réclameront. » (Graf Vitzthum, London, Gastein und Sadowa, S. 298). Der nackteste Ausdruck für den Eroberungsplan findet sich in einem Briefe des in Straßburg stehenden Generals Ducrot vom 6. November 1866: « En huit jours nous pouvions porter quatre-vingt mille hommes de l'autre côté du Rhin ralliant à nous les contingents badois, bavarois, wurtembergeois, hessois, une partie de l'armée autrichienne de l'archiduc Albert, nous formions une masse de plus de deux cent mille combattants avec lesquels nous écrasions, en un instant, l'armée prussienne du Mein, qui n'a jamais compté plus de quarante mille hommes. ... Une simple démonstration, une attitude énergique auraient suffi pour mettre les Prussiens à la raison. *Ils étaient si bien convaincus que la rive gauche du Rhin devait être la compensation légitime*, pour nous, de leurs agrandissements en Allemagne, qu'ils avaient tout évacué et n'avaient pas même laissé dans les casernes les portemanteaux et les crochets destinés à recevoir les effets militaires. Les populations en étaient également convaincues. Bon nombre de familles s'étaient refugiées sur notre territoire et tous les rapports officiels parvenus à la préfecture et à la division nous permettaient de constater que, en cas d'appel du suffrage universel, nous étions assurés de 80 pour 100 des votes. » (Mémoires du général Ducrot II, 139ff.)

Der naive Glaube dieser Räuberpolitik an ein Plebiszit zu ihren Gunsten ist heute noch

Télégramme d'hier de l'Empereur au Roi de Prusse dit: Vos promptes succès me forcent à sortir de ma complète abstention.

Préparez *tous* les moyens de résistance armée, de mon côté je ferai tout ce qui est possible pour faciliter au plus tôt l'arrivée de l'armée du Sud.

177.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich! Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 5. Juli 1866

Eure Exzellenz haben durch das vom Kaiser der Franzosen in der vorigen Nacht an Seine Majestät den König gerichtete telegraphische Schreiben schon vor dem Empfang meiner heutigen Telegramme Nr. 35 und 37 von dem wichtigen politischen Ereignis Kenntnis gehabt, durch welches der «Moniteur Universel» heute früh die Welt in Erstaunen versetzte.

Von Preußen geschlagen, hat der Kaiser von Österreich dem Kaiser der Franzosen Venetien abgetreten und die Mediation dieses Souveräns zur Herbeiführung des Friedens zwischen ihm einerseits und Preußen und Italien andererseits erbeten. Der Kaiser Napoleon hat sich zu dieser Mediation bereit erklärt und unserem allergnädigsten Herrn sowie dem Könige von Italien dieselbe unter Befürwortung eines Waffenstillstandes angeboten.

Nachdem ich die Note des «Moniteur» gelesen, kam der italienische Gesandte zu mir und bat mich im Auftrage des Prinzen Napoleon, mit ihm diesen zu besuchen.[1] Der Prinz, welcher schon gestern bei mir gewesen war und zur Fortführung des Kampfes gegen Österreich bis zur Vernichtung dieser Macht geraten hatte, war natürlich in hohem Grade aufgebracht über die vom Kaiser verkündete Politik. Die Einzelheiten waren ihm unbekannt. Indessen hatte er bereits seinem königlichen Schwiegervater telegraphiert, derselbe möge den Waffenstillstand und die französische Mediation entschieden ablehnen. Er und der Ritter Nigra waren überzeugt, daß der König Viktor Emanuel diesem Rat folgen werde. Denselben Rat richtete er an uns, indem er die feste Überzeugung aussprach, daß wir von Frankreich nichts zu fürchten hätten, und die «Moniteur»-Note als einen coup de jarnac[1*] ansah, wie sie der Kaiser liebe, dem er aber, wenn der Vorschlag auf entschiedenen Widerstand stieße, keine weitere Folge geben werde.

Von diesem Besuche zurückgekehrt, fand ich ein Billett des Herrn Drouyn de Lhuys vor, welcher mich bat, sobald als möglich zu ihm zu kommen. Ich leistete dieser Aufforderung sogleich Folge. Der Minister begann damit, sich zu entschuldigen, weil er mir seine Mitteilung nicht eher gemacht und ich

nicht ausgestorben, vgl. Albert Perraud, La question rhénane et la politique française (Revue des deux mondes, octobre 1923). Die amtlichen Berichte, die General Ducrot zur Begründung seiner Behauptung anführt, sollten doch heute von den Franzosen veröffentlicht werden.

[1] Vgl. dazu H. Kienast, Die Legion Klapka (1900).

daher das Ereignis durch den «Moniteur» erfahren hätte. Erst gestern abend habe Fürst Metternich die österreichische Mitteilung gemacht. Der Kaiser habe darauf mit dem Minister konferiert. Zwischen 10 und 11 Uhr seien die Telegramme an Seine Majestät den König und den König von Italien redigiert und (en clair) nach den respektiven Hauptquartieren expediert worden.[1]

Herr Drouyn de Lhuys las mir beide telegraphische Schreiben nach den Konzepten, in denen die Korrekturen sichtbar waren, vor. Dasjenige an unseren allergnädigsten Herrn kennen Eure Exzellenz. Das an den König von Italien zeigt die Abtretung Venetiens an Frankreich an, nimmt auf das Schreiben des Kaisers an Herrn Drouyn de Lhuys vom 11. Juni[2] Bezug und deutet an, daß der Erwerb Venetiens Italien keine Opfer kosten solle.[2]*

Nachdem die Lektüre beendigt war, nahm ich davon Akt, daß in dem Schreiben an unseres Königs Majestät auf den Brief vom 11. Juni nicht Bezug genommen sei. Der Minister schien sich dessen kaum bewußt zu sein, bemerkte aber, daß die «Moniteur»-Note auf diesen Brief Bezug nähme, was dasselbe sei. Ich sagte, daß die «Moniteur»-Note nur von dem Beitritt des Kaisers Franz Joseph zu den im Schreiben vom 11. Juni ausgesprochenen Ideen, und zwar auch nur im Zusammenhange mit der Abtretung Venetiens, spreche. Ich glaubte hiernach annehmen zu dürfen, daß der übrige Inhalt des Schreibens, welcher ohnehin, wie mir der Kaiser seinerzeit ausdrücklich gesagt, nur retrospektiv die Bedingungen konstatieren sollte, welche Seine Majestät im Kongreß vor dem Kriege vorgeschlagen haben würde, der jetzt beabsichtigten französischen Mediation nicht zugrunde gelegt werden solle. Wenn in der Tat zwei jener Bedingungen, die Beibehaltung der »großen Stellung Österreichs in Deutschland« und die »festere Vereinigung der deutschen Mittelstaaten unter sich« für uns schon damals unannehmbar gewesen wären, indem es sich grade für uns darum gehandelt hätte, den unerträglichen Einfluß Österreichs in Deutschland und den damit getriebenen argen Mißbrauch zu vernichten sowie eine naturgemäße Stellung eines Teils der deutschen Mittelstaaten zu Preußen herbeizuführen, so würden dieselben jetzt ein schreiender Anachronismus sein. Denn in letzterer Beziehung habe die Okkupation Norddeutschlands in drei Tagen das Naturwidrige der angedeuteten Kombination ins hellste Licht gestellt und, was die große Stellung Österreichs in Deutschland betreffe, so habe diese Macht, anstatt die deutschen Klein- und Mittelstaaten zu schützen, ihren Schutz angerufen, dieselben hätten ihn nicht gewähren können und Österreich sehe sich nach einem achttägigen Feldzug gegen Preußen genötigt, den Kaiser der Franzosen um seinen Schutz zu flehen. Hierdurch habe der Kaiser Franz Joseph seiner »großen Stellung« in Deutschland selbst den Todesstoß gegeben und keinerlei Verträge vermöchten dieselbe wieder herzustellen.

Herr Drouyn de Lhuys versicherte mir, daß der Kaiser den immensen militärischen Erfolgen Preußens volle Rechnung tragen würde.

Ich entgegnete, daß ich hieran nicht zweifle, es indessen doch bedauern

[1] Nr. 174.
[2] Nr. 144.

müsse, daß die vom Kaiser angebotene Mediation der Öffentlichkeit übergeben worden sei, bevor man wisse, ob die Regierung Seiner Majestät dieselbe annehmen, insbesondere auch den vorgeschlagenen Waffenstillstand gewähren werde oder auch nur könne. Offenbar sei letzteres unmöglich, wenn wir nicht die sichere Gewißheit hätten, durch die französische Mediation zu einem Frieden zu gelangen, wie wir ihn nach den gebrachten Opfern und behufs Sicherung gegen eine Wiederkehr der überwundenen Gefahren fordern müßten. Denn sonst würden wir nur das Heer Benedeks vor völliger Vernichtung bewahrt und Österreich die Möglichkeit gegeben haben, nach einigen Wochen oder Monaten, nach dem Scheitern der Verhandlungen, uns ein neues Heer entgegenzuführen, welches wir ohne Zweifel wiederum schlagen würden, aber nicht ohne abermalige schwere Opfer. Eine Vorbedingung der Annahme des kaiserlichen Vorschlags würde daher sein, daß uns die Basis mitgeteilt werde, auf welcher der Kaiser seine Mediation zu führen beabsichtige. Ein diesfälliges Einverständnis zwischen dem Kaiser und Seiner Majestät dem Könige würde den Friedensschluß sichern; denn ohne die französische Intervention würden wir sogar wahrscheinlich jetzt allein in der Lage sein, den Frieden zu diktieren, um so mehr also, wenn wir mit Frankreich einig wären.

Der Minister gab die Berechtigung dieser Bemerkungen vollkommen zu, entschuldigte die Veröffentlichung (durch welche nach der von mir geäußerten Ansicht Frankreich bis zu einem gewissen Punkte engagiert und unser Verhältnis zu dieser Macht, falls wir uns nicht mit ihr über die Basis der Mediation einigen könnten, verrückt würde) mit der Notwendigkeit, die Ungeduld der öffentlichen Meinung zu befriedigen, hielt es aber für zweckmäßiger, daß wir der französischen Regierung die von uns zu stellenden Friedensbedingungen mitteilten und darüber eine vorläufige vertrauliche Einigung zwischen uns stattfinde.

Ich bemerke, daß ich außerstande sei, über die von uns jetzt ins Auge gefaßten Bedingungen auch nur eine Vermutung auszusprechen. Ich bat den Minister, mich in allem, was ich in dieser Beziehung äußerte, nicht als Organ Seiner Majestät des Königs und Seiner Regierung anzusehen. Denn ich könnte nicht beurteilen, welchen Umschwung die mächtigen Ereignisse der letzten 14 Tage in der Auffassung Seiner Majestät, Seiner Räte und der preußischen und deutschen Nation hervorgebracht haben könnten. Es seien uns dadurch Tatsachen und Kräfte zum Bewußtsein gebracht worden, von denen wir selbst nur eine dunkle Ahnung gehabt hätten. Wenn wir jetzt einfach das vor dem Kriege vorgeschlagene Programm realisierten, nämlich den Austritt Österreichs aus dem Deutschen Bunde, die Berufung einer allgemeinen deutschen Vertretung, die militärische Leitung Norddeutschlands durch Preußen und die (kaum noch ausführbare) Übertragung der militärischen Führung Süddeutschlands an Bayern, endlich die Einverleibung der Elbherzogtümer in die preußische Monarchie unter Rückabtretung eines Teils von Schleswig an Dänemark — ein Minimum, unter welches zurückzugehen uns sicherlich jetzt niemand zumuten könnte —, so würde dies die völkerrechtliche Sanktion einer als tatsächlich bestehend konstatierten Lage sein.

Würde darin aber eine Kompensation für das vergossene preußische Blut zu finden sein? Wird die öffentliche Meinung sich damit begnügen? Und doch muß die Herstellung des inneren Friedens eines der wesentlichen Resultate dieses ruhmreichen Krieges sein, und der Enthusiasmus, mit welchem Seine Majestät der König bei Eröffnung der Kammern selbst von den entschiedensten Fortschrittsmännern begrüßt werden wird, darf nicht im voraus durch einen faulen Frieden oder durch einen garantielosen Waffenstillstand abgekühlt werden. Können wir überhaupt Bayern für seine zweideutige Haltung noch belohnen? Ist es noch möglich, die Souveräne von Hannover, Sachsen, Kurhessen, deren Ansehen vor ihren Bevölkerungen so tief erschüttert worden ist, wieder einzusetzen? Werden die letzteren sie wieder aufnehmen wollen? Dies alles seien Fragen, welche ich zu beantworten außerstande sei. Was endlich Österreich selbst anbetreffe, so würde dies eine Macht von 37, Preußen mit den Herzogtümern eine Macht von 20 Millionen bleiben. Wir hätten diesen Riesenkampf kühn aufgenommen. Nicht allein Dank unseren Zündnadelgewehren, sondern Dank unserer höheren Zivilisation überhaupt, welche sich in den Waffen, der Intelligenz der Führer, der Offiziere, der Soldaten, der Benutzung der Eisenbahn, Telegraphen usw. gezeigt habe, dank endlich dem unvergleichlichen Mute eines patriotischen, von seinem Könige und den jungen Prinzen des Königlichen Hauses geführten Heeres wären wir Sieger. Aber Österreich könne in einer Reihe von Jahren wenigstens in einigen dieser Punkte den Vorsprung einholen; Italien würde dann desinteressiert sein; welche Politik dann Frankreich und Rußland verfolgen würden, könne man nicht vorhersehen: und wir würden dann wie jetzt wieder 1 : 2 stehen.

Der Minister erkannte dies alles an und versprach, daß der Kaiser es berücksichtigen werde. Er erinnerte daran, daß wir ohne die französische Neutralität diesen Kampf nicht hätten führen können, woraus er schloß, daß wir auch ferner Vertrauen in Frankreich haben könnten. Er begriff aber, daß wir über die Basis der Mediation Gewißheit verlangen müßten. Der Kaiser wünsche, daß ich von der Regierung Seiner Majestät des Königs zu den diesfälligen vertraulichen Verhandlungen ermächtigt würde, teils wegen des persönlichen Vertrauens, welches der Kaiser in mich und insbesondere in meine Mäßigung setzte, teils weil ich hier mit dem Kaiser selbst und dem in seine Gedanken vollkommen eingeweihten Minister verhandeln könnte, während Herr Benedetti unmöglich dem Hauptquartier folgen könne und daher nur indirekt mit Eurer Exzellenz würde verhandeln müssen.

Da der italienische Gesandte aus Petersburg erfahren hatte, daß Fürst Gortschakoff die Absicht ausgesprochen habe, sich mit dem französischen Kabinett in Verbindung zu setzen, um dem ferneren Vordringen Preußens Einhalt zu tun, so fragte ich den Minister, ob er über die Mediation bereits mit den anderen neutralen Mächten verhandelt habe oder zu verhandeln beabsichtige. Er verneinte dies entschieden, versicherte auch noch von keiner Seite eine Mitteilung in der angedeuteten Richtung erhalten zu haben und bemerkte, daß die Kaiserliche Regierung die Sache zunächst ausschließlich mit uns abzumachen und die übrigen Mächte, erst wenn eine Einigung über

alle wesentlichen Punkte gesichert worden wäre, zu einer Konferenz oder einem Kongreß zu berufen beabsichtige.

Er ersuchte mich demnächst wiederholt, Eurer Exzellenz vorzuschlagen, mir so schleunigst als möglich die von der Königlichen Regierung ins Auge gefaßten Friedensbedingungen im großen und ganzen mitzuteilen und mich zur Verhandlung darüber mit der Kaiserlichen Regierung zu ermächtigen.

Indem ich in dieser Beziehung Eurer Exzellenz geneigten und soviel als möglich zu beschleunigenden Instruktionen gehorsamst entgegensehe, bemerke ich mit Bezug auf Vorstehendes, daß es nach meinem unvorgreiflichen Dafürhalten bedenklich wäre, das Anerbieten des Kaisers Napoleon sofort und unbedingt abzulehnen, daß es mir aber dringend wünschenswert scheint, vor der definitiven Bewilligung eines (wie auch Herr Drouyn de Lhuys anerkennt) mit möglichsten Garantien gegen neue Rüstungen Österreichs und der süddeutschen Staaten zu umgebenden Waffenstillstandes die Benedeksche Armee womöglich vollends zu vernichten und von Olmütz abzuschneiden, sowie uns behufs regelmäßiger Organisierung der Verpflegung der Armee auf Kosten des Feindes in den vollständigen Besitz Böhmens und seiner Hauptstadt, welche überdies zur Sicherstellung der Bezahlung der Kriegskosten, bis letztere erfolgt wäre, auch nach dem Frieden zu okkupieren sein dürften, zu versetzen. Was demnächst die von uns vorzuschlagende und mit dem Kaiser Napoleon zu vereinbarende Basis der Friedensverhandlungen anbetrifft, so dürfte außer den von mir Herrn Drouyn de Lhuys als Minimum angegebenen Bedingungen die Einverleibung Kurhessens hier keine Schwierigkeiten finden, diejenige des viel wichtigeren und eine Züchtigung verdienenden Sachsens dagegen ungleich größere als die von Hannover, auf welche man hier gleichfalls vorbereitet zu sein und die man selbst mit Rücksicht auf unsere maritime Entwicklung zu wünschen scheint. Sobald wir aber in dieser Richtung zu weit gehen, werden uns französische Kompensationsforderungen entgegentreten, die wir um jeden Preis zu vermeiden suchen müssen. Die belgische Frage hat man zwar hier seit etwa 14 Tagen durch Klagen über die ungestraft bleibende zügellose belgische Presse in Fluß zu bringen gesucht, aber noch nicht der Reife entgegenzuführen vermocht.[1]

Mit Bezug auf einen meiner gestrigen Berichte muß ich noch bemerken, daß mir von wohlunterrichteter Seite, insbesondere vom englischen Militärattaché, das Gerücht von einer im Monat Oktober zu beendigenden Bestellung von 400000 neuen (Zündnadel-)Gewehren entschieden als unrichtig bezeichnet worden ist. Nur 500 solcher Gewehre wären am 15. Juli abzuliefern und dann erst damit Versuche anzustellen. Gleichwohl glaube ich, daß einer Ablehnung des kaiserlichen Vorschlages unsererseits militärische Vorbereitungen und

[1] Schon am 26. Juni berichtete der bayrische Gesandte über einen Artikel des « Constitutionnel » von diesem Tage, « comme indiquant un premier symptôme apparent du mécontentement du Gouvernement Impérial vis-à-vis de la Belgique. » « Les ordres d'armement donnés pour la forteresse d'Anvers ont déplu ici au plus haut dégré, bien que ceux qui croient à une annexion éventuelle de la Belgique à la France soient d'avis que cette dernière puissance, pour désintéresser l'Angleterre dans la question, serait disposée depuis longtemps à céder Anvers à la Hollande. » (Geh. St. Arch. München.)

Demonstrationen Frankreichs bald folgen würden. Wir dürfen in dieser Beziehung dem leidenschaftlichen Prinzen Napoleon nicht zu sehr trauen.

Fürst Metternich war ohne Zweifel schon nach den früheren Schlachten von dem beabsichtigten österreichischen Schritt unterrichtet und beauftragt worden, den Kaiser darauf im voraus vorzubereiten. Man wollte nun das Kriegsglück in der großen Schlacht noch einmal versuchen. Daher die von mir gestern gemeldeten Gerüchte, welche vorgestern umliefen, sowie die in meinem Immediatberichte angezeigte Sprache der Kaisers.

Die von mir telegraphisch übermittelte «Moniteur»-Note füge ich hier der Sicherheit wegen nochmals bei.

Die ministerielle Presse hat gestern abend den Auftrag erhalten, zu allmählichen Angriffen gegen Preußen überzugehen.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* der war tödlich!

2* also nicht Sardinien oder Genua.

178.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich! Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 6. Juli 1866

Wie ich heute zu telegraphieren die Ehre hatte, war gestern während des Laufes des Tages in vielen Straßen (von Faubourg Montmartre anfangend) geflaggt und am Abend illuminiert worden. Der Minister des Innern hatte dazu auffordern lassen, der Kaiser diese Demonstration nachträglich hindern wollen, wozu es aber bereits zu spät war. Dieselbe galt der Befreiung Venetiens. In gleich törichter Weise haben die ministeriellen Abendblätter die überschwenglichsten Lobesartikel auf den Kaiser als Befreier Venetiens, Hersteller des Weltfriedens und Schiedsrichter Europas abgedruckt. Ich erwähne diese Einzelheiten, weil diese öffentliche Verwechslung von Wünschen und Vorschlägen mit vollbrachten Tatsachen den Kaiser weiter als er wolle engagieren und im Falle der Ablehnung seines Antrages eine Mißstimmung hervorrufen kann.

Wie ich höre, hatten die Minister Drouyn de Lhuys[1] und Rouher sich vergebens bemüht, den Kaiser zu bewegen, die kriegführenden Mächte vertraulich über ihre Geneigtheit zur Annahme seiner Mediation zu sondieren, bevor er mit seinem Vorschlage offiziell hervorträte und denselben sogar in die Öffentlichkeit schleuderte. Sein Drang zur Intervention, wenigstens zur diplomatischen, scheint unwiderstehlich gewesen zu sein.

Eure Exzellenz haben durch mein Telegramm von gestern abend den Wortlaut der Antwort des Königs von Italien erhalten.

[1] Diese Nachricht ist unrichtig. Drouyn de Lhuys drängte im Gegenteil am 5. Juli darauf, durch eine militärische Demonstration den Druck auf Preußen zu verstärken; er kam noch am 11. Juli darauf zurück, Preußen durch eine solche Demonstration aufzuhalten, und wenn sie nicht genügte, durch eine « médiation armée » mit Gewalt zu zwingen (Randon, Mémoires 2, 146).

Man sagt mir, was ich indessen nicht verbürgen kann, daß darauf bereits eine fast drohende Replik ergangen sei.

Die hiesige italienische Gesandtschaft, ihre Protektoren und Anhänger sind in hohem Grade verletzt über die unerbetene Einmischung des Kaisers Napoleon. Nicht allein kränkt es das italienische Nationalgefühl, daß dieser Souverän der österreichischen Waffenehre, nicht aber der italienischen eine Genugtuung gönnt, sondern man fürchtet auch, daß er an die Abtretung Venetiens an Italien Bedingungen zugunsten des Papstes stellen werde, welche unannehmbar sein möchten. Alle Eingeweihten fragen sich überdies, wie der Kaiser Napoleon, der unsere Beziehungen zu Italien genau kennt, an den Souverän dieses Landes eine Forderung stellen konnte, welche er ohne Wortbruch gar nicht zu erfüllen in der Lage ist.

Ein französisches Geschwader hat bereits den Befehl erhalten, sich mit Truppen nach Venedig zu begeben.[1] Der Kaiser will also sofort die Festungen besetzen und die darin befindlichen österreichischen Truppen ablösen. Es fragt sich, ob bis dahin die italienische Armee der österreichischen noch eine Schlacht liefern kann, demnächst aber, ob dieselbe, nachdem die Festungen von französischen Truppen besetzt sein werden, einen Angriff gegen Österreich auf einem anderen Gebiete wagen werde. Prinz Napoleon rät auf Klagenfurt zu marschieren.[1*]

Während ich diese Zeilen schreibe, erfahre ich, daß die Italiener heute eine offensive Bewegung gemacht haben, der Kaiser Napoleon hierüber sehr entrüstet ist und der Prinz Napoleon ihn durch den Staatsminister Rouher beruhigen läßt.

Von italienischer Seite hat man die Minister Drouyn de Lhuys und Rouher über die Preußen gegenüber beabsichtigte Politik zu sondieren gesucht. Beide sollen gesagt haben, man könne das Zugeständnis des Waffenstillstands billigerweise nicht vor einer Vereinbarung über die Friedensbasis erwarten. Was die letztere anbetreffe, müßten Preußen große, seinen glänzenden militärischen Erfolgen entsprechende Vorteile zugestanden werden. Zum Kriege gegen Preußen wolle es der Kaiser, auch wenn wir seine Mediation ablehnten, entschieden nicht treiben. Dabei wurden Andeutungen hinsichtlich Belgiens gemacht. Ich bitte gehorsamst, vorstehendes mit einiger Vorsicht aufzunehmen, da der Prinz Napoleon und die italienische Gesandtschaft uns zum Widerstand gegen die kaiserliche Mediation zu ermutigen ein Interesse haben, ersterer auch stets die Rheingrenze im Auge hat . . .

Der Kaiser hat die Übersiedlung nach Fontainebleau aufgegeben und verläßt erst am 14. d. M. Paris. Ich habe es daher für zweckmäßig gehalten, ihn noch nicht aufzusuchen, vielmehr seinen Mediationsvorschlag mit ihm erst zu besprechen, wenn ich von Eurer Exzellenz die ersten Nachrichten über die Aufnahme, welche dieselbe bei Seiner Majestät dem König gefunden, erhalten haben werde.

Randbemerkung Bismarcks:

1* durch die Luft?

[1] Die Nachricht war verfrüht.

179.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris, den 6. Juli 1866

(Mitteilung »heute morgens« der Ministerialdepesche vom 4. Juli[1] an Drouyn de Lhuys.)

. . . Der Minister zeigte sich im ganzen damit nicht unbefriedigt, beklagt aber dessenungeachtet, daß Bayern nicht mehr Anstrengungen gemacht habe, um eine hervorragendere militärische Stellung in der jetzigen Krisis eingenommen zu haben, denn hierauf komme es hauptsächlich an; die europäischen Mächte könnten nur der wirklichen Kraft eines Landes Rechnung tragen, wenn territoriale Veränderungen in diesem oder jenem Sinne zu machen wären.

Nach den Äußerungen des Ministers scheint eine befriedigende Antwort Preußens auf den Kaiserlichen Brief noch ziemlich zweifelhaft. Frankreich dürfte in diesem Falle nicht abgeneigt sein, zugunsten Österreichs zu intervenieren, um zu verhindern, daß Österreich von Preußen erdrückt werde.[2] Herr Drouyn de Lhuys fragte mich, wie die öffentliche Stimmung in Bayern sei, ob sie sich zu Preußen neige usw. Ich erwiderte, daß ich dies durchaus nicht glaube, worauf der Minister sagte, »nun, dann müssen Sie sich doppelt waffnen, denn finalement wird man nur noch Notiz nehmen von den Staaten, die sich zu verteidigen wissen«. Er fügte hinzu, Frankreich wird von seiner Politik, die mittleren und kleineren Staaten zu unterstützen, nicht abgehen.[3] Ich glaube, aus diesem Gespräche den Schluß ziehen zu können, daß Frankreich, im Falle Preußen zu weit in seinem Siegestaumel gehe, geneigt ist, die Waffen gegen dasselbe zu ergreifen, wenn in Deutschland sich gegen eine solche Intervention keine zu große Abneigung zeigt. Da in dem bekannten Briefe des Kaisers Napoleon gesagt ist, Österreich solle in Deutschland seine große Stellung behaupten, so ist auch nicht anzunehmen, daß man hier zugeben wird, Österreich werde von Preußen aus Deutschland verdrängt. Nachdem sich Österreich in die Arme des Kaisers Napoleon geworfen, wird Er es höchst wahrscheinlich auch nicht sitzen lassen, und nicht dulden, daß es von Preußen mißhandelt werde . . .

[1] Erlaß v. d. Pfordtens vom 4. Juli, der — in sehr bezeichnender Weise — es für nötig hielt, die bayrische Kriegführung gegen die Vorwürfe der Nichtverbindung mit den Österreichern in Böhmen und der Nichtunterstützung der Hannoveraner in Paris zu verteidigen, die Franzosen aber untertänig zu beruhigen: »Trotz der täglichen Gesuche der Behörden und der Bewohner der Pfalz haben wir aus Rücksicht auf Frankreich von allen Truppensendungen dahin Abstand genommen und halten auch jetzt damit ein, weil die preußischen Truppen von der Pfalz sich wieder mehr gegen den Rhein, insbesondere gegen Bingen, hingezogen haben.« (Geh. St. Arch. München).

[2] Drouyn de Lhuys hält am Morgen des 6. Juli dem Bayern gegenüber noch an der Politik des «insister avec force» fest und sucht, wie das folgende ergibt, auf eine starke bayrische Mitwirkung dabei hinzuarbeiten.

[3] Der Satz des Konzeptes »doch kann es ihnen nicht gegen ihren eigenen Willen zu Hilfe kommen«, ist hernach wieder gestrichen.

180.

Fürst Metternich an Kaiser Napoleon III.

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 6 juillet 1866[1]

Sire, je crois devoir préciser encore une fois la situation, sous l'empire de laquelle l'Empereur d'Autriche s'est adressé à Votre Majesté afin de pouvoir réunir les forces si divisées de son armée. En cédant immédiatement la Vénétie à la France, l'Autriche a voulu pouvoir rappeler l'armée du Sud afin de continuer la guerre avec une énergie nouvelle. La neutralité passive de la France a permis à la Prusse de dégarnir entièrement ses provinces de l'Ouest et les efforts que Votre Majesté a tentés par suite de la convention secrète, n'ont pas retenu les Italiens qui de leur côté ont pu réunir contre nous toutes leurs forces. L'Empereur a compris cette situation en acceptant la Vénétie et en assumant par cela même une certaine solidarité en face des Italiens. Votre Majesté cherche les moyens d'arrêter la guerre, tout au moins de ce côté, pour nous permettre de compter sur cette armée que l'Autriche entière réclame aujourd'hui.

Ce qu'il y aurait de plus urgent actuellement pour nous, ce serait d'obtenir sous une forme quelconque la garantie positive que l'armée et la flotte italienne ne bougeront pas pendant que nous retirons de la Vénétie toute notre armée active, en ne laissant que les garnisons absolument nécessaires pour maintenir l'ordre et garder les places fortes. On eût désiré avant tout à Vienne que Votre Majesté pût occuper provisoirement le pays et garnir les places fortes de quelques régiments français, ce qui nous permettrait de retirer jusqu'aux garnisons.

Cette combinaison eût été une preuve manifeste de la confiance de mon Auguste Maître, et d'une initiative énergique et loyale de la part de Votre Majesté.

S'il est de l'intérêt de la France que la Prusse ne devienne pas maîtresse absolue de la situation, le Gouvernement de Votre Majesté doit aider à l'Autriche à se mettre en mesure de prolonger la résistance armée ou du moins de négocier en s'appuyant sur des ressources militaires suffisantes pour imposer quelque respect. Or ce but ne peut être atteint aujourd'hui que si l'armée de l'Archiduc Albert est rendue disponible et n'a plus à défendre les frontières de l'Empire contre les entreprises italiennes.

Votre Majesté se trouverait Elle-même sur un bien meilleur terrain pour négocier avec l'Italie la rétrocession de la Vénétie, si l'armée du Roi Victor-Emmanuel n'a pas franchi la frontière de cette province.

L'Empereur me pardonnera mon insistance en faveur de l'importance vitale pour l'Autriche que comporteront les décisions que va prendre la France.

[1] In seinem Bericht vom 7. Juli — Nr. 186 — erwähnt Fürst Metternich diesen Brief als am Abend des 5. Juli geschrieben.

181.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 6 juillet 1866, 7^{00} p. m.; arr. 9^{40} p. m.

La Prusse accepte la médiation de la France et annonce qu'elle va communiquer de suite, par l'entremise du Comte Goltz, les bases sur lesquelles elle serait prête à consentir à l'armistice. Le Roi Guilleaume mande en même temps que le général Gablenz négocie directement un armistice et des préliminaires de paix. L'Empereur Napoléon demande des explications sur ce fait qui le surprend.[1] Il désire aussi savoir, ce que l'Autriche répondrait si la Prusse exigeait le statu quo militaire comme base de l'armistice.

L'Empereur Napoléon télégraphie de nouveau au Roi Victor-Emmanuel pour l'inviter énergiquement à cesser en tout cas les hostilités. Il compte sur une réponse satisfaisante et la fera connaître aussitôt à Vienne, afin qu'on ait le temps de rappeler immédiatement de l'Italie autant de forces que possible avant la conclusion d'un armistice de la Prusse. Il désire que ce mouvement de troupes puisse se faire, mais tant que la Prusse accepte sa médiation et ne formule pas des conditions inadmissibles, il ne voudrait pas avoir l'air d'agir sur l'Italie dans le seul but de permettre à l'Autriche de rappeler ses soldats.

182.

Drouyn de Lhuys an Fürst Metternich

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 6 juillet 1866 [abends]

Je sors des Tuileries. L'Empereur considère comme impossible de compliquer la question d'armistice et de remise de la Vénétie avec les conditions et les engagements énumérés dans la note de ce soir.[2]

Sa Majesté est d'avis de restreindre le cas actuel à ces termes simples: armi-

[1] Schon das erste Telegramm Esterházys vom 6. Juli 3^{30} p. m., das die von Benedek eingeleitete Waffenstillstandsverhandlung meldete, hatte zur Erläuterung « de cet incident inopiné » betont, daß Benedek seinem Vorgehen einen ausschließlich militärischen Charakter und keine politische Tragweite zuschreibe. Auf das obige Telegramm Metternichs antwortete er 6. Juli, 12 Uhr nachts, sofort: « Appliquez-Vous sans délai à neutraliser l'effet fâcheux que pourraient avoir produit à Paris les négociations d'armistice directes entamés *spontanément* par Benedek dont nous ne connaissons point encore les résultats », und am andern Tage, 7. Juli 10^{50} p. m. teilte er mit, » um den Kommentaren über die Unterhandlung Gablenz ein Ende zu machen «, daß man im preußischen Hauptquartier erklären lassen werde, daß Gablenz » nach den beiderseits angenommenen Mediationsanerbietungen Frankreichs nicht mehr in der Lage sei, einseitig, ohne Rücksicht auf diese Mediation und ohne Einverständnis mit Frankreich über die Bedingungen des Waffenstillstandes abzuschließen. « Ein Telegramm an Metternich vom 9. Juli 6^{45} p. m. unterrichtete dann den Botschafter, daß die Verhandlung Gablenz » vollständig abgebrochen sei «, da das Eingehen preußischerseits » von der gleichzeitigen Feststellung der Basis des künftigen Friedens « abhängig gemacht worden sei.

[2] Nr. 180.

stice — remise des forteresses et de Venise à des commissaires français qui mettraient en possession les autorités Italiennes.

Au surplus la condition première est de savoir si les Italiens voudraient conclure l'armistice: c'est ce que l'Empereur demande au Roi Victor-Emmanuel. Si la réponse est négative, l'examen des points de la note est inutile. Si elle est affirmative, Votre cour aura à décider si elle insiste sur les conditions de Votre note, et dans ce cas, tout échouera, je le crains.

Je suis profondément attristé de ce qui se passe.

183.

Fürst Metternich an Drouyn de Lhuys

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 6 juillet, minuit.

Je lis Votre billet de ce soir[1] et les bras m'en tombent. Nous avions dit que nous cédions la Vénétie à l'Empereur moyennant un *traité*. Jamais, je crois, une province n'a été cédée sans condition aucune.

Vous ne me dites pas même que les Commissaires, ou plutôt la France dont ils sont les mandataires, rendront sous leur responsabilité le départ *honorable* et entouré des sécurités que leur doit le pays auquel la province a été cédée des troupes qui ont versé leur sang *glorieusement*.

Je Vous prie de charger Gramont de cette commission qui ne pourra, selon moi, jamais être acceptée. Nous n'avions pas besoin de céder la Vénétie à la France pour nous voir honteusement chassés d'une province que la gloire de nos armes nous a conservée et dont le maintien et la cession intacte à la France a été notre consolation au milieu des revers que Vous connaissez. Je ne puis, en conscience, *sérieusement* transmettre cette proposition. Il y a dans cette affaire quelque chose que je considère *comme engagé* et qui ne concerne pas seulement l'honneur de mon maître et de ma patrie.

Je m'en remets à Vous de parler ou de ne parler dans ce sens à l'Empereur. Je remets la conduite de cette affaire entre *Vos mains* et Vous prie de me dire ce dont Vous aurez chargé Gramont.

184.

Drouyn de Lhuys an Fürst Metternich

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 7 juillet 1866 (morgens)

L'armistice accepté en principe par le Roi de Prusse, mais sous condition de s'entendre sur ce point préalablement avec l'Italie. Donc c'est à Florence que la pression doit se faire. L'Empereur a télégraphié hier très énergiquement au Roi Victor-Emmanuel. C'est là, c'est à Florence, qu'il faut agir pour y amener une détermination favorable, il nous semble utile d'y pouvoir

[1] Nr. 182.

dire que si l'armistice était admis, nous remettions, après l'avoir reçu de l'Autriche par un commissaire, une ou plusieurs forteresses. Quant à des arrangements sur les conditions de la cession, évidemment, dans ce cas d'extrême urgence, une telle complication peut faire tout chavirer.

Il faut l'armistice, dont tout ce qui compromet l'abstention est la plus énorme faute qui puisse être commise.

Si j'étais à Votre place, en âme et conscience, ce serait mon opinion.

Croyez, cher Prince, que je sens au fond de l'âme ce que Vous devez sentir.

185.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 7 juillet 1866, p. 3^{8} m.; arr. 6^{15} m. p. m.

Mr. Drouyn de Lhuys m'écrit que l'armistice est accepté en principe par le Roi de Prusse, mais sous condition d'une entente préalable avec l'Italie.

L'Empereur a télégraphié hier très énergiquement au Roi Victor-Emmanuel pour imposer l'armistice dont tout dépend. Mr. Drouyn de Lhuys revient vis-à-vis de moi sur la remise de la Vénétie à des commissaires français. Je regarde cete proposition comme telle désavantageuse pour nous que je m'abstiens de lui répondre avant de connaître Votre avis et de voir aboutir la question d'armistice.

186.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 7 juillet 1866

Les péripéties désastreuses de ces derniers jours se compliqueront des embarras extrêmes de notre situation, et l'avenir de notre position ne pourra être sauvegardé qu'avec un redoublement d'énergie et une étude approfondie des éléments d'action et de résistance qui nous restent. Il faut bien savoir ce que nous *voulons* et ce que nous *pouvons* — partir de là me semble la condition première de notre rehabilitation future.

Ce préambule posé par acquit de conscience, je m'empresse de rapporter ici mes faits et gestes de ces derniers temps.

Lorsque Votre télégramme[1] m'arriva et m'apprit l'étendue de nos désastres, je me rendis immédiatement chez l'Empereur Napoléon.

Après Lui avoir rappelé Ses propres paroles concernant l'extension probable de nos bons rapports, je ne lui cachai pas mes appréhensions au sujet de notre situation militaire en Bohème — je Lui dis que le moment me semblerait venu de nous rapprocher pour ne pas être pris au dépourvu dans le cas où la Prusse,

[1] Nr. 168.

en poursuivant ses victoires, viendrait à compromettre les bases sur lesquelles il avait fondé Lui-même sa politique dans sa lettre du 11 juin à son Ministre des Affaires Etrangéres.[1]

L'Empereur me pria de Lui donner 24 heures, il ajouta qu'Il espérait trouver un moyen de nous entendre.[2]

Le lendemain je Lui écrivis pour le presser un peu plus que mes nouvelles me prouvaient que nous étions assez découragés surtout à cause de la supériorité de l'arme à feu des Prussiens. « Si nous commençons à nous décourager », ajoutai-je, « à plus forte raison les petits états allemands ressentiront-ils, ce saint respect des décharges prussiennes. C'est donc l'Allemagne entière qui pliera sous le joug du ‚Zündnadelgewehr'. Votre Majesté dans sa lettre avait prévu cette éventualité en la considérant comme une occasion d'intervention pour la France. »

« Deux éventualités se présentent qui doivent, me semble-t-il, faire aujourd'hui désirer à la France de ne pas perdre une occasion *unique* de s'assurer de *grands avantages*. Ou bien Votre Majesté laissera écraser l'Autriche et s'arrangera avec les vainqueurs — ou elle s'alliera avec l'Autriche et arrêtera la Prusse et l'Italie. La première de ces éventualités a le charme d'une politique de paix, mais elle pourrait conduire à la guerre avec la *nation allemande* après l'introduction du *parlamentarisme* unitaire de Mr. de Bismarck. La seconde ne peut guère amener qu'une *menace de guerre*. *Les petits* états d'Allemagne méridionale seront enchantés d'avoir la vie sauve et la Prusse, satisfaite de ses rectifications de frontières, s'arrêtera contente de ses succès. »

« L'avenir d'une alliance de la France avec l'Autriche peut amener par la suite des solutions *positives*, avantageuses pour la France. Un arrangement avec la Prusse amènera un nouveau statuquo sur lequel on aura a revenir *plus tard*. Ce que je dis, Votre Majesté Se l'est bien *mieux* dit Elle-même, aussi n'est-ce que par acquit de conscience que je m'avance ainsi. »

« Si Votre Majesté choisissait le premier moyen j'assisterai probablement *de loin* et à côté de mon Maître à la réalisation de mes prévisions. Si Elle choisissait le second, je mets toutes mes *forces morales* et mon vieil *entêtement* à la disposition de l'idée et du plan de Votre Majesté. »

Au reçu de ma lettre l'Empereur me fit appeler. Je trouvai chez Lui Drouyn de Lhuys. L'Empereur me dit: « je crois que j'ai trouvé le moyen de nous mettre d'accord, cédez-moi la Vénétie et j'offre ma médiation à la Prusse ainsi qu'à l'Italie. »

Après une conversation à trois pendant laquelle j'ai réglé le texte de la proposition à faire, l'Empereur écrivit sur une feuille les termes de la proposition que je Vous ai transmis par le télégraphe le 3 juillet[3] et qui porte que:

L'Autriche propose la cession de la Vénétie à la France, moyennant un traité à conclure pendant un armistice qui serait demandé par l'Empereur des Français. Elle accepterait en outre la médiation de l'Empereur tant en

[1] Nr. 144.
[2] Nr. 170, 2. Juli 10^{45} p. m.
[3] Vgl. Nr. 171 3. Juli 3^{30} p. m.

Allemagne qu'en Italie sur les bases indiquées dans la lettre adressée par Sa Majesté à Son Ministre des Affaires Etrangères.

L'Empereur accepte la cession de la Vénétie et propose à Berlin et à Florence Sa médiation sur les bases indiquées ainsi qu'un armistice.

Le lendemain, le 4 juillet, j'attendais Votre réponse. A 5 heures de l'après-midi un télégramme de Mr. le Duc de Gramont[1] faisait croire à l'Empereur qu'on n'avait pas reçu à Vienne mon télégramme. Comme les nouvelles de nos désastres du 3 commençaient à arriver, l'Empereur crut et j'eus moi-même l'appréhension d'un essai d'entente directe fait avec le Roi de Prusse à la suite de la bataille.

Je reçus enfin Votre acceptation à $8^1/_2$ de soir — et je me rendis immédiatement aux Tuileries.[2] L'Empereur savait que la bataille était perdue pour nous, il reçut la nouvelle de notre acceptation avec une satisfaction visible et rédigea avec moi l'article du Moniteur et la dépêche à transmettre à Gramont. Puis l'Empereur écrivit devant moi les télégrammes qu'Il a immédiatement adressés aux Rois de Prusse et d'Italie.

Mr. Drouyn de Lhuys étant arrivé aux Tuileries sur ces entrefaites nous discutâmes longuement les chances de l'avenir, les moyens de pression à opérer par la France en cas de refus et les chances de résistance de l'Autriche en cas où l'armée de l'Archiduc Albert deviendrait libre.

A ce moment l'Empereur était encore très préoccupé de l'immense position que la note du Moniteur[3] allait lui donner devant la France et l'Europe pour penser aux embarras plus ou moins grands de la responsabilité qu'il venait de prendre.

La réponse du Roi Victor Emmanuel arriva dès le lendemain. Elle était évasive et je m'aperçus dès ce moment de l'influence qu'aurait l'attitude de l'Italie sur l'esprit de l'Empereur. Une vraie panique s'empara de Lui à l'idée d'un refus et la vue des illuminations qui glorifiaient le triomphe de sa politique lui fit ressentir doublement le poids des engagements qu'Il venait de prendre et qui pouvaient lui mettre sur les bras une double guerre. Dès ce moment les hésitations et les tergiversations commencèrent. L'inconvénient de sa neutralité passive qui lui avait fait négliger de prendre la moindre précaution lui apparut tout à coup avec tout son poids. Il fit faire immédiatement des travaux pour savoir en combien de temps sa flotte de Toulon pourrait se trouver dans les eaux de Venise, et combien de régiments on pourrait envoyer immédiatement à la frontière. Il fit venir le Prince Napoléon pour

[1] Orig. dipl. 10, S. 319.

[2] Telegramm des Grafen Mülinen, 4. Juli 10^{25} p. m. «Reçu télégramme à 9 heures. Prince Metternich chez l'Empereur. Tout va bien. Détails suivent.» (H. H. u. St. Arch. Wien.)

[3] Zu dieser Note bemerkte ein dritter Bericht Metternichs vom 7. Juli: «Le mot qui s'est glissé dans la rédaction de la note du ‚Moniteur' et qui a induit plusieurs journaux en erreur, en leur faisant croire, que l'Empereur Napoléon répondait *à un appel* à sa médiation, provient d'un malentendu. Lorsque l'Empereur écrivit la phrase: ‚l'Empereur s'est empressé de répondre à cet appel', il a entendu dire que le fait de la cession était dû à son intervention morale. Il a été depuis formellement stipulé entre nous que nous n'avions *qu'accepté* sa médiation, comme la prouve la note en partie double qui seule a force de loi."

le sonder sur les dispositions de son beau-père et c'est alors surtout de ce côté qu'un grand travail d'opposition contre une action française commença qui fut couronné d'un certain succès.

Sur ces entrefaites le temps se passait et je devais concentrer tous mes efforts afin d'obtenir le plus tôt possible l'armistice italien qui nous permît de retirer nos troupes. Les conversations que j'eus avec l'Empereur à ce sujet me prouvèrent que le cri de honte poussé en Italie ne trouvait que trop d'écho dans le cœur éternellement faible de l'Empereur en ce qui concerne les Orsini.

En voyant la prostration qui s'était emparé de l'Empereur à un point dont je ne me serais jamais douté — je le voyais assis devant moi, ne sachant plus que faire à l'idée de sa responsabilité, je ne perdis pas le temps et m'empressai de mettre sur le papier les *points acquis*.[1] La note succinte ci-jointe rédigée en partie double acceptée par l'Empereur et déposée chez lui Vous dira où en étaient les choses hier matin. J'avais adressé la veille au soir à l'Empereur la lettre également ci-jointe.[2]

A 5 heures hier, le 6 juillet, je vis entrer chez moi Mr. Drouyn de Lhuys et nous eûmes une scène que je n'oublierai de ma vie. Il venait me proposer la remise de la Vénétie à un commissaire français dès la conclusion d'un armistice et la rétrocession immédiate à l'Italie.

C'est sur les bases du traité à intervenir par suite de nos conventions que la discussion commença — elle prit une tournure telle que j'aime mieux passer sous silence mes accusations et les excuses émues du Ministre qui se rendit immédiatement chez l'Empereur pour Lui annoncer que je refusais de traiter sur des bases que je regardais comme *nulles* et que je me refusais même de Vous transmettre une prétention aussi inouïe.

[1] Diese Aufzeichnung lautet:

Résumé de ce qui s'est passé
Les 3 et 4 juillet 1866.

L'Autriche demandait:

1° que la France occupât les forteresses de la Vénétie, que l'Autriche lui cédait,

2° que pendant un armistice entre l'Italie et l'Autriche la cession de la Vénétie fût réglée par une convention,

3° que l'Autriche pût transporter ainsi en Allemagne le matériel et les troupes qui se trouvent en Vénétie.

À cela la France a répondu:

1° qu'elle acceptait en principe la cession de la Vénétie à régler par une convention qui serait conclue pendant l'armistice,

2° qu'elle ne pouvait pas proposer un armistice à l'Italie seulement, puisqu'il y avait partie liée entre cette puissance et la Prusse,

3° qu'elle ne pouvait donc que proposer un armistice à ces deux Puissances et qu'elle y ajouterait la proposition d'une médiation sur la base de la lettre de l'Empereur à Mr. Drouyn de Lhuys ce que l'Autriche a accepté.

Les 5 et 6 juillet.

Le Prince de Metternich demande en outre que le Gouvernement français insiste avec énergie auprès de l'Italie séparément pour obtenir d'elle un armistice ou bien des garanties qu'elle ne continuera pas d'attaques d'Autriche afin que cette dernière Puissance soit en mesure de retirer ses troupes de la Vénétie le plus tôt possible.

[2] Nr. 180.

Le soir le Ministre m'écrivit les résultats de son entrevue et je lui répondis.

Votre Excellence trouvera sous ce pli les deux pièces.[1]

Ce matin je reçus une lettre annexée aux autres que je regarde également comme non acceptable.[2]

Les choses en sont là.

Après avoir retracé l'historique de ce qui s'est passé, je me permets de Vous soumettre mes appréciations dans le rapport suivant.[3]

187.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 7 juillet 1866

La situation dans laquelle nous nous trouverons à la suite des conditions d'armistice et de paix que formulera la Prusse n'est pas assez mûre pour que je me permette de la définir d'avance.

J'ai de vives appréhensions en ce qui concerne le degré d'énergie que l'Empereur Napoléon mettra en œuvre pour opposer une digue aux empiètements de la Prusse, et un frein immédiat aux prétentions italiennes.

Jamais encore depuis que je connais l'Empereur, je ne l'ai vu dans un état de prostration aussi complète.

Tombé du haut de la position que la note du « Moniteur » lui avait faite, l'Empereur a subi une réaction tout à fait extraordinaire. Les cris et les tempêtes du Prince Napoléon, la nouvelle d'une attaque probable des Italiens sur Borgo Forte, les doléances du Ministre de la Guerre qui déclare que rien n'est prêt, la conscience enfin d'une responsabilité immense que l'honneur national lui impose, tout est venu fondre sur Lui avant hier soir pendant que la ville et les faubourgs glorifiaient son triomphe.

La nouvelle que le Roi de Prusse acceptait sa médiation dans des termes habilement écrits avait un peu rassuré l'Empereur hier matin, mais ses inquiétudes le reprirent, lorsqu'il vit que les Italiens habitués à ne guère tenir compte de ses conseils paraissaient résolus à passer outre.

Quelle chance y a-t-il de Lui voir reprendre un peu d'énergie? Des événements imprévus, la prompte arrivée des soldats en congé qui selon un rapport que vient de me faire notre attaché militaire, sont rappelés sous les drapeaux, peuvent modifier la situation.

[1] Nr. 182, 183.

[2] Nr. 184.

[3] Vgl. Telegramm Metternichs vom 7. Juli 12^{35} p. m., arr. 6^{40} p. m.: »Ich stoße auf unerwartete Schwierigkeiten, die Bedingungen des Zessionsvertrages betreffend. Der italienische Schmerzensschrei hat den Kaiser wieder schwankend gestimmt. Voici la dernière proposition: ‚armistice impossible au Roi Victor-Emmanuel. S'il accepte, remise immédiate de la Vénétie à des commissaires français qui installeront les autorités italiennes, départ de notre armée et du matériel sous la responsabilité française. S'il refuse, examen de nos conditions dont l'acceptation me paraît toujours douteuse. Veuillez parler de tout cela avec Duc de Gramont et le faire agir.« (H. H. u. St. Arch. Wien.)

Pour moi qui ai poussé tant que j'ai pu, hier et avant-hier, je crois devoir aujourd'hui interrompre mes efforts dans ce sens, et laisser revenir à moi l'Empereur pour donner au hazard le temps de me porter secours.

Après m'être concerté à ce sujet avec le Baron d'Aldenbourg, j'ai résolu d'éviter de mettre en avant l'éventualité d'un retrait, fort justifiable de notre part, de la cession de la Vénétie.

La question de savoir si Vous voulez faire arriver à tout prix et le plus vite possible l'armée de l'Archiduc Albert prime toutes les autres. Sous ce rapport je ne puis qu'attendre Vos réponses à mes télégrammes de ce matin. Je suppose que le Duc de Gramont a également été chargé de se mettre en communication directe avec Vous dans le but de fixer les conditions de la cession.

En attendant j'apprends que les télégrammes entre Paris et les deux quartiers-généraux se succèdent et se croisent. Nos résolutions ultérieures dépendront de ce qui aura été fait par l'Empereur pour s'assurer les bénéfices de sa médiation. L'Empereur cherchera certainement à écarter les *gros embarras en négociant à notre détriment.* Beaucoup dépendra maintenant de la résistance morale et matérielle que nous pourrons opposer aux prétentions de nos adversaires et aux complaisances pour eux de l'Empereur Napoléon.

Je regrette infiniment, Mr. le Comte, de me voir forcé à des prévisions dans un ordre moral qui viennent encore assombrir la situation que nos défaites matérielles nous ont faite.

L'adage que les vaincus ont toujours tort s'impose à nous aujourd'hui d'une façon désastreuse et je n'ai pour ma part à lui opposer que la force de résistance passive qui ne comptera que ce qu'elle vaut.

188.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 8. Juli 1866

Sogleich nach Empfang des geehrten Telegrammes vom 6. d. M. Nr. 6, durch welches Eure Exzellenz mir das Schreiben des Kaisers Napoleon und die Antwort Seiner Majestät des Königs in deutscher Sprache mitteilten, suchte ich eine Audienz nach, welche mir der Kaiser noch an demselben Abend bewilligte.

Er hatte das Telegramm Seiner Majestät des Königs bereits im Laufe des Nachmittags erhalten. Ich las ihm den hinzugefügten Schlußsatz in deutscher Sprache vor und ließ eine französische Übersetzung in seinen Händen. Letztere füge ich abschriftlich bei.

Der Kaiser war von dem Gesamtinhalt der Königlichen Antwort sichtlich befriedigt. Er ersuchte mich aber um eine Erläuterung der aufgestellten Waffenstillstandsbedingungen, insbesondere der Worte »Behauptung der bisherigen militärischen Resultate«. Ich bemerkte, daß unter der Voraus-

setzung der Zustimmung des Königs von Italien (an deren Herbeiführung der Kaiser nicht zu zweifeln schien) Seine Majestät der König nur die Verpflegung seiner Armee und die Behauptung der bisherigen militärischen Resultate sicherstellen wolle. Letzteres beziehe sich ohne Zweifel[1*] auf die Stellung der Armee, also auf die in strategischer Beziehung festzusetzende Demarkationslinie. Die Verpflegung der Armee könnte dagegen eine Vervollständigung der bisherigen Okkupation Böhmens, insbesondere die Besetzung Prags, notwendig machen, um die Verpflegung der Truppen auf Kosten des feindlichen Landes zu organisieren. Beides fand der Kaiser billig.

Er sprach mit großer Bewunderung über die staunenswerten Resultate des achttägigen Feldzuges, welcher in den Kriegsannalen einzig dastehe, und erkannte an, daß dieselben keineswegs dem Zündnadelgewehr allein zuzuschreiben seien. Er hielt es ferner für notwendig, den von ihm getanen Schritt besonders zu motivieren und es namentlich auch zu entschuldigen, daß ich davon nicht avertiert worden war. In letzterer Beziehung wiederholte er, daß Fürst Metternich erst spät am Abend die österreichischen Vorschläge überbracht habe. In ersterer sagte er, Rußland und England hätten von ihm eine Kollektiverklärung verlangt, daß der Deutsche Bund noch fortbestehe. Auf meine Bemerkung, daß ich den englischen Schritt nicht gekannt hätte, der russische aber lediglich in einer Äußerung des Fürsten Gortschakoff an Baron Talleyrand bestanden zu haben scheine, welche Baron Budberg selbst nach den neuesten Ereignissen als unausführbar anerkannt habe, entgegnete der Kaiser, es habe sich ganz ernstlich um eine in Berlin abzugebende Erklärung der drei neutralen Mächte gehandelt. Ich erlaubte mir zu erwidern, daß es den Interessen Frankreichs nicht entsprochen haben würde, einen Bund zu retten, dessen Verfassung Preußen beinahe im Jahre 1859 in eine Koalition gegen jene Macht hineingezwungen haben würde. Ich ging sodann auf den Kaiserlichen Brief vom 11. Juni über und erinnerte, ohne Widerspruch zu erfahren, daran, daß der Kaiser mir seinerzeit den lediglich retrospektiven Charakter der darin betonten Stellung Österreichs in Deutschland und Stärkung der Mittelstaaten versichert habe.[1] Ich erinnerte ferner an das österreichische Reformprojekt von 1863, von welchem die Wiederherstellung unserer momentan getrübt gewesenen intimen Beziehungen zu Frankreich datierte. Auf derselben Grundlage, also mit dem Ziele eines 70-Millionen-Reiches, habe sich Österreich vor dem Ausbruch des Krieges mit den Bamberger Staaten geeinigt. Unter diesen Umständen flöße mir die Mediation des Kaisers keine Besorgnisse ein. Sie sichere uns vor Konzessionen, welche vielleicht die Großmut Seiner Majestät des Königs, wenn der Kaiser Franz Joseph an dieselbe appelliert hätte, gewährt haben würde. Ich machte dabei auf die Stelle in dem Telegramm Seiner Majestät des Königs aufmerksam, wonach General Gablenz » behufs direkter Verhandlungen « einen Waffenstillstand erbeten habe. Hieraus schiene sich zu ergeben, daß der Kaiser Franz Joseph gleichzeitig beide Wege eingeschlagen habe, um zu versuchen, auf welchem er die günstigsten

[1] Die Zweideutigkeit des Briefes vom 11. Juni (und damit der ihm zugrunde liegenden Politik) wird durch diese Bemerkung des Kaisers hell beleuchtet.

Bedingungen erlangen könne. Der Kaiser bemerkte, daß auch ihm dieser Umstand nicht entgangen sei.

Im Laufe dieser Unterredung, welche sich sehr verlängerte, war ich stets bestrebt, den Kaiser an seine Versprechungen, namentlich an das von uns vor dem Kriege aufgestellte, von ihm gebilligte Programm mit dem Bemerken zu erinnern, daß es sich hiernach nur um das Mehr handeln könne, welches wir für die Kriegsopfer in Anspruch zu nehmen hätten. Der Kaiser widersprach nie, gab aber auch selten eine ausdrückliche Zustimmung zu erkennen.

Gestern war ich bei Herrn Drouyn de Lhuys, welcher mir bestätigte, daß das Schreiben Seiner Majestät des Königs einen sehr befriedigenden Eindruck gemacht habe. Dasselbe sei offen, eingehend und rückhaltlos und unterscheide sich dadurch vorteilhaft von demjenigen des Königs von Italien. Ich bemerkte, daß der Kaiser die gegenseitigen Verpflichtungen zwischen uns und Italien gekannt und daher die Schwierigkeiten, welche sich dem von ihm, ohne diese beiden kriegführenden Teile zu konsultieren, übernommenen Werke entgegenstellen müßten, habe voraussehen müssen. Der Minister erwiderte, das Mißliche sei, daß jeder Teil sich auf den anderen berufe. Ich entgegnete, daß dies unvermeidlich sei und ich mir überhaupt von den Waffenstillstandsverhandlungen, wie diese jetzt eingeleitet wären, kein Resultat versprechen könne. Ein solches würde voraussetzen, daß sie an einem gemeinsamen Punkte zwischen Preußen, Italien und Österreich geführt würden. Wenn Frankreich hierbei, wie für die Friedensbedingungen, seine Mediation eintreten lassen wollte, so müßte es uns vor allem Sicherheit dafür gewähren, daß die österreichische Südarmee im Süden stehen bliebe. Nach den bei der Diskussion über die Rüstungen gemachten Erfahrungen könnten wir bloßen Versprechungen Österreichs keinen Glauben schenken. Die Bürgschaft Frankreichs müsse hinzutreten.[1] Ohne dieselbe würde die von dieser Macht mit Österreich geschlossene Transaktion einfach die Wirkung haben, daß uns 150 000 Mann frischer österreichischer Truppen entgegengestellt würden, was mit der versprochenen neutralité bienveillante nicht im Einklang stehen würde. Frankreich habe durch dieses Abkommen unserem Alliierten sein Schlachtfeld genommen und es sei zweifelhaft, ob derselbe ein anderes würde ausfindig machen können, um seine traktatenmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen.

Ich knüpfte hieran die Frage, ob es wahr sei, daß die französische Regierung Schiffe und Truppen nach Venedig gesandt habe. Der Minister erwiderte, bis jetzt sei nur alles dazu vorbereitet; hoffentlich würde die Aufsteckung einiger Flaggen genügen, um den gegenwärtigen französischen Besitz Venetiens zu schützen. Sollte dagegen Italien wagen, den letzteren anzugreifen, so würde Frankreich keinen Anstand nehmen, mit vollster Energie einzuschreiten.

Hinsichtlich der direkten Verhandlungen des General Gablenz, über deren Resultat ich widersprechende Nachrichten hatte, bemerkte Herr Drouyn de Lhuys, österreichischerseits werde versichert, daß dieselben nur den Waffenstillstand beträfen und der General keinerlei politische Aufträge habe.[2]

[1] Über das Drängen Österreichs in umgekehrter Richtung vgl. Nr. 180.

[2] Vgl. Nr. 181 Anm.

Der Minister suchte aus unseren militärischen Erfolgen herzuleiten, daß in der Tat Österreich von dem ihm von uns seinerzeit gemachten Vorwurfe, gerüstet zu haben, frei sei,[2*] wir uns dagegen schon seit längerer Zeit vorbereitet hätten. Ich erwiderte, daß der erstere Schluß entschieden unrichtig sei: Österreich habe gerüstet und sei nicht fertig geworden, weil es nie fertig würde, und wenn man ihm drei Jahre Zeit ließe. Wir dagegen hätten uns allerdings vorbereitet, aber schon seit Jahren durch eine im Hinblick auf den früher oder später unvermeidlichen Kampf eingeführte vorzügliche Armeeorganisation, welche uns gestattet habe, in 11 Tagen ein Heer von 300 000 Mann aufzustellen.

Herr Drouyn de Lhuys nahm selbst die Initiative, um mir über den angeblichen englisch-russischen Schritt Erläuterungen zu geben. Den russischen habe er selbst noch nicht gekannt, als er mir sagte, daß ihm von keiner Seite Vorschläge gemacht worden seien. Von England habe er bis zu dieser Stunde noch nichts erhalten. Dem Baron Budberg habe er gesagt, daß Frankreich, welchem der Deutsche Bund übrigens weder nützlich noch schädlich gewesen sei, bei seinen gegenwärtigen freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen, Anstand nehmen müsse, eine feindliche Kollektiverklärung abzugeben, welche im Gegensatz zur preußischen Politik stehe.[1] Ich habe mir die Bemerkung erlaubt, daß eine solche Erklärung ungefähr dieselbe Bedeutung haben würde, als wenn eine Macht heute erklären wollte, Franz II. sei noch König von Neapel.

Übrigens hatte auch diese Unterredung einen sehr freundschaftlichen Charakter und war ich in derselben wiederholt, ohne Widerspruch zu erfahren, bemüht, das Minimum unserer Ansprüche, insbesondere die Notwendigkeit einer Reorganisation Deutschlands mit Ausschluß Österreichs, zu begründen. Ich bemerkte dabei, daß uns Österreich unser Bündnis mit Italien nicht mehr als Verrat an Deutschland vorwerfen könne, da es seine italienischen Besitzungen als für letzteres so wertlos erachtet hätte, daß es dieselben, obgleich im Süden siegreich, umsonst an den Kaiser der Franzosen abgetreten habe.

Da Herr Drouyn de Lhuys sehr ungeduldig nach Nachrichten über die Lage der Waffenstillstandsangelegenheit und unsere Friedensbedingungen war, so habe ich ihm den Inhalt des geehrten Telegramms Nr. 59 von gestern abend[3*] über die Eventualität einer Unterbrechung der telegraphischen Verbindungen mittels eines Privatbilletts mitgeteilt.

Gestern nachmittag hatte ich auch eine Unterredung mit dem General Fleury, der seine Genugtuung über unsere Triumphe am unzweideutigsten zu erkennen gegeben hatte. Er sagte mir, er sei völlig isoliert, glaube sich aber mit dem Kaiser in Übereinstimmung zu befinden. Er schien mir den Wunsch zu haben, als Vermittler in das Königliche Hauptquartier geschickt zu werden. Sollten Eure Exzellenz dies für zweckmäßig halten, so bitte ich es mir zu telegraphieren; ich würde dann dem Kaiser einen Wink geben.

Die französischen Generäle sind von Neid über die preußischen Waffen-

[1] Die französische Politik, die mit ihrer Vermittlung Preußen gegenüber ihre besonderen Kompensationsziele betreibt, ist an einer kollektiven Aktion der Großmächte nicht mehr interessiert.

erfolge erfüllt und werden früher oder später zum Kriege gegen uns drängen. Der Kaiser dürfte diesem Wunsche aber nicht so leicht nachgeben, denn er möchte sich kaum verhehlen, daß wir alsdann das ganze übrige Deutschland, wahrscheinlich Rußland, vielleicht sogar England für uns haben und bei dem gegenwärtigen Zustande der österreichischen Armee Rußland genügen würde, um die letztere in Schach zu halten . . .

Randbemerkungen Bismarcks:

1* ?
2* ?

Randbemerkung Werthers:

3* dies zur Beruhigung des Grafen Goltz von mir telegraphiert. W.

189.

Kaiser Napoleon III. an Fürst Metternich

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 8 juillet 1866

Mon cher Prince, Votre lettre[1] me désole parceque Vous me demandez des choses auxquelles il m'est impossible encore de répondre. J'ai considéré l'acte de la cession de la Vénétie comme un procédé honorable pour moi et profitable à Votre gouvernement parce qu'il me forçait de prendre à cœur Vos intérêts et expliquait mon intervention amicale dans les affaires qui divisent l'Allemagne. J'ai donc accepté franchement mon rôle de médiateur, j'ai fait tous mes efforts pour obtenir un armistice et j'attends, à tout instant, la réponse de l'Italie, mais à l'impossible nul n'est tenu et je ne puis répondre de l'effet que feront mes demandes, mes *menaces mêmes*. Dans l'état actuel des choses Votre intérêt est à mon avis de remettre à un commissaire français les places fortes et de ne conserver que Venise avec une forte garnison où je pourrais envoyer ma flotte. D'après les nouvelles que je reçois du théâtre de la guerre l'intérêt de l'Autriche est d'accepter franchement ma médiation qui s'exercera dans *les limites du possible*, avec la volonté de lui venir en aide. Espérer aujourd'hui *recouvrir* une meilleure situation par les armes me paraît impossible et plus on perdra du temps plus la Prusse augmentera ses exigences.

Voilà tout ce que je puis répondre à Votre lettre, croyez qu'il m'est pénible de ne pas pouvoir faire davantage. Croyez, mon cher Prince, à mes sentiments de haute estime.[2]

[1] Von diesem Briefe des Fürsten Metternich findet sich keine Abschrift bei den Akten.

[2] Fürst Metternich telegraphierte den wesentlichen Inhalt des kaiserlichen Schreibens am 8. Juli 11^{40} p. m. nach Wien. Er fügte hinzu: « Les hommes en congé viennent d'être rappelés sous les drapeaux. Einberufung des Gesetzgebenden Körpers wegen Armierung wahrscheinlich. »

190.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 8 juillet 1866, 11^{15} p. m.; arr. 9.7. 4^{10} a. m.

Je fais un effort pressant auprès de l'Empereur pour lui représenter toute sa responsabilité qu'il assumerait en n'arrêtant pas les Italiens.

N'y aurait-il pas moyen d'éviter une bataille dans la situation actuelle en renfermant nos troupes dans les forteresses?

191.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris den 9. Juli 1866

. . . [Herr Drouyn de Lhuys] nahm mit Genugtuung meine Mitteilung auf rücksichtlich des Resultates der Gefechte, welche am 3. und 4. in der Gegend von Kaltennordheim zwischen unseren Truppen und den preußischen stattgefunden haben.

. . . Der Minister zeigte sich damit einverstanden, daß auch Bayern zu den Friedensverhandlungen zugezogen werde, ebenso daß der Waffenstillstand sich auch auf die bayerischen und Bundestruppen erstrecken müsse; nur fügte er hinzu, es schiene ihm zweckmäßig, die österreichische Regierung daran zu erinnern, daß sie im Hinblicke auf den Vertrag vom 14. Juni keinen Waffenstillstand schließen könne, der sich nicht auch auf die Alliierten ausdehne. Ich muß daher glauben, daß Österreich unter keinen Umständen ohne Bayerns Zustimmung einen Waffenstillstand abzuschließen berechtigt ist.

Herr Drouyn de Lhuys fährt fort, sich bei jeder Gelegenheit günstig über die Mittel- und Kleinstaaten auszusprechen, und wird wohl nicht unterlassen, alles aufzubieten, was er bei Gelegenheit des bevorstehenden Friedensschlusses zu ihren Gunsten zu tun imstande ist. Von größter Wichtigkeit scheint es mir unter diesen Verhältnissen zu sein, daß Bayern, dessen Armee bisher noch ungeschwächt ist, seine militärische Stellung nicht nur behaupte, sondern womöglich noch verstärke, damit es beim Friedensschlusse, mit einer Armee von 100000 Mann hinter sich, mitzusprechen berechtigt sei . . .

192.

Kaiser Napoleon III. an Fürst Metternich[1]

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

le 9 juillet 1866

Mon cher Prince, Croyez que pour le moment la chose indispensable pour l'Autriche est d'accepter les conditions de l'armistice; car c'est seulement encore ma médiation qui peut atténuer les pertes qu'elle a subies.

Croyez à mes sentiments.

[1] Anscheinend die Antwort auf den am späten Abend des 8. Juli unternommenen « effort pressant » (Nr. 190) Metternichs.

193.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 9 juillet 1866, 1^{50} p. m.; arr. 5^{40} p. m.

J'ai vu l'Empereur très préoccupé de la marche des Prussiens. L'Italie accepte la remise d'une forteresse par un commissaire français. L'Empereur conseille de faire filer le plus de troupes possible vers le nord et par conséquent de remettre toutes les forteresses successivement au commissaire qui se rend responsable de tout le matériel inventarisé que nous n'aurions pas pu emporter. Ce mouvement devrait se faire avant que l'armistice ne soit conclu sur le principe de l'uti possidetis. Vénise resterait avec une garnison autrichienne et des bâtiments de guerre français sauf entente ultérieure. On attend la réponse.

194.

Kaiserin Eugenie an Fürst Metternich

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

le 9 juillet 1866

Impossible de rien dire par écrit, venez me voir, Mr. Benedetti va aller au quartier général prussien avec des instructions *identiques* à celles du *Prince Napoléon*; quant au Moniteur je ne vois pas ce qu'il pourrait dire. Les nouvelles d'Italie sont meilleures, en grâce ne recommencez pas les hostilités en Italie, laissez les Italiens se promener. Venez vers cinq heures.

195.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 9 juillet 1866, 3^{35} p. m.; arr. 9^{40} p. m.

Je dois transmettre dernière communication[1] à l'Empereur Napoléon en insistant sur l'envoi immédiat de la flotte française à Venise et en proposant

[1] Weisung aus Wien, vom 11. Juli 11 a. m.: « Nous acceptons franchement et avec confiance la médiation. Nous sommes prêts à remettre à des commissaires français immédiatement nos *places fortes*, pourvu que la France nous *garantisse* la retraite de nos garnisons avec le matériel *mobile*. Nous abandonnons avec *confiance* le reste à la médiation de l'Empereur lors du traité définitif. Nous maintiendrons temporairement garnison à Venise; mais insistez avec instance sur le *prompt* envoi d'une flotte française devant Venise. Les positions prises par notre armée mobile ne lui laissent plus la possibilité de se renfermer dans nos forteresses. Elle reçoit l'ordre immédiatement de se retirer derrière nos frontières en deçà de la Vénétie. Informez-nous au plus vite de l'accueil et des résultats de ces communications. » Eine weitere Weisung, vom 11. Juli 12^{05} p. m., wiederholte, daß man nach der vertrauensvollen Opferwilligkeit, mit der man die französischen Propositionen angenommen, darauf rechnen dürfte, daß nach der Annahme der Mediation durch Preußen die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten durch Napoleon bewirkt werden würde; an dieser vertrauensvollen Erwartung halte man fest. » Aber die Preußen marschieren auf Wien, können, da Widerstand der erschöpften Armee unmöglich, in 5—6 Tagen dort sein: wiederholen Sie daher eindringlich den Antrag auf entschiedene energische Pression. «

d'envoyer le Duc de Gramont au quartier général des Prussiens afin de les arrêter. Mr. Benedetti à déjà l'ordre de s'y rendre avec des instructions en vue d'un armistice immédiat et identiques à celles que Prince Napoléon doit emporter ce soir pour Roi Victor-Emmanuel.[1]

Mr. Drouyn de Lhuys et moi regardons comme avantageux d'éloigner de Paris le Prince Napoléon qui exerce une influence pernicieuse lorsqu'il est près de son cousin. Je crois qu'il serait bon de continuer à montrer autant de confiance que possible et de préparer au moins en apparence les moyens d'une résistance énergique pour Vienne.

L'Empereur Napoléon nous demande d'éviter en Italie toute rencontre hostile entre les armées.

Baron Aldenbourg part ce soir.

196.

Kaiserin Eugenie an Fürst Metternich

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

d. d. (9)[2] juillet 1866

Mon cher Prince, Je vous envoie des lettres trés intéressantes de Mr. Merlin, c'est un homme très capable et en qui nous avons une grande confiance. L'Empereur fait tout ce qu'il peut pour peser sur l'Italie, aujourd'hui, il y aura, je crois, une réponse plus décisive, basée sur la remise à un commissaire français d'une forteresse, Mantoue par exemple, ce qu'on a d'ailleurs accepté à Vienne, afin d'être remise aux Italiens; les événements se précipitent avec une telle rapidité qu'on a peine à les prévoir; j'espère que si cette affaire d'armistice est réglée, nous armerons afin que notre médiation soit plus efficace. Je crains que la Russie ne *soit pas bien au fond.* Mr. de Goltz a demandé à me voir et je le recevrai ce soir,[3] ma lettre a un bien décousu, mais j'écris à la hâte après une nuit agitée.

Croyez à tous mes sentiments affectueux.

P. S. Envoyez-moi les lettres si vous n'en avez pas besoin. Mr. Merlin est un homme très simple, pas faiseur d'embarras et bon officier, son caractère est plutôt timide ce qui ne l'empêche pas d'être très résolu.

Dabei liegt ein Briefbogen, das Kaiserliche N eingepreßt tragend, mit folgender Mitteilung von der Hand Napoleons:

J'envoie la flotte à Venise. N.

[1] Die geplante Sendung des Prinzen Napoleon — vgl. Orig. dipl. 10, 370 ff. — wurde am 11. Juli aufgeschoben.

[2] Nicht ausgefüllt.

[3] Vgl. den Bericht des Grafen Goltz vom 11. Juli, Nr. 206.

197.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 9 juillet 1866, 7^{15} p. m.; arr. 11^{20} p. m.

La réaction en *mieux* a commencé aujourd'hui. La flotte française est partie pour Venise. L'Empereur m'a donné de bonne assurance sur la médiation qui sera probablement *armée*. Il veut nous maintenir intacts, il a télégraphié au Roi Victor-Emmanuel, « lorsque Vous aurez la Vénétie, si Vous pensiez aller plus loin Vous Me trouveriez sur la route ». Il désire que Vous me donniez des nouvelles télégraphiques *in claris* dans le bon sens qui concernent l'esprit de l'armée et la défense de Vienne afin de stimuler Ses ministres qui ne sont pas encore courageux. Il voudrait que les premiers bataillons d'Italie commencent à arriver à Vienne afin de donner confiance à la population. Er betrachtet unsere Südinteressen als gesichert.

Général Frossard envoyé aujourd'hui au quartier général prussien pour l'armistice; Général Leboeuf parti pour l'Italie comme commissaire.

198.

Prinz Reuß an König Wilhelm I.[1]

Eigenhändig. A. A. Berlin

Paris, den 10. Juli 1866

Heute vormittag gegen 11 Uhr bin ich hier in Paris angekommen und habe die Ehre gehabt, schon im Laufe des Nachmittags das Allerhöchste Handschreiben Eurer Majestät dem Kaiser Napoleon zu übergeben. Die Audienz, von ziemlich langer Dauer, hat mir keinen befriedigenden Eindruck zurückgelassen; ich vermißte diejenige Ruhe und Klarheit, die ich sonst bei diesem Souverän zu begegnen gewohnt gewesen bin, er war heute ein Mann, der kein recht gutes Gewissen hatte und der sich in einiger Verlegenheit befand, wie er aus der Situation herauskommen könnte, die er sich in Italien selbst geschaffen hat.

Nachdem der Kaiser Euer Majestät Brief gelesen hatte, fragte er nach den Bedingungen, unter welchen Preußen den Waffenstillstand abschließen wolle. Ich erwiderte, daß, da der Kaiser seine Vermittlung angeboten hätte, es nun an ihm sein dürfte, zwischen die streitenden Parteien zu treten und seinerseits Vorschläge zu machen. Ich sagte, daß ich nicht beauftragt sei, mit ihm die Waffenstillstandsbedingungen zu diskutieren, daß mir Eure Majestät aber befohlen hätten, ihm, dem Kaiser, zu versichern, daß Preußen in seinen Forderungen eine große Mäßigung an den Tag legen würde. Ich machte darauf aufmerksam, daß diese Mäßigung um so höher anzuschlagen sein würde,

[1] Benutzt bei Erich Brandenburg, Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung, S. 571 ff.

wenn man die Stimmung des preußischen Volkes kennte, welches kategorisch zu fordern anfing, daß Preußen seine Eroberungen nicht wieder herausgeben sollte. Trotz dieser Stimmung wollten Euer Majestät sich aber begnügen, das Bundesreformprojekt, wie solches in der vormaligen Bundesversammlung vorgelegt worden sei, als Basis des Friedens zu betrachten, vorbehaltlich einiger unbedeutender Modifikationen. Er, der Kaiser, würde diese Forderung um so billiger finden, als er ja selbst erklärt habe, daß dieses Projekt den Interessen Frankreichs nicht entgegen sei.

Zu meinem großen Erstaunen mußte ich hier vernehmen, er, der Kaiser, wüßte von diesem Bundesreformprojekt nur so im allgemeinen. Graf Goltz habe ihm wohl einmal davon gesprochen, es wäre möglich, daß er sich auch nicht gerade ungünstig darüber geäußert hätte, er könne sich aber durchaus nicht erinnern, jenes Projekt ausdrücklich gebilligt zu haben, wisse auch gar nicht einmal recht, was darin gestanden habe.[1]

Ich verbarg dem Kaiser meine Verwunderung nicht, diese Sprache zu hören, sagte ihm, Eure Majestät stünden im guten Glauben, daß der Kaiser jenes Projekt gut geheißen und hätten sich hierauf fest verlassen zu können geglaubt. Die Gespräche, welche der Kaiser mit dem Grafen Bismarck in Biarritz und hier gehabt hätte, noch lange bevor preußischerseits das Reformprojekt ausgesprochen worden sei, hätten dem König, meinem Herrn, schon seit langer Zeit die Überzeugung geben müssen, daß der Kaiser mit den Plänen Preußens einverstanden sein werde.

Seine Majestät schienen etwas in Verlegenheit, wie sie sich aus dieser Verwicklung von gegen ihn sprechenden Gründen herausziehen sollten, und sagten mir, als ich die Hauptzüge des Reformprojekts zur Stärkung ihres Gedächtnisses entwickelt hatte, England und Rußland würden einer Ausschließung Österreichs aus Deutschland entgegen sein. Aus dem, was mir der Kaiser weiter über das Bundesreformprojekt sagte, konnte ich entnehmen, daß, wenn er auch Preußen einen Machtzuwachs gönnen wollte, diesen sogar wünschte — ihm das in Deutschland allein und ohne das Gegengewicht Österreichs schaltende Preußen ein zu mächtiger Nachbar zu sein scheint. Das Parlament, in welchem Preußen präponderieren wird, flößt ihm Besorgnis ein, und er sieht voraus, daß, wenn Preußen die Mittel- und Kleinstaaten auch jetzt nicht annektieren will, dieser Akt doch nur eine Zeitfrage sein wird, « une annexion en deux temps », wie mir die Kaiserin sagte.

Ich habe dagegen geltend zu machen gesucht, daß in der auswärtigen Politik Deutschlands ein Punkt, welcher den Kaiser besonders beschäftigte, immer entscheidend sein werde, wer den Degen führe. Da sich nun Preußen die militärische Führung nur von Norddeutschland vorbehalten habe, und die südwestliche Staatengruppe sich selber überlassen wolle, so sei jene von den Franzosen geträumte Gefahr der Machtvereinigung in Preußens Hand nicht vorhanden. Mit den Süddeutschen würde sich Preußen niemals

[1] Über diese Unterredung siehe Nr. 61. Die Äußerung Napoleons läßt erkennen, wie wenig er darauf vorbereitet war, daß der preußische Bundesreformplan zur Ausführung kommen könnte.

assimilieren, wolle daher seine Machtsphäre nicht bis dahin ausdehnen, sondern sich begnügen, mit ihnen im Parlament über gewisse allgemeine innere Angelegenheiten zu diskutieren.

Der Kaiser kam dann wieder auf die Waffenstillstandsfrage zurück und meinte, als ich ihn drängte, doch dem Wunsche Eurer Majestät gemäß jemand ins Hauptquartier zu schicken, das würde zu viel Zeit kosten, und Verhandlungen durch den Telegraphen seien vorzuziehen.

Ich machte geltend, daß die Drähte durch die Einwohner oft zerstört würden, eine regelmäßige Korrespondenz daher nicht möglich sei. Deshalb wünschten Euer Majestät, daß der Kaiser einen Vertrauensmann mit seinen Vorschlägen versehen ins Allerhöchste Hauptquartier schicken möchte, um den Waffenstillstand zu vermitteln. Ich erklärte dabei auf das bestimmteste, daß Eure Majestät sich auf keinen Waffenstillstand einlassen würden, in dessen Bedingungen nicht bereits der Keim des Friedens läge. Ich appellierte an die Gerechtigkeit des Kaisers, welche ihm selbst sagen müsse, daß das siegreiche Preußen unmöglich einen Waffenstillstand annehmen könnte, welcher einzig und allein dem geschlagenen Feinde Zeit geben werde, sich wieder zu erholen. Außerdem aber könne der König, mein Allergnädigster Herr, ohne die Zustimmung des Königs von Italien kein Abkommen mit dem Feinde treffen.

Der Kaiser gestand mir hierauf ziemlich offen, daß er sich wegen Italien in der größten Verlegenheit befinde, welches auf seine Anerbietungen nicht eingehen wolle, sondern den Krieg fortführe. Er entließ mich hierauf, indem er mir sagte: «qu'il réfléchirait et qu'il espérait me revoir».

Der andere Teil unserer Konversation, in welcher ich dem Kaiser über die Schlacht von Königgrätz und die Bewegungen Eurer Majestät Armeen bis zu jenem glorreichen Tage ausführliche Berichterstattung machte, schien ihn weit mehr anzusprechen. Er erkundigte sich hauptsächlich nach der persönlichen Teilnahme Eurer Majestät am Oberkommando der Schlacht, nach den Effekten des Zündnadelgewehres und der Artillerie.

Eine längere Konversation, welche ich gleich nach der Audienz beim Kaiser mit Ihrer Majestät der Kaiserin hatte, gab nur Kommentare zu den Äußerungen des Kaisers. Es wäre den Herrschaften viel angenehmer, wenn wir Hannover oder Kurhessen pure annektierten; diese Hegemonie in Deutschland macht ihnen Sorgen. «Vous avez prouvé une telle énergie et une telle promptitude dans vos mouvements, qu'avec une nation pareille comme voisine, nous courrons le danger de vous voir un beau jour devant Paris, sans nous en douter. Je me coucherai Française et je me réveillerai Prussienne!»[1] sagte die Kaiserin. Sie behauptet, die öffentliche Meinung in Frankreich würde sehr bald diese Gefahren herausfühlen, es würde sich eine Bewegung dokumentieren, welcher die Regierung nicht mehr zu steuern imstande sein werde, und davor sollten wir uns in acht nehmen. Frankreich habe uns durch seine Neutralität einen immensen Dienst geleistet, das werde dem Kaiser auch gehörig von Österreich vorgeworfen; wir sollten diesen Dienst nicht vergessen

[1] Bei Brandenburg, Untersuchungen, S. 572, irrtümlich gelesen: «coucherais» und «réveillerais». Auch bei Sybel S. 236 heißt es: »ich würde usw.«

und es nun dem Kaiser möglich machen, den Frieden auf Bedingungen zu vermitteln, welche Österreich nicht zu sehr erniedrigten.

Ich fragte die hohe Frau zu verschiedenen Malen, welches denn ihre Bedingungen wären, ich bat sie zu veranlassen, daß jemand ins Hauptquartier geschickt würde, welcher Vorschläge mitbrächte, weil dies die einzige Manier wäre, um dem Krieg bald ein Ende zu machen. Sie versprach auch endlich, sie wollte versuchen, dies zu erreichen, versicherte übrigens einmal über das andere, Frankreich wolle nichts für sich als den Frieden. Die Kaiserin holte darauf einen Atlas hervor und machte allerhand Projekte auf der Karte von Deutschland. Aus allen diesen, teils im Ernst, teils im Scherz geführten Reden konnte ich entnehmen, daß des Pudels Kern immer in der Besorgnis des zu starken und zu energischen Nachbarn liegt, und daß man zwischen Frankreich und Preußen gerne eine neutrale Un-Macht einschieben möchte.[1]

Schließlich sagte mir die Kaiserin, daß die Ansichten Preußens und Frankreichs doch vielleicht gar nicht so weit auseinandergingen und daß man ja noch hoffen könnte, sich zu verständigen.

Euer Majestät habe ich mich unterstanden, in Vorstehendem das Resümee der Gespräche einfach mitzuteilen, die ich mit dem Kaiser und der Kaiserin gehabt habe, ohne weitere politische Schlüsse zu ziehen. Die Berichte des Grafen von der Goltz, welche gleichzeitig abgehen und von dem Stand der Sachen hier Rechenschaft geben, werden, besser als ich es imstande bin, die Situation beleuchten.

199.

Kaiserin Eugenie an Fürst Metternich

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

d. d. 10 juillet 1866 le soir[2]

Le Prince de Reuß est arrivé et je l'ai vu aujourd'hui, il croit qu'il n'est rien arrivé au Prince Paul et qu'il va bien, je m'en réjouis avec vous. Il a porté une lettre du Roi pour l'Empereur qui ne dit rien de précis mais des mots aimables, Reuß a, je crois, développé le texte, en abrégé, c'est qu'ils ne veulent pas d'un armistice sans que des préliminaires de paix aient été acceptés; je lui ai demandé quelles étaient leurs prétentions, il m'a répondu que pour base, *leur déclaration à Francfort*. Je crois que la Saxe serait rendue à son Roi, pas de démembrement de l'Autriche, mais ils la veulent hors de la confédération, dès que je pourrai savoir Notre réponse je Vous la ferai savoir, d'ailleurs l'Empereur a chargé Drouyn de Lhuys de Vous rendre compte de toutes ces propositions qui sont *loin de plaire ici*. Reuß m'a dit aussi qu'il

[1] Auch hier scheint der Gedanke des rheinischen Pufferstaats leise angedeutet worden zu sein. Man beobachtet, wie trotz des Tages von Königgrätz dieser Plan, der vor dem Ausbruch des Krieges eine so große Rolle in den Berechnungen Napoleons gespielt hatte, sich immer wieder, wenn auch in einer Art von mattem Nachspiel und nunmehr mit dem Motiv der Sicherheit verknüpft, bemerkbar zu machen sucht.

[2] Fürst Metternich telegraphierte am 11. Juli 11^{45} a. m. den wichtigsten Inhalt des Briefes der Kaiserin nach Wien.

sera impossible à l'armée prussienne d'être devant Vienne avant 3 semaines et ils sont préoccupés de la résistance qu'ils peuvent trouver à Olmütz. Demain matin le Général Leboeuf doit partir.

200.

Fürst Metternich an Kaiserin Eugenie

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

d. d. 10 juillet 1866, 11 du soir

Je ne saurais assez Vous exprimer ma reconnaissance de la lettre que Vous avez daigné m'adresser.

La situation pour nous est bien claire aujourd'hui: la question de Vénise ne nous regarde plus et la médiation est placée sous le drapeau français. Nous attendons *avec confiance* l'arme au bras et en regardant faire la France les yeux fermés. S'il faut nous battre, la France nous avisera.

Il y a un point sur lequel je me permets très humblement de faire une observation. Je prévois que plus l'Empereur tardera à parler haut et ferme en armant à l'appui de Sa médiation, moins celle-ci ne deviendra efficace. Avec l'appel aux armes *aujourd'hui* la Prusse et l'Italie céderont — sans cet appel les exigences deviendront plus grandes avec la marche en avant de l'armée prussienne et les choses ungentlemanlike qui vont avoir lieu en Vénétie.

Mille excuses de mon audace, Madame, mais en âme et conscience je crois avoir raison.

Encore deux demandes très indiscrètes:

Mr. de Beust arrive demain matin. Je suis chargé de lui obtenir une audience de l'Empereur.[1]

On me télégraphie de Vienne que l'Empereur demande si la France pourrait avec le temps et en tout secret nous vendre 30 à 40 000 nouveaux fusils d'après le système à bascule.

201.

Fürst Metternich an Kaiserin Eugenie

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

d. d. 11 juillet 1866

Madame,

Au premier avis de l'acceptation des préliminaires prussiens par l'Empereur Napoléon, l'Autriche sentira qu'elle est abondonnée par la France.

L'Empereur en me parlant, comme Il l'a fait ce matin, m'a prouvé que nous n'avions que bien peu espérer de Sa médiation et que nous serions forcés de nous défendre jusqu'au bout. Il m'a parlé du sort du Danemarc! La différence est grande cependant dans ce sens que nous avons cédé à l'Empereur une province acceptée par Lui et qu'il s'est décidé à nous protéger de Sa médiation.

Quand je pense que l'armistice est assuré *demain*, si l'Empereur voulait

[1] Vgl. Nr. 204.

faire un acte de vigueur; dire seulement ceci: Vous avez accepté ma médiation, je dois la faire respecter, je ne puis pas Vous laisser Vous avancer. Arrêtez-vous ou je serais forcé d'envoyer 400 000 hommes sur le Rhin.

Si l'Empereur nous abandonne et nous force à accepter les conditions que le Roi de Prusse avait déjà transmises à Vienne par Mr. de Gablenz, Mr. de Bismarck aura le temps de réveiller le *sentiment national allemand*. Aujourd'hui la France *qui n'est par prête*, l'est cependant bien plus que la Prusse paralysée par nous et la Bavière. Dans deux mois, l'Autriche *jetée hors de l'Allemagne*, la nationalité allemande unifieé par l'esprit révolutionnaire sera compacte, la figure tournée contre la France.

Aujourd'hui il n'y a pas 50 000 hommes disponibles entre Cologne et Berlin, dans trois mois il y en aura 800 000[1] hommes.

La Prusse est forcée par une simple démonstration d'accepter tout ce que voudra la France.

Si on lui laisse le temps de se replier sur le Rhin, ses exigences seront insoutenables pour une nation comme la France, pour un souverain comme l'Empereur Napoléon.

Ce n'est plus de l'Autriche, mais de l'interêt et de l'honneur de la France dont il s'agit.

Ce sont de graves paroles que le désespoir arrache de mon coeur et je Vous en demande pardon, mais Vous sentez tout cela. Penser que l'avenir de mon pays dépend aujourd'hui d'un *dernier effort*, d'un mot *hautement* dit et appuyé d'une démonstration minime. Penser que si cela ne réussissait pas comme je jure devant Dieu que cela réussira, Vous avez toujours le temps de Vous arranger. Penser tout cela et voir qu'il y a hésitation à prononcer un mot digne d'un Napoléon et d'une grande nation. C'est mourir mille fois.

202.

Kaiser Napoleon III. an Fürst Metternich

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

11 juillet 1866

Mon cher prince, Toute la question repose toujours sur l'armistice et j'ai dû retarder l'envoi en Italie pour prendre possession des forteresses que l'armistice soit décidé. D'ici-là je ne puis répondre rien.

Croyez à tous mes sentiments.

203.

Kaiserin Eugenie an Fürst Metternich[2]

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

11. juillet 1866

Mon cher Prince, que voulez-Vous que je fasse, *tout ce qui est humainement* possible je l'ai fait, on me répond par la responsabilité immense qui pèse sur

[1] Später verbessert 400000.

[2] Neuerdings gedruckt bei A. Stern, Geschichte Europas, 9, S. 589.

celui qui doit décider, on n'est pas prêt, et on ne veut pas se jeter dans les aventures n'ayant pas de quoi appuyer une manifestation, ma parole n'a plus de poids je suis presque seule de mon avis, on s'exagère le danger d'aujourd'hui pour mieux se cacher celui du lendemain, qui sait, la partie est remise, à plus tard. Moi je ne puis Vous dire qu'une chose, c'est ce que je suis triste, mais je ne puis rien, je ne sais même plus ce qui se passe, la seule chose que je puisse répondre c'est que l'Empereur fera tout son possible pour que Vous puissiez avoir la meilleure paix possible, je suis désolée et ne pus écrire plus long.

Si Vous pouviez leur donner une bonne frottée.[1]

204.

Baron Beust an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, den 11. Juli 1866

Eurer Exzellenz verfehle ich nicht zu melden, daß ich, nachdem ich Wien vorgestern nachmittag verlassen, ohne Aufenthalt hierher gereist und diesen Morgen hier angekommen bin.[2]

Ich habe mich sofort mit dem kaiserlichen Botschafter ins Vernehmen gesetzt,[3] auch zeitig eine Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys und endlich um 3 Uhr eine Audienz beim Kaiser gehabt.

Ohne behaupten zu wollen, daß meine Bemühungen erfolgreicher gewesen sein würden, falls ich einen Tag früher hier eingetroffen wäre, so kann ich leider die Versicherung nicht unterdrücken, daß ich heute mich abgeschlos-

[1] Indem die Kaiserin Eugenie es notgedrungen aufgab, sich mit der Tat für die österreichische Seite einzusetzen, konnte sie ihren leidenschaftlichen Parteieifer nur noch durch symbolische Handlungen betätigen. Welche Form sie für dieses ihr Bedürfnis wählte, geht aus einem Schreiben des Kaisers Franz Joseph an die Kaiserin Eugenie vom 21. Juli hervor (Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien):

« Le Prince de Metternich m'a fait remettre de Votre part une petite médaille de la Sainte Vierge qui devra, lui avez-Vous dit, me porter bonheur. Cette démarche m'a vivement touché et j'accepte avec reconnaissance ce témoignage des sentiments de Votre Majesté. Depuis longtemps je sais, Madame, que Vous êtes l'auxiliaire fidèle de causes qui, si elles ne sont pas toujours heureuses, conservent du moins leurs droits à la sympathie d'un noble cœur. Je sais surtout que Votre Majesté se montre dans ces temps difficiles l'amie de l'Autriche. Recevez-en, Madame, tous mes remercîments et quelque soit le dénouement de cette grave crise, soyez persuadée que je n'oublierai jamais les efforts que Votre Majesté a fait personnellement pour me rendre service. Je prie Votre Majesté de croire aux vœux sincères que je forme pour le bonheur et d'agréer l'expression de mes hommages les plus expressés. De Votre Majesté le bon frère et ami. »

[2] Vgl. Depesche des Grafen Mensdorff an Metternich 10. Juli 6^{15} p. m.: »Seine Majestät haben bei dem zwischen Allerhöchstdenselben und dem König von Sachsen bestehenden herzlichen Einverständnisse den Freiherrn von Beust ersucht, nach Paris zu reisen, um daselbst persönlich auf den Kaiser Napoleon zu wirken. Er trifft morgen früh in Paris ein. Erwirken Sie dem Baron Beust ehetunlichst eine Audienz bei dem Kaiser Napoleon.« (H. H. u. St. Arch. Wien.)

[3] Vgl. Nr. 200.

senen Verhandlungen gegenüber befand. Dem Empfang des französischen Ministers konnte ich dies sofort anmerken.

Er setzte mir, wie später der Kaiser selbst, ausführlich auseinander, daß Frankreich sich in einer schwierigen Lage befände und eine drohende Haltung nicht einnehmen könne, ohne nötigenfalls zum Kriege gerüstet zu sein; letzteres aber sei nicht der Fall, und nicht zu ermöglichen, da Mexiko und Algier zu viele Truppen absorbieren und Rom möglicherweise auch zu verteidigen sein werde. Das Endresumé war, daß Frankreich als guter Freund Österreichs raten müsse sich zu entscheiden, entweder durch Annahme oneröser Bedingungen ein Opfer zu bringen oder einen letzten Kampf zu wagen. Als ich jedoch zu diesen onerösen Bedingungen, nämlich der Annahme der Bundesreform,[1] mich wendend, die ganze Tragweite derselben auseinandersetzte, wurde Herr Drouyn de Lhuys offenbar stutzig, und nachdem ich kein Wort wegen der Audienz beim Kaiser gesagt, fiel er mir in die Rede mit dem Wunsche, daß ich den Kaiser bald sehen und ihm dies erklären möchte.[2]

Inzwischen hatte mich Fürst Metternich von seiner Seite dem Kaiser gemeldet und dieser empfing mich bald darauf.

Es würde Euer Exzellenz nutzlos ermüden, wollte ich das, was ich in dieser Audienz gesagt, ausführlich wiederholen. Ich wurde aufmerksam angehört und eingehend beantwortet. Was ich über die Gefahren äußerte, die eine zuwartende Haltung Frankreich bereiten müßte, schien nicht ohne Wirkung zu bleiben und fand auch keine Widerlegung. Das Hauptargument jedoch, womit der Kaiser zuletzt heraustrat, war, daß er bereits an Preußen soeben eine

[1] Vgl. Erlaß Varnbülers an Baron Wächter vom 12. Juli: »Ich wünsche, daß Sie Beusts Anwesenheit, auf den Sie sich ganz weiter verlassen können, benutzen, um den Bestrebungen Preußens auf eine Hegemonie über Deutschland aufs kräftigste entgegen zu wirken. Sie wäre für die Machstellung Preußens ebenso bedeutungsvoll als eine Eroberung Deutschlands, für die ihm vasallistisch untergeordneten Staaten aber viel demütigender und empfindlicher. Das sind Dinge, die man im Auslande nicht recht gründlich versteht und darum für sie weit gefährlicher als für die Betroffenen. Sie können dazu vielleicht auch G. benutzen.« (St. Arch. Stuttgart.)

[2] Der Inhalt der Beustschen Darlegungen und die Wirkung seiner Argumente auf den Minister ist aus einer eingehenden Denkschrift: «sur le caractère et la portée du projet de réforme fédérale, élaboré par Mr. de Bismarck» erkennbar, die Drouyn de Lhuys noch an demselben 11. Juli ausarbeitete und dem Kaiser Napoleon vorlegte (gedr. bei M. P. Pradier-Fodéré, Documents pour l'histoire contemporaine, Paris 1871. S. 16—25) — ein letzter Versuch, die tatsächlich schon erfolgte Entscheidung Napoleons wieder rückgängig zu machen. Sie gipfelt in der These: «C'est ce qui distingue la question allemande de la question italienne: le Piemont n'avait ni la volonté ni le pouvoir d'absorber l'Italie; la Prusse, plus puissamment organisée, est en état d'absorber l'Allemagne, de la *prussianiser*, et elle le veut avec toute son énergie. L'Italie *une* n'est pas le Piémont: c'est un nouvel État; l'Allemagne *une* sera la Prusse agrandie, et non la Prusse disparaissant dans le *germanisme.*» Daß diese Distinktion, die bis heute die politischen Vorstellungen vieler Franzosen beherrscht, nicht etwa wohlwollendere Haltung gegenüber dem «germanisme» einschließt, hätten die Beust, Pfordten und Varnbüler aus den späteren Sätzen der Denkschrift ablesen können; «La vue d'une Allemagne compacte, dont les membres trouveraient dans leur étroite union, sous l'égide de la Prusse, ces garanties de force et de gloire, ces satisfactions d'amour-propre politique dont les Allemands ont été si longtemps privés et dont ils sont comme affolés aujourd'hui . . .»

Antwort erteilt habe und auf diese eine weitere Auslassung erwarte.[1] Er habe die preußischen Bedingungen en principe angenommen, und diese Bedingungen — soweit sie mir der Kaiser mitteilte — bestehen darin, daß Österreich die Integrität seines Territoriums gewahrt und die Bismarcksche Bundesreform angenommen werde, welche jedoch ihm, dem Kaiser gegenüber, diskutabel sei. Auf diese Weise hoffe er, für Österreich bald den Waffenstillstand herbeizuführen und könne dann bei den Verhandlungen das Mögliche tun.[2]

Ist es mir gestattet, unter diesen Umständen eine Meinung zu äußern, so ist es folgende: So entmutigend das vorstehend Gemeldete auch ist, so bleibt doch zu berücksichtigen:

1. daß beim Kaiser Napoleon weder ein Interesse noch ein bestimmter Wille, gegen Österreich zu handeln, besteht, sondern Schwäche und ungünstige Einflüsse augenblicklich vorwalten;

2. daß im Lande die vorherrschende Stimmung entschieden Österreich günstig ist und noch einen heilsamen Einfluß auf die Regierung ausüben kann;

3. daß Österreich nicht Aussicht hat, an einer anderen europäischen Macht eine irgendwie nachhaltige Unterstützung zu finden. Unter solchen Verhältnissen scheint es geraten, den Faden mit hier nicht abzureißen, die für die Verhandlungen gegebenen Zusicherungen, so unbestimmt sie sein mögen, zu akzeptieren, namentlich aber der öffentlichen Meinung gegenüber das Verhältnis zu Frankreich als ein gutes und befreundetes fortbestehen zu lassen.

Wie man sich ferner zu den uns hier freilich vollständig noch gar nicht bekannten Waffenstillstandsbedingungen stellen soll, darüber halte ich für heute noch das Urteil zurück, eben weil ich deren Tragweite nicht übersehen kann. Viel wird ja überdies von der militärischen Situation abhängen.

Ist diese so wie die letzteren Nachrichten hoffen lassen, nur irgendwie beschaffen, um ein erfolgreiches Aufhalten des Feindes in Aussicht zu stellen, so wird man Zeit haben, jene Bedingungen mit hier zu diskutieren und wohl daran tun, dies zu ermöglichen.

205.

Graf Goltz an Bismarck

Telegramm, Entzifferung. A. A. Berlin

Paris den 11. Juli 1866, 7^{12} nachm.; angek. 12. 7. 2^{10} vorm.

Nach Empfang der Telegramme bis Nr. 11, jedoch vor der erst morgen abend zu erwartenden Feldjägersendung Eurer Exzellenz habe ich soeben

[1] Tatsächlich erfolgte diese Antwort an Preußen erst nachher, in der Audienz für Graf Goltz, die sich anscheinend dem Empfange Beusts unmittelbar anschloß.

[2] Vgl. Telegramm Metternichs vom 11. Juli 6^{40} p. m. (angek. 12. 7. 6^{14} a. m.): «Il résulte de longues discussions que Baron Beust et moi nous avons eues avec l'Empereur que ce dernier cherche à jouer avec les mots envers la Prusse. Il paraît avoir demandé un armistice *immédiat* en acceptant personnellement la *discussion* en principe sur la réforme fédérale. Nous déclinons de nous prononcer avant de connaître le texte et la réponse.» Darauf bezieht sich anscheinend auch noch das Telegramm Metternichs vom 13. Juli 2^{40} p. m. «Mon télégramme à Paris constatait que je n'avais pu conseiller l'acceptation d'une proposition, dont je ne connaissais les termes aussi peu que la situation militaire.»

eine hochwichtige Unterredung mit dem Kaiser gehabt; derselbe bedauert seinen Entschluß vom 4. Juli und wünscht mit Ehre herauszukommen. Er bittet um schleunige vollständige Mitteilung unserer Friedensbedingungen und um Erklärung, ob wir bereit sind, Waffenstillstand zu schließen,[1*] wenn er sich dieselben aneignet und nach Wien empfiehlt, wobei natürlich auch außerdem gewisse von uns zu stellende militärische Vorbedingungen zu erfüllen wären.[2*]

Er wünscht ferner, daß wir unter der bezeichneten Voraussetzung bis zum förmlichen Abschluß des Waffenstillstandes, der danach mit Friedenspräliminarien verbunden sein würde, militärisch nicht weiter vorgehen. Lehnt Österreich die vom Kaiser eingereichten Bedingungen ab, so werde er dadurch jener Macht gegenüber wieder frei und eine gewisse Solidarität zwischen Frankreich, Preußen und Italien begründet.

Ich habe ihm nach Maßgabe der bisher vorliegenden Instruktionen unsere wahrscheinlichen Vorschläge mitgeteilt. Die Bundesreform mit Ausschluß Österreichs war ihm wegen und seit der durch die ungeheueren militärischen Erfolge Preußens verstärkten Besorgnis der öffentlichen Meinung vor Gründung eines mächtigen Nachbarreiches schon an sich eigentlich zu viel. Doch glaube ich, seine Bedenken ziemlich beseitigt zu haben.

Ich habe ihm dabei unseren fortdauernden Wunsch, den Frieden im Einverständnis mit ihm zu schließen, sowie unsere Bereitwilligkeit versichert, die Bedingungen mit ihm zu diskutieren, seinen Bedenken möglichst Rechnung zu tragen und von ihm etwa zu stellende Zusatzbedingungen zu berücksichtigen. Er nimmt dies dankbar an, wünscht aber, daß die Bedingungen womöglich derart seien, um von ihm sofort akzeptiert und in Wien empfohlen werden zu können.

Ich brauche nicht die Wichtigkeit des Augenblicks hervorzuheben, wenn wir mäßige Bedingungen vorschlagen, bewahren wir den Kaiser vor einer schweren Demütigung, sichern uns faktisch seine Allianz, erreichen entweder einen ihm entsprechenden Frieden oder die Wiederherstellung der Lage vor dem 4. Juli[3*] nebst Zerwürfnis zwischen Österreich und Frankreich. Sind unsere Bedingungen unpassender Art, daß die österreichischen Einflüsse wieder die Oberhand gewinnen und er sie nicht in Wien mit Nachdruck empfehlen kann, so wird er unvermeidlich in einen unnatürlichen Krieg gegen uns und Italien hineingetrieben. Er verlangt nichts, obwohl er nach dem, was Prinz Napoleon sagt, eine kleine Rektifikation oder Errichtung eines Zwischenstaats sehr gewünscht hätte.[1]

So ziemlich es auch wäre, die Festlichkeiten abzubestellen, so würde er doch nötigenfalls auf Abreise nach Nancy am 14. verzichten.

Eure Exzellenz bitte ich daher dringend um ungesäumte telegraphische Ermächtigung im Sinne des Vorstehenden, insbesondere auch um Ermäßigung der danach etwa zu weit gehenden Bedingungen, welche unterwegs sind. Ich kann nicht genug die äußerste Mäßigung und eine zeitraubende Rückfrage ausschließende Präzision anraten, um nicht alle politischen Resultate

[1] Vgl. die Andeutungen der Kaiserin Eugenie zu dem Prinzen Reuß, Nr. 198.

der bisherigen militärischen Erfolge zu gefährden. Der Kaiser muß schnell aus einer unhaltbaren Lage herauszukommen suchen; in welcher Richtung, hängt von unseren Vorschlägen ab. Meines Erachtens liegt im Ausschluß Österreichs alles.[4*]

Randbemerkungen Bismarcks:

[1*] ja
[2*] ja
[3*] ?

Randbemerkung König Wilhelms:

[4*] richtig, aber das will N(apoleon) nicht, folglich?

206.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Ganz vertraulich. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 11. Juli 1866

(Verweis auf das Telegramm Nr. 49 vom 11. Juli.[1])

... Nach manchen mir zugegangenen Einzelheiten konnte ich schon annehmen, daß der vom Kaiser Napoleon am 4. Juli gefaßte Entschluß nicht das Ergebnis einer schon längere Zeit vorher prämeditierten Perfidie, sondern das Resultat vereinter Einwirkungen auf sein Gemüt, sowie zahlreicher politischer Vorstellungen hinsichtlich der Gefahren der politischen Präponderanz Preußens war. Unsere Gegner waren so geschickt, den Kaiserlichen Schritten mit Beschleunigung die größte Öffentlichkeit zu geben, Manifestationen zugunsten derselben in der Hauptstadt und im ganzen Lande hervorzurufen und den Kaiser dadurch nicht allein zu blenden, sondern auch zu binden. Ersteres dauerte nicht lange. Herr Drouyn de Lhuys trieb zum eventuellen Kriege gegen Preußen und Italien. Die Minister Rouher und La Valette bekämpften aber seine Politik. Am entschiedensten suchte der Prinz Napoleon nicht allein durch Ratschläge an den König von Italien, sondern auch durch energische Vorstellungen bei dem Kaiser die Folgen des verhängnisvollen Entschlusses vom 4. Juli wieder gutzumachen. Andererseits war die Kaiserin teils durch fortgesetzte politische Bearbeitung, teils infolge von Sympathien mit gewissen durch die Kriegsereignisse schwer betroffenen Persönlichkeiten und einer gewissen Rührung über die schweren Schläge, welche den österreichischen Kaiserstaat betroffen, ganz auf österreichischer Seite. Ich hatte dies schon argwöhnen können, weil sie monatelang jede politische Unterredung mit mir vermied. Ein langes Gespräch aber, welches ich vorgestern abend mit ihr hatte, zeigte mir, daß sie in jener Richtung viel weiter ging, als ich es selbst befürchtet hatte. Ich habe ihr bei dieser Gelegenheit in so eindringlicher Weise, daß ich es selbst nachher fast bereute, die gefährlichen Folgen vorgestellt, welche das Verlassen der uns versprochenen Politik, die Umwandlung der zugesagten wohlwollenden Neutralität in eine Verstärkung

[1] Nr. 205.

der uns gegenüberstehenden österreichischen Heere um 150000 Mann, endlich die Vernichtung des Vertrauens unseres Königlichen Herrn früher oder später unfehlbar für den Kaiser herbeiführen müsse. Durch die Unterredung, welche Prinz Reuß gestern mit Ihrer Majestät hatte, habe ich mich überzeugen können, daß es mir gelungen war, ihren Standpunkt zu erschüttern, und die heutigen Äußerungen des Kaisers beweisen mir, daß meine Vorstellungen auch auf ihn wesentlich zurückgewirkt haben.

Ich übergehe die Eurer Exzellenz bereits telegraphisch gemeldeten Ereignisse, namentlich die beabsichtigte Sendung des Prinzen Napoleon in das Hauptquartier des Königs von Italien, wo derselbe zur Annahme eines Waffenstillstands von einem Monat unter der Bedingung der Überlieferung von Verona an Italien zureden sollte, ein Vorhaben, welches er auf mein Zureden ablehnte.

Die Sendung des Prinzen Reuß und das von demselben überbrachte Schreiben Seiner Majestät des Königs hatten insofern keinen ganz befriedigenden Eindruck gemacht, als man darin die Absicht suchte, Zeit zu gewinnen.

Eine Unterredung, welche ich gestern mit Herrn Drouyn de Lhuys hatte, vermochte mich auch nicht zu beruhigen. Denn der Minister leugnete mir seine und des Kaisers Billigung unseres Bundesreformprojekts ab, sah Gefahren in dem Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bunde, welcher dadurch ohne Gegengewicht der Herrschaft Preußens anheimfallen müsse,[1] und führte sogar eine drohende Sprache, indem er sagte, daß, seiner Ansicht nach, wenn wir und Italien den Waffenstillstand unmöglich machten, Frankreich Venetien an Österreich zurückgeben, sich aus der ganzen Sache herausziehen, Italien aber dann seinem Schicksal überlassen und in dem preußisch-österreichischen Kriege zu gelegener Zeit lediglich seine Interessen wahrnehmen müßte. Er fügte hinzu, daß in Frankreich nichts populärer sein[2] würde als ein Krieg gegen Preußen und Italien, wogegen er möglichst ankämpfe.

Heute früh erhielt ich Eurer Exzellenz Telegramm, welches mir die vorgestrige Expedition des Feldjägers ankündigte. Da ich nicht wußte, ob derselbe noch vor der Abreise des Kaisers eintreffen würde, so ließ ich Seine Majestät um eine Audienz bitten. Der Kaiser hatte dieselbe auch seinerseits gewünscht. Vorher ließ mich Herr Drouyn de Lhuys kommen. Er sagte mir, der Kaiser wünsche, mit möglichster Beschleunigung und Vollständigkeit unsere Waffenstillstands- resp. Friedensbedingungen zu erfahren, um dieselben entweder sich anzueignen und nach Wien zu empfehlen oder seine Mediation als gescheitert aufzugeben. Zwischen dieser Unterredung und der Audienz kam der Prinz Napoleon noch zu mir. Er sagte mir, der Kaiser sei erschüttert und wünsche von uns Friedensbedingungen, welche er in Wien empfehlen könne. Würden dieselben dann dort abgelehnt, so käme dies einer Preußisch-

[1] Man beobachtet die Wirkung der Darlegungen Beusts, vgl. auch die Denkschrift Drouyns de Lhuys vom 11. Juli, S. 335 Anm. 2.

[2] Ein amtliches Geständnis, das um so schwerer wiegt, als für die »öffentliche Meinung« Frankreichs, auf die Drouyn de Lhuys sich häufig beruft, eine Beschwerde oder irgendein Reibungsanlaß nicht vorlag.

Italienisch-Französischen Allianz gleich. Er riet dringend, womöglich dem Kaiser die Bildung eines unabhängigen, aus einem kleinen Teil der Rheinprovinz und Rheinbayern bestehenden, aber zum Deutschen Bunde gehörigen Staates anzubieten.[1] Hiermit würden wir seine aktive Allianz gewinnen. Ich lehnte es ab, die Initiative zu einem solchen Vorschlage zu ergreifen; mache ihn der Kaiser, so würde ich ihn ad referendum nehmen.

Den Kaiser fand ich erschüttert, ja fast gebrochen. Er sagte mir, wir müßten eine sehr wichtige Unterredung miteinander haben. Es könne zu nichts führen, zu rekriminieren. Die Kaiserin habe Ihm von Ihrer Unterredung mit mir Mitteilung gemacht. Es möge in dem, was ich gesagt, manches Wahre sein. Vielleicht hätte Er sich, ohne gehörig über die Folgen nachzudenken, günstig über unser Reformprojekt geäußert. Demnächst sei die Aufregung im Lande über unsere immensen Erfolge gekommen. Man habe Ihm das Törichte einer Politik vorgeworfen, welche einer Macht, die schon in ihrem gegenwärtigen Bestande so Großes leisten könne, die Mittel in die Hand geben wolle, ein deutsches Reich an der Grenze Frankreichs zu errichten. In dieser Lage habe sich Ihm die Möglichkeit geboten, den längst gehegten Wunsch, Venetien an Italien zu geben, zu erfüllen. Er habe sich die Folgen, die Schwierigkeiten nicht gehörig überlegt. Er habe — er gestehe es — einen großen Fehler begangen, welcher durch die wider seinen Willen der Sache öffentlich gegebene übertriebene Bedeutung vergrößert worden sei. Wenn wir und Italien jetzt auf unserem Widerstande beharrten, so sei er vor seinem Lande einer tiefen Demütigung ausgesetzt. Er könne dadurch zu einer Politik getrieben werden, welche allen seinen Neigungen und den seit Jahren beharrlich verfolgten Ansichten widerspräche. In irgendeiner Weise und zwar schleunigst müsse er aber aus seiner gegenwärtigen unhaltbaren Lage herauszukommen suchen. Er frage daher, welches unsere Waffenstillstandsbedingungen wären?

— —

(Goltz über die Notwendigkeit, einen Waffenstillstand nur dann zu bewilligen, wenn man gleichzeitig Sicherheiten für einen guten Frieden erhalte.)

— —

[Der Kaiser] fragte, ob der Ausschluß Österreichs durchaus notwendig sei? Ich erwiderte, daß dies für uns der wesentlichste Punkt sei. Ich setzte ihm auseinander, daß die Durchführung desselben den französischen Interessen vollständig entspreche; daß nur dadurch die Gefahr eines 70-Millionen-Reiches

[1] In dieser Form scheinen die Spekulationen des Prinzen Napoleon auf die Moselgrenze (s. o. Nr. 127 C) und des Kaisers auf den rheinischen Pufferstaat einmal miteinander verquickt, sodann aber sachlich erheblich reduziert. Diese nur aus taktischen Gründen für den Augenblick vorgenommene Minderung seiner Rheinwünsche erläutert den Passus in dem häufig zitierten Briefe des Prinzen Napoleon an den Kaiser vom 14. Juli 1866: «Sans doute, il faut obtenir dans l'intérêt français, que la Prusse, mais surtout l'Allemagne restent divisées; mais il faut le faire avec beaucoup de ménagement, de douceur, de savoir-faire; la violence et la menace ne mèneraient qu'à une fâcheuse situation qu'il faut éviter. » (G. Rothan, La politique en française en 1866, S. 454 ff.) Es ist ein grobes Versehen von E. Ollivier, 8, 530, dem Prinzen in diesem Moment noch sein Programm vom 30. Mai zuzuschreiben und den Brief vom 14. Juli demgemäß auszulegen.

beseitigt werden könne; daß unsere militärische Direktion in Norddeutschland nur ein naturgemäßes Verhältnis bestätigen würde, indem uns zwar mehrere norddeutsche Staaten jetzt den Dienst versagt hätten, aber nur, weil wir gegen Österreich Krieg führten, während sie uns gegen Frankreich ohne Zweifel ihre Kräfte zur Verfügung gestellt haben würden; daß wir endlich noch heute geneigt wären, Bayern die militärische Hegemonie in Süddeutschland zu überlassen, sofern es nur noch in der letzten Stunde Vernunft annehmen wolle, und daß in dieser Richtung bereits vertrauliche Sondierungen eingeleitet worden seien.[1]

Der Kaiser fragte ferner, ob wir nicht zwei Parlamente statt eines einzigen ins Leben rufen könnten? Ich erklärte dies für nicht durchführbar der öffentlichen Meinung gegenüber, welche darin eine Teilung Deutschlands erkennen würde. Ich wies auf die nach unserem Projekt so eng begrenzte Kompetenz des Parlaments, auf das Gegengewicht eines Bundestages anstatt der in früheren Projekten in Aussicht genommenen einheitlichen Spitze, endlich auf den Fortbestand der Kammern der Einzelstaaten hin.

Der Kaiser ersuchte mich demnächst: die Regierung Seiner Majestät des Königs um schleunigste und vollständige Mitteilung derjenigen Friedensbedingungen, unter welche sie nicht herunterzugehen entschlossen sei, sowie um eine Äußerung darüber zu bitten, ob sie für den Fall, daß er diese Bedingungen dem Kaiser von Österreich zur Annahme empföhle, zu einem Waffenstillstand unter den notwendigen militärischen Voraussetzungen bereit sei, sowie endlich, ob sie in diesem Falle bis zum förmlichen Abschluß des Waffenstillstandes auf ein weiteres militärisches Vorgehen verzichten wolle?

— —

(Goltz verspricht schleunigste Meldung, und stellt maßvolle Bedingungen, sowie den Wunsch, in Übereinstimmung mit Napoleon zu bleiben, in Aussicht; er glaube versprechen zu können, daß Preußen die Bedenken, welche Napoleon haben könnte, bereitwillig prüfen, möglichst beachten und sich auch denjenigen Vorschlägen nicht verschließen würde, »welche er etwa behufs Sicherstellung des Gleichgewichts im Interesse Frankreichs machen könnte«.)

— —

Durch die obige Andeutung von etwaigen Vorschlägen im Interesse Frankreichs wollte ich im Sinne der Ratschläge des Prinzen Napoleon eine Äußerung des Kaisers über etwaige Kompensationswünsche hervorrufen.[1*] Seine Majestät ging jedoch nicht unmittelbar darauf ein. Erst später bemerkte er, daß er nichts verlange. Man spreche ihm von einem Winkel bei Landau; diese 50 000 Einwohner seien aber nicht der Rede wert. Er holte dabei eine Karte hervor, auf welcher die Grenzen von 1814 und 1815 verzeichnet waren. Ich wies darauf

[1] Am 10. Juli 1866 hatte Graf Goltz im Auftrage Bismarcks dem bayrischen Gesandten Baron Wendland eröffnet, daß Preußen noch heute dieselben Anerbietungen wie im Frühjahr mache. Am 13. Juli lehnte Bayern einen Friedensschluß auf dieser Basis, ohne seine Verbündeten, ab. Die Aktenstücke sind gedruckt bei M. Doeberl, Bayern und Deutschland im 19. Jahrhundert (München 1917), S. 138—143, vgl. E. Brandenburg, Untersuchungen und Aktenstücke, S. 555.

hin, daß dabei auch preußisches Gebiet wäre, und setzte das Unpraktische des Gedankens der Errichtung eines neuen unabhängigen Mittelstaates zwischen Preußen resp. Deutschland und Frankreich auseinander. Ich erinnerte dabei an die Bluttaufe, durch welche jetzt die Rheinländer von neuem an die preußische Monarchie geknüpft worden wären. Die einzige allenfalls ausführbare Kombination, von welcher mir aber zweifelhaft sei, ob der Kaiser Wert darauf legen könne, würde folgende sein:

Wenn Bayern aller unserer versöhnlichen Andeutungen ungeachtet in seiner Feindschaft gegen uns beharrte, so würden wir das Recht haben, es zu strafen, z. B. also über Rheinbayern zu verfügen. Wir könnten dieses an Baden geben oder einen neuen Staat daraus bilden, allenfalls ein Stück der Rheinprovinz darzutun[2*] und dem neuen Fürsten die Verpflichtung aufzuerlegen, den gemischte Bevölkerung enthaltenden[1] Distrikt von Landau, welcher allerdings unter Ludwig XIV. zu Frankreich gehörte, dieser Macht wiederzugeben.[3*]

Der Kaiser schien hierauf keinen besonderen Wert zu legen. Er sagte mit einer gewissen Resignation, es sei am Ende besser, auf alle Vorteile für Frankreich zu verzichten.

Der Prinz Napoleon, der mich noch heute abend in Begleitung des Ritters Nigra besuchte, bestätigte den Eindruck, welchen ich von meiner Unterredung mit dem Kaiser gehabt hatte. Er sagte, Seine Majestät sei davon befriedigt. Der Kaiser habe geäußert: ich hätte ihm allerdings nichts oder so gut wie nichts geboten, aber ich schiene gute Gesinnungen für ihn zu hegen und von der aufrichtigen Absicht beseelt zu sein, ihn durch schleunigst mitzuteilende, für ihn annehmbare Bedingungen aus seiner großen Verlegenheit zu helfen. Der Prinz fügte den dringenden Wunsch hinzu, behufs Beruhigung der öffentlichen Meinung Süddeutschland, welches mit seinen 10 Millionen unmöglich ein Gegengewicht gegen die 30 Millionen Norddeutschlands bilden könne, selbständiger zu konstituieren. Ich erwiderte: eine völlige Trennung zwischen beiden Teilen sei unmöglich,[4*] ein Parlament und eine Bundesversammlung notwendig. Man könne aber vielleicht gewisse Garantien gegen das besorgte Übergewicht Norddeutschlands ausfindig machen, z. B. ein Veto der süddeutschen Gruppe in gewissen Angelegenheiten, sei es in der Bundesversammlung, sei es im Parlament, sei es in beiden, das Vertrags- und Allianzenrecht in einem gewissen Umfange usw. Auch könnte man allen Staaten die diplomatische Vertretung lassen.

Ich bemerke hierzu noch, daß Prinz Napoleon bereits gestern vom Kaiser die Sistierung der Herrn Benedetti erteilten, wie es scheint sehr scharfen Instruktionen erlangt hatte,[2] worüber Herr Drouyn de Lhuys in hohem Grade erbittert war. Ferner hat der Kaiser ihm zugestanden, daß Venetien durch Volksabstimmung an Italien übergehen soll, also ohne alle Bedingungen. Insbesondere soll vom Papste nicht die Rede sein. Der Prinz hebt hervor, wie loyal es hiernach vom König von Italien sei, aller dieser Versuchungen ungeachtet

[1] Die »gemischte Bevölkerung« des Bezirks von Landau ist ein Irrtum, den der Botschafter anscheinend dem Prinzen Napoleon gutgläubig nachspricht.

[2] Vgl. Orig. dipl. 10, S. 368 f., 377.

zu Preußen zu stehen, und motiviert damit den Wunsch, daß wir durch gemäßigte, für den Kaiser Napoleon annehmbare Bedingungen den König von Italien aus seiner gefährlichen Lage befreien.

Ich brauche meinerseits die Wichtigkeit des Moments nicht näher nachzuweisen. Ich habe meine diesfällige Ansicht schon in meinem Telegramm hinlänglich angedeutet.

Eure Exzellenz werden aus meiner Berichterstattung ersehen, in welchen Schwankungen der Kaiser Napoleon sich befindet, der in der Tat, den widerstreitenden Einflüssen nachgebend, den Kompaß vollständig verloren zu haben scheint. Momentan ist Er für uns gewonnen; Er kann aber jeden Tag umschlagen und wird es tun, wenn wir es Ihm zu sehr erschweren, auf unserer Seite zu bleiben. In Seiner gegenwärtigen Stimmung sind Seine Entschlüsse nicht danach zu berechnen, ob sie verständig sind. Er kann auch unverständige Entschließungen fassen, wie Er dies am 4. Juli getan hat. Es widerstrebt Ihm aber entschieden, gegen uns und Italien aufzutreten. Sein politischer Instinkt warnt Ihn davor. Andererseits ist die öffentliche Meinung zwar nicht überwiegend gegen Preußen gestimmt, wohl aber einstimmig gegen eine Absorption Deutschlands durch diese Macht. Annexionen innerhalb gewisser Grenzen würden hier lieber gesehen werden als eine solche Eventualität. Mir scheint es indessen unbedingt notwendig, auf dem Ausschluß Österreichs aus dem Bunde zu bestehen. In allem übrigen können wir außerordentlich versöhnlich sein; es ergibt sich später von selbst. Erleichtern wir es dem Kaiser, aus Seiner gegenwärtigen Lage mit Ehren herauszukommen, so wird Er uns dafür ewig[5*] dankbar sein. Machen wir es ihm aber zu schwer, so können wir plötzlich im Kriege mit Frankreich sein; denn coups de tête entsprechen seiner jetzigen Stimmung, und in der Tat kann er auch nicht länger in seiner jetzigen schiefen Lage bleiben . . .

Randbemerkungen Bismarcks:

1* töricht! warum?
2* ?
3* !! dazu war Gr(af) G(oltz) nicht ermächtigt!!
4* ?
5* ??

~~207.~~

Prinz Reuß an Bismarck

Privatbrief, eigenhändig. A. A. Berlin

Paris, den 12. Juli 1866

. . . Ob man wirklich zu rüsten, d. h. Pferde zu kaufen anfangen wird, hängt von dem Ausgang der augenblicklichen Negoziation mit uns ab. Die Armee ist eifersüchtig auf unsere Lorbeeren und möchte sie uns wieder entreißen. Der Philister sieht mit Schrecken in einer Verstärkung Preußens, mit seiner »affenartigen Geschwindigkeit«, eine stete Bedrohung Frankreichs. Diese Ansicht teilt die ganze Schule von Thiers und die sogenannten alten Parteien; die Geldleute fürchten noch größere Verluste an österreichischen Fonds und ist

es kein Wunder, daß, wenn dieses ganze Korps dem Kaiser die Ohren voll schreit, dieser in seinen vernünftigen Ideen über das Vorteilhafte einer Verstärkung Preußens erschüttert worden ist. Meine Sendung hat vielleicht das Resultat gehabt, ihn sowohl wie sie etwas aus dem Taumel zu wecken, in welchen sie durch das obbenannte Geschrei und durch österreichische Träume hineingeraten waren, und Graf Goltz hat in diesen zwei Tagen mit großer Geschicklichkeit und Energie, unterstützt durch Prinz Napoleon, weiter gearbeitet, um den Kaiser wieder auf seinen alten Standpunkt zu bringen. Nur muß man dem Herren, der gesteht, einen Fehler gemacht zu haben, nicht zwingen, sich vor seinem Lande zu humilieren, das würde die schlimmsten Folgen für die Zukunft haben, und wir wissen, daß er nicht leicht etwas vergißt, was ihn gekränkt hat.

Goltz hat Ihnen darüber ausführlich geschrieben; ich möchte nur, nach meiner Kenntnis der hiesigen Personen, bitten und dringend empfehlen, diese Seite der Sache nicht gering anzuschlagen.

Goltz ist wütend gewesen, als er von meiner Reise gehört hat, er war aber wesentlich beruhigt, als er sah, daß ich ihn nicht aus dem Sattel heben sollte und daß ich eigentlich keine direkten Aufträge hatte, und sind wir im besten Einverständnis.

Mit meiner Rückkehr warte ich, bis mir der Kaiser eine Antwort an den König gibt; wann dies geschehen wird, ist nicht abzusehen.

(Nachschrift.) Der Kaiser hat mich heute noch einmal rufen lassen, um mich zu fragen, ob ich nichts weiteres über unsere Friedensbedingungen wüßte. Er sei auf glühenden Kohlen, weil von Tag zu Tag die Stimmung hier sich verschlechterte. Er müßte in den Stand gesetzt werden, dem Lande zu sagen, daß die preußischen Friedensbedingungen mit den Interessen Frankreichs sich vereinigen ließen. Der point capital sei, daß in der neuen Bundesorganisation Süddeutschland womöglich, wenn auch nur scheinbar,[1] vom Norden getrennt sei. Dies würde seine Position degagieren und ihm ermöglichen, sich unsere Friedensbedingungen anzueignen.

Ich habe ihm versichert, daß wir Süddeutschland niemals in unsere Machtsphäre ziehen würden, daß aber ein Ausschließen dieser Staatengruppe aus Deutschland mit dem deutschen Nationalgefühl nicht vereinbar sei.

Ein anderer Punkt, der den Kaiser sehr präokkupiert, ist, daß der Waffenstillstand abgeschlossen werde, sobald er unsere Bedingungen gutgeheißen haben würde. Es scheint, daß er an Österreich ganz bestimmt versprochen hat, uns den Waffenstillstand abzuzwingen, weil er immer wieder darauf zurückkommt. Ich habe ihm gesagt, daß, sobald Österreich auf unsere Präliminarien einginge, der Waffenstillstand gesichert sei, und daß es an ihm sein würde, auf Österreich zu drücken. — Dem Fürsten Metternich hat der Kaiser gestern erklärt, Österreich müsse aus dem Deutschen Bunde austreten,[2] worauf derselbe

[1] Kaiser Napoleon macht hier ein Zugeständnis, das zur Beurteilung der späteren französischen Vorwürfe dienen mag, Preußen habe seine vertragsmäßige Verpflichtung, Süddeutschland eine selbständige Existenz zu gewährleisten, nicht gehalten.

[2] Vgl. Nr. 201.

ganz bouleversiert gesagt hat, ehe Österreich hierzu einwilligt, würde es seinen letzten Mann opfern. Ich habe dem Kaiser gesagt, daß dies österreichische Phrasen wären, die Ihm wohl nicht unbekannt sein würden.

Endlich meinte der Kaiser, ob wir denn nicht den puissances neutres die Entscheidung überlassen könnten, ob Österreich aus dem Bunde auszutreten hätte oder nicht? Dieser österreichischen Idee habe ich natürlich widersprochen und gesagt, daß dies nur ein Mittel zum Hinhalten sein würde, darauf könnten wir uns nicht einlassen.

Im ganzen fand ich den Kaiser nicht ungünstig für uns gestimmt, aber sehr in Verlegenheit und Unruhe.

Randbemerkung Bismarcks:

1* ?

208.

Kaiser Napoleon III. an Fürst Metternich[1]

Kopie. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 12 juillet 1866[2]

Mon cher Prince, je dois Vous déclarer franchement (ainsi que dès le début je Vous l'ai fait pressentir) qu'il m'est impossible d'aider l'Empereur d'Autriche par la force des armes.[3] Tous mes efforts ont eu pour but d'obtenir un armistice et la Prusse n'y consent que si les préliminaires de paix, conformément à ses déclarations à la Diète, sont acceptées. Dans l'état actuel des choses, je crois qu'il serait dans l'intérêt de l'Autriche de les accepter. En effet Mr. de Bismarck a dit à Francfort que le parlement Allemand réglerait les rapports internationaux avec l'Autriche; ne pourrait-on donc pas accepter en principe la possibilité de se retirer de la Confédération, tout en s'en remet-

[1] Neuerdings gedruckt bei A. Stern, Geschichte Europas 9, S. 589 f.

[2] Metternich telegraphierte den wesentlichen Inhalt des kaiserlichen Schreibens am 12. Juli 8^{45} p. m. nach Wien (angek. 13. Juli 11^{45} p. m.).

[3] Das für Österreich entscheidende Wort war damit gesprochen. Ein Telegramm Mensdorffs vom 11. Juli 2^{45} p. m. hatte bereits erklärt: « La conclusion immédiate d'un armistice est donc de la plus extrême urgence, sans cela l'abandon de la capitale de l'Empire est inévitable. L'effet moral serait désastreux et influerait de la manière la plus désavantageuse sur les conditions de la paix . . . il s'agit d'opter entre l'abandon de Vienne ou l'adoption des propositions prussiennes.» (H. H. u. St. Arch. Wien.) Vierundzwanzig Stunden später lautete die Sprache noch verzweifelter. Ein Telegramm Mensdorffs vom 12. Juli 12^{30} p. m. rechnete damit, daß die Preußen in fünf bis sechs Tagen in Wien stehen würden: « Il faut donc que d'ici là nous sachions ou que l'armistice est conclu, ou que la France est décidée à entrer dans la guerre. En nous retirant en Hongrie, nous pourrions encore y concentrer des forces assez considérables, mais nous ne voulons pas avoir recours à ce moyen, si nous ne sommes pas certains d'avoir les Français pour alliés . . . Si la France est impuissante à nous aider soit en faisant cesser de suite les hostilités, soit en nous donnant le concours actif et prompt de ses armes, qu'elle ait la loyauté de le déclarer et alors nous chercherons un autre moyen d'accommodement . . . » (H. H. u. St. Arch. Wien.) Während man in Wien die Alternative in so scharfer Form stellte, war, wie der Brief Napoleons zeigt, in Paris die Entscheidung schon gefallen.

tant à la décision du parlement Allemand?[1] C'est une idée que je Vous donne, sans être sûr qu'elle serait acceptable.

Croyez, mon cher Prince, au regret que j'éprouve de ne pouvoir dans des circonstances aussi critiques témoigner à l'Empereur d'Autriche les sentiments que m'a inspirés sa conduite vis-à-vis de moi.

209.

Drouyn de Lhuys an Fürst Metternich

Abschrift. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 12 juillet 1866[2]

Je n'ai pas voulu Vous répondre sans avoir pris les derniers ordres de l'Empereur. Les instructions que j'envoie au Duc de Gramont[3] se résument ainsi:

1° L'Empereur sait que la Prusse pour signer l'armistice exige des préliminaires de paix.

2° Nous ne connaissons pas en détail ces préliminaires, mais la sortie de l'Autriche de la Confédération est évidemment le *sine qua non*: les autres sont sans importance, nous dit-on.

3° L'Empereur pense que l'armistice et la négociation pour arriver à la paix sont la seule chance de salut pour Vous.

4° Sa Majesté est résolue, dans la crise actuelle, à ne pas lancer le peuple français dans la guerre.

5° L'Autriche a donc à décider, sans retard, si elle veut continuer la lutte à outrance ou accepter le principe de sa sortie de la Confédération.

6° L'Empereur demande à être fixé sur ce point le plus promptement possible.

Tel est le sens de ce que j'écris à Mr. de Gramont. Quant à la mission de Mr. le Prince de Reuß, elle consistait dans la remise d'une lettre du Roi de Prusse qui ne précisait pas les propositions; quelques explications verbales ont été données; mais, je le répète, nous n'avons pas l'exposé net des préliminaires que demande la Prusse pour signer l'armistice, nous savons seulement que la sortie de l'Autriche de la Confédération est le sine qua non. Avec cela, l'armistice est possible, je crois même certain; sans cela il est impossible.

Rendez-moi justice, mon cher Prince, malgré les angoisses bien naturelles que Vous ressentez. Je fais ce que je puis, je vous dis ce que je sais dans la mesure et au moment où cela m'est possible.

[1] Dieser Ausweg, die Entscheidung einem deutschen Parlament zu überlassen, ist ein Einfall des Moments, der gerade das Parlament voraussetzt, das Napoleon für ganz Deutschland vermieden wissen wollte.

[2] Friedjung 2, 395 verlegt in seiner (übrigens nicht ganz genauen) Wiedergabe der französischen Instruktionen die Mitteilung Drouyns irrtümlich auf den 11. Juli.

[3] Vgl. Metternich an Mensdorff, 12. Juli 4^{00} p. m. «Les propositions transmises au Duc de Gramont ont été décidées hier au conseil.»

210.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 13 juillet, 11^{35} p. m.; arr. 14 7 11^{25} a. m.

Baron Beust ist nicht abgereist, weil er heute abend eine Audienz bei Kaiser Napoleon hatte. Je l'avais prié de se charger de la communication de ce matin.[1] L'Empereur sur ces interpellations répétées lui a dit:

1° qu'en s'engageant à recommander à l'Autriche l'abandon de sa position en Allemagne, il avait exigé le maintien de l'intégrité du territoire autrichien et qu'on n'y avait pas fait d'objection. Qu'on lui avait promis pour demain la teneur exacte des termes de l'armistice et qu'il s'empresserait de nous les communiquer,

2° que quant à la réforme fédérale il avait les mains libres et que les confidences qu'on lui avait faites, faisaient espérer une organisation assez rassurante en ce qui concerne les idées exagérées de la Prusse.[2]

3° qu'il ne saurait assez répéter qu'il *n'est pas prêt à faire la guerre.*[3]

[1] Eine Weisung Graf Mensdorffs, 13. Juli 2^{55} p. m. erklärte, daß der Kaiser, bevor er einen so schweren Entschluß wie den Austritt Österreichs aus dem Deutschen Bunde fasse, zuvor alle anderen Bedingungen des Waffenstillstands kennen müsse: « Pour se résigner au sacrifice qu'on nous demande et qui livre à la Prusse tous les interêts *allemands*, on doit au moins avoir la certitude qu'aucun interêt special et vital de l'Autriche n'est compromis, comme par exemple, si on exigerait une cession territoriale outre que celle de Vénétie. Il est urgent que nous soyons *de suite* instruits de l'état complet de la situation, afin de juger si nous pouvons honorablement accepter l'armistice, ou si nous devons périr les armes à la main. Si l'Empereur Napoléon malgré l'offre de sa médiation et les espérances qu'il nous avait autorisé à y rattacher nous abandonne entièrement, nous en appelons encore à un sentiment de loyauté pour qu'il nous dise au moins toute la vérité. » (H. H. u. St. Arch. Wien.)

[2] Unmittelbar auf das obige Telegramm ließ Metternich, 13. Juli 11^{55} p. m. ein zweites folgen: « Baron Beust pense si Vous acceptez il faudrait en référer à Munich où ils donneront leur adhésion, ce qui est important afin de pouvoir leur dire plus tard qu'ils l'ont voulu, et ils seront tenus de nous prêter leur appui. » (H. H. u. St. Arch. Wien.)

[3] Diese Erklärung war die Antwort auf die Aufforderung Beusts, ein Heer von 100 000 Mann an die Grenze zu schicken, über die Beust in seinen Memoiren 2, 11 berichtet. Vgl. dazu einen Bericht von Goltz vom 14. Juli: « Beust ... hat dem Kaiser Napoleon geraten, als Demonstration gegen Preußen 100 000 Mann am Rhein aufzustellen. Seine Majestät hat erwidert, daß der sächsische Minister ja gar nicht wisse, ob Er die preußische Politik für Seinen Interessen zuwiderlaufend halte und ihr daher durch eine Einschüchterung entgegenzutreten Anlaß habe? » (A. A. Berlin.) Vgl. auch die Berichte des Baron Wendland vom 13. Juli: » Herr v. Beust soll ... dem Kaiser zu einer Demonstration am Rheine geraten haben. Es wird mir darüber gesagt, daß diese Demarche eher den entgegengesetzten Eindruck auf den Kaiser gemacht habe, und daß Er mehr wie zuvor Anstand nehme, aus seiner zuwartenden Stellung herauszutreten,« und vom 14. Juli: « L'Empereur a été très bienveillant pour la personne de Mr. de Beust, mais il s'est borné de lui répondre qu'il ne pouvait faire la guerre en ce moment n'y étant pas préparé. » (Geh. St. Arch. München.)

211.

Baron Beust an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, den 14. Juli 1866

Euer Exzellenz wollen gestatten, daß ich noch vor meiner Rückkehr nach Wien, die mir Gelegenheit zur ausführlicheren mündlichen Mitteilung bieten wird, einen kurzen schriftlichen Bericht in Ihre Hände lege.

Daß die ehrenvolle Aufgabe, welche Seine Majestät der Kaiser mir zu stellen geruhten, eine schwierige und ziemlich aussichtslose sei, konnte ich mir von Haus aus nicht verbergen. Es war indessen meine Pflicht, die Unannehmlichkeiten wahrscheinlicher Erfolglosigkeit der geringsten Hoffnung des Gelingens unterzuordnen. Diese geringe Hoffnung gründete sich auf die Möglichkeit einer rechtzeitigen Aufklärung des Kaisers Napoleon über die Tragweite des preußischen Reformprojektes und über die unvermeidlichen Wandlungen der öffentlichen Meinung in Deutschland im Verlauf der nächsten Zeit. Ich bin auch fest überzeugt, und von mehr als einer Seite in dieser Ansicht bestärkt worden, daß ich, wäre ich nur zwei Tage früher gekommen, vieles in dieser Richtung hätte erreichen können. Der sehr tätigen und aufmerksamen Wirksamkeit des Kaiserlichen Botschafters, welche die vollste Anerkennung der Kaiserlichen Regierung verdient, hätte meine persönliche Kenntnis der deutschen Verhältnisse unterstützend zur Seite treten können, wäre dazu der rechte Augenblick gewählt worden. Als ich erschien, hatte jedoch der Kaiser der Franzosen unter dem Einfluß Österreich abgeneigter Persönlichkeiten, sowie allerdings auch unter wesentlicher Verkennung der wahren Verhältnisse in Deutschland nicht nur mit sich selbst einen Abschluß gemacht, sondern auch bereits Preußen gegenüber Engagements übernommen.

Unter diesen Umständen konnte sich meine Aufgabe nur darauf beschränken, auf dem übriggebliebenen schwachen Terrain für unsere Sache zu wirken und den Kaiser Napoleon, namentlich in meiner letzten Unterredung, welche gestern abends stattfand, darauf aufmerksam zu machen, wie trügerisch die Vorstellungen seien, die man ihm über angebliche Garantien gegen die Absorption Deutschlands durch Preußen nach dem Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bund beigebracht hatte.

Es geschah hiernächst nach gewissenhaftester Überlegung, daß ich nicht, wie vielleicht erwartet worden ist, in einer Weise nach Wien telegraphierte, welche einen Abbruch der hiesigen Verhandlungen zu empfehlen geschienen hätte. Ich konnte dies um so weniger tun, als mir die an die Kaiserliche Botschaft gelangten Telegramme darüber gar keinen Anhalt boten, ob und unter welcher Voraussetzung man in Wien entschlossen sei, den Kampf bis aufs äußerste fortzuführen. Denn, wie die Dinge hier lagen, so konnten nur Taten, nicht aber Erklärungen einen Umschwung hoffen lassen. Durch das Hervortreten der Friedensbedürftigkeit wurde Kaiser Napoleon in der Politik des Zuwartens nur noch mehr bestärkt. Ebensowenig konnte ich mich berufen fühlen, eine Ansicht in bezug auf die Annahme der Waffenstillstandsbedin-

gungen auszusprechen, ohne deren vollen Inhalt und ohne die militärische Lage zu kennen, in welcher man sich befindet. Wohin aber auch in dieser Beziehung die Entschließung Seiner Majestät des Kaisers ausfallen mochte, so konnte ich nach bestem Wissen und Gewissen nicht anders als die Festhaltung des Fadens der hiesigen Verhandlungen anempfehlen, und alle Gespräche, welche ich bis zu meiner Abreise gepflogen, haben mich in dieser Auffassung bestärkt.

Die rasche Zession Venetiens an Frankreich wird hier von allen Seiten als eine sehr geschickte Maßregel Österreichs angesehen; ebenso wie es eine große Unüberlegtheit des Kaisers Napoleon war, dieselbe ohne weiteres zu akzeptieren, ohne die möglichen Konsequenzen zu berechnen. Fürst Metternich hat das Verdienst gehabt, den rechten Augenblick so gut zu benützen, daß der Moniteur die Akzeptation proklamierte, bevor die rechte Erkenntnis der ganzen Sachlage nachkam. In diesem Vorgang liegt der Hauptschlüssel zu dem, was jetzt geschieht. Auf den ersten Anblick scheint Österreich hierbei wenig gewonnen zu haben. Allerdings hat, wie sich dies psychologisch sehr leicht erklärt, das Gefühl einer Übereilung, welche den Kaiser Napoleon in eine schiefe und seiner unwürdige Stellung gebracht hat, eine Verstimmung zur Folge gehabt, die sich natürlich gegen den richtet, der dazu verleitete. Dies hindert jedoch nicht, daß der Kaiser sich der damit gegen Österreich übernommenen Verpflichtung und namentlich dessen, daß diese Verpflichtung von der öffentlichen Meinung in Frankreich sehr tief empfunden wird, wohl bewußt ist, auch die Notwendigkeit erkannt hat, derselben entbunden zu werden. Freilich hätte ein feineres Ehrgefühl mehr darauf hinweisen sollen, daß diese Verpflichtung erfüllt, als darauf, daß dieselbe beseitigt werde. Man muß aber die Menschen nehmen, wie sie sind. Der Kaiser entschied sich für das Letztere. Daher sein Bestreben, den Waffenstillstand um jeden Preis herbeizuführen. Hierbei hat er allerdings Österreich ein sehr schweres Opfer angesonnen, er hat aber offenbar mehr, als er selbst merken lassen will, auf Preußen und Italien gedrückt. Was Italien anlangt, so ergibt sich dies aus der Langsamkeit des dortigen militärischen Vorgehens; in Preußen aber ist man, wie mir mehrfach versichert wird, ebenfalls gegen das hiesige Kabinett sehr verstimmt, und die heutige Moniteur-Note über die guten Beziehungen zu Preußen liefert wohl gerade hierzu den besten Kommentar. So sehr nun auch hier die persönliche Haltung des Kaisers den Ausschlag gibt, so darf doch nicht der ganze Zug des honneteren Teils des Landes unterschätzt werden, der sich gegen die preußischen Machterweiterungen — namentlich auch unter den Mitgliedern des Corps législatif — lebhaft ausspricht. Hierzu kommt, daß in Frankreich gewisse traditionelle Grundsätze, welche bei der späteren Friedensverhandlung zum Gehör kommen werden, um so weniger Gefahr laufen, durch eine persönliche Politik des Kaisers zurückgedrängt zu werden, als diese Politik nicht mehr den Schwung der tonangebenden Initiative hat, wie im Orient und in Italien, sondern vorsichtig das Terrain tastend vorgeht. So wenig es mir daher zusteht, der Kaiserlichen Regierung Ratschläge zu erteilen, so kann ich doch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß eine Manifestation, wie sie eines der

an die Kaiserliche Botschaft gelangten Telegramme in Aussicht stellte, mir sehr unerwünscht erscheinen würde. Das Proklamieren der Isolierung und des Verlassenseins hat schon einmal, im Jahre 1859, eine unheilvolle Wirkung geäußert; es würde dies heute noch bei weitem mehr der Fall sein. Viel bessser ist es für Freunde und Feinde, die Voraussetzung bestehen zu lassen, daß man irgendwelchen Entschluß nicht im Gefühle der Verlassenheit, sondern in der Zuversicht auf Unterstützung gefaßt hat.[1] Und ich kann mit gutem Gewissen diesen Rat um so mehr erteilen, als ich davon überzeugt bin, daß damit gegen die Wahrheit nicht verstoßen wird.

212.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris, den 14. Juli 1866

Ich erhielt soeben von Herrn Drouyn de Lhuys ein Billett, worin er mich ersucht, sobald als möglich zu ihm zu kommen. Ich versäumte nicht, sofort diesem Wunsche nachzukommen, und beeile mich, die Unterredung, die ich mit dem Minister gehabt, so ausführlich als möglich wiederzugeben.

Herr Drouyn de Lhuys fing damit an, daß nach seinen Nachrichten die Lage der Dinge in Wien eine sehr kritische sei, und daß Österreich nicht imstande sei, Preußen weiter zu widerstehen. Es gebiete demnach die Klugheit, die Friedensvorschläge anzunehmen, und Seine Majestät der Kaiser Napoleon ebenso wie Herr Drouyn de Lhuys raten Eurer Königlichen Majestät Regierung in diesem Sinne in Wien zu wirken, indem bei Fortsetzung des Krieges die Lage von Österreich, sowie auch die seiner Bundesgenossen, für welche sich Frankreich besonders interessiere, nur verschlimmert werden könnte.

Die preußischen Friedensbedingungen scheinen heute hier angekommen zu sein, und wie mir scheint, sind sie übertrieben gefunden worden. Herr Drouyn de Lhuys teilte mir ganz konfidentiell mit, daß der Kaiser sich entschlossen habe, die nachfolgenden Bedingungen, als für beide Teile annehmbar, zu formulieren:

1. Integrität des österreichischen Kaiserstaates, mit Ausnahme von Venetien.
2. Austritt Österreichs aus der Konföderation.
3. Union bis zur Maingrenze unter Preußen, mit seinem Militärkommando.
4. Union des südlichen Deutschlands unter Bayern, und zwar in der Weise, daß diese Gruppe eine ganz unabhängige internationale Stellung zum

[1] Vgl. Beusts Telegramm vom 14. Juli 3^{20} p. m.: »Es wäre jedenfalls wünschenswert, die Voraussetzung bestehen zu lassen, daß man jeden Entschluß, welcher er auch sei, nicht im Gefühle der Verlassenheit, sondern in der Zuversicht auf Unterstützung von seiten Frankreichs gefaßt habe. Ne pas attacher trop d'importance à la note du Moniteur d'aujourd'hui.» (H. H. u. St. Arch. Wien.)

Norden bekäme. Die Verbindung (les liens) zwischen dem Norden und Süden bliebe einem freien gegenseitigen Übereinkommen vorbehalten.[1]

Herr Drouyn de Lhuys meint, dies sei die einzige Art, um die Unabhängigkeit des Südens von dem Norden zu wahren, welcher mit 28 Millionen gegen 9 Millionen jedenfalls prädominierend sein würde, wenn die preußischen Reformvorschläge zur Annahme kämen.

Er meinte, daß in der vorgeschlagenen Weise es dieser Gruppe unbenommen bleibe, internationale Verträge, sei es mit Österreich oder anderen Ländern zu schließen.

5. Österreich und seine Alliierten hätten einen Teil der Kriegskosten an Preußen zu entrichten.

Dieses sind die Vorschläge, die heute nach Wien und in das preußische Hauptquartier abgehen, und wie oben bemerkt, wünscht der Kaiser und sein Minister, daß Eure Königliche Majestät dieselben in Wien zu unterstützen geruhen möchten.

Ich habe nicht unterlassen, den Inhalt der beiden chiffrierten Depeschen dem Grafen Goltz mitzuteilen.[2]

213.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 14. Juli 1866

. . . Schon ehe ich gestern zu Seiner Majestät ging, hatte ich erfahren, daß der Kaiser Herrn Drouyn de Lhuys schriftlich aufgefordert hatte, Ihm zu erklären, ob er Seine Politik auszuführen willens sei, widrigenfalls Seine Majestät Sich, wiewohl mit Bedauern, von ihm würde trennen müssen. Der Minister hatte natürlich Gehorsam versprochen.

Ich fand den Kaiser wieder sehr ungeduldig. Er bat mich, Ihm aufrichtig zu sagen, ob wir etwa Zeit gewinnen wollten, um Wien einzunehmen? Dann müsse Er sich im Interesse Seiner Würde beizeiten aus seiner Mediation herausziehen. Ich sprach Ihm meine Überzeugung aus, daß Sein Verdacht ungegründet sei. Er sagte sodann, Er werde von allen Seiten bestürmt, um Sich gegen uns zu wenden. Man erzähle Ihm, daß Er mit seiner Mediation eine lächerliche Rolle spiele, indem sich weder Italien noch Preußen daran kehrten, dieselben vielmehr immer weiter gingen, um demnächst den Frieden in Wien ohne Sein Zutun zu diktieren. Ich machte darauf aufmerksam, daß erst acht Tage vergangen wären, seitdem Er Seine Mediation angeboten habe, daß die Kuriere jetzt drei bis vier Tage zwischen Paris und dem Königlichen Hauptquartier, die telegraphischen Depeschen in der Regel zwei Tage brauchten, und es daher

[1] Die Verbindung zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Südbunde wird also keineswegs ausgeschlossen, sondern nur der freien Vereinbarung vorbehalten. Das ist von Bedeutung für die Kritik, die von der französischen Regierung später an den Bündnisverträgen des August 1866 und an der Institution des Zollparlaments geübt wurde.

[2] Die Ablehnung der preußischen Anerbietungen vom 10. Juli 1866, vgl. S. 341 Anm. 1.

völlig unmöglich gewesen wäre, jetzt weiter zu kommen, als wir wären. Die Aufregung sei aber künstlich durch falsche Nachrichten hervorgerufen, welche von einem mit den offiziellen Kreisen in Verbindung stehenden Blatte, wie die «France», verbreitet worden wären und durch die man keinen Anstand genommen habe, den Prinzen Reuß als Überbringer genau formulierter, sehr maßloser Friedensbedingungen zu bezeichnen, welche uns selbst völlig unbekannt gewesen seien.

Der Kaiser sprach seine lebhafte Entrüstung über diese Umtriebe aus und wies auf den am Morgen erschienenen Artikel hin, welchen Er selbst in den «Moniteur» hatte einrücken lassen.

Ich bemerkte ferner, selbst die offiziellen Persönlichkeiten, welche dem Kaiser zum Kriege gegen Preußen rieten, wären sich der Konsequenzen nicht bewußt, weil ihnen die politische Lage unbekannt sei. So könne ich z. B., um nicht den Verdacht von Einschüchterungsabsichten zu erwecken, selbst Herrn Drouyn de Lhuys von den seit einiger Zeit für uns sehr günstig gewordenen Dispositionen der Kabinette von London und von Petersburg, insbesondere von dem durch die französische Mediation daselbst bewirkten Umschwung nichts erzählen. Die Herren, welche den Kaiser in eine kriegerische Politik hineinzutreiben suchten, wüßten offenbar nicht, welche Gefahren sie gegen Frankreich heraufbeschwörten.

Ich ging demnächst zur Sache selbst über und sagte dem Kaiser, daß ich leider bis jetzt nur ganz vorläufige Instruktionen von Eurer Exzellenz erhalten hätte, die mich aber doch in den Stand setzen würden, mit Ihm einen Ideenaustausch zu bewirken und dadurch festzustellen, hinsichtlich welcher unserer Wünsche wir auf Seine Unterstützung würden rechnen können und welchen Punkten Er entgegen sei.

Ich begann nun nach Maßgabe der Instruktionen Eurer Exzellenz, die volle Annexion der norddeutschen Länder, deren Regierungen am 14. Juni dem Bundeskriege gegen uns zugestimmt haben, als eine Forderung der öffentlichen Meinung und als die zweckmäßigste Lösung hinzustellen; ferner damit das Bundesreformprojekt mit dem Bemerken in Verbindung zu bringen, daß wir Süddeutschland nicht in unsere Machtsphäre zu ziehen beabsichtigten. Der Kaiser sagte, daß Er gegen den Norddeutschen Bund nichts einzuwenden habe und ihm auch die Form, ob Annexion oder bloße militärische Unterordnung, sei es aller, sei es einzelner norddeutschen Staaten gleichgültig sei, sofern wir das Königreich Sachsen aus unserem System herauslassen und auf die Verbindung mit Süddeutschland anweisen wollten. Ich wies dem Kaiser nach, daß dies unmöglich sei, und fragte Ihn, ob Er diesen Vorschlag behufs Verstärkung des süddeutschen Systems als Gegengewicht gegen das mächtigere Norddeutschland oder aus Wohlwollen für das sächsische Königshaus mache? Der Kaiser erwiderte, letzteres sei Ihm völlig gleichgültig. Er wünsche nur das Gleichgewicht einigermaßen herzustellen, ein Bestreben, welches Er schon am Tage vorher dem Prinzen Reuß gegenüber zu erkennen gegeben hatte.[1] Ich bemerkte, hierauf müsse dann vermittelst anderer Formen hingewirkt werden.

[1] Nr. 207.

Eurer Exzellenz neueste Instruktionen ließen mich im Zweifel, ob überhaupt noch unsererseits eine konföderative Verbindung mit den süddeutschen Staaten vermittelst eines gemeinsamen Bundestags und Parlaments ins Auge gefaßt werde? Selbst in diesem Falle ließen sich aber Formen denken, welche die Selbständigkeit des Südens dem Norden gegenüber sicherzustellen vermöchten. Ich führte beispielsweise das Veto an. Ich fügte hinzu, daß möglicherweise die Königliche Regierung sogar gegen den Vorschlag einer näheren Verbindung Süddeutschlands mit Österreich keine besonderen Einwendungen erheben würde, und zwar um so weniger, als Bayern sich dem entschieden widersetzen würde. Ich setzte aber voraus, daß der Kaiser selbst eine solche Kombination nicht wünsche. Er bestätigte die letztere Vermutung ausdrücklich und fügte hinzu, er lege besonderen Wert auf das Recht Süddeutschlands, als einer selbständigen Staatengruppe, Allianzen zu schließen und Kriege führen zu können, bei welchen Norddeutschland nicht beteiligt wäre. Er wünsche solche Bestimmungen hauptsächlich der öffentlichen Meinung in Frankreich wegen, welche durch die Besorgnis vor der Gründung eines neuen Deutschen Reiches unter preußischer Hoheit besonders beunruhigt sei. Ich sprach die Vermutung aus, daß die Absichten des Kaisers mit unserem Programm nicht im Widerspruch ständen. Nur müsse mit einem gewissen Takt alles vermieden werden, was einer Zerreißung Deutschlands in zwei, voneinander völlig gesonderte Teile ähnlich sähe und Reminiszenzen an den Rheinbund erweckte. Auch müßten wir in dem gegenwärtigen Stadium einen Ausspruch vermeiden, welcher eine Verzichtleistung auf die deutsche Einheitsidee enthielte; denn wenn es nicht zum Frieden käme, so würden wir möglicherweise gezwungen sein, an die letztere zu appellieren und ihre vollständige Durchführung im Sinne der Reichsverfassung von 1849 auf unsere Fahne zu schreiben.

Die übrigen in Eurer Exzellenz Instruktionen angedeuteten Bedingungen waren leichter zu erledigen. Ich hob dabei wiederholt hervor, daß wir der in dem Schreiben des Kaisers vom 11. Juni enthaltenen Erklärung, eine Veränderung des europäischen Gleichgewichts zum Nachteile Frankreichs nicht zugeben zu wollen, vollständig Rechnung zu tragen wünschten. Wenn der Kaiser daher in der einen oder der anderen unserer Bedingungen oder in ihrer Gesamtheit eine solche nachteilige Veränderung erblicke, so würden wir unsere Forderungen entweder ermäßigen oder Seine Gegenforderungen, welche das Mißverhältnis wieder auszugleichen bestimmt wären, erwarten und mit Ihm diskutieren. Dessenungeachtet trat Er mit keiner Kompensationsforderung hervor. Er fragte mich nur, ob wir nicht dem König von Sachsen die Rheinprovinz geben könnten,[1] was ich mit dem Hinweis auf die einstimmigen Pro-

[1] Der Gedanke, den König von Sachsen an die Spitze des rheinischen Pufferstaats (jetzt wohl im Rahmen des Norddeutschen Bundes) zu versetzen — der bei Napoleon noch in den letzten Zuckungen seiner Kompensationspolitik im August wiederkehren wird —, steht mit den gleichzeitigen Bemühungen der französischen Politik, Sachsen eine unabhängige Stellung vom Norddeutschen Bunde zu sichern, im schärfsten Widerspruch. Es ist das Rheingelüste, das immer wieder diese inneren Widersprüche in die deutsche Politik Napoleons hineinträgt.

testationen, denen ein solcher Vorschlag in diesen Landesteilen begegnen würde, für völlig unmöglich erklärte.

Hiernach schenkte denn auch der Kaiser den Partialannexionen, von denen ich ihm sprach, nur sehr wenig Aufmerksamkeit. Als völlig gleichgültig für Ihn und für Österreich erkannte Er die ins Auge gefaßten Abdikationen zugunsten der präsumtiven Thronerben an. Dagegen war Er der Ansicht, daß Er die Einführung der ungarischen Verfassung, obgleich sie Seinen Wünschen und Interessen entspreche, der österreichischen Regierung nicht empfehlen könne, weil eine solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten gar zu verletzend sei. Er verlangte ferner die Aufrechthaltung der Integrität Österreichs mit Ausnahme Venetiens, was eine kleine Grenzrektifikation nicht ausschlösse.

Nachdem wir so die Möglichkeit eines Einverständnisses festgestellt hatten, erklärte der Kaiser, daß wenn Seine Majestät der König alsdann bereit sei, einen Waffenstillstand zu schließen und Sich die besprochenen Friedensgrundlagen anzueignen, Er die letzteren nach Wien mit dem Bemerken übermitteln werde, daß Er Seine Mediation als erloschen betrachte, wenn Österreich dieselben nicht annähme. In diesem Falle würde Er Österreich seinem Schicksal überlassen. Im entgegengesetzten Falle würde schleunigst, wiewohl unter Berücksichtigung der notwendigen, von Details möglichst frei zu haltenden militärischen Bedingungen, ein Waffenstillstand abzuschließen sein. Aber schon vorher würde Er dringend wünschen, daß die Armeen Seiner Majestät des Königs nicht weiter vorrückten.

Der Kaiser äußerte dann, es würde gut sein, die besprochenen Friedensgrundlagen in wenigen Zeilen zu Papier zu bringen. Ich bot Seiner Majestät an, dies zu versuchen.

Von dem Kaiser fuhr ich zum Prinzen Napoleon, welcher mich durch den italienischen Gesandten hatte ersuchen lassen, bei ihm mit dem Staatsminister Rouher, der dringend mit mir zu sprechen wünsche, zusammenzukommen.

Der Staatsminister erzählte mir die verschiedenen Phasen, welche die französische Politik in den letzten zehn Tagen durchlaufen habe. Der Kaiser habe zwar bald den am 4. Juli eingetretenen Umschwung bereut, sei aber seitdem täglich von allen Seiten im österreichischen Sinne bearbeitet worden, indem man Ihm die Undankbarkeit Italiens, den Übermut Preußens gezeigt und Ihm vorgestellt habe, daß beide Mächte mit Ihm ihr Spiel trieben und Ihn einer Demütigung vor Seinem Lande aussetzten. Vor drei Tagen sei Er auf dem Punkte gewesen, eine Defensiv- und Offensivallianz mit Österreich gegen Preußen und Italien abzuschließen. Herr Drouyn de Lhuys arbeite noch immer daraufhin: Berufung einer außerordentlichen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers, Anleihe von 600 Millionen, dann Aufstellung eines Observationskorps von zunächst nur 25000 Mann am Rhein, aktives Einschreiten gegen Italien usw., das seien die Gradationen, durch welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hindurchgehen wolle, um es zum Kriege gegen uns zu bringen. Momentan sei diese Gefahr beseitigt, aber wir ständen auf einem Vulkan. Die Ängstigung der öffentlichen Meinung mit einem von Preußen

beherrschten, für die Sicherheit Frankreichs bedrohlichen Deutschen Reiche, die Eifersucht der französischen Armee und die Besorgnis des Kaisers vor einer moralischen Niederlage seien Elemente, welche jeden Augenblick einen neuen Umschwung herbeiführen könnten. Deshalb sei kein Moment zu verlieren, um den Kaiser zu Österreich in Gegensatz zu versetzen und mit Preußen auf einen gemeinsamen Boden zu stellen.

Herr Rouher schlug daher, vom Prinzen Napoleon warm unterstützt, vor, daß wir uns zum Waffenstillstand bereit erklärten, wenn der Kaiser in Wien den Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bunde vorschlüge und im Falle der Ablehnung Seine Mediation für beendigt erklärte und Seine Hand von Österreich abzöge.

Der Prinz Napoleon wünschte Ablehnung, Herr Rouher Annahme dieses Vorschlags von seiten des Wiener Kabinetts. In beiden Fällen würde aber der Keim einer österreichisch-französischen Allianz zerstört, die Identifizierung des Standpunkts des Kaisers mit den preußischen Forderungen konstatiert sein. Es sei ratsam, dies durch die eine wesentlichste Forderung herbeizuführen, da zur Diskussion der übrigen keine Zeit sei.

Nach Vorstehendem habe ich mich auf eine sehr kurze Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys beschränken können, in welcher ich ihm im Sinne des Erlasses vom 11. Juli sprach und seinen bösen Willen konstatieren konnte.

Heute mittag brachte ich dem Kaiser das abschriftlich anliegende Schriftstück, in welchem nur das letzte Alinea und die eingeklammerten Worte im vorletzten fehlten, als die von mir versuchte Redaktion derjenigen Friedenspräliminarien, welche Er unter der Voraussetzung unserer Zustimmung zu derselben und zu einem Waffenstillstand nach Wien zu übermitteln bereit sei. Ich hob wiederholt hervor und Er erkannte an, daß ich nur Seine Gedanken wiederzugeben versucht hätte. Er war davon sehr befriedigt[1*] und eignete sich ohne Zögern das Ganze mit der doppelten Maßgabe an, daß die Integrität des österreichischen Kaiserstaats mit Ausnahme Venetiens zugesichert und nur ein Teil der Kriegskosten gefordert werde. Letzteres, um nicht Österreich, welches ja doch die ganzen Kosten zu zahlen außerstande sei, von vornherein gar zu sehr zu erschrecken. Dies schlösse ja nicht aus,[2*] daß wir demnächst den bedeutendsten Teil der Kriegskosten forderten, für dieselben allenfalls auch eine kleine Grenzrektifikation in Anspruch nähmen. Besonders glücklich und Seine Gedanken ganz wiedergebend fand Er die sich gegenseitig ergänzenden Alineas 2 und 3. Zu Seiner Genugtuung und mit Seiner Zustimmung setzte ich Ihm auseinander, daß die Annahme dieser Präliminarien die Ausführung Seines Programms vom 11. Juni mit Ausnahme der von Österreich durch den Krieg verlorenen großen Stellung dieser Macht in Deutschland vollkommen sichern würde.

Er erzählte mir, man müsse in Wien ganz konfus geworden sein. Er habe dort angefragt, ob Österreich gegen Zusicherung eines Waffenstillstandes zu seinem Ausschluß aus dem Deutschen Bunde die Zustimmung geben würde? Darauf sei gestern telegraphisch geantwortet worden, daß man vor Kenntnis der Friedensbedingungen einen Waffenstillstand nicht annehmen könne. Dies

würde, sagte der Kaiser, von Preußen als Sieger natürlich sein, aber vom besiegten Österreich verstehe Er es nicht.

Ich hatte vorher dem Kaiser erzählt, daß ich Eurer Exzellenz vorgeschlagen hätte, sich behufs Beschleunigung der Verhandlungen nach Berlin zu begeben. Er hatte dagegen eine Zusammenkunft zwischen Eurer Exzellenz und einem von Ihm zu entsendenden Bevollmächtigten etwa in Frankfurt oder Koblenz vorgeschlagen. Jetzt hoffte Er, daß dies nicht mehr nötig sei. Er bat mich, die Note schleunigst an Eure Exzellenz zu telegraphieren und die Annahme der darin enthaltenen Punkte recht warm zu empfehlen.

Zwei Stunden später erhielt ich ein eigenhändiges Billett des Kaisers, in welchem Er den Wunsch aussprach, daß Prinz Reuß eine Abschrift nach dem Hauptquartier brächte: «car si malheureusement M. de Bismarck hésitait à répondre affirmativement par le télégraphe, les paroles du Prince de Reuss pourraient le décider, en lui faisant part de l'opinion publique en France.» Aus diesem Satze des Schreibens werden Eure Exzellenz ersehen, wie ungeduldig der Kaiser ist.

Ich glaube in der Tat, daß durch diese über den Kopf des Herrn Drouyn de Lhuys hinweg geführten vertraulichen Verhandlungen großen Gefahren vorgebeugt und soviel erlangt worden ist, als unter den obwaltenden Verhältnissen möglich war. Ich würde mich glücklich schätzen, wenn Eure Exzellenz meine Ansicht teilten, daß das Zustandekommen des Friedens auf diesen Grundlagen ein ehrenvoller Ausgang des Krieges sein und einen Keim zu manchen künftigen weiteren Fortschritten liefern würde, wenn dagegen Österreich dieselben ablehnte, es ein großer Vorteil sein würde, dadurch Frankreich von dieser Macht getrennt und uns seine Sympathien und seine moralische Unterstützung gesichert zu haben. Ich erlaube mir aber wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß der Kaiser nur, um sofort einen Waffenstillstand zu erlangen, uns so günstige Bedingungen zugestanden hat.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* so
2* ?

214.

Herr v. Malzen an König Ludwig II.

Ausfertigung, eigenhändig. Geh. St. Arch. München

Karlsruhe, den 14. Juli 1866

... In bezug auf die Pfalz glaube ich infolge persönlich gemachter Wahrnehmungen an Ort und Stelle signalisieren zu sollen, wie bei abgehender gehöriger Belehrung und aus übertriebener Ängstlichkeit eine gewisse Bewegung unter dem Teile der Bevölkerung sich erhält, welche durch das letzte Aufgebot einberufen ist. Der Sousprefet von Weißenburg,[1] Herr Duvisier,

[1] Die Rolle dieses Horchpostens an der Grenze findet eine historische Parallele in den »Erinnerungen eines elsässischen Patrioten« von Graf Eckbrecht von Dürckheim-Montmartin S. 145f. (Stuttgart 1922). Graf Dürckheim, i. J. 1840 Unterpräfekt in Weißenburg, erzählt: » Der Posten eines Unterpräfekten in Weißenburg war in jener Zeit noch in den

sprach mir von dieser Agitation, die der französischen Regierung insofern unangenehm ist, als sie vielfach müßiges Gesindel den französischen Grenzen zudrängt, wo nicht mehr, wie ehemals, die Fremdenlegion solche Leute in Empfang nahm und sogleich weiterzuschaffen wußte. Auch der Sousprefet glaubte, daß Strolche, Juden und andere Spekulanten die Bewegung nähren...[1]

215.

Kaiser Napoleon III. an König Wilhelm I.

Eigenhändig. A. A. Berlin

Palais des Tuileries, le 15 juillet[2] 1866

Monsieur mon frère,

Le Prince de Reuss m'a remis la lettre que Votre Majesté a bien voulu m'écrire le 7[3] de ce mois. J'ai vu avec plaisir que, persévérant dans les mêmes sentiments, Elle était toujours disposée à resserer les liens d'amitié qui nous unissent. Votre Majesté a par ses armes acquis une si grande gloire que je ne doute pas qu'elle ne l'augmente encore en montrant cette modération qui sied si bien à la force. Quant à moi si j'insiste si vivement pour un armistice et pour la paix, c'est que je désire que rien ne vienne troubler les bons rapports qui existent entre nous, or je ne puis le cacher à Votre Majesté, plus l'opinion publique en France restera incertaine sur les conditions de la paix, plus elle s'émouvra du fantôme de l'unité allemande et l'on voit déjà ici l'équilibre européen gravement compromis, par la puissance militaire de la Prusse commandant des armées de quarante millions d'Allemands. Il y a donc moyen à calmer le plus promptement ces appréhensions par le spectacle tranquillisant

Augen der Juliregierung und besonders in den Augen des damals sehr rührigen, wenn nicht eroberungssüchtigen Herrn Thiers ein ausnahmsweise wichtiger, weil man wünschte, daß der jeweilige Unterpräfekt daselbst stets Fühlung mit dem benachbarten Rheinbayern unterhielte und auch mit den hohen Behörden dieser Provinz in den freundnachbarlichsten Beziehungen stünde. Jeden Monat begehrte das Ministerium des Innern einen direkten ausführlichen Bericht über die moralische und materielle Lage des Nachbarlandes und besonders über die politische Stimmung seiner maßgebenden Parteien und einflußreichen Bürgerklassen. « Graf Dürckheim erzählt dann, wie Thiers, der an den Rückgewinn dieser Lande und an französische Sympathien in der Pfalz glaubte und sie genährt wissen wollte, seine Berichte, die das Erlöschen dieser Sympathien feststellten, hartnäckig bezweifelte, weil sie ihm nicht in den Kram paßten; Thiers' Nachfolger Guizot dagegen billigte und verwertete die Berichte Dürckheims, die von französischer Seite, wenn einmal die historische Bedeutung der französischen Sympathien in der Pfalz wieder erörtert wird, zweckmäßigerweise der Verborgenheit des Archives entrückt werden sollten.

[1] Die leichte Andeutung von Beschwerden vom Standpunkt der Grenzsicherung scheint eine der Vorbereitungen zu sein, mit denen Frankreich gegebenenfalls Maßregeln zum Schutze der Sicherheit seiner Grenzgebiete, vielleicht sogar den Einmarsch hätte bebegründen können.

[2] Das Datum könnte auch 18. gelesen werden (so das Journalbuch des Auswärt. Amtes). Doch spricht alles dafür, daß Prinz Reuß, der am 15. Juli zurückreiste, den Brief mitgenommen hat.

[3] Im Texte verschrieben: 17.

de notre entente. D'un autre côte, plus la guerre se prolongera, plus l'élément révolutionnaire se mettra de la partie et l'on craint cet auxiliaire dangereux, qui déjà, en 1859, a été une des causes de la cessation des hostilités en Italie. Je suis tellement convaincu que les intérêts de nos deux pays et de l'Europe même réclament une prompte solution des difficultés pendantes, que je n'ai pas hésité à accepter les bases conformes aux propositions de Votre Gouvernement à Francfort.

Le Prince de Reuss exprimera à Votre Majesté quelle est la difficulté de ma situation et combien mes efforts tendent à raffermir la confiance dans les vues élevées et bienveillantes pour la France de Votre Majesté.

Quant à l'Italie, je ne doute pas qu'elle n'accepte pas l'armistice le jour où Vous l'aurez accepté.

Je prie Votre Majesté de recevoir la nouvelle assurance des sentiments de haute estime et de sincère amitié avec lesquels je suis

de Votre Majesté

le bon frère

Napoléon.

~~216.~~

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Vertraulich. Durch sichere Gelegenheit

Paris, den 16. Juli 1866

Herr Drouyn de Lhuys[1] sprach mir gestern seine große Befriedigung über die Redaktion der Friedensgrundlagen aus, welche sich der Kaiser angeeignet hat. Er fügte hinzu, daß behufs eventueller Beschleunigung die kaiserliche Regierung jene Punkte am Tage vorher sowohl telegraphisch als durch einen Kurier nach Wien mit dem Bemerken gesandt habe, daß sie dieselben für geeignete Grundlagen für Friedenspräliminarien halte und eventuell als solche empfehlen würde. Hierauf sei noch keine Antwort eingetroffen. Zwar habe das Wiener Kabinett schon auf die frühere Anfrage den Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bunde abgelehnt; das beweise aber nichts. Denn einerseits habe die österreichische Regierung schon oft versichert, daß sie diese oder jene Konzession niemals machen werde, und sie demnächst dennoch gemacht; andererseits sei aber die Redaktion des fraglichen Punktes eine so glückliche und jeder für Österreich demütigende Ausdruck so sorgfältig vermieden, daß man sich in Wien um so leichter zur Nachgiebigkeit entschließen dürfte.

Da mir das Telegramm aus Czernahora Nr. 15 noch nicht zugegangen und infolgedessen das gestrige Telegramm Nr. 57 nicht ganz verständlich war,

[1] Vgl. dazu das Telegramm Metternichs vom 15. Juli 4^{30} NM.: « J'ai eu une scène très violente avec Drouyn de Lhuys qui était venu chez moi pour excuser sa politique. On veut nous forcer de l'accepter les propositions prussiennes. Attendez-vous à ce que, si nous continuons la guerre, on cherchera à nous rétrocéder la Vénétie. » (H. H. u. St. Arch. Wien.)

so fragte ich Herrn Drouyn de Lhuys, was ihm Herr Benedetti über die durch seine Vermittlung unsererseits angebotene dreitägige Waffenruhe gemeldet habe. Er erwiderte, das über Wien hierher gelangte Telegramm sei gleichfalls nicht völlig klar; denn Herr Lefèbvre, durch welchen der Vorschlag überbracht worden sei, habe angezeigt, daß daran Bedingungen geknüpft gewesen seien, welche österreichischerseits für zu hart befunden worden wären. Er wisse nun nicht, ob dies bloß militärische Bedingungen gewesen oder zugleich Friedenspräliminarien vorgeschlagen worden wären.

Ich kann hier sogleich bemerken, daß ich nicht allein sogleich meine Überzeugung, daß unsererseits keine direkten Friedensverhandlungen eingeleitet worden seien, aussprach, sondern daß ich auch an demselben Abend auf Grund des nunmehr eingetroffenen Telegramms Nr. 15 in der Lage war, Herrn Drouyn de Lhuys mittels eines Privatbilletts mitzuteilen, daß es sich nur um militärische Bedingungen gehandelt habe und vielmehr das Eingehen auf einen längeren Waffenstillstand einerseits von der Zustimmung Italiens, andererseits von dem Erfolg meiner hiesigen Vorbesprechungen abhängig gemacht werde.

Ich habe aber bei dieser Gelegenheit wiederholt bemerken können, wie besorgt das französische Kabinett vor solchen direkten Verhandlungen ist, welche dem Kaiser Napoleon eine moralische Niederlage bereiten würden. Der Minister sagte mir, vom Kaiser von Österreich würde er allenfalls begreifen können, daß er von der Großmut des Königs mehr erwarte als von der Mediation der französischen Regierung, welche dem Wiener Kabinett über die Richtung, in der sie diese Aufgabe verfolgen würde, keinerlei Illusionen gelassen habe. Aber gerade aus demselben Grunde müsse Seine Majestät der König es vorziehen, die scheinbare Härte, welche in der Ablehnung direkt ausgesprochener Wünsche des geschlagenen Feindes liegen könnte, durch die Mediation abzuschwächen. Ich trat dieser Auffassung vollkommen bei.

Herr Drouyn de Lhuys sprach mir noch in dieser Unterredung in sehr warmen Ausdrücken den Wunsch aus, daß die gegenwärtige politische Phase eine dauernde Allianz zwischen Preußen und Frankreich, den einzigen gesunden Nationen, anbahnen möge. Wäre infolge der Mediation ein Gegensatz zwischen beiden Mächten hervorgetreten, so würde früher oder später ein Krieg zwischen ihnen unvermeidlich geworden sein. Wenn aber, wie er hoffte, die Mediation zu einer Übereinstimmung zwischen ihnen führe, so würden sich daraus dauernde freundschaftliche Beziehungen entwickeln. Es habe ein großer Mut des Kaisers dazu gehört, der ganzen öffentlichen Meinung entgegen — denn nur er, der Minister, teile in dieser Beziehung die Anschauungen seines Souveräns[1] —, den Ansprüchen Preußens auf Begründung einer die sämtlichen Kräfte Norddeutschlands konzentrierenden Macht nicht allein nicht entgegenzutreten, sondern dieselben sogar zu unterstützen und das Gegengewicht, welches bisher Österreich in Deutschland bildete, selbst zerstören zu helfen. Man würde aber, wenn die Mäßigung Preußens dem Kaiser diese Politik möglich mache, einsehen, wie weise die letztere gewesen sei.

[1] Tatsächlich stand der Minister nicht auf seiten des Kaisers sondern der öffentlichen Meinung.

Der Minister erzählte mir noch, daß er dem Freiherrn v. Beust, welchem die Friedensvorschläge, wie sie jetzt vorlägen, das unangenehmste wären, was er sich hätte vorstellen können, sehr offen und ernst seine Meinung ausgesprochen habe.[1] Er habe demselben gesagt, daß Sachsen es als einen glücklichen Ausgang betrachten müßte, wenn das siegreiche Preußen anstatt die eroberten Länder einzuverleiben, sich mit der militärischen Führung Norddeutschlands begnügte.

Ich habe denselben Anlaß wahrgenommen, um den Minister nach Maßgabe des mir unmittelbar vorher zugegangenen geehrten Telegramms Nr. 76 auf die unangenehme Rückwirkung, welche vermöge einer mißverständlichen Auffassung die am 4. Juli von der französischen Regierung gefaßten Entschließungen auf die nationale Agitation in Deutschland ausgeübt hätten, mit dem Bemerken aufmerksam zu machen, daß die königliche Regierung, obwohl ihr dadurch eine schwierige Stellung bereitet werde, eifrig bemüht sei, durch Belehrung über die freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers im Interesse unserer gegenseitigen guten Beziehungen einzuwirken.

217.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris, den 17. Juli 1866

Ich habe gestern die hohe Ministerialdepesche vom 14. dies. Nr. 199 zu erhalten die Ehre gehabt und mich gleich darauf zu Herrn Drouyn de Lhuys begeben, um ihn zu fragen, ob er die telegraphische Depesche seines Gesandten aus München erhalten und ob bereits etwas geschehen sei, um dem bayerischerseits ausgesprochenen Wunsche, dem Kampfe zwischen Bayern und Preußen Einhalt zu tun, zu entsprechen. Der Minister erwiderte, daß Frankreich sich alle erdenkliche Mühe gebe, den Waffenstillstand zwischen den kriegführenden Mächten zum Abschluß zu bringen, daß es nur in dem Falle, wenn ihm dies gelänge, ein weiteres Blutvergießen zu verhindern imstande sei. Der Minister bemerkte, daß er mich wiederholt ersuche, in München nach Kräften dahin zu wirken, damit Österreich die gestellten Bedingungen annehme; denn wenn der Krieg fortdauere, werde Österreich nicht nur sich selbst, sondern auch seine sämtlichen Bundesgenossen zugrunde richten. Ich habe geeilt, mich dieses Auftrags an Eurer Königlichen Majestät Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußern schon gestern durch den Telegraphen zu entledigen. Ich muß aus dem Inhalte der Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys den Schluß ziehen, daß die französische Regierung bisher nicht der Ansicht gewesen, die Mediation des Kaisers Napoleon sei als gescheitert zu betrachten. Der Minister sagte, man habe weder von Wien noch aus dem preußischen Hauptquartiere eine Rückäußerung über die von Frankreich vorgeschlagenen Friedensbedingungen

[1] Die tatsächliche Wirkung der Beustschen Einwände auf Drouyn de Lhuys war eine andere, vgl. S. 335 Anm. 2.

erhalten, er könne mir daher auch nicht sagen, ob dieselben angenommen wurden. Der Minister schien im ganzen ziemlich verstimmt über die Schwierigkeiten, die sich einem Übereinkommen überall entgegenstellten. Wie ich indessen bereits bemerkt, Frankreich wird seine Mediation auf keinen Fall mit den Waffen in der Hand unterstützen. Es ist dem Prinzen Napoleon nicht nur gelungen, daß die Befehle zur Ausrüstung der Flotte, welche nach Venedig bestimmt war, zurückgenommen wurden, sondern der Kaiser will nun auch nicht einmal die annoncierten Kommissäre nach Italien senden, um von Venetien, das von Österreich an Frankreich abgetreten wurde, Besitz zu ergreifen. — Fürst Metternich ist über diesen Umschwung in der hiesigen Politik außer sich und hat infolge hievon seine Entlassung in Wien eingereicht, die aber nicht angenommen worden.[1] Der österreichische Botschafter fühlt, seiner Regierung Hoffnungen gemacht zu haben, die nun gänzlich unerfüllt bleiben. Er sagte mir gestern, daß er der Ansicht sei, es möge hier noch eine Kollektivdemarche versucht werden, von ihm und den Repräsentanten der mit Österreich vereinigten Bundesgenossen, damit der Kaiser Napoleon seine Mediation mit Waffengewalt unterstütze. Ich erwiderte dem Fürsten, daß ich von einer solchen Demarche nichts erwarte, im übrigen auch dagegen sei und mich nur dazu verstehen würde, wenn ich den bestimmtesten Befehl meiner Regierung erhalten sollte, woran ich übrigens zweifle[2] . . .

218.

Graf Mensdorff an Fürst Metternich

Konzept. H. H. u. St. Arch. Wien

Vienne, le 17 juillet 1866

Dans la triste situation où nous nous trouvons, je crois devoir m'abstenir de Vous adresser aucune communication officielle pour le Gouvernement français. Il ne nous est pas possible en effet de remercier l'Empereur Napoléon pour les résultats favorables de cette médiation qu'il avait si pompeusement annoncé au monde en acceptant la cession de la Vénétie. D'un autre coté se livrer à des récriminations sur sa conduite à notre égard ne ferait peut-être qu'empirer encore notre position. Dans un pareil état de choses le silence officiel nous paraît d'ailleurs ce qu'il y a de plus conforme à notre dignité. Je ne puis cependant m'empêcher de faire sentir quelquefois au Duc de Gramont l'impression que produit sur nous l'attitude de son Gouvernement. Je ne regrette pas non plus que Vous exprimiez Vos sentiments personnels avec une certaine franchise aussi bien vis-à-vis de l'Empereur Napoléon lui-même que de son Ministre des Affaires Étrangères.

Nous attendons à chaque instant que le Duc de Gramont nous fasse connaître la réponse de la Prusse aux propositions françaises qui ont été également communiquées à Votre Altesse. Nous sommes résignés à accepter la paix

[1] Vgl. Nr. 219 Anm.

[2] Der Schluß dieses Berichts ist nach dem Konzept gedruckt bei M. Doeberl, Bayern und Deutschland im 19. Jahrhundert, S. 143.

même à des conditions fort dures plutôt que de prolonger la guerre. Du moment où nous devons perdre tout espoir de voir la France non seulement entrer en lice avec nous, mais même faire la moindre démonstration qui puisse en imposer à nos ennemis, il faut avant tout chercher à éviter les suites incalculables que pourrait avoir une nouvelle défaite de notre armée sous les murs de Vienne. Notre situation militaire s'est cependant légèrement améliorée dans ces derniers jours. Nous disposons dans ce moment de forces assez considérables pour qu'il soit difficile à l'ennemi de franchir le Danube et d'entrer à Vienne.

Nous avons donc encore quelques instants de répit. Mais ayant toujours devant nous l'alternative ou d'évacuer la capitale, ou de livrer une bataille qui mettrait en jeu les dernières ressources de l'Empire, la conclusion de l'armistice et l'acceptation des préliminaires de paix qui en sont la condition nous paraissent urgents pour ne pas exposer l'Autriche à une catastrophe qui serait irrémédiable.

P. S. Quand je Vous dis que nous sommes résignés à accepter la paix même à des conditions fort dures, cela ne veut pas dire à *tout* prix.

219.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 18 juillet 1866[1]

Le jour où l'Empereur Napoléon a su positivement que ni la Prusse ni le Gouvernement de Florence ne prenaient au sérieux son offre de médiation, il a vivement regretté de s'être avancé publiquement. Ses regrets et ses embarras ont été mis à profit par un entourage gagné à la cause de la révolution italienne, ses irrésolutions n'ont pas résisté devant cet argument:

« Si la France dans les circonstances actuelles veut venir au secours de l'Autriche, elle doit nécessairement se préparer de suite à une guerre avec la Prusse et à une repression armée des exigences italiennes. Or une guerre avec la Prusse amènera le réveil des haines nationales de l'Allemagne et des coups

[1] In einem Briefe von demselben Tage an Graf Mensdorff erbat Fürst Metternich seine Entlassung. Der Ministerpräsident lehnte sie am 30. Juli im Namen des Kaisers ab: « La nature de Vos relations avec la Cour des Tuileries est telle que Votre retraite aurait aux yeux de tous le caractère d'un espèce de rupture entre l'Autriche et la France. Nous n'avons certes que peu à nous louer de la conduite que le Gouvernement français a tenue envers nous. Après avoir d'une manière aussi éclatante accepté la cession de la Vénétie et offert sa médiation, nous devions croire que la France ne montrerait en face de l'Europe attentive une impuissance complète aussi bien vis-à-vis de la Prusse que de l'Italie. Si Vous avez eu dans ce rapport des illusions, nous ne pouvons Vous en faire un reproche; elles étaient si naturelles que nous les avons partagées nous-mêmes en grande partie. Mais nous pensons toujours, que si la France a été faible, elle n'a pas été déloyale et qu'elle sentira une fois — bientôt peut-être — la nécessité de sortir d'une attitude aussi passive en présence des grands changements qui s'effectuent dans le centre de l'Europe. » (H. H. u. St. Arch. Wien.)

de fusil envoyés aux Italiens y provoqueront la chute du Gouvernement et une révolution nouvelle, mais dangereuse pour la France. »

L'Empereur se décida à renoncer à toute idée de résistance active aux prétentions combinées des deux belligérants qui représentent aujourd'hui dans son esprit deux nationalités puissantes et dont on ne saurait arrêter l'unification *que par la guerre.* Il a pris dans un conseil tenu le 11 de ce mois auquel assistait l'Impératrice les décisions suivantes:

1° éviter la guerre à tout prix,

2° amener par des concessions s'écartant des premières bases un double armistice quitte à s'arranger après cela.

J'ai su depuis que Mr. Drouyn de Lhuys avait fait contre cette décision des réserves que l'Impératrice a appuyées *avec la plus grande énergie.* Elle a fait ressortir le côté peu loyal de cette attitude, mais Elle est restée en minorité et l'Empereur depuis ce moment n'a guère plus écouté que son cousin et les satellites du Prince Napoléon.

Le jour même il m'appela auprès de Lui et me communiqua sa décision. C'est la dernière fois que j'ai eu occasion de me prononcer officiellement d'abord et personnellement en suite sur sa politique. Les communications ne me paraissent plus être entièrement sûres, je me réserve de Vous transmettre plus tard les détails de notre discussion.

Depuis ce jour le Prince Napoléon, ayant le champ libre, s'est laissé aller à toute sa haine contre nous et contre les principes contraires à ses convictions ultra-révolutionnaires.

L'Empereur, quoique fort embarrassé vis-à-vis de nous, s'est complu dans l'attitude commode qu'Il a prise et sa satisfaction n'a été et n'est encore troublée que par les bouillonnements de la conscience publique qui s'est réveillée avec une véhémence stérile jusqu'à présent, il est vrai, mais de nature à faire réfléchir les coryphées de la trahison dont nous sommes les premières victimes.

Le Prince Napoléon ne connaissant plus de bornes à ses diatribes a commis la faute d'envelopperde ses anathèmes austrophobes l'élément conservateur, le catholicisme et même les idées parlementaires. Le discours qu'il a tenu pendant un dîner chez Mr. de Girardin, discours reproduit par les journaux belges, par la « Gazette de France » et même par le journal du soir « La Presse », est commenté aujourd'hui dans tout Paris avec une extrême violence. On ne voit pas venir les avertissements que l'on s'attendait à voir appliquer aux journaux reproducteurs et le départ subit du Prince Napoléon pour la patrie de ses coréligionnaires est mis en corrélation avec ces faits.[1]

Mr. Drouyn de Lhuys a essayé de résister au courant qui l'a entraîné. J'ai été témoin de découragements sincères de sa part. Aujourd'hui et depuis qu'une lettre de l'Empereur à lui addressée le 15 ou 16 de ce mois est venue flatter son amour propre et réveiller ce désir « de rester en place » qui est devenu une passion véritable, il prend assez gaiement son parti et flotte à la

[1] Prinz Napoleon reiste am 16. Juli nach Italien mit dem Auftrage, den Vormarsch der italienischen Armee zum Stillstand zu bringen.

dérive malgré certains soubresauts par lesquels sa petite conscience l'avertit de temps en temps et lui rappelle son ancienne position d'homme convaincu et indépendant.

Dans le rapport suivant j'essaierais de retracer les mouvements de l'opinion publique qui s'accusent de plus en plus contre la Prusse et l'Italie et en notre faveur, mais dont les effets ne sont guère encore des élements sérieux d'appui pour nous, mais qui le deviendront un jour.[1]

220.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Durch italienischen Kurier

Paris, den 18. Juli 1866

Herr Nigra kündigt mir soeben die Expedition eines italienischen Kuriers an. Ich habe gerade nur eine halbe Stunde Zeit, um zwischen einer Audienz bei dem Kaiser und einer Unterredung mit Herrn Drouyn de Lhuys jene Gelegenheit zu einer flüchtigen Berichterstattung zu benutzen.

Prinz Reuß wird Eurer Exzellenz vor dem Eintreffen dieses Berichts über die hiesige Lage Vortrag gehalten und die Notwendigkeit dargelegt haben, in welcher ich mich befand, durch die Aussicht auf eine schleunige Einigung zwischen uns und dem Kaiser, den letzteren von plötzlichen gefährlichen Entschließungen abzuhalten, welche darum nicht minder möglich waren, weil sie für Ihn selbst fast ebenso gefahrvoll gewesen sein würden wie für uns.

Die elastische Fassung der von mir am 14. telegraphierten Friedensgrundlagen schien mir diesen Zweck zu erfüllen. Ich nahm Anstand, dabei den Nachdruck zu stark auf unmittelbare Annexionen zu legen, welche nachträgliche Remonstrationen des Herrn Drouyn de Lhuys hervorgerufen und das Ganze wieder in Frage gestellt haben würden. Daß Sachsen nicht dem Norddeutschen Bunde entzogen würde, schien mir so wichtig, daß ich dafür die Form des norddeutschen Systems als eine losere hinstellen zu können glaubte. Der Kaiser erkannte überdies ausdrücklich an, daß wir innerhalb des Norddeutschen Bundes uns nach Belieben konstituieren könnten.

Eurer Exzellenz neueste Telegramme stellen ein unmittelbares Annexionssystem in größerem Maßstabe mehr in den Vordergrund, als in dem schriftlichen Erlaß aus Pardubitz vom 9. geschehen war.

Herr Drouyn de Lhuys trat mir gestern auf die Mitteilungen, welche ich ihm im Sinne der ersteren machte, sofort mit dem Bemerken entgegen, daß

[1] An demselben Tage berichtete Metternich, daß Drouyn de Lhuys auf seine Veranlassung eine Depesche an Gramont verfaßt und ihm zu lesen gegeben habe, die die historischen Hergänge seit der Zession Venetiens rekapitulierte (augenscheinlich Orig. Diplom. 11, 110f.), damit sich im Wiener Archiv (und dem Gesandtschaftsarchiv) eine Darlegung von französischer Seite finde: « J'ai tenu à ce qu'il n'y eût pas plus tard et dans d'autres circonstances des points obscures et des malentendus dont le Gouvernement peu scrupuleux auquel j'ai à faire depuis si longtemps, puisse tirer profit soit en nous accusant d'avoir voulu entraîner la France dans une guerre contre l'Allemagne, soit en jouant sur les mots au sujet de la cession de la Vénétie à la France. » (H. H. u. St. Arch. Wien.)

dies nicht mehr ein Föderativsystem, sondern die Unifikation sein würde, in dem der sogenannte Bund offenbar einen ganz anderen Charakter haben würde, wenn neben dem mächtigen Preußen fast nur ganz kleine Fürsten denselben bildeten, als wenn letztere in drei Mittelstaaten einen gewissen Halt hätten.[1] Ich habe ihm auseinandergesetzt, daß es für Preußen fraglich sein könne, ob die Vorteile des einen oder anderen Systems überwiegend werden; für Frankreich schiene mir aber ein partielles Annexionssystem beruhigender zu sein als das rein föderative, da das letztere die Tür zur Erweiterung offener ließe als das erstere und also dieses vor einer späteren innigeren Vereinigung mit Süddeutschland größere Garantien gewähre. Der Kaiser, zu dem ich später ging, hatte mich rufen lassen, offenbar um mir sein Mißtrauen über unsere angeblichen Zögerungen zu erkennen zu geben. Er sagte mir, am 11. habe er mich um eine Erklärung darüber gebeten, ob wir einen Waffenstillstand schließen wollten, wenn er unsere ihm von uns mitzuteilenden Friedensbedingungen sich aneignete und in Wien empföhle. Wir hätten heute den 17. und noch immer habe Er darauf keine Antwort. Ich war imstande, den Vorwurf vollständig zu widerlegen. Ich sagte, daß Eure Exzellenz mein Telegramm vom 11. erst am 15. erhalten und mich sofort zur Bejahung der Frage ermächtigt hätten. Nur hätten Eure Exzellenz die Bedingungen anders formuliert, als es inzwischen hier geschehen sei. Es frage sich nur, ob ein wesentlicher Gegensatz obwalte. Ich gab darauf den wesentlichen Inhalt der telegraphischen Instruktionen Eurer Exzellenz an. Der Kaiser erwiderte, dies seien Details, welche ihm gleichgültig und durch welche die jetzt schwebenden Verhandlungen nicht zu stören wären. Wir könnten nachher immer noch in Norddeutschland annexieren, wenn es auch ratsam wäre, dies mit Maß zu tun.

Heute ging ich wieder zum Kaiser, um ihm die in der telegraphischen Korrespondenz herrschende Verwirrung zu erklären und vor einer falschen Auslegung des Telegramms, welches en clair die Angelegenheit der dreitägigen Waffenruhe erörtert, aber sehr leicht für die wiederholte Ablehnung eines Waffenstillstands angesehen werden könnte, zu warnen; ferner ihm unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit anzuvertrauen, daß wir aus Rücksicht für Ihn momentan Wien wahrscheinlich nicht angreifen würden. Der Kaiser nahm dies alles mit Vertrauen und Wohlwollen auf und bot mir an, durch Gramont und Benedetti über Wien zu telegraphieren, was ich gelegentlich benutzen werde. Er erkannte dabei wiederholt an, daß die hier verabredete Fassung der Friedensgrundlagen partielle Annexionen nicht ausschlösse.

Auf meine Frage, ob die von der Privattelegraphie gemeldete Nachricht begründet sei, daß das Wiener Kabinett jene Grundlagen ablehne, erwiderte Er: es scheine so; Ihm aber antworte man nur, man werde sich nach Abgabe der preußischen Erklärung entscheiden.

Hiernach dürfte es sich empfehlen, unsererseits sofort pure anzunehmen.

[1] Vgl. dazu die Denkschrift des Ministers vom 11. Juli « sur le caractère et la portée du projet de réforme fédérale », S. 335 Anm. 2.

Ich sagte dem Kaiser unter Seiner Zustimmung, daß, wenn wir annähmen, Österreich ablehne, Er seinem Lande sagen könne: dank Seiner guten Dienste hätte Preußen sehr gemäßigte Bedingungen gestellt, Österreich sie dennoch abgelehnt. Er müßte letzteres nun den Folgen dieser Ablehnung überlassen.

Er fragte, ob wir nach Einnahme von Wien andere Bedingungen stellen würden. Ich sagte, wir würden vielleicht schärfer annexieren und volle Kriegskosten fordern wollen, aber nichts, was die Interessen Frankreichs gefährde oder die Stellung des Kaisers erschwere.

Er sprach noch die Hoffnung aus, daß wir uns nicht hinter der fehlenden Zustimmung Italiens verschanzen würden.

Ich erwiderte, daß, sobald Italien ohne Bedingungen Venetien zugesichert erhalte, es uns nicht mehr abhalten könne, zum Waffenstillstand oder Frieden unter den uns genügenden Bedingungen zuzustimmen.

Der Kaiser erkannte, als ich von der Hoffnung Österreichs auf Seine Hilfe sprach, an, daß dies eine überwundene Phase sei. Er sei allerdings drauf und dran gewesen, düpiert zu werden; denn man habe Ihn mit der Zession Venetiens und der Mediation engagieren und in eine aktive Allianz mit Österreich hineinziehen wollen. Er habe noch gerade zu rechter Zeit angehalten.

221.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Très secret

Paris, le 18 juillet 1866

Toute la presse française ayant été achetée par l'Italie et la Prusse au moment de la guerre, les suites incalculables et fâcheuses s'en sont bientôt fait sentir, mais c'est surtout au moment où l'Empereur Napoléon semblait s'être lié à notre sort par la note du « Moniteur » qui a été saluée par les applaudissements de la France, c'est alors que ce contrat a pris les proportions d'un malheur. Grâce à « La Liberté », au « Siècle », à « L'Opinion Nationale », il a été facile au Prince Napoléon de faire croire à l'Empereur que la France était avec lui.

A l'aide du crédit de 500000 frs. qui m'a été accordé,[1] je m'en vais essayer quoiqu'un peu tard de ramener à nous ces feuilles dangereuses. Réussirai-je? C'est ce que je ne sais, mais si le succès recompense nos efforts, nous aurons jeté le désarroi dans le camp ennemi. En tout cas j'aurai soin de ne payer

[1] Am 14. Juli, 3^{50} p. m. hatte Metternich telegraphiert: « On m'offre m'ouvrir un crédit de 500000 francs sur délégations signées par moi, escomptées par le Crédit foncier et payables par le Ministre des finances dans 3 semaines. Puis-je accepter? Il s'agit de s'assurer à l'aide de ce crédit la partie la plus influante de la presse française achetée jusqu'ici par nos ennemis et de peser sur l'Empereur Napoléon. Baron Beust recommende chaudement à Votre Excellence cette mesure indispensable. » (H. H. u. St. Arch. Wien.) Es scheint, als wenn die französische Kriegspartei hinter diesem Bestechungsplan gestanden und nur die Kosten auf den an dem Erfolg allerdings interessierten österreichischen Partner abgewälzt hätte.

que par acomptes et après coup pour que ces Messieurs ne puissent pas nous tromper.

Vous le croirez ou vous ne le croirez pas, mon cher Comte, mais on vient de m'apporter la preuve que le système de corruption a pénétré plus loin que dans les rangs de la Presse. Le Prince Napoléon serait pensionné par Mr. de Bismarck! Pas plus tard qu'hier (et ce n'est pas la première fois que des paiements au porteur sans signature à exiger m'avaient été signalés) différents établissements financiers ont été dans le cas de voir des lettres de change d'un montant très élevé destiné à un des principaux aides-de-camp du Prince.[1]

Au milieu de ce tripotage ignoble, il n'y a qu'un moyen d'infaillible s'il est de notre intérêt de l'employer, c'est de renchérir sur l'ennemi. Bismarck a-t-il donné un million au Prince, il faudrait lui en offrir deux. Je ne me dissimule pas la difficulté de la tâche pour des honnêtes gens comme nous et par le motif que le Prince est fortement engagé dans l'autre sens. Mais est-ce une raison et n'est-ce pas plutôt une question *de chiffre*. Cela vaudrait en tout cas la peine d'être essayé!

222.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 19 juillet 1866, 7^{25} p. m.; arr. 20. 7. 10^{55} a. m.

Der Gedanke des Kaisers ist, unsere Annahme der fünftägigen Waffenruhe und der Waffenstillstandsbedingungen vorausgesetzt:[2]

1. Österreich reorganisiert seine Armee.
2. Preußen muß die Besetzung der Rheinprovinzen effektuieren und viele Landwehrmänner nach Hause schicken.
3. Österreich verbindet sich mit den Südstaaten und knüpft engere Beziehungen zu Frankreich à moins que ses déceptions ne s'éloignent encore de la France.

~~223.~~

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Paris, den 20. Juli 1866

Eurer Exzellenz Telegramm Nr. 22 vom 17. und Nr. 25 vom 18. habe ich gestern morgen erhalten, das erstere zuerst ohne den Schluß, welcher gestern abend nachfolgte.

Sobald beide Depeschen entziffert worden waren, ging ich zum Kaiser,

[1] Diese Ausgeburten des Parteihasses, die dem Botschafter zugetragen wurden, bedürfen keiner Widerlegung.

[2] Graf Mensdorff antwortete am 20. Juli 3^{30} p. m., daß er, nachdem Gramont die Annahme der Friedenspräliminarien durch die preußische Regierung mitgeteilt, dem Botschafter die Annahme der Präliminarien und einer vorläufigen fünftägigen Waffenruhe mitgeteilt habe.

welcher mich sogleich zu empfangen geruhte. Ich sagte Seiner Majestät, daß die Königliche Regierung zwar die von hier aus gemachten Vorschläge in ihrer gegenwärtigen Fassung als eine ausreichende Friedensbasis nicht anerkenne, daß aber die Annahme derselben von seiten Österreichs ihr gestatten würde, zu dem sofortigen Abschlusse eines Waffenstillstandes ihre Zustimmung zu geben. Ich knüpfte hieran die Mitteilung wegen der fünftägigen Frist und des nach Ablauf derselben in dem einen und dem anderen Falle einzuschlagenden Verhaltens. Anlangend die Unzulänglichkeit der französischen Vorschläge als Friedensbasis, äußerte ich mich nach Maßgabe des Telegramms Nr. 22 und der früheren Instruktionen. Ich bemerkte, daß wir bei unseren Friedensbedingungen den Rücksichten Rechnung zu tragen gesucht hätten, welche der Kaiser auf die französischen Interessen und die öffentliche Meinung nehmen zu müssen glaube. In dieser Beziehung sei besonders die Besorgnis vor einer Veränderung des europäischen Gleichgewichts zum Nachteile Frankreichs durch die sich auch auf Süddeutschland erstreckende Konzentrierung der Kräfte des nicht österreichischen Deutschlands unter preußischer Leitung hervorgetreten. Der Kaiser habe für das durch die größere Kraft des Nordens zum Nachteile des Südens bedrohte Gleichgewicht Garantien gesucht. Diese hätte man auf zweierlei Weise herstellen können: durch eine größere Selbständigkeit des Südens oder durch eine schwächere Konzentrierung im Norden. Aus meinen Gesprächen mit dem Kaiser habe sich ein gemischtes System ergeben, welches einem süddeutschen Bunde eine internationale Unabhängigkeit gewährte,[1] aber doch das nationale Band zwischen beiden Teilen Deutschlands aufrechterhielte. Diese Formulierung sei elastisch genug, um den Beratungen über die zu begründenden gemeinsamen Einrichtungen einen weiten Spielraum zu lassen. Ein solches System habe es andererseits gestattet, in der Formulierung des auf die preußische Leitung Norddeutschlands bezüglichen Punktes keinen besonderen Nachdruck auf die unmittelbaren Erwerbungen zu legen, welche für Preußen notwendig wären, um jener Leitung die erforderliche Kraft zu sichern. Der Kaiser habe aber anerkannt, daß solche unmittelbare Erwerbungen durch die Redaktion des zweiten Alinea, bei welcher es zweckmäßig erschien, komplizierende Einzelheiten möglichst zu vermeiden, keineswegs ausgeschlossen würden. Vielmehr habe Seine Majestät es für die französischen Interessen als relativ gleichgültig bezeichnet, in welcher Form Preußen seinen Norddeutschen Bund konstituiere, sofern er nur nicht nach Süddeutschland übergriffe. Ich ersähe nun aus den neueren Instruktionen Eurer Exzellenz, daß Seine Majestät der König einen größeren Wert auf die feste Organisation Norddeutschlands als auf die Verbindung mit Süddeutschland lege und es in jener Beziehung für nötig hielte, 3 bis 4 Millionen unmittelbare Untertanen zu erwerben. Die Ökonomie des ganzen Systems werde dadurch etwas modifiziert, das vom Kaiser gewünschte gegenseitige Verhältnis der Kräfte aber nicht alteriert.

Der Kaiser machte gegen diese Ausführung keine Einwendung und wieder-

[1] Über diese Frage und die nachträgliche Wiederherstellung des in Nikolsburg fortgelassenen Passus siehe Nr. 240 Anm.

holte, daß die mehr oder weniger ausgedehnten Annexionen in Norddeutschland ein détail seien, mit welchem man nicht von vornherein die Verhandlungen komplizieren dürfte. Seine Äußerungen machten mir den Eindruck, daß Seine Majestät in dem ins Auge gefaßten Umfang der Annexionen weder eine Unbilligkeit noch eine Benachteiligung der französischen Interessen erblickte. Seine Majestät konstatierte aber mit Befriedigung die Bereitwilligkeit Seiner Majestät des Königs zu dem Waffenstillstande unter der Bedingung der Annahme der französischen Vorschläge durch Österreich. Der Kaiser billigte daher meine Absicht, nunmehr Herrn Drouyn de Lhuys zu bitten, vom Wiener Kabinett eine Erklärung, ob es seinerseits die Vorschläge annähme, binnen fünf Tagen herbeizuführen. Seine Majestät äußerte ferner, daß die erfreuliche Phase, in welche die Verhandlungen nunmehr eingetreten seien, durch den «Moniteur» bekanntzumachen sein dürfte, und stellte mir anheim, die diesfällige Note mit Herrn Drouyn de Lhuys zu verabreden. Der Kaiser äußerte noch, daß eine einmonatliche Frist für den Waffenstillstand angemessen, sowie daß die Verhandlungen über die militärischen Bedingungen des letzteren zwischen den beiden Hauptquartieren zu führen sein dürften. Die Sendung eines französischen Militärs als Vermittler schien Seine Majestät nicht für nötig zu halten, dagegen die guten Dienste der beiden französischen Botschafter behufs Ausgleichung eventueller Differenzen gern zur Verfügung stellen zu wollen.

Meine Unterredung mit diesem Minister hatte ganz denselben Charakter. Auch ihm gegenüber hielt ich ausdrücklich fest, daß wir die französischen Vorschläge, weil darin die Annexionen und deren Umfang nicht ausdrücklich vorbehalten werden, nicht als Friedensbasis würden akzeptieren können, daß sie uns aber über die Absichten der Kaiserlichen Regierung hinlängliche Beruhigung gewährten, um, falls Österreich dieselben annähme, auf einen Waffenstillstand eingehen zu können. Der Minister fand, wie der Kaiser, in unserem Anspruch auf unmittelbare Erwerbungen in Norddeutschland innerhalb der angedeuteten Grenzen keinen Widerspruch mit dem französischen Programm, welches diese Frage offen gelassen habe. Wir verabredeten demnächst die in den «Moniteur» einzurückende Note, welche indessen später einige, wiewohl unwesentliche Redaktionsveränderungen erfahren zu haben scheint. Ich beehre mich, dieselbe, wie sie der «Moniteur» heute abdruckt, anliegend ganz ergebenst beizufügen. Herr Drouyn de Lhuys versprach mir endlich, sofort in dem bezeichneten Sinne an den Herzog von Gramont zu telegraphieren und mich seinerzeit von der Antwort des Wiener Kabinetts ohne Zeitverlust in Kenntnis zu setzen.

Ich bemerke noch, daß weder der Kaiser noch sein Minister die von mir im Laufe des Gesprächs erwähnte Ansicht Eurer Exzellenz teilten, daß die Stipulierung des Ausschlusses Österreichs aus dem Bunde von keiner besonderen Wichtigkeit sei. Beide meinten, daß die Auflösung des durch einen europäischen Vertrag begründeten Bundes nicht durch die bloße Tatsache oder durch die einseitige Erklärung Preußens erfolgen könne, vielmehr einer internationalen Sanktion bedürfe, daß also das diesfällige Anerkenntnis Österreichs, wodurch diese Macht nicht allein auf die seit vielen Jahrhunderten besessene Führer-

schaft und erste Stelle in Deutschland,[1] sondern selbst auf die Mitgliedschaft verzichte, indem es den Einspruch anderer Mächte beseitige, von hoher Wichtigkeit sei. In der Tat hat dieser Punkt hier in allen bisherigen Besprechungen, namentlich auch in denen mit den anderen neutralen Mächten, die erste Stelle eingenommen; man hielt ihn einerseits für den von Österreich am schwersten zu überwindenden, andererseits für den schlagendsten Ausdruck des Triumphs Preußens.

Die Besprechung der Eventualitäten, welche sich im einzelnen an die Annahme der Vorschläge von seiten Österreichs knüpften, hat mir den Eindruck gemacht, daß der Kaiser und sein Minister diese Annahme, sei es infolge eines jetzt von Frankreich auszuübenden stärkeren Drucks, sei es vermöge einer richtigen Würdigung der Lage in Wien, mindestens für sehr wahrscheinlich halten. Die Zustimmung Italiens, sobald wir dieselbe begehren, wird hier nicht einen Augenblick bezweifelt.

Da dem Abschluß des Waffenstillstandes sofort die Verhandlungen über die Friedenspräliminarien zu folgen haben dürften, so erlaube ich mir schon heute von Eurer Exzellenz die Billigung meiner Ansicht zu erbitten, daß diese Verhandlungen hier als am Sitze der vermittelnden Macht, deren Rolle als solche hervorzuheben nicht allein den Gesinnungen Seiner Majestät des Königs gegen den Kaiser, sondern auch unseren Interessen, insbesondere denen der Zukunft entspricht, zu führen sein dürften. Dringend wünschenswert, ja notwendig scheint mir zu sein, daß Eure Exzellenz sich an denselben persönlich beteiligen. Wünsche sind mir hier in dieser Beziehung nicht geäußert worden; ich zweifle aber nicht, daß man dies erwartet.[2] . . .

224.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H.u. St. Arch. Wien

Paris, le 21 juillet 1866, 10^{40} p. m.; arr. 22. 7. 11^{40} a. m.

Succès de notre flotte fait immense sensation.[3] Influence de l'Impératrice se fait sentir. Rede des Giskra verursachte allgemeine Entrüstung.[1*] Tâchez

[1] Diese historische Führerstellung des Hauses Österreich im Deutschen Reiche zu bekämpfen, war einst jahrhundertelang Ziel und Kern der französischen Politik gewesen: sie hatte damit das Rückgrat des deutschen Staates zu brechen vermeint. Wenn diese französische Politik jetzt bei dem letzten Akte mitwirkte, der Österreich von Deutschland schied, so geschah es wider Willen, unter fremdem Zwang, nicht zu eigenem Gewinn, sondern zugunsten eines deutschen Nationalstaates, der unwiderstehlich heraufzog.

[2] Am 23. Juli teilte ein vertraulicher Bericht des Grafen Goltz mit, daß Drouyn de Lhuys es wegen Englands und Rußlands für zweckmäßig erachte, » die Verhandlungen über die Friedenspräliminarien nicht in Paris, sondern an einem dritten Orte, etwa Prag oder Baden-Baden, zu führen und zwar zunächst nur unter französischer Vermittelung zwischen Preußen, Italien und Österreich, dann erst die anderen kriegführenden Teile zum Beitritt aufzufordern und (ein Gedanke, den ich andeutete) eine größere Vereinigung in Paris später (etwa während der Industrieausstellung) für die Unterzeichnung des allgemeinen Instruments, welches die Wiener Verträge so wesentlich alterieren werde, vorzubehalten. « (A. A. Berlin.)

[3] Seeschlacht bei Lissa am 20. Juli 1866.

que les doutes sur notre acceptation durent jusqu'au dernier moment surtout pour le Duc de Gramont. Je vois l'Empereur Napoléon demain. Girardin se retourne contre Mr. de Bismarck.

Randbemerkung Kaiser Franz Josephs:

1* »Was hat denn Giskra für eine Rede gehalten?«[1]

225.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 22 juillet 1866, 3^{30} p. m.; arr. 6^{20} p. m.

Kaiser Napoleon hat mir gesagt, Er habe gefürchtet, daß wir den Waffenstillstand nicht annehmen, ce qui l'aurait peut-être forcé à l'action avant d'être prêt et Il a ajouté: « toute espèce de paix ne sera probablement qu'un trêve. »

L'Impératrice m'a témoigné Sa vive indignation sur ce qui est passé ici depuis la note du « Moniteur ». Elle dit que l'Italie s'est moquée et se moque encore de l'Empereur, que l'opinion publique commence à faire imprimer sur Lui et que *deux mois ne se passeront pas avant que la France ne se voit forcée de parler hautement.*

226.

Kaiser Napoleon III. an Graf Goltz[2]

Kopie. A. A. Berlin

Le 22 juillet 1866

Mon cher Comte de Goltz,

Je ne puis pas intervenir dans la question que traitent les deux télégrammes ci-joints, néanmoins je ne puis m'empêcher de Vous faire remarquer combien le pillage de Francfort ferait un mauvais effet en Europe;[3] J'espère que l'Italie

[1] Augenscheinlich handelt es sich um die Unterredung Bismarcks mit Giskra, dem Bürgermeister von Brünn, durch den Bismarck am 15. Juli ein Angebot an Österreich gelangen ließ, sich mit Preußen ohne Opfer und mit freier Hand in Süddeutschland zu verständigen und dafür jede Intervention oder Mediation Frankreichs auszuschließen, vgl. Friedjung 2, 418f.

[2] Graf Goltz übersandte am 23. Juli » im engsten Vertrauen « das Schreiben des Kaisers und die beiden Telegramme, von denen das eine von dem Sekretär der französischen Gesandtschaft in Frankfurt herrührte, und bemerkte dazu: » Ich brauche nicht erst auszuführen, wie dringend wünschenswert es ist, daß die vom Kaiser so zart angedeuteten Wünsche erfüllt werden. Was die angeblich angedrohte Plünderung der Stadt Frankfurt anbetrifft, so habe ich dem Kaiser versichern zu können geglaubt, daß diese Nachricht unwahr sein müßte. Hinsichtlich des angeblich von unsern Agenten ermutigten Widerstandes der italienischen Regierung gegen einen Waffenstillstand, worüber das mir vom Kaiser gezeigte Telegramm des Prinzen Napoleon in bitteren Ausdrücken klagte, habe ich dagegen dem Kaiser nachgewiesen, daß derselbe einer früheren Phase angehört haben müßte.« (A. A. Berlin.)

[3] Telegramm des Legationssekretärs Baron Bourqueney in Frankfurt vom 19. Juli 1866, Orig. dipl. 11, S. 128.

qui n'a encore reçu *aucun avis* du quartier général Prussien sera bientôt mise au courant des négociations, et d'un autre côté j'ai assez de confiance dans les sentiments du Roi de Prusse, pour être convaincu que si l'Autriche accepte les propositions de paix, il n'imposera pas de nouvelles conditions militaires qui rendraient l'armistice impossible.

Je Vous renouvelle l'assurance de mon sentiment de haute estime.

227.

Graf Goltz an Bismarck

Ausfertigung. A. A. Berlin

Durch Königlichen Feldjäger

Paris, den 23. Juli 1866

(Unzufriedenheit König Wilhelms mit den Friedensbedingungen. Rückblick auf die Verhandlungen mit Kaiser Napoleon.)

. . . Der Waffenstillstand war aber ohne eine Einigung zwischen dem Kaiser und uns über die Friedensbedingungen nicht möglich; die Initiative der letzteren hatte der Kaiser uns zugeschoben; ich konnte der weiten Entfernung wegen indessen diese Initiative nicht abwarten. Ich mußte daher den Kaiser zur Aufstellung von Friedensbedingungen vermögen, welche mir nach den vorläufigen Instruktionen Eurer Exzellenz für uns annehmbar erschienen. Ich nahm daher nur darauf Bedacht, den schließlichen Entschlüssen Seiner Majestät des Königs nicht vorzugreifen, indem ich dem Kaiser nur meine Feder lieh, die Seine Gedanken in einer für uns vorteilhafteren Weise formulierte als es die Feder des Herrn Drouyn de Lhuys getan haben würde.

Von diesen Gesichtspunkten bin ich in den Unterredungen ausgegangen, welche ich am 13. und 14. mit dem Kaiser hatte. In der ersteren stellte ich die Annexion der feindlichen norddeutschen Länder in erster Linie auf. Der Kaiser sprach keine Kompensationsforderungen aus, verlangte aber den Ausschluß des Königreichs Sachsen vom Norddeutschen Bunde und deutete die Errichtung eines unabhängigen Staats aus der Rheinprovinz an.[1] Beides schien mir völlig unannehmbar und durch keinerlei Annexionen aufzuwiegen. Außerdem wußte ich durch den Prinzen Napoleon, daß der Kaiser Annexionsgelüste für Frankreich hatte und von mir diesfällige Anerbietungen erwartete, zu denen der Prinz dringend riet. Ich begnügte mich daher, vom Kaiser die mündliche Anerkennung des Grundsatzes zu erlangen, daß wir überhaupt in Norddeutschland annektieren könnten. Die eventuell zu annektierenden Länder konnte ich in meiner Redaktion nicht bezeichnen, weil ich die diesfälligen Instruktionen erst später erhalten habe. Sachsen, Hannover, Kurhessen, Nassau konnte ich entschieden nicht nennen, weil sonst der Kaiser die Empfehlung der Bedingungen nach Wien abgelehnt oder unzulässige Gegenforderungen aufgestellt haben würde. Die in dem Erlaß vom 9. bezeichneten Partialannexionen, welche der Kaiser als ganz unbedenklich anerkannt hatte, nahm ich aber ebenfalls Anstand aufzurechnen, weil ich damit der Königlichen Regierung die Möglich-

[1] Vgl. Nr. 213.

keit, größere Annexionen zu fordern, vergeben haben würde. Der in meinem Telegramm Nr. 59 enthaltene Satz: « Il est bien entendu que la rédaction du deuxième alinéa n'exclue pas les annexions considérées vis-à-vis de l'Autriche comme affaire intérieure » gibt vollkommen den Gedanken wieder, welchen der Kaiser mir gegenüber auf Befragen wiederholt als den seinigen anerkannt hat.

Als demnächst Eurer Exzellenz spätere Telegramme ausgedehntere Annexionen als notwendig bezeichneten, erklärte der Kaiser dieselben für ein détail, welches durch das Programm nicht ausgeschlossen sei und dasselbe im wesentlichen nicht alteriere, während Herr Drouyn de Lhuys darin ein ganz anderes System finden wollte.

Diesen Unterschied in der Auffassung zugunsten unseres Standpunktes in möglichst positiver Weise zu beseitigen, mußte ich mir nach Empfang des Telegramms Eurer Exzellenz d. d. Nicolsburg vom 20. zur Aufgabe stellen.

Ich ging daher gestern früh zum Kaiser, nachdem ich eine Redaktion vorbereitet hatte, welche ich ihm zur Genehmigung vorlegte. Es war darin gesagt, daß, da nur der Kaiser von Österreich die französische Mediation angerufen, nur die Könige von Preußen und Italien dieselbe angenommen hätten, die anderen kriegführenden Souveräne an den bevorstehenden Friedensverhandlungen nicht teilzunehmen hätten; daß daher Preußen mit ihnen Separatfrieden zu schließen berechtigt sei; daß, was insbesondere die innere Organisation Norddeutschlands betreffe, dieselbe als eine weder die österreichischen Interessen noch das europäische Gleichgewicht berührende Frage betrachtet werde; daß, falls gleichwohl der Kaiser von Österreich darauf bestände, für seine Verbündeten mitzustipulieren, der König von Preußen im Interesse des Zusammenhangs (cohésion) seiner Staaten, sowie der Konsolidation des Norddeutschen Bundes Territorialvergrößerungen auf Kosten der mit ihm im Kriege befindlichen norddeutschen Souveräne beanspruchen werde; daß endlich der Kaiser der Franzosen diese Annexionen bis zu einer Einwohnerzahl von 4 Millionen in demselben Maße unterstützen werde (appuyerait) wie die von ihm am 14. Juli vorgeschlagenen Friedensgrundlagen.

Der Kaiser erklärte sich mit Vorstehendem vollkommen einverstanden, schlug mir aber, da doch dem Kaiser von Österreich kaum zugemutet werden könne, seine Verbündeten von vornherein ganz auszuschließen, vor, von den ersten Sätzen ganz abzusehen und mich mit seiner, Eurer Exzellenz in Seinem Namen zu übermittelnden Erklärung zu begnügen, daß Er im Laufe der Verhandlungen sich den von Preußen in Anspruch zu nehmenden Annexionen in Norddeutschland bis zur Einwohnerzahl von 4 Millionen nicht allein nicht widersetzen, sondern dieselben auch als billig anerkennen und befürworten werde. Er äußerte hierbei nur den Wunsch, daß das Königreich Sachsen nicht beseitigt werde. Ich glaubte erwidern zu können, daß dies nicht in der Absicht Seiner Majestät des Königs liegen dürfte, wohl aber die Annexion von Leipzig und dem Bautzener Kreise notwendig werden könnte. Der Kaiser hatte hiergegen nichts.[1*] Die Annexion von Hannover und Kurhessen erkannte er ausdrücklich als zweckmäßig an. Er wollte uns außerdem einen großen Landesstrich zugestehen, den er mir auf der Karte zeigte und welcher sämtliche

thüringischen Staaten umfaßte. Ich erwiderte, daß wir darauf keinen Anspruch machen würden, weil sich die meisten dieser Staaten loyal gegen uns benommen hätten. Er nahm ferner an, daß wir den nördlich vom Main belegenen Teil von Hessen-Darmstadt annexieren würden und empfahl diesem Lande dafür Rheinbayern zu geben.[1] Ich bemerkte, daß ich mit unseren gegenwärtigen Beziehungen zu Bayern nicht hinlänglich bekannt sei, um zu beurteilen, ob die Königliche Regierung diesem Lande eine solche Abtretung würde auferlegen wollen. Aus einer Äußerung, welche der Kaiser hierbei tat im Zusammenhange mit vorhergehenden, mir damals unverständlich gewesenen Anspielungen des Herrn Drouyn de Lhuys schließe ich, daß er dabei eine Grenzrektifikation zugunsten Frankreichs im Sinne hat, welche er vor dem definitiven Friedensschluß in Anspruch nehmen will.

Ich hoffe, daß die vorstehenden Erklärungen des Kaisers, deren wesentlichen Inhalt ich Euerer Exzellenz bereits gestern telegraphiert habe, Seiner Majestät dem Könige die Beruhigung gewähren werden, daß Allerhöchstdessen gerechte Ansprüche im schließlichen Frieden die vollste Berücksichtigung finden werden. Wir haben jetzt eine authentische Interpretation des Urhebers der Vorschläge, welche die von mir gleich anfänglich gemeldete Auslegung des zweiten alinéa, wie sie mir bei seiner Redaktion vorschwebte, vollkommen bestätigt und zugleich eine Anerkennung des vollen Umfangs der preußischen Annexionsansprüche. Es ist nicht zu leugnen, daß Österreich im Laufe der Verhandlungen diese Auslegung ablehnen und sich darauf berufen kann, daß es die Präliminarien nur in ihrem Wortlaut angenommen und seinerseits anders interpretiert habe. Es ist aber kaum anzunehmen, daß es sich in einen derartigen Widerspruch zu Frankreich versetzen werde, um daran das von letzterer Macht vermittelte Friedenswerk scheitern zu lassen.

Um völlig sicher zu gehen, habe ich mir soeben von Herrn Drouyn de Lhuys die Erklärung des Kaisers bestätigen lassen. Er hat dabei nicht die geringste Einwendung gemacht.[2]*

Wenn ich die gegenwärtige hiesige Lage mit derjenigen vergleiche, welche vor 14 Tagen vorhanden war, so darf ich hoffen, daß Seine Majestät der König den hier glücklich zurückgelegten Weg allergnädigst anzuerkennen geruhen werde. Vor 14 Tagen war eine französisch-österreichische Allianz gegen Preußen, welche uns mindestens ungeheuere Opfer auferlegt haben würde, dem Abschluß nahe. Die einflußreichsten Persönlichkeiten befürworteten diese Politik, der Kaiser schwankte. Ich war einzig und allein auf die Unterstützung des Prinzen Napoleon und des Ministers Rouher angewiesen. Heute hat der Kaiser Napoleon sich alles angeeignet, was Seine Majestät der König in Anspruch nimmt. Er hat es zum Teil dem Kaiser von Österreich bereits auferlegt, zum Teil will er es bei den Friedensverhandlungen empfehlen.[3]* Ich bin außerstande, zu beurteilen, ob wir des Sieges in der vor Wien erwarteten Schlacht vollkommen sicher waren und wieviel Opfer derselbe auch uns gekostet haben würde. Aber die

[1] Das Motiv für die Ermutigung, Oberhessen zu annektieren, ist in dem französischen Interesse zu sehen, die Rheinpfalz zum Schauplatz von weiteren Gebietsverschiebungen und Kompensationen zu machen.

Aufrechterhaltung guter Beziehungen, ja ich darf sagen die Herstellung eines viel intimeren Verhältnisses zu dem Kaiser Napoleon als es je früher bestanden, hat ohne Zweifel einen großen politischen Wert. Ich muß hierbei anerkennen, daß der Kaiser von dem Moment ab, wo er den am 4. Juli begangenen Irrtum eingesehen, mit großer Festigkeit in der neuen Bahn beharrt und durch Vermeidung kleinlicher Schwierigkeiten alles, was ihm die französischen Vorurteile und die allgemein herrschende Eifersucht nur irgendwie gestattet, getan hat, um eine für uns befriedigende Lösung herbeizuführen. Andererseits erkennt er es dankbar an, daß Seine Majestät der König ihn durch gemäßigte Forderungen vor einem zu schroffen und daher demütigenden Widerspruch mit der am 4. Juli eingeschlagenen Richtung und zugleich vor einer Politik bewahrt hat, welche nur unheilvoll für ihn und sein Haus hätte enden können. Denn er würde gleichzeitig die Koalition und die Revolution gegen sich heraufbeschworen haben, welche letztere in der Tat bereits seit einigen Tagen hier in der Gestalt Mazzinistischer Mörder umherschleichen soll.

Ich darf übrigens annehmen, daß auch die Kaiserin von Ihrem Irrtum zurückgekommen ist. Ich habe Sie seit der lebhaften Szene, welche ich am 9. mit Ihr hatte,[1] nicht allein gesprochen, indem Sie mich erst in St. Cloud, wohin der Hof heute übersiedelt, empfangen wird; aber bei meiner gestrigen Begegnung mit Ihr bei dem Kaiser habe ich wahrnehmen können, daß Sie über die günstige Wendung, welche die Dinge in der letzten Zeit genommen haben, befriedigt ist.

Randbemerkungen Bismarcks:

1* !
2* Zust(immung)?
3* aber!

228.

ürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 23 juillet 1866

La faute commise ici, lorsqu'au lendemain de la note du « Moniteur » on eût pu en quelque sorte dicter la paix aux belligérants et que l'on s'est laissé intimider par des considérations mesquines, commence à être comprise, et dans le public et au sein même du Gouvernement.

L'Empereur pouvait être acclamé par l'Allemagne comme son sauveur — dans peu de temps les mesures que la Prusse pourra prendre en cherchant à s'appuyer sur le sentiment national allemand, échapperont à son influence morale!

Quoiqu'il en soit, je n'ai pas cessé de conserver l'espoir que l'Empereur, qui après Zurich s'est laissé enlever tous les moyens d'action sur une Italie unie et puissante, de plus hostile et ingrate envers celui qui l'a si énergiquement aidée à se constituer, l'Empereur ne pourra pas à la longue assister, les bras

[1] Nr. 206.

croisés, au travail d'absorption de la Prusse, quitte à permettre que la France s'entoure peu à peu de nationalités compactes et unies dans un esprit de méfiance contre Lui.

229.

Baron Wendland an König Ludwig II.

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Paris, le 24 juillet 1866

. . . L'opinion que je viens d'exprimer m'a été suggérée par la manière dont Mr. Drouyn de Lhuys m'a parlé ce matin. En regard de la situation actuelle le Ministre croit que l'union la plus intime des gouvernements du Midi et de leurs forces militaires est, en présence des négociations, plus indispensable que jamais, et qu'elle constitue la seule garantie efficace de conditions plus favorables à obtenir de la part de la Prusse. Il serait déplorable, ajouta le Ministre, qu'une divergence dans leur marche vint à naître entre les états du Sud, et à coup sûr elle n'améliorerait pas leurs situations dans les négociations futures . . .

230.

Freiherr von der Pfordten an König Ludwig II.

Ausfertigung. Geh. St. Arch. München

Nikolsburg, den 25. Juli 1866

. . . Hierauf begab ich mich zu dem französischen Botschafter in Berlin, Herrn Benedetti,[1] stellte ihm die Sachlage dar und nahm seine Unterstützung hauptsächlich mit dem Argumente in Anspruch, daß der Süddeutsche Bund, dessen Bildung doch der Hauptgedanke der französischen Vermittlungsvorschläge sei, unmöglich Bestand haben könne, wenn man ihn zu sehr schwäche und insbesondere die bayerische Regierung durch Gebietsabtretungen demütige und um das nötige Ansehen bei ihrer eigenen Bevölkerung bringe. Ich erklärte ihm bestimmt, eine Gebietsabtretung in keiner Weise hier verabreden oder unterzeichnen zu können und nahm für den Fall, daß Preußen von dieser Forderung nicht abgehe, seine Mitwirkung dafür in Anspruch, daß wenigstens vor meiner Abreise von hier eine Waffenruhe zwischen uns und Preußen verabredet und Ort und Zeit zur Eröffnung unserer besonderen Friedensverhandlungen bestimmt werde, für welche ich mir erst in Münschen ausreichende Instruktionen erholen und zu welchen auch die Regierungen des VIII. Armeekorps eingeladen werden müßten. Der Botschafter war sehr freundlich, machte zwar keine Versprechungen, bat mich aber, hier zu bleiben und fügte bei: »Halten Sie vorerst einmal vierundzwanzig Stunden fest.« Ich schließe hieraus, daß er wenigstens den Versuch machen wolle, in unserem Interesse zu wirken.

Nachmittags 5 Uhr.

Heute mittags besuchte mich Herr Benedetti und sagte mir, Graf Bismarck verweigere schlechthin meine Teilnahme an den Verhandlungen mit Österreich

[1] Vgl. dazu den Bericht Benedettis vom 25. Juli, Orig. Diplom. 11, 199ff.

und sei böse, daß die Vorposten mich hierher gelassen hätten, habe jedoch zugestanden, daß der Waffenstillstand auf ganz Deutschland ausgedehnt werde, wenn auch um eine Woche kürzer als für Österreich, weil mit diesem bereits Friedenspräliminarien feststünden. Die Friedensverhandlungen mit uns und unseren süddeutschen Bundesgenossen würden dann wahrscheinlich in Berlin stattfinden[1] . . .

231.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, den 25. Juli 1866, 7^{45} p. m.; eingel. 26. 7. 8^{24} a. m.

Verlängerung der Waffenruhe hat der Kaiser durch Benedetti, sowie die Aufrechterhaltung unserer einzelnen Gründe mit Nachdruck und unter meinen Augen verlangt. Übrige Punkte werden unterstützt.[2] Mr. Benedetti a télégraphié hier que tout allait bien, *et que nous consentions à céder un morceau de la Silésie.*[3] L'Empereur est très souffrant et très à bas. L'Impératrice très sincèrement touchée de la lettre de notre Auguste Maître,[4] m'a développé la triste situation sous un nouveau jour.

232.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 26 juillet 1866

L'Empereur Napoléon est souffrant et partira samedi prochain pour Vichy où il restera jusqu'au 14 août.[5] Il passera la journée du 15 au camp de Châlons.

L'état de souffrance physique de Sa Majesté s'est augmenté dans ces derniers

[1] Württemberg war in der Anrufung der französischen Vermittlung etwas zurückhaltender als Bayern. Freiherr v. Varnbüler schrieb am 23. Juli 1866 an den Gesandten in Paris: (Die Zuziehung zu den Friedenspräliminarien) offiziell in Paris nachzusuchen, scheint mir nicht geraten, weil es nicht passend ist, daß wir uns direkt an die Franzosen wenden, wohl aber könntest Du es von Dir aus betonen und darauf hinwirken. (St. Arch. Stuttgart.)

[2] Ein Telegramm des Grafen Mensdorff vom 24. Juli 4^{45} p. m. verlangte die energische Unterstützung Napoleons in zwei als conditio sine qua non bezeichneten Fragen, der territorialen Integrität Österreichs und Sachsens; womöglich auch in Sachen des Nichteintritts Sachsens in den Norddeutschen Bund, und der Verminderung der Kriegskostenentschädigung; schließlich wurde eine Verlängerung der Waffenruhe als dringlich bezeichnet. (H. H. u. St. Arch. Wien.)

[3] Diese Nachricht wurde sofort in einer Wiener Depesche, vom 26. Juli 1^{30} p. m. als auf einem Irrtum beruhend bezeichnet: «nous n'admettons même pas une cession comme compensation des frais de guerre.» Gleichzeitig wurde ein letzter Druck auf Preußen erbeten, daß es seine Forderungen hinsichtlich der Kriegskostenentschädigung und des Gebietsumfangs, der während der Waffenruhe militärisch zu besetzen sei, ermäßige.

[4] S. 334 Anm. 1.

[5] Vgl. Telegramm Metternichs vom 28. Juli 3^{31} p. m. «L'Empereur est parti pour Vichy. Mr. Drouyn de Lhuys le suit demain et revient le 6 août. L'Impératrice reste à St. Cloud et présidera la conseil.»

temps par suite des émotions et des embarras que lui causent la politique et les événements du jour.

J'ai été témoin, hier, des incertitudes et des hésitations extrêmes qui caractérisent son état. Il est très pâle, très défait, et a l'air d'un homme dont la force de volonté a dû céder *devant un épuisement général*.

J'ai dit à l'Empereur avec tout l'accent d'une décision irrévocable, que nos résolutions ultérieures, dépendraient de ce qu'Il répondrait à mes questions.

« Dans l'état actuel des choses, » ai-je ajouté, « après avoir accepté la médiation française et après avoir cédé la Vénétie à Votre Majesté, nous ne pouvons plus agir dans l'incertitude de ce que nous avons à attendre de la France. Deux questions se présentent auxquelles Votre Majesté voudra bien répondre catégoriquement, la réponse dût-elle être désastreuse pour nous.

« 1°. La médiation française sera-t-elle active, énergique et favorable aux conditions vitales de notre avenir;

« 2°. La cession de Venise s'effectuera-t-elle d'une façon équitable et nous prouvera-t-elle une paix honorable et définitive avec l'Italie? »

L'Empereur commença par une multitude de doléances sur l'Italie, sur l'état de son Gouvernement et me mit entre les mains plusieurs télégrammes du Prince Napoléon. Ces télégrammes se résument en ces mots:

« Je tremble pour le Gouvernement qui ne résistera pas à l'indignation populaire. L'exagération de ce qu'on appelle l'humiliation de l'Italie est telle que je ne puis encore insister sur la remise d'une forteresse par un commissaire français. »

Le Prince ajoute qu'il *voudrait revenir* pour éclairer *personnellement* l'Empereur sur la situation, ce que l'Empereur a refusé.

En restituant à Sa Majesté les pièces très curieuses qu'Elle m'avait confiées, je me suis permis de Lui dire:

« Tout cela, Sire, n'est que la continuation de la même comédie. On veut pouvoir dire à Florence que l'Empereur Napoléon laissera faire et que l'Italie a fait, quoiqu'on dise, la conquête de la Vénétie. »

L'Empereur me répondit: « Je le sais bien, mais que faire? Je ne demanderais pas mieux aujourd'hui que Vous puissiez encore les battre, les chasser du quadrilatère et garder la Vénétie. »

Sur ces mots j'avoue que je n'ai pu me contenir entièrement — j'ai dit à Sa Majesté: « Comment, aujourd'hui que sur Vos conseils, Sire, nous avons fait rentrer l'armée victorieuse de l'Archiduc Albert qui allait peut-être briser d'un dernier coup cette Italie que Vous avez encore sauvée, — aujourd'hui que sur Vos conseils nous avons retiré toutes nos troupes et laissé entrer en Vénétie l'armée de Cialdini, que nous n'avons plus à leur opposer que quelques débris héroïques de nos forces militaires et une poignée de montagnards volontaires, Vous venez nous conseiller de recommencer la lutte? »

L'Empereur réfléchit quelques instants en silence, puis il me dit: « Vous avez raison, c'est impossible, et d'ailleurs *cela ferait le plus mauvais effet en France*. Il faut garder les forteresses *jusqu'à la paix* — pendant l'armistice je verrai ce que je pourrai faire. »

Revenant sur les questions qui s'agitent au quartier général Prussien, l'Empereur me dit que Benedetti venait de télégraphier (j'ai vu la dépêche) que les négociations allaient très-bien et que nous étions très coulants; que les frais de guerre seraient probablement économisés par l'Autriche qui consentirait à céder une portion de territoire en échange.

Je répondis à Sa Majesté que mes nouvelles étaient différentes, et que nous posions deux conditions « sine qua non » à la conclusion d'une armistice:

1° l'intégrité de notre territoire,

2° celle du territoire Saxon;

que nous aurions le plus grand intérêt à ce que l'action médiatrice de la France vînt nous aider:

1° à faire prolonger la suspension d'armes;

2° à maintenir énergiquement nos conditions premières déjà citées;

3° à faire diminuer le chiffre énorme des frais de guerre;

4° enfin à empêcher que la Saxe ne soit comprise dans la nouvelle organisation du Nord de l'Allemagne.

J'ajoutai que la France en donnant plus ou moins de marge à la Prusse au sujet de ses annexions dans le Nord, pourrait agir sur elle afin d'appuyer nos conditions.

L'Empereur avait l'air très fatigué et je voulais le quitter lorsqu'Il me dit:

« Vos conditions me paraissent très équitables et je télégraphie de suite à Drouyn de Lhuys afin qu'il les appuie *avec insistance.* »

Il écrivait de suite à Drouyn de Lhuys et me congédia en me promettant de faire tout ce qu'Il pourrait pour nous aider.

233.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Ausfertigung. H. H. u. St. Arch. Wien

Très secret

Paris, le 26 juillet 1866[1]

Après mon audience chez l'Empereur qui m'avait laissé une impression des plus pénibles, je me rendis chez l'Impératrice. Sa Majesté me reçut avec les larmes aux yeux. Elle est très inquiète sur la santé de l'Empereur et sur sa défaillance *physique et morale* dont elle me donna les preuves les plus convaincantes.

« Pendant les cinq jours de mon absence, » me dit-Elle, « tout a changé d'aspect. A mon retour j'ai trouvé l'Empereur plus exténué que jamais, et complètement à la merci de celui dont il a fait un premier ministre, qui est la cause de notre déchéance morale, et qui si on le laisse faire, *nous fera détrôner.* J'étais revenue indignée de ce que j'avais appris en route, d'autant plus indignée que j'avais été témoin de l'effet détestable produit sur le public et sur l'armée par l'attitude inouïe du Gouvernement. Je n'ai trouvé qu'un homme malade, irrésolu, épuisé. »

[1] Von Alfred Stern, Geschichte Europas 9, 542 mit dem falschen Datum 16. Juli zitiert.

L'Impératrice me raconta ensuite que depuis deux ans (le scandale dont j'ai eu occasion de parler alors[1]) l'Empereur est tombé dans une prostration complète, ne s'occupant plus du Gouvernement, écrivant Jules César et y appliquant le peu de forces qui lui restaient. Elle me dit que les conseils de ministres auxquels Elle assistait depuis ce temps lui fournissaient des preuves manifestes de cet épuisement qui ne permettait plus à l'Empereur de diriger le conseil.

« Il ne peut plus marcher, plus dormir et à peine manger, » ajouta l'Impératrice.

Elle me dit que dans la soirée du 4 juillet[2] à laquelle j'avais assisté, une dernière étincelle avait brillé sur le front de l'Empereur. L'instinct du rôle magnifique que nous lui donnions, la pensée de l'effet immense que produirait dans le monde la note qu'il venait de rédiger pour le « Moniteur », tout cela avait agi sur Lui comme de l'alcool — et l'avait grisé au point qu'Elle-même était effrayée de la responsabilité qu'Il prenait. Deux jours après, lorsque les difficultés lui apparurent et surtout lorsque les nouvelles de Vienne lui donnèrent la mesure *de nos désastres*, il retomba dans un marasme qui n'a fait qu'augmenter depuis.

C'est au point qu'avant-hier, Lundi, [23 Juli] l'Impératrice proposa à l'Empereur *d'abdiquer et de Lui confier la régence*.[3]

« Je Vous assure, » continua Sa Majesté, « que nous marchons vers notre décadence et ce qui vaudrait mieux, c'est que l'Empereur *disparût subitement*, pour quelque temps du moins. »

Sa Majesté m'entretint encore longuement de ce que nous pourrions faire pour arriver sans trop de désastres jusqu'au moment où l'Empereur se verrait forcé à virer de bord ce qui, selon l'Impératrice, ne manquerait pas d'arriver du jour où il aurait revu l'armée. Elle voulait engager l'Empereur à aller au camp de Châlons avant de se rendre à Vichy, mais elle a échoué. A Vichy l'Empereur ne verra que Drouyn de Lhuys qu'Elle a réussi à y envoyer. Pendant ce temps Elle fera avec les autres ministres ce qu'Elle pourra pour les influencer. Elle m'a prié d'agir de mon coté sur Rouher et sur le général Fleury qui à ce qu'Elle prétend, a encore quelque influence sur cet esprit alourdi et épuisé !

Elle croit que nos menaces de nous entendre directement avec la Prusse et l'Italie galvaniseraient un peu l'Empereur.

Jamais depuis que je connais le couple Impérial, je n'ai vu l'Empereur si complètement *nul* et l'Impératrice prenant à cœur nos intérêts avec une fougue et un zèle si extrêmes.

Malheureusement de tout cela il résulte que nous ne pouvons encore compter sur aucune espèce de mesure énergique de la part de la France. Ce qui me

[1] Wohl eine Anspielung auf das Verhältnis des Kaisers zu Marguerite Bellanger.

[2] Vgl. Nr. 174.

[3] An diesem Montag, den 23. Juli, als der gebrochene Kaiser anscheinend unter stärksten Druck seiner Gemahlin gesetzt wurde, ist die Depesche des mit der Kaiserin eng verbundenen Ministers Drouyn de Lhuys vom 23. Juli (Nr. 237) abgegangen. Es ist danach zu ermessen, in welcher Verfassung Napoleon seine Zustimmung zu dem Schritte gegeben hat, der die aktive Kompensationspolitik eröffnen sollte.

paraît incontestable, c'est que l'état des choses actuel ne peut pas se prolonger. Le public français et l'armée amèneront un revirement auquel l'Empereur ne pourra pas se soustraire.

234.

Fürst Metternich an Graf Mensdorff

Telegramm, Entzifferung. H. H. u. St. Arch. Wien

Paris, le 26 juillet, 6^{45} m., arr. 12^{10} m.

L'Empereur a reçu des nouvelles de l'Italie qui lui prouvent que la Prusse veut faire avorter l'armistice.[1] Le télégramme qu'il vient d'adresser a Benedetti est rédigé sur un ton *très irrité* et Comte Goltz a télégraphié que « l'Empereur se fâche. »

J'ai déclaré que si demain matin nous voyons que l'action de la France est impuissante, nous essayerions d'obtenir des conditions *directes* meilleures, même en Italie, par la Prusse. Cette menace a fait grand effet. Rouher a demandé par télégraphe devant moi à l'Empereur s'il n'y avait pas lieu *d'armer* pour faire respecter Sa médiation.

Wenn die letzten Schritte Frankreichs kein günstiges Resultat herbeiführen, wäre es gut, morgen früh noch die Zession Venedigs an Preußen gegen bessere Bedingungen anzutragen.

235.

Minister Rouher an Kaiser Napoleon III.

Abschrift (aus den Papieren von Cercay). Geh. St. Arch. Berlin

Paris, 26 juillet, 5^{30} du soir

Je viens de voir le Prince de Metternich;[2] il a reçu il y a quelques instants un télégramme de Vienne qui lui fait craindre que la suspension d'armes expirant demain à midi, ne soit pas renouvelée par la Prusse, à défaut d'entente préalable sur certaines annexions de territoire.

Dans cette situation, le Prince me prie officieusement d'adresser à Votre Majesté les deux demandes suivantes:

1° si la Prusse reprend les hostilités, l'Autriche peut-elle compter sur le concours armé de la France?

[1] Am 26. Juli ließ der Kaiser dem Grafen Goltz durch Drouyn ein Telegramm des Prinzen Napoleon mitteilen, in dem es hieß: « Napoléon me télégraphie de Ferrare le 25 juillet 9 heures: la Prusse a écrit nettement qu'elle regrettait les négociations qu'elle cède à ma pression (celle de l'Empereur), mais qu'elle est prête à tout faire échouer, si l'Italie soulève des objections pour arrêter la signature de l'armistice. » Goltz antwortete darauf, daß dieser Schritt einer früheren Phase der Verhandlung angehören müsse, und daß Prinz Napoleon, der die Fortsetzung des Krieges im Interesse der militärischen Ehre Italiens und zur Zerstörung Österreichs wünsche, die Verantwortlichkeit dafür auf Preußen zu schieben wünsche. Der Botschafter warnte jedoch Bismarck, bei der äußerst kritischen Situation die friedliche Lösung zu beschleunigen, « si nous ne voulons pas nous exposer à une guerre sans objet contre la France. On y pousse l'Empereur de tous les côtés en surexcitant l'opinion publique. » (Goltz an Bismarck 26 juillet 5^{35} p. m.; A. A. Berlin.)

[2] Vgl. die vorstehende Nr. 234.

2⁰ si non, la France ne trouvera-t-elle pas légitime que l'Autriche essaie un arrangement direct, comprenant même la Vénétie, avec le Roi de Prusse? M. de Bismarck insinuerait en effet que si l'on avait essayé une Convention sans intermédiaire, on aurait eu de meilleures conditions.

Une dépêche analogue va sans doute être adressée à l'Empereur par le Ministre des affaires Étrangères, mais le Prince, vu l'extrême urgence, insiste pour que j'écrive de mon côté.

236.

Kaiser Napoleon III. an Minister Rouher

Abschrift (aus den Papieren von Cercay). Geh. St. Arch. Berlin

St. Cloud, 26 juillet 1866, 9¹⁰ du soir (télégr.)

Les nouvelles de Benedetti[1] annoncent que la Prusse et l'Autriche se sont entendues sur les conditions de la paix.

Repoussez donc très catégoriquement la communication qui vous a été faite aujourd'hui.

[1] Orig. dipl. II, 218.

BIBLIOTEKA NAUKOWA
WAP
43534/I
2.